Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Historische Schlüsselereignisse von 1946 bis 1988 in zwei Bänden Band 9/2

Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...



Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselereignisse von 1946 bis 1988
Band 9/2

Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Inhaltsverzeichnis Band 9/2	**Seite**
Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse von 1953 bis 1988	2-19
Stalinismus und die Verbrechen des internationalen Kommunismus Zusammenfassung des Stalinismus und die Verbrechen des internationalen Kommunismus	19-59
Die 68er Bewegung, "Die Grünen", Werteverfall, geistiger Verfall, Gleichmacherei, systematische Zerstörung der kulturellen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands Zusammenfassung der 68er Bewegung, "Die Grünen", Werteverfall, geistiger Verfall, Gleichmacherei, systematische Zerstörung der kulturellen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands	59-206
Die einseitige Erinnerungskultur der umerzogenen Deutschen Zusammenfassung der einseitigen Erinnerungskultur der umerzogenen Deutschen	206-338
Schlußfolgerungen für den Zeitraum von 1946 bis 1988	339-356
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	357-363

Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse von 1953 bis 1988

13.01.1953
UdSSR: Stalin warnt am 13. Januar 1953 vor einem jüdischen "Ärztekomplott".
Die geplanten Säuberungen werden jedoch durch Stalins Tod im März 1953 verhindert (x025/109).

27.02.1953
Großbritannien: Im Londoner Abkommen einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.
Die deutsche Bundesregierung übernimmt als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden DM als Vorkriegsschulden und bestätigt 6,9 Milliarden DM als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden werden erlassen (x089/313).
Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg werden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/-104).

28.02.1953

BRD: Eine deutsche Spruchkammer rehabilitiert am 28. Februar 1953 den im Jahre 1946 hingerichteten Generaloberst Alfred Jodl als nicht schuldig der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).

05.03.1953

UdSSR: Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) stirbt am 5. März 1953 nach einem Gehirnschlag in Moskau.

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerteten, fordert die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Menschenleben (x025/113). Russische Historiker ermitteln in späteren Studien, daß dem Terror des Sowjetkommunismus wahrscheinlich sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden müssen (x025/259).

17.06.1953

DDR und Ost-Berlin: Die öffentlichen Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf, Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiten sich am 17. Juni 1953 zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus.

Die sowjetische Besatzungsmacht verhängt daraufhin den Ausnahmezustand und greift sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wird schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 (x287/207): >>... (In) der ehemaligen Reichshauptstadt streikten Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, was für sie mit erheblichen Lohnsenkungen verbunden gewesen wäre. Aus diesem Streik entwickelte sich am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der DDR ein politischer Aufstand mit Forderungen nach freien Wahlen, Freizügigkeit in ganz Deutschland, ja nach der Einheit Deutschlands.

Kurz nach 11 Uhr wurde die auf dem Brandenburger Tor gehißte rote Fahne, das verhaßte Symbol der Zwangsherrschaft, unter Beifall Tausender Demonstranten heruntergeholt und zerrissen. Die ersten Schüsse peitschten auf. Um 13 Uhr verkündete der sowjetische Militärkommandant den Ausnahmezustand. Damit war der Arbeiteraufstand, der in der Bundesrepublik Deutschland als nationaler Gedenktag begangen wird, zusammengebrochen.

Die SED reagierte mit drakonischen Strafen, aber zugleich mit der Beteuerung, das "große nationale Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands, voranzubringen".

Anläßlich der Trauerkundgebung für die Opfer des 17. Juni betonten die Vertreter der Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister vor dem Schöneberger Rathaus am 23. Juni 1953, daß diese erste Erhebung in einem kommunistisch regierten Land gezeigt habe, daß die Deutschen keine Sklaven mehr sein wollten.<<

25.06.1953

BRD: Der Bundestag beschließt am 25. Juni 1953 ein neues Wahlgesetz.

Künftig müssen die Parteien mindestens 5 % der abgegebenen Wählerstimmen oder einen Wahlkreis direkt gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen.

Die "5 %-Klausel" soll vor allem den Einzug von kleineren Parteien ins Parlament verhindern und klare Mehrheiten ermöglichen.

11.07.1953

DDR und Ost-Berlin: In der SBZ wird am 11. Juli 1953 der Ausnahmezustand aufgehoben. Nach offiziellen Angaben des SED-Regimes werden beim Arbeiteraufstand 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten getötet.

Die Zahl der Getöteten liegt aber wahrscheinlich zwischen 200 und 300. In der Folgezeit werden noch viele Teilnehmer des Aufstandes inhaftiert und zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die SED ordnet später einen gemäßigten Kurs an, der nicht mehr ausschließlich durch Druck, sondern vor allem durch Agitation und Überredung geprägt wird.

24.07.1953

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1953 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 23,3 Milliarden DM entfallen 33,0 % auf Sozialleistungen und 31,3 % auf Besatzungskosten. ...<<

27.07.1953

Korea: Nach langen Friedensverhandlungen wird am 27. Juli 1953 in Korea ein Waffenstillstandsvertrag geschlossen.

Korea bleibt danach etwa längs des 38. Breitengrades in Nordkorea und Südkorea geteilt. Eine internationale Kommission soll den Waffenstillstand überwachen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Folgen des Korea-Krieges (x068/290): >>Die Verluste waren beträchtlich. Und hatten sich auch 15 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen schwach am Krieg beteiligt, die Hauptverluste trafen die Hauptbeteiligten. Die USA: mehr als 33.000 Tote, 100.000 Verwundete. Dazu, auf südkoreanischer Seite: 70.000 Gefallene und 500.000 getötete Zivilisten. Die Nordkoreaner und Chinesen hatten 2 Millionen Tote, darunter 400.000, die an kriegsbedingten Krankheiten umgekommen sind.

Die USA aber stützten und schützten weiter den Diktator Syngman Rhee (1948-1960) und seinen antikommunistischen Polizeistaat stalinistischer Prägung. Jeder Versuch der Opposition, dies Schreckensregiment durch ein parlamentarisches System zu ersetzen, wurde brutal erstickt. Eine Armee von Schnüfflern durchschwärmte das Land. Ungezählte Tausende verschwanden ohne reguläres Gerichtsverfahren in den Kerkern.

Man terrorisierte Studenten und Arbeiter, setzte Gas gegen sie ein, und die US-Truppen standen sozusagen Gewehr bei Fuß, um auch noch die übelsten Aktionen dieser Despotie zu decken. ...<<

23.08.1953

DDR: Die Sowjets verzichten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklären sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

06.09.1953

BRD: Bei der 2. Bundestagswahl am 6. September 1953 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,2 %, SPD = 28,8 %, FDP = 9,5 %, BHE = 5,9 %, DP = 3,3 %, KPD = 2,2 %, Sonstige = 5,1 %.<<

September 1953

BRD: Die Bundesregierung beschließt im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhebt.

Hierzu zählen z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

20.10.1953

BRD: Bundeskanzlers Konrad Adenauer bildet nach seiner Wiederwahl am 20. Oktober 1953 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und BHE.

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtet während der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 (x353/80): >>… Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestags und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neisse-Grenze niemals anerkennen.<<

1953

DDR: Im Jahre 1953 fliehen 331.390 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

07.05.1954

Vietnam: Die französischen Truppen der Festung Dien Bien Phu kapitulieren am 7. Mai 1954.

Damit geht der letzte französische Stützpunkt verloren. Frankreichs Kolonialherrschaft in Indochina wird dadurch endgültig beendet.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die politische Entwicklung Vietnams (x192/457): >>... In Indochina, das wieder seinen alten Namen Vietnam erhielt, endete ein Befreiungskrieg 1954 mit der Niederlage der Franzosen bei Dien Bien Phu; auch hier wurde das Land (wie in Korea) in einen kommunistischen Norden und einen kapitalistischen Süden geteilt.

Als der kommunistische Norden ab 1957 Übergriffe gegen den Süden startete, erhielt dieser von den USA Militärhilfe. Im Verlauf der sechziger Jahre schlitterte Amerika in einen langen und mit größter Brutalität geführten Krieg, in dem es eine halbe Million Soldaten einsetzte, um "den Vormarsch des Kommunismus zu stoppen". ...<<

26.05.1954

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 26. Mai 1954 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1954 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 24,2 Milliarden DM entfallen 31,9 % auf Sozialleistungen und 33,2 % auf Besatzungskosten.<<

08.06.1954

BRD: Der SPD-Abgeordnete Jakob Altmaier erklärt am 8. Juni 1954 im Deutschen Bundestag (x352/86): >>… Die Austreibung der Deutschen aus ihrer eigenen, in mehr als tausendjähriger Kultur durch Werke des Friedens ausgestalteten und unverlierbar gebliebenen Heimat war ein Volkermord.<<

14.06.1954

BRD: In Bad Neuenahr gründet der Gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser am 14. Juni 1954 das Kuratorium "Unteilbares Deutschland", um die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen.

In der Gründungserklärung heißt es (x024/263): >>Seit fast einem Jahrzehnt ist Deutschland in mehrere Teile zerrissen. Millionen Deutsche sind aus ihrer Heimat vertrieben. Millionen Deutsche müssen unter der Herrschaft des Zwanges und des Unrechts leben.

Im eigenen Land ist es den Deutschen durch Zonen- und Sektorengrenzen noch immer verwehrt, einander frei und ungehindert zu begegnen. Das natürliche Recht eines jeden Volkes auf menschliche und staatliche Gemeinschaft wird dem deutschen Volk noch immer vorenthalten. Alle Bemühungen seit 1945, ein freies und geeintes Deutschland wiederherzustellen, blieben bisher vergeblich. Die Zerreißung unseres Volkes und Landes wurde vielmehr weiter verschärft.

Wir können aber nicht erwarten, daß uns die Welt dazu verhilft, wenn wir nicht selber alles an die Wiedererlangung unserer Einheit setzen. Die unterzeichneten Männer und Frauen haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Willen zur Wiedervereinigung in allen Kreisen unseres Volkes zu stärken. ...<<

17.07.1954

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss wird am 17. Juli 1954 zum 2. Mal gewählt.

23.10.1954

Frankreich: Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) wird der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert. Der "Deutsch-

landvertrag" (geänderte Fassung vom 23. Oktober 1954) tritt aber erst am 5. Mai 1955 in Kraft.

1954

DDR: Im Jahre 1954 fliehen 184.198 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Niederlande: Die Geheimorganisation der sog. "Bilderberger" (Hauptziele: Weltstaat, Weltarmee, Weltregierung) wird im Jahre 1954 durch Prinz Bernhard der Niederlande im Hotel de Bilderberg in Oosterbeek/Niederlande gegründet. Ein internationales Beratungskomitee entscheidet, wer zu dem jährlichen Treffen der "unsichtbare Weltregierung" eingeladen wird.

01.01.1955

CSR: Das tschechoslowakische statistische Amt teilt am 1. Januar 1955 offiziell mit, daß sich noch 165.790 Deutsche in der CSR aufhalten (x004/132).

25.01.1955

UdSSR: Die Sowjetunion beendet am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.

Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgen später diesem Beispiel (x009/50).

01.02.1955

DDR: Die Deutsche Grenzpolizei übernimmt ab 1. Februar 1955 die Bewachung der DDR-Staatsgrenzen.

05.05.1955

BRD: Die Pariser Verträge treten am 5. Mai 1955 in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhält endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfällt.

07.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland tritt am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

09.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland wird am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

14.05.1955

Polen: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehört, schließen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellen sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

15.05.1955

Österreich: Die 4 Siegermächte schließen am 15. Mai 1955 einen Friedensvertrag mit Österreich.

Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) muß sich zu "immerwährender Neutralität" verpflichten und darf außerdem keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).

22.09.1955

BRD: Die Bundesregierung bestätigt am 22. September 1955 die politischen Grundsätze der "Hallstein-Doktrin".

Diplomatische Beziehungen zur DDR werden danach als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft (x243/191).

23.10.1955

Frankreich: Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnen 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollen

Deutsche bleiben (x155/52).

1955

DDR: Im Jahre 1955 fliehen 252.870 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Berlin: Im Jahre 1955 wird die deutsche Nebenstelle des "Royal Institute of International Affairs" und des CFR die "Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik" (DGAP) in Berlin gegründet, um die Probleme der internationalen und besonders der europäischen Wirtschaft sowie der Politik zu erörtern und zu lösen.

02.01.1956

BRD: Die Bundeswehr beginnt am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

18.01.1956

DDR: Die Volkskammer nimmt am 18. Januar 1956 das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").

31.01.1956

BRD: Der neugewählte saarländische Landtag beschließt am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.

30.06.1956

Polen: In Posen bricht Ende Juni 1956 ein Arbeiteraufstand aus.

Der Aufstand wird durch die polnische Armee und Polizeiverbände kurzfristig niedergeschlagen.

07.07.1956

BRD: Der Bundestag beschließt am 17. Juli 1956 ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren. Das Gesetz gilt nicht in West-Berlin.

24.07.1956

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1956 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1956 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 28,4 Milliarden DM entfallen 34,2 % auf Sozialleistungen und 25,9 % auf Verteidigungskosten.<<

17.08.1956

BRD: Die KPD wird am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

23.10.1956

Ungarn: Die Studentenunruhen in Budapest (bei denen man z.B. demokratische Grundrechte und die Kündigung des Warschauer Paktes fordert) entwickeln sich am 23. Oktober 1956 zu einem spontanen, führerlosen Aufstand der Bevölkerung.

Der ungarische Volksaufstand wird daraufhin innerhalb von zwei Wochen durch sowjetische Truppen rücksichtslos niedergeschlagen. Im gesamten Land finden anschließend massenhafte Deportationen und Hinrichtungen statt. Etwa 200.000 Ungarn fliehen nach dem gescheiterten Volksaufstand bis Ende November 1956 ins Ausland.

1956

DDR: Im Jahre 1956 fliehen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

01.01.1957

BRD: Am 1. Januar 1957 wird das Saarland gemäß "Luxemburger Abkommen" das 10. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

31.01.1957

BRD: Bundesaußenminister von Brentano erklärt während der Regierungserklärung vom 31. Januar 1957 (x155/101): >>Mit ihren Bündnispartnern ist die Bundesregierung darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung

sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen.
Die Bundesregierung hält daran fest, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann. ...<<

25.03.1957

Italien: In Rom werden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.

26.06.1957

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 26. Juni 1957 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 32,3 Milliarden DM entfallen 32,5 % auf Sozialleistungen und 24,7 % auf Verteidigungskosten.<<

15.09.1957

BRD: Bei der 3. Bundestagswahl am 15. September 1957 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 50,2 %, SPD = 31,8 %, FDP = 7,7 %, BHE = 4,6 %, DP = 3,4 %, Sonstige = 2,3 % (die KPD ist seit 1956 verboten).<<

29.10.1957

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 29. Oktober 1957 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

1957

DDR: Im Jahre 1957 fliehen 261.622 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

01.01.1958

Belgien: Die EWG- und Euratom-Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft.

22.01.1958

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident) erklärt am 22. Januar 1958 in Minsk (x299/166): >>... Es muß der Status quo (die derzeitige Grenzziehung) anerkannt werden, muß anerkannt werden, daß es in der Welt zwei Systeme von Staaten gibt – das kapitalistische und das sozialistische System -, es muß das Prinzip der friedlichen Koexistenz anerkannt werden, und man darf sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.<<

23.01.1958

BRD: SPD und FDP beantragen am 23. Januar 1958 im Bundestag, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen.

05.02.1958

DDR: Verschleppte mitteldeutsche Wissenschaftler kehren am 5. Februar 1958 aus der UdSSR zurück.

21.05.1958

BRD: Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (1904-1988, von 1966-1969 Bundeskanzler) erklärt in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 21. Mai 1958 (x353/67): >>… Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.<<

28.05.1958

DDR und Ost-Berlin: Am 28. Mai 1958 werden in der SBZ und Ost-Berlin zum letzten Mal Lebensmittelkarten ausgegeben, die zu niedrigen Preisen zum Bezug rationierter Lebensmittel (Fett, Fleisch, Zucker, Milch) berechtigen.

24.07.1958

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1958 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1958 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in

Höhe von 33,9 Milliarden DM entfallen 30,2 % auf Sozialleistungen und 25,4 % auf Verteidigungskosten.<<

01.12.1958

BRD: Die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Verfolgung von NS-Tätern beginnt am 1. Dezember 1958 ihre Tätigkeit.

1958

BRD: Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen fördern den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder").

Die Industrieproduktion steigt von 1950-58 um rd. 177 %. Ende 1958 besitzt die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

23.03.1959

DDR: Ministerpräsident Otto Grotewohl fordert am 23. März 1959 in einer Rede vor Kulturschaffenden, daß die atheistische Denkweise mit staatlichen Mitteln durchzusetzen ist (x009/216).

01.07.1959

BRD: Der CDU-Politiker Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1959 zum Bundespräsidenten gewählt.

06.07.1959

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 6. Juli 1959 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 37,9 Milliarden DM entfallen 28,0 % auf Sozialleistungen und 25,3 % auf Verteidigungskosten.<<

06.10.1959

DDR: Seit Bestehen der DDR sind bis zum 6. Oktober 1959 rd. 2,3 Millionen Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen geflohen.

1959

SBZ/Ostpreußen: Die sowjetischen Atomraketen in der DDR werden im Jahre 1959 überraschend in die Nähe von Kaliningrad (Königsberg) verlegt.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die damaligen Atomwaffenstandorte in Mitteleuropa (x283/244-245): >>Die gegen Ziele in Westeuropa, namentlich in der Bundesrepublik gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjets lagern seit 1959 in Kaliningrad, dem alten Königsberg.

Die Gegenstellung befindet sich in der Eifel. In den Katakomben des Fliegerhorts Büchel schlummerten – und tun dies noch heute – für den Einsatz im Ernstfall 20 Atombomben vom Typ B 61 mit der jeweils 26fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie unterstehen der US-Air Force und werden auf Befehl des amerikanischen Präsidenten durch deutsche Maschinen vom Jagdbombengeschwader 33 auf russische Ziele im Hinterland angesetzt.

Die Rechtsgrundlage bietet die "nukleare Teilhabe" der Bundeswehr an der militärischen Abwehr der NATO. ...<<

DDR: Im Jahre 1959 fliehen 143.917 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

1960

DDR: Im Jahre 1960 fliehen 199.188 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

USA: Die "Antibabypille" wird im Jahre 1960 in den USA zugelassen (Deutschland: 1962) und revolutioniert schon bald das Sexualverhalten der Menschen.

17.06.1961

BRD: In Kahl/Main liefert das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom.

30.06.1961

BRD: In Bonn wird am 28. Juni 1961 das Bundesgesetz für die Sozialhilfe verkündet.
Die Sozialhilfe löst danach die bisherige "Fürsorge" ab und soll jedem Bürger ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren.

13.08.1961

DDR und Berlin: Die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin werden im Einvernehmen mit den Warschauer-Pakt-Staaten am 13. August 1961 abgeriegelt.
Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert werden, schließt man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wird militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze errichtet man gleichzeitig Stacheldrahthindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereignen sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.
Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) werden vor allem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 fliehen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegt der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner dürfen Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Bau der Berliner Mauer (x287/195): >>Am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch versichert: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".
Aber unter dem zunehmenden Druck der Fluchtbewegung aus der DDR und Ost-Berlin durch das Schlupfloch nach West-Berlin entschließen sich die Führungen in Moskau und in Ost-Berlin, die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern.
Ulbricht läßt daher am 13. August 1961 beide Teile Berlins auf einer Länge von 45 km und die Westsektoren von der DDR auf einer Länge von 120 km durch eine Mauer trennen, um die "Abstimmung mit den Füßen" gegen sein Regime zu stoppen.
Die Teilung Deutschlands ist damit zementiert. ...<<

17.09.1961

BRD: Bei der 4. Bundestagswahl am 17. September 1961 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,3 %, SPD = 36,2 %, FDP = 12,8 %, GDP = 2,8 %, Sonstige = 2,9 %.<<

14.11.1961

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. November 1961 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.
Die FDP setzt jedoch bereits während der Koalitionsverhandlungen den vorzeitigen Rücktritt Adenauers durch.

15.07.1963

BRD: Egon Bahr (SPD-Politiker) spricht am 15. Juli 1963 während seiner "Tutzinger Rede" erstmals von einer "neuen Ostpolitik" (Wandel durch Annäherung).

11.10.1963

BRD: Bundeskanzler Adenauer (CDU) erklärt am 11. Oktober 1963 vorzeitig seinen Rücktritt.

16.10.1963

BRD: Ludwig Erhard (CDU) wird am 16. Oktober 1963 zum neuen Bundeskanzler gewählt.

22.11.1963

USA: US-Präsident John Fitzgerald Kennedy (1917-1963) stirbt am 22. November 1963 nach einem Attentat in Dallas/Texas.

01.07.1964

BRD: Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1964 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

30.07.1964

Vietnam: Im Golf von Tongking werden am 30. Juli 1964 angeblich 2 US-Zerstörer von nordvietnamesischen Kriegsschiffen angegriffen (x175/579).
Nach diesem nie völlig aufgeklärten "Tongking-Zwischenfall" beginnen einige Tage später US-Luftangriffe gegen nordvietnamesische Marinestützpunkte.

07.08.1964

USA: Der US-Kongreß genehmigt am 7. August 1964 die geforderte Truppenverstärkung in Vietnam und ermächtigt US-Präsident Johnson, Vergeltungsaktionen für die Angriffe auf Kriegsschiffe der USA ("Tongking-Zwischenfall") durchzuführen - eigentlicher Beginn des Vietnamkrieges (x175/579).

13.05.1965

Israel: Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen am 13. Mai 1965 diplomatische Beziehungen auf.
Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel führt später zum Abbruch von diplomatischen Beziehungen zwischen arabischen Staaten und der Bundesrepublik.

19.09.1965

BRD: Während der 5. Bundestagswahl am 19. September 1965 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 47,6 %, SPD = 39,3 %, FDP = 9,5 %, Sonstige = 3,6 %.<<

26.10.1965

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Ludwig Erhard am 26. Oktober 1965 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

09.05.1966

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Mai 1966: >>**Atomstrom in der DDR**
... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg (bei Rheinsberg) in Betrieb. ...<<

30.11.1966

BRD: Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) tritt am 30. November 1966 zurück.

01.12.1966

BRD: Kurt G. Kiesinger (CDU) wird am 1. Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt und bildet eine große Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. Vizekanzler und Außenminister wird Willy Brandt (SPD).

31.01.1967

BRD: Die Bundesregierung beschließt am 31. Januar 1967 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien (Aufgabe der "Hallstein-Doktrin") und vereinbart mit der CSR, Handelsvertretungen zu errichten.

Juni 1967

Israel: Israel schlägt im Sechstagekrieg (Juni 1967) seine arabischen Nachbarn entscheidend und besetzt im Jahre 1967 das Westjordanland, die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen.

01.07.1967

Belgien: Am 1. Juli 1967 entsteht die Europäische Gemeinschaft (EG).

11.04.1968

BRD: Der Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979, seit 1964 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes) wird am 11. April 1968 durch einen rechtsradikalen Attentäter schwer verletzt.

01.07.1968

Belgien: Durch die Abschaffung aller Binnenzölle für gewerbliche Erzeugnisse und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolls gegenüber Drittländern wird am 1. Juli 1968 innerhalb der EG die Zollunion realisiert.

20.08.1968

CSR: Truppen des Warschauer Paktes marschieren am 20. August 1968 in Prag ein.
Der sog. "Prager Frühling" wird danach gewaltsam beendet.

05.03.1969

BRD: Der SPD-Politiker Gustav Heinemann (1899-1976, 1949/50 Bundesinnenminister – Rücktritt wegen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland) wird am 5. März 1969 zum Bundespräsidenten gewählt.

16.07.1969

USA: Das US-Mondlande-Unternehmen "Apollo 11" startet am 16. Juli 1969.
Am 21. Juli 1969 betritt Neil Armstrong (1930-2012) als erster Mensch den Mond mit den Worten: "Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen - aber ein großer für die Menschheit". Ihm folgt Edwin Aldrin (*1930), während Michael Collins (*1931) im Mutterschiff um den Mond kreist und auf die Rückkehr der Landefähre wartet. Alle Phasen des Unternehmens werden durch das US-Fernsehen weltweit übertragen.

28.09.1969

BRD: Während der 6. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 28. September 1969 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 46,1 %, SPD = 42,7 %, FDP = 5,8 %, Sonstige = 5,4 %.<<

22.10.1969

BRD: Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) bildet am 22. Oktober 1969 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

14.05.1970

West-Berlin: Andreas Baader wird am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll, Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit ("Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion – RAF").

27.05.1970

BRD: Der bereits vom Tod gezeichnete CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg erklärt am 27. Mai 1970 während seiner letzten Rede vor dem Bundestag über die Oder-Neiße-Grenze (x161/14): >>... (Unter der Chiffre der Oder-Neiße) müsse mehr und anderes verstanden werden als bloße Grenzfragen, nämlich verletztes Menschenrecht! ...
Jene, die heute glauben, dieses ganze, große, komplexe Problem der Gebiete jenseits der Oder und Neiße und der Menschen, die von dort stammen - und die dort heute ihre Heimat haben - mit dem gleichen Rezept, mit dem einfachen Festnageln von Grenzpfählen, bewältigen und lösen zu können, die, die so denken, meine Damen und Herren, die denken in alten nationalstaatlichen Schemata.<<

31.07.1970

BRD: Das aktive Wahlalter wird am 31. Juli 1970 durch Grundgesetzänderung auf 18 Jahre reduziert.

12.08.1970

UdSSR: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 12. August 1970 den "Moskauer Vertrag". Im Artikel 3 heißt es (x024/268-269): >>Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen

Republik. ...<<
Erstmals stellt eine deutsche Bundesregierung die territorialen Veränderungen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in Frage (Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen).

18.11.1970

Polen: Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphieren am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag (x064/71): >>... I. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. ...<<

07.12.1970

Polen: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wird anerkannt.
Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto "geht damals um die Welt".

08.12.1970

Ostdeutschland: Bei der polnischen Volkszählung vom 8. Dezember 1970 werden in den Oder-Neiße-Gebieten etwa 680.000 Deutsche erfaßt, die dort seit über 25 Jahren leben (x077/-35).

10.12.1971

Norwegen: Bundeskanzler Willy Brandt erhält am 10. Dezember 1971 in Oslo den Friedensnobelpreis.

27.04.1972

BRD: Am 27. April 1972 beantragt die CDU/CSU (Kanzlerkandidat: Rainer Barzel) erstmals im deutschen Bundestag ein konstruktives Mißtrauensvotum, um Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) zu stürzen. Das konstruktive Mißtrauensvotum scheitert jedoch, weil der CDU/CSU-Opposition 2 Stimmen fehlen.

17.05.1972

BRD: Der Deutsche Bundestag beschließt am 17. Mai 1972 die Ratifizierung des "Moskauer Vertrages" und des "Warschauer Vertrages".
Die CDU/CSU-Fraktion stimmt nicht für diese Ostverträge, sondern entscheidet sich für Enthaltung.
Nur die gemeinsame Erklärung zu den Ostverträgen wird fast einstimmig gebilligt. Danach stellen die Ostverträge keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland dar und schaffen keine Rechtsgrundlage für die bestehenden Grenzen.

19.11.1972

BRD: Bei der vorgezogenen 7. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 19. November 1972 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>SPD = 45,8 %, CDU/CSU = 44,9 %, FDP = 8,4 %, Sonstige = 0,9 %.<<

14.12.1972

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Brandt am 14. Dezember 1972 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

21.12.1972

BRD: Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird am 21. Dezember 1972 unterzeichnet (Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das jeweilige Staatsgebiet, Austausch ständiger Vertreter, Unverletzlichkeit der Grenzen, Antrag beider Staaten auf UNO-Mitgliedschaft).

01.01.1973

Belgien: Dänemark, Großbritannien und Irland treten am 1. Januar 1973 der EG bei und das Freihandelsabkommen mit Schweden, der Schweiz, Österreich und Portugal tritt in Kraft.

08.03.1973

DDR: Die SED-Regierung lehnt am 8. März 1973 Wiedergutmachungsforderungen Israels in jeglicher Form ab.

29.03.1973

Vietnam: Die US-Kampftruppen ziehen am 29. März 1973 ihre letzten Einheiten aus Süd-Vietnam ab.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den US-Krieg in Vietnam (x169/88-89): >>... Infolge der Kriege der USA in Indochina starben etwa 4-5 Millionen Männer, Frauen und Kinder.

Nach dem Abzug der Amerikaner benötigte Vietnam, wie ein Historiker schreibt, dringend Hilfe. "Im Süden waren 9.000 von 15.000 Dörfern, 10 Millionen Hektar Ackerland sowie 5 Millionen Hektar Wald zerstört; 1,5 Millionen Nutztiere waren getötet worden. Schätzungen zufolge gab es 200.000 Prostituierte, 800.000 Waisen, 180.000 Behinderte und 1 Million Witwen; alle sechs Industriestädte des Nordens waren schwer beschädigt, ebenso wie Provinz- und Distrikthauptstädte sowie 4.000 von 5.800 landwirtschaftlichen Gemeinden."

Doch Präsident Carter verweigerte jegliche Wiedergutmachung und erklärte, daß "die Zerstörung wechselseitig war".

William Cohen, Verteidigungsminister unter Präsident Clinton, verkündete, er sehe keine Notwendigkeit für "irgendwelche Entschuldigungen, was den Krieg selbst betrifft", und äußerte ebenfalls die Meinung: "Beide Länder haben durch ihn gelitten. Sie haben von dem Krieg Narben zurückbehalten. Sicherlich haben auch wir welche." ...<<

31.07.1973

BRD: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt am 31. Juli 1973 die Zulässigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR vom 21.12.1972 (x070/168).

10.08.1973

USA: Der US-Milliardär David Rockefeller (1915- 2017) schreibt am 10. August 1973 in der "New York Times" über die kommunistische Revolution in China (x347/320): >>… Was auch immer der Preis der chinesischen Revolution gewesen sein mag, so war sie doch offensichtlich erfolgreich, nicht nur bei der Schaffung einer effizienteren und motivierten Verwaltung, sondern auch darin, eine höhere Moral und einen besseren Gemeinschaftsgeist zu schaffen. ... Das Sozialexperiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten in der Menschheitsgeschichte.<<

18.09.1973

USA: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie weiterhin zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehören.

Aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) können gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden. Die Alliierten können z.B. bei aggressiven politischen Ausnahmezuständen in Deutschland, oder falls die Deutschen sich gegen die alliierten Nachkriegsregelungen auflehnen sollten, jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch eingreifen.

Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland werden auch später nicht aufgehoben und existieren noch immer.

11.12.1973

CSR: Durch Unterzeichnung des Prager Vertrages wird am 11. Dezember 1973 das Münchener Abkommen vom 29.09.1938 "als nichtig" erklärt (x024/269): >>... Artikel I: Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Republik betrachten das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig. <<
Die Bundesrepublik und die Tschechoslowakei nehmen anschließend diplomatische Beziehungen auf.

1973

USA: David Rockefeller (1915-2017), Zbigniew Brzezinski (1928-2017) und andere gründen im Jahre 1973 die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission".
Es handelt sich um eine elitäre Organisation von etwa 200 Spitzenkräften der Industrie- und Wirtschaftsmächte, d.h. der Trilateralen Nationen - Vereinigte Staaten, Japan und Westeuropa, um die endgültige Schaffung einer "Neuen Weltordnung" zu forcieren und eine "Weltregierung" durchzusetzen.
Die etwa 200 ständigen Mitglieder der "Trilateralen Kommission" kontrollieren mit den CFR-Mitgliedern weltweit große Teile der Wirtschaft, Industrie, Politik, Militär, und Medien. Mitglieder sind u.a. einflußreiche Konzernvorsitzende, Bankiers, Immobilienmakler, Wirtschaftler, Politologen, Rechtsanwälte, Verleger, Politiker, Gewerkschaftsführer, Stiftungspräsidenten und Journalisten.

22.03.1974

BRD: Die Volljährigkeit wird am 22. März 1974 von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt, während man die Ehemündigkeit der Frauen von 16 auf 18 Jahre erhöht.
Im Strafrecht gelten die jungen Menschen weiterhin bis zum Alter von 21 Jahren als Jugendliche (x175/699).

06.05.1974

BRD: Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) tritt am 6. Mai 1974 infolge der "Spionageaffäre Guillaume" zurück.
Die Regierungskoalition (SPD/FDP) bleibt bestehen.

16.05.1974

BRD: Helmut Schmidt (SPD) wird am 16. Mai 1974 zum Bundeskanzler gewählt.

17.11.1974

DDR: In den katholischen Gemeinden der DDR kritisiert am 17. November 1974 ein "Hirtenwort" der katholischen Bischöfe das staatliche Erziehungsmonopol der SED.
Der Erfolg dieser Kritik ist jedoch nur gering, denn in der DDR beträgt der Bevölkerungsanteil der Katholiken lediglich 0,7 %.

04.04.1975

Kambodscha: Die radikalen kommunistischen Roten Khmer vertreiben am 4. April 1975 das kambodschanische Staatsoberhaupt Prinz Sihanuk.
Nach der Machtergreifung Pol Pots (1925-1998) fallen von 1975-79 der kommunistischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft rd. 2 Millionen Menschen zum Opfer (x252/96).

27.05.1975

USA: In einem Brief an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas bestätigt das State Department am 27. Mai 1975 die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens (x028/-239): >>... Die in diesen Erklärungen ausgedrückte Haltung ist noch die offizielle Position der Vereinigten Staaten.<<

27.06.1975

Großbritannien: Die britische Botschaft beantwortet am 27. Juni 1975 einen Brief des nordamerikanischen Historikers Alfred M. de Zayas (x028/239): >>... daß die Rechtsposition der Regierung Ihrer Majestät dieselbe bleibt, zu der sie durch die Abmachungen des Potsdamer

Protokolls verpflichtet ist. Nämlich, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung warten sollte.<<

12.12.1975

Palästina: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" veröffentlicht am 12. Dezember 1975 ein Gespräch mit dem PLO-Verteidigungsminister Zuhair Mohsen (1936-1979) über den Nahost-Konflikt (x243/247): >>... ZEIT: Würde ein Palästinenserstaat, der auf die ehemals jordanische Westbank (westlich des Jordans) und den Gaza-Streifen beschränkt wäre, den Palästinensern genügen?
Mohsen: Nein, niemals. Wir wollen jedes Feld, jedes Dorf und jedes Haus, das uns damals gehörte, zurückhaben. ... Das Naturrecht ist auf unserer Seite.
ZEIT: Kann den Israelis dieser nationale Selbstmord zugemutet werden?
Mohsen: Sie müssen es einsehen, aber sie werden es erst einsehen, wenn sie, vor uns auf den Knien liegen, wenn wir sie militärisch kurz- und kleingeschlagen haben.
ZEIT: Also kein Friede in Sicht?
Mohsen: Zur Zeit weder Krieg noch Frieden. Und in Zukunft wieder Krieg, neue Kriege. Das ist unvermeidlich.<<

09.05.1976

BRD: Ulrike Meinhof (1934-1976, RAF-Anführerin) erhängt sich am 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart.

03.10.1976

BRD: Während der 8. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 3. Oktober 1976 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,6 %, SPD = 42,6 %, FDP = 7,9 %, Sonstige = 0,9 %.<<

15.12.1976

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt am 15. Dezember 1976 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

18.10.1977

Somalia/BRD: In Mogadischu stürmt die deutsche Spezialeinheit GSG 9 am 18. Oktober 1977 das von Terroristen entführte Flugzeug der Lufthansa.
Die zu lebenslanger Haft verurteilten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begehen am gleichen Tag in Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen Selbstmord.

23.05.1979

BRD: Der CDU-Politiker Karl Carstens (1914-1992) wird am 23. Mai 1979 zum Bundespräsidenten gewählt.

10.06.1979

BRD, Belgien: In der Bundesrepublik Deutschland werden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt.

03.07.1979

BRD: Die Verjährungsfrist für Mord wird am 3. Juli 1979 durch den Deutschen Bundestag generell aufgehoben, um NS-Verbrechen weiterhin ahnden zu können (x101/113).

13.01.1980

BRD: Am 13. Januar 1980 schließen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

05.10.1980

BRD: Während der 9. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 5. Oktober 1980 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,5 %, SPD = 42,9 %, FDP = 10,6 %, Sonstige = 2,0 %.<<

05.11.1980

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt am 5. November 1980 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

28.02.1981

BRD: Etwa 100.000 Atomkraftgegner protestieren am 28. Februar 1981 trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe.

1981

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnt im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

10.06.1982

BRD: In Bonn demonstrieren am 10. Juni 1982 etwa 400.000 Menschen gegen die Aufrüstung im Osten und Westen.

01.10.1982

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt wird am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.
Die FDP schließt danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wird neuer Bundeskanzler.

06.03.1983

BRD: Bei der vorgezogenen 10. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 6. März 1983 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,8 %, SPD = 38,2 %, FDP = 7,0 %, Die Grünen = 5,6 %, Sonstige = 0,4 %.<<

29.03.1983

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 29. März 1983 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

19.06.1983

Belgien: Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschließen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

01.07.1984

BRD: Der CDU-Politiker Richard von Weizsäcker (1920-2015) wird am 1. Juli 1984 zum Bundespräsidenten gewählt.

04.09.1985

Israel: Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtet am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>… (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland … konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<

01.01.1986

Belgien: Nach dem Beitritt Spaniens und Portugals umfaßt die EG am 1. Januar 1986 zwölf Mitglieder.

28.02.1986

Schweden: Der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme (1927-1986) wird am 28. Februar 1986 in Stockholm ermordet.

26.04.1986

UdSSR: In der Ukraine ereignet sich am 26. April 1986 der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

1986

BRD: Margarete Mitscherlich-Nielsen (1917-2012, deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin) erklärt im Jahre 1986 in einer ZDF-Talkshow (x354/105): >>… Wissen Sie, daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren - zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebro-

chen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht ... in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls - das kann man eigentlich nicht bedauern.<<

25.01.1987

BRD: Während der 11. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 25. Januar 1987 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,3 %, SPD = 37,0 %, FDP = 9,1 %, Die Grünen = 8,3 %, Sonstige = 1,3 %.<<

Januar 1987

BRD: Das Bundesgesundheitsministerium fordert im Januar 1987 in zahlreichen Zeitungsanzeigen zum Kampf gegen die AIDS-Ausbreitung auf.

23.02.1987

BRD: Kardinal Joseph Höffner (1906-1987, katholischer Theologe, seit 1976 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz) gibt am 23. Februar 1987 die Broschüre "AIDS - vier Aussagen des Erzbischofs von Köln, Kardinal Joseph Höffner -" heraus.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtet später über diese Broschüre des Kardinals Joseph Höffner (x853/...): >>... (Der Kardinal sagt:)

"Als die deutschen Bischöfe am 26.1.1987 darauf hinwiesen, daß der Geschlechtsverkehr mit unbekannten oder wechselnden Partnern menschenunwürdig ist und daß 'eheliche Treue und sexuelle Enthaltsamkeit' die richtigen Wege sind, sich vor der AIDS-Krankheit zu bewahren, erhob sich in den Massenmedien ein lautes Geschrei:

... 'Die Bischöfe maßten sich an, die überholte katholische Sexualmoral für alle verbindlich zu machen.' Ich entgegne, daß es eine sittliche Ordnung im Bereich des Geschlechtlichen gibt, die zum 'Richtigsein des Menschen', nicht nur des Christen gehört.

Es ist die Pflicht des Staates, der Ausbreitung der AIDS-Krankheit - in Anerkennung der sittlichen Ordnung - entgegenzuwirken."

"Man hat gesagt, man wolle durch Anzeigen und Plakate Verhaltensänderungen erreichen, wobei darunter der Gebrauch von Kondomen verstanden wird. Wenn Jesus sagt: Ändert euer Verhalten, "kehrt um" (Makkabäer 1, 15), meint er etwas wesentlich anderes: die Änderung der Gesinnung, die Abkehr vom sündigen Verhalten und die Heimkehr zu Gott. Auf Grund dieser Erwägungen hat die Deutsche Bischofskonferenz die Kondom-Werbung nicht unwidersprochen hingenommen:

'Auf diese Weise läßt sich die AIDS-Gefahr nicht bannen.'

"Kondome bedeuten: Mach weiter wie bisher, aber schütze dich vor Ansteckung. Das ist menschenunwürdig." ...<<

11.03.1987

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 11. März 1987 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

14.03.1987

BRD: Die deutsche SPD-Politikerin Renate Schmidt (von 2002 bis 2005 Bundesministerin) erklärt am 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk (x354/104): >>… Die Frage, (ob die Deutschen aussterben), das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir ... verhältnismäßig wurscht.<<

14.04.1987

Belgien: Die Türkei stellt am 14. April 1987 den Antrag auf Beitritt zur EG.

17.06.1987

DDR: In der DDR wird am 17. Juni 1987 die Todesstrafe abgeschafft.

Nach westdeutschen Beobachtungen werden In der DDR allein von 1949 bis 1960 etwa 160 Todesurteile verhängt. Davon werden 103 Verurteilte wegen politischer Staatsverbrechen hingerichtet (x009/442).

12.11.1987

BRD: Die "Deutsche Tagespost" berichtet am 12. November 1987 über ein Gespräch mit Bischof Lehmann zum Schutz vor AIDS: >>... Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz ging in dem Gespräch auch nochmals auf die Reaktion der katholischen Kirche in Deutschland auf die Kondom-Anzeigen des Bundesgesundheitsministeriums zur Immunschwächekrankheit AIDS ein.
'Wir haben am Anfang einen Paukenschlag tun müssen', sagte Lehmann. Die Bischöfe hätten damals den Eindruck gewinnen müssen, als wolle es der Staat bei einem Appell zu 'technischen Vorsichtsmaßnahmen' belassen und von der ethischen Dimension bei der Aufklärung über AIDS ganz absehen. In der Zwischenzeit, so meinte der Bischof gebe es aber Anzeigen von Gesundheitsämtern mit dem Tenor:
Treue schützt am besten.
Das hätte man von seiten der Bischofskonferenz gewollt. ...<<

25.02.1988

UdSSR: Die UdSSR ordnet am 25. Februar 1988 den vorzeitigen Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der DDR und der Tschechoslowakei an.

14.09.1988

DDR: Am 14. September 1988 wird die jährliche Transitpauschale für die Jahre 1990 bis 1999 festgelegt.
Die Bundesrepublik Deutschland soll zukünftig nicht mehr 525, sondern 860 Millionen Mark an die DDR zahlen.

01.10.1988

UdSSR: Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wird am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt.

Stalinismus und die Verbrechen des internationalen Kommunismus

> Der einzige Zweck meines Lebens ist, Gott zu vernichten und ihn für immer zu entthronen.
> *Karl Marx (1818-1883, deutscher Philosoph, Journalist, Sozialist und Schriftsteller)*

Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) starb am 5. März 1953 nach einem Gehirnschlag in Moskau.
Stalins Tochter Swetlana (1926-2011) schilderte später die letzten Stunden ihres Vaters (x080/394): >>In den letzten 12 Stunden war es bereits klar, daß sich der Sauerstoffmangel vergrößerte. Das Antlitz verfärbte sich, die Gesichtzüge entstellten sich bis zur Unkenntlichkeit, die Lippen wurden schwarz.
In den letzten 2 Stunden erstickte er einfach. ... Die Agonie war entsetzlich, sie erwürgte ihn vor aller Augen.
In einem dieser Augenblicke ... offenbar in der letzten Minute öffnete er plötzlich die Augen und ließ seinen Blick über alle Umstehenden schweifen. Es war ein furchtbarer Blick, halb wahnsinnig, halb zornig, voll Entsetzen vor dem Tode. ...
(Und dann) hob er plötzlich die linke Hand ... und wies mit ihr nach oben, drohte uns allen. Die Geste war unverständlich, aber drohend.<<
"Die Neue Zeitung" berichtete am 7. März 1953 über Stalins Tod (x043/523): >>... Wir drukken hier einen Auszug aus der amtlichen Verlautbarung des ZK der KPdSU ab: ...
Liebe Genossen und Freunde, das Zentralkomitee der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet geben mit tiefem Mitgefühl der Partei und allen Arbeitern bekannt, daß am 5. März um 21.50 Uhr (Moskauer Zeit) der Vorsitzende des sowjetischen Ministerrates und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Josef Wissarionowitsch Stalin,

nach schwerer Krankheit gestorben ist.
Das Herz des Genossen und ausführenden des Willens Lenins, des weisen Führers und Lehrers der Kommunistischen Partei und des sowjetischen Volkes, Josef W. Stalin, hat zu schlagen aufgehört. Stalins Name ist unserer Partei, dem sowjetischen Volk, den Arbeitern der Welt für immer eine Ehre.
Der Tod des Genossen Stalin, des Mannes, der sein ganzes Leben dem selbstlosen Dienst an der kommunistischen Idee widmete, ist ein ungeheurer Verlust für die Partei, für die Arbeiter der Sowjetunion und für die ganze Welt.
Die Nachricht vom Tode des Genossen Stalin wird in die Herzen der Arbeiter, Kollektivbauern, Intellektuellen und aller Arbeiter unseres Vaterlandes, in die Herzen der Soldaten unserer ruhmreichen Armee und Marine, in die Herzen von Millionen Arbeitern in allen Ländern der Welt tiefes Leid tragen.
In diesen traurigen Tagen schart sich die Bevölkerung unseres Landes noch enger in der großen brüderlichen Familie unter der erprobten Führung der Kommunistischen Partei, die von Lenin und Stalin geschaffen wurde.
Das sowjetische Volk hat grenzenloses Vertrauen und ist mit großer Liebe erfüllt für die Kommunistische Partei, denn es weiß, daß das Gesetz, das die Tätigkeit der Partei diktiert, der Dienst für das Wohl des Volkes ist.
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet appellieren in diesen sorgenvollen Tagen an die Partei und alle Arbeiter des Vaterlandes, sich noch enger um das Zentralkomitee zu scharen.
Der unsterbliche Name Stalins wird für immer in den Herzen des sowjetischen Volkes und der fortschrittlichen Menschheit leben.
Lange lebe die große und alles beherrschende Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin.
Lang lebe unser mächtiges sozialistisches Vaterland.
Lang lebe unser heldenhaftes Sowjetvolk.<<
In der SED-Zeitung "Neues Deutschland" veröffentlichte Johannes R. Becher später folgendes "Stalin-Gedicht" (x043/523):
>>Dem Ewig-Lebenden
Als es geschah
an jenem zweiten März,
Daß leiser, immer ferner
schlug sein Herz,
Da war ein Schweigen
wieder und ein Weinen.
Um Stalins Leben
bangten all die Seinen.

Und als verbraucht
sein letzter Atemzug,
Da hielt die Taube ein
auf ihrem Flug.
Die Völker aber
hatten sich erhoben,
Um an der Bahre
Stalins zu geloben.

Wen so wie dich
die Welt zu Grabe trägt.

Des Herz im Herz
der Völker weiterschlägt.
Begleitet Stalin
vor die rote Mauer!
Erhebt euch
in der Größe eurer Trauer!

Seht! Über Stalins Grab
die Taube kreist,
Denn Stalin: Freiheit –
Stalin: Frieden heißt!
Und aller Ruhm der Welt
wird Stalin heißen!
Laßt uns den Ewig-Lebenden
lobpreisen!<<

Stalin war wie Hitler ein Diktator, der buchstäblich über Leichen ging.

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerteten, forderte die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Menschenleben (x025/113). Russische Historiker ermittelten in späteren Studien, daß dem Terror des Sowjetkommunismus wahrscheinlich sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden müssen (x025/259).

Nach dem Tod des sowjetischen Diktators Stalin entließ man nach und nach ca. 10,0-12,0 Millionen Menschen aus den sowjetischen Zwangsarbeitslagern. Im Rahmen der sog. "Entstalinisierung" wurde Stalin später wegen seiner "theoretischen und politischen Fehler" öffentlich kritisiert. Die KPdSU verurteilte außerdem Stalins "grobe Verstöße" gegen den Marxismus-Leninismus und den "Personenkult" als sog. "fremde Erscheinung".

Nikita Chruschtschow (seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) gab z.B. am 25. Februar 1956 während des XX. Parteitages der KPdSU bekannt, daß Stalin von den 139 Zentralkomiteemitgliedern, die 1934 gewählt wurden, 98 Mitglieder (70,5 %) liquidieren ließ (x128/47).

Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtete später über Stalin (x047/262): >>... Im Großen Vaterländischen Krieg war er Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees, Volkskommissar für Verteidigung, Oberster Befehlshaber der Sowjetarmee. Er leitete das Hauptquartier des Kommandos des Obersten Befehlshabers, war einer der Organisatoren der Antihitlerkoalition.

Stalin spielte eine hervorragende Rolle beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR, bei der Zerschlagung des Trotzkismus und des rechten Opportunismus und bei der Organisation des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg.

Gleichzeitig beging er theoretische und politische Fehler, ließ grobe Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit und Abweichungen von den Leninischen Normen des Parteilebens und des staatlichen Lebens zu. Der Personenkult um J. W. Stalin wurde von der KPdSU als eine dem Marxismus fremde Erscheinung verurteilt. ...<<

Der französische Historiker Stéphane Courtois (ehemals militanter Maoist, Professor für Politik an der Universität Nanterre bei Paris) schreibt später im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1999) über Stalin und den Terror in der UdSSR: >>... **Stalin und der Gulag-Staat**

Unter seiner fast 30jährigen Herrschaft stieg die Sowjetunion zur Weltmacht auf. Sein eigenes Volk versklavte der Diktator Stalin und ließ es im Namen des Sozialismus grausam bluten:

Allein in der Ukraine starben in einem Jahr Millionen Menschen.
Kein Politiker der Welt hat das 20. Jahrhundert mehr geprägt als Josef Stalin. Churchill und Lenin haben nur fünf Jahre lang die Weltpolitik beeinflußt, Hitler und Roosevelt zwölf Jahre lang, de Gaulle, Gandhi oder Mao haben vor allem die Geschicke ihres eigenen Landes bestimmt. Stalin hingegen war von 1924 bis zu seinem Tode 1953 an der Macht.
Er stieg auf zum absoluten Herrscher über die UdSSR, er hat sein Land in den Rang einer Supermacht gehoben und zum Zentrum eines weltumspannenden kommunistischen Systems gemacht.
Er hat sein Regime, das auf der Abschaffung des seiner Produktionsmittel beraubten Privateigentums, auf Staatsplanung, Terror und der Lüge errichtet war, der gesamten kommunistischen Welt aufgezwungen; es ging erst unter mit dem Zusammenbruch im Jahr 1991.
Das Verständnis Stalins - und man muß ihn verstehen - war lange vernebelt: zu seinen Lebzeiten durch den unwahrscheinlichen Kult, der in der ganzen Welt und oft von erlesenen Geistern um ihn entfesselt worden war; nach seinem Tod vor allem durch Nikita Chruschtschow, der auf dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Februar 1956 in seinem berühmten Geheimbericht der Welt enthüllt hat, was für ein Tyrann und Mörder Stalin gewesen war.
Da es sich dabei um eine politische und ideologische Operation Chruschtschows handelte, die gleichzeitig das Gesicht des Regimes retten und die hartgesottensten Stalinisten im Kampf um die Macht im Kreml schwächen sollte, war die Marschroute klar: Der gute Wladimir Lenin hatte das Regime geschaffen, um der Menschheit das ewige Glück zu bescheren, der böse Stalin hatte die Lehren des guten Lenin verraten.
An diese Fabel zu glauben heißt indes, nichts von einem äußerst komplexen Kapitel der Geschichte zu verstehen. Denn Stalin bleibt ein Rätsel. Wie sollte man sonst verstehen, daß dieser außergewöhnliche Politiker gleichzeitig der größte Verbrecher dieses Jahrhunderts war, der mit Entschlossenheit und nie wankendem persönlichen Engagement über einen langen Zeitraum hinweg Massenmord verübte. Weder Shakespeare noch Dostojewski hätten eine so blutrünstige und perverse Persönlichkeit ersinnen können. Die Realität hat die Vorstellungskraft übertroffen.
Der 1878 (und nicht ein Jahr später, wie meist angegeben) in Gori, Georgien, geborene Josef Dschugaschwili war schon früh ein professioneller Revolutionär, Mitglied der bolschewistischen Strömung der Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Als solcher lernte er Verhaftungen, die Gefängnisse des Zaren und das innere Exil kennen. Er kämpfte im Untergrund, organisierte Arbeiteraufmärsche, die brutal unterdrückt wurden, und auch Überfälle auf Banken und Geldtransporte, um mit der Beute die Parteikasse zu füllen. Von Lenin angeworben, war er von 1912 an dem Zentralkomitee der bolschewistischen Partei "kooptiert", das damals nur acht Mitglieder zählte.
Um die romantische Phase seines revolutionären Kampfes zum Abschluß zu bringen, legte Dschugaschwili sein Pseudonym "Koba", ein Held aus dem georgischen Epos "Vatermörder", ab und nannte sich Stalin, der "Stählerne" - Indiz für seine Entschlossenheit, seine politischen Überzeugungen bis zur letzten Konsequenz in Taten umzusetzen.
Im März 1917 - Lenin war noch nicht nach Rußland zurückgekehrt, und Leo Trotzki trat der Partei erst im Juli bei - war Stalin bereits ein führender Bolschewik in Petrograd, dem Zentrum der Revolution. 1919 war er der einzige, der gleichzeitig dem Politbüro und dem Organisationsbüro des Zentralkomitees, den beiden höchsten Parteigremien, sowie dem Rat der Volkskommissare angehörte. Am 3. April 1922 wurde Stalin Generalsekretär des Sekretariats des Zentralkomitees.
Lenin täuschte sich nicht, als er in seinem "Testament", das er Ende 1922/Anfang 1923 verfaßt hatte, Stalin neben Trotzki als den "herausragenden Führer" der Partei bezeichnete. Und

so ist Stalin beim Tod des Parteigründers am 21. Januar 1924 alles andere als ein undurchschaubarer Apparatschik. In über sechs Jahren Revolution und Bürgerkrieg, beim täglichen Kontakt mit Lenin im Kreml - ihre Büros lagen nebeneinander - hatte er hinreichend Zeit, sich mit dem Denken und den Praktiken des Meisters vertraut zu machen.
Im Kampf um dessen Nachfolge scheint Stalin über keine Trümpfe zu verfügen. Er ist 1,62 Meter klein, sein linker Arm verkrüppelt, das Gesicht wie durch einen Schrotschuß von kleinen Pockennarben übersät. Er spricht Russisch mit starkem georgischen Akzent, Schreibstil und rednerisches Talent sind miserabel, seine Fähigkeiten als Theoretiker dürftig. Kümmerlich auch die Bildung - abgebrochenes Studium am Priesterseminar. Und außerhalb Rußlands war Stalin selten gewesen.
Aber er kann sich auf andere Gaben stützen: ungewöhnliche Kaltblütigkeit und Willenskraft, Selbstkontrolle in schwierigsten Situationen, unerschütterliche Festigkeit seiner Entschlüsse sowie eine furchterregende Energie bei der Umsetzung dieser Entschlüsse in die Tat.
Hinzu kommen ein bemerkenswertes Gedächtnis, praktischer Verstand und organisatorisches Talent.
Stalin lebt recht einfach, klebt nicht am Luxus und verfügt, obwohl er viel raucht, über eine eiserne Gesundheit. Üble menschliche Eigenschaften erweisen sich im kommunistischen System als von höchstem Nutzen - Verschlagenheit und List, Begabung für die Intrige, ein immenses Mißtrauen gegen jedermann, Verbohrtheit und die Geduld, auf den richtigen Moment für Rache zu warten. Skrupel und Sensibilität im Umgang mit Menschen sind Stalin unbekannt; er ist grobschlächtig und brutal, unnachsichtig mit seinen Feinden.
Einzelgänger und einsilbig, hegt er Verachtung für Menschen und Menschenleben, seine eigene Familie inbegriffen. Beim Tod Lenins taucht Stalin "lautlos und ohne Eklat aus einer obskuren Vergangenheit und einer banalen Gegenwart auf", so beschrieb es der französische Kommunist Boris Souvarine: Stalin begreift, daß sich ihm die einzigartige Chance zur Ergreifung der Macht bietet, und er geht methodisch daran, sie zu erobern.
Bei Lenins Begräbnis hält er die berühmte Rede:
Genossen!
Wir Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlag. Wir sind aus besonderem Material geformt. Wir sind diejenigen, die die Armee des großen proletarischen Strategen bilden, die Armee des Genossen Lenin. Es gibt nichts Höheres als die Ehre, dieser Armee anzugehören.
Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Einheit unserer Partei wie unseren Augapfel zu hüten. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!
Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Diktatur des Proletariats zu schützen und zu festigen. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir unsere Kräfte nicht schonen werden, um auch dieses dein Gebot in Ehren zu erfüllen!
Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Union der Republiken zu festigen und zu erweitern. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!
Ein einziger Stil, ein einziges Programm.
Stalins Feinde der ersten Stunde formieren sich in drei Strömungen: zunächst um Leo Trotzki, dann um Grigorij Sinowjew und Lew Kamenew, schließlich um Nikolai Bucharin, Michail Tomski und Alexej Rykow. Mit taktischem Geschick wird Stalin sich abwechselnd mit den einen verbünden, um die anderen auszuschalten.
Als ersten nimmt er Trotzki aufs Korn. Schon im März 1918, während der Auseinandersetzung um den Frieden von Brest-Litowsk, hat Stalin sich durch seinen brutalen Realismus hervorgetan. Mit "Anpassung an das Schlagwort vom revolutionären Krieg", so stellt er fest, "spielen wir das Spiel des Imperialismus. Die Position des Genossen Trotzki ist keine Positi-

on. Es gibt im Westen keine revolutionäre Bewegung, es gibt keine Tatsachen, es gibt lediglich ein Potential, und auf ein Potential können wir nicht zählen."
Im August 1923, als die Komintern einen Aufstand in Deutschland vorbereitet, rechnet Stalin die Erfolgschancen durch und kommt zu dem Schluß, daß ein Scheitern unvermeidlich sei. Schon früh hat er die Strategie der Bolschewisten angezweifelt, wonach die Revolution in Europa die sowjetische Revolution retten würde.
Stalin ist weder Träumer noch Schwärmer, sondern ein fanatischer Realist, der die Kräfteverhältnisse genau abwägt und sich erst festlegt, wenn er sich seiner Sache sicher ist. Das Scheitern der deutschen Kommunisten im Oktober 1923, danach der chinesischen Genossen 1927 überzeugen ihn endgültig, daß es nur einen Weg zur Weltrevolution gibt: die Stärkung der Sowjetunion mit allen Mitteln.
Trotzkis Theorie von der "permanenten Revolution" und Lenins pragmatischem Kleinkapitalismus zur wirtschaftlichen Erholung stellt er seine Idee vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land" entgegen. Diese Option dient ihm als Vorwand für seine Politik der beschleunigten Industrialisierung und der gewaltsamen Kollektivierung der Landwirtschaft, der Errichtung einer modernen Armee und Kontrolle aller Gesellschaftsschichten. Das Monopol der Parteibürokratie auf Macht und Privilegien war gesichert.
Um Trotzki zur Strecke zu bringen, präsentiert sich Stalin als der Wahrer der ideologischen Reinheit, der sich auf leninistische Legitimität beruft; hatte doch der Meister 1921 Fraktionsbildungen verboten und Debatten nur parteiintern zugelassen.
Stalin intensiviert weiter den Mythos von der Einheit der Partei und stellt sich selbst als deren bescheidener Sprecher dar. Meisterhaft manipuliert er die Parteimaschinerie - zuerst wird Trotzki isoliert, nacheinander aus der Regierung, dem Politbüro und schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Durch gezielte Neuberufungen neutralisiert Stalin die Trotzkisten und formt aus seinen Anhängern um Molotow, Ordschonikidse, Kaganowitsch, Kirow und Woroschilow einen wahren Clan.
Kaum ist Trotzki abgelöst, wendet sich Stalin gegen seine Verbündeten von gestern, Sinowjew und Kamenew. Nach dem 14. Parteitag im Dezember 1925 - die Delegierten hat Stalin sorgfältig ausgesucht - werden beide Mitglieder der alten bolschewistischen Garde aus dem Politbüro ausgeschlossen und in Leningrad durch den Getreuen Sergej Kirow ersetzt.
Die UdSSR verharrt nun in einer Phase des Abwartens. Ihre Führer sind uneins zwischen der Absicht, die Bauernschaft mit der Ankurbelung des Handels neue Kräfte sammeln zu lassen, und dem Willen, weiter in Richtung Sozialismus zu marschieren. 1929 entscheidet Stalin mit dem ersten Fünfjahresplan brutal zugunsten eines industriellen Aufbruchs.
Wirtschaft und Gesellschaft werden total einem einzigen Ziel unterworfen: Schaffung einer politisch und ideologisch monolithischen Macht. Aber Stalin stößt auf Widerstand bei seinen "rechten" Verbündeten, Bucharin und Tomski. Seit 1925 will Bucharin die Bauern zu mehr Wohlstand führen, um die Industrie über mehr Konsum und höhere Steuereinnahmen in Schwung zu bringen. Tomski, Gewerkschaftsboß im "Vaterland der Arbeiter", hingegen macht sich Forderungen der proletarischen Basis zu eigen.
Da schlägt Stalin zu: Er schließt beide aus dem Politbüro aus, Bucharin im November 1929, Tomski im Juli 1930. Nebenbei weist er im Januar 1929 Trotzki aus der Sowjetunion aus. Stalin weiß jedoch, daß seine Politik auf weitaus härteren Widerstand treffen wird. Und deswegen muß er seine Macht noch weiter festigen.
In einem persönlichen Brief an Molotow vom 22. September 1930 schlägt er vor, Rykow, Lenins Nachfolger an der Spitze des Rates der Volkskommissare, also der eigentlichen Regierung, abzusetzen: "Das ist unerläßlich. Sonst gibt es einen Bruch zwischen der Führung des Sowjetstaates und der Partei. Bei dieser Kombination aber werden wir eine vollkommene Einheit von Staats- und Parteispitze haben, was zweifellos unsere Kräfte verdoppeln wird."

Die perfekte Einheit, das ist der Traum jeder totalitären Macht, die den Staat als Mittler zwischen dem Volk und der ideologischen Macht ausschalten will - in diesem Fall zwischen der Proletarierklasse und der Partei mit ihrem Generalsekretär.
Am 19. Dezember 1930 wird Rykow von der Regierungsspitze entfernt, dort ersetzt ihn Molotow, der die Fusion zwischen Partei- und Staatsapparat vorantreibt. Der kommunistische Totalitarismus, für den Lenin die Fundamente gelegt hatte, wird zur Realität - er heißt Stalinismus. Gleichzeitig beginnt Stalin mit den großen Säuberungen.
Von Ende 1929 bis 1931 werden mehr als 250.000 Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen. Stalins persönliches Machtinstrument, die politische Geheimpolizei OGPU, beginnt ihr Terrorwerk mit sich häufenden Drohungen und Einschüchterungen gegen selbst die geringste Kritik am Generalsekretär. Die politischen Gegner sind geschwächt, und Stalin kann, am 7. November 1929, in der "Prawda" das "Jahr der großen Wende" ankündigen - die allgemeine Kollektivierung.
Die drängt sich aus zwei Erkenntnissen auf. Zum einen erscheinen die Bauern wieder stark auf dem Markt. Wie zu Zeiten des Bürgerkriegs, der weitgehend ein Kampf zwischen Bauern und der bolschewistischen Macht war, drohen sie sich jeder weiteren Verstaatlichung von Land zu widersetzen. Nachdem Adel, Bourgeoisie und Unternehmer bereits von 1918 bis 1922 liquidiert worden sind, ist die Bauernschaft das einzige Hindernis für die Durchsetzung der kommunistischen Doktrin.
Zum anderen impliziert eine beschleunigte Industrialisierung aus marxistischer Sicht eine "Akkumulation" des Kapitals, die nur durch eine Ausbeutung der Arbeiter zustande kommen kann, und vor allem durch die Beschlagnahme allen bäuerlichen Reichtums.
Nach Marx ist die Bauernschaft ein direkt vom Mittelalter in die Neuzeit verpflanztes Hindernis für die Modernisierung und somit für die Verwirklichung des Sozialismus. Nach kommunistischer Auslegung müssen die Bauern deshalb in Arbeiter umgewandelt werden, als Lohnempfänger in Kolchosen einziehen.
Sie müssen den Gesetzen der Industrie unterworfen und von zentralen Ausleihstationen von Landmaschinen abhängig gemacht werden, die ihrerseits direkt der Parteikontrolle unterworfen sind. Vor allem muß diese bäuerliche Macht schon wegen ihrer politischen Unkontrollierbarkeit erbarmungslos und für immer zerschlagen werden.
Stalin mochte auch geglaubt haben, daß er einen wesentlichen Punkt aus Marx" und Engels" Kommunistischem Manifest umsetzen würde, daß nämlich Landenteignung und die "Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan" die Organisation industrieller Armeen, insbesondere "die Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie", den "Gegensatz von Stadt und Land allmählich" beseitigen würden.
Der Fünfjahresplan mit der Kollektivierung bedeutete in der Tat die Umsetzung einer Doktrin, die Lenin schon 1921 beschrieben hatte:
Wenn in Deutschland die Revolution nicht vorankommt, ist es unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus der Deutschen zu erlernen, ihn aus aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übertragung der westlichen Kultur auf das barbarische Rußland zu beschleunigen, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuscheuen.
Lenin hatte lediglich übersehen, daß es in Rußland weder Kapitalismus - den hatten die Bolschewisten von 1918 an zerschlagen - noch einen Staat im Sinne einer Institution gab, die Konflikte zwischen den Gesellschaftsgruppen regelt. Es fehlte auch die für eine Modernisierung unerläßliche oberste Schicht von Intellektuellen.
Denn auch die Intelligenzija war von Lenin verjagt worden. Der Zusammenstoß kam frontal und brachial. Die kommunistische Macht erklärte den Bauern regelrecht den Krieg, und Stalin formulierte sein berüchtigtes Schlagwort von der "Liquidierung des Kulakentums als Klasse".

Trotz mehr als 1.200 Bauernaufständen allein 1929 und etwa 14.000 Revolten und Massenkundgebungen im Jahr darauf wurde der Bauernstand zermalmt. 1930/31 deportierten die Bolschewisten rund 1,8 Millionen Bauern nebst Familien, eine Million floh aus den Dörfern, zwei Millionen suchten Zuflucht in anderen Regionen.
Als Folge entstand ein gewaltiges Chaos in der Agrarproduktion. Die meisten der stalinistischen Führer waren ohne jede fachliche Kompetenz. Stalin selbst hatte sein politisches Leben innerhalb der Partei verbracht. Seine Visionen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur waren die eines professionellen Revolutionärs - eines Machtmenschen, der bevorzugt in der Realität einer Partei lebte, einer kleinen Sekte von Verschwörern.
Alles, was zum Erfolg hätte führen können, wurde ins Maßlose übersteigert. Der extreme politische Voluntarismus, das Vorwärtsstürmen führten zum Terror gegen die Massen, zur totalen Kontrolle über die Gesellschaft und der Mißachtung all dessen, was der Verwirklichung der Ziele hinderlich sein konnte: wissenschaftliche Gesetze, ökonomische Mechanismen, demokratische Prinzipien und vor allem die Achtung vor dem menschlichen Leben.
Die ökonomische Inkompetenz, welche die kommunistischen Führer durch gefälschte Statistiken zu verbergen suchten, ließ den Lebensstandard rasch abstürzen. Zwischen 1928 und 1934 sank das Einkommen der Arbeiter um die Hälfte, das der Bauern noch mehr. Für die Werktätigen wurde zur Kontrolle das Arbeitsbuch wiedereingeführt, die Bauern durften die Kolchosen nicht mehr verlassen. Seit dem 7. August 1932 wurde per Dekret für den geringsten Diebstahl die Todesstrafe verhängt.
Über alldem wachte eine totale Polizeimacht. Begleitet wurde die "große Wende" von der Ausweitung eines Systems von Zwangs- und Arbeitslagern. Die Geheimpolizei baute den Gulag auf, der durch Alexander Solschenizyn zu makabrem Ruhm gelangen sollte und in dem durch Beschluß des Politbüros vom 27. Juni 1929 "sozial gefährliche Elemente" isoliert wurden. Der Stalinsche Terror stieß bei Verantwortlichen auf Kritik - also verschärfte der Diktator die "Säuberungen". Schon 1933 wurden 450.000 Kommunisten aus der damals 3,5 Millionen Mitglieder und Anwärter zählenden Partei ausgeschlossen.
Die Offensive gegen Arbeiter und Bauern wurde begleitet von einer Propagandakampagne, wie sie die Welt noch nicht erlebt hatte. Zunächst verkündete man mit gewaltigem Getöse ökonomische Triumphe - sie waren erfunden. Dann aufgebauschte Berichte über die Entdekkung von Saboteuren - damit wurden nicht zu vertuschende regionale Pannen erklärt.
Gleichzeitig lieferten sie den Vorwand, den immer hysterischeren Kampf gegen den "Klassenfeind" auf die Spitze zu treiben. Um die Mär von der Sabotage glaubhaft zu machen, ließ Stalin durch die Geheimpolizei erste Schauprozesse mit unter Folter erpreßten Geständnissen inszenieren. Diese Prozesse terrorisierten die technische Elite, deren Aufgabe es gewesen wäre, sich den Verrücktheiten der Industrialisierung entgegenzustellen.
Wer es trotzdem aus professioneller Kenntnis tat, wurde der Sabotage oder des Terrorismus beschuldigt. Bucharin hat in einem Brief an Stalin vom 14. Oktober 1930 dieses grausame Katz- und Maus-Spiel gebrandmarkt als "niedrige, finstere und diabolische Provokation, an die Du nicht nur glaubst, sondern die Du zum Fundament Deiner Politik gemacht hast ... Mein Gott! In welcher infernalischen Welt leben wir heute! ... Wahrscheinlich, weil ich niemandem den Arsch lecke, bin ich zum "Terroristen" erklärt worden."
Noch hat das Politbüro die Todesstrafe für Parteimitglieder nicht abgesegnet.
Dann lief die Mobilisierung gegen das Ausland. Vorwand: "Imperialistische Mächte" bereiteten den Angriff auf die UdSSR vor - ebenfalls ein reines Hirngespinst. Denunziation wird zu einer der hervorragendsten Eigenschaften des jungen Kommunisten. Pawlik Morosow, ganze 13 Jahre alt, hat seinen Vater als Kulaken denunziert, wird von seinem Großvater und Cousin erschlagen und dafür zum Nationalhelden erhoben, Vorbild für eine fanatisierte und indoktrinierte Jugend, auf die Stalin sich stützen wird.

Stalins im Dezember 1929 gefeierter 50. Geburtstag ist der Anlaß, den Kult um den "woschd", den "Führer", den höchsten Retter und unfehlbaren "großen Steuermann", ins Delirium zu treiben. Mit dem Personenkult geht eine gigantische Propagandakampagne über die demokratischen und humanen Erfolge des stalinistischen Regimes einher.
1935 wird der Mythos vom Bergarbeiter Alexej Stachanow, dem Superarbeiter und sozialistischen "neuen Menschen", kreiert, der angeblich in einer einzigen Schicht 14mal soviel förderte, wie es die Norm vorschrieb. 1936 folgt der Mythos von der "demokratischsten Verfassung der Welt".
Ungezügelte Gewalt und schamloses Lügen werden zu Stützen des Regimes. Sie bleiben es bis zum Ende der Sowjetunion 1991 - auch wenn nach dem Tod des Diktators die Intensität nachließ, mit der sie betrieben wurden.
Stalin hat nichts erfunden. Er hat die von Lenin eingeführten Methoden systematisiert und intensiviert. Die UdSSR lebt in einem raffiniert kultivierten Klima des Hasses gegen den inneren und äußeren Feind. Der Begriff des "Feindes", schon unter Lenin zentrales Schlagwort, wird bis zur Hysterie ausgereizt.
Die "Liquidation der Kulaken als Klasse" ist nicht mehr eine Allegorie, sondern schauerliche Wirklichkeit. In seinem berühmten Buch "Die Ernte des Todes" beschreibt der britische Historiker Robert Conquest den Leidensweg der ukrainischen Bauern, die im Winter 1932/33 durch die Beschlagnahme der Nahrung in jedem Bauernhaushalt einer schrecklichen Hungersnot ausgeliefert wurden.
In einem Jahr starben fast acht Millionen Menschen, darunter drei Millionen Kinder. Stalin beging nicht nur ein ungeheures Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern auch einen "Klassengenozid", denn er wollte gleichzeitig die ukrainische Nation wie auch ihr soziales ländliches Fundament zerstören. Der 17. Parteitag, der "Parteitag der Sieger" im Jahre 1934, bringt dem Land, das seit 1929 unter heftigem politischem Druck lebt, eine kurze Pause. Man reintegriert Oppositionelle, beschränkt offiziell die Macht der Geheimpolizei.
Über 115.000 "unkorrekte" Verurteilungen werden überprüft. Im Dezember 1935 erklärt Stalin großmütig, daß "der Sohn nicht für die Handlungen des Vaters verantwortlich" sei. Damit ermöglicht er Millionen Kindern von Deportierten und anderen "Volksfeinden", denen alle Zivilrechte und das Recht auf freien Schulbesuch genommen worden waren, sich wieder in die Gemeinschaft zu integrieren.
Schon 1933 werden dem ausgebluteten Bauernstand Konzessionen gemacht, vor allem das Recht, bis zu zwei Morgen Land für sich selbst zu bebauen. Auf dem werden von 1937 an immerhin 52 Prozent der gesamten Kartoffel- und Gemüseernte der UdSSR erwirtschaftet, 56 Prozent des Obstes, 71 Prozent der Milch und 71 Prozent des Fleisches. Stalin will den Widerstand der sozialen Schichten neutralisieren, die er jahrelang grausam terrorisiert hat.
Gleichzeitig verstärkt er seine Macht mit Hilfe des geheimen "Sondersektors", einer Art technischen Sekretariats des Politbüros, das bis 1952 von einem seiner unterwürfigsten Anhänger, Alexander Poskrjobyschew, geleitet wird. Stalin herrscht mit Molotow und Kaganowitsch, das Politbüro führt nur ihre Entscheidungen aus.
Die politische Ruhepause findet am 1. Dezember 1934 mit der Ermordung Kirows, Parteichef von Leningrad, ein jähes Ende. Man hat lange Zeit geglaubt, daß Stalin den Mord veranlaßt habe. Doch neuere Archivmaterialien scheinen auf die Handlung eines Verrückten hinzuweisen. Wie es auch gewesen sein mag, Stalin begreift sofort, daß er aus dem Verbrechen Vorteile für sich schlagen kann. Er suchte sowieso einen Vorwand, seine Gegner des "Terrorismus" anzuklagen.
Noch am Tag des Mordes erläßt er ein Dekret, das bei einer Anklage wegen "Terrorismus" jedes Recht auf Verteidigung aufhebt und als einzige Strafe den Tod vorsieht. Der russische Historiker Oleg Chlewnjuk schreibt: "Dieses Gesetz bedeutete den endgültigen Bruch mit den

Regeln der Rechtsverfahren und der Kontrolle der Todesurteile, die zuvor eingeführt worden waren. Die Richtlinien vom 1. Dezember waren das ideale Instrument, um den Massenterror zu organisieren." Es folgten Tausende von Hinrichtungen ohne Verurteilung.
Der Mord an Kirow eröffnet ein neues Kapitel der Massenverbrechen, gipfelnd in der "Großen Tschistka" (Säuberung) von 1936/38. Innerhalb der Partei hat es Stalin auf seine alten Gegner abgesehen. Der Druck wird so unerträglich, daß sich die Selbstmorde häufen: Der georgische Kampfgefährte Wissarion Lominadse nimmt sich im Januar 1935 das Leben, Michail Tomski im August 1936, Sergo Ordschonikidse im Februar 1937.
Viele sind durch die ideologische Bearbeitung, die bereits Millionen von Unschuldigen das Leben gekostet hat, so betäubt, daß sie ihr Martyrium hinnehmen. In seinem Abschiedsbrief schreibt Lominadse: "Trotz meiner Fehler habe ich mein Leben bewußt dem Kommunismus geweiht, der Sache der Partei ... Ich sterbe im Glauben an den Sieg ihrer Sache."
Im April 1935 entscheidet das Politbüro, daß die Todesstrafe ab dem 12. Lebensjahr verhängt werden darf. Im August 1936 findet der erste der großen "Moskauer Prozesse" statt, makabre Inszenierungen, bei denen die Angeklagten - an der Spitze Sinowjew und Kamenew - öffentlich ihre unter Folter erzwungenen Geständnisse wiederholen. 16 Angeklagte werden zum Tode verurteilt und erschossen.
Im Januar 1937 läuft der zweite große Prozeß ab: 13 Angeklagte werden hingerichtet. Beim dritten Prozeß im März 1938 werden 18 von 21 Angeklagten erschossen, darunter Bucharin und Rykow.
Von Juni 1937 an erfaßt die Säuberung auch die Armee: Die Führungskräfte werden stark reduziert, etwa 35.000 Offiziere umgebracht, ein Fünftel des Bestandes. Unter ihnen befand sich auch Marschall Michail Tuchatschewski: maßgeblich am Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg beteiligt und hoch angesehen in Partei und Öffentlichkeit. Zwischen 1937 und 1938 haben Stalin und seine Politbürogenossen mindestens 383 Listen von "Volksfeinden" abgezeichnet, die zur Erschießung bestimmt sind - mehr als 44.000 Namen, darunter am 12. Dezember 1937 eine Liste von 3.167 Todeskandidaten. Über 39.000 wurden getötet.
Der ehemalige sowjetische Dissident Wladimir Bukowski hat in den Archiven ein von Stalin unterzeichnetes Manuskript entdeckt, eine Anordnung, nur wenige Zeilen lang, auf Schreibpapier ohne Briefkopf: Für 6.600 Menschen bedeutet sie den Tod.
Die Hinrichtungsmaschine bedient Genrich Jagoda, Chef der Geheimpolizei NKWD, nach dessen Ablösung im September 1936 Nikolai Jeschow, daher stammt der Ausdruck "Jeschowschtschina" für diese Periode.
Im Juli 1937 erfaßt die Manie, alles zu organisieren, auch den Terror. Das Politbüro befiehlt dem NKWD, einen Plan zur Eliminierung für alle "antisowjetischen Elemente" vorzulegen. Jede Republik muß nun Erschießungsquoten erfüllen.
Dieser Plan bezieht Parteiapparat, Staat und Armee ein, ferner alle nationalen Minderheiten, vor allem jene in den Grenzgebieten: Polen, Letten, Esten, Finnen, Griechen, Bulgaren, Mazedonier, Rumänen, Iraner, Chinesen, Koreaner und Deutsche. Rund 1.000 deutsche Antifaschisten, die vor den Nazis nach Moskau geflohen waren, werden Hitler von Herbst 1937 an "überstellt". Auf das Konto der "Großen Tschistka" ("Großen Säuberung") gehen in 14 Monaten - so dokumentieren es sowjetische Geheimdienstakten - fast 682.000 Menschenleben. Tatsächlich waren es wohl mindestens eine Million.
Am 20. August 1940 wird Trotzki in Mexiko von einem NKWD-Agenten so schwer verletzt, daß er am nächsten Tag stirbt. Stalin hat sein Ziel erreicht: Von den sechs Mitgliedern, die das Politbüro nach dem Tod Lenins zählte, ist er allein übrig.
Stalin-Deuter haben diesen Drang zum Morden mit panischer Angst vor jedem Widerstand erklärt, die in einer Paranoia gegipfelt habe. Mir scheint jedoch, daß Stalin niemals Angst hatte. Sein Arm, sein Kopf und seinen Nerven haben niemals gezittert. Im Gegenteil. Bei ihm

spürt man einen unbändigen Trieb zu vernichten.
Im Gegensatz zu Hitler jedoch greift der Bolschewistenchef persönlich ein und läßt sich über jedes Detail informieren. Stalin war darin weder ein Amateur noch ein Dilettant. Er legte großen Wert darauf, die kleinsten Einzelheiten wichtiger Angelegenheiten selbst zu überprüfen, angefangen mit dem Terror, der unter seinem direkten Befehl ausgeübt wurde.
Er erfand ein System der "chirurgischen Eingriffe", das genau definierten politischen Zielen entsprach - gleich, ob es sich dabei um ein nicht folgsames Mitglied des Politbüros oder um ein ganzes Volk handelte. Ihm und seiner politischen Polizei gelang es, die Gesellschaft zu teilen. Jede Gruppe - von den Philatelisten bis zu den Esperantoanhängern -, die nicht in sein Denkschema paßte oder sich seiner Kontrolle entziehen wollte, wurde als "Feind" gewertet und vernichtet. Das ist Totalitarismus pur.
Als die Arbeit beendet ist, entledigt Stalin sich auch Jeschows und ersetzt ihn durch Berija. Zur gleichen Zeit sorgt er in der Führung für die Beförderung junger Politiker wie Malenkow, Schdanow, Chruschtschow und schwächt die "alten", die noch am Leben sind, wie Kaganowitsch, Molotow und Mikojan.
1938 wird sein Triumph in der "Geschichte der Kommunistischen Partei (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang" gewissermaßen abgesegnet. Sie wird zur "Bibel" der Kommunisten in der ganzen Welt. Das Buch schreibt die Geschichte der bolschewistischen Partei völlig neu. Deren Held ist Stalin - diesmal weniger aus egozentrischer Megalomanie als aus der Notwendigkeit heraus, die Gefolgschaft durch einen mit Fälschungen versehenen Katechismus zusammenzuhalten und um sie für künftige Kämpfe zu fanatisieren.
Durch Massenterror und abenteuerliche Lügen gelingt es Stalin, das Bild eines monolithischen und stabilen Regimes aufrechtzuerhalten. Am 6. Mai 1941 läßt sich der Generalsekretär der Partei zum Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, also zum Regierungschef, ernennen.
Stalin hat seine Position so gefestigt, daß er sich 1939 an eine Partie Lügenpoker mit Hitler und den westlichen Demokratien wagt. Durch das geheime Zusatzabkommen zum überraschend abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 trägt er wie Hitler die Schuld am Zweiten Weltkrieg. Sein Spiel war hinterhältig und zynisch, gleichzeitig aber realistisch und pragmatisch.
Der politische Erfolg aber ist beispiellos: Ohne Gewehrschuß verleibt Stalin der Sowjetunion zwischen September 1939 und August 1940 die Hälfte Polens sowie Estland, Litauen, Lettland, Bessarabien und die Nordbukowina ein. Er sowjetisiert diese Länder durch Massenterror. Der Mord an über 21.000 polnischen Offizieren und Intellektuellen in Katyn und anderswo vom März bis Mai 1940 ist eine der bedeutendsten Episoden. Stalin verfolgt seine "Klassenpolitik": systematische Zerstörung aller potentiellen Gegner.
Das sowjetische Spiel wird durch einen unvorhersehbaren Unfall gestört: die Niederlage Frankreichs gegen Hitler-Deutschland 1940 in nur sechs Wochen. Die Hoffnung auf einen langen Krieg nach dem Modell von 1914 bis 1918, in dem sich die "imperialistischen Mächte" erschöpften, während Sowjet-Rußland immer stärker würde, ist mit einem Schlag dahin.
Stalin mußte nun Zeit gewinnen. Doch er, der Listige, läßt sich von Hitler einlullen. Er war von Erfolg zu Erfolg geeilt, dadurch in Euphorie geraten und selbst blind geworden. Er ist davon überzeugt, daß Deutschland die Sowjetunion 1941 nicht angreifen werde. Erst am 22. Juni fällt die Wehrmacht über den Osten her. Diese Verspätung, die zweifelsohne die Einnahme Moskaus verhindert hat, trägt entscheidend zur Niederlage Hitlers bei.
Man hat viel über Stalins "geistige Abwesenheit" nach dem 22. Juni spekuliert. Wie in seinem Terminkalender vermerkt ist, arbeitete er rund um die Uhr. Er schickte Molotow vor, die Öffentlichkeit über den Beginn des Krieges zu informieren. Doch am 3. Juli ist Stalin wieder voll da: Aber nur wenige hören ihn, als er um sechs Uhr morgens im Rundfunk zum ersten- und letztenmal seine Untertanen mit "Brüder und Schwestern" anredet und die Taktik der ver-

brannten Erde ankündigt.
Vom ersten Tag an erlitt die UdSSR gewaltige militärische Niederlagen. Stalin hatte seine Armee nicht auf Defensive eingestellt, und die Säuberungen hatten Tausende fähige Offiziere gekostet. Eine große Armee kann aber nicht von zweitklassigen Offizieren kommandiert werden.
Um der neuen Situation zu begegnen, wendet sich Stalin Engländern und Amerikanern zu. Ende Juli 1941 empfängt er den persönlichen Beauftragten des US-Präsidenten Roosevelt, Harry Hopkins. Stalin überzeugt ihn durch seine Offenheit. So macht er kein Hehl aus seiner militärischen Katastrophe - und aus seiner eisernen Entschlossenheit, den Kampf durchzustehen.
Er beeindruckt durch Pragmatismus: Seinem Gast legt er lange Listen mit Forderungen nach Kriegsmaterial vor. In den entscheidenden Phasen zwischen 1942 und 1943 spielten diese Lieferungen eine wichtige Rolle. Die Alliierten schickten der UdSSR für über elf Milliarden Dollar fast 22.000 Flugzeuge, Tausende von Panzern, Lastwagen, Jeeps, Lokomotiven, Kraftstoff, Motoren, Panzerplatten und anderes kriegswichtiges Material.
Die Wende durch den russischen Gegenangriff macht Stalin zum Helden der westlichen Alliierten, vor allem nach den sowjetischen Siegen von Stalingrad und Kursk. Blindheit und Leichtgläubigkeit der Westmächte grenzen an Schwachsinn und ermutigen Stalin zu abenteuerlichen Propaganda-Lügen.
Der Krieg hat den Sowjet-Völkern unermeßliche Opfer abverlangt - sie hätten eine Ruhepause gebraucht. Stalin denkt nicht daran. Selbst während der heftigsten Kämpfe geht der Terror weiter. Der Diktator läßt 1943/44 Krim-Tataren, Inguschen und Tschetschenen, Kalmücken, Balkaren, Karatschaier und Meßcheten nach Sibirien und Asien deportieren. Nach dem Krieg werden Hunderttausende aus Deutschland repatriierte sowjetische Kriegsgefangene zum Tod wegen Fahnenflucht verurteilt oder in den Gulag verfrachtet.
Von 1946 an eröffnet Stalin gegen den Westen den ideologischen Krieg, mit dessen Führung er seinen Genossen Andrej Schdanow beauftragt. 1947 zwingt er die osteuropäischen Länder, den Marshall-Plan abzulehnen. Im September beginnt er mit der Schaffung der Kominform - sie umfaßt die kommunistischen Parteien der Sowjetunion, der Länder Osteuropas, Frankreichs und Italiens - den Kalten Krieg und zieht diese Parteien in den ideologischen Konflikt mit dem Westen hinein.
Wie Lenin glaubt Stalin an eine in zwei Lager geteilte Welt, in der ein Endkampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus (oder "Imperialismus") unausweichlich sein wird. Er hält den Endsieg und damit die Herrschaft des Kommunismus über die Welt für sicher.
Stalins Sieg im Zweiten Weltkrieg prägt die Nachkriegszeit. Sein politischer Weitblick ist nicht zu bestreiten. Bereits in den dreißiger Jahren hatte er die absolute Stalinisierung der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion begonnen. So verfügte er zwischen 1944 und 1945 über zuverlässige autochthone Gruppen in allen durch die Rote Armee "befreiten" - also besetzten - osteuropäischen Ländern.
Nur Jugoslawien entzieht sich 1948 seiner Kontrolle: Tito, ein schrecklicher Stalinist, übernimmt die Methoden seines alten Meisters, säubert seine eigene Partei von Sowjetanhängern und rettet dadurch gleichzeitig seine Macht und sein Leben.
Nun wendet Stalin den Terror gegen die kommunistischen Parteien seines Herrschaftsgebiets, den Vorwand bietet ein neues Feindbild: der Titoismus. In Osteuropa finden "Moskauer Prozesse" statt, die der Staatssicherheitsgeneral Fjodor Bjelkin und zum Teil Stalin selbst inszenieren.
Gleichzeitig läßt Stalin außerhalb Osteuropas Dutzende kommunistischer Parteien kontrollieren. Die wurden durch ihre Zugehörigkeit zum sowjetischen Zentralapparat nicht nur moralisch und politisch zu Komplizen der stalinistischen Verbrechen, sie sind Embryos totalitärer

Systeme in bisher demokratischen Staatsgebilden.
Am 21. Dezember 1949 feiern Kommunisten in der ganzen Welt Stalins 70. Geburtstag in einem wahren Delirium. Nach 32 Jahren ununterbrochenen Kämpfen kann der Diktator zufrieden sein. Das kommunistische System ist fest etabliert und erhält die Unterstützung des Riesenreichs China unter Mao Tse-tung. Stalin bereitet sich ruhig auf den entscheidenden Kampf gegen den Kapitalismus vor, vielleicht durch einen dritten Weltkrieg, dessen Ausgangspunkt Korea hätte sein können. Hatte Lenin nicht vorausgesagt, daß aus Krieg die Revolution hervorgehen würde?
Stalin war - auf seine Art - der linientreueste und begabteste Mann einer sekten-ähnlichen Partei, die beanspruchte, traditionelle Eliten zu ersetzen und die Gesellschaft durch ein bis dahin nie gesehenes wirtschaftliches, soziales und politisches Gewaltregime zu verändern: die Diktatur des Proletariats. Dieses System fiel vor zehn Jahren in sich zusammen, und die Bilanz ist tragisch und katastrophal.
Daß es in sich selbst, ohne Gewalt von außen, einstürzte, beweist seine Inkompetenz sowie die Selbstgefälligkeit seiner geistigen Väter und deren Erben. Das kommunistische System hat dennoch Narben bei allen Völkern hinterlassen, die es erleiden mußten; vor allem in der ehemaligen Sowjetunion, die den Zauberlehrlingen 74 Jahre lang als Laboratorium diente.
"Die Wirklichkeit dringt nicht in die Welt des Glaubens", schrieb Marcel Proust. Lenin und Stalin waren überzeugt, daß Lehren stärker seien als die Wirklichkeit, und lange nach ihnen gibt es im Westen noch viele, die so denken.
"Tatsachen sind hartnäckig", sagte Lenin gern. Am Ende des 20. Jahrhunderts haben Tatsachen den Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Ideologie bewirkt, einer Ideologie, die Stalin in eine unvergleichliche Macht umgesetzt hatte.
"Daß Stalin alles recht mache, besagt: daß Stalin alles Recht macht."
André Gide (1869-1951), französischer Schriftsteller, 1936
"Ich kann den alten Joe Stalin ganz gut leiden. Er ist ein braver Kerl, aber ein Gefangener des Politbüros."
US-Präsident Harry S. Truman, 1948 …<<
Der sowjetische Journalist und Schriftsteller Woldemar Weber berichtete im Januar 1992 über die Opfer des Stalinismus (x037/105): >>Heute ist es eine offizielle Zahl, daß ein Drittel der Bevölkerung in der Stalinzeit umgebracht wurde. 60 Millionen Menschen wurden beseitigt. Man sagt, daß zwischen 1918 und 1956 (etwa) 60 Millionen fehlen, die in den Statistiken nicht mehr zu finden sind. Dazu kommen 28 Millionen wie man heute sagt, die im Krieg umgekommen sind. Das sind zusammen ungefähr 90 Millionen Menschen. Das sind Zahlen, die werden Ihnen heute offiziell gesagt. Wissen Sie, uns setzt nichts mehr in Erstaunen. ...<<
Ab 1958 löste die maoistische Kollektivierungspolitik ("der Große Sprung") große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten aus.
Aufgrund der gescheiterten Kollektivierungspolitik fanden ab 1966 in China erbitterte Macht- und Richtungskämpfe statt. Während dieser "Kulturrevolution" (1966-76) setzt Mao Zedong die "Roten Garden" rücksichtslos gegen seine politischen Gegner ein (systematischer Terror und Säuberungsaktionen). Die maoistische Linie setzte sich schließlich durch.
Die maoistischen Roten Garden verkündeten am 23. August 1966 in Peking ihr Programm zur "Kulturrevolution" (x073/308-309, x243/229): >>... 1. Jeder Bürger soll manuelle Arbeit verrichten.
2. In allen Kinos, Theatern, Buchhandlungen, Omnibussen usw. müssen Bilder Mao Tse-tungs aufgehängt werden.
3. Überall müssen Zitate Mao Tse-tungs an Stelle der bisherigen Neonreklamen angebracht werden.
4. Die alten Gewohnheiten müssen verschwinden.

5. Eine eventuelle Opposition muß rücksichtslos beseitigt werden.
6. Luxusrestaurants und Taxis haben zu verschwinden.
7. Die privaten finanziellen Gewinne sowie die Mieten müssen dem Staat abgegeben werden.
8. Die Politik hat vor allem den Vorrang ...
9. In allen Straßen sollen Lautsprecher aufgestellt werden, um der Bevölkerung Verhaltensmaßregeln zu vermitteln.
10. Die Lehre Mao Tse-tungs muß schon im Kindergarten verbreitet werden.
11. Die Intellektuellen sollen in Dörfern arbeiten.
12. Die Bankzinsen müssen abgeschafft werden.
16. Die Mahlzeiten sollen gemeinsam eingenommen werden, und es soll zu den Sitten der ersten Volkskommunen im Jahre 1958 zurückgekehrt werden.
14. Auf Parfüms, Schmuckstücke, Kosmetik und nichtproletarische Kleidungsstücke und Schuhe muß verzichtet werden.
15. Die Erste Klasse bei den Eisenbahnen und luxuriöse Autos müssen verschwinden.
16. Die Verbreitung von Photographien von sogenannten hübschen Mädchen soll eingestellt werden.
17. Die Namen von Straßen und Monumenten müssen geändert werden.
18. Die alte Malerei, die nicht politische Themen zum Gegenstand hat, muß verschwinden, ...<<
>>... 23. Bücher, die nicht das Denken Mao Tse-tungs wiedergeben, müssen verbrannt werden. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Maos Kulturrevolution (x192/462): >>... Die Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, eine Sammlung von Zitaten, die sich in der Übersetzung eher wie Platitüden anhörten, sollten zu den großen revolutionären Texten zählen.
Leider übertraf die chinesische Revolution das stalinistische Vorbild beinahe noch an Despotie und Ineffizienz: Millionen Menschen starben während der Kollektivierung der Landwirtschaft (1958/59), die als "großer Sprung nach vorn" bezeichnet wurde; die Kulturrevolution in den sechziger Jahren forderte weitere Millionen Todesopfer. ...<<
Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch (1913-1987) berichtete im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" (x883/...): >>**Der Weltkommunismus**
In der Hauptsache werden drei Männer für das Aufkommen des Weltkommunismus verantwortlich gemacht: **Karl Marx** (gestorben in London 1883) - **Uljanow Lenin** (gestorben 1923 in Gorki bei Moskau) - **Josef Stalin** (gestorben 1953).
Diese drei Männer haben einen großen Teil der Welt in ein Meer von Blut und Tränen verwandelt. Es sind absichtlich nur die Jahre angegeben, in denen diese drei Größen des Abgrundes vom Schauplatz der Erde abgetreten sind. Der Prophet Jeremia sagt in 17,13: "Der Name der Gottlosen müsse in den Sand geschrieben werden." Das heißt, der erste Windstoß oder die erste Wasserwoge wischt den Namen aus. Ihr Name und Gedächtnis vergeht.
Leider ist das aber nicht vergangen, was diese drei Männer gesät haben. Ihre Drachensaat ging nicht hundertfältig, sondern tausendfältig auf.
Karl Marx war Sohn eines jüdischen Anwaltes. Seine Lebensgeschichte zeigt die Entfaltung revolutionärer, atheistischer Ideen. Nach seinem Studium war er journalistisch tätig. Wegen seiner radikalen Anschauungen mußte er seine Stellung als Chefredakteur der "Rheinischen Zeitung" aufgeben. Er hat so viel Ärger ausgelöst, daß die preußische Regierung verlangte, daß Marx aus Paris ausgewiesen wurde. Er siedelte dann nach London über, wo er sich einer **Satansloge** anschloß. Über seine Zugehörigkeit zu den Illuminaten ... verweise (ich) auf das Buch Wurmbrands **"Karl Marx und Satan".**
Die Opposition gegen jede Form einer Religion zeigt sich schon in seiner Frühschrift: **"Die**

Kritik der Religion als Voraussetzung jeder Kritik." Marx äußert in dieser Schrift einige seiner revolutionären Ideen. Die Kritik an jeder Religion hat damit zu enden, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei. Die Religion sei nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewege, solange er sich nicht um sich selbst drehe. In diesem Zusammenhang steht das geflügelte Wort: "Religion ist das Opium für das Volk."
Der französische Soziologe **Raymond Aron,** in seiner Jugend selbst Marxist, schloß an diese Aussage von Marx die Erklärung an: **"Der Marxismus ist das Opium für die Intellektuellen."**
Vor einigen Jahren suchte ich Material zur Person und Politik von Marx zusammen. Typisch für seine menschenverachtende Ideologie ist sein Bekenntnis: "Meine Aufgabe ist es, die Menschheit in die Hölle zu ziehen. Dort werde ich lachen über sie." (Zitiert bei Richard Wurmbrand in "War Marx ein Satanist?")
Eine ähnliche Aussage fand ich in der Broschüre "An ideology for South Africa" von **Francis Grim**. Darin heißt es auf Seite 10:
"What grater challenge could there be for Christians than todirectly oppose the design of Karl Marx, the writer of the Communist Manifest and the father of Communism, who said: The sole purpose of my life is to destroy God and to dethrone Him forever."
Auf deutsch heißt das: "Was kann es für einen Christen eine größere Herausforderung geben, als der Absicht von Karl Marx direkt zu widerstehen. Er ist Schreiber des 'Kommunistischen Manifestes' und Vater des Kommunismus, der erklärte: Der einzige Zweck meines Lebens ist, Gott zu vernichten und ihn für immer zu entthronen."
Lenin war ebenfalls wie Karl Marx Mitglied eines Satansklubs. In dem Buch von **L. Trotzki** "Der junge Lenin" (Fischer Verlag) heißt es: "Bei Lenin, dem Begründer des modernen Kommunismus, vollzog sich die Aufnahme in eine Satanssekte, indem er auf das Kreuz spie und auf ihm herumtrat." - Viele Satanskulte praktizieren die gleiche Zeremonie bei der Aufnahme von Mitgliedern.
Den Lebensweg dieses revolutionären Politikers hier darzustellen, ist nicht Aufgabe dieses Buches. Nur einige kurze Hinweise sollen gebracht werden. Seit 1912 sammelte und vereinigte er als geschickter Organisator russische revolutionäre Gruppen. Seit 1914 hielt er sich in der Schweiz auf und wurde im April 1917 in einem geschlossenen Eisenbahnwagen nach Rußland geschafft, um die russische Kampfkraft zu unterhöhlen. **Das war ein verhängnisvoller Schachzug der deutschen Heeresleitung.**
Der Friede mit Rußland kam zustande, kurze Zeit später vollzog sich eine schaurige Revolution. Lenin räumte mit allen Gegnern rücksichtslos auf. 1922 gründete er die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). Seine politische Einstellung ist eine Weiterentwicklung des Marxismus und zugleich eine Entfaltung einer ungeheuren Machtgier und radikalen skrupellosen Beseitigung der Gegner. Es gibt kein anderes politisches System, das derart brutal die Menschen versklavt.
Wie diese Versklavung der Völker erreicht werden soll, ist in einem Buch Nr. 3926 des **Britischen Museums in London** aufgezeichnet. Daraus werden einige Leitbilder und Instruktionen zitiert:
1. Die Jugend durch falsche Grundsätze verderben.
2. Das Familienleben zerstören.
3. Die Menschen durch eigene Laster beherrschen.
4. Die Kunst entweihen und die Literatur beschmutzen.
5. Die Achtung vor der Religion vernichten.
6. Priester in Skandalgeschichten verwickeln.
7. Grenzenlosen Luxus und verrückte Moden einführen.
8. Mißtrauen zwischen sozialen Schichten säen.

9. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnisse vergiften.
10. Das Volk gegen die "Reichen" aufwiegeln.
11. Die Landwirtschaft durch Industrie ruinieren.
12. Löhne ohne Vorteil für die Arbeiter erhöhen.
13. Feindseligkeit zwischen den Völkern hervorrufen.
14. "Ungebildete" regieren lassen. (Freies Wahlrecht).
15. Gestrauchelte Regierungsbeamte erpressen.
16. Vermögenschluckende Monopole schaffen.
17. Durch Wirtschaftskrisen Weltbankrott vorbereiten.
18. Massen auf Volksbelustigungen konzentrieren.
19. Menschen durch Impfgifte gesundheitlich schädigen.
20. Grundbesitze mit Rittern vom "Goldenen Kalb" besetzen.
21. Den Todeskampf der Völker vorbereiten, die Menschen durch Leiden, Angst und Entbehrungen erschöpfen, ... denn … Hunger schafft Sklaven.

Die Verwirklichung dieser Prinzipien hat die kommunistischen Länder zu Zuchthäusern verwandelt. Ein Christ aus den sowjetischen Gefängnissen konnte einen Brief nach dem Westen schmuggeln. Er schrieb: "Die Sowjetunion ist für uns ein riesiges Konzentrationslager, innerhalb dessen es noch zusätzliche Kerker und Orte der Bestrafung gibt. Man hat uns verurteilt, weil wir gläubig sind und unsere Kinder im Glauben erziehen … Nach der schlechten Behandlung in den Lagern sind wir nicht mehr lebenstüchtige Bewohner dieser Erde, sondern nur noch armselige Kreaturen. ...

Brandschwarze Verleumdungen und Lügen wurden erfunden und die Bevölkerung gegen uns aufgehetzt, indem man uns Ritualmorde anlastete. Unsere Frauen schmerzt es, wenn Kinder gezwungen werden, der Ocobryata oder den Pionieren beizutreten (kommunistische Jugendorganisationen). Es ist erschreckend, zu welch wahnsinnigen, erpresserischen Mitteln die Lehrer greifen, wenn unsere Kinder sich weigern, die Abzeichen der Gottlosigkeit (Stern und rotes Halstuch) zu tragen …"

Durch Mord und Terror ist es Lenin gelungen, seine Pläne zu verwirklichen. Er nahm ein schreckliches Ende. Ich erinnere mich gut an die Zeit, da Lenin starb. Damals war ich noch Schüler. Eines Tages kam unser verehrter Religionslehrer in den Unterricht und erzählte uns von den Ereignissen beim Tode Lenins. Lenin starb in geistiger Umnachtung. Er kroch wie ein Tier auf dem Fußboden umher und bat Tische und Stühle um Vergebung für seine Greueltaten. Dieser Götze von Millionen von irregeführten Menschen wurde also noch vor seinem Tode gestürzt wie der Gotteslästerer Herodes (Apostelgeschichte 12,23).

Der dritte in dieser schauerlichen Reihe muß genannt werden: Josef Stalin. Was Karl Marx philosophisch und journalistisch gesät und Lenin mit vollendeter Technik organisiert hat, ist bei Stalin zur **verbrecherischen Reife** gelangt. Ein Zeitgenosse urteilte über ihn: "Er war kein Mensch, sondern ein Teufel." Sein Vater war ein versoffener Flickschuster, seine Mutter eine gläubige Frau, die aus ihrem Sohn einen Priester machen wollte. In der Tat gelang ihr die Aufnahme ihres Sohnes im Priesterseminar in Tiflis. Nach vierjähriger Seminarzeit wurde er wegen revolutionärer Ideen weggeschickt.

Stalin gewann sich zunächst das Vertrauen der ärmsten Volksschicht, der besitzlosen Landarbeiter, indem er die begüterten Bauern, die Kulaken, enteignete und sie liquidierte. Bis in die Mitte der dreißiger Jahre hatte er sechs Millionen Kulaken umbringen lassen.

Das Militär machte sich Stalin gefügig, indem er die fähigsten Kommandeure verhaften und nach einem Schauprozeß hinrichten ließ.

Auch vor der eigenen Partei machte er nicht halt. In großen Säuberungsaktionen hat er die Partei auf fast die Hälfte dezimiert. ...

Nobelpreisträger Alexander Sacharow schrieb im Jahr 1968 zu diesen Massakern: "Allein in

den Jahren 1936-1939 wurden mehr als 1,2 Millionen Mitglieder der Partei verhaftet. Nur 500.000 kamen mit der Zeit wieder frei. Die anderen wurden bei Verhören zu Tode gefoltert, erschossen oder sind im Arbeitslager umgekommen.

Wie war Stalins Ende, der getreu in den Fußstapfen seines Vorgängers Lenin wandelte? Dem "Arche Blatt" vom Mai 1977 entnehme ich folgendes: "Am 21. Dezember 1952, ein halbes Jahr vor seinem Tode, rief Stalin 12 seiner treuesten Genossen des obersten Sowjets zu sich und verkündigte ihnen sein politisch-ideologisches Testament." Es können nur einige Einzelheiten gebracht werden, weil dieses letzte Vermächtnis dem Rahmen dieses Kapitels sprengen würde. Es heißt darin:

"Genossen, noch nie in der Geschichte der Menschheit hat eine Heilslehre in so kurzer Zeit sich ein solches Riesenreich erkämpft wie der Kommunismus … Vom großen Ozean bis zur Elbe ist alles in unserer Hand, denn die sogenannten Satellitenstaaten geben wir nicht mehr her. Mehr als 22 Millionen Quadratkilometer mißt die Sowjetunion allein. Dazu kommen die Länder, die durch Hitlers Wahnsinn und die Naivität der Amerikaner uns in den Schoß gefallen sind:

Polen, Ostdeutschland, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Estland, Lettland und Litauen nicht einmal gezählt. Dazu kommen die starken kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich und viele unserer Freunde in Asien, Afrika und Südamerika. Genossen, im Kampf um Rußlands Weltherrschaft haben wir eine wunderbar zügige Parole, ganz anders als Hitler, der meinte, nur am deutschen Wesen könne die Welt genesen. Wir Russen reden hintenherum …

Die Idee des Kommunismus zieht die Armen der ganzen Welt unter ihren Bann. Diesen Armen verkünden wir die frohe Botschaft von der Verteilung der irdischen Güter an alle … Die Lehre vom Kommunismus treibt die Schäflein der ganzen Welt in die russische Hürde … Bald werden alle Völker nach Moskau wallfahren. **Moskau wird das neue Jerusalem sein** …

Unser alter Marx hat den Slogan geprägt: Religion ist Opium für das Volk. Er hat damit den Menschen das Gewissen herausgeschnitten. Und ein Mensch ohne Gewissen kennt keine Verantwortung vor einem Gott. Auch ich habe mir von Marx und Lenin das Gewissen herausschneiden lassen. Meine moralische Norm 68 heißt jetzt: Gut ist, was uns Russen nützt, was uns zur Weltherrschaft bringt. Schlecht ist, was uns daran hindern will. Offen sage ich euch: Wir stellen die Gewalt und Lüge in unseren Dienst. Ja, ihr müßt alles versprechen und nicht halten … Auf den Köder des Kommunismus beißen die unreifen und unerfahrenen jungen und auch alte Menschen an, sogar viele Intellektuelle …

Der Kommunismus ist für Narren eine süße Droge … Wer muckst, wird in die sibirische Kühltruhe gesteckt. Resümieren wir kurz: Kommunismus ist unser Opium für die Völker. Unsere Außenpolitik heißt List und Intrige, unsere Innenpolitik ruht auf dem Terror! **Unser Ziel ist: die Weltherrschaft."** …

Die zwölf auserwählten Jünger Stalins klatschten 10 Minuten lang Beifall. In dem Lärm des Klatschens hörte keiner das Gemurmel Chruschtschows: "Aber Liebknecht hat doch schon gesagt: **Wenn es einen Gott gibt, so sind wir Kommunisten die Geleimten!"** –

Nachdem der Beifall verebbt war, hob Stalin nochmals die Faust, und alles war augenblicklich mäuschenstill. "Genossen", sprach er mit lauter Stimme, "vergeßt eines nicht: **Redet immer vom Frieden, bereitet aber immer den Krieg vor!** Zu Hause, in Rußland, dürft ihr mit groben Schuhen einhergehen. Im Westen aber schleicht auf leisen Sohlen umher, bis auch der Westen unser ist!"

Stalin müßte heute 20 Jahre nach seinem Tode die Liste der kassierten Länder vervollständigen. Vietnam kam dazu, Kambodscha, Afghanistan, dazu die durch kommunistische Revolutionen von innen her eroberten Länder. Mozambique wäre zu nennen, Angola, Äthiopien,

Simbabwe usw. Insgesamt stehen allein auf dem Kontinent Afrika mehr als 20 Länder unter kommunistischem Einfluß. Kein Wunder, daß viele meinen, daß der Antichrist aus dem kommunistischen Weltreich kommt. Ich folge dieser Meinung nicht, sondern meine immer noch, daß dieser Machtmensch der Endzeit sich aus dem wiedererwachten römischen Weltreich erhebt. Ein Streitpunkt ist es aber für mich nicht.

Streiflichter aus dem kommunistischen "Paradies".

Es liegt so viel entsetzliches Material vor, daß es unmöglich ist, das alles zu berichten. Das gäbe nicht nur viele Bände, sondern eine ganze Bibliothek. Das meiste Material ist dem sehr zu empfehlenden Magazin von Wurmbrand **"Stimme der Märtyrer"** (Mai 1983) entnommen. Ich besitze auch Originalberichte aus Nordkorea, Kambodscha, Rhodesien (Simbabwe) und anderen kommunistisch regierten Ländern. Dazu einige Berichte.

Der Missionar **James Stuart** berichtete kürzlich aus Mozambique (Afrika) über die Verhaftung eines Christen mitsamt seiner Frau und seinen vier Kindern. Die Kinder waren aneinandergekettet. Die Kommunisten drückten der Frau eine Axt in die Hand und erklärten ihr: "Wenn du deinem Mann den Kopf abschlägst, lassen wir dich und deine Kinder frei. Wenn du dich weigerst, werden wir es tun und auch den Kindern den Kopf abschlagen."

Der Christ bat seine Frau, sich dem Wunsch der Mörder zu fügen. Zögernd holte sie zum Schlag aus, brachte ihm aber nur eine Verletzung bei, an deren Folgen er später starb. Die Frau wurde wahnsinnig. Was mit den Kindern geschah, ist nicht bekannt.

Den Kommunisten macht es nichts aus, solche Greueltaten zu verüben. Je größer das Übel ist, desto weniger glaubwürdig erscheint es. Jahrelang wollte die Welt nicht glauben, zu welchen Untaten Stalin fähig gewesen war. Präsident Roosevelt hatte ihn den "guten Onkel Joe" genannt. Die Kommunisten verlassen sich auf diesen psychologischen Trick und begehen absichtlich Scheußlichkeiten, die sich andere Menschen kaum vorstellen können. -

Kommunisten und die Kirchen (Juni 1983)

Die Kommunisten töten die Leute nicht nur einzeln, sondern auch in Gruppen. Lenin hat ja gelehrt: "Grundsätzlich haben wir nie auf Gewaltanwendung verzichtet und werden nie darauf verzichten können."

In Nicaragua drangen uniformierte Kommunisten in eine Kirche ein, vergewaltigten fünf Musawa-Indianerinnen - darunter zwei zwölfjährige Mädchen - und töteten sie anschließend. Als nächste wurden sechs Gottesdienstbesucher, die gegen die Vergewaltigung protestiert hatten, auf der Stelle erschossen.

Später mußten unzählige andere ihr Leben lassen. 40 Dörfer der Musawa-Indianer fielen der Zerstörungswut zum Opfer, das Vieh wurde geschlachtet und die Ernte vernichtet. In Tulinbila überführten die Kommunisten 13 Kranke in die katholische Kirche und steckten das Gebäude dann in Brand. Der evangelische Pfarrer Abel Flores und 13 kirchliche Mitarbeiter wurden vor einem Jahr verhaftet. Seither hat man nichts mehr von ihnen gehört. ("Deutsche Tagespost", 18. Dezember 1982.)

Im kommunistischen Mozambique (Afrika) starb der katholische Priester Estevao Mirassi nach drei Jahren Gefangenschaft. Andere sind immer noch eingekerkert. Viele Kirchen wurden geschlossen. Diejenigen Pfarrer, welche die Kommunisten unterstützten, bevor diese an die Macht kamen, werden inzwischen die wahre Natur ihrer neuen Herrscher erkannt haben. Vorher hatten sie sich als Freiheitskämpfer ausgegeben.

In Kambodscha töteten die Kommunisten drei Millionen Unschuldige und trachteten danach, jede Form von Religion auszumerzen. Von den 5.000 Christen, die es in diesem Lande vor der Machtübernahme durch die Kommunisten gab, sind heute die meisten nicht mehr am Leben. Bischöfe, Priester, Mönche, Nonnen und evangelische Geistliche wurden umgebracht oder gingen an den Folgen der erlittenen Qualen zugrunde. Zur Zeit lebt im ganzen Lande noch ein einziger protestantischer Pfarrer.

In Vietnam floh jeder der konnte, von Schrecken gepackt, vor den Kommunisten. So kam es, daß eine halbe Million Vietnamesen einschließlich vieler Christen im Meer ertranken oder von Piraten ermordet wurden.
In China verbüßten 100.000 religiöse Führer Freiheitsstrafen. Tausende verloren ihr Leben gewaltsam.

Folter in Kuba (Juli 1983)

In Kuba befindet sich der Christ Valladares nach 22jähriger Gefangenschaft seit einiger Zeit wieder auf freiem Fuß. Der UNO-Kommission für Menschenrechtsfragen schilderte er, wie die herzlosen und so präzisen Kommunisten ihre Gefangenen behandeln: "Fässer mit Exkrementen und Urin wurden über die Gefangenen gegossen. Eloj Menojo wurde derart zusammengeschlagen, daß er sein Gehör und ein Auge verlor. Der sterbende Roberto Chavez hatte Durst und bat um Wasser. Ein Aufseher versprach ihm: 'Ich werde dir etwas zu trinken geben' und urinierte …
Russische, tschechische, ostdeutsche und kubanische Ärzte machten die Gefangenen absichtlich krank; dann verwendeten sie sie noch als 'Versuchskaninchen'. Der evangelische Prediger Gerardo Gonzales Alvarez wurde erschossen. Seine letzten Worte waren: 'Vater vergib ihnen; denn sie wissen nicht, was sie tun.' Enrique Correa versuchte, dem tödlich verwundeten Prediger zu helfen und wurde dabei selbst von neun Kugeln getroffen; aber er überlebte. Hunderte von Gefangenen vegetieren immer noch in unterirdischen Zellen dahin, wo sie kein Sonnenstrahl erreicht. Ebenfalls erschossen wurden Gonzalez, Reloba und Rodolfo Alonso. Alonso war 21 Jahre alt."
Christliche Persönlichkeiten aus Westeuropa waren in Kuba auf Besuch, als sich diese Greuel abspielten. Sie kehrten in ihre Länder zurück und teilten mit, in den kubanischen Gefängnissen befänden sich keine Christen. Sie hatten die Schreie der Gefolterten nicht gehört.
Als ich diese Tatsachen veröffentlichte, griff mich einer der christlichen Führer an und warf mir vor, ich hätte alles erfunden. Nun bestätigt der christliche Glaubensheld **Valladares** jedes Wort, das ich gesagt habe. Der Kommunismus ist ein Monstrum, und wer ihn mit milderen Worten beschreibt, täuscht die anderen oder ist selbst getäuscht worden.

Ein idea-Bericht über Afghanistan (1983) von Rudolf Pfisterer

Mehr als drei Jahre nach ihrem Einmarsch in Afghanistan greifen die sowjetischen Besatzungstruppen zu immer grausameren Mitteln, um das Land unter Kontrolle zu halten. Grund: Die Aktivität islamischer Widerstandsgruppen - die Bevölkerung ist zu 99 Prozent moslemisch - ist ungebrochen, und die afghanische Armee wird immer schwächer. Sie hat nach Angaben eines nach Pakistan geflüchteten Generals mehr als 65.000 Soldaten verloren. Viele von ihnen seien zu den Widerstandsgruppen übergelaufen. Zur Zeit stehen in den afghanischen Streitkräften wahrscheinlich nur noch rund 15.000 Mann unter Waffen.
Je mehr das moskauhörige Regime in der Hauptstadt **Kabul** seine Schwäche offenbart, desto intensiver werden die Terrormaßnahmen der sowjetischen Besatzer. Die Zivilbevölkerung hat darunter zu leiden. Erst kürzlich tauchten überall im Land kleine Sprengsätze auf: bunt bemalt wie Spielzeug, Uhren und Füllhalter.
Der amerikanische Schauspieler **Kirk Douglas,** der ein Flüchtlingslager an der afghanisch-pakistanischen Grenze besuchte, war entsetzt: Kinder, denen die Beine abgerissen worden waren, lernten gerade, auf ihren Stümpfen zu laufen. Ganze Ortschaften wurden von den Sowjets mit Napalm und Phosphor bombardiert, Moscheen und Krankenhäuser nicht verschont. Die Sondergefängnisse, in denen mutmaßliche Sympathisanten gefoltert werden, füllen sich. 5.200 Menschen sollen im letzen Jahr in einer Strafanstalt in der Nähe Kabuls gefangengehalten worden sein. Ein Freigekommener faßte seine Eindrücke in einem einzigen Satz zusammen: "Alles ist dort schrecklich."
Eine Medizinstudentin berichtete von brutalen Verhörmethoden. Nachdem man in ihrer Woh-

nung ein Flugblatt des Widerstandes gefunden hatte, wurde sie im Polizeihauptquartier von sechs Beamten einer intensiven "Behandlung" unterzogen: vierzehn Tage und Nächte mußte sie aufrecht stehen, wurde mit Elektroschocks gequält und immer wieder mit Vergewaltigung bedroht. Zur Einschüchterung führte man sie durch Schreckenskammern, wo sie sich menschliche Körperteile - Arme und Finger - ansehen mußte. Man zwang sie, der Entmannung eines Gefangenen beizuwohnen. Der Sterbende flüsterte ihr zu: "Meine Schwester, gestehe niemals, halte dich gut."
In diesem Gefängnis befanden sich noch vierzig weitere Frauen. Eine von ihnen verlor fast den Verstand, weil man sie immer wieder mit dem abgeschnittenen Arm eines Menschen schlug. - Kein Wunder, daß der Flüchtlingsstrom nach Pakistan nicht abreißt.

Ohne Blutbad keine Revolution

Das ist ein Wort **Lenins**, das mit einer grauenvollen Statistik untermauert werden soll. Die französische Zeitschrift **"Figaro"** vom November 1978 brachte einen Bericht über die Blutopfer, mit denen die Kommunisten ihre Weltrevolution bezahlten und immer noch weiterfinanzieren. Was hat der Kommunismus es sich an Menschenleben seit der russischen Revolution 1917 kosten lassen?
Die "Figaro-Statistik" sagt folgendes aus:
1. Menschenopfer des Kommunismus in der UdSSR von 1917-1959 = 66.700.000
2. Menschenopfer in der UdSSR von 1959 bis 1978 (nach Mindestschätzungen) = 3.000.000
3. Menschenopfer des Kommunismus in China = 63.000.000
4. Das Blutbad von Katyn = 10.000
5. Während der Vertreibungen von 1945-1946 getötete deutsche Zivilisten = 2.923.700
6. Kambodscha von April 1975-April 1978 = 2.500.000
7. Unterdrückung in Ost-Berlin, Prag, Budapest sowie in den Ländern des Baltikums = 500.000
8. Kommunistische Angriffe auf Griechenland, die Malaiische Halbinsel, Birma, Philippinen, Korea, Vietnam, Kuba, Schwarzafrika und Lateinamerika = 3.500.000

insgesamt: 142.133.700

Nicht nur, weil sich ungezählte Christen unter diesen Millionen befinden, sondern auch weil der gottlose Kommunismus zur Stunde blutgierig nach neuen Opfern Ausschau hält, ist es unsere Pflicht, unsere Mitmenschen vor dieser Ideologie zu warnen.
Diese Statistik müßte auf neuesten Stand gebracht werden, weil in den letzten fünf Jahren seit dieser **Figaro-Veröffentlichung** noch einige Millionen Opfer dazu kamen.
Es gibt irregeführte oder schlecht informierte Christen, die eine solche Schreckensbilanz anzweifeln. Dann werden sie aber gebeten, einmal in ihrer Bibel nachzulesen, daß solche Greuel schon einmal gegen Christen verübt worden sind. Am globalen Ausmaß haben aber die kommunistischen Greuel die Opfer der Christenverfolgungen in der alten Kirche übertroffen. Da viele Namenchristen keine Bibel lesen - von den Ungläubigen ganz zu schweigen - soll die markanteste Stelle über die Christenverfolgungen zitiert werden.
In **Hebräer 11,36-38** heißt es: "Etliche haben Spott und Geißeln erlitten, dazu Bande und Gefängnis. Sie wurden gesteinigt, zerhackt - zerstochen, durchs Schwert getötet. Sie sind umhergegangen in Schafspelzen und Ziegenfellen, mit Mangel, mit Trübsal, mit Ungemach. Deren die Welt nicht wert war, und sind im Elend umhergeirrt in den Wüsten, auf den Bergen und in dem Klüften und Löchern der Erde."
Wir sind im Blick auf all diesen Jammer aufgerufen, für unsere bedrängten Brüder und Schwestern zu beten. Wir im satten Westen haben die Fürbitte aber noch nötiger, damit uns die Augen aufgehen über unser geistliches Elend und den endzeitlichen Charakter der Gegenwart.
Herr Jesus, komme bald und mache diesem teuflischen Terror und unserer Verstocktheit und

Blindheit ein Ende. Ja, komme bald, Herr Jesus. ...<<
Am 3./4. Juni 1989 schlug die chinesische Armee eine Massendemonstration von Studenten für mehr Freiheit und Demokratie in Peking (Platz des Himmlischen Friedens) gewaltsam nieder. Das Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens forderte etwa 3.600 Tote und 60.000 Verletzte (x175/819).
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die politische Entwicklung Chinas (x192/462): >>... Ende der siebziger Jahre nach Maos Tod, entstand zunehmender Druck, die kommunistische Planwirtschaft zu reformieren. Eine Folge davon war der Ruf nach Reformen auch im politischen Bereich – ein Prozeß der auch von den Veränderungen in der UdSSR beeinflußt war.
Im Frühling 1989 kulminierten die Forderungen nach Demokratisierung in Massendemonstrationen ... in Peking. Die Regierung befahl den Einsatz von Truppen, die Bewegung wurde blutig niedergeschlagen. In der Folge wurde das Tempo der Wirtschaftsreformen beschleunigt, um den Rückhalt der Regierung bei Arbeitern und Bauern zu stärken.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1990 berichtete im Mai 1990 über das Buch "Die falsch gestellten Weichen. Der Rote Faden 1789-1984" des österreichischen Publizisten Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) (x853/...): >>... **Der rote Faden** ...
Es fügt sich, daß 1989 – 200 Jahre nach der Französischen Revolution - das jämmerliche Ende jener "Schande des Jahrhunderts" (Ratzinger) offenbar wurde, die als Befreiungsverheißung mit endgültig-glückhafter Zukunft vor 150 Jahren ersonnen, mit Agitation, Revolutionen und einer fürchterlichen Blutspur ins schauerlichwahnsinnige Werk gesetzt wurde. Die Vorgeschichte weist auf 1789 zurück.
... Unser Zeitalter befindet sich im Zeichen des "G" - der Guillotine, Gefängnisse, Galgen, Gaskammern, Genickschüsse, Gulags, Genozide und Geisteskrankenhäuser. ...
War alles falsch seit 1789? Nein, nicht alles war falsch, aber das Ganze war falsch, nicht die praktischen Ausführungen, wohl aber die Grundgedanken. Daher auch das Scheitern. Mit den Ideen von 1789 sind wir alle (selbst die 'konservativsten' unserer Zeitgenossen) bewußt-unbewußt verbunden, aber wenn sie wirklich unsere Windeln waren, wie leicht könnten sie unsere Leichentücher werden, in denen wir ersticken und zugrundegehen. Um zu überdauern, müssen wir uns ihrer entledigen. Das ist ein Gebot der Stunde ...
Doch woher kommt diese alptraumhafte Dekadenz? Zu größtem Teil von einer glaubenslosen "Wertfreiheit", die sich weigert, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, aber auch von der ideologisch-politischen Gleichsetzung der Dummheit mit dem Wissen und der Erfahrung. Das Geheimrezept des Westens besteht anscheinend darin, daß in geheimen Wahlen die Stimme einer achtzehnjährigen Geheimprostituierten der Stimme eines achtzigjährigen Geheimrats gleichgestellt wird.
So feiert die Abschaffung aller Werte ihre nihilistischen Triumphe. Kein Wunder auch, daß man anstatt minimaler Regierungen von höchster Qualität im Westen (und auf andere Art auch im Osten) maximale Regierungen von niedrigster Qualität bekommt. Marx sprach von einem Prozeß der Verelendung, wir aber sollten von einer Vereselung reden.
Man kommt nur mehr den Trieben der Massen entgegen, indem man ihnen nachgibt oder ihre geheimsten und gemeinsten Begierden zur Erfüllung bringt. Doch die Massen fühlen sich auch schwach und werden daher vom großen Übel der Schwachen befallen: Haß und Grausamkeit, beides Zeichen der Ohnmacht.
Diese Ohnmacht wird durch zahllose Ängste überhöht, von denen die Atomangst nur eine ist. Augenblicklich sind wir 39 Jahre vom Zweiten Weltkrieg entfernt und dieser, die Folge des Ersten, ist immer noch gegenwärtig. Wir leben alle schier endlos in der "Nachkriegszeit". (Wer hätte im Jahre 1854 behauptet, man stünde noch in der napoleonischen Nachkriegszeit?) Frieden zu machen waren die großen Demokratien außerstande. Einen Krieg kann man mit

roher Gewalt und Kniffen gewinnen: zum Frieden aber braucht man viel mehr - braucht man Charakter, Großmut, Wissen und Weisheit.
Hier aber stoßen wir an die alte Problematik des Wissens. Karl Steinbuch sagt uns deutlich: "Es ist auch ein Irrtum zu meinen, es brauche nur den guten Willen der Fachleute, um beliebig komplizierte Sachverhalte allen verständlich zu machen." Und später setzt er hinzu: "So muß jeder schließlich irgendwo das aufgeben, was man als 'Rationalität' bezeichnet und sich etwas anvertrauen, was 'nur' Glaube ist. Wir stehen heute vor dem Zwang, Unverstandenes glauben zu müssen, wir stehen an den Grenzen der Aufklärung."
Vertrauen? Der moderne Mensch im freien Westen hat aber weder Liebe für noch Vertrauen in sein Land, sein Volk oder in seine Regierung.
Die "Loyalitäten" sind alle methodisch zerschlagen worden. Soldaten starben im Ersten Weltkrieg für "Gott, Kaiser und Vaterland", aber inzwischen wurde Gott "entmythologisiert", die Herrscher entkrönt, die Regierungen in einander verteufelnde Parteien aufgelöst und die Nationen in feindliche Klassen und Interessensgruppen aufgeteilt. Wer opfert, leidet und stirbt für Sozialversicherung, Wahlzettel, Abtreibung und Pornofreiheit? Wer vertraut schon Politikern? Heute gilt es, uns der dritten Aufklärung zuzuwenden – die 'Aufgeklärten' endlich einmal wirklich aufzuklären ...
Doch der Abstieg ist auch die Folge der Abwendung von Gottes Wort. Wie sagte doch ein chinesischer Europareisender schon im vorigen Jahrhundert? "Einst waren die Staatsmänner der europäischen Nationen imstande, in ihren eigenen Ländern Ordnung zu halten und den Frieden zu sichern, weil sie Gott fürchteten und ihn anbeteten. Heute aber ist es das Volk, das sie fürchten und anbeten." Man müßte zum "Volk" allerdings auch die "veröffentlichte Meinung" der Halbgebildeten mit ihren gottfernen Ideologien hinzufügen.
So ist der Götzendienst perfekt geworden. Man könnte annehmen, sagte uns Chesterton, daß der Mensch, der nicht an Gott glaubt, an gar nichts mehr glaubt. Das aber ist ein Irrtum. Er glaubt dann einfach an alles.
An alles! Da haben wir den Fall des durch seine Frau steinreichen USA-Botschafters in der UdSSR, Joseph E. Davies, der in seiner "Mission to Moscow" (1941, S. 155 ff.) schrieb, die Moskauer Schauprozesse beruhten alle auf echten Aussagen der Angeklagten, und Stalin sei ein so lieber, netter und gütiger Mann, daß Kinder auf seinem Schoß sitzen und Hunde sich an ihn anschmiegen wollten. Der idiotische Bestseller wurde auch noch verfilmt! Also nur ein dummer Amerikaner?
Lion Feuchtwanger schrieb in Moskau 1937, daß bei den Schauprozessen nicht geschwindelt wurde, und diesen Band legte man dann dem restlos verzweifelten Bucharin in seine Todeszelle, ... einer der vielen grausigen Fälle berühmter, politisch engagierten Literaten, die noch größeres Unheil anstellen als wirtschaftlich orakelnde Kleriker. Und wie viele Zeitgenossen begeistern sich immer noch an Marxismen mit Produktionsformen, die wirtschaftlich daß inbrünstig Dümmste und Arbeiterfeindlichste sind, das ein Schrumpfhirn sich ausdenken kann. Doch sie sind "fortschrittlich", und der "Fortschritt" ist der tröstende Fetisch einer geistlosen und gottlosen Menschheit.
Was hätten Wir, die heutige Lage betrachtend, bei all der Dummheit und Niedertracht in der Vergangenheit auch erwarten können? Den atomaren Krieg, der uns dank einer Mischung von höchstem technischen Können, bodenlosem politischen Unsinn und wirklicher Feigheit bedroht, kann man vielleicht doch nur mehr durch das Gebet abwenden.
Friedensdemonstrationen wütig angstvoller Horden mit geballten Fäusten und Spruchbändern? Sie erinnern uns nur an die hilflose Geste des Kindes vor dem triebhaft-mordsüchtigen Stawrogin in den Dämonen. Lieber rot als tot? Das ist für Aufrechte keine Alternative, da der Tod uns immer gewiß bleibt, die Knechtschaft aber nicht unentrinnbares Schicksal ist.
Den verhängnisvollsten Folgen des Unwissens begegnen wir im Bereich der Volkswirtschaft,

der Völkerpsychologie und der Soziologie, die den Hintergrund zur sogenannten "sozialen Frage" abgeben. Die Problematik der Dritten Welt ist eng damit verbunden, denn dort, wo es trotz mangelnder Rohstoffe ein konfuzianisches Arbeitsethos gibt (von Japan und Korea bis Singapur), gibt es auch keine "Dritte Welt", die, um das Übel noch ärger zu gestalten, gerne mit dem völlig unwirtschaftlichen Sozialismus liebäugelt.
Das Schlagwort von der "sozialen Gerechtigkeit" hat uns in diesem Jahrhundert durch Revolutionen und ideologische Kriege weit über hundert Millionen Menschenleben gekostet, wobei die Opfer des "Rassismus" miteingerechnet werden müssen.
Bleibt uns da überhaupt noch Hoffnung? Sie ist heute vernunft- und verstandesmäßig kaum noch berechtigt – und schon gar nicht als "Prinzip Hoffnung" à la Ernst Bloch. Als Christen haben wir nicht die Aufgabe, uns für dieses Erdendasein 'optimistisch' zu gebärden, wohl aber müssen wir die Hoffnung als eine der drei "theologischen Tugenden" - Glaube, Hoffnung und Liebe - pflegen.
Auch haben wir das Versprechen Christi: "Ich werde bei euch bleiben bis an das Ende der Tage." Und nur eingedenk dieser Zusicherung des Herrn können wir auch die Schlußworte der Tragödie des Menschen von Emmerich Madäch, des "ungarischen Faust", mutig wiederholen: "Mensch kämpfe und vertraue vertrauend!"
- Der Kampf gegen Vernunft, Verstand, Wissen, Weisheit und Erfahrung - fünf verschiedene Elemente - tobt seit 200 Jahren, und eigentümlicherweise hat dieser Verfall bei uns mit der Anbetung der "Göttin der Vernunft" richtig begonnen (S. 13). - ...<<
Am 21. Dezember 1991 gründeten elf von 15 Sowjetrepubliken in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösten damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).
Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow trat am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1991 über die schaurige Geschichte und den Zusammenbruch der Sowjetunion: >>... **Lenins Utopia war ein Land ohne Zukunft**
... Jetzt, Ende 1991, ist der Bann gebrochen, die absurde Epoche ist vorbei: Über dem Moskauer Kreml weht wieder die Fahne Rußlands, die Sowjetunion gibt es nicht mehr.
Trotz der von Nikita Chruschtschow eingeleiteten und von Michail Gorbatschow von 1985 an konsequent fortgesetzten Entstalinisierung ist die ganze Wahrheit über die Monstrosität der sowjetischen Jahre noch längst nicht bekannt.
"Einer der größten politischen Erfolge der Moskauer Despoten ist eine solche Beeinflussung der Weltöffentlichkeit, daß jeder, der es wagt, über die Mängel des sowjetischen Staates zu reden, zum "Antibolschewiken" und fehlender Objektivität beschuldigt wird", stellte der amerikanische Journalist George Popoff 1922 in seinem Buch "Tscheka" fest. Er gehörte zu den wenigen intellektuellen Besuchern aus dem Westen, die in der UdSSR nicht die Morgenröte einer erlösten Zeit aufscheinen sehen wollten.
Anfang der dreißiger Jahre, als in der UdSSR Millionen Menschen verhungerten, erklärte George Bernard Shaw: "Niemals habe ich so gut gegessen wie während meiner Reise durch die Sowjetunion." Ins goldene Buch des Hotels "Metropol" in Moskau schrieb er: "Morgen verlasse ich dieses Land und kehre in den Westen zurück, wo Hoffnungslosigkeit herrscht."
Der damals sehr einflußreiche amerikanische Journalist Lincoln Steffens verkündete seinem Publikum: "Ich habe die Zukunft gesehen – sie funktioniert."
Die US-Fabrikanten Sydney und Beatrice Webb fragten: "Ist der Sowjetkommunismus eine neue Zivilisation?", um sogleich zu antworten: "Ja, er ist es."
Und der britische Labour-Politiker Gaold Laski resümierte: "Noch nie in der Geschichte hat der Mensch solche Vollkommenheit erlangt wie unter dem Sowjetregime."

Sehnsucht nach Utopia, auch Naivität, bildeten den Boden, auf dem die Saat der sowjetischen Propaganda solche Blüten treiben konnte. Die Realität in der UdSSR war von Anfang an ganz anderer Art.
"Der Übergang vom Untergrund zur Macht ist zu plötzlich", hatte Lenin am Morgen des 25. Oktober 1917 zu Trotzki gesagt und auf deutsch hinzugefügt: "Es schwindelt."
Die Berufsrevolutionäre hatten sich zwar lange ideologisch mit Fragen der Macht beschäftigt, den konkreten Anforderungen, die das Regieren eines riesigen bis zum Grund aufgewühlten Landes stellte, waren sie aber nicht gewachsen, Das machte sie aggressiv.
Bereits an jenem 25. Oktober nach dem bolschewistischen Coup drohte Lenin bei Nichterfüllung eines Befehls mit Erschießung. Hinrichtungen wurden alsbald zur Praxis. Am 7. Dezember nahm die "Sonderkommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage" (Tscheka) ihre Arbeit auf. Ihr Chef, Dserschinski, setzte den Rat der Volkskommissare (Regierung) ins Bild:
"Denken Sie nicht, ich hätte eine Form revolutionärer Justiz im Sinn; Justiz wird jetzt nicht gebraucht. Jetzt geht ein Kampf auf Leben und Tod, Brust an Brust! Ich befürworte, nein, ich fordere die organisierte Gewalt gegen die Aktivisten der Konterrevolution."
Konterrevolutionäre gab es reichlich. Von den rund 130 Millionen Russen jener Zeit lebten 110 Millionen auf dem Land. Ein Bauer; der sich dagegen wehrte, daß ihm staatliche Eintreiber die Ernte nahmen, war ein "Kulak", ein Ausbeuter, ein Feind der Revolution. Nach Tscheka-Angaben fanden 1918 zwischen Juli und November 108 "Kulakenaufstände" statt. In 20 Gouvernements Zentralrußlands gab es 1918 "245 antisowjetische Rebellionen großen Ausmaßes".
Der Bauernkrieg wurde blutig niedergeschlagen. Lenin sah keinen Grund zur Änderung seines Kurses. Es bedurfte einer weiteren Rebellion, um ihn davon zu überzeugen, daß sein Experiment des sofortigen Aufbaus des Kommunismus gescheitert war. ...
Lenin sah sich zu einer Doppelstrategie veranlaßt: Der Kapitalismus sollte wieder etwas Luft schöpfen können, um die todkranke Wirtschaft zu beleben, in der Machtfrage dürfte es aber keine Zugeständnisse geben. Im Herbst 1921 trat die Neue Ökonomische Politik in Kraft. Kleine Privatunternehmen waren wieder erlaubt, große Fabriken durften gepachtet werden. Ausländer konnten Konzessionen für Betriebe und die Förderung von Rohstoffen erwerben.
Die Arbeitsproduktivität war alarmierend gesunken. Sie betrug nur noch die Hälfte der Vorkriegszeit. Es bedurfte offenbar einer eisernen Hand, um die Werktätigen zu ihrem Glück zu führen. Dserschinski erklärte die 1918 eingerichteten Konzentrationslager zu "Arbeitsschulen". Später prangten an den Lagertoren Stalins Worte: "Arbeit ist eine Sache der Ehre."
Trotzki befahl die "Militarisierung der Arbeit". Der Volkskommissar für Heereswesen und Marine rechnete mit der Meinung ab, daß Sklaverei nicht mehr in die Zeit passe:
"Stimmt es denn überhaupt, daß Zwangsarbeit immer unproduktiv ist? Meine Antwort heißt: Das ist ein höchst erbärmliches und höchst vulgäres Vorurteil des Liberalismus."
Die Zwangsarbeit, verrichtet von Millionen entrechteter Kreaturen, wurde zum fest einkalkulierten Wirtschaftsfaktor des Regimes, das nach eigener Darstellung angetreten war, um den Menschen von der Ausbeutung zu befreien. (Nach Berechnung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen gab es zum Beispiel 1950 in den Lagern der UdSSR zehn Millionen Zwangsarbeiter.)
Im Dezember 1929 verkündete Stalin das Ende der Neuen Ökonomischen Politik. Schluß mit dem Taktieren. Er rief zu einer neuen Revolution auf. Vor allem sollten nun die Bauern, die als Bevölkerungsmehrheit dem bolschewistischen Anspruch auf totalitäre Herrschaft immer noch passiven Widerstand entgegensetzten, proletarisiert und damit endgültig unterworfen werden. "Wir sind von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse übergegangen", gab der neue

Führer der Weltrevolution bekannt. Die "Liquidierung einer Klasse" war nicht abstrakt gemeint, sie wurde blutig konkret.
Im Vergleich zum Orkan der "durchgängigen Kollektivierung", der nun das Land erschütterte, erscheint der Rote Oktober von 1917 wie ein Säuseln. Die Existenzgrundlage von mehr als 130 Millionen Bauern der UdSSR wurde zerstört: Das Fundament des Staates zerbrach. Millionen Menschen wurden in Konzentrationslager geschickt oder in entlegene Gegenden deportiert. ...
Die brutale Kollektivierung ließ in ganzen Regionen die Agrarproduktion zusammenbrechen; das Land wurde in eine Hungerkatastrophe gestürzt.
Der englische Historiker Robert Conquest, der - abgesehen von Alexander Solschenizyn - kenntnisreichste Autor des "großen Terrors", kommt in einer vorsichtigen Schätzung auf fünf bis sechs Millionen Todesopfer durch Hunger und Krankheit in den Jahren 1929 bis 1933. Stalin sagte 1943 Winston Churchill, daß während der Kollektivierung die "Dorfarmen" mit "zehn Millionen Kulaken fertig geworden" seien: Eine "enorme Menge" sei "vernichtet" und der Rest nach Sibirien verschickt worden.
Der Anarchist Michail Bakunin hatte 1862 entsetzt konstatiert: "Das zaristische System hat im Verlauf von etwa 200 Jahren mehr als 2 Millionen Menschen gefordert als Folge einer brutalen Mißachtung der Menschenrechte und des menschlichen Lebens."
Stalin übertraf diese Bilanz allein während der vierjährigen Kollektivierung bei weitem. Conquest ermittelt, daß allein in den "Säuberungen" des Jahres 1938 eine Million Menschen erschossen wurden und zwei Millionen in Haft starben. In Kolyma, einer Region des gigantischen Archipel Gulag, wurden drei Millionen Menschen vernichtet. Hitler beneidete Stalin um dessen Möglichkeiten: "Wenn ich das unermeßliche Sibirien hätte, brauchte ich kein Konzentrationslager."
Geheime Kontakte zwischen den beiden Diktatoren entstanden bereits 1933. Im Sommer 1935 sondierte der sowjetische Handelsvertreter in Berlin, Kandelaki, im Auftrag Stalins Chancen einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit. "Wir müssen eine Übereinkunft mit dem mächtigsten Land treffen, und das ist das nazistische Deutschland", sagte 1936 Geheimdienstchef Jeschow über die Pläne Stalins.
Der Diktator hatte schon 1925 die Überzeugung geäußert, daß ein neuer Waffengang zwischen Deutschland und Frankreich sowie Großbritannien unvermeidlich sei. "Sollte der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte."
Mit dem am Abend des 23. August 1939 im Moskauer Kreml unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland sowie dem geheimen Zusatzprotokoll, in dem die beiden Diktatoren Polen untereinander aufteilten und die baltischen Staaten und Bessarabien der UdSSR zuschlugen, sah sich Stalin am Ziel langjähriger außenpolitischer Bemühungen. Er hatte sein Bündnis mit Deutschland, er konnte bis auf weiteres beobachten, wie in dem Krieg, dem jetzt freie Bahn gegeben war, die Dinge sich entwickelten.
Hitler überraschte mit seinem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 den bisherigen Komplizen im Kreml und brachte ihn auch in tödliche Gefahr, dann aber ging Stalins Konzept doch auf: Am Ende war er der große Triumphator: Moskaus Macht reichte nun bis an die Elbe.
Die Sowjetunion war jetzt eine Weltmacht und der opferreiche Sieg über den verbrecherischen Nationalsozialismus hatte ihr moralische Reputation eingebracht. Daß auch an der Spitze der UdSSR ein Massenmörder stand, wollte die Welt nicht wahrhaben, das ging wohl über ihr Fassungsvermögen. Die Ausdehnung der bolschewistischen Diktatur auf Osteuropa ängstigte zwar den Westen und löste den Kalten Krieg aus, aber Stalins Nimbus litt wenig darun-

ter. Erst unter seinem Nachfolger Nikita Chruschtschow im Jahre 1956 erhielt das Stalin-Bild häßliche Flecken. Auf dem zwanzigsten Parteitag entlarvte der neue Kremlchef den einst wie einen Halbgott Verehrten als Verbrecher.
Chruschtschows Entstalinisierung war ein Akt großen Mutes. Sie beschränkte sich aber auf das Individuum Stalin. Der Machtmißbrauch wurde als Auswuchs des "Personenkults" gewertet. Das System der totalitären Parteiherrschaft blieb indessen. An dieser Haltung änderte sich auch unter Leonid Breschnew sowie Juri Andropow und Konstantin Tschernenko nichts. Das System war zwar nun nicht mehr so mörderisch wie unter Stalin, es maßte sich aber weiter das Monopol der Macht an, schickte weiter Oppositionelle in den Gulag, und Moskau hielt an dem vermeintlich historischen Auftrag fest, die ganze Welt mit seinem Regiment zu überziehen.
Bankrott war dieser Kommunismus schon seit langem. Nur der jeder Vernunft spottende Raubbau an Menschen und Material verhinderte einstweilen noch den offenen Zusammenbruch. Nichts aber hätte Gorbatschow daran gehindert, dieses absurde Spiel fortzusetzen. Eine Zeitlang wäre das gewiß noch gegangen. Anders als seine zynisch-opportunistischen Vorgänger war er dazu nicht bereit. Er glaubte an den Schöpfungsplan Lenins und meinte, dessen Vorstellungen doch noch verwirklichen zu können.
Tatsächlich war Gorbatschow jedoch ein Anti-Lenin. Der Gründer der Sowjetunion war ein ruchloser Machtpolitiker, ihr letzter Repräsentant hingegen verlor die Macht, weil er demokratische Regeln beherzigte.
Die Geschichte kennt viele Akteure, die mit dem Mittel der Gewalt Reiche schufen; Gorbatschow aber ist der erste, der friedlich eine aggressive Supermacht aus der Welt schaffte. Je mehr von der schaurigen Szene ins Bewußtsein dringt, die sich hinter dem von Michail Gorbatschow gehobenen Eisernen Vorhang abspielte, desto größer wird der Respekt vor dem Wirken dieses Staatsmannes werden.<<
Die Zeitschrift "Le Point" berichtete am 15. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/49-54): >>... Über die zum Teil noch nicht völlig geklärten Zahlen läßt sich streiten. Es ist ungewiß, ob Mao 60, 70, oder 65 Millionen Menschen umgebracht hat. ... Solche Erwägungen sind rein wissenschaftlicher Natur. Am moralischen Skandal ändert sich dadurch nichts. Als man um 1950 sagte, "Die Nazis haben sechs Millionen Juden umgebracht", so kam damals von bestimmten Leuten die Antwort: "Nein, sei haben nur vier Millionen umgebracht". An der an sich kriminellen Logik des Kommunismus oder Nationalsozialismus ändern diese deplazierten Haarspaltereien nichts.
Ich würde auf diese schäbigen Streitereien überhaupt nicht näher eingehen, wenn sie nicht in gewisser Weise zum Thema des hier zu erörternden Buches gehörten. Sie stehen nämlich für das nach wie vor große Einschüchterungsvermögen der rückständigen und rückwärtsgewandten Anhänger des Kommunismus. Als politisches Phänomen ist das Ungeheuer inzwischen tot, doch als kulturelles Phänomen ist es immer noch lebendig. Auch wenn die Berliner Mauer inzwischen gefallen ist, in den Köpfen ist sie noch vorhanden. Den Kommunismus in seiner Realität zu beschreiben, bleibt ein gesellschaftsfeindlicher Akt.
In Frankreich konnte man das am 7. November in der Fernsehsendung "Bouillon de culture" erleben. Ich hatte soeben Stephen Spielbergs letzten Film über die Dinosaurier gesehen und hatte deshalb keine Schwierigkeiten, mich auf die Fernsehdiskussion über das Schwarzbuch einzustellen. Die eingeladenen Kommunisten schafften es regelrecht, die Historiker wie gefährliche Dinosaurier unter Sicherheitskontrolle zu bringen. Einer von ihnen ging sogar soweit, Stéphane Courtois als Antisemiten zu bezeichnen!
Auf diese Weise haben sie ihr Ziel, die Informationen zu zensieren, zum Teil erreicht, denn der Fernsehzuschauer konnte so gut wie nichts über den Inhalt des Buches erfahren. Mit ihrer Verschleierungstaktik haben diejenigen, die bei diesen Verbrechen als Komplizen fungierten,

es einmal mehr geschafft, eben diese Verbrechen zu leugnen und mit der Hand auf dem Herzen und mit weinerlicher Stimme zu betonen, daß solche Untaten nichts mit dem Wesen des Kommunismus gemein hätten.
Warum ist es ein erklärtes Delikt, wenn man die Verbrechen der Nazis in Abrede stellt, nicht aber, wenn man die Verbrechen der Kommunisten abstreitet? Es gibt - mit den Augen der Linken betrachtet - immer noch gute und schlechte Henker. Die sozialistischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben Tibet die Anerkennung als "besetztes Land" verweigert.
Die Weigerung der Linken, die kommunistischen Völkermorde nicht wie diejenigen der Nazis als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen, ist weder vom geschichtswissenschaftlichen noch vom juristischen Standpunkt gerechtfertigt. Francois de Menthon, der französische Generalstaatsanwalt bei den Nürnberger Prozessen, unterstrich die ideologische Motivation der NS-Verbrechen:
"Wir haben es hier nicht mit einer Zufalls- oder Gelegenheitskriminalität zu tun, sondern mit einer direkt und zwingend von einer Doktrin (Lehrmeinung) abgeleiteten, systematischen Kriminalität."
Diese Beschreibung der braunen Kriminalität paßt ebenfalls haargenau auf die rote Kriminalität. ...
Dagegen argumentiert die Linke immer wieder mit dem gleichen Klischee: Der Nationalsozialismus verkündete von Anfang an ein Vernichtungsprogramm, der Kommunismus hingegen verstand sich grundsätzlich als eine Befreiungsdoktrin. Dies kann man ganz und gar nicht als Entschuldigung hinnehmen. Im Gegenteil!
Der Nationalsozialismus kann wenigstens für sich in Anspruch nehmen, mit offenen Karten gespielt zu haben. Der Kommunismus dagegen hat im Namen der Gerechtigkeit und Freiheit Milliarden von Menschen betrogen, denn seine Taten waren stets das pure Gegenteil. ...
Das Neue und hochinteressante an der von Stéphane Courtois und seinen Mitautoren realisierten historischen Studie ist die Tatsache, das uns zum erstenmal ein vollständiges internationales Panorama des Kommunismus – und zwar in seinem gesamten geographischen und chronologischen Ausmaß – in einem einzigen Band präsentiert wird.
Bei den Elementen dieser Gesamtstudie handelt es sich nicht um Meinungen, sondern um Tatsachen, und die diejenigen, die diese Katastrophe des 20. Jahrhundert hartnäckig verteidigen, werden uns wohl auf einleuchtende Weise erklären müssen, warum ihrer Meinung nach die Wahrheit über den Kommunismus nicht durch diese Tatsachen zum Ausdruck kam, sondern durch eine Geschichte, die niemals existiert hat. ...<<
Die Tageszeitung "Sud-Ouest Dimanche" berichtete am 26. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/223): >>... Heute stellt sich bezüglich des Kommunismus in Europa nicht die Frage nach der Anzahl der Opfer, sondern wie Demokraten so lange der kommunistischen Propaganda aufsitzen konnten. Das eigentliche Problem liegt nicht in der Vergleichbarkeit der Verbrechen, sondern darin, daß wir sie nicht sehen wollten ...
Diese Kapazität der Lüge ist die eigentliche Originalität des Kommunismus, im Gegensatz zum Nazismus. Im Namen des Guten schloß man die Augen angesichts der Verbrechen des Kommunismus. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1997: >>**Späte Nachholstunde zu einem Jahrhundertthema**
Historiker-Debatte in Frankreich: Der Forscher Courtois lastet den Kommunisten 85 Millionen Todesopfer an
... "Das Schwarzbuch des Kommunismus – Verbrechen, Terror, Unterdrückung" des französischen Historikers Stéphane Courtois, ist zum Renner des Pariser Bücherwinters geworden. Courtois, Forschungsdirektor beim staatlichen Wissenschaftszentrum CNRS, hat einen neuen Historikerstreit vom Zaun gebrochen, der die Herzen und Hirne wohl noch einige Zeit bewe-

gen wird.
"Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das vom stalinistischen Regime gezielt der Hungersnot ausgeliefert wurde, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom Naziregime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel", lautet einer der Kernsätze des Herausgebers.
Zehn Jahre nach dem Streit deutscher Historiker, den Ernst Nolte mit der Leugnung der Singularität des industriellen Massenmords an den europäischen Juden auslöste, ist damit in Frankreich die Debatte über die geschichtliche Einordnung des nationalsozialistischen und des kommunistischen Totalitarismus in diesem Jahrhundert neu entbrannt.
Mit dem Vergleich, erklärte Courtois, wollte er "die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht in Frage stellen". Es gehe nicht darum, "eine Art doppelte Buchführung des Horrors" aufzustellen. ...
Mittlerweile ist die erste Auflage bereits vergriffen, und das 846 Seiten starke Buch – Von Bernard Fixot, dem Leiter des Verlages "Robert Laffont" bereits als "Bibel" angepriesen – ist weiterhin in Leserbriefspalten der Zeitungen, TV-Talk-Shows und politischen Debatten Thema Nummer eins. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die "Einzigartigkeit des Holocaust" (x169/55-58): >>...
Die Debatte um die Einzigartigkeit des Holocaust ist unfruchtbar. Die Behauptungen, der Holocaust sei einzigartig, haben mittlerweile in der Tat eine Form von "intellektuellem Terrorismus" (Chaumont) angenommen. Jene, die die normalen vergleichenden Verfahren wissenschaftlicher Untersuchungen anwenden, müssen zunächst tausendundeinen Vorbehalt voranschicken, um den Vorwurf gar nicht erst aufkommen zu lassen, sie würden "DEN HOLOCAUST trivialisieren".
In der Behauptung von der Einzigartigkeit des Holocaust ist auch enthalten, daß DER HOLOCAUST einzigartig böse gewesen sei. Die Leiden anderer, wie schrecklich auch immer, seien damit einfach nicht zu vergleichen. Vertreter der Einzigartigkeit des Holocaust weisen diese Implikation immer weit von sich, doch solche Einwände sind unaufrichtig.
Die Behauptungen, daß der Holocaust einzigartig sei, sind intellektuell unfruchtbar und moralisch verwerflich, doch sie bleiben bestehen. Die Frage lautet, warum? Zunächst verleiht einzigartiges Leid einen einzigartigen Anspruch. Das unvergleichlich Böse des Holocaust sondert die Juden laut Jacob Neusner nicht nur von den anderen ab, sondern gibt den Juden auch einen "Anspruch gegenüber diesen anderen". Für Edward Alexander stellt die Unvergleichlichkeit DES HOLOCAUST "moralisches Kapital" dar; Juden müßten die "Herrschaft" über diesen "wertvollen Besitz beanspruchen".
Die Einzigartigkeit des Holocaust - dieser "Anspruch" gegenüber anderen, dieser "wertvolle Besitz" - dient Israel in der Tat als vorzügliches Alibi. "Da das jüdische Leiden so einmalig ist", bringt der Historiker Peter Baldwin vor, "erweitert es die moralischen und emotionalen Ansprüche, die Israel an andere Länder ... stellen kann."
So gab, Nathan Glazer zufolge, der Holocaust, indem er auf die "besondere Unverwechselbarkeit der Juden" verwies, den Juden "das Recht, sich selbst als besonders bedroht und als aller möglichen zum Überleben notwendigen Anstrengungen besonders würdig anzusehen". Um ein typisches Beispiel zu zitieren: Jeder Bericht über Israels Entscheidung, Nuklearwaffen zu entwickeln, beschwört das Gespenst des Holocaust herauf. Als ob Israel sich sonst nicht auf den Weg zur Nuklearmacht begeben hätte.
Es spielt noch ein anderer Faktor mit. Die Behauptung der Einzigartigkeit des Holocaust ist auch die Behauptung der jüdischen Einzigartigkeit. Nicht das Leiden der Juden machte den Holocaust so einzigartig, sondern die Tatsache, daß die "Juden" litten. ...
So vehement Elie Wiesel in bezug auf die Einzigartigkeit des Holocaust ist, so nachdrücklich

vertritt er auch die These, daß die Juden einzigartig seien. "Alles an uns ist anders." ...
DER HOLOCAUST bezeichnete den Höhepunkt eines tausendjährigen Hasses der Nichtjuden; damit bezeugte er nicht nur das unvergleichliche Leiden der Juden, sondern eben auch ihre Einzigartigkeit. ...
Mit der Aneignung eines zionistischen Glaubenssatzes wurde Hitlers "Endlösung" innerhalb der Konstruktion DES HOLOCAUST zum Höhepunkt eines tausendjährigen Judenhasses der Nichtjuden erhoben. Die Juden kamen um, weil alle Nichtjuden, sei es als Täter oder als passive Mittäter, ihren Tod wünschten.
Laut Wiesel lieferte "die freie und zivilisierte Welt" die Juden "an ihren Henker aus. Da waren die Vollstrecker - die Mörder -, und da waren jene, die schwiegen." Für einen mörderischen Impuls der Nichtjuden in ihrer Gesamtheit gibt es keinen einzigen historischen Beweis.
Daniel Goldhagens nachhaltige Anstrengung, in "Hitlers willige Vollstrecker" eine Variante dieser Behauptung zu beweisen, ist allenfalls komisch. Politisch ist sie jedoch ausgesprochen nützlich. Man könnte übrigens noch festhalten, daß der "ewige Antisemitismus" es dem Antisemiten leicht macht.
Hannah Arendt erklärt in "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft": "Daß die antisemitische Geschichtsschreibung sich dieser Theorie professionell bemächtigt hat, bedarf keiner Erklärung; sie liefert in der Tat das bestmögliche Alibi für alle Greuel: Wenn es wahr ist, daß die Menschheit immer darauf bestanden hat, Juden zu ermorden, dann ist Judenmord eine normale, menschliche Betätigung und Judenhaß eine Reaktion, die man noch nicht einmal zu rechtfertigen braucht. Das Überraschende und Verwirrende an der Hypothese eines ewigen Antisemitismus liegt darin, daß sie von den meisten unvoreingenommenen und von nahezu allen jüdischen Historikern geteilt wird."
Das Holocaust-Dogma vom ewigen Judenhaß der Nichtjuden hat sowohl dazu gedient, die Notwendigkeit eines jüdischen Staates zu rechtfertigen, als auch dazu, die Feindschaft zu erklären, die Israel entgegengebracht wurde. Der Staat der Juden ist der einzige Schutz gegen den nächsten (unvermeidlichen) Ausbruch eines mörderischen Antisemitismus; im Gegenzug steckt der mörderische Antisemitismus hinter jedem Angriff auf den jüdischen Staat.
Die Romanautorin Cynthia Ozick hatte eine Antwort bereit, um die Kritik an Israel zu erklären: "Die Welt will die Juden ausrotten ... Sie hat immer den Wunsch gehabt, die Juden auszurotten."
Wenn alle Welt die Juden tot sehen will, ist es wahrhaft ein Wunder, daß sie immer noch leben - und, anders als große Teile der Menschheit, nicht gerade hungern.
Dieses Dogma hat Israel außerdem einen umfassenden Freibrief verschafft: Nachdem die Nichtjuden ständig darauf aus sind, Juden zu ermorden, haben die Juden das uneingeschränkte Recht, sich zu schützen, wie es ihnen beliebt. ...<<
Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Januar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1998 (x853/...): >>... **Kein Gedenken in Triumph**
1. Vor 150 Jahren - vermutlich Ende Februar 1848 - erschien das "Manifest der Kommunistischen Partei", 23 Druckseiten stark. Es war von eigentümlich aufrührerischer Stoßkraft, großer Selbstsicherheit und jener destruktiven Radikalität, die die Arbeiterfrage als Ausgeburt einer dämonisierten "Klasse" und eines Systems darstellte, die als Ganzes entthront, abgeschafft, vernichtet werden sollten:
Revolution als Lösung, Gewalt als Mittel, Diktatur als Weg, Terror als Bewegungsmittel, Angstmacher, Eroberungswerkzeug zur Macht, als Einschüchterung und Zwang zu deren Erhalt.
Der hochfahrende, pseudoprophetische Ton schien von solchen zu kommen, die alle Brücken hinter sich abgebrochen hatten. Sie bedienten sich - scheinmoralisch - jener Empörung, zu der

alle elementar aufgehetzt werden können, denen man Unterdrückung, Ausbeutung, Sklaverei, als ihr Schicksal zusprach. Und so verhießen sie endgültige Befreiung, klassenlose Gleichheit, Leben nach Bedürfnissen, den "Neuen Menschen", ohne Eigentum, bei abgeschaffter Familie, ohne jene Religion, die als Opium dann nicht mehr gebraucht würde.
Das Ziel war zwar utopisch, wurde aber vielfach - gerade durch den Appell an Umsturz, Subversion, Zersetzung, Verweigerung, und immer - von Anfang an - Terror und Diktatur - als erreichbar suggeriert. Jedes Mittel war dazu ... berechtigt, gerade auch Täuschung, Unterwanderung, Lüge, Erpressung, "Arbeitslager" und schließlich massenhaft Mord. ...
3. Blutrot waren auch die - vergleichsweise absolut singulären - Massenopfer dieses natur- und gottwidrigen Aufstands mit der erhobenen Faust.
Das "Schwarzbuch" der kommunistischen Verbrechen, in Frankreich kürzlich veröffentlicht - es soll demnächst in Deutschland im Piper-Verlag erscheinen - nennt insgesamt etwa 100 Millionen Tote. Darunter China (65 Millionen Tote), Sowjetunion (20 Millionen Tote), Nordkorea (2 Millionen Tote), Kambodscha (2 Millionen Tote), Afrika (1,7 Millionen Tote), Afghanistan (1,5 Millionen Tote), Osteuropa (1 Millionen Tote) u.a.m.
Wie hat ein so bluttriefendes Zwangs-, Angst- und Terrorsystem, das alle mit Lügen bannte und sie in der Lüge zu leben erpreßte, Anziehung auf viele Intellektuelle ausgeübt und Politiker nicht gehindert, ihre Repräsentanten anzuerkennen, sie zu empfangen, jahrzehntelang kaum zu protestieren und sie schließlich als Verbündete zu wählen und ihnen Europa auszuliefern (das wollte Roosevelt zulassen), wenn nicht die deutsche Wehrmacht dazwischen gewesen wäre?
4. Da ist es wohl jene rücksichtslose Radikalität gewesen, aufgeladen durch Wut, Haß, Verachtung, welche von einem Verlangen nach einer Gerechtigkeit provoziert wurde, das - und darin liegt das aufhetzende Potential - nach Gleichheit verlangte. Da nistet sich dann zunächst Sozial- und Besitzneid, konsequent aber schließlich eine Art Seinsneid ein, der notwendigerweise unstillbar bleiben muß. Aufstand gegen die Natur, gegen ihren Urheber und Garanten, Installierung des völlig autonomen Menschen an Gottes Stelle: Kommunismus ist notwendig atheistisch.
Die Kirche hat ihn ganz früh durchschaut und ihn mit der hier notwendigen Schärfe verurteilt. ...
5. Ist der Schoß - scheinbar erstorben - fruchtbar noch? Der Christ muß mit der Versuchlichkeit jenes dumpf-brutal-verlockenden Selbstermächtigungs-Revolutionismus rechnen, die Kirche muß aus ihrem Offenbarungswissen wachsam werden wie früher.
Gleichheitswahn zeigt sich heute in gigantischen Umverteilungsbürokratien, gespeist von einem konfiskatorischen Steuersystem, alles verführerisch etikettiert als "sozial". Kam das Ende vor dem Anfang? ...<<
Die Züricher Zeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 29. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/71-72): >>... Nach dem Sieg von Maos Armee über Tschiang Kaischek und nach der Staatsgründung von 1949 errichtete die chinesische Führung die berüchtigten "Umerziehungslager" für jene, die den "Erziehungskampagnen trotzten. Aus Mangel an verläßlichen Zahlen ist Margolin weitgehend auf Hochrechnungen und Schätzungen angewiesen.
Unter der Annahme, daß jeder zwanzigste Häftling während oder wegen der Haft starb oder umgebracht wurde, gelangt der Autor zur Zahl von 10 bis 20 Millionen Toten. Für die Zeit von 1949 bis zu Maos Tod (1976) rechnet Margolin mit der horrenden Zahl von 44 bis 72 Millionen Opfern, von denen mehr als die Hälfte in der Zeit der Hungersnot starben, also mittelbar an den Folgen der Politik des "Großen Sprungs nach vorn" (1959-62). ...<<
In Wien berichtete die "Presse" am 30. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/74-78): >>... An die 100 Millionen Tote listet das "Schwarzbuch des Kommunismus"

auf: 65 Millionen in China, 20 Millionen in der Sowjetunion, je 2 Millionen in Nordkorea, Kambodscha (rund ein Viertel der Bevölkerung in dreieinhalb Jahren), 1,7 Millionen in Afrika, 1,5 Millionen in Afghanistan, je eine Million in Vietnam und in den osteuropäischen Staaten. ...
Der Terror war – so wird mit zahlreichen Beispielen belegt – von Beginn an Wesensmerkmal der kommunistischen Systeme an der Macht. ...
Hier werden der Kürze wegen nur einige sowjetische (Verbrechen) aufgelistet.
"Verbrechen gegen den Frieden", als nach dem Pakt mit Hitler die Teilung Polens, die Annexionen baltischer Staaten, der Nordbukowina und Bessarabiens folgten oder der Angriff auf Finnland 1939. Der Einmarsch in Ungarn oder der Tschechoslowakei, die Militärintervention in Afghanistan.
"Kriegsverbrechen" etwa durch die Liquidierung eines Teils der polnischen Offiziere und der bürgerlichen Intelligenz des Landes in Katyn 1940. Der Tod von über einer halben Million gefangener Soldaten der Deutschen Wehrmacht und mit ihr verbündeter Armeen im Archipel Gupwi, der vielfach auf Hunger und menschenverachtende Zustände zurückzuführen war.
"Verbrechen gegen die Menschlichkeit" durch die Indienststellung der Macht des Staates für eine verbrecherische Politik und Praxis: Deportationen, systematische Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, Menschenraub oder Massenfolterungen aus politischen, ideologischen, rassischen oder religiösen Gründen.
Millionen Unschuldige wurden von kommunistischen Systemen umgebracht, denen nichts vorzuwerfen war, außer daß sie Adelige, Bürger, Kulaken, Ukrainer, Juden, Intelligenzler oder KP-Mitglieder waren.
Seit 1920 wurden etwa die Kosaken verfolgt und in einem streng umrissenen Gebiet ausgelöscht. Männer wurden erschossen, Frauen, Kinder und Alte deportiert. Die Dörfer dem Erdboden gleichgemacht oder Umsiedlern übergeben. Millionen von Kulaken wurden zwar nicht an Ort und Stelle erschlagen, doch die Zwangsarbeit in den unwirtlichsten Gebieten des Riesenreiches ließ ihnen kaum eine Überlebenschance: ein Tod auf Raten. Die inszenierte "Hungersnot" in der Ukraine raffte 1932/33 binnen weniger Monate 6 Millionen Menschen dahin. ...
Die Frage der Mitschuld und Mitschuldigen wird ebenso zu stellen sein, gegenüber dem Ausland, den "unabhängigen Kommentatoren" (Journalisten, Schriftstellern, Intellektuellen), den Kommunisten (den "Wissenden"). Dabei werden die Wirkungsweisen des Totalitarismus sichtbar.
Vielleicht ist es heute möglich, jene zeitgenössischen Positionen, die Stalins Gewaltpolitik akzeptierten, kritisch zu ergründen, zu verurteilen; viel schwieriger, ja unmöglich ist es jedoch, den Anhängern dieser Positionen vorzuwerfen, diese Verbrechen nicht verhindert zu haben oder nicht in den Widerstand gegangen zu sein. Widerstand hätte im totalitären System keine Chance auf eine nennenswerte Unterstützung der Masse gehabt.
Tzwetan Todorow: "Der Totalitarismus (ist) eine Maschinerie von fürchterlicher Effizienz. Die kommunistische Ideologie zeigt uns ein Bild einer besseren Gesellschaft und fordert uns auf, diese anzustreben. Außerdem beraubt die kommunistische Gesellschaft den einzelnen seiner Verantwortung: Es sind immer "sie", die entscheiden. Verantwortung ist oft eine schwere Bürde. Die Anziehungskraft des totalitären Systems, die unbewußt sehr viele Menschen erfahren, ergibt sich aus einer gewissen Angst vor der Freiheit und der Verantwortung".
Das erklärt auch die Popularität autoritärer Regime (Erich Fromm).
Warum wußte und weiß man - trotz der Arbeiten von Solschenizyn, der Maschke-Kommission oder des Instituts für Kriegsforschung - so wenig über die Verbrechen des Kommunismus? Warum beschäftigt sich die Wissenschaft erst am Ende des 20. Jahrhunderts mit diesem Thema?

... Der besiegte Nationalsozialismus wurde von den Alliierten zum absoluten Bösen erklärt. So geriet der Kommunismus, auch durch die psychologische Stärke Stalins in den Konferenzen der "Großen Drei", fast automatisch in das Lager der Guten. In Nürnberg traten die Sowjets als Ankläger und Richter auf. Geschehnisse wie Katyn oder der Hitler-Stalin-Pakt mußten heruntergespielt, der Sieg über den Nationalsozialismus als Beweis für die – auch moralische – Überlegenheit des Kommunismus benützt werden.
... Nikita Petrow, ein Kenner des sowjetischen Repressionsapparats, sprach den sowjetischen Richtern das moralische Recht ab, über andere zu Gericht zu sitzen, weil sie selbst ein Unrechtsregime verkörperten. ...<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/128-129): >>... Über die Frage, ob die Kommunisten für sich in Anspruch nehmen können, die Vision von der besseren, gerechteren Welt zu vertreten, ist in den vergangenen 50 Jahren oft gestritten worden.
Am 11. April 1948 hatte Raymond Aron, der Denker der totalitären Erfahrung unseres Jahrhunderts, in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" eine Antwort parat, für die er seither gehaßt worden ist: "Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie."
Es ist schwer Courtois' und seiner Autoren "Schwarzbuch" zu lesen und sich nicht an den Historikerstreit vor zwölf Jahren zu erinnern. Der Historiker und Faschismusforscher Ernst Nolte hatte damals die nationalsozialistische neben die kommunistische Gesellschaftsutopie gestellt und einen Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem "Rassenmord" und kommunistischem "Klassenmord" gesehen. Der Weltkriegshistoriker Andreas Hillgruber glaubte für das letzte Kriegshalbjahr in der deutschen Kriegsführung auch Elemente eines Abwehrkrieges zu erkennen. Beides hätte man in aller Ruhe für plausibel oder unplausibel halten können.
Der Frankfurter Soziologe Jürgen Habermas und der Bielfelder Historiker Hans-Ulrich Wehler warfen Nolte und Hillgruber "apologetische Tendenzen" - Verharmlosung des Nationalsozialismus – vor.
Den Vorwürfen folgte eine Kampagne. Nolte wurde von Fanatikern tätlich angegriffen. Hillgruber öffentlich als "konstitutioneller Nazi" beschimpft. Habermas und Wehler haben seither nie etwas zurückgenommen.<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/130-132,137): >>Nun erhebt es wieder sein Haupt, das alte Problem: Ist "roter" Terror gleich "brauner" Terror oder noch schlimmer?
Was vor zehn Jahren im "Historikerstreit" hohe Wellen schlug und nach Ernst Noltes Buch über den "Bürgerkrieg" im 20. Jahrhundert Schlagzeilen machte, dringt von Frankreich wieder in die deutsche Diskussion ein.
Damals ging es zwar primär um die "Einzigartigkeit" von Auschwitz. Aber die Frage stellte sich vor dem Hintergrund der implizierten Gegenthese: daß die "Rattenkäfige" der Tscheka primär waren und Hitler letztlich "nur", wenn auch perfektioniert und industrialisiert, nachahmte, was ihm das Sowjetregime vorgemacht hatte.
Nun ist nicht mehr von Dserschinski und seinen Schergen die Rede, sondern gleich von "dem" Kommunismus, so wie François Furet (der ein Vorwort schreiben wollte) vor einigen Jahren nicht nur das "Ende" seiner eigenen früheren "Illusionen" verkündete, sondern mit dem "Kommunismus im 20. Jahrhundert" insgesamt abrechnete. ...
Die "kommunistischen Diktaturen" des 20. Jahrhunderts werden immer wieder mit dem Nationalsozialismus verglichen. Maßstab sind dabei die "Massenverbrechen", die auch der

Kommunismus "regelrecht zum Regierungssystem" erhoben habe. "Gnadenloser Klassenkampf ... nahm die Züge eines Genozids" an, war Rassenkampf mit anderen Zielen, aber sehr ähnlichen Mitteln und Folgen. Zum Leitmotiv wird auch hier der berüchtigte Satz des Tschekisten Latsis: "Wir führen nicht Krieg gegen bestimmte Personen. Wir löschen die Bourgeoisie als Klasse aus."
Wenn damit nur auf die Pauschalität des Terrors als gemeinsamer Nenner verwiesen würde, wäre das Argument überzeugend. Aber das Buch will mehr und überschreitet seinen erklärten Zweck auf verräterische Weise: Ohne "irgendwelche makabren Vergleiche" aufstellen zu wollen, müsse doch auf das "unwiderlegbare" Faktum hingewiesen werden, "daß die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben", während es im Nationalsozialismus "25 Millionen waren".
Daraus wird zwar nicht abgeleitet, daß der Kommunismus (jedenfalls im Weltmaßstab) schlimmer war als der Nationalsozialismus, aber doch angeraten, über die "Ähnlichkeit" beider Systeme nachzudenken. Und auch ein Hinweis, wie die Verwandtschaft unter anderem erklärt werden könnte, fehlt nicht: "Die von Lenin erarbeiteten, von Stalin und seinen Schülern systematisierten Methoden" nahmen nämlich die "Methoden der Nazis ... oftmals vorweg".
Daraus lasse sich zwar keine kausale Beziehung ableiten, aber ein Argument gegen die Einzigartigkeit des Juden-Genozids. Auschwitz habe das Böse des Totalitarismus so vollständig in sich verkörpert, daß der Blick für die Verbrechen des Kommunismus vernebelt worden sei. Eine solche "halbseitig gelähmte Geschichte" aber sei "nicht länger akzeptabel". So bleibe es dem "Schwarzbuch" überlassen, das siebzigjährige Schweigen zu brechen und nun die ganze Wahrheit ans Licht zu bringen, "als moralische Verpflichtung, das Gedächtnis der Toten zu ehren". ...<<
>>... Die Fixierung der westlichen Welt, vor allem aber der USA auf den jüdischen Holocaust macht es schier unmöglich, die historische Wirklichkeit zu begreifen, daß im 20. Jahrhundert annähernd 170 Millionen Menschen Opfer rechter und linker Terrorregime geworden sind. Die These von der Einzigartigkeit des Holocaust läßt die wissenschaftliche Diskussion über die Vergleichbarkeit völkermörderischer Terrorregime fast als illegitim erscheinen. Wissenschaftler, die dieses Frageverbot nicht akzeptieren und den Holocaust mit anderen Terrorregimen vergleichen, setzen sich der Gefahr aus, als historische Revisionisten denunziert zu werden.
Diese Gefahr ist neueren Datums, da die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges um diese mögliche Vergleichbarkeit von Terror gewußt und sie gefürchtet haben und deshalb den Genozid an den europäischen Juden, der damals noch nicht Holocaust genannt wurde, nicht unter die Anklagepunkte im Nürnberger Prozeß aufnehmen wollten. Entgegen den populären Vorstellungen über den Prozeß sind die Hauptangeklagten nicht wegen des Holocaust, sondern wegen anderer Verbrechen verurteilt und hingerichtet worden.
Das erstaunliche Ausklammern des jüdischen Holocaust in Nürnberg wurde von Justice Robert Jackson, dem amerikanischen Hauptankläger, damit begründet, daß, wie er in den Londoner Vorverhandlungen zum Prozeß im Juni 1945 seinen britischen, französischen und sowjetischen Kollegen erklärte, "wir gelegentlich in unserem eigenen Land bedauernswerte Umstände haben, in denen Minderheiten unfair behandelt werden".
Ob diese Bemerkung Jacksons auf Indianer oder Schwarze gemünzt war, erläuterte er nicht. ...<<
Die "Deutsche Tagespost" berichtete am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/200-201): >>... Auch wenn das "Schwarzbuch des Kommunismus" nichts prinzipiell Neues auftischt, es ist ein großes, überaus bedeutsames Werk, die erste tiefschürfende Enzyklopädie der Verbrechen des Kommunismus. Ihr ist weiteste Verbreitung zu wün-

schen, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, den Courtois klar herausstellt, daß viele "große" und kleine Geister den Massenmördern großen Stils, Lenin, Stalin, Tito, Mao, Pol-Pot bis hin zu Castro gehuldigt, zumindest als "nützliche Idioten" gedient haben.
Gerade Katholiken sollten es wissen und kundtun: Bereits zwei Jahre vor dem Erscheinen des Manifests der Kommunistischen Partei verurteilte Papst Pius IX in der "Enzyklika Qui pluribus" den Kommunismus als eine "abscheuliche Lehre, die in höchstem Grad dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums, ja der menschlichen Gesellschaft führen muß."
Von dieser Betrachtungsweise wurden offiziell keine Abstriche gemacht, vielmehr wurden sie mehrmals ausdrücklich wiederholt ...<<
Die deutsche Historikerin Jutta Scherrer berichtete am 2. Juli 1998 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/81-84): >>... Die meisten Russen, die ich auf die Vergangenheit ansprach, verstehen sich als Opfer. In ihren Augen haben sie selbst, die russische Nation, das größte Opfer gebracht, verglichen mit den anderen Nationalitäten und Volksgruppen des Sowjetreichs. Auch für die Angehörigen der ehemaligen Sowjetrepubliken wie die Ukrainer oder Balten ist die Schuldfrage ebenso eindeutig: Die Verantwortlichen für das System waren die Russen, sie selbst die Opfer. Schuld hatten immer die anderen. Die Frage nach dem anderen in mir selbst wird nicht gestellt.
Kollektive Haftung für den mentalen und kulturellen Kontext, in dem die Massenverbrechen möglich wurden, gibt es in Rußland nicht. Man empfindet sich nicht als Erben des Geschehenen. ...
Kollektive Schuld, kollektive Schande gibt es in Rußland nicht. Eine Öffnung der sowjetischen Geheimdienstakten, sagt der Moskauer Historiker Jakow Drabkin, hätte nur zu neuen "Säuberungen" geführt. ...
Auch die historische Analogie zum Zerfall des Moskauer Rußlands am Beginn des 17. Jahrhunderts bemüht man gern. Und überall ist der Ruf nach Stabilität und Ordnung vernehmbar; Stalin erscheint in der Erinnerung weniger als Verbrecher denn als jemand, der das Land zusammengehalten und für Ordnung gesorgt hat. Man beruft sich auf die Liebe zu "einem Rußland in Ordnung", und so entsteht eine Erinnerungskultur, die der zaristischen Autokraten gedenkt, weil sie doch einmal den starken Staat verkörpert haben. ...
Während der ersten Hälfte der mehr als siebzigjährigen Geschichte der Sowjetunion, bis zu Stalins Tod, gehörten Terror und Repression zur Tagesordnung. Und auch nach 1953 herrschte Unterdrückung, wenn auch in modifizierter Form. Diese "lange Zeit", die die Mentalitäten von Generationen prägte, läßt sich nicht mit 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur in Deutschland vergleichen. Im Unterschied zu Deutschland 1945 hat Rußland 1991 keinen Krieg verloren. Im Unterschied zu Deutschland 1989 hat Rußland seine ehemaligen Führungseliten behalten ...<<
Joachim Gauck (später deutscher Bundespräsident) schrieb am 30. Juli 1998 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/231): >>... Ralph Giordano sagte es, in seinem Ostpreußenbuch 1994, so: "Schluß damit, die Ermordeten der beiden größten historischen Gewaltsysteme zu Rivalen zu degradieren - sie waren es weder zu Lebzeiten noch im Tode."
Die Botschaft lautet: Es gibt keine Sicherheit. Nach und neben dem größten Zivilisationsbruch für uns Deutsche werden Russen und Kambodschaner ihren Tiefpunkt der Geschichte möglicherweise anders definieren. Dies Zeugnis ist ernst zu nehmen, nicht zu relativieren. Es geht also nicht um einen neuen Schatten für alles Unrecht, sondern um neues Licht für anderes Unrecht.<<
Die Zeitschrift "Politische Meinung" berichtete im August 1998 über "Das Schwarzbuch des

Kommunismus" (x087/156): >>... Zuweilen kann das Werk aufgrund des jetzigen Forschungsstandes nur Splitterwissen vermitteln. Gleichwohl besteht der generelle Wert des Buches darin, ein Luftloch geschlagen zu haben in das Packeis des organisierten Vergessens und Verharmlosens bis 1989. ...
"Es gibt unter Zeitgenossen", so Ehrhart Neubert von der Gauck-Behörde, "widersinnige Rechtfertigungen und Verharmlosungen der kommunistischen Herrschaft samt ihrer Verbrechen. Doch diese bestätigen eigentlich nur, wie leicht Menschen zu Tätern und politischen Verbrechern werden können." ...<<

Zusammenfassung des Stalinismus und die Verbrechen des internationalen Kommunismus

Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) starb am 5. März 1953 nach einem Gehirnschlag in Moskau. Nach dem Tod des sowjetischen Diktators Stalin entließ man nach und nach ca. 10,0-12,0 Millionen Menschen aus den sowjetischen Zwangsarbeitslagern. Im Rahmen der sog. "Entstalinisierung" wurde Stalin später wegen seiner "theoretischen und politischen Fehler" öffentlich kritisiert. Die KPdSU verurteilte außerdem Stalins "grobe Verstöße" gegen den Marxismus-Leninismus und den "Personenkult" als sog. "fremde Erscheinung".
Nikita Chruschtschow (seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) gab z.B. am 25. Februar 1956 während des XX. Parteitages der KPdSU bekannt, daß Stalin von den 139 Zentralkomiteemitgliedern, die 1934 gewählt wurden, 98 Mitglieder (70,5 %) liquidieren ließ (x128/47).
Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) erklärte später (x073/64): >>Stalin hielt sich nicht damit auf, die Menschen zu überzeugen, aufzuklären und geduldig mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern er zwang anderen seine Ansichten auf und verlangte absolute Unterwerfung unter seine Meinung.
Wer sich ihm widersetzte, ... wurde unweigerlich aus dem Führungskollektiv ausgeschlossen und anschließend sowohl moralisch als auch physisch vernichtet.<<
Der jugoslawischen Politiker und serbische Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995, jugoslawischer KP-Generalsekretär und enger Berater Titos; ab 1954 wegen Kritik an Titos Kommunismus wiederholt im Gefängnis) schrieb später über Stalin (x073/57, x080/410): >>Bei Stalin war jedes Verbrechen möglich, denn es gibt kein einziges, das er nicht begangen hätte. Mit welchem Maß wir ihn auch messen wollen, ihm wird jedenfalls - hoffen wir, für alle Zeiten - der Ruhm zufallen, der größte Verbrecher der Geschichte zu sein. ...<<
>>... Alles in allem war Stalin ein Ungeheuer, das, während es abstrakten, absoluten und fundamental utopischen Ideen anhing, in der Praxis nur den Erfolg anerkannte und auch nichts anderes anzuerkennen vermochte - Erfolg, Gewalttat, physische und geistige Vernichtung.<<
Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008, erhielt 1970 den Nobelpreis für Literatur) berichtete später von 40 Millionen Opfern "des ständigen inneren Krieges der Sowjetregierung gegen das eigene Volk" (x046/174).
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtete später über die Folgen des Stalinismus in der Sowjetunion (x080/408-409): >>... Stalin (setzte) seine ganze Existenz ein, um Illusion und Täuschung hervorzubringen. Fehlschläge wurden in Erfolge umgemünzt. Terror wurde als Demokratie hingestellt. Selbstherrschaft wurde Sozialismus genannt. ...
Es war vor allem diese alles beherrschende Verlogenheit, die selbst nach Stalins Tod die Sowjetunion in einem Zustand der Rückständigkeit, des moralischen Verfalls, gefälschter wirtschaftlicher Daten und einer allgemeinen Verschlechterung hielt, bis in den letzten 10 Jahren die Wahrheit nicht länger unterdrückt werden konnte. ...
Der Zustand der heutigen Sowjetunion ist das unmittelbare Ergebnis von Stalins Denken und

Handeln. Wie es ein sowjetischer Schriftsteller von Stalin und Stalinisten sagt: "Am Ende trugen sie den Sieg davon: Sie vernichteten sich selbst und das Volk." ...<<
Ab 1958 löste die maoistische Kollektivierungspolitik ("der Große Sprung") große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten aus.
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer des Maoismus der 50er Jahre (x075/-232-233): >>... Zu Beginn der fünfziger Jahre fallen der Säuberung Hunderttausende, ja, Millionen von Menschen zum Opfer. Zu den Hingerichteten kommt eine noch viel größere Zahl von Menschen, die durch Arbeit zur Reform verdammt werden, wobei die Lager mit Hunger, Elend und Mißhandlung im Gefolge eine bedeutende Rolle in dem neu entstehenden Wirtschaftssystem spielen.
Von 1955 an wird "der große Sprung nach vorn" von einer Kampagne zur Vernichtung der Konterrevolutionäre" begleitet und führt vor allem aufgrund der absurden Verkennung wirtschaftlicher und industrieller Funktionsmechanismen zu einer Katastrophe in der Landwirtschaft.
Es scheint durchaus zulässig, die Zahl der Menschen, die während dieses "großen Sprungs" keines natürlichen Todes gestorben sind, auf 16, ja, 30 Millionen zu schätzen.
In den Jahren 1957/58 fallen die nicht die harte Linie befolgenden Kader einer Säuberung zum Opfer; die sporadischen Revolten nationaler Minderheiten werden niedergeschlagen. Dabei schien sich im Frühjahr 1957 eine Lockerung abzuzeichnen:
Die kurze Zeit der "Hundert Blumen" bringt eine Welle der Kritik hervor, aber diejenigen, die den Mund aufmachen oder der Kritik wohlwollend gegenüberstehen, werden bald darauf bestraft. Hunderttausende von "Rechtsabweichlern" werden in Arbeitslager geschickt. ...<<
Aufgrund der gescheiterten Kollektivierungspolitik fanden ab 1966 in China erbitterte Macht- und Richtungskämpfe statt. Während dieser "Kulturrevolution" (1966-76) setzt Mao Zedong die "Roten Garden" rücksichtslos gegen seine politischen Gegner ein (systematischer Terror und Säuberungsaktionen). Die maoistische Linie setzte sich schließlich durch.
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer der maoistischen "Kulturrevolution" (x075/233): >>... Von 1965 an fordert die Kulturrevolution ... millionenfache Opfer. Während Intellektuelle in Paris oder Westberlin sich auf den "Maoismus" berufen, führt Mao in China die Unterdrückung an, die Vernichtung der Kulturträger, der Intellektuellen, der Gebildeten: Die bevorzugte Maßnahme besteht darin, sie zur Umerziehung durch die Bauern massenhaft aufs Land zu schicken. Während dieser Revolution wird viel getötet; und es wird noch mehr gedemütigt und entwürdigt. ...<<
Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch (1913-1987) berichtete im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" (x883/...): >>**Der Weltkommunismus**
In der Hauptsache werden drei Männer für das Aufkommen des Weltkommunismus verantwortlich gemacht: **Karl Marx** (gestorben in London 1883) - **Uljanow Lenin** (gestorben 1923 in Gorki bei Moskau) - **Josef Stalin** (gestorben 1953).
Diese drei Männer haben einen großen Teil der Welt in ein Meer von Blut und Tränen verwandelt. ...
Ohne Blutbad keine Revolution
Das ist ein Wort **Lenins**, das mit einer grauenvollen Statistik untermauert werden soll. Die französische Zeitschrift **"Figaro"** vom November 1978 brachte einen Bericht über die Blutopfer, mit denen die Kommunisten ihre Weltrevolution bezahlten und immer noch weiterfinanzieren. Was hat der Kommunismus es sich an Menschenleben seit der russischen Revolution 1917 kosten lassen?
Die "Figaro-Statistik" sagt folgendes aus:

1. Menschenopfer des Kommunismus in der UdSSR von 1917-1959 = 66.700.000
2. Menschenopfer in der UdSSR von 1959 bis 1978 (nach Mindestschätzungen) = 3.000.000
3. Menschenopfer des Kommunismus in China = 63.000.000
4. Das Blutbad von Katyn = 10.000
5. Während der Vertreibungen von 1945-1946 getötete deutsche Zivilisten = 2.923.700
6. Kambodscha von April 1975-April 1978 = 2.500.000
7. Unterdrückung in Ost-Berlin, Prag, Budapest sowie in den Ländern des Baltikums = 500.000
8. Kommunistische Angriffe auf Griechenland, die Malaiische Halbinsel, Birma, Philippinen, Korea, Vietnam, Kuba, Schwarzafrika und Lateinamerika = 3.500.000

insgesamt: 142.133.700

Nicht nur, weil sich ungezählte Christen unter diesen Millionen befinden, sondern auch weil der gottlose Kommunismus zur Stunde blutgierig nach neuen Opfern Ausschau hält, ist es unsere Pflicht, unsere Mitmenschen vor dieser Ideologie zu warnen.

Diese Statistik müßte auf neuesten Stand gebracht werden, weil in den letzten fünf Jahren seit dieser **Figaro-Veröffentlichung** noch einige Millionen Opfer dazu kamen. ...<<

Am 3./4. Juni 1989 schlug die chinesische Armee eine Massendemonstration von Studenten für mehr Freiheit und Demokratie in Peking (Platz des Himmlischen Friedens) gewaltsam nieder. Das Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens forderte etwa 3.600 Tote und 60.000 Verletzte (x175/819).

Am 21. Dezember 1991 gründeten elf von 15 Sowjetrepubliken in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösten damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow trat am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1991 über die schaurige Geschichte und den Zusammenbruch der Sowjetunion: >>... **Lenins Utopia war ein Land ohne Zukunft**

... Jetzt, Ende 1991, ist der Bann gebrochen, die absurde Epoche ist vorbei: Über dem Moskauer Kreml weht wieder die Fahne Rußlands, die Sowjetunion gibt es nicht mehr.

Trotz der von Nikita Chruschtschow eingeleiteten und von Michail Gorbatschow von 1985 an konsequent fortgesetzten Entstalinisierung ist die ganze Wahrheit über die Monstrosität der sowjetischen Jahre noch längst nicht bekannt.

"Einer der größten politischen Erfolge der Moskauer Despoten ist eine solche Beeinflussung der Weltöffentlichkeit, daß jeder, der es wagt, über die Mängel des sowjetischen Staates zu reden, zum "Antibolschewiken" und fehlender Objektivität beschuldigt wird", stellte der amerikanische Journalist George Popoff 1922 in seinem Buch "Tscheka" fest. Er gehörte zu den wenigen intellektuellen Besuchern aus dem Westen, die in der UdSSR nicht die Morgenröte einer erlösten Zeit aufscheinen sehen wollten. ...

Der Gründer der Sowjetunion war ein ruchloser Machtpolitiker, ihr letzter Repräsentant hingegen verlor die Macht, weil er demokratische Regeln beherzigte.

Die Geschichte kennt viele Akteure, die mit dem Mittel der Gewalt Reiche schufen; Gorbatschow aber ist der erste, der friedlich eine aggressive Supermacht aus der Welt schaffte. Je mehr von der schaurigen Szene ins Bewußtsein dringt, die sich hinter dem von Michail Gorbatschow gehobenen Eisernen Vorhang abspielte, desto größer wird der Respekt vor dem Wirken dieses Staatsmannes werden.<<

Der tschechische Historiker Rudolf Kucera hielt im November 1995 folgenden Vortrag über die "geistig-kulturelle Situation in Ostmitteleuropa 50 Jahre nach Kriegsende" (x154/43-48): >>... Die Wurzel der Probleme findet man oft in der Vergangenheit der einzelnen Staaten und

in der Art und Weise, wie mit dieser Vergangenheit umgegangen wird. Generell kann behauptet werden, daß im ehemaligen Osteuropa meist der Trend vorherrscht unter die Vergangenheit einen dicken Schlußstrich zu ziehen, sich mit ihr nicht zu befassen, insbesondere nicht mit den damaligen Verbrechen und Kränkungen.
Die Geschichte läßt sich aber nicht unterdrücken und marginalisieren. Wie es sich etwa die tschechische Regierung wünschen würde. So ist die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Mitteleuropa nur scheinbar eine längst vergangene Geschichte, die mit der Gegenwart kaum noch was zu tun hat. ...
Wir alle wissen, welche Bedeutung die konsequente Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit für die Zukunft Deutschlands hatte. Ähnliches wartet auf die postkommunistischen Staaten, wenn sie dem vereinten Europa beitreten möchten. 40 Jahre eines totalitären Systems kann man nicht als bloße Episode abtun, ebenso nicht die tragischen Ereignisse am Kriegsende, die unter der Regie Stalins stattfanden und den ersten Schritt zum neuen Totalitarismus bedeuteten. ...
Überall tauchen unter dem Mäntelchen wissenschaftlicher Objektivität falsche und moralisch schädliche nationale Mythen auf. Vergangene Verbrechen werden dabei relativiert, normalisiert und auf vielerlei Art und Weise als etwas Notwendiges, Unumgängliches oder gar als Antwort auf die Verbrechen der anderen Seiten gedeutet.
Das Maß der Verbrechen zweier Seiten ist zwar immer ein anderes, dennoch kann man die eigene Schuld, mag sie auch noch so gering sein, nicht übersehen. "Das an uns verübte Böse, kann keine Rechtfertigung des Bösen, das wir verübt haben, sein", schrieb Jan Jósef Lipski in seinem berühmten Aufsatz über zweierlei Heimat und zweierlei Patriotismus.
Böses bleibt Böses und verkehrt sich nie zum Guten - diese einfache Wahrheit verstehen viele Menschen in der postkommunistischen Gesellschaft nicht. Gerade deshalb ist der liberale Relativismus so populär, von dem kürzlich der Philosoph Robert Spaemann sagte, er töte den Geist, aus dem sich der Widerstand gegen das totalitäre Regime rekrutierte. Zwar liebe der liberale Relativismus die totalitären Regime nicht, eines wirksamen Widerstandes gegen sie sei er aber auch nicht fähig.
Ein Grund dieses bemerkenswerten Phänomens ist der Verfall des Christentums, die Unfähigkeit, das wahre, von den Jahrzehnten des Kommunismus und seinen geistlosen Pflichtritualen unberührte Christentum zu empfangen und zu erleben. Der Verfall der christlichen Kultur betrifft auch Länder mit einer traditionell starken Kirche wie Polen und die Slowakei.
Auch aus diesem Grund bin ich überzeugt, daß die Erneuerung der postkommunistischen Gesellschaft nicht ohne christliche Wiedergeburt stattfinden kann, daß es nicht ausreicht, Liberalismus, Toleranz und andere Werte der modernen Gesellschaft durchzusetzen, sondern auch das Gefühl und den Sinn für die Grundwerte des Lebens, dessen Schöpfer der Mensch nicht allein ist, vermittelt werden müssen.
Anders gesagt, eine der wichtigsten Aufgaben in den postkommunistischen Gesellschaften ist es, den ungeheuren moralischen Verfall, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens schädigt und deformiert, aufhalten zu helfen. Das Leben ohne Moral wurde genauso wie im Kommunismus zur Norm, die im Hinblick auf das einseitige Bemühen, schnell zum Wohlstand zu kommen, als geeignet und angemessen gilt.
Es ist eine Flucht in eine Zukunft ohne Zukunft. Es ist eine Flucht, die mit dem Bemühen beginnt, einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, um dann das bereits Gestohlene erneut zu stehlen. Wirkliche Produktivität, wirkliche schöpferische Kraft sieht man selten. Es überwiegen Spekulation, Geldverschiebung, Kontobewegungen. Es werden keine Grundfesten künftiger Prosperität (Wirtschaftsblüte) gebaut, sondern wacklige Hütten, die jederzeit unerwartet einstürzen können. ...
Nationales Bewußtsein selbst schließt nicht nur Selbstbewußtsein und Stolz, sondern auch

Achtung und Respekt vor den anderen Nationen mit ein. Der Nationalismus dagegen züchtet Mythen vom eigenen Volk, belebt seine Komplexe, erhebt es über andere Völker, führt zu Streitsucht und Aggressivität. Er ist eine nationale Krankheit. Er sprengt den Rahmen der Vernunft und emotionalisiert die Geschichte und die Politik. Seine Konstrukte wachsen aus Emotionen, die wichtigste davon fixiert das Bild des Volksfeindes. Der Nationalismus denkt in Entweder-Oder-Kategorien, schmiedet einfache kausale (ursächlich zusammenhängende) Ketten, mit dem Ziel, die Schuld zuzuweisen. Er ist nicht fähig, komplexe Ursachen, komplexe kausale Ketten und die unabsehbare Pluralität der Folgen wahrzunehmen.
In der Politik führt dies zur Unfähigkeit, Kompromisse zu schließen, in Sackgassen, in denen es kaum oder gar keine Auswege gibt. Naturgemäß ist so ein Feind immer ein anderes Volk. In der europäischen Geschichte waren es oft genug die Juden, und in der mitteleuropäischen Region sind sie es bis heute geblieben, obwohl sie hier kaum noch leben. Der tschechische Nationalismus, der gegenwärtig schnell zunimmt, nährt sich aus dem Feindbild des Deutschen. Der Antigermanismus wird politisch stark instrumentalisiert, und zwar sowohl von den Rechten als auch von den Linken. Bestenfalls unterscheidet man noch zwischen einem guten und einem schlechten Deutschen, was seinerzeit auch Klement Gottwald tat. ...<<
Die Zeitung "Le Figaro" berichtete am 5. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/21,25): >>Eine ungeheuerliche Anklage, ein mit Beispielen und Fakten untermauerter Bericht und eine blutige Bilanz: Gegenstand ist das knappe Jahrhundert kommunistischer Diktaturen in der Welt. ... Der Titel ist nicht willkürlich gewählt. Seit Lenins Machtübernahme im Oktober/November 1917 hat die "bessere Zukunft" weltweit etwa 100 Millionen Menschen das Leben gekostet. ...<<
>>... Das Buch geht einer entscheidenden Frage nach. Über den Nationalsozialismus, die Gaskammern, die Ausrottung der Juden, die 3 Auschwitzlager mit ihrer grauenhaften Vernichtungsindustrie wissen wir heute Bescheid. Keiner kann dies mehr anzweifeln. Warum jedoch weigert man sich immer noch, aus einem Jahrhundert Kommunismus die Bilanz zu ziehen? Warum will man ihn retten? "Was wußte man von den Verbrechen des Kommunismus? Was wollte man davon wissen? Warum mußte sich erst das Jahrhundert seinem Ende nähern, damit sich die Wissenschaft dieses Themas annimmt?"
Ohne das Massaker allzusehr von der arithmetischen Seite zu betrachten, stellen die Schwarzbuch-Autoren fest, daß "im allgemeinen die Forschung über den stalinistischen und kommunistischen Terror gegenüber den Studien zu den Nazi-Verbrechen gewaltig im Rückstand ist".
An die hundert Millionen Tote, zum Teil mit, zum Teil ohne Grabstätte ...<<
Das Nachrichtenmagazin "Focus" (48/1997) berichtete im November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/111,112): >>... Zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution haben sechs französische Historiker eine Bestandsaufnahme der im Namen der marxistisch-leninistischen Heilslehre begangenen Verbrechen vorgelegt. Demnach sind weltweit zwischen 85 und 100 Millionen Menschen dem bislang mörderischsten Menschheitsmythos zum Opfer gefallen. ...<<
>>... Courtois kritisierte die verbreitete Meinung, "dem Völkermord an den Juden das 'Monopol' als Verbrechen gegen die Menschheit zu überlassen". Nicht nur Auschwitz sei "einzigartig" gewesen, sondern auch der gezielte Einsatz der "Waffe des Hungers" seitens kommunistischer Diktatoren. ...<<
Schlußbemerkungen: Stalin war wie Hitler ein Diktator, der buchstäblich über Leichen ging. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerteten, forderte die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Menschenleben (x025/113). Russische Historiker ermittelten in späteren Studien, daß dem Terror des Sowjetkommunismus wahrscheinlich sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden

müssen (x025/259).
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über Stalins Verbrechen (x075/88-89): >>... Das sowjetische Verbrechen ist in der Innenpolitik der westlichen Länder immer wieder angeführt worden, um vorhandene soziale Privilegien zu verteidigen und um strukturelle Gewalt aufrechtzuerhalten. Mit derselben Beständigkeit wurde das Verbrechen aber auch geleugnet; man glorifizierte sogar den oder die Schuldigen, um nicht der Partei oder dem Bündnis mit ihr zu schaden. Ein Leugnen, das bald der wissentlichen Lüge, bald der Blindheit durch Glauben oder Leichtsinnigkeit oder dem Wunsch, die Augen zu verschließen, entsprang; ein Leugnen auch, weil es Verbrechen gab, die in der damaligen Zeit noch nicht erkennbar waren. ...
Auf der anderen Seite wurde das Verbrechen als eine Verirrung, als ein Unfall oder auch als das Produkt einer bestimmten Gesellschaft verstanden; als ein Verbrechen, das keinesfalls für eine in einem Regime konkrete Wirklichkeit gewordene Doktrin kennzeichnend sei, während zugleich Auschwitz als die zwangsläufige Vollendung eines übersteigerten Faschismus verstanden wurde.
... Die makabren Zahlenvergleiche zeigen, daß Stalin außerhalb des Krieges mehr Leichen "produziert" hat als Hitler. Zwar hat Hitler den Polizeistaat begründet und organisiert, was die Durchführung der Massaker ermöglichte, aber dafür hat Stalin als Nachfolger Lenins sowohl die Tscheka (sowjetische Geheimpolizei) als auch die Lager vorgefunden. ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtete im April 1988 (x853/...): >>**Boffs Bild von Rußland**
... **Opfer des Kommunismus**
Unter Berufung vor allem auf den russischen Schriftsteller Alexander Solschenizyn hat die französische Zeitung "Figaro" die Opfer des Kommunismus bis 1978 (also ohne Afghanistan) aufgelistet:

1. Opfer des Kommunismus in der UdSSR 1917-1978:	69.700.000
2. Opfer des Kommunismus in China:	63.000.000
3. Opfer des Blutbades von Katyn:	10.000
4. Opfer der Vertriebenen von 1945-1946 (deutsche Zivilisten):	2.923.700
5. Opfer des Kommunismus in Kambodscha:	2.500.000
6. Opfer der Unterdrückung in Ost-Berlin, Budapest sowie in Ländern des Baltikums:	500.000
Insgesamt:	**138.633.700**

Die Zeitschrift "Le Point" berichtete am 15. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/50-51): >>... Warum ist es ein erklärtes Delikt, wenn man die Verbrechen der Nazis in Abrede stellt, nicht aber, wenn man die Verbrechen der Kommunisten abstreitet? Es gibt - mit den Augen der Linken betrachtet - immer noch gute und schlechte Henker. Die sozialistischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben Tibet die Anerkennung als "besetztes Land" verweigert.
Die Weigerung der Linken, die kommunistischen Völkermorde nicht wie diejenigen der Nazis als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen, ist weder vom geschichtswissenschaftlichen noch vom juristischen Standpunkt gerechtfertigt. Francois de Menthon, der französische Generalstaatsanwalt bei den Nürnberger Prozessen, unterstrich die ideologische Motivation der NS-Verbrechen:
"Wir haben es hier nicht mit einer Zufalls- oder Gelegenheitskriminalität zu tun, sondern mit einer direkt und zwingend von einer Doktrin (Lehrmeinung) abgeleiteten, systematischen Kriminalität."
Diese Beschreibung der braunen Kriminalität paßt ebenfalls haargenau auf die rote Kriminalität. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x046/172-174): >>Die Erkenntnisse von Stéphane Courtois ... lassen sich in folgenden Sätzen kurz zusammenfassen:
1. Die Sowjetherrschaft ist allein durch Massenverbrechen gesichert worden. In den Mittelpunkt einer Analyse des Sowjetsystems ist das Verbrechen zu stellen, das methodische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Lenin und Stalin betrieben die gesellschaftliche und physische Ausmerzung aller derer, die sie als offene oder geheime Gegner ihrer Herrschaft betrachteten.
3. Sie haben das System der Konzentrationslager eingeführt.
4. Und sie haben den Tod von mindestens 25 Millionen Menschen verschuldet. Massenmord war ein konstitutives Element der bolschewistischen Herrschaftsausübung.
5. Hitler hat den Weltkrieg ausgelöst, aber die Beweise für die Verantwortung Stalins sind niederschmetternd.
6. Stalin war im Vergleich zu Hitler ein noch größerer Verbrecher. Stalin war der größte Verbrecher des Jahrhunderts. Damit trifft das SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS die Leninisten-Stalinisten in ihrem Wesenskern. Denn die physische Auslöschung von insgesamt 100 Millionen Menschen, von 25 Millionen allein durch die sozialistische Sowjetmacht, kann nicht mit der Behauptung bemäntelt werden, es habe sich in der Theorie doch um eine "Befreiungsideologie" gehandelt. ...
Sogar das linksideologische Wochenblatt DIE ZEIT kommt daher nicht umhin, seinen mehrseitigen Beitrag zum SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS unter das vernichtende Motto "Der rote Holocaust" zu stellen.
Courtois läßt den Begriff der "Einzigartigkeit", der "Singularität", nicht gelten, denn die Bolschewisten haben für ihn dieselben oder ganz ähnliche Schreckenstaten begangen wie die zu Unrecht heutzutage fast allein noch geächteten "Faschisten". Mochten die Verfahrensarten in mancher Hinsicht auch unterschiedlich gewesen sein, es gibt wie Courtois betont, keine Spezifität (Eigentümlichkeit) des Völkermordes.
Unmißverständlich geht aus dem SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS hervor, daß die Menschheitsverbrechen Lenins und Stalins denen Hitlers nicht nur zeitlich um Jahrzehnte vorausgingen, sondern diese auch in ihren Ausmaßen um ein Vielfaches und teilweise in der Abscheulichkeit der Durchführung noch übertroffen haben. "Was das, leninistische und stalinistische Rußland betrifft", schreibt Courtois, " so gefriert einem das Blut in den Adern". ...<<

Die 68er Bewegung, "Die Grünen", Werteverfall, geistiger Verfall, Gleichmacherei, systematische Zerstörung der kulturellen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands

> Der Atheismus ist nichts anderes als ein Versuch der Insolvenzerklärung.
> *Victor Hugo (1802-1885), französischer Schriftsteller*

Am 1. Januar 1958 traten die EWG- und Euratom-Verträge in Kraft. Zu den Aufgaben der EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft) zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).
In Kahl/Main lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.
Am 11. April 1968 wurde der Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979, seit 1964 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes) durch einen rechtsradikalen Attentäter schwer verletzt. Nach dem Anschlag ereigneten sich in zahlreichen westdeutschen Städten

gewalttätige Demonstrationen.
Rudi Dutschke (Wortführer der sozialistischen-marxistischen APO-Studentenbewegung) schrieb damals über die Aufgaben und Ziele einer "Außerparlamentarischen Opposition" (x149/149): >>... An jedem Ort der Bundesrepublik ist diese Auseinandersetzung in radikaler Form möglich. Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und zu politisieren, Aktionen zu wagen, kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten. ...<<
Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule (ging auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).
Andreas Baader wurde am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll, Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit ("Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion – RAF"). Während der "Baader-Befreiung" wurde eine Person durch einen Schuß schwer verletzt.
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete später (am 17.05.2010) über die terroristische "Rote-Armee-Fraktion": >>**Chronologie - Vom Kaufhausbrand zur Selbstauflösung: die Terrorgeschichte der RAF**
Die "gezielt tödlichen Aktionen" der drei RAF-Generationen kosteten seit 1972 mindestens 36 Menschen das Leben. Ein Rückblick.
DIE ERSTE GENERATION:
1968: Eine Gruppe um die späteren RAF-Gründer Andreas Baader und Gudrun Ensslin zündet am 2. April in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze, um den Einsatz von Napalm-Bomben im Vietnamkrieg anzuprangern. Innerhalb der Studentenbewegung markiert die Tat einen Wendepunkt: Während die Mehrheit weiter auf friedliche Proteste setzt, propagiert eine radikale Minderheit den Untergrundkampf.
1970: Am 14. Mai befreit ein Kommando um die ehemalige "Konkret"-Journalistin Ulrike Meinhof den in Berlin inhaftierten Baader. Die Aktion gilt als Geburtsstunde der RAF. Baader, Ensslin und der Anwalt Horst Mahler setzen sich nach Jordanien ab. In einem Lager der Palästinenser-Organisation Fatah werden sie militärisch ausgebildet.
1972: Der amerikanische Offizier Paul A. Bloomquist ist am 11. Mai der erste Bombentote der RAF. Zwölf Tage später sterben drei weitere Soldaten bei einer Sprengstoffattacke auf das Europa-Hauptquartier der US-Streitkräfte in Heidelberg. Am 1. Juni nehmen die Fahnder mit Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe den harten Kern der RAF fest. Kurz darauf gehen der Polizei auch Ensslin und Meinhof ins Netz.
DIE ZWEITE GENERATION:
1975/76: RAF-Terroristen besetzen am 24. April 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm und nehmen zwölf Geiseln. Ihre Forderung, die in Stuttgart-Stammheim einsitzenden Anführer freizulassen, lehnt die Bundesregierung ab. Zwei Diplomaten und zwei Geiselnehmer sterben. Am 9. Mai 1976 erhängt sich Ulrike Meinhof in ihrer Zelle.
1977: Im Jahr des "Deutschen Herbstes" überzieht die zweite RAF-Generation die Bundesrepublik mit einer Serie von Attentaten, um die Stammheimer Gefangenen freizupressen. Generalbundesanwalt Siegfried Buback wird am 7. April in Karlsruhe erschossen, Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto am 30. Juli in Oberursel.
In Köln verschleppt ein RAF-Kommando am 5. September Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer, dabei sterben dessen vier Begleiter. Der Bundestag beschließt das Kontaktsperre-Gesetz.
Am 13. Oktober kapern palästinensische Terroristen die Lufthansa-Maschine "Landshut".

Trotz der kaltblütigen Erschießung des Flugkapitäns bleibt Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hart und läßt das Flugzeug von der Grenzschutz-Elitetruppe GSG 9 stürmen. Daraufhin begehen Baader, Ensslin und Raspe Selbstmord. Schleyers Leiche wird im elsässischen Mühlhausen gefunden.

DIE DRITTE GENERATION:

1985/86: Nach der Festnahme der Rädelsführer Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt 1982 setzt die dritte Generation der RAF die Welle der Gewalt fort. Am 1. Februar 1985 stirbt MTU-Chef Ernst Zimmermann.

Ein Bombenattentat auf die Frankfurter US-Airbase am 8. August 1985 fordert drei Opfer.

Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts wird am 9. Juli, der Diplomat Gerold von Braunmühl am 10. Oktober 1986 ermordet.

1989-93: In Bad Homburg stirbt am 30. November 1989 Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen durch eine automatisch gezündete Bombe. Der Treuhand-Vorsitzende Detlev Karsten Rohwedder wird am 1. April 1991 in Düsseldorf von einem Scharfschützen niedergestreckt.

In den 90er Jahren nehmen zahlreiche RAF-Aussteiger die Kronzeugenregelung wahr. Letztes Terroropfer ist der GSG-9-Beamte Michael Newrzella. Er kommt am 24. Juni 1993 bei einer Festnahmeaktion in Bad Kleinen ums Leben.

1998: Selbstauflösung der RAF am 20. April. Reue zeigen die Terroristen in ihrer Erklärung kaum, sie üben lediglich Selbstkritik am eigenen Vorgehen: "Es war ein strategischer Fehler, neben der illegalen bewaffneten keine politisch-soziale Organisation aufzubauen. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte."<<

Die Bürgerinitiative für Umweltschutz im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg erklärte im Jahre 1979 (x149/226): >>... Der Bürgerinitiative wird oft vorgeworfen, sie informiere einseitig – Tatsache ist, daß sie die Informationen bringt, die Betreiber und Regierungen im eigenen Interesse wohlweislich verschweigen müssen.

Wir werden auch in Zukunft weiter auf die Gefahren der Atomenergie hinweisen,

(1) weil die Technik der Atomanlagen nicht sicher ist;

(2) weil die Anlagen das ökologische Gleichgewicht unwiederbringlich zerstören;

(3) weil uns die Nutzung der Atomenergie die totale Überwachung und Kontrolle der Bürger bringt, den Atomstaat. ...<<

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Am 28. Februar 1981 protestierten etwa 100.000 Atomkraftgegner trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Bei der "Schlacht um Brokdorf" wurden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

Der evangelische Theologe und Hochschullehrer Georg Huntemann (1929-2014) berichtete

im Jahre 1981 in seinem Buch "Die Zerstörung der Person. Umsturz der Werte – Gotteshaß der Vaterlosen - Feministen" (x889/...): >>… Alle wissen es, daß wir heute in einem Traditionsumbruch leben, den man ohne Zögern "gewaltig" nennen kann. Vielleicht kommt da ein ganz neuer, in seinem Denken, Fühlen und Urteilen ganz anderer Mensch auf uns zu!
Zweifellos leben wir in einem Umsturz aller Werte und in einer Auflösung herkömmlicher Ordnungen. Woher kommt das, und wohin führt das? Was ist der Kernprozeß in diesem Umbruch, der uns allen unter die Haut geht? Auf diese Frage will dieses Buch antworten. Hier wird nicht Moral gepredigt, sondern aufgedeckt, warum Moralpredigten sinnlos sind in einer Zeit, in der gerade eben Wert und Sinn des Lebens in die Phase einer Revolution geraten sind. Wer gegen herkömmliche Lebensordnungen revoltiert, will und kann keine Moralpredigten hören! …

1. Kapitel

Umsturz der Werte

– Ursache und Zukunftsfolgen der Moralrevolution

– Im Prozeß der Auflösung

Es war einmal ein christliches Abendland. In diesem christlichen Abendland galten die in der Bibel geoffenbarten Gebote Gottes als absoluter Maßstab, als ein für die ganze Gesellschaft verpflichtendes Ethos. Dieses christliche Abendland war kein Ort moralischer Vollkommenheit. In diesem christlichen Abendland wurden grausame Kriege geführt, Menschen unterdrückt, ausgebeutet und verfolgt. In diesem christlichen Abendland wurde gegen die Gebote Gottes gelebt und gehandelt. Aber niemals, bis in die Neuzeit hinein und dann zunächst nur am Rande, in den Köpfen einiger revolutionärer Philosophen, wurde das biblische Ethos als solches in Frage gestellt.
Die Gebote Gottes waren nicht wegzudiskutierende Maßstäbe des Lebens, sie stellten vielmehr ihrerseits das Tun und Treiben der Gesellschaft in Frage. Der unangefochtene Anspruch eines absoluten, eben biblisch offenbarten Ethos, war eine Kraft, die aus jedem Dilemma wieder zur Verantwortung rief, die das Böse als Böses und Schuld als Schuld offenbarte. Es gab diese letzte Instanz endgültiger Werte, die in der Unordnung zur Ordnung und in der Ungerechtigkeit zur Gerechtigkeit rufen konnte. Solange das Gebot Gottes als unfehlbare Autorität galt, solange konnte unsere europäische Gesellschaft durch eine permanente Reformation immer wieder zum ursprünglichen Gehorsam zurückgerufen werden.
Unsere gegenwärtige Situation ist die Auflösung dieser Werte nicht in dem Sinne, daß wir gegen das herkömmliche Ethos leben, sondern daß wir es grundsätzlich verneinen. Diese unheimliche, radikale Verneinung ist neu, wir sind ihre Zeugen, obgleich erstaunlich wenig Bürger in unseren europäischen Ländern sich dieser unverhohlenen Zerstörung biblischer Werte bewußt sind. Dem Zusammenbruch der Werte steht der "Abendländer" hilflos gegenüber, weil er gewissenlos geworden ist.
Wo und wie zeigt sich der Zerfall der Werte? Hierzu einige Beispiele:
Eine ausdrücklich unter Gottes Gebot gestellte Ordnung ist die Familie. Das fünfte Gebot "Du sollst Vater und Mutter ehren" schützt eine Lebensordnung, die nach biblischem Verständnis wichtiger ist als der Staat. Die Geschichte des alttestamentlichen Gottesvolkes zeigt, bevor es die Nation, den Staat oder die Gesellschaft gab, war die Familie: Bevor Israel war, war Abraham.
Vater und Mutter stehen in der unmittelbaren Verantwortung vor Gott für ihre Kinder. Aus dieser Verantwortung empfangen sie ihre Autorität, das Leben ihrer Kinder nach Gottes Gebot zu leiten. Diese gottesunmittelbare Autorität und Ordnung der Familie war seit je ein Bollwerk gegen die Verabsolutierung des Staates.
Diese Autorität der Familie, ihre von Gott gesetzte Ordnung wird heute verneint. Abrahams und Noahs Autorität beruhte auf dem Vertrauen zur Autorität Gottes - deswegen konnte Noah

die Sintflut überleben und Abraham der Urvater eines Gottesvolkes werden. Sie setzten ihre Autorität nicht aus sich selbst, sondern empfingen sie von Gott, weil sie auf das Wort Gottes hörten. Der Kampf gegen die Autorität der Familie verneint, daß überhaupt Autorität von Gott empfangen und vor Gott verantwortet werden soll.
Die Verneinung der Autorität der Familie ist aber auch die Verneinung der Freiheit der Familie, sie bedeutet (und will dies auch bewußt) die Auflösung der Familie. Der Familie übergeordnet wird heute die Gesellschaft. Eltern haben nicht mehr die "elterliche Gewalt" (Vollmacht im Sinne einer Gott gegenüber zu verantwortenden Autorität), sondern nur noch ein "Sorgerecht", das sie in der Verantwortung nun nicht mehr gegenüber Gott, sondern gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen.
Das Wort Gott, Name oder Inhalt der Gebote, überhaupt ein absolutes Ethos, das man anerkennt, sind aus allen Texten, die heute Regeln menschlichen Zusammenlebens vorschreiben, verschwunden. Diese Gesellschaft verlangt (vgl. den Zweiten Familienbericht des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit von 1975), gegen noch geltendes Recht, "daß die Eltern der einsichtsfähigen Kinder nach Möglichkeit Rücksicht nehmen und bei Maßnahmen im Rahmen des Sorgerechtes durch verständnisvolle Aussprache eine Einigung mit dem Kinde anstreben".
Was ist unter dieser "Einigung" zu verstehen? Auf alle Fälle müssen die Regeln dieser Einigung dem "sozialen und gesellschaftlichen Wandel", angepaßt sein. Diesem Zweck soll die Wissenschaft dienen. Aber – "da sich die gesellschaftliche Realität im Zeitablauf ständig wandelt und auch die politischen Maßnahmen Veränderungsprozessen unterliegen, kann dieser Erkenntnisprozeß zu keinem Zeitpunkt als abgeschlossen angesehen werden".
Was also in einer Familie verbindlich zu geschehen hat, sagt eine sich fortwährend ändernde Gesellschaft mit einer sich ebenfalls fortwährend ändernden Erkenntnis der Wissenschaft. Alles ist und bleibt für alle Zeiten im Fluß, heute so, morgen anders. Heute kann die geforderte Einigung mit dem Kinde darin bestehen, daß dem Kind Recht auf sexuelle Selbstverwirklichung eingeräumt wird, und morgen kann dieser Anspruch auf geschlechtliche Verwirklichung die Zulassung homosexueller Praktiken bedeuten.
Man möchte hoffen, daß solche Ansprüche auf Selbstverwirklichung doch wohl übertrieben sind. Die Realität ist aber nun einmal, daß ein vierzehnjähriger Schüler 1979 in Bonn anläßlich einer Feier zum "Jahre des Kindes", in Gegenwart des damaligen Bundespräsidenten Scheel und der Ministerin Huber öffentlich folgende Forderung nach Selbstverwirklichung bekundete:
"Ich bin ein sexuelles Wesen und will diese Sexualität auch voll ausleben - mit Erwachsenen, mit Vierzehnjährigen, mit Sechzehnjährigen, mit Achtzehnjährigen, mit Jungen und Mädchen, mit Männern und mit Frauen; es ist egal, welches Geschlecht und wie alt. Liebe brauche ich mehr als alles andere, aber gerade Liebe bekomme ich keine, weil andere Sachen angeblich wichtiger sind - wie Schule, Lernen, Studieren, Geld verdienen.
Deshalb darf ich meine Gefühle nicht ausleben, deshalb gibt es Gesetze, die mich zwingen, sechs Stunden am Tage irgendeinen Mist zu lernen; da mache ich nicht mehr mit, ich lerne nur noch die Sachen, die ich lernen will, ich werde nur noch nach meinen Gefühlen leben, ich werde versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versuchen, mich totzuschlagen, werdet mich auslachen und mich für verrückt erklären, nur um nicht über eure eigene Kaputtheit nachzudenken.
Ich brauche euch nicht! Ich finde, in Familien ist es so gut wie unmöglich, daß die Kinder frei leben, und daß sie lernen, ihre Wünsche zu artikulieren und auszuleben. In der Familie lernt das Kind nur eins: Zu gehorchen und seine Wünsche zu unterdrücken. Das soll man aber nicht tun; nur wer sich einmal gegen seinen Vater wehrt, der gehorcht auch später vielleicht seinen Lehrern nicht und noch später seinem Chef nicht.

Für solche Kinder gibt es dann die staatlichen Erziehungsheime. Diese Gefängnisse sind zur Zeit die einzige Alternative zur Familie. Auf die Idee, daß wir selbst am besten wissen, was gut für uns ist, kommt keiner. Entweder werden wir von unseren Eltern bevormundet oder vom Staat. Was wir wollen, ist scheinbar egal, wir sollen vergessen, was wir wollen." (Zitiert von Christa Meves in "Godesberger Resolution. Beiträge, Proteste". Bremer Studienhefte, 1980)

Die Gesellschaft - wir werden noch auf die Bedeutung dieses neuen Abgottes zu sprechen kommen - ist allmächtig und allwissend. Sie selbst kennt keine absoluten Maßstäbe, da sie im ständigen Fluß der Veränderungen lebt und mit ihr Gut und Böse, Wahrheit und Lüge, Richtig und Falsch.

Je weniger Autorität bei der Familie, um so mehr Macht hat die Gesellschaft. Alle Macht der Gesellschaft - das ist das äußere Kennzeichen einer Moralrevolution, die an jedem Verstoß gegen jedes einzelne der zehn Gebote nachgewiesen werden kann. Moralrevolution ist Entautorisierung des biblischen Gebotes zum Zwecke der Autorisierung des Kollektivs!

Das Gebot "Du sollst nicht stehlen" schützt die von Gott gesetzte Ordnung des Eigentums. Eigentum ist nicht der Gesellschaft, sondern der Familie zugeordnet.

Das biblische Gesetz schützt nicht nur das Eigentum, sondern in der mosaischen Ordnung des Sabbat und Jubeljahres soll jeder - auch wenn er sein Eigentum schuldhaft verloren hat - wieder zu seinem Eigentum kommen können. Die Verproletarisierung der Gesellschaft soll nicht sein. Gottes ist die Erde, er hat sie dem Menschen anvertraut - nicht der Gesellschaft, sondern dem einzelnen. Dieser soll zum Bilde Gottes geschaffen in freier, persönlicher Entfaltung seine schöpferischen Kräfte in dem ihm eigenen, d.h. ihm zugeeigneten Schöpfungsbereich, durch sein personales Tätigsein entfalten.

In einem gigantischen Prozeß technokratischer und gesellschaftlicher Revolution spielt sich ein ebenso gigantischer Prozeß der Enteignung des einzelnen ab. Wie weit im industriellen Mammutismus überhaupt noch Eigentum praktizierbar bleibt, ist eine Frage - ob wir aber Eigentum als Gottesgebot und damit als Ziel gesellschaftlichen Lebens trotz aller Widerstände technokratischer Lebensgestaltung bezeugen, zum Sinn und zur Aufgabe eines personalen und freiheitlichen Daseins erheben wollen, ist die andere Frage.

Diese Frage wurde in der Moralrevolution mit Nein beantwortet und praktiziert. Inflation und steuerliche Konfiskation, industrielle Expansion und Konzentration treiben die Enteignung des Lebens mit eskalierender Geschwindigkeit voran. Die Monopolstellung des Staates in Verwaltung, Bildung und Wirtschaft weitet sich immer mehr aus:

Nur im Sozialismus vollendet sich die Demokratie - das ist das Grundpostulat der gesellschaftlichen Moralrevolution. Die Fundamentaldemokratisierung der Wirtschaft hat die totale Disparatheit von Einzelverantwortung und Eigentum zum Ziel.

Das Postulat Mitbestimmung erstreckt sich dabei nicht nur auf die wirtschaftliche Produktion (vgl. Herbert Marcuse "Repressive Toleranz", 1969, S. 121), sondern auch auf die geistige Tätigkeit, wenn die Aufhebung des Tendenzschutzes verlangt wird und Mitbestimmung in letzter Konsequenz die private Meinungsäußerung in Wort, Bild, Ton und Schrift aufheben will mit dem Ziel, daß eben nicht der einzelne, sondern nur das Kollektiv "schöpferisch" sein darf.

In dieser letzten Konsequenz hätte die Sekretärin, die eine Doktorarbeit mit der Schreibmaschine schreibt, das Mitbestimmungsrecht über den geistigen Inhalt. Wissenschaftliche Arbeit soll der Gruppe zugeordnet werden. Das sind nicht nur gegenstandslose Ängste, sondern klipp und klar ausgesprochene Zielsetzungen politisch aktiver Sozialrevolutionäre. So schreibt Fritz Vilmar (in "Strategien der Demokratisierung", Bd. 1, 1973):

"Die Revolution hat schon begonnen. Orthodoxe Linke halten immer noch Ausschau nach Opas Revolution als einer, die hereinbrechen soll, wie ein grandioses Gewitter … Der vom

autoritären Vater, Lehrer, Fernsehen und Pfarrer vorgeprägte Sechzehnjährige wird in der Disziplinierung und Leistungskontrolle des Kapitals, die in Gestalt seines Meisters oder Bürochefs ihm begegnet, keine besonders fragwürdige, gar menschenunwürdige Herrschaft empfinden.
Daher gilt auch umgekehrt: Bröckeln die autoritären Strukturen in Familie und Schule, Universität und Kirche, Verwaltung und Massenmedien ab, so wird die Aufrechterhaltung eben dieser Strukturen im Zentralsystem der profiterzeugenden Arbeitswelt immer schwieriger." Durch eine "multifrontale Transformationspraxis", d.h. durch die Praxis an vielen Fronten (Familie, Schule, Massenmedien, Arbeitswelt) soll die Revolution aller Lebensbereiche im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung verwirklicht werden.
Anscheinend geht der Kampf gegen Profitsucht, Kapitalismus und Ausbeutung - im Kern aber wird die totale Vergesellschaftung jeden menschlichen Tätigseins gewollt und mit einer von der Mehrheit der Bevölkerung gar nicht verstandenen Strategie Zug um Zug verwirklicht:
– Du bist nichts, dein Volk ist alles – war ein Schlagwort des Nationalsozialismus.
– Du bist nichts, die Gesellschaft ist alles, ist das Leitwort der modernen Moral - Gesellschaftsrevolution.
An Beispielen aus den Schöpfungsordnungsbereichen Familie und Eigentum sind einige wertumstürzende Faktoren aufgezeigt worden. Die Beispiele zum Gebot "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten" könnten vor allem aus dem Bereich der Massenmedien entnommen werden, die Tag für Tag ein Bild über die Wirklichkeit aufrichten, das eben Wirklichkeit nicht übermittelt, sondern entstellt.
In diesem Zusammenhang hat ein klassischer Vertreter der sogenannten moralrevolutionierenden kritischen Theorie, Herbert Marcuse die Theorie aufgestellt, daß die Lüge die Wahrheit des zukünftigen Sozialismus bewahren kann. Er verteidigt damit die Propaganda des Sowjetkommunismus und dessen Diskrepanz zwischen Illusion und Realität.
Er meint, die Theorie dieses Kommunismus sei zwar unwissenschaftlich und verlogen, aber die Illusion solle das Verhalten der Bürger anleiten, und die Lüge entfalte schließlich die Idee des Sozialismus. Die selektive Methode moderner Massenmedien, nämlich durch Tendenz geleitet, jeweils Ausschnitte aus Wirklichkeitsbereichen zu vermitteln, wird hiermit genauso gerechtfertigt wie die totale Entstellung von Wirklichkeitsgehalten, wenn nur die Lüge den zukünftigen Sozialismus bewahrt.
Wird die ethische Ordnung einer Gesellschaft zerstört, dann wird über kurz oder lang die Rechtssprechung mit einer Veränderung des geschriebenen Rechtes folgen. Das ist die letzte Konsequenz: Aus dem Rechtsstaat wird ein Unrechtsstaat. Dazu ein Beispiel, das für viele andere gelten kann. Der Strafrechtler Eberhard Schmidthäuser schrieb schon 1970 in seinem "Strafrecht allgemeiner Teil", daß das Rechtsgut nicht als absolut gelte, sondern abhänge vom Urteil des Gemeinwesens:
"Nur soweit etwas in einem Gemeinwesen für wertvoll erachtet, also als gut anerkannt wird, kann eine Mißachtung dieses Gutes und damit ein Verbrechen vorliegen." Entscheidend für die Beurteilung über Gut und Böse, Recht und Unrecht ist nicht eine absolute Moral: "Maßgebend ist also die allgemeine Moral, verstanden im Sinne derjenigen ethischen Werte, deren Anerkennung im Bereich unserer Kultur beim Erwachsenen regelmäßig vorausgesetzt werden darf".
Strafrecht orientiert sich also nicht mehr nach dem offenbarten Gesetz Gottes oder nach dem als unwandelbar angesehenen Naturrecht des Menschen, sondern nach den wechselnden Verhaltensweisen eines sich wandelnden Kollektivs. Da die Gesellschaft permanent in einem tiefgreifenden Wandel ist, wächst die Unsicherheit und damit die Flut der Gesetze, die für eine jeweils neue Situation mit einer neuen Verordnung Regulative schaffen müssen. Die Inflation des Geldes meldet den steigenden Wertverlust des Geldes. Die Inflation der Gesetze mel-

det den Rechtsverlust einer Gesellschaft. Unsicherheit der Währung und Unsicherheit des Rechtes zeigen aber immer die Auflösung einer Gesellschaft.
Die Unbestimmtheit der nun zu erwartenden Gesetze, ihre Willkürlichkeit angesichts einer sich verändernden Gesellschaft produziert Rechtsunsicherheit. Gleichzeitig aber wird jeder in dieser Gesellschaft schuldig. Weil er die Gesetze nicht mehr übersieht, muß jeder Bürger damit rechnen, gegen Gesetze, die er gar nicht kennt, permanent zu verstoßen.
So wird jeder zu einem Angeklagten und die Gesellschaft zu einer Gesellschaft von Angeklagten. Angst, Unmündigkeit, schlechtes Gewissen, Furcht vor Funktionären und "Rechtsunlust" - diese Elemente betreiben die Auflösung eines Staatswesens, an dessen Ende nur die Diktatur - als Gipfel willkürlicher Machtausübung - die Funktionsfähigkeit eines Gemeinwesens "retten" kann.
Christliche Existenz gibt es schon heute nur noch in einer nach modernen Maßstäben zu beurteilenden Randgruppenmoral, denn wer - um nur ein Beispiel zu nennen - die Ehe als Gebot Gottes wertet und ihre Auflösung als Schuld, der setzt Schuldprinzip gegen Zerrüttungsprinzip - und moderne Rechtspflege hat ja gerade dieses Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip aufgehoben. Die Sprache des Rechts ist so sehr "christentumsverfremdend" geworden, daß beispielsweise Homosexualität nicht mehr in einen Zusammenhang gebracht wird mit "Schuld" oder "abnorm", "unmoralisch" oder "sittenwidrig", sondern einfach als "anderes Verhalten" eingestuft wird.
Am Ende einer solchen, biblisches Ethos zerstörenden Moralrevolution, steht schließlich das Verbot der Bibel, denn nach den Regeln einer "repressiven Toleranz" muß, was sich selbst absolut setzt, von einer werterelativierenden Gesellschaft als friedestörend verneint werden.

Die Doktrin der Moralrevolution

Die letzte Ursache der Auflösung des biblischen Ethos für unsere Gesellschaft liegt in der Gottesverlorenheit gegenwärtigen Menschseins. Glaube an Gott und Gottes Gebote sind untrennbar - es gibt kein Gebot ohne den Gebieter. Wir werden diesen unauflösbaren Zusammenhang, der nur von der Bibel her zu verstehen ist, noch weiter bedenken.
Zunächst müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die gegenwärtige Moralrevolution eine klare, begrifflich faßbare Doktrin hat. Die Revolution der Moral hat ihre Strategie und ihre Strategen - eine Armee von Professoren, Lehrern, Soziologen und Journalisten.
Sie alle haben direkt oder indirekt ihre geistigen Väter in der sogenannten "kritischen Theorie, die mit dem Schlagwort **"Frankfurter Schule"** sei es zu Recht oder zu Unrecht - bekannt wurde und mit Namen wie **Adorno, Horkheimer, Marcuse und Habermas** verbunden ist. Diese sogenannte "**Frankfurter Schule"** oder "kritische Theorie" versteht sich nicht als ein Philosophenclub unter anderen, sondern als sichtbarer **Gipfel eines Eisberges aus dem gewaltigen Untergrund des Umsturzes aller Werte.**
Die Begriffswelt der kritischen Theorie, wie sie sich unter anderem in der Frankfurter Schule darstellt, ist mittlerweile schon so bekannt und regiert unsere Universitäten, Schulen und Massenmedien bereits in einem solchen Maße, daß eine zusammenfassende Darstellung dieser intellektuellen Repräsentation gegenwärtiger Moralrevolution genügt.
1. In der Absicht, über die Natur herrschend zu werden, ist der Mensch - so meint die kritische Theorie, selbst in Herrschaft hineingeraten. Herrschaftsdenken ist instrumentales, technokratisches Denken im Willen zur Macht. Durch diesen Willen zur Macht wurden Herrschaftsstrukturen geschaffen, in denen der Mensch über den Menschen herrscht.
Die Geschichte ist nach dem Verständnis dieser Philosophie nach dem Verlust eines glücklich ausgesöhnten Lebens mit der Natur zur Geschichte eines Irrweges der Macht geworden, der in den Gaskammern von Auschwitz sein vorläufiges Ende gefunden hat. Auch zweitausendjährige Geschichte christlichen Abendlandes sind zweitausend Jahre eines Herrschaftssystems innerhalb dieses beklemmenden Irrweges von der Steinschleuder bis zum Holocaust.

2. Jegliche Art von Herrschaft und damit auch jegliche Form von Autoritätsanspruch muß - so fordert die kritische Theorie - verneint werden. Das heteronome, etwa durch ein Gebot, durch ein "du sollst" an den Menschen herangetragenes Ethos, ist schon Herrschaftsanspruch und deswegen zu verneinen. Spontanes und kreatives, fröhliches und glückspendendes Denken und Fühlen, Seele, Trieb, Herz und Kopf sind durch die in Fleisch und Blut eingegangenen Herrschaftsstrukturen kaputt gemacht worden.
Analytisches Denken und Sprechen, also daß es Subjekt und Objekt in einem Satz gibt, daß es Haupt- und Zeitwörter gibt, daß einige Worte groß und andere klein geschrieben werden, zeigt den Triumph von Herrschaftsstrukturen, die durch eine moderne Pädagogik (vgl. Ganzheitsmethode, Kleinschriftsystem usw.) schnellstens überwunden werden müssen.
Die Beherrschung der Sexualität, Gehorsam gegenüber Eltern, Scham, Ehrfurcht und Tabu sind Beispiele für - so meinen die Moralrevolutionäre - Unterdrückungsmechanismen in menschlicher Selbstverfremdung. Der archaische Urstand, der als Idylle einer Herrschaftslosigkeit verstanden wird, muß auch der Endzustand der Geschichte werden. Der Kampf gegen die Repression ist Kampf gegen Autorität und gegen die Unterdrückung der Lust. Autoritätslos und lustbetont soll der Mensch leben, um die Freiheit wiederzugewinnen, die er in einer Geschichte verloren hat, die durch sukzessive Unterdrückung und Verdrängung von Lust ihren traurigen Lauf nahm (Marcuse).
3. Auch Personsein, als Individuum leben, bedeutet durch Herrschaftsstruktur entstelltes, dem wirklichen Dasein entfremdetes Leben. Theodor W. Adorno fordert (in seiner "Negativen Dialektik" 1966, S. 272) die Auflösung des Subjektes, "die opferlose Nichtidentität". Human sind Menschen nach seiner Meinung nur dort, "wo sie nicht als Person agieren und gar als solche sich setzen; das Diffuse der Natur, darin sie nicht Person sind, ähnelt der Lineatur eines intelligiblen (erkennbaren) Wesens, jenes Selbst, das vom Ich erlöst wäre."
Die repressionsfreie Identität meint ein Leben, das frei wird von der Herrschaftsstruktur des Willens, der Triebunterdrückung, der Qual, anders sein zu wollen als die anderen, weil man eben "selbst" sein will. Jürgen Habermas erwartet (in seiner "Rekonstruktion des historischen Materialismus" 1976) am Ende der Hochreligionen, zu denen für ihn natürlich auch das Christentum zählt, eine neue kollektive Identität: Nach der Auflösung herkömmlicher, herrschaftsstrukturierter Gruppen wie Familie, Staat, Nation wird der personfreie Mensch ganz in die Gruppe, also in das Kollektiv aufgehen.
Die Identität hat dann in der Gruppe keine festen Inhalte mehr, Rollen und Normen sind beliebig austauschbar, die Hausfrau wird Kauffrau, der Kaufmann wird Hausmann, der Vater wird Mutter und die Mutter wird Vater - bis zu der Grenze, die die Natur selbst (wohl zum Ärger dieser Moralrevolutionäre) gesetzt hat. Das eigene, individuell geprägte Personsein wird aufgehoben, alles was der einzelne tun darf, sollen Funktionsbezüge der Gruppe sein. Ohne die Gruppe, die ihm austauschbare Funktionen zuweist, ist er nichts, in und mit der Gruppe ist er alles. Die gruppendynamischen Experimente, vor allem das in ihnen praktizierte Rollenspiel, sollen die Person "verflüssigen", "entsteinen" und letztlich aufheben.
In diesem Zusammenhang ist von der "Reziprozität der Rollen", die Rede. Dieser Ausdruck meint, daß Gruppenerwartung und Rolle einander entsprechen müssen. Der einzelne verantwortet sich der Gruppe, sie überträgt ihm die immer neuen, immer wieder auszuwechselnden Verhaltensweisen. Dadurch bleibt ausgeschlossen, daß sich Individualität bildet. Die Identität des einzelnen mit sich selbst soll es nicht geben, sondern nur die Identität des einzelnen mit der Gruppe.
4. Herkömmliche Autorität soll zerstört werden - die neue Autorität ist die Gruppe oder das Kollektiv. Das Kollektiv setzt Ethos aus sich. Das Ethos entsteht erst durch die Diskussion in der Gruppe. Voraussetzung für diese Diskussion ist der herrschaftsfreie Raum. Diskutieren darf nur, der nicht unter einem "herrschaftslegitimierenden Weltbild", steht. Ein herrschaftsle-

gitimierendes Weltbild hat aber nach Meinung der Sozialrevolutionäre der christliche Glaube. Wer Gott als den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde bekennt, steht unter einem herrschaftslegitimierenden Weltbild, muß also außerhalb des Diskurses der Gruppe bleiben, die Ethos "macht".
Natürlich sind keinerlei ethische Maßstäbe erlaubt - wer an diesem Diskurs teilnimmt, darf "nichts mitbringen". Herkömmliches Ethos muß an der Tür abgegeben werden, denn die Kriterien in der Unterscheidung zwischen Gut (gleich gesellschaftlich adäquat) und Böse (gleich gesellschaftsfeindlich) werden ja erst im Prozeß der Diskussion entfaltet. Es geht in diesem Diskurs der herrschaftsfreien Gruppe nicht um "die Idee der Wahrheit"", das wäre ja wieder Herrschaftsstruktur, sondern um den "Konsensus" (man spricht deswegen von einer Konsensusethik der kritischen Theorie) der Gruppe.
Der Konsensus ist die Einigung einer Gruppe durch Diskussion darüber, welche Verhaltensregeln für das Zusammenleben jeweils für eine bestimmte Zeit aufgestellt werden sollen. Denn auch die Gruppe kommt zu keinem endgültigen, sondern immer nur zu einem vorläufigen Ergebnis durch den jeweiligen Konsensus. Der Diskurs ist unendlich, er setzt immer wieder einen neuen Konsensus, der immer wieder in Frage gestellt wird und den immer wieder neuen Diskurs fordert. Die unendliche Diskussion in der Gruppe ist also der neue Gott, der neue Gebote gibt, der immer wieder andere Gott, der immer wieder andere Gebote setzt.
5. Das Absolute (wie in der Bibel offenbart) darf es also nicht geben - alles ist in einem stetigen Fluß. Aus biblischer Sicht ist das ein Rückfall in das Heidentum. Wechselhafte Schicksale und der Natur unterworfene Götter, die nach Paulus (1. Korinther 10) Nichtse im Sinne aggressiver Dämonen sind, die zerstören wollen was ist, kehren zurück! Die kritische Theorie verneint den Gott von Ewigkeit zu Ewigkeit, der unwandelbar ist, den Felsen Israels, der dem, was nicht ist, ruft, daß es sei. Durch die Strategie des "Konfliktes" und der "Hinterfragung", wird der Anspruch des Absoluten destruiert. Vor allem wird die Konfliktstrategie und Hinterfragung gegen ein sich absolut verstehendes Ordnungsethos eingesetzt.
Durch die Hinterfragung soll herauskommen, daß alle absoluten Werte und Ordnungen durch Herrschaftswillen und Lustverdrängungen motiviert sind: Ehe und Familie sind motiviert durch den Machtwillen des Vaters, der Glaube an den gnädigen Gott im Zusammenhang mit Sündenbewußtsein ist motiviert durch den Ödipuskomplex.
Die Strategie der Hinterfragung darf nicht als eine Interview-Technik verkannt werden (die es übrigens auch gibt), sie ist die Art einer Darstellung von Überzeugungen in Massenmedien und Schulbüchern, durch die Werte wie Gott, Staat, Glaube, Familie, Kirche, Scham und alle Gebote in Frage gestellt werden dadurch, daß eben diese Werte (übrigens hier analog dem Marxismus) als jeweiliger Überbau gesellschaftlicher Verhältnisse madig gemacht werden.
6. Die Konfliktstrategie ist das andere, ebenfalls strategische Element der Zerstörung herkömmlicher, biblisch bezeugter Ordnung. Die - nach der Meinung der kritischen Theorie – durch herrschaftslegitimierende, repressive Weltbilder entstandenen Lebensordnungen wie Ehe, Familie, eigentumsorientierte Wirtschaft müssen in ihrem Konflikt mit dem eigentlichen, lustbetonten, sich nach Gruppengeborgenheit sehnenden Bedürfnissen aufgezeigt werden. Arbeitswelt, Ehe, Familie, Geschichte usw., also alle herkömmlichen Werte werden nur im Konflikt dargestellt.
Die Welt überhaupt ist kaputt und muß als kaputte Welt vorgestellt werden. Es gibt keine glückliche Ehe, sondern nur die kaputte Ehe; es gibt keine Geborgenheit in der Familie, sondern es gibt nur Unterdrückung in der Familie, die unter dem Herrschaftswillen des Vaters dahinsiecht.
Der Massenmedienkonsument sieht also nur noch eine ruinierte, sich dahinschleppende Umwelt. Der Konflikt soll die Ordnungen aber eben nicht als gestörte Ordnungen heilen, sondern als unmögliche Herrschaftsstrukturen verneinen. Kleine Anlässe alltäglicher Art werden zum

Konflikt aufgebaut, wie der Streit um ein Schauspiel- oder Jugendhaus, um leerstehende Wohnungen, um Protest gegen einen politisch unbeliebten Redner. Der Konflikt schafft revolutionäres Bewußtsein, das zur Aktion gegen bestehende Autorität motivieren soll.
Hinterfragung und Konflikt sind für die junge Generation schon so sehr zu einem Bestandteil ihres Lebensstiles geworden - sie sind bereits so sehr indoktriniert - daß sie gar nicht hören oder sehen können, ohne das Gehörte und Gesehene zu unterfragen und als Konflikt zu erleben. Der Konflikt wird schließlich in jede Lebenssituation hineinprojiziert. Selbstzerstörung als Klassenkampf in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist in voller Entfaltung ohne daß die Strategie dieser Zerstörung in ihrer heimlich-unheimlichen Untergründigkeit eingesehen und erkannt wird.

Ohne Gebieter kein Gebot

Wer heute als Funktionär Gesellschaft repräsentiert, eben Wirtschaft, Schule und Medien funktionieren läßt, hat keine Grundsätze und darf sie nicht haben, denn "Anpassung" und nicht "überzeugt sein", lautet die Forderung der Gruppe. Nicht Charakter, sondern Charakterlosigkeit ist gefragt. Persönlichkeit kann eine Gruppe nicht ertragen, an die Stelle der Persönlichkeit tritt der Funktionär.
Der "Funktionär" ist die passende und damit klassische Bezeichnung für die Wirklichkeit der gegenwärtig Herrschenden, weil sie ja Personalität aufgegeben haben und sich gern "verflüssigen" lassen, um sich ganz und gar der Gruppe einzufügen. Diese verflüssigten, damit austauschbaren und zu verfunktionierenden Gestalten sind die Herren unserer Zeit.
Ohne die Gruppe, ohne Partei, Elternrat, Betriebsrat, Gewerkschaft - also ohne Verpolitisierung aller Lebensbereiche wären sie sinn- und arbeitslos. Sie sind pausenlos tätig - aber völlig unschöpferisch. Ihr Feind ist das Feste, Grundsätzliche und Unwandelbare. Sie betreiben den Weg des Uferlosen im Kollektivieren. Sie sind perfekt - und das ist ihr Sinn und Wert - im Herstellen des Konsensus einer Gruppe. Ihre Gabe, die sie so mächtig macht, ist ihre Fähigkeit, zu sensibilisieren, was die Gruppe will. Das setzt totale Anpassungsfähigkeit mit der Bereitschaft, charakterlos zu agieren, voraus.
Ihre totale, charakterlose und Werte abschwörende, in jedem Fall auch gewissenlose Anpassungsfähigkeit um jeden Preis, ihre Hingabe an jede Situation und jedes Verlangen der Gruppe kann als Prostitution der Personalität vom biblischen Personverständnis her beurteilt werden. Sie sind nie in Verantwortung zu nehmen, sie sind immer durch die Gruppe, mit der sie sich identifizieren, gedeckt. Sie selbst bleiben anonym und damit für Verantwortung unfaßbar.
Das "Regime der Manager", in einem der großen Analysen unserer Zeit von J. Burnham 1948 vorausgesagt, strebt in lautloser Revolution seiner Totalität entgegen.
Diese Revolution des Kollektivismus ist eine brutale Herausforderung des biblischen Personalismus. Person kommt von personare: durchrufen! Personsein lebt vom Anruf Gottes, von diesem einen, klaren Ruf, der nicht *aus* uns, sondern *über* uns kommt: "Höre Israel, der Herr unser Gott ist ein einziger Gott!" Person ist frei, weil Gott frei ist, ist alles erlaubt, nur der Wille Gottes regiert. Die Person ist nicht der Gruppe, der Natur, den Schicksalsmächten, den Göttern, den Halbgötter-Diktatoren unterworfen. Der von Gott Angerufene ist nur ihm, seinem Gebot, seinem Anruf gegenüber verantwortlich.
Heidentum bedeutet Unfreiheit, Diktatur des unwiderstehlichen und unbegreiflichen Schicksals, heißt unterworfen sein dem Kreislauf der Mächte der Natur, Verfallenheit an Todesmächte, Diktatur der Pharaonen und Cäsaren, die sich als Halbgötter nur auf sich berufen und verantwortungslos ihrer Willkür leben.
Das nachchristliche Heidentum will in diese anonyme, grauenhaftwillkürliche, gottverlassene Sklaverei zurückführen. …

2. Kapitel

Gotteshaß der Vaterlosen
– Krise und Kampf um die Vollmacht der Autorität
– Die Stunde der Chaoten

Bilder des Aufruhrs verhäßlichen die Städte westlicher Demokratien zu verschiedenen Zeiten mit verschiedenen Schwerpunkten: Paris, Amsterdam, Zürich, Berlin, Bremen, Brokdorf, Frankfurt, Freiburg, Nürnberg und fast überall in Amerika. Unerwartet und zunächst unerklärlich können Wogen chaotischer Unruhe emporschnellen. Plötzlich sind sie da mit langen Beinen, in farblosen Jeans, kaum zu unterscheiden Männlein und Fräulein!

Bei aller Unordnung waltet erstaunliche Disziplin im Aufmarsch mit Kindern, Kinderwagen und Sturzhelmen. Der Protest ist wie eine Stimme, das Gebrüll meldet Kampfentschlossenheit. Straßen werden aufgerissen, Steine fliegen. Wir sehen die geschlossenen Formationen der Polizei und spüren die unmittelbar unter die Haut gehende Atmosphäre – unheimlich und bedrückend, geprägt durch Haß und Angst.

Was melden diese vulkanischen Aufbrüche in unserer Gesellschaft? Eigentlich sollte es keiner Frage bedürfen. Die da protestieren sagen ja, warum sie sich zusammenrotten: Sie wollen freistehende Wohnungen, einen verhaßten Politiker am Reden hindern, die Errichtung eines Jugendhauses erzwingen, die Vereidigung von jungen Soldaten stören, die Errichtung eines Atomkraftwerkes stoppen, die Freiheit für Abtreibung proklamieren, die Erhöhung eines Verkehrstarifs unterbinden usw.

Aber zeigen diese Postulate die eigentliche Ursache des Aufbruchs? Es geht sicherlich *auch* um diese konkreten Ziele bei chaotischem Aufruhr – aber sicherlich sind sie nur seichte Vordergründigkeiten eines unheimlichen Hintergrundes.

Die nach allen bürgerlichen Maßstäben unordentlichen, blassen, manchmal bösartig blickenden, sich dann wieder wie Kinder aneinander festhaltenden und auf bunten Wiesen träumenden und wie Hirtenknaben spielenden, mit Mofas röhrend durch die Straßen orgelnden und dann wieder in Zärtlichkeit prassenden, eben äußerlich gar nicht voneinander zu unterscheidenden, viel zu lang geratenen Knaben und Mädchen wollen mehr als das, was sie gerade hier oder da, bei diesem oder jenem Happening in Sprechchören oder auf Transparenten bekunden – sie wollen letztlich den Gottes- und Vatermord.

Sie wollen sich aneinander festhalten – sie ersehnen Schutz in der Macht ihrer Gesellschaft, in ihren Kommunen, in ihren Kollektivs. Sie begehren nicht den Himmel, sie wollen die Erde. Sie hassen den Vater, aber lieben den Bruder. Sie wollen nicht hören, sie möchten fühlen und schreien, sie wollen nicht wollen. Paradox also: Sie wollen, daß sie nicht wollen müssen!

Sie erstreben nicht den Fortschritt – weder für sich noch für die Gesellschaft -, sondern sie möchten Ruhe und Frieden – die Idylle. Ihr Leitwort heißt nicht Pflicht, sondern Lust – sie wollen nicht inneres Chaos überwinden, sondern ohne Schlips und Kragen tun, wozu sie Lust haben. Sie haben und erstreben kein Ziel. Sie möchten sich treiben lassen. Ihr Wunsch ist nicht Verantwortung, Beruf und Eigentum, sondern ihr Verlangen zielt nach verantwortungsloser Geborgenheit im Kollektiv der Gütergemeinschaft.

Sind diese Horden junger Menschen harmlose Sekten unter anderen Sekten? Geht es hier nur um bunte Randerscheinungen einer einfarbig und langweilig gewordenen Zivilisation? Wird sich alles wieder normalisieren, wenn die Knaben Männer geworden sind? Oder leben wir – ohne es zu wissen – in einer tiefgreifenden Revolution, die bislang nur einige Soziologen, aber längst noch nicht alle Bürger erkannt haben?

Ich meine, wir leben in solch einer Revolution, und ich nenne sie die Revolution des Gottes- und Vatermordes. Wenn ich von dieser Revolution des Gottes- und Vatermordes schreibe, dann denke ich natürlich nicht nur an die Krawalle, die unseren Städten solch unerfreuliche Abwechslung verschaffen. Das Außergewöhnliche ist nur der Gipfel eines Eisberges, einer tiefgreifenden Umwälzung eines Lebensgefüges, das wir christlich-abendländisch nannten.

Diese Revolution hat auch nicht nur jene erfaßt, die hin und wieder in Horden durch die Straßen unserer Städte toben, sondern heimlich unheimlich ist sie in uns alle eingebrochen.
Diese Revolution hat ihre Doktrin, sie hat ihren Lebensstil, sie hat ihre eigene Sprache, sie hat – in der Politik, in Universitäten und Schulen – ihre Strategie, und sie hat ihre Funktionäre – kurzum, sie hat alles, was eine Revolution braucht. Sie hat vor allem – und damit sind wir als Christen angesprochen – ihre Stunde: die Stunde der leeren Kirchen, der zerfallenen Gemeinden, der Auflösung der Bekenntnisse!
Dieser Revolution steht nichts entgegen!
Bedenken wir zunächst: Diese Revolution hat ihre Ideologie.
Geschichte der Menschheit – so hörten wir es in der kritischen Theorie der Frankfurter Schule – sei die Geschichte der Herrschaft des Menschen über den Menschen. Des Menschen Leid sei die Struktur der Herrschaft – damit eben auch das System der Autorität, wo immer wir ihm begegnen, sei es in der Familie, sei es in der Schule, sei es in der Gesellschaft. Die Geschichte – bis jetzt – sei nach dem Urteil jener Philosophen nur ein Irrweg gewesen. Das Anarchische und Naturhafte am Anfang der Menschheit – sagen wir die Idylle vor aller Zivilisation – wäre das Paradies gewesen.
Der einflußreiche österreichische Sozialpsychologe Ernest Borneman hat in seinem Buch "Das Patriarchat" (1975), das eigentlich wie eine Art Bibel der Revolution des Gottes- und Vatermordes angesehen werden könnte, folgende These aufgestellt:
Im Anfang der Geschichte der Menschheit gab es eine glückliche Urhorde, in der Menschen der Natur nur das Nötigste entnahmen, um ein bedürfnisloses und glückliches Leben zu führen. Es gab weder Ehe noch Familie. In den Horden Früchte sammelnder und wilde Tiere jagender Menschen waltete sexuelle Promiskuität:
Jeder in der Horde hatte mit jedem geschlechtlichen Verkehr – nur die Mutter kannte ihre Kinder. Väter taten es mit ihren Töchtern, Mütter mit ihren Söhnen, Brüder mit ihren Schwestern, Knaben mit Knaben, Mädchen mit Mädchen. Man sagte noch nicht "mein Mann" oder "meine Frau", jeder gehörte jedem. Weil es keine Ehe und keine Familie gab, gab es kein Eigentum. Weil nur die Mutter ihre Kinder kannte, gab es keine Vaterherrschaft.
Das Glück war da, weil es weder Vaterherrschaft noch Eigentum, aber die Geborgenheit der Gemeinschaft, der Horde, der Kommune, des Kollektivs gab.
Den Sündenfall der Menschheit – Ernest Borneman legt ihn ins Neolithikum (Jungsteinzeit) – brachte der Augenblick, da es hieß "meine" Frau und "meine" Kinder! Familie, Ehe, Vaterherrschaft und Eigentum gehören zusammen und bilden den Sündenfall der Menschheit.
An die Stelle der Anarchie trat die Autorität.
An die Stelle der Horde kam die Familie.
An die Stelle der Mutter trat der Vater und damit das Symbol der Herrschaft und Unterdrükkung. Der Vatergott, von dem die Christen sagen, daß er Himmel und Erde geschaffen habe, und denen er als Herr allen Lebens gilt, ist das Symbol einer repressiven, das heißt auf Unterdrückung beruhenden Gesellschaft. An die Stelle des Lebens aus dem Augenblick genügsamer Hirten, Jäger und Früchtesammler trat die Kultur mit den Herrschaftstugenden von Fleiß, Pflicht, Wille und Überwindung.
Über das sehr abenteuerliche Geschichtsbild Bornemans haben wir hier nicht zu diskutieren. In diesem Zusammenhang ist nur bedeutungsvoll, daß Bornemans Gedanken zum Ausdruck bringen, was die Gottes-Vatermord-Revolution eigentlich will.
Es besteht nämlich überhaupt kein Zweifel, daß unsere antiautoritäre Revolution in diesem Sinne Bornemans eine Antivater-, Antigott-, Antifamilie- und Antieigentumsrevolution ist, wobei gleichgültig bleibt, wieweit das den Kinder- und Jugendrevolutionären unserer Tage im einzelnen direkt bewußt ist.
Alles, wogegen sie protestieren, ist für sie Symbol dieses verhaßten Vater-Herrschaftssystems,

von der Soldatenvereidigung bis zum Atomkraftwerk – und was sie wollen, ist eben die Antikultur der mütterlich bergenden Urhorde: sexuelle Freiheit, Leben in der Gemeinschaft, d.h. praktisch der Kampf um Stätten und Bereiche, in denen sie – sei es in leerstehenden Wohnungen, Kellern, Zelten, Schuppen oder vom Staat eingerichteten Klubhäusern – ihre neue Subkultur wie einst in den Höhlen der Urhorde entfalten können.
Aber dieser Gottes-Vaterhaß tobt nicht nur an den Randzonen unseres Daseins:
Durch die breiten Kanäle der Massenmedien, des Fernsehens, des Radios, der Zeitungen und durch den Blätterwald unserer Schulbücher hat längst so etwas wie eine stille Revolution ihren Lauf genommen.
Auch und gerade die sogenannte sexuelle Revolution, die zumeist als Sinn für mehr Freiheit, Großzügigkeit und Lebensbejahung mißverstanden wird, ist unter anderem ein wichtiges Instrument in diesem Prozeß der antiautoritären Vater- und Gottesmord-Revolution.
Dafür ein Beispiel: In dem Mitspieltheater "Rote Grütze", das als Sexualerziehungsmittel für Fünf- bis Zehnjährige geschrieben wurde, unternehmen Hänsel und Gretel – die Hauptakteure dieses Mitspieltheaters – eine "Elternbefragung": Warum sie "es" (gemeint ist der geschlechtliche Verkehr) so wenig und vor allem so phantasielos "machen". Die Antwort: Die Eltern hatten oder haben Angst vor Vater, Lehrer und "Boß" – eben jeder Form von Autorität -, und dann sind es Arbeit und Pflicht, die Sexualität und Lebensfreude kaputt gemacht haben. Vaterkultur – das will dieses Sexualaufklärungstheater sagen – ist Angstkultur, und Angstkultur zerstört Freude als Lust am Leben.
Ein anderes Beispiel: In dem Buch "Politik im Aufriß" von L. Helbig (1975), das als Arbeitsbuch für Berufsschulen gedacht ist, werden die sexuelle und die politische Revolution als ein Kernprozeß der Befreiung gesehen. Wer auf sexuelle Bedürfnisse verzichtet, der – so meint der Autor – denke auch nicht an Mitbestimmung in Büros, Fabriken, Schulen und Familien. Wer sexuell aktiv ist, sei auch politisch im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung aktiv. Wer Sexualität sich Untertan mache, wer sie "beherrscht", wird selbst zum Beherrschten.
Wer Sexualität nicht auslebt, sei schon Objekt einer Herrschaftsstruktur geworden: "Eine Auflehnung gegen autoritäre Behandlung ist repressiv Erzogenen genauso unmöglich, wie dem Drängen der Sexualität mit gutem Gewissen nachzugeben." In diesem Zusammenhang besteht die Schuld des Christentums darin, daß es – so meint der Verfasser – "die sexuellen Triebe nie als menschliche Regungen im guten Sinne gelten ließ".
Der kommunistische Psychologe Wilhelm Reich hatte bereits 1936 in seinem Exil in Kopenhagen mit seinem Buch **"Sexualität und Kulturkampf",** das 1966 mit dem treffenderen Titel **"Sexuelle Revolution"** neu wieder herausgebracht wurde, den **Zusammenhang zwischen Klassenkampf und sexueller Revolution** propagiert. Wilhelm Reich geht es nicht nur um die "Erkenntnis" (die heute in ungezählten Büchern wiederholt wird), daß die Ehe lustfeindlich sei, sondern daß die Ehe eine Privatisierung der Sexualität bedeute und damit als Ausdruck des kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystems beseitigt werden müsse.
Die zur Sturmflut angeschwollene Aufklärungsliteratur, gerade da, wo sie Ehe und Familie verneint, will unter dem Deckmantel der "Sachlichkeit" und "Information" den Abbau der "Tabuisierung der Sexualität". Im Klartext heißt das, sie will vor allem Scham und Ehrfurcht kaputt machen. Warum überhaupt Scham? Warum keine Veröffentlichung der Sexualität?
Scham und Ehrfurcht – so wird pausenlos wiederholt – sind Verhaltensweisen einer repressiven, d.h. herrschaftsbedingten, also Lust unterdrückenden Gesellschaftsordnung, die abgeschafft werden muß. Wo immer Scham und Ehrfurcht walten, regiert die Herrschaft der Väter, die Frauen und Kinder als ihren Besitz sehen und folglich deren Gefühlswelt beherrschen wollen.
Wer aber ohne Scham ist, ist auch ohne Ehrfurcht. Wo die Ehrfurcht stirbt, da verkommt die Autorität. Darüber wird es mit jenen Ideologen keinen Disput geben müssen. Der Unterschied

besteht nur darin, wie dieser Zerfall von Ehrfurcht und Autorität beurteilt wird.
Gehen Ehrfurcht und Scham, Familie und Ehe unter, dann ist die Urhorde wieder hergestellt. Dann werden Sozial- und Sexualgenossen durcheinander und miteinander am Busen der Mutter Natur, im Urzustand des Paradieses ihr ihnen durch Vaterherrschaft geraubtes Glück wiederfinden.
Ist das nur die Theorie weltfremder Philosophen? Oder werden diese "Lehren" die Gesellschaft der Zukunft prägen? Gedanken dieser Art, die hier nur an einigen Beispielen aufgezeigt wurden, sind weder eine "bloße" akademische Angelegenheit, noch sind sie einflußlos für unsere Gesellschaft.
Zerstörte Ehen und Familien, die Ordnungsfeindlichkeit einer lustbetont lebenden jungen Generation, die tief in der Seele wurzelnde Aggression gegen alles, was mit Vaterkultur zusammenhängt, das Eintauchen in die Sphären der Rauschhaftigkeit durch Drogen und Alkoholkonsum, die Verachtung herkömmlicher Tugenden wie Pflicht, Überwindung, Gehorsam und die Verneinung der Arbeit sind die ganz praktische Seite dieser Kulturrevolution. Die idyllische Erwartung, als könne man einfach zur Natur, zum natürlichen Leben wie zu einer guten Mutter, die alle Menschen glücklich macht, zurückkehren, sind Bestandteile einer neuen Sehnsucht und Hoffnung des Menschen dieser Welt.

Warum kam es so, wie es ist?

Ist diese Revolution gegen die Herrschaft der Väter vielleicht nur eine verständliche Reaktion auf die alle Lebensfreude unterdrückende Herrschaft der allzu mächtigen Väter von gestern? Gab es denn nicht wirklich eine lebens- und sexualfeindliche und dabei so oft verlogene wilhelminisch-viktorianische Lebensauffassung? Hat nicht gerade der Faschismus das Ideal des Männlichen, Willenhaften und Kämpferischen über alle Maßen strapaziert und eine bedrükkende Herrschaftsstruktur aufgerichtet? Hat sich nicht im Helden- und Führerkult des Faschismus so etwas wie eine Revolution des "Maskulinismus" dargestellt?
Hatten und haben wir nicht einen "Gotteskomplex" (vgl. hierzu H. Richter, "Der Gotteskomplex", 1979, in dem Sinn, daß wir, anstatt an Gott zu glauben, selbst den jeweils allmächtigen Gott spielen wollten? Meinten nicht viele Väter, wenn sie von Gottvater und seiner Autorität sprachen, ihr eigenes Gottsein und ihre eigene selbst gesetzte Autorität?
Sind nicht in jenen Tagen einer sich selbst setzenden Vaterherrschaft viele, allzu viele durch herrschsüchtige, autoritär überstrapazierte Väter zu Untertanenmenschen degradiert worden – Kinder und Ehefrauen in gleicher Weise? Haben lebensfeindliche Moralisten nicht tatsächlich die Sexualität – in ganz unbiblischem Sinn – verächtlich und – im Vergessen aller anderen Sünden – vielleicht sogar zur einzigen Sünde "gemacht"?
Es gab eben die Revolution des Maskulinismus, die ganz sicher im Faschismus etliche Triumphe feierte. Die gegenwärtige Anti-Vaterrevolution unserer Tage ist aber nicht bloß eine Reaktion auf diesen Maskulinismus, wie er sich anscheinend im Faschismus als Ideologie darstellte, sondern seine konsequente Fortsetzung!
Halten wir diesen Grundsatz fest: Ohne faschistoiden Maskulinismus keine Anti-Gott-Vaterrevolution.
Autorität, die sich selbst setzt, nur sich selbst gegenüber verantwortlich sein will, ist Diktatur. Väter, die nicht Gottes Wort, sondern nur ihrem eigenen Willen verantwortlich sein wollen, sind pervertierte Väter, die als Tyrannen ihr Unwesen austoben. Wir dürfen eben nicht vergessen, welche entsetzlichen Exzesse ein Männlichkeitswahn mit der Perversion der Autorität zum Führerkult verursachen konnte.
Erinnern wir uns doch: Rudolf Heß deklamierte am 30. Juni 1934: "Mit Stolz sehen wir: Einer bleibt von aller Kritik ausgeschlossen, das ist der Führer. Das kommt daher, daß jeder fühlt und weiß: Er hat immer Recht und wird immer Recht haben. In der kritiklosen Treue, in der Hingabe an den Führer, die nach dem Warum im Einzelfall nicht fragt, in der stillschweigen-

den Ausführung seiner Befehle liegt unser aller Nationalsozialismus verankert" (vgl. Joachim Fest, "Das Gesicht des Dritten Reiches", 1977, S. 266 …).
Adams Versuchung war, daß er so sein wollte wie Gott selbst – so allmächtig und so allwissend. Im Vatersein ohne Gott wird diese Ursünde immer wieder aufbrechen. Die heidnischen Väter vergangener Generationen, die Christus leugneten und eine neuheidnische Existenz auslebten, waren die ersten Vatermörder. Unsere vatermörderisch-nachchristliche Zivilisation fand ihre Propheten in Männern wie Nietzsche, die den Willen zur Macht proklamierten, in Darwins Lehre vom erbarmungslosen Kampf um das Dasein und Recht des Stärkeren, in der Heldenverehrung und im Heldentheater des Faschismus und nicht zuletzt in der Philosophie des Existentialismus.
Die Urväter neuheidnischen Gottesmordes lebten im Vertrauen auf sich, nicht aus dem Glauben an Gott. Sie hielten sich für moralisch vollkommen bzw. meinten, moralische Vollkommenheit – nach ihrem Verständnis von Moral – erreichen zu können. In Kraftakten eigener Pflichterfüllung meinten sie, "vor sich selbst bestehen zu können". Sie wußten nichts davon, was sie Gott im letzten schuldig waren. Jesus war für sie nur ein moralisches Vorbild, aber nicht der Erlöser und Versöhner am Kreuz. Die Welt war für sie unbegrenzt offen zur Gestaltung ihrer eigenen Willenskraft. Von einem Ende aller Zeiten und einer Wiederkunft Christi wollten sie nichts wissen.
Der liberale Protestantismus in Deutschland, in der Schweiz, aber auch in Holland hatte seit Ende des vorigen Jahrhunderts diesen Männlichkeitswahn mit seinem Programm der Selbsterlösung wie ein durstiger Schwamm aufgesogen und dann sein "neuprotestantisches Jesusbild", ein Götzenbild des Maskulinismus, aufgerichtet.
Unsere Generation der Vatermörder protestiert auch – nicht nur – gegen Väter, die ihrerseits schon Vatermörder waren! …

3. Schon der Faschismus war Vaterhaß

Der Faschismus (wie auch der Nationalsozialismus) wird in einer sog. "Vulgär-Vergangenheitsbewältigung", wie man sie im Fernsehen, vielen Spielfilmen, Büchern und Aufsätzen immer wieder erleiden muß, nicht nur wirklichkeitsverfremdend und konsumentenhaft-kitschig dargestellt, sondern im Wesen gefährlich mißverstanden.
Faschismus und Nationalsozialismus waren keine autoritativen Weltanschauungen, sondern sie waren genau das Gegenteil davon. Der Nationalsozialismus war eine Anti-Vater-Gottrevolution, die mit ihm bereits einen Höhepunkt erreichte und heute unter anderen ideologischen Karosserien, aber mit gleichem Fahrgestell ihre konsequente, inhaltlich wie strategisch-technisch gleichartige Fortentwicklung erlebt.
Die unbedingte Hingabe an den "Führer", dieses Überfahrenwerden personaler Selbständigkeit, die Bejahung der Gruppe, die Vorordnung des Kollektivs vor dem einzelnen ist antipersonalistisch, gegen Autorität als absolute Autorität, wie sie im Anspruch Gottes offenbar wurde.
Bedeutsam ist, daß der Nationalsozialismus Nein sagte zum Gewissen, das er als eine "jüdische Erfindung" verurteilte (vgl. hierzu F. Heer, "Der Glaube des Adolf Hitler", 1968).
Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Todesverherrlichung im Nationalsozialismus, die nicht nur durch die Todessymbolik (Totenkopf bei den Waffen-SS-Verbänden), sondern durch Verherrlichung im "Liedgut und in der Dichtung jener Zeit zum Ausdruck kam.
Der Führerkult in der NS-Ideologie war ein Anti-Gott-Vater-Kult, er war Ausdruck einer sich selbst setzenden Autorität. …

3. Kapitel

Klassenkampf zwischen Mann und Frau?

– Das Zerstörungswerk des Feminismus für Glaube, Theologie, Kirche und Gesellschaft

– Der Feminismus will die Verfraulichung der Welt

Das Programm der Entmythologisierung (sagen wir das Programm der Verohnmächtigung Gottes, das in den fünfziger Jahren alles, was sich Theologie nannte, in Atem hielt) hat sich innerhalb großkirchlicher Theologie in jedem einzelnen Punkt siegreich durchgesetzt. Die in der Heiligen Schrift bezeugten Taten und Worte Gottes wurden zu zeitgebundenen "Symbolen" eines eben nur "damaligen" Verständnisses von Gott, Welt und Mensch. Die Bibel wurde als Material für unsere Interpretation, zu unserem Gebrauch also, freigegeben.
In schneller Folge führten diese rasanten "Interpretationen" des sogenannten "biblischen Materials" konsequenterweise zur Gott-ist-tot-Theologie und dann – meistens auch schon parallel laufend – zur Theologie der Revolution und Befreiung, nachdem im zaghaften Anlauf zunächst nur von der Theologie der Hoffnung viel geschrieben und noch mehr gesprochen wurde.
Heute ist die Bibel Interpretationsmaterial in dem Sinne, daß Worte wie Gott, Christus, Erlösung, Exodus (Auszug des israelitischen Gottesvolkes aus der Gefangenschaft Ägyptens) als Reizworte zum Gebrauch einer Art religiöser Verklärung für die Weltrevolution der Einheitsgesellschaft bereitgehalten werden.
Die – bislang – letzte und radikalste Phase einer die Aussagen der Bibel zerstörenden Interpretation ist der Feminismus, der keineswegs nur die Befreiung der Frau aus der "Jahrtausende währenden Sklaverei durch christlich patriarchalische Männer" erstrebt, sondern im Zusammenhang einer Theologie der Revolution die Veränderung der Gesellschaft auf dem Wege des Klassenkampfes zwischen Mann und Frau vorantreiben und die Pervertierung des Christentums in eine Muttergottes-Einheitsreligion als Ausdruck kollektiver Gesellschaftsform durchsetzen will.
"Es ist klar", schreibt die Professorin für Feminismus und Christentum an der Universität Nijmegen, Catharina J. M. Halkes, "daß es uns schon lange nicht mehr um die Frage oder um den Platz der Frau geht, um die Formulierung der Aufgabe oder um Zulassung zu den Ämtern. Schon diese Begriffe deuten die Herrschaftsstruktur an: Andere, das andere Geschlecht soll für mich ausmachen müssen, was mein Platz ist? Man’s World (Die Welt des Mannes) hat die Macht, Woman’s Place (den Platz der Frau) zu bestimmen. Darauf haben wir schon unzählige Ballen Papier verschwendet" ("Gott hat nicht nur starke Söhne – Grundzüge einer feministischen Theologie", 1980).
Der zeitgenössische Feminismus kämpft nicht um den Platz der Frau für die Frau in dieser Gesellschaft, um die "Gleichberechtigung", sondern er will die Veränderung dieser durch Männer strukturierten Gesellschaft. Feministen wollen eine andere Kultur, eben eine Kulturrevolution.
In letzter Konsequenz wollen sie nicht nur die andere Frau, sondern auch den anderen Mann, sie wollen eben – elementar ausgedrückt – die Welt auf den Kopf stellen, denn "offenbar ist die Frau in der herrschenden, androzentrischen (auf den Mann bezogenen) Kultur zum Opfer eines immer dualistischen Denkens, eines Denkens und Erlebens in Gegensätzen geworden" (Halkes, a.a.O., S. 21).
Gegen die herkömmliche, christlich motivierte Kultur in der Spannung von Himmel und Erde, Gott und Schöpfung, Mann und Frau, Eltern und Kindern, Schuld und Versöhnung soll die spannungslose, eben mütterlich-eindimensionale Kultur gesetzt werden.
Der Feminismus liegt damit ganz und gar auf der Welle des Neomarxismus der kritischen Theorie. Herbert Marcuses Theorien feiern hier jubilierende Triumphe. Das Ziel ist der sozialistische Feminismus, der im Bündnis mit allen anderen "Gegenkulturen" als Revolution die "fundamentalste Bewegung" ist, "weil alle die genannten Formen der Herrschaft und Unterdrückung von Menschen durch Menschen soziale Ausdrucksformen jenes Dualismus sind, der am meisten in die Tiefe geht: die Erhebung des männlichen Geschlechtes über das weibliche" (Halkes, a.a.O., S. 30).

Der Mann, das männliche Prinzip, das Vatersein, Vaterherrschaft – eben das Patriarchat – ist an allem schuld. Die Revolution des Feminismus hat also ihr Feindbild, ohne das es eine Revolution bekanntlich nicht geben kann. Die einzige Alternative zum verhaßten Kapitalismus ist – so meint auch die Feministin und Theologin Elisabeth Moltmann-Wendel ("Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.
Zur Emanzipation der Frau", 2. Aufl. 1978, S. 51) – die Revolution der Frau. Auch sie sieht den Zusammenhang mit der neomarxistischen kritischen Theorie und zitiert Herbert Marcuses für den Feminismus so charakterisierende Sätze: "Die weiblichen Qualitäten, auf der biologisch-gesellschaftlichen Grundlage entstanden, könnten die Realisierung eines neuen Realitätsprinzips bringen, weil sie die Antithese zu den die kapitalistische Gesellschaft regierenden Werten darstellen".
Der Feminismus will also nicht nur eine Befreiung der Frau für ihren Platz in dieser Gesellschaft oder nur eine Kulturrevolution in dem Sinne, daß auch die Frau Möglichkeiten eigener kultureller Entfaltung gewinnt, er will im Gegenteil verändern, was man überhaupt nur verändern kann. Er will eine neue Realität: Die Wirklichkeit selbst soll verändert werden.
Aus diesem Grunde kann besagter Herbert Marcuse befriedigt, und den Feminismus in seiner Bedeutung richtig einschätzend, feststellen: "Ich glaube, daß die Frauen-Befreiungsbewegung (Woman’s Liberation Movement) derzeit die vielleicht wichtigste und potential radikalste politische Bewegung ist, die wir haben, auch wenn das Bewußtsein dieser Tatsache die Bewegung als Ganzes noch nicht durchdrungen hat" (Jutta Menchik, "Feminismus – Geschichte – Theorie – Praxis", 1977).
Marcuse hat recht mit diesem Urteil. Hinzufügen möchte ich, daß brave Bürger und Bürgerinnen keine Ahnung davon haben, welche starken Kolonnen einer kollektivistischen Welt-Kulturrevolution wir schon in unserer Mitte haben, auch und gerade in unseren Großkirchen, Freikirchen und Gemeinschaften.

Das Feindbild Mann

Dem Kampf um die "neue Realität" steht der Mann, so wie er ist, als Feind Nummer eins im Wege. Der Feminismus will das Weibliche befreien und entfalten, ja zum Triumph in einem neuen Realitätsprinzip führen; aber das Männliche kann weder befreit noch entfaltet, es muß abgeschafft, besser wohl noch vernichtet werden.
Valerie Solanas ("Manifest der Gesellschaft zur Vernichtung der Männer", 1969) meint: "Der Mann ist eine Maschine, ein 'Gummipeter auf zwei Beinen'. Die Männer sind verantwortlich für alles Böse, für Unterdrückung, Haß und Gewalt, sie sind unfähig zur Zivilisation …".
Das Männliche ist – darauf legt diese kollektivistisch orientierte feministische Revolution allergrößten Wert – unfähig für die Einpassung in die Gruppe und zum Leben aus der Emotionalität eben dieser Gruppe. Das Zueinander von Gruppe und Emotionalität, das Nein zum Willenhaften und zur Individualität, sind Hauptziele dieser das mütterlich-bergende Kollektiv anstrebenden feministischen Weltrevolution.
Nach Valerie Solanas gehört die Zukunft der Frau, weil nur Emotion und Kollektiv die Zukunft der Totalzivilisation durchtragen werden: "Die wenigen überlebenden Männer", so schlägt sie, die tatsächlich Männer mit dem Revolver angriff und selbst schließlich durch Selbstmord endete, in "barmherziger" Weise vor, "mögen ihre kümmerlichen Tage mit drop out und Drogen weiterfristen, als Transvestiten in Frauenkleidern herumstolzieren oder passiv die superdynamischen Frauen in voller Aktion bewundern… "
Diese Sätze sind inhaltlich nicht so komisch, wie sie sich zunächst für unerschrocken-weltfremde, bürgerliche Existenz anhören lassen. Nicht nur das Feindbild, sondern die treffende Diagnose von der Selbstzerstörung des Mannes, seine Krise zum Tode ist bedeutungsvoll. Denn "Mann sein" und "Vater sein" befinden sich heute – wir werden darauf noch weiter eingehen – in einer Krise zum Tode, und die von Valerie Solana erwähnte "schmerzlose Ver-

gasung" erinnert an den bislang größten Vatermord der Geschichte, an die Vernichtung jüdischer Menschen, wobei wir uns daran erinnern, daß der Nationalsozialismus eine femininheldische Vatermordrevolution war, für die der biblische und damit eben auch der jüdische Mann als verhaßter Repräsentant der Vaterkultur galt.
Der Feminismus kann noch radikaler an die Ideologie des Nationalsozialismus anknüpfen. Elisabeth Gould Davis ("The First Sex", 1975) gebraucht zwar nicht den im Nationalsozialismus üblichen Begriff "Untermensch", aber mit biologischer Argumentation degradiert sie den Mann zu einem zumindest – und gelinde ausgedrückt – zweitrangigen, eben auf niedererer Stufe als die Frau stehenden Lebewesen. Hätten doch – so ihre Argumente – Geneologen erkannt, daß das Y-Chromosom, aus dem der Mann hervorgeht, ein abgebrochenes X-Chromosom sei, von dem die Frau sogar zwei besitze, so "daß Frauen eine Rasse für sich, das starke erste Geschlecht, und Männer die biologische Nachhut" seien.
Auch hier weigere ich mich, in solchen phantastischen Aussagen nur Komisches zu sehen. Rassenbiologisch motivierte Urteile über das Menschsein haben in vergangenen Jahrzehnten zu furchtbaren Konsequenzen trotz aller Absurdität der Argumentation geführt. Auf diese Beurteilung des Mannes "auf zoologischer Basis" wollen wir uns hier auch gar nicht erst weiter einlassen, aber schon jetzt, mit um so größerem Ernst, die Frage stellen, welche ethischen Orientierungsdaten der Feminismus seinem Urteil über Menschen eigentlich zugrunde legt.
Zweifellos stehen diese Aussagen, wie wir sie eben hörten, auf der Außenseiterposition des Feminismus -gegenstandslos sind sie deswegen nicht. Sie erhellen vielmehr die Grundtendenz des Feminismus, nämlich sein Bestreben, das herkömmliche Zueinander von Natur und Menschsein radikal nicht nur in Frage zu stellen, sondern aufzuheben.
Es gibt im Feminismus einen breiten Konsensus darüber, daß herkömmliches, geschlechtliches Zueinander von Mann und Frau zu verneinen sei. …
Für Carla Lonzi ("Die Lust, Frau zu sein", 1975) bedeutet die normale Lust, die im herkömmlichen, also natürlichen Geschlechtsverkehr durch die Einführung des Penis in die Vagina erreicht wird, nicht die umfassendste und vollkommenste Lust, sondern die Lust der patriarchalischen Sexualkultur. Sie zu erreichen bedeute für die Frau, sich verwirklicht zu sehen in dem einzigen Modell, das ihr Belohnung verspricht, in dem Modell, das die Erwartung des Mannes erfüllt. Das patriarchalische Paar ist das Paar Penis-Vagina, Ehemann und Ehefrau, Vater und Mutter der fortpflanzungsgebundenen animalischen Kultur:
Ihr Verhältnis zueinander wird nicht durch die Funktionsweise der Sexualität bestimmt, sondern durch die Fortpflanzung, der die weibliche Sexualität untergeordnet wird. Die vaginale Frau ist das Ergebnis dieser Kultur. Sie ist die Frau des Patriarchen und der Herd eines jeden Mythos der Mütterlichkeit, die Sklavin, die die Fesseln der Unterwerfungen weitergibt, durch die die männliche Herrschaft jede historische Veränderung hat überdauern können.
Diese Sexualität, so wie sie die europäische Frau "im christlichen Abendland normalerweise" erlebt, ist "Spiegel und Instrument der Unterdrückung der Frau in allen Lebensbereichen", meint Alice Schwarzer ("Der kleine Unterschied und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung",1975, S. 71).
Ähnlich urteilt Kate Miller ("Sexus und Herrschaft. Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft", 1971): Das Eindringen des Penis in die Vagina sei Ausdruck männlicher "Penetrationswut", der aggressiven Herrschaftshaltung des Mannes.
In dieser Weise der geschlechtlichen Begegnung – so meinen die Feministinnen – zeige sich die Feindschaft des Mannes gegen die Frau. Es versteht sich von selbst, daß das Zueinander und Miteinander von Geschlechtlichkeit und Zeugung, Liebe und Ehe, Ehe und Familie vom Feminismus verneint wird.
Die Lust wird zur selektierten, einsamen, nur auf Selbstbefriedigung abzielenden Lust. Der Feminismus ist also in seiner radikalen Form in sich selbst die Zerstörung von Ehe und Fami-

lie. …

Der Kampf um die neue Realität

Schon Simone de Beauvoir, die zu ihrer Zeit noch vom französischen Sozialismus und Kommunismus belächelte Großmutter des modernen Feminismus, hat in ihrem den Feminismus stark bewegenden Buch "Das andere Geschlecht" (zuerst 1949 erschienen) proklamiert: "Man wird nicht als Frau geboren, man wird es." Nicht die Natur ist "schuld" daran, daß die Frauen so sind, wie sie leider jetzt sind, sondern die Kultur hat sie dazu gemacht.

Hinter dieser These stand die damals starke Position der existentialistischen Philosophie im Sinne von Jean-Paul Sartre. Was der Mensch ist, wählt er in freier Entscheidung; es gibt keine vorgegebene, ewige, etwa von Gott gesetzte Ordnung. Letztlich schafft der Mensch sich selbst.

Seit Simone de Beauvoir wirkt diese atheistische Schöpfungsordnungsfeindlichkeit als munter sprudelnde Quelle in der Bewegung des Feminismus und ist mittlerweile jetzt, auf dem Höhepunkt dieser feministischen Bewegung, zu einem breiten Strom der Schöpfungsfeindlichkeit angeschwollen.

Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn", 1968) und Margarete Mead ("Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften", 1971) werden nicht müde zu betonen, daß Frauen nicht von Natur und für alle Zeiten auf ihr Frausein festgeschrieben sind, sondern daß eine böse, androzentrische, eben männlichkeitsbezogene Unkultur Frauen zu dem gemacht hat, was sie heute sind.

Die "Natur", meint die Protestantin Elisabeth Moltmann-Wendel in Erinnerung an die Ergebnisse dieser sogenannten Forschungen im Geiste des Feminismus, "stellte sich vor allem seit den Forschungen Margarete Meads als etwas Neutrales, nicht Beeinflußbares und als eine sehr abhängige Erscheinung heraus. Die Frau ist demnach keine Schöpfung der Natur, sondern ein Zivilisationsprodukt". Also – und das ist Sinn dieser herbeigesehnten Erkenntnisse – die Frau kann sich selbst, so wie sie ist, abschaffen.

Dieser Protest gegen vorgegebene Realität und für eine neue Realität wurde radikal formuliert durch Shulamith Firestone ("Frauenbefreiung und sexuelle Revolution", 1975). Menstruation, Zeugung, Schwangerschaft und Geburt sind Geißeln der Frau. Alle technischen Möglichkeiten dieser Zeit und der nahen Zukunft müssen genutzt werden, um die Frau von diesen Geißeln zu befreien. Sexualität muß befreit werden von Ehe, Kind und Familie.

Frau Firestone träumt von der Möglichkeit, daß Kinder in einem Reagenzglas befruchtet werden und daß das Geschlecht durch technische Manipulation bestimmt wird: "Die Blutbande zwischen Mutter und Kind werden endlich zerrissen werden. Sollte tatsächlich eine männliche Eifersucht auf die Kreativität des Gebäraktes entstehen, so werden wir schon bald in der Lage sein, Leben unabhängig von einem Geschlecht zu erzeugen, so daß eine Schwangerschaft, die dann unverhohlen als plump, ineffizient und schmerzhaft bezeichnet werden kann, dann nur, wenn überhaupt, ironisierend als archaisch ertragen wird."

Noch radikaler verlangt Ernest Borneman ("Das Patriarchat", 1975) überhaupt die Abschaffung der Geschlechtlichkeit. Für ihn ist der Zerfall der mütterlich geleiteten, im Urkommunismus lebenden Urhorde durch die Herrschaft der Väter eben der Sündenfall der Menschheit. Für eine geschlechtslose Gesellschaft fordert er: "Die endgültige Befreiung der Frau kann nur in der Befreiung von der Geschlechtlichkeit liegen. Die klassenlose Gesellschaft der Zukunft kann nur eine geschlechtslose Gesellschaft sein … Sie muß polymorph sein, oder sie führt das Prinzip der Herrschaft, das wir eben durch die soziologische Tür hinausbefördert haben, durch die Hintertür der Sexualität wieder ein."

Die Gesellschaft muß anders werden, dann muß zwangsläufig eben auch die Natur anders werden. Die Natur muß sich – wie Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und natürlich auch die Kirche – nach der Gesellschaft richten.

Angesichts dieser radikalen Revolution, die eben nicht nur Mensch und Gesellschaft, sondern auch die Natur selbst packen will, wirkt die Revolution des Marxismus-Leninismus als eine romantisch-idyllische Erinnerung an das 19. Jahrhundert.
Im Feminismus werden Übergänge zwischen Natur und Kultur "verflüssigt", eben damit die Natur nach dem Bilde des Feminismus verändert wird: "Denn Biologie ist nicht Schicksal, sondern wird erst dazu gemacht. Männlichkeit und Weiblichkeit sind nicht Natur, sondern Kultur. Sie sind die in jeder Generation nur erzwungene Identifikation mit Herrschaft und Unterwerfung. Nicht Penis und Uterus machen uns zu Männern und Frauen, sondern Macht und Ohnmacht", meint die Feministin Alice Schwarzer.
Dieses Aufbegehren gegen herkömmliche Ordnung bleibt keineswegs nur feministische Theorie. Schon längst ist – wie gesagt, für die meisten Bürger verborgen – dieser Weg in die Praxis "multifrontal", d.h. an vielen Fronten, in Medien und Schulen, beschritten. Der Bürger sieht am Ende nur das Ergebnis eines Prozesses, den er als solchen nicht erkennen konnte oder wollte.
Der Weg in die Praxis geht vor allem über die Pädagogik mit ihrer Armada von Pädagogen, mehr oder weniger ausgebildet im Sinne dieser im Buch aufgezeigten Theorien.
Einer der großen Theoretiker unter den Pädagogen, die die Phase der Kindheitssexualität "sozial durchformen wollen", ist Helmut Kentler (vgl. "Die soziale Dimension der Sexualität" in "Sexualmedien", 1975). Traditionelle, geschlechtsspezifische Verhaltensweisen sollen dadurch relativiert werden, daß Jungen tun, was Mädchen tun, und Mädchen tun, was Jungen tun. Mit Puppen spielende, ihre Gefühlswelt wie Mädchen regulierende Knaben sollen zu einem zärtlichen Lebensstil finden; denn der Mann ist "unterentwickelt im Geben und Nehmen von Zärtlichkeit", meint Kentler.
So sind wir auf dem Wege zu einer nicht nur klassenlosen, sondern auch geschlechtslosen Gesellschaft, zu einer sexuell polymorphen, panerotischen Urhorde, in deren wohlfühliger Geborgenheit alle alle lieben. Nur wenn wir diese Zielvorstellung des Feminismus, die übrigens auch von der kritischen Theorie Marcuses angestrebt wird, kennen, verstehen wir den Kampf für die Abtreibung … und das Recht der Homosexuellen, der nun schon bald im Sinne der "Schwulen-Initiativen" siegreich durchgetragen ist.
Im letzten geht es in diesem Streit nicht um Hilfe für die Frau oder um den Platz "des Homosexuellen in der Gesellschaft" – wie viele leider immer noch verkennen. Ziel ist vielmehr, daß überhaupt Sexualität von Mutterschaft ein für allemal getrennt und daß – im Blick auf die Emanzipation der Homosexuellen – die polymorphe, nicht mehr heterosexuell orientierte Pansexualität zum Triumph geführt wird: "Frauenbefreiung und Schwulenbefreiung streiten beide für ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaft, die frei davon ist, Menschen aufgrund von Geschlecht und oder sexueller Übervorteilung zu definieren und kategorisieren", forderte Kate Miller schon 1970 in einem Aufsatz der Times.

Der Schöpfungshaß der Feministen

Der Feminismus sagt Nein zur Schöpfung Gottes: Der Haß gegen Gott, den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde, ist der Haß gegen die Ordnung der Schöpfung, wie sie in der Bibel geboten ist. Der Feminismus ist Symptom modernen, sich gegenwärtig immer mehr steigernden Schöpfungshasses.
In einer fast prophetischen Weise haben zu Anfang dieses Jahrhunderts unter anderem Aldous Huxley und George Orwell diesen Schöpfungshaß in ihren Visionen vorausgesehen. In Huxleys Zukunftsvisionen von einer zukünftigen, total kollektivierten Gesellschaft – "Brave New World" (engl. 1932) – sind Ehe und Familie nur noch Feind, letztlich Stacheldraht gegen die Gesellschaft und sollen nach dem vom Kollektiv propagierten Leitspruch "Jedermann ist seines Nächsten Eigentum" abgeschafft werden.
Diese Vision von Aldous Huxley stellt das Verlangen der Zivilisation nach einer Wohlfühlzi-

vilisation dar, deren Symbol eben die Muttergottheit ist. Die absolute Glückseligkeit in der Anonymität des Kollektivs – das ist es, was der Mensch heute im Grunde sucht und was er als Überwindung des 'Dualismus', eben des biblischen Glaubens, propagiert.
Nach dem letzten Weltkrieg schrieb auf einer einsamen Insel vor der Ostküste Schottlands ein ehemaliger Mitstreiter der 'Internationalen Brigade' im spanischen Bürgerkrieg, der aber dann vom Kommunismus abtrünnig geworden war, **Eric Blair,** seine einfach niederschmetternde Zukunftsvision für das Ende dieses Jahrhunderts nieder.
Dieser am Kommunismus irre gewordene Schriftsteller wurde weltbekannt unter dem Namen **George Orwell,** und sein schriftstellerischer Welterfolg heißt '1984' (1. deutsche Ausgabe 1948). In dieser Schau der Zukunft findet sich genauso wie bei Huxley das radikale Nein zur Schöpfung, vor allem zu Familie und Ehe. Eine allmächtige Partei, die 'grausame Mutter' der Gesellschaft, wütet gegen Natur und Schöpfungsordnung.
Die Partei wendet sich gegen alles, was den Menschen an die Natur bindet. So richtet sie sich beispielsweise gegen die Sexualität – nicht nur, weil die Sexualität sich eine Welt für sich zu schaffen verstand, sondern vor allen Dingen, weil die sexuelle Enthaltsamkeit zur Hysterie führte und damit ein erstrebenswertes Ziel erreicht wurde, denn diese Hysterie konnte in Kriegsbegeisterung und Führerverehrung umgewandelt werden. Sie wollen, daß man ständig zum Platzen mit Energie geladen ist. Dieses ganze Auf- und Abmarschieren, Hurrabrüllen und Fahnenschwenken ist weiter nichts als sauer gewordene Sinnlichkeit.
Wenn man innerlich glücklich ist, kann man weder über den großen Bruder noch den Dreijahresplan, die Zwei-Minuten-Haßsendung und den ganzen übrigen Schwindel in Begeisterung geraten. Die seelischen Energien sollen also nicht durch natürliche Triebe ausgelebt, sondern durch von der Partei gelenkte Ersatzformen abreagiert werden. Die Partei will das Sexualgefühl abtöten, es in den Schmutz ziehen. Es gibt die Jugendliga gegen Sexualität, die für die geschlechtliche Enthaltsamkeit eintritt und die künstliche Befruchtung (in der Neusprache heißt das Kunstsamen) fordert.
Ein wirkliches Liebeserlebnis war ein nahezu unvorstellbares Ereignis. Die Frauen dieser Partei waren sich alle gleich. Die Enthaltsamkeit war ihnen ebenso tief eingeimpft wie die Treue zur Partei … Der Akt der geschlechtlichen Verschmelzung, wenn er glückhaft vollzogen wurde, war ein Akt der Auflehnung. Die Begierde war ein Gedankenverbrechen.
Alle großen Gefühle wie Liebe, Freundschaft, Tragik usw. sind ausgerottet. Tragik, so muß der Außenseiter Smith erkennen, gehört einer vergangenen Zeit an, als es noch Eigenleben, Liebe und Freundschaft gab und die Mitglieder einer Familie, ohne nach dem Grund zu fragen, füreinander eintraten … Heutzutage gibt es Angst, Haß und Leid, also keine starken und wertvollen Gefühle, keine tiefen und echten Schmerzen.
Der utopische Mensch ist ein destruierter (ruinierter) Mensch. Die Partei hat ihn abgebaut, damit seine Eigenständigkeit aufgehoben werden konnte und er für das Kollektiv reif wurde: Die alten Kulturen erhoben Anspruch darauf, auf Liebe oder Gerechtigkeit gegründet zu sein. Die unsrige ist auf Haß gegründet, für unsere Welt wird es keine anderen Gefühle geben als Haß, Wut, Frohlocken und Selbstbeschämung. Die Zertrümmerung der Grundordnungen, der systematische Abbau all dessen, was den herkömmlichen 'alten' Menschen ausmacht, legt den utopischen Menschen frei.
Der Funktionär von '1984' sagt an: 'In Zukunft wird es keine Gattinnen und keine Freunde mehr geben. Die Kinder werden ihren Müttern gleich nach der Geburt weggenommen werden, so wie man einer Henne die Eier wegnimmt. Der Geschlechtstrieb wird ausgerottet. Die Zeugung wird eine alljährlich vorgenommene Formalität wie die Erneuerung einer Lebensmittelkarte werden. Wir werden das Wollustmoment abschaffen; unsere Neurologen arbeiten gegenwärtig daran. Es wird keine Treue mehr geben, außer der Treue gegenüber der Partei.
Es wird keine Liebe mehr geben, außer der Liebe zum Großen Bruder. Es wird kein Lachen

mehr geben, außer dem Lachen des Frohlockens über einen beseitigten Feind. Es wird keine Kunst geben, keine Literatur, keine Wissenschaft. Wenn wir allmächtig sind, werden wir die Wissenschaft nicht mehr brauchen. Es wird keinen Unterschied geben zwischen Schönheit und Häßlichkeit. Es wird keine Neugierde, keine Lebenslust geben …

Wenn Sie sich, so fährt der Parteifunktionär von 1984 in seiner Rede fort, 'ein Bild von der Zukunft machen wollen, dann stellen Sie sich einen Stiefel vor, der einen Menschen tritt, immer und immer wieder. Die Zerstörung der Grundordnung ist die Voraussetzung dafür, daß die Macht der Partei, die ja in der Ausschaltung des Individuellen besteht, erhalten bleibt. Macht heißt, einen menschlichen Geist in Stücke zu reißen und ihn nach eigenem Gutdünken wieder in neuer Form zusammenzusetzen. Der Mensch soll seines eigentliches Ichs beraubt werden, er soll nichts weiter als eine Schöpfung der Partei sein. Es gibt keine über alle Umwandlungsversuche erhabene menschliche Natur. Wir machen die Natur.'

Der moderne Feminismus könnte zumindest dem letzten Satz dieses Terrorkommissars in George Orwells "1984" vollauf zustimmen! Es gibt nicht die Natur – die Natur wird gemacht; es gibt nicht die Frau, sondern die Frau wurde gemacht – sagen alle Feministen.

Der Untergang des Mannes

Eine der Ursachen (wenn nicht vielleicht die Ursache überhaupt) für die Revolution der Frau ist die Krise oder – noch schärfer ausgedrückt – der Untergang des Mannes. Wir leben im Zeitalter der "Entmannung des Mannes", in einer "kastrativen" Epoche, gekennzeichnet durch den härtesten Klassenkampf, den es je gegeben hat und der zerstörend und aufsprengend durch die Familie schleicht: Ich meine den Klassenkampf der Frau gegen den Mann.

Schon 1954 konnte Abram Kardiner ("Sex and Morality", 1954) im Blick auf die amerikanische Gesellschaft feststellen, daß in den Massenmedien die Frau mehr und mehr als ein Wesen erscheint, "das den unbeholfenen Ehemann nach Belieben herumscheucht" (vgl. Hoffmann R. Hays, "Mythos Frau. Das gefährliche Geschlecht", 1978): "Gehorsam und unterwürfig sorgt er für den Familienunterhalt, während in Wirklichkeit seine Frau alle Macht in Händen hält. Ist ihr Kind-Mann durch eigene Schuld in Schwierigkeiten geraten, so muß sie ihm heraushelfen, und er zahlt für ihren Beistand mit dem Verlust seiner Würde."

Die damalige einflußreiche amerikanische Wochenzeitschrift "Look" veröffentlichte schon 1958 eine Dokumentation mit dem alles sagenden Titel "The Decline of the American Male" (Der Untergang des amerikanischen Mannes). Dieses Schlagwort deckte nun plötzlich die Tatsache auf, daß die US-Gesellschaft direkt auf dem Wege in ein Matriarchat war – und das alles vor 25-30 Jahren! …

Der Glaubenszerfall des "modernen Menschen" in der westlichen Zivilisation mußte zwangsläufig zur Entmannung des Mannes führen! Der Mann ist nicht mehr Wille, weil er den Willen Gottes nicht mehr aufnimmt! Der nicht mehr von Gott gerufene, der Gott fliehende Mann ist der sinnlose, der an seinem Mannsein zerbrechende, in der Krise kaputtgehende und sich in seinem Selbst auflösende Mann.

Die Frau lebt aus der Hingabe zum Mann. Wenn aber der Mann nicht mehr Mann ist, verliert die Frau – ganz einfach und allen Feministen zum tödlichen Ärgernis gesagt – ihre Zuordnung zum Mann. Wo soll ergänzende Begegnung zwischen Mann und Frau sein, wenn der Mann nicht mehr Mann ist? Wie soll die Frau "vor dem Mann Ehrfurcht haben?" (Epheser 5, 33)

Wie soll sich die Frau dem Mann "hingeben" und darin, letztlich wirklich nur darin, die Erfüllung ihres erotischen Verlangens erfahren, wenn der Mann "mutterschutzsuchenderweise" in der Frau eben nur noch die Mutter sucht? Eine Frau kann und soll einen Mann nicht "ehrfürchten", sie kann dem Mann nicht untertan sein "wie dem Herrn", wenn eben der Mann durch Unglaube das Mandat, die Vollmacht, die Bevollmächtigung Gottes verloren hat!

Von daher gesehen, ist der Feminismus Strafgericht über die heilsverlorene Gottesflucht des Mannes in unserer Zeit. Männerherrschaft ohne Gottesfurcht ist Maskulinismus, der das

Strafgericht des Feminismus erleiden muß, oder, anders ausgedrückt, die Quantität des maskulinen Atheismus schlägt um in die Qualität eines atheistischen Feminismus.
Gerade in diesem "dialektischen Sprung" leben wir heute! Hier liegt auch die qualvolle Herausforderung der Frau! Sie hat weder dem maskulinen noch dem "weichlichen" Mann untertan zu sein! Ihre Ehrfurcht gegenüber dem Mann ist – wie es der Epheserbrief ausdrückt – "im Herrn"! Nur im Herrn gilt das Zueinander von Mann und Frau – alles andere wäre Unterdrükkung des Menschen durch den Menschen, wäre Versklavung des Mannes oder der Frau. Genau das will die biblische Schöpfungsordnung nicht.

Gott, der allmächtige Vater

Der Feminismus meint mit seinem Leitwort "Wholeness" (Ganzheit) das nicht mehr differenzierte, aus der Spannung befreite "Ganze". Das bergende und schützende, umhüllende Eintauchen in den Schutz der großen Mutter steht gegen das Gegenüber von Gott und Mensch, gegen die Spannung von Fleisch und Geist, Himmel und Erde, Tod und Leben – gegen all die Wirklichkeiten, die mit der Relation Männlichkeit in den Aussagen der Bibel repräsentiert sind.
Der Gott im Alten Testament ist Trennung und Spannung zur Welt und zum Menschen. Er ist dieses dynamisch-dramatische Gegenüber von Schöpfer und Geschöpf, Himmel und Erde. Gott der Herr (die Septuaginta wird immer den Namen Gottes "Jahweh" mit Kyrios, also "Herr" übersetzen) ist eben – wie Karl Barth es in seiner großen theologischen Jugendzeit wieder entdeckte – der "ganz Andere", der heilige, der unsichtbare, auch durch Gefühl und Begriffe nicht faßbare Gott.
Vor allem ist er das heilige Gegenüber zu jener Welt und zu jenem Menschsein, das der Sünde verfallen ist. "Die Ägypter sind Mensch und nicht Gott, ihre Pferde sind Fleisch und nicht Geist", ruft Jesaja (31, 3). Gott ist der Herr, aber Gott ist nicht ein Mann. …

Feminismus ist Irrlehre

In dieser zwiespältigen, von der Feindschaft gegen Gott überfallenen und dunkel beschatteten Welt ist Christus der Erlöser als der Kämpfer, Überwinder und Sieger. Diese Mächtigkeiten des Heils gelten als die Repräsentation des Männlichen. Also – wenn man so will – dann eben doch Jesus, der Mann.
Jesus, der Sohn Gottes, war Gott und wahrer Mensch, und auch als der in das Fleisch Gekommene, als der Erniedrigte, der die Knechtsgestalt annahm, die unser Menschsein prägt, hörte er niemals auf, Sohn Gottes zu sein. Der Heiland Jesus Christus kann nicht anthropologisiert werden, seine Männlichkeit ist nicht unsere verfehlte Männlichkeit. Seine Menschlichkeit – dem dreieinigen Gott sei Dank – ist nicht unsere verfehlte Menschlichkeit. Jesus ist der Christus – der Sohn Gottes, der in kein Bild und auch in keine Philosophie und Psychologie (auch nicht in die von Carl Gustav Jung) eingezwungen werden darf und kann.
Der Feminismus ist die Verneinung des in der Bibel geoffenbarten Gottes und seiner Schöpfung, des in der Bibel bezeugten Zueinander von Mann und Frau. Der Feminismus betreibt die Geschäfte jener Muttergottheiten, gegen die die Propheten des Alten Testamentes kämpften. Der Feminismus treibt die Kirche in die undifferenzierte, spannungslose Wohlfühlgesellschaft, in der sich das entpersonalisierte Kollektiv verwirklicht.
In der Kirche, wie sie der Feminismus will, verschlingt – wie ehedem – die Muttergottheit das Individuum und zerstört die Botschaft von Christus, so wie damals die Göttinnen Kleinasiens ihre Götter verschlungen haben. Himmel und Erde, Licht und Finsternis, Mann und Frau, Gott und Mensch werden durch sehnsüchtig erwartetes Kollektivmenschentum verschlungen.
Unsere Gegenwart tendiert auf Kollektivismus, und der Feminismus betreibt – wie jede Häresie – das Geschäft der Anpassung der Kirche an diesen gesellschaftlichen Trend. Der Feminismus mit seinen "großen Frauen", angefangen von Simone de Beauvoir ("Das andere Geschlecht", 1949), über Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn oder die Selbstbefreiung der

Frau", 1970), Kate Miller ("Sexus und Herrschaft.
Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft", 1971) bis Mary Daly ("Beyond God the Father", 1974) und vielen anderen, die wir in diesem Aufsatz nannten oder nicht nennen konnten, ist wohl die bislang letzte, aber auch wichtigste Aktualisierung des modernen Atheismus, der im Grunde die Retrogression, die quasimütterliche, sprich kollektive Gesellschaft anstrebt.
Der Feminismus ist keine Schreibtischrevolution, er ist Ausdruck des Verlangens der Masse nach kollektivistischer Geborgenheit.
Der Feminismus betreibt nicht den Kampf gegen den Mann, sondern gegen das Menschsein. Soweit er den Maskulinismus einer atheistisch sich mißverstehenden Supermännlichkeit als unchristlich und unmenschlich entlarvt, wollen wir gerne von ihm lernen. Aber der Feminismus zerstört das biblische Verständnis der Frau, verneint die besondere Geschöpflichkeit der Frau und treibt sie dadurch in eine tiefgreifende Einsamkeit und quälende Sinnlosigkeit.
Die Feministinnen haben recht: Die Frau kann gegen die Schöpfungsbestimmung leben – wir fragen nur, ob sie diese Verneinung der von Gott gesetzten Schöpfung als Mensch überleben wird. Der Feminismus (femina heißt ja Frau) kämpft gegen die Frau, gegen die Mütterlichkeit in unserer immer einsamer, unpersönlicher und kälter werdenden Gesellschaft. Durch den Feminismus wird es noch kälter werden auf dieser Erde. …<<
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Februar 1982 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 142 - 1982 (x853/...): >>**Die Befreiung vom Rechtsstaat durch emanzipatorische Rechtserziehung in der Schule**
Ein Beitrag zum Problem "Aushöhlung des rechtsstaatlichen Legalitätsprinzips" aus der Perspektive des Pädagogen (Bökmann).
1. In einem Gottesdienst am 26.11.81 in Bonn hat Kardinal Ratzinger vor katholischen Abgeordneten vor einer Totalisierung des Staatsanspruchs, den Menschen zu betreuen und zu verwalten, gewarnt. Insbesondere über die staatlichen Pflichtschulen und eine das Totum des Menschen erfassende "Erziehung" ("Sozialerziehung"; Zwangs-Sexualerziehung unter Verletzung der Scham- und Intimsphäre; "Aufbrechen der Eltern-Kind-Beziehung"); aber auch über lebenslängliche pflichtmäßige und "flächendeckende" Service-Stationen werden derartige Zugriffe (Jugendhilfegesetzentwurf) praktiziert. Sie scheitern partiell nur an der Unfinanzierbarkeit solcher angeblich "sozialer" Wohltaten.
Ratzinger dagegen: Ein Staat, der das Ganze des menschlichen Könnens und Hoffens sein wolle, wäre falsch und antichristlich. Vertreter einer solchen Staatsauffassung, die als ihr Ziel die vollkommene Befreiung des Menschen propagieren, die Aufhebung aller Herrschaft, stünden im Widerspruch zur Wahrheit des Menschen und im Widerspruch zu seiner Freiheit, "weil sie den Menschen einzwängen in das, was er selber machen kann."
Und dann: "Solche Politik, die das Reich Gottes zum Produkt der Politik erklärt und Glaube in den universalen Primat des Politischen beugt, ist ihrem Wesen nach Politik der Versklavung, sie ist mythologische Politik." Erster Dienst des christlichen Glaubens an die Politik sei es daher, den Menschen von der Irrationalität politischer Mythen zu befreien, die die eigentliche Bedrohung unserer Zeit seien.
Genau eine derartige emanzipatorische Erziehungs- und Schulideologie aber wird massiv - wie im folgenden nachgewiesen – durch einen Großteil unserer Schulbücher und also des entsprechenden Schulunterrichts vermittelt. Und dies mit z.T. durchaus manipulatorischen Mitteln.
2. Eine Rolle spielt dabei die Umdrehung von verfassungsmäßigen Schutz-Rechten (so entstanden sie - so sind sie aufzufassen) zu Anspruchsforderungen; vom Rechts-getragenen und Rechts-gebundenen Staat, der dies Recht - v.a. bei Wehrlosen - gegenüber Angriffen, u.U. auch mit Machtmitteln, verteidigt, zum verwaltenden Verteiler und Betreuer unter Gleichheits- bzw. Gleichmachensdruck.

3. Daß aber Macht - auch und gerade die des Staates - nicht vor Recht gehe, ist der Kern echter Menschenrechte, ihre ethisch e Substanz. Das war und ist schon Felsengestein der prophetischen Verkündigung; glasklar formulierte Erkenntnis frühgriechischer Ethik; Grundgedanke römischen Rechts; v.a. dann jene Grundkonzeption des Naturrechts und sein immerwährendes Postulat, das - im Sog einer Emanzipationsradikalität, die sich auch von der normativen Verbindlichkeit des Rechts "befreien" will - heute verspielt und verloren zu werden droht.
Es gehört zum Ruhmestitel der katholischen Moraltheologie, daß sie dies Naturrecht und seine "immerwährende Wiederkehr" aufgenommen, vertieft und als gottgestiftetes, unvergängliches und unantastbares Recht durch die Zeiten geschichtsmächtig getragen hat. Es ist eine heute vielfach gehörte, nichtsdestoweniger falsche Behauptung, die sogenannte "moderne Freiheitsgeschichte" verdanke sich der französischen Revolution und die so verstandenen Menschenrechte müßten nun auch in der Kirche durchgesetzt werden. Die "Magna Charta Libertatum", auf der die Erklärung von 1789 beruht, stammt von 1215!
Auch gab es schon alte Volks- und Verbandsrechtskodifizierungen ("Lex Salica" z.B.); noch älter das Ius gentium der Römer und - wie gesagt - das Naturrecht ("Homo homini sacra res!"). Selbst im Zeitalter des Königtums war man grundsätzlich gehalten, die Macht als im Dienst des Rechts stehend aufzufassen (auf der alten Kaiserkrone stand gar: per me reges regnant). Die widerliche, prinzipienlose "pseudo-vernünftige" Wurstelei, die man heute angesichts eklatanter und brutaler Unterdrückung elementarer Rechte praktiziert, fällt deshalb weit hinter frühmenschliche ethische Errungenschaften zurück.
4. Selbstkritisch muß jedoch erwähnt werden, daß diese sozialethische Grundidee auch von neueren Moraltheologen nicht nur kritisiert, bezweifelt, relativiert sondern geradezu diffamiert wurde (symptomatisch: Franz Böckle, Hg.: Das Naturrecht im Disput, Düsseldorf 1966; Franz Böckle und Ernst-Wolfgang Böckenförde: Naturrecht in der Kritik, Mainz 1973). Aus übertriebener Aversion gegen eine angebliche oder partiell tatsächliche "Verrechtlichung" der Moral; vom Interesse geleitet, die Begründung von ungeliebten Lehren der Moral zu hinterfragen und ihren guten Sinn zu verdrängen, vertraten sie eine strikte "Trennung von Moral und Recht".
Wenn aber das Recht seines tiefsten Gültigkeitsfundaments und seines Durchsetzungsanspruchs durch den Staat beraubt wird, wenn seine Unverletzlichkeit, seine "Heiligkeit" (fiat iustitia! Wehre dem Unrecht!) ins Relative und Private "liberalisiert" wird, entartet es zu substanzloser Maßnahmen-Verwaltung, zu formalistischer "Legitimität", wird aus Strafe (deren ethische Sanktion Paulus in Römer 13 noch unüberbietbar lehrte) "Resozialisierung", aus Schuld "Zerrüttung" oder "Einfluß der Gesellschaft".
Schließlich wird ein derartig ausgehöhltes "Recht" verführt, blankes Unrecht, bloße Gewalt zu "legalisieren" (z.B. bei "legalen" Abtreibungen, "Euthanasie" - Tötungen oder dem "Kriegs-Recht" in Polen). Und zwar geschieht eine derartige Pervertierung - eben durch Verzicht auf die ethische Fundierung jeglichen Rechts, das diesen Namen verdienen will – dann notwendig.
5. Die folgenreiche und verhängnisvolle Polemik neuerer Moraltheologen gegen das Naturrecht und was man dafür hielt, hat den Kampf gegen die Mitte der 60-erfahre mächtig betriebene Eskalation der sogenannten "Rechts-Reformen" gelähmt. Statt nach ethischen Grundkriterien wurde nur mehr nach "Sozialschädlichkeit" (die man sehr unterschiedlich sehen und prognostizieren konnte) gefragt.
So fehlten zentrale Argumente; es wurde mehr nach der vermuteten Effektivität oder behaupteten Wirkung von Rechtsänderungen gefragt und dann endlos hypothetisch gerechnet und gestritten (vgl. etwa den Streit um die angeblich so hohen früheren Dunkelziffern von Abtreibungen, auf deren Basis man dann glaubte, der "Liberalisierung" eine Verbessernschance zusprechen zu können: so z.B. Prof. Gründel/München; und dann ganz ähnliche "Argumente"

im Munde des damaligen Justizministers Vogel in seiner Fernsehdiskussion mit Kardinal Ratzinger).
6. Um so grotesker wirkt die heute bei denselben Moraltheologen üblich gewordene Promotion einer "Rechtsgüterabwägung" zur bevorzugten Normfindungssmethode in der Moral. Sie, die nicht müde wurden, der klassischen Moraltheologie 'Juridismus' vorzuwerfen, übernahmen selber einfach eine Entscheidungshilfefigur von den Juristen, wobei sie gleichzeitig keine wirklich schlechthin gültigen Kriterien für eine derartige "Abwägung" angeben und festhalten. Das ist echte und, noch dazu im defizitären Sinn von "Recht", praktizierte "Verrechtlichung"! Konsequenterweise verlieren sie sich immer mehr in rabulistische Kasuistik bzw. Situationsethik oder utilitaristische Teleologie (Erfolgsethik).
7. Wenn aber keine schlechthin objektiven Gültigkeiten mehr anerkannt werden, steht letztlich hinter allem "Abwägen" der Anspruch einer autonomen Entscheidung. In dieser Linie ist es ganz erklärlich, daß die "autonome Moral" (Alfons Auer und andere) aufkam.
Sie korreliert mit dem im folgenden dargestellten Jakobinischen Verständnis von "Befreiung" (Emanzipation), insofern eine radikale Unabhängigkeit - "Freiheit" / "Autonomie" - von vorgegebenen Sinn- und Wesensgehalten zugunsten einer Souveränität des entscheidenden Einzelnen behauptet wird. Wenn eine derartige ethische Autonomie durch das Adjektiv "theonom" sekundär theologisiert wird, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich eine Befreiung von Sein und Sollensverweis der Schöpfungswirklichkeit vollzogen wird.
So wird - zum ersten Mal in der Geschichte der Moraltheologie - z.B. Abtreibung als u.U. sittlich möglich … als Ergebnis einer entsprechenden situativen "Güterabwägung", als sittlich geboten angesehen, menschliches Leben, die Tötung Unschuldiger, zur Disposition gestellt (Vgl. die Besprechung der "Fundamentalmoral" von Fr. Böckle durch Prof. Josef Georg Ziegler in "Münchener Theologische. Zeitschrift" 1981, S. 222-237; hier S. 230).
8. Daher trifft Ratzingers hellsichtig-aufdeckende Darlegung durchaus auch Vor-Denker in der Kirche. Was aus derartigen, nur scheinbar akademischen Erörterungen an fürchterlicher Folge-Wirklichkeit werden kann, werden (sich) die jetzt Fünfzigjährigen noch erinnern können. Dagegen wollten die Väter unseres Grundgesetzes die einzig gültige Garantie gesichert wissen: daß die Grundrechte, unabhängig vom Staat, von irgendwelchen Mehrheiten, nämlich von Natur aus und immer verpflichtend und vom Staat aktiv wirksam zu schützen sind.
(Für die Bildungsarbeit kann gute Dienste tun das Heft Nr. 62 der Reihe "Kirche und Gesellschaft", Hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach: Dreißig Jahre Grundgesetz, von Willi Geiger, 1979, … Mönchengladbach - Von demselben Autor: Grundwerte und Grundrechte in der Spannung zwischen Kontinuität und Veränderung, in: "Arbeitshilfen" Nr.19, Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, … Bonn).
Die ideologisch manipulierte Erosion der Rechtsbindung fand neuerlich in dem kläglich-beschämenden Taktieren anläßlich von offen rechtwidrigen "Hausbesetzungen" einen ziemlich explosiven Ausdruck. Bei den Verteidigern solcher Rechtsbrüche fehlte nicht der BDKJ (Berlin). Schnell war auch ein Moraltheologe zur Hand, der die Dinge u.U. ganz verständlich fand, ja sie gegebenenfalls für legitimierbar hielt.
Aus der also moraltheologisch hofierten Hausbesetzerszene aber kam der Aufruf zu jenem Anarcho-Festival "Tuwat-Kongreß", zu dem "Anti-Imperialisten, Feministinnen, Chaoten, Punks, Hippies, Gammler, Schwarze und 'Indianer', Schwule und Lesben, Alternative und Grüne, Radler, Sozialisten, Anti-AKW-ler, Kraaken und Instandbesetzer" erwartet wurden.
Man muß dem Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum München und Freising, Erwin Brießmann, deshalb sehr dankbar sein, daß er das seltsame und lange Schweigen zu der schrecklichen Verharmlosung zynisch und gewaltmäßig verübter Rechtsbrüche auch im katholischen Bereich durchbrochen hat. In einer Erklärung vom 5.7.81 heißt es: "Wer die gesetzliche Ordnung verletzt und dadurch eine Straftat begeht, 'kriminalisiert' sich selbst ...

Wer sich ohne Recht eine Wohnung nimmt, ist nicht besser als derjenige, der sich sonst seinen Lebensbedarf zusammenstiehlt.
Wer trotzdem für eine bestimmte Gruppe von Rechtsbrechern mit dem hier unzutreffenden Hinweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine Ausnahmebehandlung fordert, betritt den Weg zu einer 'politischen Justiz', wie sie die Zeit der Hitler-Diktatur kennzeichnet ... Besonders verwerflich ist es, wenn sich Politiker den Rechtsbrechern mit einem Entgegenkommen anbiedern, das sie dem in gleicher Notlage stehenden rechtstreuen Bürger nicht gewähren ..."
Das Tauziehen um eine entspr. Erklärung des ZdK (Mitte Mai 81) zeigte jedem, wie weit eine gefährliche Depotenzierung der sittlichen Rechtsidee bereits in die Reihen von kirchlichen Funktionären gedrungen ist.
9. Kümmern wir uns im Unterricht … um die Erweckung der Verpflichtung, Recht zu tun, zu denken, durchsetzen zu helfen? Wehren wir den parteiischen Suggestionen der Diffamierung ganzer Schichten, Gruppen, "Klassen"? Erkennen wir die große Verführung für Jugendliche, Sündenböcke benannt zu bekommen, auf die man Problemdruck, Gewissensbisse und Aggressionen abwälzen kann? Vertreten wir gegenüber den allzu vielen, von Gesinnungs- und Behaltens-, von Angst- und Ideologie-Pazifismus Umnebelten wieder die schlichte Wahrheit: opus iustitiae pax? Ein "Friede" ohne Wahrheit, Recht und Gewissensfreiheit bedeutet schließlich Krieg gegen das Recht, Aufstand gegen Gott.
Letzten Endes jene "Ruhe", die zum Endpunkt einer Versklavung wird, und in der perfiden Form der regressiven Domestizierung eines zum bloßen Bedürfnisbefriedigungswesen heruntermanipulierten Menschen.
10. Demgegenüber ist es bestärkend, daß der Heilige Vater in Seiner Ansprache an die Vereinigung katholischer Juristen Italiens am 6. Dezember 1980 an die große und immerwährende ethische Tradition von der souveränen Instanz des Natur-Rechts erinnert hat:
"Die erste, radikalste und wenn auch nur anfängliche Ordnung der Gerechtigkeit unter den Menschen ist das Naturrecht, das die menschliche Person zum ersten Grund und zum letzten Ziel des gesamten politisch zusammengeschlossenen Lebens macht. Jenes Recht, aus dem in der Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit der geschichtlichen Situation die verschiedenen positiven Ordnungen und Institutionen hervorgehen.
Jenes Recht, das diesen Ordnungen vor der öffentlichen Macht - und noch mehr als diese - ihre ethische Gültigkeit, ihre ständige Vervollkommnungsfähigkeit und ihre zunehmende Mitteilbarkeit an immer weitere Zivilisationen bis hin zur Weltzivilisation sicherstellt." (Deutscher Osservatore Romano 1981 Nr. 3 vom 16.1.81, S. 9).
11. Wer sich über die "Entmachtung des Rechts" durch eine kurze, aber sehr treffende "kritische Analyse der eingeleiteten Strafrechts- und Justizreform" informieren will, sei hingewiesen auf den Sonderdruck gleichen Titels von Friedrich Graf von Westphalen im Verlag "Rheinischer Merkur" (er enthält Beiträge in den Ausgaben Nr. 2, 3, 4, und 5 /1971).
Der folgende Beitrag kann durch die Broschüre vertieft werden: Clemens und Rudolf Willeke: Recht und Justiz im Unterricht – Die Befreiung vom Rechtsstaat (Sonderbeilage März 1980 des ibw-Journal, Paderborn …).
12. Das, was Rudolf Willeke im folgenden darlegt, beruht auf einer großangelegten Untersuchung und kritischen Analyse: H. Günther / R. Willeke, Die Gesellschaft im Schulbuch, Brendow Verlag, Moers (im Druck) 1982, eine empirische Studie über die in der Bundesrepublik genehmigten Deutsch- und Politikbücher der Sekundarstufe I.
In dieser Arbeit wird gefragt und nachgewiesen, mit welcher Geschwindigkeit und Intensität sich die neomarxistische Kritische Theorie, die kritisch-emanzipatorische Pädagogik und die Konfliktdidaktik im Schulbuch, unterschiedlich nach Bundesländern, durchgesetzt haben. Es gelingt den Autoren nachzuweisen, daß Fragen der Religion und Transzendenz schlicht aus-

geblendet werden.
Der Kölner Rechtsphilosoph und Richter am Verfassungsgerichtshof/NW, Prof. Dr. Martin Kriele stellte in seinem Vortrag bei der Gründung der Freien Europäischen Akademie der Wissenschaften) zwei einander widerstreitende geistige Traditionen vor.
Beide seien in der Französischen Revolution verwurzelt und beide zusammen führten in der Gegenwart zu einem politischen Konflikt, der dramatische Formen annehmen könnte, weil die Ideen in ihrer Konsequenz unüberbrückbar gegensätzlich seien.
Die eine Idee, die Kriele Freiheitsidee nennt, trug die Französische Revolution von 1789 und richtete sich auf bzw. verwirklichte sich in den westeuropäischen demokratischen Verfassungsstaaten, die die Menschenrechte institutionell garantieren sollten und eine Rechtsordnung hervorbrachten, die auf Respekt vor dem Menschen (Menschenwürde) basierte.
Die gegenläufige Idee, die "Befreiungsidee" gehe auf die Herrschaft der Jakobiner von 1792 zurück und richte sich auf die Überwindung des Verfassungsstaates und auf die "Befreiung" aller Menschen zur richtigen Gesinnung. Diese Revolution führt zum Terror der "Tugend" und zu einer Rechtsordnung, in der die herrschende Gruppe das Recht in den Dienst der Volkserziehung stellt.
Kriele versucht, meines Erachtens etwas gewaltsam, das Programm der Jakobiner in aktuelle Schlagworte zu übersetzen:
- Demokratisierung aller, d.h. auch der privaten Lebensbereiche;
- Fundamental- oder Basisdemokratie mit imperativem Mandat;
- Abschaffung von Herrschaft der Menschen über Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen (Familie, Schule, Kirche, Betrieb, Krankenhaus, Gefängnis);
- Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Individuen und der gesellschaftlichen Kräfte bis hin zur Anarchie und zur Propagierung der Herrschaft des wissenschaftlichen Sozialismus.
Im persönlichen Leben des Einzelnen sollte die Freiheitsidee der Französischen Revolution zur Ermöglichung von Mündigkeit und Freiheit des Bürgers im Schutze staatsrechtlich garantierter Institutionen führen.
In der Staatssphäre dagegen sollte sie die repräsentative Demokratie als die dem zu Freiheit und Verantwortung bestimmten Menschen adäquate Staatsform durchsetzen.
Die Befreiungstradition der Jakobinischen Revolution dagegen versuchte, gegenüber dem Prinzip der Repräsentation das der Identität von Herrschenden und Beherrschten durchzusetzen und die durch Verfassung geschützten Institutionen aufzuopfern, wobei sie ständig der Gefahr ausgesetzt war, von Herrschaftsfreiheit in Erziehungsdiktatur der "Aufgeklärten" umzuschlagen.
Im Individualbereich, so Kriele, zielt die Befreiungs- oder Emanzipationsidee der Jakobinischen Revolution auf die Bestreitung der Menschenwürde und die Bevormundung des Geistes ab, weil sie die Freiheit den unreifen Bürgern erst nach einer Erziehungsdiktatur geben will.
Kriele nennt die Freiheits-Idee daher die "legitime" Idee der Politik. Sie steht der Vernunfts- und Aufklärungsphilosophie des Deutschen Idealismus nahe, während er die Befreiungs- und Emanzipationsidee als "illegitime" Idee bezeichnet, weil sie der Philosophie des Dialektischen bzw. Historischen Materialismus von Marx bis Habermas folgend, auf Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates und auf "Befreiung" des Individuums von Würde, Freiheit, Selbstbestimmung und Religion (K. Marx) abziele und letztlich die Praxis terroristischer "Befreiungsorganisationen" bzw. die Diktatur des Proletariats legitimiere und schließlich auch postuliere.
Wenn die von Kriele angenommene Unterscheidung für die geistige Situation der Gegenwart kennzeichnend ist, also die "Legitimationsgrundlagen des die geistige Freiheit schützenden demokratischen Verfassungsstaates" ins Schwanken geraten ist (FAZ, S. 11), dann müßte diese Auseinandersetzung zwischen der legitimen Freiheitsidee auf der einen und der illegitimen

Emanzipationsidee auf der anderen Seite auch in den Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung in der Schule der Bundesrepublik anzutreffen sein.
Ich beschränke mich im folgenden auf den Nachweis, daß in neueren Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung die Freiheitsidee von der Emanzipationsidee verdrängt wird. Dabei sind die vorgeführten Beispiele aus einer Vielzahl von Lernanregungen herausgegriffen, sie dienen der Veranschaulichung.
Eine Objektivierung ermöglichen die empirischen Daten einer Totalerhebung aller in den Bundesländern genehmigten Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I.
Rechtskundliche Beispiele, die der legitimen Freiheitsidee nahestehen, lassen sich ebenso leicht beibringen.
Im nächsten Abschnitt geht es also darum aufzuzeigen, mit welchen Lerninhalten das Rechtsbewußtsein der Schüler geprägt bzw. welche Informationen über das Recht und das moralisch Gute die Schüler in emanzipatorischen Schulbüchern erhalten.
Im zweiten Abschnitt werden exemplarisch Unterrichtsmethoden vorgeführt, mit denen das Rechtsbewußtsein der Schüler trainiert und geprägt wird.

I. Inhalte und Lernanregungen emanzipatorischer Rechtserziehung

1. Beispiel: In einem *Religionsbuch* für die 4. Klasse sollen die Schüler darüber diskutieren, ob ein braves Kind geschwind gehorcht. Dazu erhalten sie nacheinander folgende Informationen, die sie z. T. im Schülerarbeitsheft "verarbeiten" sollen.
- Wem gehorchen? (Überschrift)
"Wenn die Mama morgens schreit: Aufstehen, Kinder, höchste Zeit! - sagt ein richtig braves Kind: Die spinnt! ...
Vaters Sprüche: ... Und wenn Papa abends droht: Schluß mit Fernsehen, Abendbrot! - schreit doch jedes Kind im Haus: Raus!"
- Der nächste Text: 'Streit vermeiden?' schildert einen Streit zwischen einem Sohn, der spielen möchte und einem Vater, der verlangt, daß zuvor die Hausaufgaben ordentlich erledigt werden und sich mit einem 'scharfen Schlag' statt mit vernünftiger Begründung durchsetzt. Diese Kurzgeschichte wird durch eine Bildserie veranschaulicht: Der Sohn hat das Bedürfnis, im Wohnzimmer Fußball zu spielen, der Vater dagegen Zeitung zu lesen. Dieser Streit endet mit einem ebenso schmerzhaften Schlag auf die Wange des kleinen Jungen.
Daneben steht die Aufforderung an die Kinder - durch rote Balken eingerahmt - "Ehre deinen Vater und deine Mutter ..." mit dem kommentierenden Text der Herausgeber: Dieses Gesetz gehört einer vergangenen Zeit an, in der Erwachsene ihre altgewordenen Eltern nicht aus dem Hause weisen, nicht verhungern lassen und nicht töten sollten.
- Die nächste Information: "Kennst Du die Wegwerfsachen?" soll den Schülern den Eindruck vermitteln, daß in unserer Gesellschaft immer noch alte Menschen ausgesetzt werden. Der Text lautet nämlich: Kennst Du die Wegwerfsachen? Man trifft sie an jedem Ort: einer ist krank, einer ist alt, einer ist schwach, einer zuviel, und sind sie verbraucht, schickt man sie fort, hinaus vor die Tür, hinein in die Anstalt, hinaus auf die Straße, hinein ins Asyl.
Schülerarbeitsheft und Lehrerhandbuch veranschaulichen das Verhalten unserer Gesellschaft gegenüber den Alten und Verbrauchten durch einen kraftstrotzenden Müllwerker, der gerade einen ängstlich dreinschauenden alten Mann mit dem Deckel in die Mülltonne drücken will und dabei die Worte spricht: "Na, Alterchen, Dich brauchen sie wohl nicht mehr".
Die Schüler sollen im Arbeitsheft die Menschen benennen, die nach dem Gedicht ähnlich wie der Alte behandelt werden.
Es ist ganz klar, was Gedicht und Bild mit dem Thema 'Gehorchen' zu tun haben. Es wird der Eindruck erzeugt, daß wir in einer inhumanen Gesellschaft leben, in der die Kranken, die Alten, die Schwachen, die Überflüssigen, die Verbrauchten rechtlos sind und von der jüngeren Generation wie Einwegflaschen und Plastiktüten weggeworfen werden können.

Ob das Gehorsamsgebot durch diese Informationen einsichtig gemacht und ob diese Informationen dem Wesen und Selbstverständnis unserer Gesellschaft gerecht werden, soll hier nicht erörtert werden.
- Im nächsten Lernschritt wird den Schülern des 4. Schuljahres mitgeteilt, warum manche gehorchen, nämlich weil sie z.B. zu faul sind nachzudenken, weil sie es so gewohnt sind, weil sie keine Scherereien haben wollen und warum manche nicht gehorchen, weil sie z.B. Gehorsamsforderungen für unsinnig halten, weil sie wissen, daß der andere ihnen nicht viel tun kann, weil sie gerade keine Lust haben, oder die Aufforderung für falsch halten.
Gewissermaßen als Beweis wird mitgeteilt, daß Jesus auch gegen das Sabbatgebot des AT verstoßen habe und schon als Knabe seinen verständnislosen Eltern durchaus nicht immer gehorsam und untertan gewesen sei.
- Im letzten Lernschritt wird gefragt, ob man dem Gott oder dem Menschen gehorchen soll. Ob man allerdings einem Gott gehorchen kann, der "Unruhe bringt", der "nicht gehorcht", der angeblich "Gott lästert", ist eine Frage für sich.
In der Primarstufe, für die diese Lernsequenz gemacht ist, ist nach dem Schweizer Psychologen J. Piaget das Rechtsbewußtsein durch die Gehorsamserziehung bestimmt, deshalb ist sie in diesem Zusammenhang hier dargestellt. Sie verdeutlicht darüber hinaus, wie Normen im Unterricht hinterfragt, als historisch bedingt dargestellt und in ihrem Verbindlichkeitsanspruch diskursiv gelockert werden.
Im emanzipatorischen Pädagogik-Konzepten wird die Darstellung einer mängelbehafteten und negativen Wirklichkeit betont. Von Th. W. Adorno beispielsweise wird formuliert, daß der konkret Mündige mit aller Energie darauf hinzuarbeiten habe, daß die Erziehung eine Erziehung zum Widerstand und Widerspruch sei. Es müsse das Bewußtsein davon geweckt werden, daß die Menschen immerzu betrogen werden. Er nennt dies eine Pädagogik des Madigmachens, die dem jungen Menschen unsere manipulative, falsche Welt madig mache, damit er ein Fremder werde in einer ihm feindlich gegenüberstehenden Gesellschaft.
Der einflußreiche Pädagoge W. Klafki fordert im Sinne dieser Konzeption: Kritische Pädagogik muß notwendigerweise zur permanenten Gesellschaftskritik werden oder sich mit Gesellschaftskritik verbünden.
Die Methode der emanzipatorischen Erziehung besteht also darin, vorhandene Mißstände zu sammeln, als repräsentativ auszugeben und einseitig gesellschaftskritisch zu interpretieren.
So fordern z.B. die Richtlinien für den Politik-Unterricht NW, daß es in das Belieben des Schülers zu stellen sei, die Normen der Gesellschaft anzuerkennen oder abzulehnen.
Bei der Textauswahl für den Deutschunterricht muß nach den Lehrplänen für Deutsch geprüft werden, auf welche Weise die Beschäftigung mit einer Textsorte der Emanzipation dienen kann.
Entscheidend ist also nicht die Qualität von Dichtung oder Sprache, sondern der politische Nutzwert der Beschäftigung damit. 75 % bis 80 % der Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I enthalten Lernanregungen, das Negative in unserer Gesellschaft zu behandeln.
Kritisiert wird von den Schulbüchern
- daß überall Herrschaft und Unterdrückung wirksam sind …
- daß Macht ungleich verteilt ist und nicht alle gleichen Einfluß haben …- daß die Welt und die Gesellschaft durch den Gegensatz von arm und reich geprägt sind …
- daß es Randgruppen und Außenseiter gibt; … die ungerecht behandelt werden, mit denen man sich solidarisieren sollte;
- daß es Umweltverschmutzung gibt …
In 40 % - 60 % der Schulbücher wird Technik und technischer Fortschritt als negativ, als arbeitsplatzgefährdend, gesundheits- und umweltschädlich und lebensbedrohend dargestellt.
Auf die Methoden der Erhebung dieser Zahlen kann hier nicht eingegangen werden, sie wer-

den in der Schrift "die Gesellschaft im Schulbuch") ausführlich dargestellt.
2. Ich komme zum zweiten Beispiel aus dem Deutsch-Unterricht der SekSt I. In einem Lesebuch) für das 8. Schuljahr wird eine Lernsequenz von 13 Texten mit der Überschrift versehen: "Wessen Recht ist dieses Recht"?
- Die Texte 1, 2, 3 schildern Schießereien zwischen der Polizei und Automardern, Gangstern und Mördern im Kriminalromanstil.
- Die Texte 4 und 5 schildern in Wort und Bild, wie amerikanische Neger in Slums zusammengepfercht leben und um ihre Menschenrechte durch Rassenkrawalle kämpfen müssen.
In der redaktionellen Fußnote wird den Schülern mitgeteilt, daß die Neger in den USA unterdrückt bzw. durch Gesetzgebung und Rechtsprechung benachteiligt werden bzw. um juristische und politische Gleichberechtigung (= Emanzipation) kämpfen müssen: die einen (Black Panther) mittels Raub, Mord und Brandstiftung die anderen (M. L. King) durch gewaltfreien Widerstand.
- Im 6. Text von Bert Brecht tritt Till Eulenspiegel als Richter auf und erlegt einem Bauern, der in Volltrunkenheit einer Frau mit einem Holzscheit das Rückgrat gebrochen hatte, eine Geldbuße von 5 Gulden auf, läßt sich das Geld geben und verschwindet.
- Im nächsten Text werden die Schüler über das "Wesen des Strafvollzuges" informiert.
Ein Zuchthausaufseher wird durch zwei Bäcker in einer Zelle in ein tiefes Dilemma gebracht, weil er beide resozialisieren soll. Der eine sitzt seit 4 Jahren, weil er gesetzwidrig Kleie verbacken hatte und dadurch zu erheblichem Reichtum gekommen war.
Der andere wurde vor 5 Monaten ebenfalls zu 5 Jahren Zuchthaus bestraft, weil er nach einer Änderung des bislang gültigen Lebensmittelgesetzes keine Kleie ins Brot gebacken hatte und damit der Volksgesundheit geschadet habe.
Der Aufseher fragt sich, wie er dem einen beibringen könne, daß Kleie Diarrhoe verursache, dem anderen aber, daß Kleie Knochenmark bilde.
- Der nächste Text (K. Tucholsky) fragt, warum eigentlich Angeklagte vor dem Richter stehen müssen. Die Antworten des Textes lauten: durch das Stehen werde die Wehrlosigkeit des Angeklagten manifestiert, werde dem Angeklagten klar, daß er sich zu verantworten habe. Der Richter stülpe dem Stehenden eine Strafe über den Kopf, ohne viel Verständnis für die körperlichen, seelischen und sexuellen Nöte des Verbrechers zu haben.
- Die nächsten beiden Fabeln dieser Lernsequenz scheinen besonders aufschlußreich für das Denken der Autoren dieser Lesebuchreihe. Die Fabel von R. Kirsten berichtet von einer Katze, die die Jungen eines Rattennestes abschleppt. Da schrie die Ratte, wie kannst Du mir meine Kinder nehmen, da du doch selbst Mutter bist? "Eben drum", antwortete die Katze, "meine Kinder essen nichts lieber als junge Ratten."
Nach Durchlesen dieser Fabel sollen sich die Schüler überlegen, "wovon es abhängig ist, *was* und *wen* man kriminell nennt." Nach dem LHB sollen die Schüler der Fabel entnehmen, daß das, was den Konfliktparteien als Recht erscheint, in Wirklichkeit oft nur Nützlichkeitserwägungen sind. Die Schüler sollen erkennen, wo der Autor Kirsten auf die *Relativität von* Rechtsnormen und Moralvorstellungen hinweist.
- In der zweiten Fabel von Fr. Hetmann hat Bruder Fuchs die Schwester Gans geschnappt und will sie auffressen, weil sie auf seinem See geschwommen sei. Die Gans bittet ihn, durch ein Gericht prüfen zu lassen, wer im Recht sei. Als beide vor Gericht ankamen, was mußte die Gans da erleben. Der Sheriff war ein Fuchs, der Richter war ein Fuchs, die Staatsanwälte waren Füchse und die Geschworenen waren auch Füchse, sie verhörten die Gans, verurteilten sie, ließen sie hinrichten und nagten gemeinsam die Gänseknochen ab.
Moral: "Wenn alle Leute, die man auf den Gerichten antrifft, Füchse sind, und unsereiner ist nur eine ganz gewöhnliche Gans, dann braucht ihr keine Gerechtigkeit für einen armen Neger zu erwarten."

Bezieht man die Aussagen der Fabeln auf die Frage: ‚Wessen Recht ist dieses Recht?' so kann die Antwort nur lauten: dieses Recht ist Klassenrecht, diese Justiz ist Klassenjustiz, es ist das Recht der Herrschenden, der Mächtigen, der Schlauen, und es ist gleichzeitig das Unrecht gegenüber den Schwachen und Wehrlosen. Die Herrschenden haben eine Ideologie, mit der sie ihr Recht zu legitimieren versuchen, und sie haben auch alle Machtmittel in der Hand, ihr Recht durchzusetzen.
Die Gerichte sind der verlängerte Arm der Herrschenden und partizipieren an den Benefizien des Systems. Alle Herrschenden stecken unter einer Decke und die Beherrschten warten vergeblich auf Gerechtigkeit. Im LHB heißt es zur letzten Fabel: Hetmann will darauf aufmerksam machen, daß die in einer Gesellschaft als verbindlich geltenden sittlichen Normen bedeutungslos sind, solange sich die Machtmittel in der Hand ein und derselben Interessengruppe befinden, die keinerlei Einschränkung und Kontrolle fürchten muß und daher ihre Interessen bedenkenlos auf Kosten des Schwächeren durchsetzen kann (LHB, S. 67).
Das mag grundsätzlich richtig sein, nur zur Erstinformation der Schüler über eine wirkliche Rechtsordnung allgemein und über unsere Rechtsordnung in der Bundesrepublik im besonderen problematisch.
Auch an dieser Lernsequenz wird deutlich, daß an keiner Stelle die Bedeutung des Rechts und der Rechtsprechung für das Zusammenleben von Menschen in der Gesellschaft anklingt. Dem Jugendlichen wird somit jede Einsicht in die Vernunft des Rechts, jede Achtung vor dem Recht, jede Möglichkeit der Identifikation mit den Rechtsnormen, mit den Organen des Rechts und mit dem Rechtsstaat von vornherein verbaut. Die Autoren präsentieren ausschließlich solche Texte, die den Schülern eine kritische Einstellung zum Recht im weitesten Sinne vermitteln.
Diese Absicht der Autoren wird im LHB (S. 57/58) wie folgt umschrieben: Der Schüler soll -
"erkennen, daß Rechtsnormen oft auch Ausdruck von Herrschaftsinteressen sind;"
- "die Gefahr erkennen, die in der Hingabe an das instinktive und emotionale Rechtsempfinden liegt, weil ein derart unkontrolliertes Verhalten die Menschen politisch blind, in hohem Maße manipulierbar und oft auch unmenschlich werden läßt;"
- "die Wandelbarkeit von Normen erkennen, (was allerdings nicht heißt, Normenlosigkeit oder das Übertreten von Normen propagieren), aber die Berechtigung bestehender Normen muß immer wieder überprüft werden."
Die Schüler sollen mit den Normen der Gesellschaft konfrontiert und zur 'kritischen Resistenz' gebracht werden. LHB (S. 58).
Dieser Intention folgt die Textreihe konsequent.
Nach der empiristischen Untersuchung lassen sich 54 % der Schulbücher als "Trendsetter" lesen, d.h. sie passen homogen die emanzipatorischen Trends und beinhalten das emanzipatorische Menschenbild, die klassisch marxistische Gesellschaftsanalyse, die emanzipatorische Kritik an der Familie und die antireligiöse Grundströmung. Knapp 20 % der nach 1976 erschienenen Bücher gehören der Konzeption nach in die voremanzipatorische Epoche (1969 und früher).
In der emanzipatorischen Theorie lassen sich nur wenige theoretische Sätze über die Rechtsordnung in der Gesellschaft finden. Von einer entfalteten emanzipatorischen Rechtstheorie kann also nicht die Rede sein.
Th. W. Adorno z.B. behandelt das Recht innerhalb seiner geschichtsphilosophischen Hauptschrift 'Negative Dialektik' (Frankfurt 1966) in kritischer Abgrenzung zur Hegelschen Philosophie des Rechts. Für ihn ist aller gesellschaftlicher Fortschritt ein Fortschritt im Falschen, bedingt durch die total gewordene Herrschaft der Technologie, durch die Vorherrschaft der 'instrumentellen Vernunft' (M. Horkheimer).
Diese Falschheit werde auch im kulturellen Überbau, also in Religion, Ästhetik, im Menschen

selber und im Recht sichtbar. Nach Adorno gibt es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der Herrschaft des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. "Während die Gesellschaft ohne Recht, wie im Dritten Reich, Beute purer Willkür wurde, konserviert das Recht in der Gesellschaft den Schrecken, jederzeit bereit, auf ihn zu rekurrieren, mit Hilfe der anführbaren Satzung".
Recht ist nach Adorno "ideologisch", "Urphänomen irrationaler Rationalität" und wird in der verwalteten Welt zur "realen Gewalt". Diese Grundthesen emanzipatorischer Rechtstheorie werden von *0. Negt,* einem Schüler der Frankfurter Schule, in den "Zehn Thesen zur marxistischen Rechtstheorie" entfaltet.
Nach Negt bezeichnet bürgerliches Recht "die Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit, die Herrschaft der Vergangenheit über die Gegenwart", alle Gesetze und alle Einrichtungen der Justiz seien mit den Malen des Kapitals gezeichnet und befestigten die Herrschaft des Kapitals. (Negt, S. 58)
"Erst die freie Assoziation der Arbeiterproduzenten, die die politische Herrschaft von Menschen über Menschen aufheben, könnten auch die Verkehrung der Herrschaftsverhältnisse endgültig aufheben, indem sie die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Herrschaft der Kapitalistenklasse setzen." (Negt, S. 67)
Die emanzipatorische Rechtstheorie ist ihrem Wesen nach Kritik des bürgerlichen Rechts und dessen Rechtsphilosophie, aber, wie Negt es formuliert, nicht anatomisches Messer, "kein bloß analytisches Instrument", sondern Anweisung zum Umsturz, zur Revolution aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes und ausgebeutetes Leben zu führen gezwungen ist. (Negt, S. 58)
Nicht anders argumentiert auch der Frankfurter Ordinarius für Bürgerliches Recht R. Wiethölter im 'Funkkolleg Rechtswissenschaft'): Da der Mensch heute nur noch als das Ensemble aller gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden könne, da alle traditionellen Ordnungen zerbrochen, alle Ideale verraten und alle Autoritäten verlorengegangen seien, müsse man auch über Recht, Gesetz, Gerechtigkeit ‚neu' und ‚anders' reden:
"Wir müssen Recht politisch entmachten" und "entzaubern", das bestehende (bürgerliche) Recht sei "voremanzipatorisches Recht" (Wiethölter, S. 35), sei Heuchelei, Freiheitsverdammnis, lautlose, unerkannte, nicht durchschaubare Terrorisierung (Wiethölter, S. 36). Die Verantwortung des Bürgers vor dem Recht sei nichts anderes als Verdrängungsideologie der Nazis (Wiethölter, S. 60). Deshalb will er seine Funkkolleg-Reihe auch weder als Einführung in das Rechtssystem der Bundesrepublik noch in die (bürgerliche) Rechtswissenschaft verstanden wissen, weil das Rechtssystem "nicht mehr" und die Rechtswissenschaft "noch nicht" existieren (Wiethölter, S. 10).
Der Rechtslehrer Wiethölter setzt sich also für die Absetzung der Idee des Rechts in unserer Rechtsordnung ein, nach der Gleichen Gleiches und Ungleichen Ungleiches zuzumessen ist.
Ebenso wie Wiethölter lehnt es der Frankfurter Didaktiker der Rechtskunde F. Sandmann ab, dem Schüler im Unterricht "das Recht als überlegene ordnungsschaffende Gewalt nahebringen zu wollen" (Sandmann, S. 40).
Er legt deshalb Gedanken und Postulate zu einer Rechtserziehung vor, die dem "Anspruch emanzipatorischer Erziehung standhalten will", die ein System von Herrschaft und Normen transparent werden läßt, das gesellschaftlichen Veränderungen eher im Wege steht als sie fördert. Unterrichtliche Beschäftigung mit dem Recht solle vielmehr Chancen und Freiräume für Veränderungen deutlich machen und Strategien zur Einflußnahme auf die Rechtspolitik entwickeln (Sandmann, Vorwort).
Sandmann versteht Emanzipation als "Zustand überwundener Ausbeutung und Unterdrükkung", als Chancengleichheit der Entwicklung individueller Anlagen und Bedürfnisse durch Partizipation an den gesellschaftlichen Institutionen (Sandmann, S. 46-47).

Er fordert daher einen Rechtskunde-Unterricht,
- der die Herrschaftsfunktion des Rechts gegenüber der Schutzfunktion hervorhebt;
- der politische Probleme nicht auf juristische verenge;
- der den Schülern klar macht, daß bestimmten (z.B. kapitalistischen R. W.) Herrschaftsverhältnissen bestimmte (kapitalistisch-bürgerliche R. W.) Rechtsverhältnisse entsprechen; daß diese Herrschafts- und Rechtsverhältnisse historisch bedingt und damit veränderbar sind; daß das wirksamste Mittel des Einflusses auf Herrschafts- und Rechtsverhältnisse solidarisches Handeln ist; daß das Ziel der Einflußnahme die Verteidigung bestehender politischer und ökonomischer Unterdrückung sein muß; daß auch das geltende Recht gesellschaftlich bedingt ist und daß die Fähigkeit, mit einfachen Rechtstexten umzugehen, erworben werden muß, damit der Schüler in konkreten Situationen den Rechtsspielraum im Sinne der eigenen Interessen wahrnehmen könne (Sandmann, 187-188). …<<
In der Ukraine ereignete sich am 26. April 1986 der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wurde 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 (x175/790).
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 4. August 1989 über das neue Buch des deutschen Journalisten und Publizisten Johannes Gross (1932-1999) "Phönix in Asche": >>**Mutig nur in der Freizeit**
An Johannes Gross mögen sich die Geister scheiden. Die einen finden seine Intellektualität arrogant, gräßlich und unerträglich; die anderen lieben ihn wegen seiner Könnerschaft. Er ist ein glänzender Formulierer, ein überaus gebildeter Mann, wie es sie in der Publizistik nur selten gibt, ein großer Spötter vor dem Herrn und ein Meister der belebenden Polemik. So schnell verschlägt ihm nichts die Sprache.
Kein Zweifel, er ist ein Konservativer. Dies zeigt nicht zuletzt sein jüngstes Buch "Phönix in Asche", das er uns pünktlich zum vierzigsten Jahrestag der Republikgründung beschert hat und in dem er versucht, in einer Reihe von kurzen Skizzen "die seelische Realität der Republik einzufangen". Dabei steht für ihn eines außer Frage, wenn er "die Miserabilität ihrer öffentlichen Darstellung" beklagt: Unserem Land fehlt etwas, das er selber in so reichlichem Maße besitzt: Stil.
Dafür kranken wir Deutschen, findet Johannes Gross, an etwas anderem in um so höherem Maße: an Kleinmut und Wehleidigkeit.
"Ein junger Deutscher wird daran gewöhnt, ja er wird dazu erzogen, daß Wagemut, Abenteuerlust, Unternehmungsgeist nur als Schlagwörter für die Freizeitgestaltung ihr Recht haben, aber keinen Platz in der Wirtschaft oder im beruflichen Leben. Wenn irgendwo eine zündende Idee aufträte, kämen die Kleinkrämer von allen Ecken herbeigeeilt, sie zu löschen; sie stört ja nur."
Wer so schreibt und denkt, hat naturgemäß Gegner zuhauf. Alle jene, die sich mit dem Zeitgeist verbunden haben, werden sich an der Behauptung stören, die Bundesrepublik Deutschland gleiche einem Phönix, der es nicht schafft, sich aus der Asche zu erheben, und es – wie Johannes Gross es seinen Lesern unter die Nase reibt – auch gar nicht schaffen will.
"In vierzig Jahren wachsenden Wohlstandes hat der Staat Bundesrepublik nicht ein einziges Gebäude von architektonischem Rang errichtet, kein großes Denkmal in Auftrag gegeben, keine Musik, kein Bildwerk inspiriert – verschwände sie heute wie von Zauberhand, keine mit Sinnen wahrnehmbare Spur würde an sie erinnern. Durch konkludentes (stillschweigendes) Handeln drückt das politische Phänomen Bundesrepublik einen Inferioritätskomplex (Minderwertigkeitskomplex) aus, mögen seine Politiker auch gelegentlich auftrumpfende Reden halten. Was ihr Selbstbewußtsein wert ist, sagen die Steine, die nichts zu reden haben." ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtete im Oktober

1994 ferner über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des evangelischen Theologen und Publizisten Dr. Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**

Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe (Gott sei Dank) stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird (zu Recht) als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen (zu Unrecht) vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.

Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung (und damit der Tötung von Kindern), nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 (Homosexualität) tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Reps?

Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.

Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<

Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 (x853/...): >>**Die Linke ist noch nicht am Ende**

Der Kampf geht weiter

... Links bezieht sich auf unseren Herdentrieb und das Behagen, das wir beim Gleichen und Nämlichen und das Unbehagen, das wir beim Anderen und Fremden empfinden. Links steht der Kollektivismus jeder Art, der Sozialismus, der Nationalismus, der Internationalismus, der Rassismus, rechts die Freude an der Vielfalt. Das Linke ist das Horizontale, das Rechte das Vertikale. Das Rechte ist aufblickend, das Linke umherblickend, das Rechte das Spirituelle, das Linke das Materielle. Der linke Trieb in uns, den wir auch mit dem Tierreich teilen, gibt uns ein Vergnügen im Kreise Gleicher und Gleichgesinnter zu sein, wo niemand anderer Meinung ist und sich gerne angleicht.

Das Vergnügen des Reisens ist "rechtsdrallig": es macht Freude, ein anderes Klima, andere Menschen, andere Weisen, andere Speisen, eine andere Architektur, eine andere Tierwelt zu genießen. Die Natur kennt keine Gleichheit und diese muß künstlich, also durch "Gewalt" hergestellt werden.

Eine Gartenhecke, die gleich hoch bleiben soll, muß man wiederholt schneiden. Deshalb ist die wahre Rechte mit der Freiheit, die Linke mit dem Zwang und der Sklaverei verbunden. Das Neue Testament spricht von der Freiheit, aber nie von der Gleichheit, und der Dominikaner Bruckberger nennt es eine Botschaft menschlicher Ungleichheit.

- Mit welchem Recht gebrauchen wir aber die Worte "Links" für eine primitive und negative und "Rechts" für eine positive Triebkraft in der Menschheit? In allen Sprachen und Kulturen drücken "rechts" und "links" Wertungen aus, am wenigsten allerdings noch im Deutschen,

während im Italienischen la sinistra die Linke, il sinistro den Unglücksfall bezeichnet, was in den uralaltaischen, semitischen und in den indo-europäischen Sprachen Asiens vielleicht noch deutlicher herauskommt. Ebenso in der Sprache der Bibel, des Alten wie auch des Neuen Testaments. ...
Der erste große politische Sieg der Linken kam mit der Französischen Revolution, die ideologisch auf der Ersten Aufklärung beruhte, diese aber wiederum auf dem Wege über den Deismus sich zum Agnostizismus und Atheismus entwickelte. Der Anbetung Gottes folgte logisch die Anbetung des Menschen, die Anthropolatrie. Gomez Dávila sagte uns, daß der Kult des Menschen mit Menschenopfern gefeiert werden muß, und das tat die Linke seit der Französischen Revolution in reichlichem Maße. ...
Also will ho poneros, der Böse, die Linke menschliche Wesen, die ihren Schwerpunkt ganz in sich haben (und nicht woanders, in Gott), selbstbezogene Monaden, die sich totalitär einordnen lassen - wie die Sklaven beim Bau der Pyramiden, die "Genossen" im Aufbau des Sowjetriesen, die "blauen Ameisen" in Maos China.
- Die christliche Botschaft ist wesentlich anders: die Menschen sind alle ungleich, in ihrer Identität und Idoneität, in ihrer Generation, ihrem Geschlecht, ihrem Stand, ihrem Beruf und ihrer Berufung, ihren Talenten und ihrem Geschmack, ihrem Schicksal, in ihren verschiedenartigsten Beziehungen zu anderen Menschen (nahen, nächsten, fernen und fernsten) und selbstverständlich auch zu Gott. ("Vor Gott sind wir alle gleich." Was? Judas Iskarioth und Johannes der Täufer gleich vor Gott? Das jüngste Gericht eine Orgie der Gleichheit? Wird da ein gleiches Urteil über die Heiligen Helene, Hemma und Hildegard wie über den selbstmörderischen Mörder Heinrich Himmler gefällt werden?)
Was stört da die Linke? Nicht nur die Kirche, sondern vor allem die Familie, und alles, was mit ihr eng zusammenhängt: die verschiedenen Rollen der Geschlechter und der Generationen, die Liebe in allen ihren Formen des Eros, der Philia und der Agape und schließlich auch der Sexus. In allen utopisch-kritischen Romanen
- Aage Madelungs "Zirkus Mensch", Aldous Huxleys "The Brave New World", George Orwells "1984" - ist die Neue Ordnung, der totalitäre Staat, immer familienfeindlich, und auch geschlechtsfeindlich, denn die Familie ist eine Gemeinschaft, die sich von der totalitären Ganzheit als kleines Reich absondern, abkapseln und eine Privatexistenz führen kann. Und das will die Linke nicht. Daher auch ihr Plan, im Geschlechtlichen eine Unordnung zu stiften und somit die Familie in ihrem Kern zu treffen. ...
Die Familie, wenn auch nur die Kleinfamilie sah August Zechmeister als die letzte Zuflucht der Persönlichkeit in einem stets barbarischer werdenden Zeitalters. Ganz analog dachte D. H. Lawrence, als er der Kirche dankte, die Ehe nicht nur zum Sakrament erhoben, sondern auch zum Bollwerk gegen den allmächtigen Staat gemacht zu haben.
Mit instinktiver Sicherheit wird sich die Linke, von nun an ihrer Hypotheken ledig, auf die "Perversio", wenn nicht Vernichtung von Familie, Ehe, Eros-Liebe und Geschlechtlichkeit stürzen. (Mit der Agape kann sie sowieso nichts anfangen, außer sie vielleicht in eine unpersönliche Menschheitsbegeisterung entstellend aufzublasen). Sie spürt ja auch genau, wer dahinter steht: Gott-Vater wenn nicht gar die Himmelskönigin mitsamt der Heiligen Familie. Und die Linke erinnert sich wahrscheinlich auch daran, daß einmal Könige als Väter des Vaterlandes betrachtet wurden ... allerdings vor dem Zeitalter des "Nationalismus" und "Internationalismus". ...
Um ihr Ziel zu erreichen wird die Linke alles daran setzen, die natürlich-gottgegebene Struktur der Gesellschaft zu zerstören, in der die Familie der Grundstein ist. Da gilt es Keile zwischen die Generationen zu treiben und die wichtigen Pfeiler der Familie, Eros und Sexus, zum Wanken zu bringen. ...
Alles, was die Familie schwächt, ist der Linken willkommen, auch natürlich alles, was ihre

Privilegien oder das, was wesentlich zu ihren Charakter gehört, untergräbt. So die Stellung der Eltern zu den Kindern (mit steter Herabsetzung des Mündigkeitsalters) oder des Vaters zur Mutter beziehungsweise des Ehemanns zu seiner Frau.
So haben die Ehepartner nunmehr in Österreich und Deutschland das Recht, für sich und auch für ihre Kinder den Familiennamen zu wählen, womit das patriarchale Element (wesentlich in der christlichen Ehe) in Frage gestellt und die Familie gesichts- und geschichtslos gemacht wird". Auch wurde in Österreich die von den Nationalsozialisten eingeführte bismarcksche Zwangszivilehe absichtlich belassen. Zudem sind überall linke Bestrebungen im Gange, die leibliche Praxis der Homosexuellen zu "legitimieren".
Wir reden da nicht einer Verfolgung von Homosexuellen das Wort, wohl aber müssen wir gegen eine Gleichsetzung des normalen mit den krankhaften Formen des Geschlechtslebens sein. ...
Der Staatskapitalismus ist andererseits Gleichmacherei, und der Antifamilismus kann auch mit dem Wohlfahrtsstaat seine rein materiellen Ziele erreichen. Allerdings ist der richtige Ausdruck für den Wohlfahrtsstaat, wie uns Röpke einst belehrte, der "Versorgungsstaat".
Er ersetzt rein materiell weitgehend die Familie. Er gibt auch dem Staat weitgehende Macht. Also spielt der Versorgungsstaat eine zweifache Rolle - eines Versorgers und eines "Verantwortungsenthebers".
Auch sehen die linken Sozialpolitiker es gerne, wenn man von der Hand in den Mund lebt und darum wird er oft die Einkommenssteuer und Erbschaftssteuer für den von ihm gehaßten "Besitzbürger" erhöhen. Familienstolz und Familiensinn sollen schwinden. Besitz bedeutet Unabhängigkeit und das gefällt der Linken nicht. Alles wird "versorgt". Auch die Großeltern, die man in staatliche Greisenheime abschiebt. Ehen werden seltener und seltener geschlossen. Und "moderne" Ehen sind "offene Ehen" mit Ehebrüchen am laufenden Band, wobei man zumal annimmt, daß Ehebrüche zur "Selbstverwirklichung" schön beitragen.
Kinder wachsen in stets größeren Mengen, von arbeitenden verheirateten oder ledigen Müttern unbetreut, auf. Auch die Scheidungen werden leichter gemacht. Das Los der Scheidungskinder – auch im Lichte der Kriminalität - ist oft erschütternd und da man gerade im Alter einen Partner bitter braucht und viele der Geschiedenen nicht mehr wieder heiraten, gibt es mehr einsame Alte als notwendig.
Doch die Linke ist stets gegen "Bindungen" - vertikale wie auch horizontale. Der Mensch soll ja frei sein, aber hauptsächlich von Nabel abwärts. Auch der Feminismus, mit dem wir uns schon einmal beschäftigten, steht im linken Lager und trägt wahrhaftig nichts zur fraulichen Erfüllung bei, denn der Linken sind die Geschlechter nicht nur gleichwertig, sondern auch identisch. ...
Marx war nur ein kleiner Linker, der hauptsächlich an die Mägen und Brieftaschen dachte. Jetzt geht es um mehr, denn die Linke will uns im moralischen und leiblichen Dreck ersticken lassen.
"Erlöse uns von dem Bösen!" sollten wir heute inniger denn je beten. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1998) berichtete am 9. März 1998 über die 68er Bewegung: >>**68er an die Macht**
Joschka Fischer und Gerhard Schröder, Straßenkämpfer und Altjusos auf dem Marsch in die Berliner Republik. ...
Einer hüllte sich tagelang in Schweigen, obwohl er der zweite große Sieger der Niedersachsen-Wahl war: Joschka Fischer, der designierte Vizekanzler einer rot-grünen Bundesregierung - die Erfüllung eines Lebenstraums auch für ihn. Mag sein, daß er, wie einst Franz Beckenbauer nach dem Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1990, erst einmal ganz allein und still den Triumph genießen wollte, um sich des einzigartigen Augenblicks zu vergewissern. Demnächst also: Schröder/Fischer statt Kohl/Kinkel. Wächst auch da zusammen, was zusammen-

gehört?
Wenn es bei der Bundestagswahl am 27. September tatsächlich zum Ernstfall kommen sollte, dann übernimmt, pünktlich zum 30jährigen Dienstjubiläum der Revolte von 1968, die Generation von Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit, von Apo und Woodstock die politische Macht an Rhein und Spree, dann vertreibt Uschi Obermaier Juliane Weber aus dem Kanzleramt.
Bleibt die Frage: Handelt es sich dabei um einen ganz normalen Generationswechsel an der Spitze des Staates - auch Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl zogen gut 50jährig ins höchste Regierungsamt ein - oder um die verspätete Rache der 68er für die Demütigung durch die schier endlose Ära Kohl? Kommen die Ex-Straßenkämpfer, Alt-Jusos und sitzkissenerprobten Friedensaktivisten also, wie die "Berliner Zeitung" mutmaßte, als anachronistische Wiedergänger, als Untote und Zombies einer spätestens 1989 schmählich untergegangenen Epoche an die Macht, nur um ihre eigene spießige "Kohl-Welt" von links zu etablieren, diesmal rotgrün getüncht statt schwarz-gelb: "Emanzipations-Nippes" statt Vaterlands-Rhetorik?
Tatsächlich hat die sozialdemokratische Enkel-Generation - weder Schröder noch Lafontaine kämpften "68 auf den Barrikaden und sind doch kulturell geprägt von dieser aufregenden, revolutionären Epoche - jetzt die letzte Chance, in die Bundesministerien und ins Kanzleramt zu gelangen. Und natürlich geht es auch um die machtstrategische Vollendung eines Generationsprojekts namens "Kohl muß weg".
Weder in Frankreich noch in England würde dem Generationen-Aspekt eines mit Spannung erwarteten Regierungswechsels derart große Beachtung geschenkt. Doch in Deutschland ist "1968" zu einem quasinationalen Gründungsmythos geworden und mit ihm die Generation, die die offene Straßenschlacht wiederentdeckte, die freie Liebe und das intensive Beziehungsgespräch in der Wohngemeinschaft.
So werden in Deutschland die runden 68er-Jahrestage begangen wie anderswo siegreiche Feldzüge oder die Abschaffung der Monarchie. Inzwischen ist fast jeder "irgendwo" ein alter 68er, und längst sind sie überall in der Gesellschaft an den Schaltstellen angelangt - in der Werbung. Als Darsteller im Film "Va Banque" und in den Medien, in Politik und Kultur, an den Universitäten sowieso und auch in der Wirtschaft, wo sie sich beim "Follow-up-Coaching" das allerneueste Konzept des "Business Reframing" anhören. Sie pflegen das Andenken der großen alten Zeit und vollenden ihre Karriere. In der SPD haben sie nun allein das Sagen. Die 78er, die gut 40jährigen, haben hier nichts zu melden.
Schlägt das Imperium der Mick-Jagger-Fans jetzt zurück? Tatsächlich hat die Toskana-Fraktion der angeblich hedonistischen Brandt-Enkel von Lafontaine bis Engholm ungezählte Chiantis herunterspülen müssen, bis sich das Blatt zu wenden begann. Eigentlich waren sie alle zusammen längst als notorische Gurken- und Verlierertruppe gebrandmarkt: als Westentaschen-Egomanen, passionierte Weintrinker und hochehrgeizige Juso-Häuptlinge außer Diensten, denen seit den "antikapitalistischen Strukturreformen" der siebziger Jahre nichts wirklich Originelles mehr eingefallen war.
Gewiß, mit ihrer zur Schau gestellten postmateriellen Nachdenklichkeit, mit Betroffenheitsrhetorik und ausgefeilter "Streitkultur" prägten sie das gesellschaftliche Klima der späten achtziger Jahre durchaus mit.
Auf dem Hintergrund von Öko- und "Dritte Welt-Läden", von Frauen- und Friedensbewegung profilierte sich ein vergleichsweise sanfter Überredungsdiskurs, den Björn Engholm geradezu kongenial verkörperte. Stets war er "ein Stück weit" irritiert, aber auch bewegt von den Dingen, die man "irgendwie" zusammenbringen mußte, damit sich niemand "ausgegrenzt" fühlte - bis es ihn selber traf.
Es war die Zeit der Katastrophenszenarien von Atomkrieg bis zum Ozonloch, aber auch der ästhetischen Postmoderne - eine Phase relativ unbedrängten Wohlstands, in der die Angst vor

Umweltzerstörung größer war als die vor Arbeitslosigkeit.
Während die sozialdemokratischen 68er die vermeintlich weichen Zukunftsthemen besetzten, beherrschte Kohl die harte Gegenwart. Alle Häme über das "pfälzische Gesamtkunstwerk" (Fischer), alle systemkritischen Parteisymposien, Fachtagungen, Strategiepapiere, Grundsatzprogramme und Zukunftsfolgenabschätzungskommissionen der SPD änderten nichts an dieser Aufgabenverteilung, auch wenn die Enkel Schritt für Schritt die Staatskanzleien der SPD-regierten Bundesländer eroberten.
Doch allmählich schälte sich eine merkwürdige Dialektik heraus: Die von Kohl angekündigte "geistig-moralische Wende" zerstäubte im Alltag der pluralistischen Gesellschaft, und die Juso-Utopien einer Alternative zum "staatsmonopolistischen Kapitalismus" vergilbten im Licht der sozialökonomischen Tatsachen.
Die Wirklichkeit, die in Deutschland traditionell einen schweren Stand hat gegen all die schönen Ideen und großen Wahrheiten, setzte linken wie rechten Ideologien nachhaltig zu. Der Realitätsschock kam in kleinen, homöopathischen Dosen, doch er wirkte: hier als Liberalisierung, ja "Amerikanisierung" der Sitten und Gebräuche (auch ein Erbe der antiautoritären Impulse von "68"), dort in Form eines wachsenden Pragmatismus, der ohne transzendenten Sinn der Geschichte auskommt, sogar ohne den "Orientierungsrahmen "90" der SPD.
Unter Kohls Regentschaft wurden viele aus der 68er-Generation zu Verrätern an ihren alten Idealen und konnten doch immer wieder mit dem deutschen Polit-Kabarett über den tumben Kanzler aus Oggersheim herzhaft lachen. Denn sie wußten ja, wie schrecklich falsch er alles machte.
Der Fall der Mauer aber, die plötzlich eingetretene Zukunft, mit der niemand gerechnet hatte, machte die meisten stumm, selbst wenn sie unentwegt redeten - über ein drohendes "Großdeutschland" etwa, die Rückkehr des Nationalismus, über D-Mark-Imperialismus und die Kosten der Wiedervereinigung.
Die Geschichte hatte sie einfach auf dem falschen Fuß erwischt. Jetzt zeigte sich, wie viele Ressentiments und linkstraditionalistische Spießerweisheiten sich im postmodernen Jahrzehnt gehalten hatten, als die ausufernden Straßenfeste ganz Deutschland in eine einzige multikulturelle Scampi- und Frascati-Zone zu verwandeln schien.
Lafontaines Niederlage gegen Kohl 1990 war so vorhersehbar wie das Scheitern der westdeutschen Grünen an der Fünfprozenthürde. Der Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks vollendete das Werk von Desillusionierung und Realitätsanerkennung, das auch unter den grünen, lange Zeit in "Fundis" und "Realos" gespaltenen Generationsfratres zu quälenden Lernprozessen und schmerzhaften Eingeständnissen von Irrtümern geführt hatte.
In seinem 1992 erschienenen Buch "Die Linke nach dem Sozialismus" resümierte Joschka Fischer, den Schriftsteller und kommunistischen Renegaten Manès Sperber zitierend: "Man mag zweifeln, ob sich die Linke ohne eschatologische Hoffnung halten kann, doch steht fest, daß sie nicht weiterleben wird, ohne gegen jede Mystifizierung zu kämpfen, die sie auf ihrem Wege antrifft."
Was diese entmystifizierte, realistische Linke sei, ist im Laufe der neunziger Jahre kaum klarer geworden. Anstatt intellektuelle Debatten über ein neues Verhältnis zur komplizierten Wirklichkeit anzuzetteln, verfiel auch die Generation von Teach-in und Open-end-Diskussion, sofern sie nicht zu Amt und Mandat gelangte, mehrheitlich der Entpolitisierung - einer Mischung aus zynischer Abgeklärtheit, Resignation und akutem Selbstschutz vor enttäuschten Erwartungen.
Fast schien es, als hätte sich die 68er-Generation im Status quo der Bundesrepublik, zwischen Frankfurt-Bockenheim und Valle Gran Rey auf Gomera, häuslich eingerichtet, als fürchtete sie gar jede größere Veränderung der schönen neuen Gemütlichkeit, die von der globalisierten Weltgesellschaft ausgehen könnte. Hier traf sie sich wieder mit dem strukturkonservativen

Mainstream der Bevölkerung, die immer nur die Risiken statt der Chancen sieht und doch am liebsten Norbert Blüm glaubt: "Die Renten sind sicher."
Gerhard Schröders plebiszitär errungene Kanzlerkandidatur könnte daran etwas ändern. Vielleicht gerade deshalb, weil die Chance auf den Wechsel in Deutschland so lange auf sich warten ließ - und weil sie eher gegen die SPD, die Traditionspartei des programmatischen Fortschritts, als mit ihr erkämpft wurde. Das ist ein Zeichen für den allgemeinen Wunsch nach einer neuen gesellschaftlichen Dynamik. Und die Zeit scheint reif dafür.
Schon deshalb wird es kein Polit-Revival der siebziger Jahre geben, etwa mit den gefürchteten Thesenpapieren von Johano Strasser, mit Heidemarie Wieczorek-Zeul als Bundesfamilienministerin und "Rock gegen Rechts" vorm Kanzleramt, mit Stamokap-Debatte bis in den frühen Morgen und Konstantin Wecker am Klavier beim Bundespresseball: "Gestern homs den Willy derschlogn!"
Die geistig-moralischen Flokatis sind längst eingemottet und die blauen Bände der Marx-Engels-Werke in unerreichbare Höhen der Ikea-Regale entschwunden. All die nostalgischen Biographien der 68er ("Wie alles anfing", "Was wir wollten, was wir wurden") sind sicher zwischen ungezählten Buchdeckeln verstaut. Ein 68er-"Milieu", das sich rächen wollte, existiert nicht mehr. Vermufftspießiger, als der Vorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher, vergangene Woche im ZDF gegenüber Joschka Fischer auftrat, kann sich auch der letzte verbitterte Alt-68er im SPD-Ortsverein Köln-Nippes nicht gebärden.
"All das ist Schnee von gestern. Der Traum von einer ganz anderen Politik" wird nur noch in einigen Ecken der SPD geträumt", formulierte die "Frankfurter Allgemeine" zu Recht. Wenn im Herbst 1998, nach all dem Vergangenen, die Vertreter der ehemaligen Anti-Parteien-Partei in Koalitionsverhandlungen auf den Anti-Partei-Menschen aus Hannover treffen sollten, dann versammelt sich die geballte Lebenserfahrung von mehr als drei Jahrzehnten abenteuerlicher Achterbahn-Fahrt zwischen "revolutionärem Kampf" und "neuer Mitte", zwischen ganz unten und ganz oben.
Es könnte die Ironie der Geschichte sein, daß dieselbe Generation, die den "Modernisierungsschub" von 1968 eingeleitet hat, nun, 30 Jahre später, nach unzähligen Irrungen und Wirrungen, eine zweite Raketenstufe gesellschaftlicher Modernisierung zündet - auch wenn noch der praktische Bausatz fehlt. Und wieder wird niemand vorhersagen können, wo die Einzelteile dereinst landen werden.<<
Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtete im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>**Altgewordene 68er? - Kulturrevolution nach 30 Jahren -**
... In diesem Jahr steht uns ein makabres Jubiläum ins Haus: die dreißigste Wiederkehr jenes Ereignisses, das man allgemein als die 68er Revolution zu bezeichnen pflegt. Natürlich läßt sie sich zeitlich nicht auf diese genaue Weise lokalisieren. Vielmehr ist 1968 zum Symbol und zum Markstein einer Entwicklung geworden, die immer noch ihrem Höhepunkt, dem totalen Nihilismus und der radikalen Liquidierung dessen zustrebt, was den Menschen zu allen Zeiten in dieser oder jener Form hoch und heilig war. ...
Klar erkennbar sind die Entthronung Gottes in der Voraufklärung und in der Aufklärung selber, die Ablehnung der abendländischen Bildungstradition und die Absage an die Wahrheitsfähigkeit des menschlichen Geistes zugunsten der Ideale einer leerlaufenden Emanzipation und Toleranz, die Preisgabe des Naturrechtes und damit auch der Verankerung der Autorität in der menschlichen Wesensnatur und letztlich im Willen Gottes seit Thomas Hobbes (1588-1679) und Jean-Jacques Rousseau (1712-1778), dem eigentlichen Vorläufer der französischen Revolution und auch der "Frankfurter Schule" oder "kritischen Theorie", wie man sie ebenfalls zu nennen pflegt.
Somit ist es in der Tat lebenswichtig für alle, die durch den Marsch der 68er durch die Institu-

tionen und die Kirche an die Wand gedrückt wurden, die geistige Frühgeschichte der Kulturrevolution vor Augen zu haben und auch zu realisieren, daß es sich hier um ganz einfache Grundideen handelt, zu deren Beurteilung man kein philosophischer Kopf sein muß. ...
Die Lage nach dem Kriege erforderte alles andere als Ideologie: nämlich Tatkraft, gesunden Menschenverstand und wirtschaftliche Vernunft: Dinge, die in Konrad Adenauer exemplarisch verwirklicht waren, der wie alle großen Konservativen ein nüchterner Pragmatiker war. Die Familien hielten eisern zusammen, wie dies Helmut Schelsky in seiner bekannten Studie über die Familie der Nachkriegszeit so eindrucksvoll gezeigt hat.
Zänkereien über Gleichberechtigung oder gar die seltsame Idee, daß die Frau im Grunde ein zweiter Mann sei und sich in Kleidung, Habitus so zu benehmen habe wie er, gab es nicht. Dazu war die Zeit zu knapp und zu schade. Studiert wurde inmitten der Trümmerwüsten dennoch mit ungeheurer Intensität, wenn auch mit leerem Portemonnaie und subkutan immer wühlendem Hunger: eine unfreiwillige Parodie auf das Sprichwort: "plenus venter non studet libenter" ("Ein voller Bauch studiert nicht gern").
Aber der Säkularismus war nur verdeckt: die Welt der Aufklärung, Neuzeit und Gegenwart hatte sich schon lange mit einer Entschiedenheit von Gott, von der abendländischen Überlieferung, vom Naturrecht abgewandt, die durch die Restauration der Adenauer-Jahre auf Dauer nicht gebremst werden konnte! In der zu neuem Selbstbewußtsein erwachten Welt des Linksliberalismus wirkte die "Frankfurter Schule" oder "kritische Theorie" wie der Funke im Pulverfaß. Sie wird immer mit den Namen Adorno und Horkheimer verbunden, doch auch Herbert Marcuse muß hier und dies sogar an erster Stelle genannt werden, obwohl er nach dem Kriege nicht in Frankfurt lehrte.
Für den unvoreingenommenen Beobachter liegt es nun zwar auf der Hand, daß die "Frankfurter Schule" die Hauptschuld an den europaweiten Studentenkrawallen, der langjährigen Lähmung der Hochschulen, der Erosion aller überlieferten Werte trägt, und dennoch wird diese Verantwortung nicht selten gerade in katholischen Kreisen verkleinert, wenn nicht gar völlig verkannt. ...
In diesem Sinne erklärt T. W. Adorno die christliche Religion für eine längst überholte Angelegenheit, die nur noch zu Rückzugsgefechten imstande sei (vgl. u.a. Adorno: "Vernunft und Offenbarung" in: "Stichworte. Kritische Modelle 2", S. 347).
Dabei muß immer daran gedacht werden, daß sich die zwei Frankfurter Schulhäupter in ihrem Denken glichen wie zwei siamesische Zwillinge und vor allem Adorno nichts ohne Gutheißung des Seniorchefs Horkheimer tat, obwohl er und nicht Horkheimer der spekulative Kopf war. Aber es ist seltsam und eine katholische Schwächeerscheinung, daß unsere Leute in einer Zeit, da der Kirche das Wasser bis zum Hals steht, immer alles und jedes taufen wollen und selbst bei den erbittertsten Gegnern Zeichen eines angeblich in christlichem Sinne zu deutenden Aufbruchs entdecken!
Vielleicht hat das auch mit dem Optimismus zu tun, den eine dahinsiechende, krakeelende und ihrer eigenen Botschaft nicht mehr sichere Kirche unentwegt und in Verleugnung der ganz anders lautenden Texte des Evangeliums als hohe christliche Tugend einfordert!
- Wichtiger ist natürlich der zweite Grund dafür, daß man die "Frankfurter Schule" in kirchlichen Kreisen weithin als eine gewissermaßen harmlose Zeiterscheinung und interessante philosophische Strömung neben anderen ausgibt und nicht als eine revolutionäre Bewegung, die die letzten Grenzen von Scham und Distanz weggesprengt hat. Denn ganz abgesehen davon, daß die "Theologie der Befreiung" und die anderen Genitiv-Theologien der "kritischen Theorie" wesentliche Impulse verdanken, ja ohne sie gar nicht möglich gewesen wären, ist die Kirche heute offensichtlich von Funktionären unterwandert, die ihr Rüstzeug nicht so sehr beim hl. Thomas von Aquin oder gar der "tridentinischen Theologie", sondern bei Horkheimer, Adorno, Marcuse erworben haben.

... Marcuse fordert Kontrollbehörden und immer wieder Kontrollbehörden, die festsetzen sollen, welche Bedürfnisse vernünftig sind und dementsprechend den Markt nach ihren Vorstellungen von Humanität dirigieren sollen: eine Vorstellung, die einem nach allem, was wir in diesem Jahrhundert erlebt haben, blankes Entsetzen einjagt.
So haben wir also eine hermetische, in ihrer eigenen rationalen Irrationalität eingeschlossene Gesellschaft. Ein Ausweg ist nicht sichtbar, und es ist ebenso begreiflich wie andererseits auch unentschuldbar, daß die entsprechenden unentwegten Jeremiaden von Adorno und Horkheimer die Leute schließlich zu dem Schluß verführt haben: wenn alles, wenn das Ganze so ausweglos ist, dann gilt es, zuerst einmal dieses Ganze kaputt zu schlagen.
Die radikale Absage an die liberale Botschaft von der immanenten Vernunft der Gesellschaft läßt schließlich noch den Straßenterror als vernünftig erscheinen. Ihm oder den Aufregungen, die er mit sich brachte, ist der sensible Adorno - von Herkunft, Typus und Erscheinungsbild paradoxerweise ein großbürgerlicher Grandseigneur – schließlich erlegen, nachdem er ihn mir gegenüber am Telefon noch als "organisierten Schwachsinn" bezeichnete.
- Gegenüber seinen terroristischen Kritikern, die ihn schließlich durch den Hörsaal jagten und ihm vorwarfen, erst putsche er die "Massen" auf, dann aber ginge er, der feine Herr, nicht mit zur "Demo" und liefere keine Rezepte, verwies er darauf, schon die Erkenntnis einer wenn auch noch so unentwirrbaren Situation habe befreiende Kraft und bei allen Abgründen, die uns von der "kritischen Theorie" trennen, kann dieser Gedanke sowohl unseren katholischen Berufsoptimisten wie auch unseren eilfertigen Kulturkritikern und Sozialaposteln eine heilsame Lehre sein. Denn so ist es doch in katholischen Kreisen.
Man hat kaum den Mund aufgemacht, um die innere Dynamik und relative Zwangsläufigkeit gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Krisenerscheinungen zu entfalten, dann wird man schon mit dem eifernden, ja unwirschen Ruf nach "Vorschlägen" unterbrochen, die meistens ähnlich wie die sozialistischen Rezepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit das Übel nur verschlimmern, das sie beseitigen wollen. ...<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im Dezember 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1998 (x853/...):
>>**Kirche, Zeitgeist und Geschichte**
Die Dummheit rast durch die Welt
... **III.**
Rückblickend sehen wir in der Geschichte die "Urzeit", die auch Abraham, den Vater des Volkes Israel erwähnt, die Inkarnation, das Frühchristentum, die Antike und ihren Untergang. Dann das Mittelalter und die lange Zeit, die es brauchte, bis unsere Vorväter das hohe Niveau der Antike wieder erreicht und die islamische Kultur und Zivilisation überflügelt hatten.
Dann kommt die Reformation als Reaktion auf die Renaissance und den christlichen Humanismus und der steile Aufstieg zu den Höhen des 17. und 18. Jahrhundert, die unserer katholischen Welt ihr heutiges Profil gab. Doch ein entarteter Zweig des Humanismus, der in seiner Anthropolatrie eine Welt ohne Gott schaffen will und über den Deismus in die Erste Aufklärung gleitete, brachte die Französische Revolution hervor, eine sadistische Sexorgie, in der Mütter mit ihren Kindern in Bäckeröfen langsam gebraten und andere ebenso scheußliche Untaten, zum Teil vom Marquis de Sade inspiriert, begangen wurden.
Es ist dieses grauenhafte Gift, das philosophisch, ideologisch, politisch und moralisch das ganze 19. Jahrhundert durchsetzt und zersetzt ...
IV.
... Nun aber ist unsere Regierungsform nicht etwa die "Volksherrschaft" (denn eine solche ist praktisch völlig ausgeschlossen), sondern das Dominium der Vertreter einer Mehrheit über eine Minderheit der Bevölkerung. Eine solche Herrschaft hat bedeutend mehr "Gewicht" als die einer Einzelperson, die übrigens durch ein Attentat, ein "facinus memorabile", leicht be-

seitigt werden kann. Böse Mehrheiten lassen sich nicht so leicht ausrotten'". Die Beschwerde des Aristoteles, daß in Athen nunmehr nicht mehr die Qualität, sondern die Quantität regiere, gilt auch für unsere Zeit. Da alle Bürger gleich sind, die Mehrheit herrscht, das Wissen aber nur von kleinen, wenn nicht kleinsten Minderheiten vertreten wird, leben wir in einem Zustand der umgestülpten Pyramide.
Die "Basis" regiert mit ihren Repräsentanten über die wirklichen Eliten. ...

V.

Unter diesen Umständen - die Herrschaft der Massen ohne Wissen und nur mit zeitlich begrenzter Erfahrung rein gefühlsmäßig urteilend -, ist ein historisches Empfinden, Denken und Reflektieren nicht zu erwarten, denn (siehe das Motto am Anfang unseres Artikels) ein solches ist eben nur bei einem vom Geist beleuchteten Wissen um die Vergangenheit möglich.
Lernen kann man ja nur durch das Studium und die Erfahrung, nicht durch utopische Träume. (Die Tatsachen und die Daten sind bitter notwendig, aber sie allein genügen nicht). Vergessen wir da nicht zwei Warnungen: "Niemals können wir von der Geschichte Urlaub nehmen!" und "Wer die Geschichte ignoriert, wird dazu verdammt, sie zu wiederholen!"
Auch Disraeli erinnerte uns daran: "Finality is not the language of politics - Endgültigkeit ist nicht die Sprache der Politik"! Gewiß nicht, denn auch die Geschichte geht weiter, und daß sie weitergeht, kann nicht bestritten werden, wohl aber wie sie weitergeht: das ist die brennende Frage und weist auf unsere Verantwortung hin". Nichts Naturhaftes bleibt unverändert. Nur das Übernatürliche kann es sein.
Das heißt aber nicht, daß das Naturhaft-Natürliche nicht Regeln unterliegt, die wiederum einen übernatürlichen Charakter haben können. Deshalb besteht für uns, die in die Zukunft wandern, die Möglichkeit, aus der Vergangenheit, also aus der Geschichte zu lernen, und zwar nicht zuletzt aus dem, was in ihr dauernd wirkt oder auch wiederholt in Erscheinung tritt. Da haben wir zum Beispiel die Überzeugung von Plato, Aristoteles und Polybios, daß Monarchien sich über Aristokratien und Demokratien auf die Tyrannis hin entwickeln. Polybios nannte dies Anakyklosis, "Kreisbewegung".
Natürlich ist der zeitliche Rhythmus in verschiedenen Kulturen und Epochen nicht derselbe und auch auf dem Globus nicht synchronisch eingerichtet, doch in groben Zügen ist diese Gesetzlichkeit sehr wohl zu erkennen, deutlich so in den letzten 200 Jahren und ganz besonders in unserem Jahrhundert, wobei freilich längere, oft sogar sehr lange Perioden mit bloßen Übergangsperioden abwechseln oder auch gewisse Formen synthetisch zusammenfallen.

VI.

In einer solchen Synthese leben wir auch heute im Herzen Europas. Sie wird durch zwei Ideale bestimmt: durch die Freiheit und die Gleichheit, deren innere Widersprüchlichkeit unseren einfacheren Zeitgenossen in der Regel verborgen bleibt, denn geistlos plappern sie das programmatische Schlagwort der Französischen Revolution nach: "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit".
Die Gleichheit ist offensichtlich nur in der Sklaverei und durch Zwang möglich - nicht in Freiheit. Sie hat, wie wir schon einmal früher feststellten, keinen Platz im Neuen Testament, das R. L. Bruckberger OP eine Verkündigung menschlicher Ungleichheit genannt hat, denn vor allem sind wir ungleich vor Gott. (Ganz anders steht es um die Freiheit, von der der heilige Paulus sprach)!
Wenn wir eine gleichmäßige Gartenhecke haben wollen, müssen wir sie periodisch beschneiden, bei gleichen Noten in der Schule müßten die Dummen mit Gewehr im Anschlag bis Mitternacht büffeln und die Klugen mit Alkoholien traktiert und dauernd vor den Fernsehschirm gesetzt werden um zu verblöden.
Aber nicht nur der Gegensatz von Freiheit und Gleichheit, auch die wachsende Ignoranz der Wähler als auch der Gewählten angesichts der steigenden Probleme einer Weltpolitik weist

auf die Notwendigkeit einer radikalen Neuordnung hin, die sicherlich einmal kommen wird, denn der Abgrund zwischen den Scita und den Scienda klafft stets weiter auf. Wir leben eben in einer Epoche, die eine geschichtliche, geographische, soziologische, volkspsychologische, politische, technische, agrarische, biologische und wohl nicht zuletzt finanzielle und wirtschaftliche Bildung globalen Charakters allseitig notwendig macht, ein Ziel, das aber offensichtlich gar nicht erreicht werden kann.

Unsere angeblich als so fortschrittlich gepriesenen Regierungsformen waren vielleicht für kleine Dorfgemeinschaften im Hochmittelalter ideal, nicht aber für Großstaaten (oder Großföderationen) im 20. und 21. Jahrhundert. Denken wir da an den musikalischen Clown in einem amerikanischen Wanderzirkus, der sich über den Golfkrieg den Kopf zerbrechen soll oder auch an die nette Kellnerin im Kaffeehaus, die über eine Reform der Einfuhrzölle befragt wird.

Und die Volksvertreter? Wer auf einem Motorrad fahren will, muß eine strenge Prüfung ablegen. Wer gewählt wird und vielleicht über das Wohl und Wehe von Millionen verfügt, braucht lediglich "vegetativ" ein bestimmtes Lebensalter erreicht zu haben.

Das ist natürlich auch nicht viel anders in jenen Ländern, die kein Listenwahlrecht haben, sondern rein in abgegrenzten Wahlkreisen für Kandidaten stimmen. So in England oder in den Vereinigten Staaten. Nun muß man sich stets daran erinnern, daß das Hauptziel der Parteien oder der Einzelkandidaten nicht das Wohl des Landes, sondern das Gewinnen der nächsten Wahl ist. Keine Mehrheit, keine Macht! Ihr werden auch Grundprinzipien erbarmungslos geopfert.

Nun aber hat bei der Personalwahl die Persönlichkeit des Kandidaten eine ausschlaggebende Bedeutung. Ist diese für die Vielen abstoßend oder anziehend? Da spielt in unserem Jahrhundert die Erotik (viel eher als die Sexualität) eine ausschlaggebende Rolle, und dies umsomehr als die große Mehrheit der Kandidaten männlichen und die der Wähler weiblichen Geschlechts ist. Da kommt dem "Applaus der Damen" eine ungeheuere Bedeutung zu. Hätten die Männer bei Gelegenheit auch dieselbe Schwäche? Zweifelsohne.

VII.

Gerade dank dieser Irrationalität der Wählereien, hatten wir ja auch zum Teil den Aufstieg und zeitweiligen Triumph von ideologischen Bewegungen und ideologisch ausgerichteten Tyranneien, die zwar "populistische" Ursprünge hatten, aber dann methodisch und ... (brutal) recht erfolgreich sich in Szene setzten.

Wir sagten "zum Teil", weil sie eine angebliche Sicherheit anstatt Freiheit versprachen, und Freiheit interessiert schöpferische Eliten viel eher als die Massen. Vergessen wir nicht, daß, wie wir schon sagten, die Sozialpyramide politisch umgestülpt wird und die breite "Basis" nun obenauf liegt. Totalitäre Parteien und Systeme triumphierten nach ihrem anfänglichen Aufstieg geschichtlich später nur deswegen nicht, weil ihre gottlosen Grundideen grundfalsch waren und sie innerhalb dieser buchstäblich Gefangene waren. Als die Darwinisten und die Marxisten sich im Herzen Polens mit ihren blutroten Fahnen trafen, hatte die "Moderne" einen großen Sieg errungen.

Beide Ideologien, die internationalsozialistische und die nationalsozialistische, haßten die Freiheit und mit der Freiheit die Ungleichheit als auch die Verschiedentlichkeit. In ihren Reichen sollte es nur Gleiche und Gleichartige geben. Das grausige Experiment mißlang. Die Braunen wurden im Kampf besiegt und die Roten gingen auf die banalste Weise in den finanziellen Bankrott wie eine Gemischtwarenhandlung an der nächsten Straßenecke. Ihre Ideologien waren "modern", das heißt: nichts wert.

Natürlich gehörten beide der extremen Linken an, sie waren ja nur Konkurrenten, nicht Feinde. Sie fanden in Europa ein jähes Ende ihrer Macht, was wir 1945 und 1989 (bezeichnenderweise fast zugleich mit der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution) erlebt haben.

Das brachte uns einerseits ganz großes Leid, war andererseits sehr erfreulich für die ganze Welt, hatte aber einen sehr üblen, vielleicht sogar fatalen "politpsychologischen" Nebeneffekt. ...<<

Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. Januar 2000 (x887/...): >>**Streit und Hader um Gott**

Abgeordnete wollen den religiösen Bezug aus der Präambel streichen

Die kürzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gemachte Äußerung, in Deutschland lebende Ausländer müßten die abendländische Kultur als "Leitkultur" akzeptieren, ist eine zwar von tiefer christlicher Verbundenheit zeugende, aber dennoch leicht mißverständliche Aussage. Aber immerhin war es der Versuch, sich auf eine eigene kulturell-religiöse Wertewelt zu beziehen.

Und dies in einer Zeit, in der Bundestagsabgeordnete, vor allem aus der Ecke der SPD und der Bündnisgrünen, fordern, den Anfang der Präambel des Grundgesetzes "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ..." zu streichen. "Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde", meint der SPD-Abgeordnete Eckardt Bartel. Auch der grüne Bundestagsabgeordnete und von türkischen Eltern abstammende Cem Özdemir ist der Ansicht, daß eine "Konstitutionalisierung des Christengottes" zu Abgrenzung und Intoleranz führe. ...

Deutschland steht angesichts der Überflutung vor allem türkischer, arabischer und anderer mehr oder weniger Asyl suchenden Völkerschaft vor einem immer größer werdenden und schier unlösbaren Problem. Die Kriminalität steigt, unseliger islamischer Fundalismus, der nicht mit allem Arabischen zu verwechseln ist, nimmt kontinuierlich zu. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 1. April 2000 (x887/...): >>**"Marxismus für feine Leute"**

Die 68er "Kulturrevolution", die Frankfurter Schule und die Kritische Theorie ...

Von RUDOLF WILLEKE

Der bekannte Rechtsphilosoph und sozialdemokratische Justizminister der Weimarer Republik, Gustav Radbruch, hat den Satz formuliert: "Jede Idee, die der menschliche Geist erzeugt hat und den Kopf verläßt, also zur 'Sprache kommt', strebt danach, verwirklicht zu werden. Auf dem Wege der Verwirklichung verändert sie das Bewußtsein und die Gesellschaft."

Dieser Satz erscheint zunächst banal, denn jedermann weiß, welche gesellschaftlichen und bewußtseinsmäßigen Folgen die Ideen etwa von Jesus Christus, von Martin Luther und Immanuel Kant oder von Friedrich Nietzsche, Karl Marx und Wladimir I. Lenin hatten.

Der Satz ist gleichwohl beachtenswert, wenn man bedenkt, daß die Ideen, ja das gesamte Ideengebäude der "Frankfurter Schule" bisher kaum zur Kenntnis genommen wurden, so daß sich die Kulturrevolution 1968 bis 1998 hinter dem Rücken des kollektiven Bewußtseins vollziehen konnte und die Folgen nicht der eigentlichen (letzten) Ursache zugerechnet wurden, sondern dem namenlosen "Zeitgeist", dem "Fortschritt", der "Modernisierung.

Die kulturrevolutionären Veränderungen infolge der "Kritischen Theorie" der Frankfurter Schule liegen weit überwiegend im Bereich der gesellschaftlichen Institutionen, der "Umwertung der Werte", der "Umbegreifung der Begriffe" und des praktischen Verhaltens der Menschen in der Gesellschaft.

Wenngleich die Kritische Theorie längst kein allgemein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr ist, ist ihr Einfluß auf die Wissenschaften, auf Gesellschaft und Politik nachhaltig ("FAZ" vom 18. Juni 1999), sie ist richtungweisend für die sozialdemokratisch-ökologische

Politik und letztentscheidend für die "political correctness" in den Kommunikationsmedien der Gesellschaft und der Kirchen.
Eine philosophische Schule wie die Frankfurter Schule besteht aus der Gemeinschaft der Lehrer- und Schülergeneration, die durch gemeinsame Grundanschauungen, durch gemeinsame Forschungsmethoden und Ziele miteinander verbunden sind und die sich mit einer Idee oder mit einem Programm identifizieren.
Die Namen "Frankfurter Schule" und "Kritische Theorie" hat Max Horkheimer in den frühen 30er Jahren erfunden und genutzt , um seine Position vom dogmatischen Marxismus abzugrenzen und um zu dokumentieren, daß die "Frankfurter" einen revisionistischen Marxismus (Neomarxismus) vertreten. Dogmatisch-orthodoxer Marxismus wurde in den 30er Jahren mit KPD und Stalinismus gleichgesetzt.
Zugleich wollte Horkheimer seiner Theorie eine ganz besondere Aura, ein unverwechselbares Merkmal der qualitativen Unterscheidung von anderen Theorien, etwa der Philosophie des Deutschen Idealismus, verleihen.
Die Kritische Theorie der Frankfurter Lehrer und Schüler beinhaltet ein Denken, das in einer offenen Form der marxistischen Tradition steht und das der Abschaffung von Herrschaft (jeder Art, d. Verf.) verpflichtet ist. Für den bekannten Historiker Golo Mann, der in der amerikanischen Emigration sozusagen Hausnachbar von Horkheimer war, ist die Kritische Theorie nichts anderes als "Marxismus für feine Leute", also Intellektuelle.
Die Kritische Theorie unterscheidet sich grundlegend von traditionellen Theorien und Wissenschaften, die vom Interesse an Objektivität und Wahrheit geleitet sind. Sie ist demgegenüber vom Interesse an der Veränderung der bestehenden Gesellschaft inspiriert und aus diesem Grunde an der Hervorbringung eines bestimmten Verhaltens, d.h. "kritischen Verhaltens" interessiert.
Letzteres zeige sich in dem bewußten Widerspruch gegen das gesellschaftliche Ganze. Die "Kritik" ist prinzipielle Kritik, d.h. eine Grundhaltung der Verneinung aller Wirklichkeit und zugleich Kampf gegen das Bestehende, also gegen die bürgerliche Gesellschaft im weitesten Sinne.
Kritische Theorie will die Wirklichkeit nicht beschreiben, sie will sie verändern, sie steht damit im polemischen Widerspruch zu allen traditionellen Wissenschaften, insbesondere zur Philosophie des Deutschen Idealismus.
Damit ist schon angedeutet, daß die Gründerväter der Frankfurter Schule - Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, aber auch deren frühe Mitarbeiter, etwa der Sexualtheoretiker und Sexualpolitiker Wilhelm Reich, der evangelische Religionsphilosoph und Theologe Paul Tillich, die Psychoanalytiker Erich Fromm und Alexander Mitscherlich und der marxistische Nationalökonom und KP-Funktionär Friedrich Pollock und viele andere - keine neuen Ideen hervorbrachten oder verwirklichten.
Die Väter standen vielmehr auf den Schultern der geistigen Großväter, vor allem auf Karl Marx und Sigmund Freud, bzw. der geistigen Urgroßväter Jean-Jacques Rousseau und anderer Vorkämpfer der Französischen Revolution von 1792 (nicht 1789).
Marx und Freud, beide prominente Vertreter des philosophischen Materialismus, nahmen die These Rousseaus auf, daß die "Zivilisation" das Glück des Menschen, das ihm im Naturzustand zuteil wurde, zerstört und die Sitten verdorben habe". Von Natur aus sei der Mensch gut, erst mit dem Privatbesitz, der eigentlichen Ursünde des Kapitalismus, seien Herrschaft und Unterdrückung und damit Unglück und Bosheit in die Welt gekommen.
Allein durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln könne die Herrschaft von Menschen über Menschen endgültig beendet und eine menschenwürdige Gesellschaft - das Paradies auf Erden - errichtet werden.
Die Parole "Zurück zur Natur" findet heute noch ihren Widerhall in der Technikfeindlichkeit

und ökologischen Besessenheit der Grün-Alternativen.
Der marxistische Appell "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" lautet in der neomarxistischen Version "Intellektuelle aller Institutionen, emanzipiert euch!".
Während der Marxismus/Sozialismus an die ökonomisch-sozial verelendeten Proletarier appellierte und eine Arbeiterbewegung in Gang setzte, die die Basis (Produktionsverhältnisse) ändern, vielleicht sogar mit Gewalt umstürzen (revolutionieren) sollte, wendet sich der Neomarxismus der "Frankfurter" an die intellektuell und psychosozial verelendeten Subjekte im Bildungssystem, d.h. im kulturellen Überbau. Er bewirkte 1968 eine Studentenbewegung, die den kulturellen Überbau revolutionieren, d.h., eine Kulturrevolution durchführen sollte, deren Folgen Thema dieser Artikelserie sind.
Die gesamte Programmatik der Frankfurter Schule und der neu-linken Bewegung läßt sich als Kulturrevolution, als Umbau des Menschen, seiner Psyche, seines Denkens und Strebens und seines Lebens, als Umbau der Institutionen, die das menschliche Bewußtsein und Verhalten prägen, sowie als Umwälzung der gesamten Kultur und Zivilisation beschreiben.
Die Studentenrevolte von 1968 war kein Randphänomen der Gesellschaft, sondern eine wirkliche Revolution.
Da es unmöglich ist und auch nicht der Anschein erweckt werden soll, das Ideen- und Lehrgebäude der "Frankfurter", das aus mehr als 40 Büchern, 50 Aufsätzen und Tausenden von Brief- und Manuskriptseiten besteht, adäquat darstellen zu wollen, werden nur einige zentrale Thesen der Kritischen Theorie herausgegriffen. (Wenn im folgenden undifferenziert von der Frankfurter Schule gesprochen wird, ist immer einer der vier Gründer gemeint.)
Die Kritische Theorie ist nach Auffassung der "Frankfurter" eine alles umfassende, alles erklärende Theorie. Sie will sowohl Religions- als auch Gesellschaftsphilosophie, ebenso Theorie der Menschwerdung (Ontogenese) wie Moralphilosophie, Geschichts-, Kultur-, Musik- und Kommunikationstheorie sein. Sie stellt den Anspruch, eine Theorie der Wahrheit zu sein und damit die gesamte vorausgehende Philosophie von Thomas von Aquin bis Kant und Hegel zu überbieten und abzulösen.
Für Horkheimer wie für Habermas steht fest, daß Gott durch die tatsächliche Geschichte, durch die modernen Naturwissenschaften (Evolutionismus/Darwinismus) sowie durch den (dogmatischen) Marxismus widerlegt ist.
Das Christentum ist für Horkheimer eine Lüge, die Wiederbelebung der heidnischen Mythologie in Deutschland während des Dritten Reiches nichts anderes als Polytheismus. Nicht Gott, sondern der Mensch sei das höchste Wesen (Feuerbach), und der Nächste sei das Volk, die Gesellschaft, die Menschengattung. Horkheimer und Adorno teilen die Auffassung, daß die entscheidenden Fragen der Metaphysik nur negativ, d.h. nur verneinend, aufhebend, beantwortet werden können, dementsprechend gebe es nur negative (bestreitende, verneinende) Theologie.
Adorno, der getaufter Jude war, ist, wie Habermas betont, völlig standhaft und unerschütterlich Atheist geblieben.
Für Habermas, vom Elternhaus her evangelischer Christ, ist Gott eine falsche Hypothese - geschichtlich überholt, wissenschaftlich widerlegt. Gott ist vielmehr, wie Ludwig Feuerbach vor ihm schon behauptete, eine Projektion des leidenden Menschen an den Himmel, also Phantasieprodukt des Menschen. Der Mensch hat sich seinen Gott geschaffen, weil er ein Bedürfnis nach ihm hatte. Nach Habermas ist das Zeitalter der Hochreligionen und die Epoche des metaphysischen Denkens vorbei.
Das Christentum sei kein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr, die neue "wissenschaftliche Weltanschauung" - der Darwinismus/Evolutionismus - habe dem Christentum den Rang streitig gemacht, wissenschaftliche Aufklärung habe das (unaufgeklärt-mythische) Bewußtsein aufgelöst, die religiöse Welt insgesamt "entzaubert" und jede religiös begründete

Ethik wie Lehmbröckchen zwischen den Fingerspitzen zerrieben. Das moderne, nach-metaphysische Denken bestreite keine bestimmten Behauptungen der Theologen oder Metaphysiker, es behaupte vielmehr deren Sinnlosigkeit.
Sinnlos ist das Nachdenken über Gott deshalb, weil Gott in der Kritischen Theorie nicht real existiert, sondern nur ein Phantasieprodukt leidender Menschen ist. Theologie als Nachdenken und Reden über Gott ist dann eben nur Reden über nichts oder über menschliche Einbildungen.
Die "Moderne" oder das nach-metaphysische Zeitalter sei die Epoche des Massenatheismus: die katholische Kirche sei in mehrere Konfessionen und in eine Unzahl von Denominationen zersplittert, und alle moderne Theologie erscheint als Schrumpfungsprozeß, der zur Auflösung führe, weil diese "moderne" Theologie die Unterschiede zwischen Heils- und Weltgeschichte, zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen Kirche und Welt, zwischen Theologie und Soziologie, zwischen Seelsorge und Psychologie, zwischen Christen und Nichtchristen, also den überlieferten Dualismus, einebne.
Mit dieser Zustandsbeschreibung von 1974 hat Habermas sogar recht behalten. Habermas hält es schließlich für gerechtfertigt (und notwendig), daß überall dort, wo in der idealistischen Philosophie "Gott" gedacht oder geschrieben wurde, "Mensch" oder "menschliche Gattung" einzusetzen sei. Damit wird Gott entthront, der Mensch bzw. die Gesellschaft dagegen werden vergöttlicht.
Wenn ein dogmatischer Marxist gefragt wird, wie ein "Sozialist" die Frage nach Gott beantworten würde, würde er mit Karl Marx antworten, der "sozialistische Mensch" sei so, daß er diese Frage nicht mehr stelle. ...<<
Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.
Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über die Erneuerbare Energie und Kernenergie (x864/...): >>**Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?**
Solarenergie und Windenergie fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhanden sind.
Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.
Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen (Knallgasreaktion). Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie (letzteres in Brennstoffzellen). Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.
Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung

fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, werden die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.
Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.
Aber man tut es nicht! Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kraftwerke (Kohle, Kernkraftwerke), die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) ins Netz speisen können.
Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergietechnik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.
Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolgversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Projekte an der Universität Stuttgart (Hysolar), das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neunburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftweisenden Entwicklungsaktivitäten.
Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherinfrastruktur besteht (z.B. Tankstellen).
Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte. Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.
Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen. Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden. Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. Februar 2001 (x887/...): >>**Der "Wandel" ist Schwindel**

Korruption, Gewaltwelle, hemmungsloser Egoismus: Das Schwinden der ethischen Fundamente bedroht unser Gemeinwesen längst im innersten Kern

(Uwe Greve)

Ethik und Moral gehen dem Fortschritt nicht voran, sondern sie folgen ihm. Schon die zehn Gebote beweisen dies. Gebote wie "Du sollst nicht stehlen" oder "Du sollst nicht töten" sind ja nur deshalb notwendig geworden, weil Menschen bereits gestohlen und getötet hatten. Daß wir den Herrn, unseren Gott, "ehren und keine anderen Götter neben ihm haben" sollen, setzt die Erfahrung voraus, daß die Menschen viele Götter angebetet haben.

In anderen Regionen der Erde mit anderen religiösen Vorstellungen war dies nicht anders. "Gesandter Gottes, welches ist die größte Sünde? Wenn du ein Götzenbild neben Gott stellst, der dich erschaffen hat! Und was noch? ... Ehebruch zu begehen mit dem Weibe deines Nachbarn." So steht es geschrieben in den Sammlungen von Bukhari, bedeutenden islamischen Glaubensschriften. Die Weisung, Armen und Kranken zu helfen, finden wir in allen Weltreligionen. "Durch mildtätige Werke und andere Tugenden kann ich die Buddhaschaft zum Heil der Welt erlangen", heißt es in den Glaubensschriften der tibetischen Variante des Buddhismus.

Das Vorhandensein solcher religiöser Forderungen zeigt uns, daß die Menschen egoistisch und selbstsüchtig waren, denn sonst hätten solche Ge- und Verbote nicht aufgestellt und niedergeschrieben werden müssen. Ethische und moralische Forderungen sind Beweis dafür, daß es ethische und moralische Rückstände immer gegeben hat. ...

Zum Werteverfall in der Gegenwart trägt seit langem bei, daß die moralische Kraft des Christentums immer weiter sinkt. Im christlichen Glauben spielt der Gedanke an Strafe und Belohnung eine bedeutende Rolle. Nun will zwar niemand die Religion als "Zuchtmittel" wiederbeleben. Doch das moralische Gewissen ist wertvolle Richtschnur für menschliches Verhalten und unverzichtbares Korrektiv für Entscheidungen.

Auch Handlungen, die der Mensch vor der Allgemeinheit verbergen kann und für die er keine Strafe zu befürchten hat, werden von dem "inneren Richter" auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft. Doch in einer Welt, die Gott für tot erklärt hat, ist dieser sittliche Wegweiser unwirksam geworden. Es ist alles erlaubt, weil keine Strafe zu befürchten ist.

Auch überpersönliche Verpflichtungen, wie sie zum Beispiel durch die Bindung an das eigene Vaterland entstehen können, werden kaum noch anerkannt. Sie bilden keine Hemmschwelle gegen das Ausleben persönlicher Wünsche und Triebe. Je weniger es ein gemeinschaftliches Willensbild gibt, sein Vaterland zu stützen und zu fördern, um so mehr ist der einzelne sich selbst genug und sieht ausschließlich sein eigenes Befinden, seine persönlichen Interessen im Mittelpunkt des Lebens.

Weil ebensowenig Schulen, Medien und Eltern die Erziehungsaufgabe ausreichend erfüllen, bleibt die Frage unbeantwortet, in welche Richtung denn überhaupt das Gewissen des Nachwuchses entwickelt werden soll. Strafen sind jedenfalls keine Möglichkeit, gemeinschaftsfeindliche, egoistische Triebkräfte im Zaum zu halten.

Eine Staats- und Wirtschaftsordnung, die in einem harten politischen und wirtschaftlichen Wettkampf mit anderen Staaten und Ordnungsmodellen steht, bedarf zwar nicht von oben verordneter Kollektivität, aber auf jeden Fall eines Gemeinschaftswillens, der aus der inneren Überzeugung des einzelnen erwächst, daß Freiheit, Kultur und Wohlstand nur gemeinsam erhalten werden können.

Die Werterziehung in Deutschland ist an einem Tiefpunkt angelangt, der kaum noch unterboten werden kann. Von allen Krisenerscheinungen der Gegenwart ist der Werteverfall bei weitem das schlimmste Syndrom, weil er sämtliche Lebensbereiche umfaßt: die Wirtschaft, das

Staatsgefüge, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Ein Volk, in dem die unverzichtbaren Wertvorstellungen verkümmern, verurteilt sich selbst zum Untergang.
"Ohne Tugenden hat das Land keine Zukunft", stellte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede zum 40jährigen Bestehen des CDU-Wirtschaftsrates im Herbst 1993 fest. ...
In vielen Bundesländern regierte die CDU jahrzehntelang und beugte sich in der Bildungspolitik gar zu oft dem Zeitgeist. Bleibend gültige Werte wurden bedenkenlos auch von CDU-Politikern den pseudomarxistischen Idealen der Professorengeneration der Achtundsechziger und ihrer Epigonen geopfert, wenn nur Funk, Fernsehen und Presse den Fehlweg als "fortschrittlich" priesen.
Gewiß hat hier auch eine menschliche Schwäche hineingespielt: Es lebt sich als Politiker soviel angenehmer, wenn man von den Medien, dieser vierten Macht im Staate, zitiert, gelobt und wohlwollend kommentiert, als wenn man totgeschwiegen oder verrissen wird. So braucht man wenigstens keine Courage, um eine unpopuläre Meinung zu vertreten. Außerdem enthebt es einen des lästigen kritischen Durchdenkens, ob das Neue denn nun wirklich besser als das Alte ist, wenn man jede Neuerung unbesehen als Entwicklung zum Besseren bewertet.
Immer wieder lesen wir in Zeitungen und Zeitschriften Überschriften wie "Wertewandel als Herausforderung", "Wenn Werte wechseln" oder "Werte wandeln sich immer schneller". Da klingt so, als läge etwas Schicksalhaftes, vom Menschen nicht Beeinflußbares über der Entwicklung des Wertesystems eines Volkes, eines Staates, einer Gesellschaft.
Werte werden jedoch allein durch Erziehung vermittelt - oder eben nicht, wie es heute leider allzuoft der Fall ist -, und sie entwickeln sich durch Vorbilder, an denen sich junge Menschen orientieren können. Fehlt dieser Bezugsrahmen, so wächst eine hilf- und ratlose, desorientierte Jugend heran. Das haben Ideologen viel früher erkannt und genutzt als bürgerliche Politiker, die auf Wertewandel reagieren, statt in der Werteerziehung zu agieren.
Nach über 30 Jahren Reformen stehen wir vor einem Schulwesen, in dem Lehrer, Schüler und Eltern gleichermaßen verunsichert sind. Hunderte von ideologisch bedingten Fehlern reihten sich zu einer Prozession schulischen Niedergangs aneinander. Pluralismus der Ideen und Wettbewerb der Meinungen sind für eine Demokratie und für die soziale Marktwirtschaft unverzichtbar. Werte-Pluralismus aber, das heißt Unverbindlichkeit der Werte, zerstört das Ganze. ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. März 2001: >>**Pervertiertes Gewissen**
In Frankreich steht Daniel Cohn-Bendit als Kinderschänder unter Beschuß
Auch in Frankreich verschärft sich die Debatte um die moralische Bewertung von "1968". Der Anführer der Studentenunruhen in Paris, Daniel Cohn-Bendit, muß sich seit kurzem Vorwürfen des sexuellen Mißbrauchs von Kindern erwehren. "Dany le rouge", wie die Linke den heutigen Europaabgeordneten der Grünen bewundernd nennt, hatte Anfang der siebziger Jahre in einem Frankfurter "Kinderladen" gearbeitet und darüber 1975 in seinem Buch "Der große Basar" berichtet. Das französische Magazin L'Express brachte letzte Woche Passagen aus dem Kapitel "Little Big Men", welche in der französischen Öffentlichkeit eine heftige Diskussion auslösten.
Cohn-Bendit schreibt dort: "Ich hatte schon lange Lust gehabt, in einem Kindergarten zu arbeiten." Es sei eine "fantastische Erfahrung" mit den Kindern im Alter von zwei bis fünf Jahren gewesen. Er wollte unbedingt von den Kindern akzeptiert werden und habe alles getan, daß die Kinder "von mir abhängig wurden".
"Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen. Es ist kaum zu glauben. Meist war ich ziemlich entwaffnet." Völlig klar: "Einige Kinder haben ihren

Eltern oft beim Vögeln zugesehen." Cohn-Bendit fährt fort: "Es ist mir mehrmals passiert, daß einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln. Ich habe je nach den Umständen unterschiedlich reagiert, aber ihr Wunsch stellte mich vor Probleme. Ich habe sie gefragt: 'Warum spielt ihr nicht untereinander, warum habt ihr mich ausgewählt und nicht andere Kinder?' Aber wenn sie darauf bestanden haben, habe ich sie dennoch gestreichelt."

Schon Ende Januar verlangte der ehemalige deutsche Justiz- und Außenminister Klaus Kinkel in einem Offenen Brief in der Berliner Zeitung von Cohn-Bendit eine "deutliche Klarstellung, daß es im Kontakt mit den Kindern niemals zu unsittlichen Berührungen gekommen ist". In einer Antwort auf Kinkel erklärte Cohn-Bendit, es sei ihm damals "das Problem nicht bewußt gewesen", und bei den zitierten Passagen handele es sich um eine "ich-bezogene Selbstreflexion". Für die deutschen Medien war die Sache damit erledigt, anders in Frankreich, wo der Fernsehsender TF1 eine Diskussion eröffnete:

"Hat Cohn-Bendit eine pädophile Vergangenheit?" Der rechtskonservative Politiker Philippe de Villiers konfrontierte Cohn-Bendit in einer Diskussion auf TF1 am Erscheinungstag von L'Express mit neuen Vorwürfen: "Cohn-Bendit und seine militanten Freunde von 68 stehen am Anfang einer übergroßen Toleranz und Nachsicht für Exzesse aller Art. Jene, die geschrieen haben, es sei 'verboten zu verbieten', indem sie das Ende aller Tabus und zuletzt der 'sexuellen Repression' gefordert haben, sie sind moralisch verantwortlich für Perversitäten und Mißbrauch, die wir heute feststellen."

Einen Moment lang konnte man den "roten Dany" erbleichen sehen, dann fand er zu seiner gewohnten Großmäuligkeit zurück. Er verteidigte sich, es sei "Unsinn", ihm den Mißbrauch von Kindern vorzuwerfen. Ehemalige Schützlinge und deren Eltern hätten ihm das bestätigt. Über den Text in "Der große Basar" könne man diskutieren. Die zitierten Passagen erschienen ihm heute "unerhört, schlecht geschrieben". Er spricht von einer "unerträglichen Leichtfertigkeit". Auf de Villiers' Anschuldigungen antwortete er, man könne ihm lediglich seine Lust an der Provokation vorwerfen. De Villiers' Rücktrittsforderung beschied er mit einem spitzen "Warum?" Trotzig bekennt er: "Ich lasse mich nicht totmachen."

Am 23. Februar veröffentlichte die linksliberale Tageszeitung Libération eine bemerkenswerte Selbstkritik. In den Jahren nach 1968 war Libération wichtigstes Sprachrohr der "sexuellen Revolution". Einiger pädophilenfreundlichen Artikel schäme man sich heute: So kam 1981 ein Kinderschänder anonym zu Wort. Ohne Bedauern berichtet er vom fortgesetzten Mißbrauch einer Fünfjährigen. Sie habe "gebrabbelt, wenn sie Lust verspürte". Der Journalist von Libération kommentierte damals, "wenn er von Kindern redet, dann leuchten seine dunkelgrauen Augen vor Zärtlichkeit". Die geistige Komplizenschaft gewisser linksliberaler Kreise für Pädophile findet der Autor von Libération heute "scheußlich".

1977 unterzeichneten französische Intellektuelle eine Petition für drei verurteilte Kinderschänder. Bernard Kouchner, André Glucksmann, der spätere Kulturminister Jack Lang und viele andere sahen "kein Verbrechen", da die Mädchen "einverstanden" gewesen seien: "Wenn man einer Dreizehnjährigen die Pille gibt - wofür denn sonst?"

Und Jean-Paul Sartre, Michel Foucault, Roland Barthes, Simone de Beauvoir und Jacques Derrida machten kurz darauf in einer Resolution gegen das Mißbrauchsgesetz Front. Das "Recht des Kindes und des Erwachsenen, mit Personen ihrer Wahl Beziehungen zu unterhalten" müsse anerkannt werden. Bis Anfang der achtziger Jahre verharmlosten deutsche Grüne den Geschlechtsverkehr mit Kindern als "Stadtindianerprojekte".

Heute verweist Libération auf "den kollektiven Schwindel der Zeit". Es sei ein allgemeines Fieber gewesen. "Mit einem Kind schlafen? Eine Freiheit wie andere", habe es damals geheißen. Als Guru der "sexuellen Revolution" fungierte der marxistische Psychoanalytiker Wilhelm Reich. Nach seiner Theorie resultiert aus der unterdrückten Sexualität ein "autoritärer

Zwangscharakter", welcher die Basis für die Unterdrückung der Menschheit bilde. Ein Gegenmittel sei exzessive Promiskuität. "Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment", lautete die Parole.
In der Tat haben, wie de Villiers sagt, die permissiven Ideen von 1968 "das Gewissen pervertiert" und damit in gewisser Weise auch Pädophilen - obwohl es die natürlich schon lange vorher gab - ein Alibi geliefert. Es ist höchste Zeit, die Schleier der Beschönigung zu zerreißen und dem Moralapostel Cohn-Bendit seinen Heiligenschein abzunehmen.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 10. März 2001 (x887/...): >>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**
Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil I)
(Wolfgang Thüne)
Die mehr feuilletonistisch-schaulustige denn politische Debatte um die beiden links-grünen Symbolfiguren, den Vizekanzler und Außenminister Joseph Martin "Joschka" Fischer wie den Umweltminister Jürgen Trittin, geht am eigentlich aufzuarbeitenden und zu bewältigenden Problem, den wahren politischen Umsturzabsichten, die sich hinter dem harmlosen Namen "Studentenrevolte" verbargen, ganz gezielt vorbei. Offensichtlich soll durch eine überaus geschickte Inszenierung der öffentlichen Debatte verhindert werden, daß die eigentlichen revolutionären Beweggründe, Triebkräfte und Umsturzziele ans Tageslicht kommen und die gesamte Bundesregierung ins Zwielicht bringen.
Wer aufmerksam die Mediendebatte verfolgt und die Kommentare liest, merkt, daß hier etwas bewußt verharmlost werden soll. Man verschanzt sich hinter Allgemeinbegriffen, sucht den Schutz der "Masse", um darin unerkannt abzutauchen. Daher muß zuallererst energisch der Behauptung widersprochen werden, es habe sich um eine "Studentenrevolte" gehandelt. Nein! Es waren kleine radikale und straff organisierte Gruppen anarchistischer, marxistischer oder maoistischer Gesinnung, welche lautstark bis gewaltsam ihre revolutionären Parolen skandierten und den Lehrbetrieb störten, um die deutliche Mehrheit der Studenten zu majorisieren und zu tyrannisieren.
Sie nutzten brutal die Demonstrationsfreiheit aus, um die Freiheit der Diskussion zu unterbinden; sie nutzten die Toleranz, um so intoleranter gegen Andersdenkende vorzugehen. Eine der vielen sektiererischen Mini-Gruppierungen war der Kommunistische Bund (KB), dem Umweltminister Jürgen Trittin angehörte. ...
Der nach dem Idol Mao bestens organisierte "lange Marsch durch die Institutionen" hat die Revolutionäre an die Schalthebel der Macht gebracht, die sie nun nicht mehr loslassen wollen. Zu diesen Marschierern gehörte auch Außenminister Joseph Martin Fischer. Er schloß sich 1968 in Frankfurt am Main der kommunistischen Sekte "Revolutionärer Kampf" an und avancierte ob seiner Schlagfertigkeit und seines Draufgängertums rasch zum "Commandante" der berüchtigten "Putzgruppe". Konfrontiert mit seiner brutalen Vergangenheit, gibt er zwar zu, auch mal kräftig hingelangt und auf "Bullen" eingeprügelt zu haben, aber Steine habe er nur so in die Luft geworfen.
Was sich in den sechziger, siebziger und auch achtziger Jahren abspielte, war keineswegs ein Kampf um mehr Demokratie, es war ein Kampf gegen die Demokratie, gegen das verhaßte etablierte politische Parteienregiment, gegen die Regierungen von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Es war der Versuch, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu zerstören und durch eine angebliche "Räterepublik" oder "Basisdemokratie" zu ersetzen.
Es ging schlicht um den Griff nach der Macht im Staate, die Entmachtung der Staatsgewalt. "Demokratie" als Herrschaft einer freiheitlich gewählten Mehrheit war nicht das Ziel der untereinander verfeindeten und verschiedenen revolutionären Idole wie Marx, Lenin, Stalin, Trotzki, Mao, Che Guevara, Pol Pot, Castro nacheifernden Gruppierungen. Einzig der Haß auf das System, der schnelle Sturz des "repressiven" Staates vereinte die diversen K-Gruppen.

Wer das verstehen will, der muß nach den geistigen Urhebern fragen, der kommt an der ideologischen Kaderschmiede, der "Frankfurter Schule", nicht vorbei, auch wenn tunlichst versucht wird, diese Frage zu tabuisieren. Die "Väter" der "Achtundsechziger" waren Adorno, Bloch, Habermas, Marcuse, die Schöpfer der "Kritischen Theorie".
Es war Theodor Adorno, der dazu aufrief, "den Stein aufzuheben, unter dem das Böse lauerte". Vom Aufheben des Steins bis zum Werfen des Steins war kein weiter Weg. Das Ziel markierte Jürgen Habermas. Er stellte der repressiven parlamentarischen Demokratie als Idealzustand die außerparlamentarische "Basisdemokratie" entgegen. Sodann war es Johannes Agnoli, der den "mündigen Bürger" als hilfloses Objekt einer von etablierten "Eliten" beherrschten Politik bezeichnete.
Schließlich war es Herbert Marcuse, der von Amerika aus zu dem allgemeinen Aufstand gegen die "liberale, bürgerliche Gesellschaft" aufrief. Er forderte im Jahre 1967 "Das Ende der Utopie", speziell die Abschaffung der westlichen "Scheindemokratien", die sich auf ein "Mehrheitsbewußtsein" stützten. Marcuse wendete das Prinzip der Toleranz in sein Gegenteil. Er berief sich auf die marxistische Unterscheidung zwischen progressiver und reaktionärer, staatlicher Gewalt und gestand den angeblich "unterdrückten Minderheiten" ein "Naturrecht auf Widerstand" zu.
Er berechtigte sie geradezu moralisch, "außergesetzliche Mittel" anzuwenden. Er fand an den Universitäten das "Proletariat", das seine "Sprache" verstand und dem Aufruf zum revolutionären Umsturz kritiklos Folge leistete. Von der propagierten Gewalt wurde gewalttätig und gewaltig Gebrauch gemacht, wie der Name "Putzgruppe" zu erkennen gibt.
Die gewalttätigen "Proteste" waren nicht auf die sechziger und siebziger Jahre beschränkt. Sie reichten bis weit in die neunziger Jahre. Schon etabliert als Abgeordneter der "Grünen" im niedersächsischen Landtag, solidarisierte sich Jürgen Trittin mit der Göttinger "Antifa(M)" und unterzeichnete deren "Göttinger Resolution" vom 19. Juni 1996.
Neben Trittins Unterschrift finden sich auch diejenigen von Ulla Jelpke und Lothar Bisky von der PDS, der Nachfolgepartei der SED! In der Resolution wird die Arbeit der "Antifa(M)" gelobt und das Vorgehen des "Staates" wie folgt kritisiert: "Die Kriminalisierung der autonomen Antifa(M) ist ein Versuch der sicherheitspolitischen Hardliner in der BRD, diejenigen, die ihre Widersprüche zum bestehenden System öffentlich artikulieren, zum Schweigen zu bringen." Es ist das ewig gleiche Vorwurfsritual, durch das sich die Feinde des freiheitlichen Rechtsstaates zu rechtfertigen suchen.
Bereits ein 1968 vom Sozialistischen Studentenbund SDS in West-Berlin verteiltes Flugblatt trug den Titel "Organisieren wir den UNGEHORSAM gegen die Nazi-Generation". Es enthielt folgende Aufforderung: "Leisten wir Widerstand gegen ehemalige Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber aller Couleur, Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer, Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen, Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten, Nazi-Bundeskanzler und nicht zuletzt gegen die Nazi-Kriegsgewinnler, Nazi-Fabrikanten, Nazi-Finanziers. Verweigern wir uns total den Nazis …
Mobilisieren wir die permanente ANTI-NAZI-KAMPAGNE. Bereiten wir den Aufstand gegen die Nazi-Generation vor." Diese unbändige Lust, alles "Naziartige" mit Stumpf und Stil auszurotten, war ein Stück der Nazi-Endkampf-Mentalität. Es war der pubertäre Versuch, einen längst untergegangenen Totalitarismus durch einen neuen Totalitarismus zu ersetzen. Nazismus und Marxismus waren tot, es lebe der Neomarxismus!
Mit diesem fanatischen Rundumschlag gegen die "Vätergeneration", dieser pauschalen Kollektivdiffamierung versuchten die "Achtundsechziger", sich sowohl eine Legitimation wie eine Generalabsolution für ihre Gewalttaten zu verschaffen. Sie verkörpern das "Gute", das zu ewigem Kampf gegen das revanchistische "Böse" aufgerufen sei. Sie halten sich für die einzig legitimen Kämpfer für Freiheit, Fortschritt und Demokratie. Diese Einschätzung bestätigt

Sieghart Ott in der "FAZ" vom 29. Januar 2001: "Die Bundesrepublik hätte ohne die Achtundsechziger nicht die weitgehend offene und liberale Gesellschaft, die sie heute prägt. Sie haben - auch wenn sie gelegentlich Steine und andere Gegenstände warfen - zur Freiheit und Demokratie entscheidend beigetragen."
Welch eine naive Fehleinschätzung! Exakt das Gegenteil ist richtig: Hätte der Staat unter den Regierungen Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl nicht Standfestigkeit gegenüber den Feinden der Demokratie bewiesen und sich nicht so massiv - auch unter Polizeieinsatz - gegen die neomarxistisch-anarchistischen "Heilsbringer" gewehrt, hätte sich der Staat nicht als Ordnungsmacht bewährt, wir hätten heute unter einer Gesinnungsdiktatur zu leiden, die ihresgleichen sucht.
Hanns-Eberhard Schleyer, Sohn des 1977 ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, kreidet zu recht dem derzeitigen Außenminister "Joschka" Fischer die geradezu unerträgliche "Selbstgerechtigkeit" an, mit der er seine Gewalttaten zu bagatellisieren, zu glorifizieren und damit zu legitimieren versucht.
Kein gutes Zeugnis erteilt auch die ehemalige Grünen-Sprecherin Jutta von Ditfurth "Joschka" Fischer. In der "Welt" vom 18. Januar 2001 ist folgendes zu lesen: "Für Fischer und seine Leute war das Thema Ökologie eigentlich zu kleinbürgerlich. Aber er trat ein und gab sich linker als die Grünen", sagt Ditfurth.
Im September 1982 nach der Bundestagswahl wurde Fischer bei den Grünen aktiv, fünf Monate später saß er für die Partei im Deutschen Bundestag. Zuvor "putschte" er sich auf die hessische Landesliste: "Fischer paktierte mit rechten, rassistischen Grünen, ängstliche Gemüter wurden niedergeschrien", erinnert sich Ditfurth. "Die Spontis hatten die Angewohnheit, sich hinter die Redenden zu stellen und zu brüllen."
Fischer schaffte so zwar sofort den Sprung in den Bundestag, doch er mußte noch die Partei erobern. "Fischer und vor allem sein enger Freund Cohn-Bendit setzten dabei stalinistische Methoden ein", sagt Ditfurth.
Ausgangspunkt war Hessen: Dort standen im März 1985 Kommunalwahlen an. "Fischer wollte möglichst viele Realos auf die Listen bringen", so Ditfurth, die damals mit einer mehrheitlich aus Fundis bestehenden Fraktion im Frankfurter Römer saß. Ab Sommer 1984 organisierten die Spontis Masseneintritte. Sie verteilten Mitgliedsanträge in Kneipen. "Cohn-Bendit agitierte mit der Forderung: Schwemmt die Fundis aus den Grünen".
Die Rechnung ging auf. Ditfurth berichtet von einer Kreisversammlung in der Aula der Frankfurter Fachhochschule: "Während die Minderheit der Delegierten vorne im Saal diskutiert, wird hinten Bier gesoffen und Skat gedroschen. An der Saaltür steht Cohn-Bendit, um den Getreuen zu sagen, wann sie die Stimmkarten heben müssen. So wurden Mehrheiten gemacht, ohne daß wir etwas tun konnten."
Politische Inhalte seien Fischer stets gleichgültig gewesen, "der brauchte die Grünen als Trittleiter für seine Karriere". Das Ergebnis: Fischer wird 1985 in einer Koalition mit der SPD unter Ministerpräsident Holger Börner hessischer Angesichts dieser Vergangenheit verwundert es, daß nur wenige Weggefährten den Mut aufbringen, die Wahrheit über "Joschka" Fischer ans Tageslicht zu befördern. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. März 2001 (x887/...): >>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**
Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil II)
(Wolfgang Thüne)
In der Tradition seines anarchistischen Staatsverständnisses stehend kommentierte der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit den Versuch von Justiz und Staatsanwaltschaft, die revolutionäre Vergangenheit seines engen Freundes und Kampfgefährten "Joschka" Fischer aufzuklären, mit den Worten: "Diese Republik ist schlicht wahnsinnig" ("FAZ" vom 20. Februar

2001).
Nun, eine "Republik" kann nicht "wahnsinnig" sein, sehr wohl aber einzelne Individuen, die geradezu hysterisch bis schizophren reagieren, wenn man sie nach ihrer sauberen Vergangenheit befragt. Welche "wahnsinnigen" Erfahrungen Daniel Cohn-Bendit als Leiter eines antiautoritären Kindergartens gemacht hat, das hat er freimütig in der "taz" geschildert. Es ist ein Akt bürgerlichen Anstandes, dies hier nicht zu wiederholen!
Die eigentlichen Wurzeln der gesellschaftlichen Fehlentwicklungen legt Eva D. Pickert in einem Leserbrief in der "FAZ" vom 9. Februar 2001 offen:
"Den 'Kult der Individualität' nahmen die großmäuligen Führer der Achtundsechziger nur für sich selbst in Anspruch; die Massen sollten im sozialistischen Kollektiv auf- und untergehen. Wie stand es aber mit pluralistischer Meinungsfreiheit in den kommunistischen Paradiesen der Achtundsechziger - China, Sowjetunion oder Kuba?
Mit ihrer Glorifizierung der kommunistischen Diktaturen haben die Achtundsechziger gezeigt, daß ihnen die Leiden der Opfer jener Schreckensherrschaften ebenso gleichgültig waren wie elementare Menschenrechte. Daß die gewalttätigen Demonstrationen der Achtundsechziger bis hin zu den Morden der RAF die Bundesrepublik auf eine harte Bewährungsprobe stellten, die dennoch nicht zur Aufgabe demokratischer Freiheiten führte, kann nicht als Verdienst der Achtundsechziger hingestellt werden, sondern ist der Widerstandsfähigkeit der noch jungen deutschen Demokratie zu verdanken.
Einer Verdrehung der historischen Wahrheit kommt es gleich, die marxistisch inspirierte Revolte als einen Beitrag zu einer 'offenen Gesellschaft' zu deuten. Den politischen Umsturz haben die Achtundsechziger nicht erreicht; sie haben jedoch prägende Fehlentwicklungen herbeigeführt oder unterstützt, unter denen unser Staat bis heute leidet: Verharmlosung von Gewalt, Diskreditierung von Leistung und Bildung, Elitenfeindlichkeit, linksdominierte 'political correctness', Werteverfall, um nur einige zu nennen." ...
Der auf geistige Distanz gegangene Achtundsechziger und "Sponti" Michael Buselmeier schildert die damaligen Motive in einer Ehrlichkeit und Offenheit, die einem "Offenbarungseid" gleichkommt und andere Schönredereien als unehrlich erscheinen läßt:
"Auch wir Spontis pflegten den Anti-Kapitalismus, die Gruppe 'Revolutionärer Kampf' hatte sogar einen orthodox proletarischen Ansatz. Aber wir orientierten uns nicht am Archipel Gulag, sondern am kurzen Sommer der Anarchie.
Wir verachteten die Kaderparteien, und es kam uns nicht in den Sinn, den Staat zu usurpieren, wir wollten ihn - kaum weniger realitätsblind - einfach abschaffen. Keine Macht für niemand! Freie Sexualität, Gegenöffentlichkeit, anders arbeiten (oder besser: gar nicht), anders leben - so ähnlich lauteten unsere Ziele, die wir bei Herbert Marcuse, Negt/Kluge, Peter Brückner oder im Sponti-Organ 'Wir wollen alles' zusammengeklaubt haben."
Michael Buselmeier erklärt die Gewaltexzesse schlicht als einen Haßausbruch auf die "Väter". Doch wer hat diesen Haß gesät und Gewalt geerntet?
Buselmeier bestätigt auch, daß viele Achtundsechziger die Chancen der Öko-Bewegung gewittert, einfach ihre Couleur gewechselt und diese Bewegung schlicht unterwandert haben. Sie hofften, getarnt als "grüne" Umweltaktivisten, schneller an die Schalthebel der Macht zu kommen und so den "langen Marsch durch die Institutionen" gewaltig abkürzen zu können. Die Karrieren von Cohn-Bendit und Fischer sind Bestätigung dieser erfolgreichen Machtergreifung.
Buselmeier schreibt: "Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Leitwölfe und Funktionäre der radikalen Linken nach ihrem schwachen Abgang in unauffällige Berufe und Hausarbeit zurückgezogen hätten.
Statt dessen haben sie die grüne Partei, kaum daß sie vorhanden war, in den Griff genommen. Zwar waren sie an Ökologie, an Pflanzen und Tieren nicht interessiert. Dafür verfügten be-

sonders die ehemaligen Maoisten über organisatorische Fähigkeiten, Sitzfleisch und die Fähigkeit, Seilschaften zu knüpfen. Ihr zweiter, diesmal legaler Versuch, an die Macht zu gelangen, erscheint weit aussichtsreicher als der erste. Sie haben auf Vorrat Kreide gefressen und reden sehr moralisch in der gleichen vermurksten Sprache wie die übrigen Politiker. Dicht an den Staat geschmiegt, müssen sie vermutlich nicht einmal mehr lachen, wenn sie ihre Köpfe auf den Bildschirmen erkennen."

Joseph Martin "Joschka" Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Jürgen Trittin, "Joscha" Schmierer und viele andere emanzipierten sich nicht, um der "Hausarbeit" nachzugehen. Sie bemächtigten sich der Naturschutzbewegung, deren Hoffnungsträger und Symbolfigur der ehemalige CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl war. Er hatte 1976 den Bestseller "Ein Planet wird geplündert" geschrieben. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, daß dieser fanatische Antikommunist ausgerechnet von K-Aktivisten ausgebootet wurde.

Als Herbert Gruhl seine Naturschutzbewegung 1980 in eine offizielle Partei umwandelte, da war es um ihn geschehen. Das Zugpferd wurde ausgemustert, die Macht übernahmen die "Achtundsechziger".

Herbert Gruhl mitsamt dem Ökobauern Baldur Springmann wandte sich enttäuscht ab und gründete die Ökologisch Demokratische Partei ÖDP, die jedoch eine Splitterpartei blieb. Derweil segelten die Achtundsechziger unter der Flagge "Grün" von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und verdrängten gar die FDP in der Parteienhierarchie vom dritten Platz.

Seit Ende 1998 stehen die "Grünen" auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung und besetzen mit dem Außenminister und Vizekanzler Fischer, dem Umweltminister Trittin und jetzt der Verbraucherschutzministerin Künast drei wichtige und gesellschaftspolitisch hochbrisante Schlüsselressorts. Hier kann und hier wird ganz gezielt der "Umbau der modernen Industriegesellschaften" vorangetrieben, nach dem Motto "Wieviel ist genug?".

Der Sektor "Umweltschutz" eignet sich vorzüglich für revolutionäre Geister, denn noch keinem klugen Geist ist es bisher gelungen zu definieren, welche "Umwelt" denn zu schützen ist. "Umwelt" ist ein ganz subjektiver Begriff, und so werden wir mit immer neuen "Umweltgefahren" konfrontiert, von denen kein Sterblicher wirklich sagen kann, welche nun real oder fiktiv sind. Fiktive Gefahren eignen sich vorzüglich, unter dem Vorwand akuter Gefahrenabwehr die bürgerlichen Freiheitsrechte immer mehr einzuengen.

Als die größte umweltpolitische Herausforderung wird der "Treibhauseffekt" bezeichnet, der, verursacht durch die Kohlendioxidemissionen der "reichen" Industrienationen, zu einer globalen "Klimakatastrophe" führen soll. Diesen Effekt gibt es in der Natur zwar nicht, aber er ist Teil unserer "Einbildung" und damit, wenn schon nicht physisch, so doch psychisch real. Er hat seine eigene Wirkmächtigkeit und dient in der Hand der Mächtigen als wundersames Manipulationsinstrument.

Der "Treibhauseffekt" wurde als schlichte Vermutung in die Welt gesetzt, avancierte dann durch ständige Propaganda zu einer Meinung, die nunmehr den Status einer Überzeugung angenommen hat und damit weitgehend kritikresistent geworden ist. Der "Treibhauseffekt" eignet sich ideal für gesellschaftspolitische Veränderungspläne, kann man sich doch zum Schutzpatron des "kleinen Mannes" aufspielen, um ihm dann um so forscher in die Tasche zu greifen.

Die Argumentation ist einfach: Die "monokapitalistische Gesellschaft" ist verantwortlich für den "Konsumterror", dessen korrumpierenden Wirkungen das Individuum hilflos ausgesetzt ist. In dieser Situation bietet sich der Staat als Retter an, indem er dem "kleinen Mann" die Mittel entzieht, die ihn in Gefahr bringen könnten, sich weiter an der "Umwelt" zu versündigen.

... Mit jeder staatlichen Erhöhung der Benzinsteuern weiß nun der Bürger, daß ihm sprichwörtlich der Brotkorb höher gehängt wird. Getroffen und gestraft werden immer zuerst die

Ärmsten der Armen, die mit der geringsten Kaufkraft. Diese überproportionale Bestrafung des "kleinen Mannes" ist alles andere als sozial verträglich, geschweige denn sozial gerecht. Ist das die neomarxistische Variante einer neuen klassenlosen Gesellschaft?
Mobilitätsberaubung ist nichts anderes als Freiheitsberaubung. Mobilität heißt Beweglichkeit und die höchste Form der Beweglichkeit ist die Selbst- oder Automobilität, welche dem einzelnen die Freiheit gewährt, sich nach freiem Gutdünken in Raum und Zeit zu bewegen. Natürlich gehen vom Verkehr zu Lande, im Wasser und in der Luft Gefahren aus, natürlich werden Rohstoffe verbraucht, aber das rechtfertigt nicht die "Ökosteuer", denn diese wurde ausdrücklich mit der Notwendigkeit des "Klimaschutzes" begründet.
Dieses "grün-rote" Versprechen ist ein Nullversprechen, denn es gibt gar kein "Globalklima", das sich "erwärmen" könnte. Eine "Globaltemperatur" kann jeder Volksschüler berechnen, der das Addieren und Dividieren von Zahlen gelernt hat. Ein Klimawert setzt langjährige Wetterbeobachtung voraus und entsteht durch Kopfrechnen auf dem Papier! "Klima" ist immer und in jeder Dimension eine statistische Größe, die vom Wetter her bestimmt wird!
Man muß aber ein vom Machbarkeitswahn befallener "Klimaexperte" sein, um glauben zu machen, man könne der "Globaltemperatur" den "Odem des Lebens" einhauchen und fertig wäre ein neues Produkt, das der menschlichen Beeinflussung unterliegende "Globalklima". Dieses Unverhältnis wie Unverständnis der Natur gegenüber hatte bereits Karl Marx. Von ihm stammt die Vision, daß nur die anthropogen gestaltete Natur die wahre Natur sei.
Aber auch wenn von heute auf morgen alle Räder still stehen würden, das Wetter würde davon keinerlei Notiz nehmen. Das Vorhaben "Schutz des Globalklimas" ist pure Idiotie! ...<<
Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schrieb am 19. Mai 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**"Onkel Ho" und die alten Schatten**
Viele 68er meiden offenkundig die Selbstkritik
Die Frage nach dem "berühmten" Pseudonym eines "Kommunistischen Freiheitskämpfers" stellte unlängst eine wohlanständige, politisch korrekte deutsche Regionalzeitung den Lesern auf ihrer Rätselseite. Auf die europäische Studentenbewegung der 60er Jahre habe der Schöpfer der vietnamesischen "Freiheitsbewegung" eine "starke Faszination" ausgeübt. In der Frage der Zeitung hieß es weiter, das gesuchte Pseudonym sei zum "Schlachtruf" bei den Demonstrationen der sogenannten 68er geworden.
Nanu, einen "kommunistischen Freiheitskämpfer" - gibt es denn so etwas auch, fragt sich erstaunt der kundige Leser. Schließen sich doch "Freiheit" und "Kommunismus" bekanntlich für jeden aus, der das vorige Jahrhundert ohne rote Politbrille erlebt hat. So wie es eben auch keinen "gerösteten Schneeball" und keinen "schwarzen Schimmel" gibt.
Als "Schlachtruf" war in der Rätselecke natürlich das mehr als törichte "Ho-Ho-Ho-Chi-Minh" der 68er Revoluzzer gemeint, die den Namen dieses Kommunisten skandierten, als sie auf den Straßen herumhüpften und die Universitäten terrorisierten. Ihr Idol, der angebliche "Freiheitskämpfer", führte brutal und unmenschlich den kommunistischen Klassenkampf und war fest im "Weltfriedenslager" verankert. Das wiederum erstrebte mit aller Kraft den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt, weil nur der den "Frieden" bedeute.
Nach seinem Sieg in Vietnam ließ "Onkel Ho" wie das Kultobjekt liebevoll in den Kommunen der 68er genannt wurde, in blutigen Massakern mehr als hunderttausend Studenten, Intellektuelle und Mönche umbringen. Insgesamt wird die Zahl der Opfer Ho Chi Minhs auf eine Million geschätzt. Weitere Millionen flüchteten aus seinem kommunistischen Paradies. Zeugte doch die Tragödie der "Boatpeople" vom Terror des "Freiheitskämpfers" und von den Säuberungen und Umerziehungslagern als kommunistischen Herrschaftsinstrumenten, wo Gefangene verhungerten, erstickten oder unter der Folter starben.
1969, nach Ho Chi Minhs Tod, wurde diesem Idol der 68er von dem Sowjetmenschen Leonid Breschnew ein Mausoleum errichtet, in dem die Unterdrückten jahrzehntelang am einbalsa-

mierten Leichnam des Helden der sozialistischen Revolution vorbeipilgern mußten.
Es ist schon ein Alptraum, wenn man sich vorstellt, daß diejenigen in Deutschland, die sich vor 30 Jahren für jedermann sichtbar an der Person und der Politik dieses Ho Chi Minh orientierten, nicht auf den entschlossenen Widerstand des demokratischen Staates gestoßen und in ihre Schranken verwiesen worden wären.
Wenn heute allerdings der kommunistische Ho als angeblicher "Freiheitskämpfer" in der Rätselecke einer Tageszeitung auftaucht, ist das keine Ausnahmeerscheinung. Wer den Kommunismus als Teil einer "Freiheitsbewegung" ausgibt, und sei es auch "nur" aus mangelhafter politischer Bildung, verhöhnt nicht nur die Opfer des roten Totalitarismus, sondern verharmlost auch diejenigen, die sich aus Gründen politischer Tarnung zwar einen neuen Namen gegeben haben, aber selbst in die Tradition der Kommunisten stellen.
Er ermuntert überdies die reaktionären Funktionäre und Parteigänger des Kommunismus, die bis vor einem Jahrzehnt als "Schild und Schwert der Partei" dem "DDR-Staatssicherheitsminister" Erich Mielke von der SED zu Dienste waren. 62 von ihnen erklärten unlängst mit Namen und einstigem Dienstrang öffentlich in der linksextremen "Jungen Welt", "sie hätten nur ihre Pflicht getan", wenn sie Personen überwachten, "die im Verdacht standen, eine gegen die DDR gerichtete Tätigkeit vorzunehmen".
Gleichzeitig feiert die Zeitung "Neues Deutschland", das ehemalige Organ des Zentralkomitees der SED, fröhlich seinen 55. Geburtstag. Ernst Cramer meinte dazu in der "Welt" mit Recht, glücklicherweise könne niemand auf den Gedanken kommen, den 80. Geburtstag der NSDAP-Parteizeitung "Völkischer Beobachter" zu feiern, denn dieses Blatt dürfe seit 1945 nicht mehr erscheinen. Bei den Genossen des Ho Chi Minh ist das anders.
Auch in der "alten" Bundesrepublik gibt es viele, die es einst schick fanden, mit dem Honecker-System und dem "Weltfriedenslager" zu flirten oder die sich von ihm instrumentalisieren ließen, indem sie kommunistische Ikonen wie "Onkel Ho" mit sich umhertrugen.
Heute sitzen sie in Regierungen, Verwaltungen und Redaktionsstuben und meiden jede selbstkritische Auseinandersetzung mit ihrem damaligen Verhalten. Der hohe moralische Anspruch, mit dem gerade sie damals und heute auftraten und auftreten, ist ohne diese Vergangenheitsbewältigung jedoch nichts wert.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. September 2001: >>**"Kohlendioxid ist kein Luftschadstoff"**
Interview: Der Meteorologe Wolfgang Thüne hält den Treibhauseffekt für eine Erfindung der Atomlobby
Herr Dr. Thüne, wie stehen Sie zur aktuellen Diskussion über den zu hohen Kohlendioxid-Ausstoß in den Industrieländern und die damit zusammenhängende Erderwärmung?
Thüne: Als Meteorologe halte ich die ganze Treibhaus-Diskussion für absurd. Als Soziologe nehme ich sie überaus ernst, verbirgt sich doch hinter dem Konzept Klimaschutz ein gewaltiges, ja globales kulturrevolutionäres Projekt zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaften. Dies steckt versteckt in der Behauptung, allein die reichen Industrieländer seien über den Kohlendioxid-Ausstoß für die Erderwärmung verantwortlich.
Sind sie das also nicht?
Thüne: Nein, das ist physikalisch unsinnig! Es gibt keine guten und keine bösen Kohlendioxidmoleküle! Kein Körper, der unaufhörlich wie auch die Erde Energie abstrahlt, kann sich in einer kälteren Umgebung von selbst erwärmen. Auch die Atmosphäre bringt dieses Wunder nicht zustande. Die darin befindlichen Kohlendioxid-Moleküle, die einen winzigen Teil von 0,03 Prozent am Gesamtvolumen der Luft ausmachen, verhalten sich energetisch völlig passiv. Sie müssen erst Energie absorbieren, und dies können sie nur sehr selektiv, bevor sie diese wieder mit Verlust emittieren. Sie können unmöglich die Erde von -18 Grad um 33 Grad auf +15 Grad erwärmen. Die Behauptung vom natürlichen Treibhauseffekt ist eine raffinierte

wissenschaftliche Lüge!
Woran liegt es denn, daß die Meinungen der Wissenschaftler zum Thema Treibhaus-Emissionen so weit auseinandergehen?
Thüne: Die hochgradigen Meinungsverschiedenheiten unter den Wissenschaftlern sind Folge der unterschiedlichen politischen Gesinnung und der Tatsache des "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing"! Ursprünglich ist der Treibhauseffekt eine Erfindung der Atomlobby. Er ist eine intellektuelle Glanzleistung der Kernphysiker. Sie verteufelten speziell das Kohlendioxid als Klimakiller, um die fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas aus dem Strommarkt zu verdrängen. Dann beschworen sie die globale Klimakatastrophe herauf, um den atomaren Sündenfall von Hiroshima und Nagasaki als winzig erscheinen zu lassen im Vergleich zum drohenden globalen Klima-GAU.
Ihr Buch "Der Treibhausschwindel" hat den Untertitel "Die Erde steckt in keinem Glashaus". In der Schule wurde aber gelehrt, daß die Ozonschicht mit einem Glashaus vergleichbar ist, das Wärme und Sauerstoff speichern kann …
Thüne: Sollten Sie das tatsächlich so in der Schule gelernt haben, dann ist das ein Zeichen dafür, wie erfolgreich die 68er Kulturrevolution gewesen ist. Die Existenz der Lufthülle verdanken wir der Masse der Erde und ihrer Schwerkraft!
Wie kommt es, daß Sie mit ihrem Standpunkt zu der Minderheit der Wissenschaftler gehören?
Thüne: Ich glaube keineswegs, daß ich zu einer Minderheit gehöre. Ich repräsentiere eher die schweigende Mehrheit, der der Zugang zu den Medien erschwert wird und die daher öffentlich nicht wahrgenommen wird. Die Dominanz der Treibhaus-Protagonisten in den Medien spiegelt den Zeitgeist wider. Auch handeln die Medien nach dem Gesetz bad news are good news; das Abnormale verkauft sich besser als das Normale.
Normale Wetterkatastrophen werden daher einfach zu Klimakatastrophen umfunktioniert und doppelt vermarktet! Klimakatastrophen sind auch deswegen ein Renner, weil jeder Journalist seiner Grusel-Phantasie freien Lauf lassen kann. Er braucht sich um keine Folgen zu kümmern, denn sein Tun ist straffrei, zumal er sich immer auf Wissenschaftler berufen kann, die ihm diesen Unsinn eingeflüstert haben. Das Märchen von der Sintflut, die den Kölner Dom in den blauen Meeresfluten versinken läßt, stammt keineswegs vom Spiegel, sondern der Deutschen Physikalischen Gesellschaft!
Nach Aussagen von Dr. Mojib Latif pendelte der Kohlendioxid-Gehalt in der Atmosphäre in den letzten 500.000 Jahren zwischen zweihundert und dreihundert parts per Million, also millionstel Volumenteilen. Nun werden 370 ppm gemessen, Tendenz steigend. Gibt es also doch den "Effekt Mensch" auf dem Planeten?
Thüne: Niemand bestreitet die erdgeschichtlichen Schwankungen des Kohlendioxid-Gehaltes. Wie Feinanalysen an Eisbohrkernen zeigen, waren sie jedoch immer Folge und nie Ursache von Temperaturschwankungen! Hier wird einfach die Wahrheit verdreht. Herr Latif kennt bestimmt den Report Nr. 287 seines Institutes vom Februar 1999. Darin steht klipp und klar, daß während der letzten 8.000 Jahre der Kohlendioxid Gehalt auf einem konstanten Niveau von ungefähr 288 ppm verweilte. War das Klima etwa in den letzten 8.000 Jahren auch konstant? Hier wird klar, warum ich die Industrienationen davon freispreche, Klimakiller zu sein. Jeder Klimaänderung gehen Wetterveränderungen voraus. Wer wie Kanzler Schröder den Klimawandel stoppen will, müßte zuerst Herr über das Wettergeschehen sein!
Was sollten aber Wissenschaftler davon haben, die Klimalüge zu verbreiten?
Thüne: Politiker sind vom Naturell aus Gestalter- und Machertypen. Sie fühlen sich als soziale Glücksbringer. Sie haben daher den Auftrag von Wissenschaftlern, das Weltklima schützen und den Klimawandel stoppen zu müssen, durchaus gern aufgenommen. Sie fragen nicht nach Sinn oder Unsinn, sondern wetteifern untereinander um die Vorreiterrolle beim Klimaschutz! Doch in dem ganzen Klimapoker sind die Mehrzahl der Journalisten wie Politiker nur Stati-

sten. Hinter vorgehaltener Hand werden sie von den Klimaexperten als nützliche Idioten belächelt, denen man jeden Bären aufbinden kann.
Jährlich werden Hunderte von Millionen Mark allein in Deutschland in die sogenannte Klimaforschung gesteckt, auf Nimmerwiedersehen. Einen Erkenntnisfortschritt gibt es nicht, denn Klima ist nur eine statistische Größe, die vom Wetter abgeleitet wird. Doch Wetterforschung ist mühsam und unpopulär! Während vom Staat der Deutsche Wetterdienst finanziell ausgehungert wird, die Wettervorhersagen in die verbale Beliebigkeit abgleiten, kassieren die Klimaexperten für Prognosen, die nichts als numerische Spielereien, ganz ohne Wert sind. Wundert es, wenn sich die Mehrzahl der jungen Wissenschaftler konform verhält und in das lukrative Klimaprognosengeschäft einsteigt?
Sollten dann nicht wenigstens die Klimagipfel abgeschafft werden?
Thüne: Der in Den Haag begonnene und in Bonn weitergeführte 6. Klimagipfel ist ebenso überflüssig wie seine fünf Vorgänger. Es ist ein teurer politischer Wanderzirkus, der inzwischen jeden Unterhaltungswert verloren hat. Was auch immer an immer fauleren Kompromissen zu Papier gebracht wird, nirgendwo auf der Erde wird sich etwas am Klima ändern, weil das Wetter nicht die geringste Notiz von den Beschlüssen nimmt.
Was halten Sie von dem Ausstieg der USA aus dem Kyoto-Protokoll?
Thüne: Der Ausstieg von George W. Bush aus dem Kyoto-Prozeß war keine Gegenreaktion auf Bill Clinton, er folgte einem 95:0-Votum des US-Senats! Es war ein mutiger Schritt, wenn ich auch eine physikalische Widerlegung erwartet hätte. Aber selbst Bush ist zuerst Politiker, der Medienstimmungen berücksichtigen muß. Nur weil er konservativ ist, entlud sich auf ihn als Kyoto-Spielverderber der ganze Haß der medial global vernetzten Linken.
Ich hätte mir gewünscht, daß Bush als Ablehnungsgrund nicht nur auf die ökonomischen Folgen für die USA verwiesen hätte, sondern das Treibhaus als ideologisches Hirngespinst entlarvt hätte. Doch dies haben wiederum amerikanische Wissenschaftler verhindert aus Angst, die Milliarden für die Klimaforschung könnten gestrichen werden.
Beim Geld wiederum sind sich alle Wissenschaftler einig, es muß fließen, egal wohin! Auch läßt im Moment der öffentliche Mediendruck es noch nicht zu, daß an dem Mythos der Erde als Treibhaus ernsthaft gerüttelt wird. Ich appelliere daher an die eher konservativen Medien, mutig den notwendigen Paradigmenwechsel anzustoßen und zu beschleunigen.
Das hieße also, wir hätten in der Zukunft nichts zu befürchten - wenn ich da an den steigenden Meeresspiegel denke, bei dem die Prognosen ja von bis zu 50 Meter ausgehen?
Thüne: Als Wetterfrosch gebe ich nur Prognosen ab, die ich auch verantworten kann. Jeder weiß, daß der numerischen Berechenbarkeit des Wetters zwei grundsätzliche und unüberwindbare Grenzen gesetzt sind infolge der Unberechenbarkeit chaotischer Systeme. Und das Wetter ist der Prototyp eines chaotischen Systems! Kohlendioxid ist kein Luftschadstoff! Es ist absolut unverzichtbar in der Luft. Ohne Kohlendioxid keine Pflanzen und damit keine Nahrungs- und Sauerstoffproduzenten, kurz, es gäbe kein Leben auf der Erde.
Wenn die Grünen das atmosphärische Kohlendioxid als umweltschädlich bezeichnen, dann zeigen sie, daß sie auch in Biologie nicht die geringsten Kenntnisse besitzen und reine Ideologen sind. Allen Abgeordneten aller Parteien, die dem Zeitgeist gehuldigt und das Scheitern des Klimagipfels bedauert haben, empfehle ich eine Führung durch den Botanischen Garten in Berlin. An der Eingangspforte steht der Satz: "Hab’ Ehrfurcht vor der Pflanze, alles lebt durch sie!" Der Satz ist wirklich des Nachdenkens wert.
Dr. phil. Wolfgang Thüne, geboren 1943 in Rastenburg, Ostpreußen. Er studierte von 1962 bis 1967 in Köln und Berlin Meteorologie und Geophysik sowie Mathematik, Physik und Geographie. Abschluß als Diplom-Meteorologe. Moderierte von 1971 bis 1986 den Wetterbericht im ZDF. 1981 bis 1986 Zweitstudium der Soziologie und Politikwissenschaften, dann Promotion. 1986 bis 1990 Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brasilien.

Buch zum Thema: Wolfgang Thüne: "Der Treibhausschwindel - Die Erde steckt in keinem Glashaus"; Oppenheim 2000 … Weiterführendes im Internet unter: www.treibhaus-schwindel.de<<

Prof. Dr. Reinhard Franzke berichtete im Jahre 2001 in dem Buch "ESOTERIK ALS LEBENSHILFE? Die Wahrheit über Astrologie, Spiritismus, Magie und Zauberei" über die weltweite Harry-Potter-Besessenheit (x885/...): >>**Die Harry-Potter-Manie**

Harmlose Phantasie oder gefährliche Magie?

Die weltweit organisierte Harry-Potter-Manie hat längst auch Deutschland erfaßt. Millionen Kinder lesen "Harry Potter". Sie feiern "Harry-Potter-Parties", tragen Zauberumhänge, kaufen Zauberstäbe und andere Zauberutensilien. Eine ehemals arbeitslose Lehrerin revolutioniert die zivilisierte westliche Welt mit Romanen um einen Internatsschüler namens Harry Potter und einer weltweiten Auflage von etlichen Millionen Exemplaren. Das Besondere: Das Internat ist eine Zauberschule und Harry ist ein Zauberlehrling, der in die magischen und dunklen Künste eingeweiht wird.

Wie die Kinder sind auch die Medien "begeistert": Die Harry-Potter-Romane seien wunderschöne Märchen, sie würden die Phantasie wecken, sie seien (angeblich) spannend und lehrreich, sie würden zum Lesen animieren und das Selbstbewußtsein der Kinder fördern, die Kinder würden lernen, auf die eigenen Kräfte zu vertrauen und sich trotz widriger Umstände zu behaupten. Wissenschaftler und Pädagogen empfehlen die Harry-Potter-Lektüre, und die Autorin - inzwischen Mehrfachmillionärin - erhielt den Ehrendoktor für Literaturwissenschaften.

Nach einer Pressemitteilung hat der saarländische Kultusminister (CDU) angeordnet, daß die Harry-Potter-Romane im Englisch-Unterricht gelesen werden sollen. Das heißt, nun sollen unsere Kinder auch im Unterricht öffentlicher Pflichtschulen in die Welt des Harry Potter eingeführt werden. Was aber ist die Welt des Harry Potter, in die unsere Kinder eingeführt werden sollen? Welche Phantasien und Gedanken sollen unsere Kinder beherrschen?

Die Welt des Harry Potter

a) Die Welt der Magie und der übernatürlichen Phänomene

Die Welt des Harry Potter ist die Welt der Magie, Hexerei und Zauberei. Es gibt magische Gestalten, magische Gegenstände und Hilfsmittel, magische Rituale und magische Schulfächer. Die Welt des Harry Potter ist die Welt der magischen und über-natürlichen Phänomene: Dinge werden unsichtbar, Gegenstände und Personen können schweben, Personen verwandeln sich in andere Menschen oder Tiere und umgekehrt, Gegenstände können sprechen, Wände und Türen öffnen sich, Menschen sprechen mit Tieren bzw. Schlangen.

In der Welt des Harry Potter gibt es den Schwebe-, den Gedächtnis-, den Verwandlungs-, Entwaffnungs-, Erstarrungs- und den Heilungszauber. Zu den Zauberkünsten gehören das Aufblasen von Menschen (!), das Bannen und Verfluchen, die Einleitung der Trance, das Löschen von Erinnerungen (!), das Unsichtbarmachen, die körperliche Verwandlung, die Wahrsagerei, das Anfertigen von Zaubertränken, das Töten mit Hilfe nichtnachweisbarer Gifte, die "schwarze Magie", die "Verteidigung gegen die dunklen Künste" und schließlich "die Entfesselung des Schreckens" (2. Band/158).

b) Die Welt der Ekeltiere und Horrorwesen

Gottes Schöpfung umfaßt schöne und niedliche Tiere sowie Ekeltiere, sinnlich wahrnehmbare und unsichtbare Wesen. Die Welt des Harry Potter, in die unsere Kinder eingeführt werden sollen, ist die Welt der Ekeltiere und Horrorwesen: Zu den natürlichen Ekeltieren gehören Schlangen, Ratten, Fledermäuse, Blutegel, Kröten, Schnecken, Flubberwürmer usw. Zu den Horrorwesen gehören

- Feen, Elfen, Gnome, Trolle, Kobolde, Zwerge, Wichtel
- Vampire und Werwölfe

- Geister, durchscheinende Geister, Wassergeister, Poltergeister
- Drachen und Riesen-Monster
- einbeinige Hinkepanke, Kappas, schuppige Affen, dreiköpfige Hunde, Riesenspinnen und Riesenschlangen
- "monströse Geschöpfe" (2/258), "kleine Biester" (2/106), "häßliche Scheusale" (3. Band/125), "schreckliche Dementoren", die die Seelen aussaugen und Menschen in Zombies verwandeln (3/91,193,196), "übelgrüne Kreaturen" (3/161), "widerwärtige Geschöpfe" (2/82), "Horrorgestalten" (3/212).

Die Welt des Harry Potter ist eine Welt der permanenten Angst vor Angriffen von Zauberern und Horrorwesen, und das Leben ist ein ständiger Abwehrkampf.

c) Die Welt des Schreckens, des Horrors, des Ekels und der Angst

Die Welt des Harry Potter ist die Welt des Horrors, des Schreckens, des Grauens und der Angst. In dieser Welt gibt es u.a. folgende Erlebnisse und "Vergnügungen":
- Schnecken werden erbrochen
- Froschgehirne werden verspritzt
- Ekel erregender Gestank
- Innereien mit Maden
- Katzen, die am Schwanz angenagelt sind
- Eingeweide, die außen sind
- das Zerstampfen von Blutegeln
- Augen groß wie Teller
- Nasen groß wie Melonen
- Hexen mit vielen Armen, die aus dem Kopf wachsen
- Zaubertränke mit Schlamm, Rattenschwänzen, Haaren, Spinnen
- getrocknete Kakerlaken usw.

d) Die Welt der Geisteskrankheit und des Wahnsinns

Die Welt des Harry Potter ist die Welt der Geisteskrankheit und des Wahnsinns. Die Erlebnisse des Harry Potter gleichen den Schilderungen von Psychiatriepatienten, die von Psychiatern als bloße "Halluzinationen" abgetan werden. Aus schamanischer (und biblischer) Sicht gibt es diese Welt der Horrorwesen tatsächlich.

Schamanische Reisen in die Unterwelt sind fast immer Begegnungen mit Horrorwesen (vgl. Harner, Montal, Oertli, Castaneda, Eliade, Franzke). Wie die Schamanen und viele Psychiatriepatienten hört Harry Potter Stimmen von unsichtbaren Wesen, die ihn ängstigen und nachdrücklich zum Töten (vgl. 2/126, 143, 150, 152, 218, 356) auffordern. Genau dies hört man immer wieder von Amokläufern, Triebtätern und Geisteskranken.

Wesen und Gefahren der Harry-Potter-Pädagogik

1. Die verordnete Harry-Potter-Pädagogik ist eine erste Einführung in die real existierenden religiösen Wahnvorstellungen der Magie und des Satanismus, in deren Grundideen und Grundbegriffe, in deren Lehren und Praktiken. Sie will wissenschaftlich-rationales Denken durch magisches Denken ersetzen und den Kindern erste magische Fähigkeiten und Techniken vermitteln. Die Literatur der Hexen, Magier und Satanisten sowie die Berichte von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen machen deutlich:

Magie und Hexerei sind nicht bloße Phantasie; Magie und Hexerei sind ein real existierendes religiöses Wahnsystem, das funktioniert und unendlich viel Leid verursachen kann, vor allem deshalb, weil immer auch Blut- oder gar Menschenopfer dargebracht werden müssen und weil Magie und Hexerei äußerst gefährlich, unter Umständen sogar lebensgefährlich sind und früher oder später körperlich und geistig schwer krank machen können (vgl. u.a. Butler; Ulrich; Parker/Parker; Budapest; Malanowsky/Köhle; Das Hexenbuch; Graichen).

In weiten Teilen Schwarzafrikas haben deshalb Millionen von Menschen panische Angst, daß

sich Familienangehörige in Magie und Hexerei verstricken, weil sie aus leidvoller Erfahrung wissen, daß Hexen, Medizinmänner sowie deren Patienten Blut- oder gar Menschenopfer als Gegenleistung für Heilungs- oder Schadenszauber bringen müssen. Außerdem wird (mir) immer wieder berichtet, daß in Schwarzafrika die meisten Familien Angehörige durch Zauberei und Hexerei verloren haben. Vor allem schöne Frauen sind dort ein gern gesehenes Opfer der Hexenzirkel.

Das Horror- und Ekeltraining der Harry-Potter-Pädagogik ist fester Bestandteil des Satanismus, zu dem auch der rituelle Mißbrauch und der rituelle Mord von Kindern und Frauen gehört (vgl. u.a. Grandt/Grandt; Warnke; Hauskeller). Es ist zu befürchten, daß in weiteren Folgebänden unseren Kindern auch die Bedeutung des Blutopfers nahegebracht wird.

2. Die Harry-Potter-Pädagogik hat antichristlichen und okkulten Charakter. Sie verstößt gegen den christlichen Glauben und das Wort Gottes. Die Harry-Potter-Pädagogik soll das innere oder geistige Auge öffnen, so z.B. durch Konfrontation mit den Bildern und Phantasien von Horrorwesen sowie mit Hilfe von Entspannung und der Abschaltung des Denkens (3/110, 309 f.). Aus biblischer Sicht öffnet sich die Tür zum Reich der Finsternis.

Aus biblischer Sicht operieren und kooperieren Hexen und Magier mit den unsichtbaren Mächten der Finsternis, mit den bösen Geistern und Dämonen, die jede mögliche Gestalt annehmen und sich selbst als "Engel des Lichts" tarnen können. Das Wort Gottes verbietet Magie:

Im Alten Testament heißt es: "… Niemand soll wahrsagen, zaubern, Geister beschwören oder Magie treiben. Keiner darf mit Beschwörungen Unheil abwenden, Totengeister befragen, die Zukunft vorhersagen oder mit Verstorbenen Verbindung suchen. Wer so etwas tut, ist dem Herrn zuwider." (5. Mose 18, 9 ff.).

Und im Neuen Testament steht geschrieben: "Furchtbar aber wird es denen ergehen, die … okkulte Praktiken ausüben. ... Sie alle werden in den See aus Feuer und Schwefel geworfen. Das ist der zweite Tod, der für immer von Gott trennt" (Offenbarung 21,8; 22,15).

3. Die Harry-Potter-Pädagogik ist eine verwerfliche Form religiöser Indoktrination. Die Harry-Potter-Pädagogik verherrlicht die religiösen Lehren und Praktiken der Magie, die Magier und die Welt der Magie (vgl. 3/15). Gleichzeitig diskriminiert sie die Nicht-Magiegläubigen, die sog. Muggel: Ablehnung der Magie und Hexerei wird als "mittelalterliche Auffassung" diskreditiert (vgl. 3/5 f), was den Weg für eine Verfolgung der ablehnenden Christenheit bereiten kann.

Die Welt des Harry Potter ist die Welt der Magie und der Magier; die Welt der Nichtmagier ist die fremde, unbekannte Welt. Die Nichtmagiegläubigen sind - vertreten durch Onkel und Tante - "abgrundtief böse Menschen" (vgl. 2/7 ff.). Die große Vision der Harry-Potter-Pädagogik ist die "Harmonie" zwischen Magiern und Nichtmagiern (2/105), d.h. die weltweite Verbreitung und Akzeptanz der Magie und Hexerei, die Umkehrung der mittelalterlichen Verhältnisse.

Die Harry-Potter-Pädagogik soll Deutschland in vorchristliche Zeiten bzw. zurück ins Mittelalter führen, in der Hexerei und Zauberei eine bedeutende Rolle gespielt haben - jedoch mit gravierenden Unterschieden: Im Mittelalter wurden Magie und Hexerei verurteilt; im "Neuen Zeitalter" (New Age) sollen Magie, Hexerei und Zauberei (auch bei den christlichen Kirchen) gesellschaftlich anerkannt sein.

Im Mittelalter sowie in anderen Kulturen haben sich immer nur einige wenige geächtete Außenseiter der Gesellschaft mit Magie und Hexerei befaßt, in Deutschland sollen nunmehr alle Kinder und Jugendlichen in die Geheimnisse der Magie und der Hexerei eingeführt werden. Zu dieser neuen Pädagogik gehören auch das beliebte Hexen-, Grusel- und Ekeltraining, die sog. Stilleübungen und Phantasiereisen sowie viele andere esoterische und okkulte Praktiken in den Grundschulen.

Schlimmer noch: Das angebrochene Zeitalter ist das Zeitalter der Magie. Im Zeitalter der Magie müssen alle Menschen in die Lehren und Praktiken der Magie eingeführt und eingeweiht werden, niemand darf sich der neuen Pädagogik entziehen. Da verstehen Lehrer und Behörden keinen Spaß, da endet jede Toleranz. Kinder, die die Lektüre von Harry Potter oder von "Krabat" von O. Preußler (ebenfalls eine Einführung in Magie und satanistische Praktiken) aus Glaubens- und Gewissensgründen verweigern, werden von den "modernen Lehrern" für seelisch krank und therapiebedürftig erklärt - und damit übel diskriminiert.
Kinder, die aus Ländern und Kulturen kommen, die die Magie konsequent ablehnen und in den letzten Jahrzehnten gerade erst durch das Wirken vieler Hundert christlicher Missionare und Evangelisten von der Magie zum Christentum bekehrt wurden, werden nunmehr im Unterricht deutscher Pflichtschulen gezwungen, sich mit den Lehren und Praktiken der Magie und Hexerei zu befassen. In den meisten Ländern Schwarzafrikas würden Lehrer, die den Kindern Magie beibringen, von den Eltern aus den Schulen gejagt und/oder von den Behörden umgehend entlassen. In Deutschland werden dagegen die Kritiker dieser unheilvollen Entwicklung angegriffen und unter Druck gesetzt.
4. Die Harry-Potter-Pädagogik ist verfassungswidrig. Sie verstößt gegen die Pflicht des Staates zur weltanschaulich-religiösen Neutralität. Wenn schon der bloße Anblick des Kruzifixes und/oder des Kopftuches (einer Muslimin) gegen das Grundgesetz verstößt, dann erst Recht das intensive Studium magischer Lektüre im Unterricht staatlicher Pflichtschulen.
5. Die Harry-Potter-Pädagogik ist eine Einführung in die Psychologie des Bösen. Die Psychologie des Schreckens, des Grauens, des Ekels und der Angst ist die Psychologie des Teufels und der Teufelsanbeter. Das Ekeltraining sowie Schrecken und Grauen sind fester Bestandteil diverser magischer und okkulter Systeme, so z.B. des Satanismus (vgl. u.a. Grandt/Grandt; Warnke; Hauskeller; Lukas), des Nationalsozialismus und Neonazismus, des Kommunismus, Stalinismus und Maoismus, des tibetischen Tantrismus (vgl. Trimondi/Trimondi) sowie vieler anderer magischer und geheimer Kulte.
Gott hatte dem Menschen ein Paradies geschaffen, eine Welt ohne Leid, Krankheit, Alter, Not und Tod, eine Welt ohne Angst und Schrecken. Gottes Widersacher will das gerade Gegenteil: Er kommt nur, um zu stehlen, zu zerstören und zu töten (Johannes 10,10) - den (inneren) Frieden, die Gesundheit, die Freude, die Liebe usw. Die Welt des göttlichen Widersachers ist die Welt des Horrors und der Horrorwesen, deren bloßer Anblick fürchterliche Ängste und Qualen bereitet.
Die Konfrontation mit Ekeltieren, Horrorwesen und Horrorszenen ist eine brutale Mißhandlung kindlicher Seelen. Die zahlreichen Horrorszenen verletzen und vergewaltigen die Seelen unserer Kinder; die Bilder des Schreckens, des Grauens und des Ekels quälen und ängstigen die normale menschliche Seele. Sie werden sensible Kinder seelisch krank machen und geistig verwirren, sie werden Depressionen und Alpträume verursachen und die Lern- und Leistungsfähigkeit unserer Schüler beeinträchtigen, und sie werden dazu beitragen, menschliche Regungen wie Mitleid und Mitgefühl und das menschliche Gewissen abzutöten und die Bereitschaft zu sadistischen Gewalttaten zu fördern.
Während die Politik Haß und Gewalt gegen Ausländer und Dunkelhäutige durch demonstrative Massenaufmärsche entgegentreten möchte, bewirkt die Harry-Potter-Lektüre das gerade Gegenteil: Sie ist geeignet, die kindliche Seele an das Böse, Ekelhafte und Grauenhafte zu gewöhnen und die Gewaltbereitschaft und den Haß zu fördern.
Die normale menschliche Reaktion auf Schrecken, Grauen und Ekel ist Ablehnung oder Flucht. Die Tatsache, daß Millionen von Kindern nach den Harry-Potter-Romanen geradezu süchtig sind, zeigt, wie weit verbreitet der Geist der Magie und Hexerei ist. Wenn die Medien, die Meinungsführer, die Wissenschaftler und die Pädagogen von "hübschen Märchen", "herrlichen Phantasien", "Hokuspokus" und harmlosen "Lachnummern" sprechen und die Kinder

von der Lektüre "begeistert" sind, dann zeigt sich, wie kalt und wie abgestumpft die Seelen unserer Mitmenschen und Kinder bereits sind. Ich selbst mußte mich bei der Lektüre mehrmals heftig erbrechen. Deshalb weigere ich mich, weitere Bände zu lesen, weitere Details zur Kenntnis zu nehmen oder wiederzugeben!
Von Bedeutung ist ohnehin nur noch die Frage, wieweit die Einführung in satanistische Praktiken getrieben wird und wie die "deutsche Kultur" und Pädagogik auf die Verbreitung und Verherrlichung der Magie und des Satanismus reagiert.
Die Harry-Potter-Romane werden in der Tat die Phantasie der Kinder anregen; sie werden den Kindern die Grundvorstellungen magischen Denkens sowie erste magische Fähigkeiten und Praktiken vermitteln. Die Harry-Potter-Manie wird Deutschland grundlegend verändern: Sie wird dazu beitragen, die letzten Reste und Werte des christlich geprägten Abendlandes - die Ablehnung der Magie - zu beseitigen und - in Verbindung mit vielen anderen Entwicklungen (so z.B. der Ausbreitung der Esoterik und des New Age) - das Zeitalter der Magie einzuleiten. In diesem Zeitalter wird es keine Toleranz für "Muggel" geben: "Muggel", die die Magie ablehnen, sind "böse" und die Feinde der (herrschenden) Hexen und Magier.
Die Folgen für Deutschland werden verheerend sein: Christen, die die Magie ablehnen und vor ihrer Ausbreitung warnen, werden diskriminiert und verfolgt werden. Immer mehr Menschen werden seelisch krank und geistig verwirrt, die Zahl der Einweisungen in die Psychiatrie explodiert, die Beiträge zu den Krankenversicherungen werden weiter drastisch steigen müssen, die Zahl der "unerklärlichen" Morde, Selbstmorde und Amokläufe wird zunehmen. Die Liebe in den Herzen wird erkalten, und der Haß und die Gewaltbereitschaft werden wachsen.
Die Abwendung vom biblisch bezeugten Gott und die gleichzeitige Hinwendung zur Magie und zur Hexerei wird auf Deutschland einen göttlichen Fluch legen und Deutschland (und die Länder, die das Gleiche tun) gerichtsreif machen; die Verbreitung magischer Praktiken wird den Wohlstand und das soziale Zusammenleben ruinieren (vgl. u.a. 5. Mose 28 ff.).
Echte Christen müssen die Lektüre der Harry-Potter-Romane sowie aller vergleichbaren Bücher (wie z.B. die Romane eines O. Preußler) aus Glaubens- und Gewissensgründen entschieden ablehnen. Die verpflichtende Lektüre im Unterricht öffentlicher Schulen ist eine verwerfliche und grundgesetzwidrige Form der religiösen Indoktrination in die Lehren und Praktiken der Magie und der Hexerei.
Magie und Hexerei sind nicht bloß Phantasie im Sinne von Einbildung, sondern ein real existierendes religiöses System (vgl. hierzu die einschlägige Hexenliteratur des deutschen und des englischen Sprachraumes). Magie und Hexerei verstoßen nicht nur gegen den christlichen Glauben und das Wort Gottes; sie sind auch äußerst schädlich für das körperliche, seelische und geistige Wohlbefinden. Im schlimmsten Fall kann die Verstrickung in Magie und Hexerei besessen machen und in den vorzeitigen Tod führen.
6. Die Medien (leider zum Teil auch "christliche" Medien) sind (wie immer) "begeistert" - über den Genre-Mix der Harry-Potter-Romane, ohne sich zu fragen wo, wann und wie die Autorin diese Fähigkeiten erworben hat. Ebenso wenig fragen sie danach, wie man in so kurzer Zeit so viele umfangreiche Romane schreiben und veröffentlichen kann. Unbeachtet bleibt auch der Hinweis, daß die Grundidee zu Harry Potter auf eine blitzartige Vision der Autorin während einer Bahnfahrt zurückgeht (vgl. Reader's Digest, Oktober 2000).
In der Esoterik finden sich Hunderte von Büchern, die Lesern zeigen, wie sie im Wege der Intuition bildhafte Visionen und gedankliche Inspirationen von Geistwesen und Geistführern empfangen können. Verschwiegen wird auch, daß es sich bei den Harry-Potter-Romanen um äußerst schlechte und langweilige Literatur handelt, die ihren Erfolg einzig und allein dem weit verbreiteten "Geist der Magie" verdankt.
7. Die Ausbreitung von Magie, Hexerei und Zauberei ist kein Grund, Hexen, Magier

und Zauberer zu verfolgen oder gar zu töten, wie dies im Mittelalter geschah. Zudem ist die Kirche des Mittelalters weit über das Ziel hinausgeschossen, indem Hunderttausende unschuldiger Frauen leichtfertig der Hexerei bezichtigt und auf Scheiterhaufen verbrannt wurden. Das alttestamentarische Tötungsgebot von Hexen (2. Mose 22,17) gilt nicht für die Zeit des Neuen Testaments (vgl. Bergpredigt). Die Verfolgung, Folterung und Verbrennung von (bekennenden) Hexen verstößt eindeutig gegen den christlichen Glauben und das Wort Gottes. Auf der anderen Seite verstößt aber auch das Einüben okkulter und magischer Praktiken eindeutig gegen den Willen Gottes (5. Mose 18,9 ff.; Offenbarung 21,8; 22,15).
Im Übrigen haben echte Gläubige, die wahren Kinder Gottes, magische Angriffe von dritter Seite nicht zu fürchten, weil sie unter dem Schutz Gottes stehen, während Ungläubige, die Zielscheibe magischer Angriffe sind, immer häufiger damit rechnen müssen, daß ihnen schlimmer Schaden zugefügt wird. Ihnen drohen "unerklärliche" Unglücke, Unfälle, Schicksalsschläge, Krankheiten und Todesfälle - das lehrt nicht nur die Harry-Potter-Lektüre! Ebenso schlimm ist der durch die Harry-Potter-Pädagogik geschürte Haß gegen Nichtmagier und die zu erwartende Diskriminierung und Verfolgung der gläubigen Christen.
8. Die Autorin, die in Interviews gewisse Sympathien für Magie und Satanismus andeutet, warnt davor, ihre Bücher Erst- oder Zweitklässlern zu geben, weil sie die dunklen Seiten der Zauberwelt noch nicht verkraften könnten. Deutsche Mütter sind dagegen weniger um ihre Kinder besorgt. Sie kaufen ihren Kindern die teuren Harry-Potter-Bücher und lesen sie ihnen auch noch vor, anstatt vor dieser Lektüre eindringlich zu warnen - aus christlich-biblischer Sicht ein krasser Verstoß gegen die Gebote Gottes, und zwar sowohl gegen das Gebot der Gottesliebe als auch gegen das Gebot der Nächstenliebe. Mütter, die ihre Kinder "liebevoll" in die Welt der Magie einführen, tun ihren Kindern nichts Gutes, sie fügen ihnen einen unkalkulierbaren Schaden zu. Christen aber sind aufgefordert, ihre Kinder zu lieben und vor Schaden zu bewahren!
Überflüssig zu erwähnen, daß Harry Potter und andere vergleichbare Bücher in keinen christlichen Haushalt und in keine christliche Buchhandlung gehören.
Gottes Wort warnt uns: "Seid nüchtern und wachsam; denn euer Gegenspieler, der Teufel, geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, wen er verschlingen kann. Dem widersteht, indem ihr fest im Glauben an Jesus Christus gegründet seid!" (nach 1. Petrus 5,8). ...<<
Die Dipl. Psychologin Sonja van Biezen und Dr. phil. Elisabeth Nussbaumer berichteten am 9. Dezember 2002 in der schweizerischen Wochenzeitung "Zeit-Fragen" über die negativen Folgen der sozialistischen, kollektiven Erziehung (x882/...): >>**Die Folgen jahrzehntelanger Wertezersetzung für Familie und Bonum commune (Gemeinwohl)**
In allen Kulturen der Welt sind Ehe und Familie - oft auch Großfamilie - der Ort, an dem die nachwachsende Generation geschützt heranwachsen kann und in die Kultur eingeführt wird. In der Familie aufzuwachsen bedeutet aber viel mehr: Zusammen zu erleben, daß Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern sind und dadurch tiefgreifende Erlebnisse im menschlichen Zusammenleben zu machen.
Die Familie ist die Keimzelle einer auf Freiheit, Gerechtigkeit, Verantwortung und gegenseitiger Mitmenschlichkeit beruhenden Gesellschaft. Sie bietet dem Säugling, Kleinkind und Heranwachsenden den Ort, an dem er sich in Geborgenheit, Sicherheit und unter fürsorgender Anleitung von Vater und Mutter, gemeinsam mit den Geschwistern, Mitmensch und innerlich gefestigte Persönlichkeit werden kann. Im Schoße der Familie entwickelt das Kind seine erste Bindung zum anderen Menschen. Soziale Bindung an emotional präsente Erwachsene ist die Grundlage für eine gesunde seelische Entwicklung. ...
Krieg und seine Folgen
Durch die Zäsur der beiden Weltkriege wurden familiäre Bande für Generationen schwersten Zerreißproben ausgesetzt. Ein normales, gar ruhiges Familienleben war für unzählige Men-

schen während vieler Jahre unmöglich geworden. Kriegsdienst und Gefangenschaft der Männer sowie Vergewaltigung, Verschleppung oder Evakuierung von Frauen und Kindern und die Flucht vor dem Feind oder Sieger verstreute unzählige Familien über das ganze Land und über die Landesgrenzen hinaus. (Nebenbei sei bemerkt, daß diese Tatsache auch für die heute geführten Kriege gilt.)

Beim Zusammenbruch aller Orientierungsmöglichkeiten während des Krieges und nach Kriegsende blieb aber die Familie der rettende Anker und Kern der sozialen Beziehungen. Bei Kriegsende wirkte die Familie wie ein Magnet. Viele Menschen suchten nach ihren Familienangehörigen voller Erwartungen und Hoffnungen auf Geborgenheit, Liebe und ein Stück Normalität. ...

Abwertung von Männlichkeit und väterlicher Autorität

Noch vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Deutschen geschehen sollte. In einem anthropologisch und psychologisch unhaltbaren Kurzschluß wurden die Kriegsverbrechen Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten allen deutschen Menschen angelastet. Die Deutschen seien eine Fehlentwicklung der Evolution, wurde behauptet.

In gleicher rassistischer Verblendung, wie sie die Nazis gegenüber den Juden auslebten, wurde nun vertreten, alle Deutschen seien Herrenmenschen, Mörder aus Grausamkeit. Es gab in den USA den von einem Amateurhistoriker 1940 verfaßten **Kaufmann-Plan**, der die Umerziehung, später dann die Sterilisierung des deutschen Volkes verlangte, und den **Morgenthau-Plan,** der die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten und den Abbau der gesamten Großindustrie plante.

Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde der Morgenthau-Plan fallengelassen. Da der Ost-West-Konflikt bereits seine Schatten vorauswarf, überlegten sich die Alliierten rechtzeitig, daß die deutsche Industrie noch gebraucht werden würde. Also wurde auf die Taktik der Umerziehung zurückgegriffen. Noch während des Krieges begannen amerikanische Offiziere der "Abteilung für psychologische Kriegsführung" mit den Vorbereitungen zur "Umerziehung der Köpfe".

Amerikanische Sozialwissenschafter und Psychologen übernahmen die Arbeit. "Die ganze Operation (Umerziehung der Deutschen) sollte in der Anfangsphase von Kennern der deutschen Verhältnisse kontrolliert und überwacht werden. Darunter waren schon wegen ihrer guten Kenntnis der deutschen Sprache und der Verhältnisse des Landes viele ehemalige deutsche Emigranten. Ein prominentes Beispiel ist **Herbert Marcuse**, der einstige Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung besser bekannt als Frankfurter Schule."

So bot sich für Marcuse und seine Genossen Gelegenheit, die Umerziehung der Deutschen in den Dienst der marxistischen Ideologie zu stellen: Wie die Geschichte seit Marx und Engels zeigt, wurden stets alle Gelegenheiten für den marxistischen Angriff auf Gesellschaft und Kultur genutzt. Mit der Rückkehr der Vertreter der Frankfurter Schule nach Deutschland konnte dann die "Charakterwäsche" unter der Fahne des Antifaschismus ungehindert und noch intensiver vollzogen werden. **Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno** und ihre Schüler leisteten wirkungsvolle und nachhaltige Arbeit:

An Stelle jeglichen Zusammengehörigkeitsgefühls, jeder Selbstachtung der deutschen Menschen sollte kollektive Scham treten und Generationen überdauern. Reale Geschichte sollte nicht einfach im Sinne von Völkerrecht und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden, sondern die kollektive Erinnerung wurde derart manipuliert, daß das deutsche Volk für sich selbst, seine Sprache, seine Kultur und Sitten nur noch Abscheu und Verachtung empfinden mußte.

Dabei gingen die "Umerzieher" von der These aus, die typisch deutsche Charakterstruktur sei autoritär und damit dem Faschismus gefährlich nahe. Der deutsche Vater herrsche autoritär. Neben seiner Frau müsse sich ihm auch das Kind bedingungslos unterwer-

fen. Daraus resultiere insgesamt die Aggressivität und Grausamkeit des deutschen Erwachsenen. Jedes Kind müsse die Grundwerte der deutschen Familie, nämlich Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit, verinnerlichen. Diese Sichtweise entspricht weder der Natur des Menschen noch dem deutschen Menschen. Sie ist Resultat der Gesinnung und Taktik ihrer Schöpfer Marcuse, Adorno und Horkheimer, die das Autoritäre überall suchten und auch fanden - nur nicht in ihrer eigenen totalitären freudo-marxistischen Theorie.

Die Zahl der von der Frankfurter Schule und ihren Schülern ausgebildeten oder beeinflußten Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten aller Medien, die Anzahl ihrer Veröffentlichungen und Vorträge war groß und ihr Einfluß so weitreichend, daß man, mit Gramscis Worten, von einer kulturellen Hegemonie sprechen muß. Ihre Auswirkung dauert bis heute an, denn nach dem Ende des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik begann mit der 1967 einsetzenden Studentenbewegung die weitere Verbreitung der Ideologie der Frankfurter Schule.

Diese beinhaltet eine zweite, noch nachhaltiger wirksame Welle der Umerziehung, getragen von dem "ethischen Rigorismus der 68er". Es wurde ein Gesinnungskartell geschaffen, jeder Widerstand als faschistisch oder antikommunistisch abgeurteilt. Gegen den Mann als Familienvater wurden Attacken geritten, die kulturell tradierten und bewährten Werte der Familie als Keimzelle eines demokratischen Staates der Lächerlichkeit preisgegeben und als faschistoid verunglimpft. Auf diese Weise wurde die gesunde, normale Familie verleumdet, abgewertet, zersetzt. Indem dem Kind ein Heranwachsen in der Geborgenheit einer intakten und ihrer Bedeutung bewußten Familie genommen wurde, hat man es von seinen lebenswichtigen Bindungen und von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten.

So wurde das Ziel der Umwertung aller Werte in weiten Bevölkerungskreisen erreicht. Die Familie, bestehend aus Mutter, Vater, Großeltern und Kindern war der Auflösung preisgegeben. Eine neue Form von Familie wurde geschaffen: Eine Art Kommune mit Kindern, in welcher jeder seiner Selbstverwirklichung nachgeht.

Die Familie mit berufstätiger Mutter wurde zur weit verbreiteten Lebensform. Der auf der marxistischen Theorie begründete Radikalfeminismus hatte den Frauen aller Gesellschaftsschichten und aus allen Teilen der Welt den Irrtum eingeflößt, als Ehefrau und Mutter dem Manne gegenüber benachteiligt zu sein. Dieser vermeintlichen Ausbeutung meinte die in solcher Weise irregeführte Frau durch Selbstverwirklichung in einer beruflichen Karriere begegnen zu müssen. ...

Zusammenfassung

Die traditionelle Familie mit den Vorzügen, wie sie eingangs beschrieben wurden, ist durch den freudo-marxistischen Angriff auf unsere bewährten kulturellen Werte einem gefährlichen Zersetzungsprozeß ausgesetzt. Glücklicherweise gibt es immer noch viele Familien, die sich ihre Familienkultur nicht nehmen lassen wollen. Allerdings haben es diese nicht so leicht, in einem vom Zeitgeist durchtränkten Umfeld standzuhalten und ihren Kindern eine gesunde Lebensorientierung auf den Weg mitzugeben.

Gerade in diesem von freudo-marxistischer und radikalfeministischer Ideologie durchtränkten Klima wachsen viele Kinder in einem emotionalen Vakuum auf. Die dadurch entstehende Leere wird von den Medien ausgefüllt. Die überlebenswichtige Bindung des Kindes an seine Bezugspersonen wird unterbunden. An Stelle menschlicher Bindung tritt Elektronik: Das Kind wird mittels Television und Video in eine künstliche, unwirkliche Welt eingeführt, zu der die Eltern nur schwer Zugang haben.

Gleichzeitig fühlen sich Frauen und Männer im Sog der Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung gezwungen, sich in den außerhäuslichen Arbeitsprozeß einbinden zu lassen. Als Folge davon kommen zu den neuen elektronischen "Erziehern" staatlich finanzierte Tagesstätten für Kinder hinzu. Unter dem Deckmantel sogenannt staatlicher Familienförderungspro-

gramme wird das Kind dem Einfluß der Eltern noch weiter entzogen. Die Folgen einer solchen Kollektiverziehung sind zur Genüge aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder bekannt. Es stellt sich die Frage, ob wir wider besseren Wissens unseren Nachkommen die schwerwiegenden negativen Folgen kollektivistischer Erziehung auch noch antun müssen. ...
Die Leidtragenden sind die entelterten Nachkommen.
Die Konsequenzen aus einer vernachlässigten Kindheit bekämen laut Prof. K. Hurrelmann, Universität Bielefeld, nicht nur die Kinder, sondern die ganze Gesellschaft zu spüren. (…) Da immer mehr Mütter berufstätig seien und es kaum Alternativen gäbe, sei oft das Recht der Kinder auf angemessene Betreuung nicht gewährleistet. Besorgniserregend sei die Zunahme psychosomatischer Leiden bei den Zwölf- bis Siebzehnjährigen."
Die Kinder werden heimatlos, bindungslos. Anstatt ihre menschlichen Fähigkeiten entfalten und für Familie und Gemeinwohl einsetzen zu können, werden sie indifferente Konsumenten oder schlimmer: instrumentalisierbare Manipuliermasse für die Machtinteressen der Wirtschaft oder willfährige Soldaten, die jeden Krieg mitmachen. ...<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. August 2003 über Theodor W. Adorno: >>**Die vielen Hansjürgens und Utes**
Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.
Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.
Zum brieflichen Beschnuppern der "Nilpferdstute" Maria Wiesengrund-Adorno, ihres Mannes Oscar Wiesengrund (im Briefwechsel meist "WK" genannt), des "Nilpferdkönigs Archibald", also Adornos, und der "Giraffe" - das ist Gretel Adorno - gehörten deshalb auch die regelmäßigen Ausfälle gegen die "Brut", das "Gesindel" der in Deutschland zurückgebliebenen Adorno-Verwandtschaft, besonders gegen den von Teddie mit grotesker Wut verfolgten Onkel Louis, genannt Louische, den er, wie er einmal schreibt, am liebsten seinem Hund als Braten vorgesetzt hätte.
Brieflicher Sadismus kann, wie man aus der Korrespondenz des britischen Romanciers Evelyn Waugh weiß, für den Leser im höchsten Maß erheiternd wirken: Die Entlastung von der inneren Zensur entlädt sich im befreiten Lachen.
Hier aber gibt es Stellen, bei denen es dem Leser nicht wohl wird. Daß die emigrierte Familie, deren Oberhaupt nach dem Novemberpogrom von 1938 schwer gelitten hatte, auf die Niederlage Hitlers hoffte, ist selbstverständlich.
Aber wenn Adorno am 26. September 1943 an die Eltern schreibt: "Fast muß man bitten, daß es nicht zu schnell geht: daß nicht ein politischer Zusammenbruch erfolgt, der den Deutschen die offene militärische Niederlage erspart und sie doch nicht so am eigenen Leibe fühlen läßt, was sie angerichtet haben" - dann mag auch den in der Wolle gefärbten Adorniten ein Schauder überlaufen. Der Brief fährt fort: "Ich habe nichts gegen die Rache als solche, wenn man auch nicht deren Exekutor sein möchte - nur gegen deren Rationalisierung als Recht und Gesetz. Also: möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden."
In Adornos Brief vom 7. April 1945 artikuliert sich die Befriedigung über das bevorstehende Ende des Nationalsozialismus in einer Sprache der spaßigen Grausamkeit: "In Deutschland hat die große allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge." Besonders fällt der Kontrast auf, wenn der Verfasser im gleichen Brief die eigenen Leiden beklagt:

Kopfschmerzen und einen "Entzündungsherd im Hals-Nasensystem". Schließlich, am 1. Mai 1945: "Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot."
Daß es zuweilen um mehr als um infantilen Sadismus ging, nämlich um geschichtsphilosophische Gewißheiten des Marxisten Adorno, die sich mit den antipathischen Affekten vermischten, behauptet in einer noch unveröffentlichten Arbeit der Frankfurter Germanist Hartmut Scheible. Sein Beleg ist ein Brief Adornos an seine Eltern, in dem dieser über den emigrierten Violinvirtuosen Fritz Kreisler meldete: "In bezug auf Kreisler bin ich völlig Eurer Meinung. Er ist schon lange auf den Hund gekommen und hat jeden Maßstab verloren.
Diese ganze Art des Musizierens gehört liquidiert, und man fragt sich manchmal, ob die deutsche Barbarei, die zu dieser Liquidation beiträgt, nicht hier wie in vielem anderen gegen den eigenen Willen einen sehr gerechten Urteilsspruch vollstreckt." Wem es hier nicht die Sprache verschlägt, der hat keine.
Ansonsten findet man eine angeregte und dichte Familienkonversation, in einem Stil, der, auch mit dem sehr guten Klatsch, eher an die Hofmannsthalschen Gesellschaftskomödien erinnert als an die Prosa, die man von Adorno kennt. Nur gelegentlich blitzt sie auf, etwa wenn der Philosoph am 28. August 1944 den Eltern meldet, es gehe ihm nun viel besser, "besonders wenn ich mich der Sonne exponiere".
Lorenz Jäger
Theodor W. Adorno: "Briefe an die Eltern" 1939 bis 1951. Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003 …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 6. Dezember 2003 (x887/...): >>**"Keine Kameradschaft"**
Am 4. November ist der Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Calw, Brigadegeneral Reinhard Günzel, in einer Blitzaktion des Verteidigungsministers in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Vorausgegangen war das Verbot der Ausübung des Dienstes und des Tragens der Uniform. Er durfte die Kaserne vor seiner Entlassung nicht mehr betreten, geschweige denn seine Dienstgeschäfte ordnungsgemäß übergeben und sich von seiner Truppe verabschieden.
Der General hatte - nach dreiwöchiger dienstlicher Abwesenheit - einen Berg liegengebliebener Post etwas eilig und unbedacht abgearbeitet. Sein anerkennender Dankesbrief an den ihm gut bekannten Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, der ihm seine angeblich antisemitische Rede zum Jahrestag der deutschen Einheit am 3. Oktober übersandt hatte, war in einem abstoßenden Wortbruch durch ein Fernsehteam an die Öffentlichkeit gelangt.
Wie man in den Fernsehnachrichten verfolgen konnte, hat der ungediente Oberbefehlshaber der Bundeswehr im Frieden von einem "verwirrten General", der "nicht ehrenhaft" entlassen worden ist, gesprochen. Die Medien, bekannt für ihren Mut und ihre Toleranz(!), richteten den General in einem wahrhaft einstimmigen Chor so hin, wie es in vielen Büchern längst an zahlreichen Beispielen geschildert wird. Günzel ist "gesebnitzt" worden. Der inszenierte Skandal ist wichtiger als jedes menschliche Schicksal.
Als General Günzel am Tage der Offenbarung seines Fehlers um 14 Uhr bei dem (zivilen) Rechtsberater des Inspekteurs angehört werden sollte, stellte sich heraus, daß er bereits für 18 Uhr zur Entgegennahme seiner Entlassungsurkunde, die von Berlin nach Bonn geschickt werden mußte, einbestellt worden war. Darauf sagte der General dem Beamten: "Da meine Anhörung ja, wie Sie selbst bestätigen, keinen Einfluß auf meine Entlassung mehr hat, können Sie sich Papier und Tinte sparen."
So weit, so schlecht. Die Urkunde des Bundespräsidenten enthielt nicht - wie üblich - den Dank für treue Dienste, in diesem Fall nahezu 41 Dienstjahre. Der General ist "wie ein Hühnerdieb" vom Hof gejagt worden. Das also ist die Praxis der "Inneren Führung".

Dies ist der weniger wichtige Teil der Affäre. Wir denken vielmehr schon viele Tage über den Paragraphen 12, "Kameradschaft", des Soldatengesetzes und die Grundregeln menschlichen Anstandes nach. Keiner der militärischen Vorgesetzten hat es offensichtlich fertiggebracht, den Betroffenen in Ruhe in einem kameradschaftlichen Gespräch unter vier Augen anzuhören, weder vorher noch hinterher! Das billigen wir dem jüngsten Leutnant zu. Man stelle sich dieses Verhalten des höheren Führerkorps der Bundeswehr in einer Diktatur wie dem Dritten Reich vor - nicht auszudenken!
Wo also bleibt die Generalität? Die politische Klasse hat wieder einmal aller Welt gezeigt, daß die "Zivilgesellschaft" keinen Verstoß gegen ihre Spielregeln und kein Ausscheren aus ihrer Ordnung duldet.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 18. Juni 2004: >>**Analytisch wie ein Telefonbuch**
Hohmann-Skandal: Eine Studie der Fachhochschule Fulda über die Rolle der Medien kommt über den Status einer Materialsammlung nicht hinaus
Die Rolle der Medien in der "Hohmann-Affäre" wird mit zeitlichem Abstand unaufgeregter und ohne die unmittelbare Hysterie eine kritische Analyse erfahren - so hofften im Herbst 2003 viele tausend Beobachter der journalistischen Hetzjagd auf den CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann. Einige von ihnen gingen in der Initiative "Kritische Solidarität mit Martin Hohmann" des früheren Redaktionsleiters des ZDF-Magazins, Fritz Schenk, sogar in die Offensive und klagten in Anzeigen großer überregionaler Tageszeitungen "die Entwicklung von innerparteilicher Demokratie und Streitkultur" an.
Diese Hoffnung auf eine nüchterne und wissenschaftliche Aufarbeitung scheint sich schneller als erwartet zu erfüllen. Bereits im Wintersemester 2003/2004 befaßte sich ein Seminar des Masterstudiengangs "Iceus" ("Intercultural Communication and European Studies") - der sich laut Werbung der Fachhochschule besonders "für den Einstieg in den höheren Dienst" eigne - im Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften an der Fachhochschule Fulda mit dem Thema "Medienkompetenz".
"Mitten in unsere gerade begonnenen Überlegungen und Übungen zum Umgang mit Medien, zu ihren Strukturen und zu ihrer Rolle innerhalb der Gesellschaft platzte am Abend des 30. Oktober 2003 ein politisch, gesellschaftlich wie journalistisch außergewöhnliches Ereignis", beschreibt der Lehrbeauftragte Christoph Witzel den Antrieb, seinen Studenten die Fallstudie Hohmann ans Herz zu legen. Das Resultat, eine 221 Seiten umfassende Arbeit ("Die Hohmann-Affäre und die Rolle der Medien"), kann nun auf der Internetseite www.fh-fulda-iceus.de aufgerufen und ausgedruckt werden.
Soviel sei vorausgeschickt: Das Versprechen einer kritischen Analyse der Presseberichterstattung wird in der Arbeit mit akademischem Anstrich nur insoweit eingelöst, als die "Fehlleistung" der örtlichen Fuldaer Zeitung kritisiert wird, statt eines qualifizierten Redakteurs nur einen freien Mitarbeiter - einen "billigen Freizeit-Schreiber" - zum Termin der Rede am 3. Oktober in die Heimatgemeinde Hohmanns nach Neuhof geschickt zu haben.
Am 4. Oktober erschien folglich "nur ein unvollständiger Bericht, ohne daß der skandalöse 'Tätervolk'-Vergleich überhaupt erwähnt wurde". Interessant ist an dieser Kritik am regionalen Presseorgan, daß Witzel, der nach Aussage der "Studiengangsassistentin" Ilka Gersemann als Externer bisher nur einige Iceus-Seminare leiten durfte, sich vor wenigen Jahren selbst als "billiger Freizeit-Schreiber" bei eben dieser Fuldaer Zeitung journalistisch betätigt hatte.
Bei der Lektüre der umfangreichen Seminararbeit wird schnell deutlich, daß der "medienkompetente" Dozent Witzel die Meinungsmache auch besser beherrscht als analytische Methoden der Wissenschaft. Unverblümt stellt er dies sogar seiner Arbeit voran und begründet diese Stoßrichtung damit, daß aufgrund der Struktur der Seminaristen in dem Studiengang - achtzig Prozent sind nicht-deutscher Herkunft - die Vermittlung eines "unverstellten Blickes auf die

deutsche Medienlandschaft" die wertvollste Aufgabe des Seminars sei. Als besonders interessanten Aspekt hebt Witzel heraus, daß mit dem Thema gleichzeitig "interessante An- und Einsichten junger Menschen zum Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte allgemein, besonders aber mit dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, dem Holocaust, befördert" werden können.
Und so werden die vielen Studenten mit Migrationshintergrund im von Professor Volker Hinnenkamp betreuten Studiengang mit der wohlklingend anglisierten Bezeichnung von Witzel auch gleich auf das richtige Gleis gestellt. Den "Tätervolk-Vergleich" des Fuldaer Abgeordneten Hohmann stellt der "medienkompetente" Dozent in der Einleitung der von ihm geleiteten Arbeit präjudizierend voran. Daß er in einer Fußnote die diese Aussage begleitende Passage aus der Hohmann-Rede präsentiert, wo der CDU-Parlamentarier genau das Gegenteil als Fazit zieht ("Daher sind weder 'die Deutschen' noch 'die Juden' ein Tätervolk"), scheint Witzel nicht zu anderen Einsichten zu führen.
Damit wird der der Hohmann-Affäre eigentlich innewohnende Skandal verkannt. Ähnlich wie die Fuldaer Nachwuchswissenschaftler mit Ausblick auf ein A-13-Gehalt plus Pensionsanspruch haben nämlich auch der Hessische Rundfunk und über die ARD dann auch die "Tagesschau" bzw. "Tagesthemen" das Thema aufbereitet.
Das verkürzte Zitieren aus der Hohmann-Rede ("Mit einer gewissen Berechtigung könnte man im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase nach der 'Täterschaft' der Juden fragen. Juden waren in großer Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den Tscheka-Erschießungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als 'Tätervolk' bezeichnen.") leitete nämlich die Affäre ein.
Als sich CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer, von ARD-Journalisten mit diesem Zitatausriß konfrontiert, in der "Tagesschau" vom 30. Oktober 2003 reflexhaft distanzierte und das von Hohmann Gesagte als "unerträglich" qualifizierte, war bereits das erste Urteil gesprochen. In der folgenden Hatz, bei der sich Politiker und Printmedien, allen voran die Springer-Blätter Welt und Bild, mit Begriffen von "unsäglich", "empörend" bis hin zu "rechtsextremistisch" überboten, ohne sich auf die Primärquelle zu stützen, wurde dann nur noch politisch vollstreckt.
Wie Fritz Schenk, der in "Der Fall Hohmann. Die Dokumentation" die Affäre analysierte, gegenüber der JUNGEN FREIHEIT feststellt: "Die gesamte Presse hatte sich auf eine Falschmeldung festgelegt. Später hat sie dann ihr Wächteramt verfehlt, indem sie nicht mehr kontrollierte, wie die Politik mit dieser Falschmeldung umging." So hätte die "Vierte Gewalt" darauf aufmerksam machen müssen, daß Angela Merkel, Jürgen Rüttgers oder Laurenz Meyer lieber ihren Parteifreund Martin Hohmann politisch opferten, statt wegen ihres allzu schnellen Urteils einen Gesichtsverlust in Kauf zu nehmen.
Reine Dokumentation von Zeitungsmeldungen
Nichts davon findet sich in der Arbeit aus Fulda wieder. Die Studenten begnügen sich mit der reinen Dokumentation von Zeitungsmeldungen - und hier neben den überregionalen Blättern wie FAZ, Welt, taz, Frankfurter Rundschau Spiegel, Focus, Zeit und Süddeutsche mit einer Auswahl hessischer Regionalzeitungen. Die kritische Berichterstattung konservativer Wochenzeitungen wird ebenso unberücksichtigt gelassen wie die über 6.200 Unterzeichner starke Initiative Fritz Schenks, die man zumindest in der Darstellung des Verlaufs hätte erwarten können. Natürlich kommt man auf dieser Grundlage am Ende der Arbeit zum gleichen Schluß wie am Anfang. Insofern bleibt die lückenhafte Materialsammlung über eine deutsche Pressekampagne ohne nennenswerte Conclusio.<<
Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Bruno Bandulet schrieb am 27. November 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Der Staat fördert die Dekadenz**

Hinsichtlich konservativen Gedankengutes sollte Deutschland einen Blick Richtung USA wagen

Ermutigt durch den Wahlsieg der Konservativen in Amerika, ermahnte CSU-Generalsekretär Söder die Union, auch Deutschland brauche eine Wertedebatte. Sehr gut, dann kann die CDU ja Martin Hohmann, einen Repräsentanten ihres wertkonservativen und katholischen Flügels, gleich wieder aufnehmen.

Die Werte liegen in Deutschland in der Tat im argen. Nur vier Tage bevor die Amerikaner per Referendum in elf Bundesstaaten mit überwältigender Mehrheit die Homo-Ehe verwarfen, beschloß der Bundestag deren fast vollständige Gleichberechtigung mit der "konventionellen Ehe", wie sie neuerdings auch genannt wird. Die Homosexuellen können sich nun verloben, haben das Recht auf Witwenrenten und kommen in den Genuß gesetzlicher Scheidungsregeln. Nun ist die Homosexualität sicherlich Privatsache, sie geht den Staat nichts an.

Sie kann aber nicht Bestandteil einer Werteordnung sein. Und sie sollte nicht auf eine Weise drapiert werden, die das gesellschaftliche Prestige der Familie schmälert. Es darf nicht etwas gleichgesetzt werden und gleichberechtigt sein, was nicht gleich ist. Gute Katholiken wie der Italiener Buttiglione halten Homosexualität sogar für Sünde. Dem kann man zustimmen oder auch nicht, man muß es aber sagen dürfen.

Heute hält die Mehrheit der Europa-Abgeordneten einen Katholiken nicht für tragbar als Kommissar, wohl aber einen früheren kommunistischen Apparatschik. Morgen, wenn die Türkei erst einmal dabei ist, werden sie voraussichtlich einen Moslem ertragen müssen, der über Familie und Abtreibung nicht anders denkt als Buttiglione.

Uns interessiert hier freilich mehr der praktische Aspekt des Themas. Mit durchschnittlich 1,4 Geburten pro Frau (in Frankreich sind es 1,9!) wird das deutsche Volk in den kommenden Jahrzehnten dramatisch schrumpfen. Die Folgen sind vorhersehbar: eine Abwärtsspirale der Wirtschaft, der Ruin der öffentlichen Finanzen, eine allgemeine Verarmung. Unsere Wirtschaft ist auf eine stark abnehmende Bevölkerung nicht ausgelegt - ganz abgesehen davon, daß ein Vakuum in der Mitte Europas Einwanderer ansaugen wird, und zwar die falschen.

Die Wirtschaft steht vor einem Abgrund, aber die Gesellschaft leistet sich die systematische Abwertung der Familie und die Subventionierung der Abtreibung mit über 40 Millionen Euro Steuergeldern pro Jahr. Die Regierung finanziert damit die Entstehung der Rentenlücke, die sie später selbst decken müßte, aber nicht decken kann.

In den USA gehen Bischöfe auf die Straße gegen die Abtreibung, in Deutschland werden sie durch das System der von Staats wegen eingetriebenen Kirchensteuer ruhiggestellt. An jedem Werktag werden hierzulande 1.000 ungeborene Kinder getötet - eine Praxis, die laut Bundesverfassungsgericht "rechtswidrig, aber straffrei" ist. Damit ist klargestellt, daß der Staat rechtswidrige Handlungen finanziert. Vielleicht kommt die Union irgendwann auf die Idee, den umstrittenen Paragraphen 218 einer nachträglichen Prüfung zu unterziehen. Sie würde damit nur den Intentionen des Verfassungsgerichtes folgen.

Es fällt auch auf, ein wie großer Prozentsatz prominenter Politiker entweder keine Kinder hat oder vom anderen Geschlecht nichts hält oder jedenfalls im Laufe der Zeit mehr Frauen als Kinder vorzuweisen hat.

Die immer noch tonangebenden 68er behandeln andersartige Lebensformen eben nicht als Privatsache. Sie propagieren sie. Auf einem Vortrag vor der Pädagogischen Hochschule Freiburg erklärte der Basler Psychotherapeut Professor Rauchfleisch schwule Lebensbeziehungen zum "Vorbild" für heterosexuelle Beziehungen. Ihr Rollenverständnis sei "nachahmenswert". Die 150 Zuhörer waren beeindruckt. "Das hört sich ja berauschend schön an", sagte eine Frau in der anschließenden Diskussion.

Deutschland tut gut daran, sich nicht in die Militäraktionen und Weltmachtabenteuer der USA verwickeln zu lassen. Aber die Amerikaner machen nicht alles falsch. Über viele Themen, die

besonders in Deutschland nahezu tabu sind, kann in Amerika offen diskutiert werden. Konservative Meinungen haben Einfluß und werden respektiert. Den Spagat, außenpolitisch Distanz zu den USA zu halten, aber nicht unbedingt gesellschaftspolitisch, muß die CDU/CSU erst noch meistern. Von den Amerikanern können wir die Fähigkeit lernen, zwischen dem zu unterscheiden, was aufbaut und stärkt, und dem, was schwächt.
Übrigens lohnt es sich, wieder einmal die römische Geschichte zu studieren. Rom ging unter, weil die Sitten verfielen (kinderlose Frauen waren angesehener als solche mit Nachwuchs), weil Millionen nicht integrierbarer Ausländer hereingelassen wurden, weil die Steuern zu hoch waren und der Bürgersinn schwand - und weil das Imperium überdehnt wurde.
Ein abschüssiger Weg, auf dem Europa schon ein Stück weiter ist als die USA. Die Überdehnung ist beiden gemeinsam: Amerika hätte nie in den Irak einmarschieren dürfen, die EU übernimmt sich mit der Aufnahme der Türkei.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Januar 2005 (x887/...): >>**Atheismus lähmt Europa dauerhaft**
US-Amerikaner haben aufgrund ihrer Religiosität bessere Zukunftsaussichten als Europäer
Religiöse Menschen sind wirtschaftlich erfolgreicher. Diese "frohe Botschaft" verkündete die Wirtschaftswoche. Das Beispiel der USA macht klar: Dort wachsen nicht nur Bevölkerung und Wirtschaft schneller als in Europa, sondern dort bekennen sich auch weitaus mehr Menschen zu ihrem (christlichen) Glauben. Das säkulare Europa scheint in jeder Hinsicht abgehängt zu sein. ...
Religiöse Menschen bekommen mehr Kinder, da sie nicht nur auf den eigenen Genuß schielen. Das wirkt sich positiv auf die Wirtschaftskraft aus. Die demographischen Fakten belegen: Amerika ist viel vitaler als Europa. So dürfte sich das amerikanische Durchschnittsalter von 35,5 Jahren in den nächsten 50 Jahren nicht wesentlich erhöhen. In Europa wird man jedoch Durchschnittswerte von 53 Jahren erzielen. ...
In Europa und speziell in Deutschland ist der allmächtige und Fürsorge tragende Staat an die Stelle von Patriotismus, Familie und Religion getreten. Selbst die Kirchen in Deutschland sind mit dem Staat viel enger verquickt, als dies in den USA der Fall ist. Die Großkirchen in der Mitte Europas kassieren Geld vom Staat. Viel Unabhängigkeit vom staatlichen Handeln und Kritik gegenüber politischen Würdenträgern darf man aufgrund dieses Abhängigkeitsverhältnisses nicht erwarten. Christliche Nächstenliebe und Nachbarschaftshilfe sowie das Denken in kleinen sozialen und gemeinnützigen Einheiten ist in Europa verkümmert, weil der staatliche Leviathan alles usurpiert hat.
Die Autoren der Wirtschaftswoche beschreiben das folgendermaßen: "Hand in Hand mit der Zurückdrängung der Religion aus dem gesellschaftlichen Leben wurde der Wohlfahrtsstaat ausgebaut, an den immer mehr Funktionen delegiert wurden, die ursprünglich bei Religion und Kirche lagen. Soziale Aufgaben, die zuvor die Gemeinden wahrnahmen, wurden dem Staat übertragen, das Individuum vereinzelte, der soziale Zusammenhalt ging verloren." In Europa ist der Staat an die Stelle Gottes getreten, der das Individuum zuvor von der Last der Verantwortung befreite.
Angesichts der Bedrohung durch radikale Moslems könnte die Religionsferne der Europäer noch zum Problem werden. So sagt der Politologe Francis Fukuyama: "Die Europäer sind im Inneren durch den radikalen Islam weit stärker bedroht als die Amerikaner von außen."
Auf andere Absurditäten weist Chefredakteur Stefan Baron hin: In Europa "könnte Bush nicht einmal EU-Kommissar werden, wie das Berufsverbot zeigt, das Brüssel über den Katholiken Rocco Buttiglione verhängte, weil dieser Homosexualität als 'Sünde' zu bezeichnen wagte (nicht ohne hinzuzufügen, daß dies den Staat nichts anginge, solange es nicht strafbar sei)." ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. August 2005: >>**Den Deutschen**

eine andere Seele einimpfen

Im Hinblick auf das Problem der re-education geht es kurz gesagt nicht nur um die Ausrottung des Nazismus, sondern auch um die Eliminierung von Autoritarismus, Militarismus, Junkertum und Rassismus. Das böse Werk Hitlers, daran sei erinnert, dauerte nur zwölf Jahre, das seiner Vorgänger aber reichte über Generationen hinweg. Die Besatzungsmächte sind aufgerufen, in einer vergleichsweise kurzen Zeit diese althergebrachte Akkumulation gefährlicher Vorstellungen auszulöschen."

Mit diesen Worten charakterisierte Saul Padover, 1905 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren, die 1920 in die USA emigrierten, das Programm und die Ziele der "re-education" ("Umerziehung") der Deutschen. Padover arbeitete ab 1943 in der Abteilung für psychologische Kriegführung in London. 1944 kam er als Mitglied eines US-Geheimdienstes mit den US-Truppen nach Deutschland. Hier verhörte er deutsche Funktionäre über ihre Kenntnisse der NS-Gewaltverbrechen und über ihr Verhältnis zum NS-Regime. Die Ergebnisse seiner Vernehmungen liegen seit 1999 unter dem Titel "Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland" auch in deutscher Sprache vor.

Die Berliner Tageszeitung taz kommentierte in einer Rezension: "Sein Urteil über das deutsche Volk fiel niederschmetternd aus: autoritätsgläubig, stumpf, gefühllos, gewissenlos, selbstherrlich und arrogant auch in der Kapitulation, weinerlich in kollektivem Selbstmitleid. ... Es war das Verhalten von Sklaven, die Bürokraten anbeten."

Daß dieses angebliche stumpfe Sklavenvolk der Deutschen einer grundlegenden Bewußtseinsveränderung bedurfte, um die Welt für die Demokratie sicherer zu machen, darin waren sich die Wortführer der "re-education" einig. Totale "Auslöschung" der gesamten Traditionen Padover steht pars pro toto für die Exponenten der "re-education", die nach Kriegsende antraten, den deutschen "Nationalcharakter" zu verändern.

Es ging darum, so drückte es der Staatsrechtler Carl Schmitt in einer Notiz vom 6. November 1949 aus, dem besiegten Feind, also den Deutschen, "eine andere Seele einzuimpfen". An die Stelle der angeblichen Aggressivität der Deutschen, die zu zwei Weltkriegen geführt haben soll, sollten sie zu politischem Wohlverhalten ("fair play") und wirtschaftlicher Zusammenarbeit erzogen werden. Das konnte aus Sicht der Alliierten offensichtlich nur durch die totale "Auslöschung" der "gesamten Traditionen" geschehen, "auf denen die deutsche Nation errichtet wurde".

So steht es jedenfalls im Abschlußbericht des interministeriellen Komitees für Umerziehung von Dezember 1943 zu lesen, aus dem Caspar von Schrenck-Notzing in seinem Beitrag zur Festschrift zum 70. Geburtstag (1993) für den mittlerweile verstorbenen Heidelberger Politologen Hans-Joachim Arndt zitiert.

Schmitts Einlassung trifft insofern den Kern der Sache, als die konzeptionellen Wurzeln für das Programm der "re-education" in der amerikanischen Bewegung für geistige Gesundheit der 1930er Jahre lagen. In deren Kontext, so merkt beispielsweise die Heidelberger Soziologin Uta Gerhardt in ihrer Abhandlung "American Sociology and German Re-education" (1997) an, bedeutete "re-education" zunächst therapeutische Maßnahmen, mit denen die Charakterstruktur von Patienten verändert werden sollten, die an Paranoia oder anderen geistigen Erkrankungen litten.

Dieser Ansatz wurde dann auf die Deutschen als Kollektiv übertragen. Der Neurologe Richard A. Brickner von der Columbia University diagnostizierte 1942 bei den Deutschen eine "paranoide Psychose", die er anhand von vier Kriterien festmachen zu können glaubte, nämlich einmal an der angeblichen deutschen "Megalomanie", die in der Sentenz "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" ihren signifikanten Ausdruck finde. Weiter nannte Brickner den absoluten Anspruch der Deutschen auf Führerschaft über andere Nationen und Kulturen. Schließlich sollen die Deutschen durch "Verfolgungswahn" gekennzeichnet gewesen sein, der

sich dadurch ausdrückte, daß sie sich gegenüber allen anderen "diskriminiert" fühlten; die Deutschen meinten, so Brickner, daß ihnen ihr rechtmäßiger Anteil vorenthalten würde.
Des weiteren neigten die Deutschen zu einer nachträglichen Verzerrung der Fakten. Brickner machte diese "Ferndiagnose" auch an der Überzeugung vieler Deutscher nach dem Ersten Weltkrieg fest, daß dieser Krieg nicht verloren wurde, sondern durch einen "Dolchstoß" verursacht worden war, den die Sozialdemokraten durch eine "Revolution" auslösten.
Die therapeutischen Maßnahmen wurden nun in Verbindung mit den Sozialwissenschaften, insbesondere der Soziologie, auf die deutsche Situation angewendet. Nach Gerhardt spielte die Soziologie zwei Rollen. Zum einen stellten die Soziologen einen diskursiven Rahmen bereit, um die Unterschiede zwischen demokratischen und totalitären Gesellschaftssystemen zu verstehen.
Von maßgeblicher Bedeutung waren hier unter anderem die Arbeiten des Harvard-Soziologen Talcott Parsons, der in Anlehnung an Max Webers Thesen über das "charismatische Führertum" die von ihm so wahrgenommene Revolte gegen die moderne Welt in Deutschland nach 1933 zu erklären versuchte. Prosperierende Wirtschaft für kontrollierten Wandel zum anderen veränderte die Soziologie nach Gerhardts Ausführungen das Konzept der psychiatrischen "re-education" dahingehend, daß die ökonomische Erholung Deutschlands der angestrebten Umformung des deutschen Nationalcharakters dienlich gemacht werden sollte.
Insbesondere Talcott Parsons war der Meinung, daß die ökonomische Wiederherstellung Deutschlands die beste Strategie für eine "re-education"-Strategie sei, die auf eine Eingliederung und Einbindung Deutschlands in den Kreis "friedliebender Nationen" hinauslief. Parsons‘ Vorstellungen können auch gelesen und verstanden werden als Reaktion auf die Idee einer vollständigen industriellen Schleifung Deutschlands, für die der "Morgenthau-Plan" steht.
In seiner Schrift "The Problem of a Controlled Institutional Change" (1945), die in der von Gerhardt herausgegebenen und kommentierten Dokumentation "Talcott Parsons on National Socialism" (New York 1993) zu finden ist, kommt er in Abwägung der verschiedenen Wirkungsbereiche für einen kulturellen Wandel, wie Familie, Schule, Regierung und Wirtschaft, zu dem Ergebnis, daß nur die Wirtschaft eine realistische Chance für einen kontrollierten institutionalisierten Wandel biete.
Zum einen deshalb, weil sich die Wirtschaft in Deutschland im Bereich der Zuständigkeit der Alliierten befinde, die hier ihre Macht leicht im Interesse institutioneller Neuerungen anwenden könnten. Und zum anderen, weil die Wirtschaft die besten Möglichkeiten biete, die Bemühungen um eine "re-education" der Deutschen zu verdecken, sprich: nicht allzu offensichtlich werden zu lassen.
Den Wortführern der "re-education" lag viel daran, daß die Deutschen aus freiem Willen in das neue Wertesystem einwilligten. So schrieb Kurt Lewin (1890-1947), ein ehemaliger Berliner Gestaltpsychologe, der nach seiner Emigration zu einem der wichtigsten Exponenten der sozialpsychologischen Schule in den USA wurde, in seiner 1945 veröffentlichten Schrift "Das Verhalten, die Kenntnis und die Übernahme neuer Werte":
"Fügt sich der einzelne rein aus Furcht vor Bestrafung und nicht durch die Weisungen seines freien Willens und Bewußtseins, dann nimmt das neue Werte-System, zu dessen Anerkennung man ihn bringen möchte, bei ihm nicht die Stellung eines Über-Ichs ein, und seine Umerziehung bleibt daher unvollendet. ... Nur falls und wenn das neue Werte-System freiwillig übernommen wird, nur falls es dem eigenen Über-Ich entspricht, ergeben sich jene Veränderungen der sozialen Erkenntnis, die ... eine Voraussetzung für eine Veränderung des Verhaltens und daher für eine dauerhafte Wirkung der Umerziehung sind." Statt Nation "die Menschen" oder "die Gesellschaft"
Daß die amerikanischen Sozialwissenschaften im Hinblick auf die "re-education" eine derart

exponierte Rolle spielten, kommt nicht von ungefähr. Caspar von Schrenck-Notzing bemerkte in seiner 1965 erstmals publizierten "Charakterwäsche", daß "die amerikanische Militärregierung von Anfang an mit sozialwissenschaftlichen Einrichtungen gespickt" war (Caspar von Schrenck-Notzing: Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Erweiterte Neuausgabe. Ares Verlag, Graz 2004, 350 Seiten ...).
Die "social sciences" standen, um es mit dem Bayreuther Soziologen Bernhard Plé zu sagen, im Dienste einer "säkularen Mission". "Es war kein Wunder", stellte Plé in seiner Untersuchung "Wissenschaft und säkulare Mission" (Stuttgart 1990) fest, "daß die Bemühungen um eine Gesellschaftswissenschaft nach Amerika verlegt wurden und Amerika hierzu namhafte Beiträge leistete.
Das neue Land schien im Gegenteil die beste Formulierung dieser Gesetze zu bieten. ... Die große Unabhängigkeitserklärung war auf Prinzipien gegründet, die sich vom Naturgesetz ... herleiteten; die Verfassung war so entworfen, daß sie ewige Wahrheiten über das Wesen der Menschen und der Staatsgewalt und ihrer gegenseitigen Beziehungen verkörperte."
Mit den Sozialwissenschaften erwachte in den USA die Idee der technischen Steuerbarkeit der "Gesellschaft", mit der die Erwartung verknüpft wurde, daß sie dem Menschen künftig den Fortschritt zu einer Daseinsweise eröffnen würde, die im Einklang mit den sozialen Gesetzen steht.
Einer der einflußreichsten Vertreter dieses Fortschrittsglaubens war zweifelsohne der amerikanische Philosoph John Dewey, der mit seinem "Pragmatismus" nach den Worten von Plé "die verschiedenen Strömungen des Fortschrittsglaubens mit dem Wissenschaftsglauben verbinden und damit Amerikas Auserwähltheitsglauben neu hat formulieren können". Für Dewey und viele andere stand außer Frage, daß der Fortschritt der Menschheit auf das "Stadium der Demokratie" hinauslaufe.
Deweys Botschaft, die Sozialwissenschaft könnte die "gesetzmäßigen Beziehungen der Gesellschaft" ermitteln und damit dem Menschen ermöglichen, "sowohl die Folgen seines Handelns vorauszusagen wie auch seine Ziele sozialtechnologisch zu verwirklichen", bildete nach den Worten von Plé "die logische Konsequenz aus dem Glauben, daß künftig die Sozialwissenschaft die Einstellung zu Mensch und Gesellschaft ebenso tiefgreifend wandeln müsse, wie seit der Kopernikanischen Revolution die Naturwissenschaft die Einstellung des Menschen zur Natur gewandelt hätte".
Daß wir heute in Deutschland fast ausschließlich nur noch von "Menschen" und "Gesellschaft" reden, zeigt, in welchem Maße sich jener universalistisch-missionarische Ansatz durchgesetzt hat, der mit dem amerikanischen Verständnis der Sozialwissenschaften und damit dem "re-education"-Programm verbunden war.
Was heute unter "politischer Korrektheit" subsumiert wird, ist ein Ausfluß dieses sozialwissenschaftlichen Ansatzes, dessen Konsequenzen der 1994 verstorbene Soziologe Friedrich Tenbruck in seiner Schrift "Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder die Abschaffung des Menschen" 1984 wie folgt zusammenfaßte:
"Indem die Soziologie ‚die Gesellschaft' erfand, erklärte sie sich zu einer Wissenschaft, die mit jedem Schritt ihrer Erkenntnis die wahre, bislang nur unbekannte Ordnung … entbergen werde. Jede Soziologie, die 'die Gesellschaft' erfassen will, beansprucht mit der Autorität, über die wahre Ordnung des Daseins … zu belehren, auch die moralische Autorität, über die richtige Lebensführung zu unterrichten."
Dieser universalistisch-missionarische Ansatz, der "re-education" und "self-re-education" wesentlich bestimmt hat, hat auch dazu geführt, daß die Deutschen über den Sinn und die Aufgabe von Traditionen nichts mehr zu sagen wissen. Diese Bewußtseinslage kann auch als Entortung bezeichnet werden. Sie markiert die Endstufe der von den Alliierten angestrebten totalen "Auslöschung" aller Traditionen, "auf denen die deutsche Nation errichtet wurde". In welchem

Ausmaß dies geschehen ist, hätte wohl selbst die Protagonisten der "re-education" der 1940er Jahre überrascht.
Stichwort: Umerziehung Nach dem Sieg der Alliierten über Deutschland hatten die Besatzungsmächte unterschiedliche Konzepte der Behandlung der Deutschen. Schließlich setzten sich die Amerikaner mit ihrem bereits 1943 im State Department begonnenen Plan einer "Re-education" in den westlichen Besatzungszonen durch. Am 5. Juni 1946 wurde das "Long-Range Policy Statement for German Re-education" (SWNCC 269/5) in den Westzonen verabschiedet.
Mit der Kontrolle über die Medien (Lizenzträger-System), Kultureinrichtungen und das Bildungssystem sollte die auf etwa dreißig Jahre angelegte Umerziehung realisiert werden. Der Alliierte Kontrollrat beschloß in seiner "Direktive 54" vom 25. April 1947, daß die Schulen "die Entwicklung eines bürgerlichen Verantwortungsgefühls" und "die Auffassung einer demokratischen Lebensweise" fördern sollen. Allmählich sollte das Programm unter deutscher Kontrolle fortgeführt werden.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Oktober 2005 (x887/...): >>**Ohne Rückbesinnung ist Deutschland verloren**
Der 3. Oktober - Von den preußischen Tugenden und dem Problem der "inneren Einheit" von Günter Kießling
Längst erscheint den meisten Deutschen die Wiedervereinigung des geteilten Vaterlandes, die uns mehr durch die Gnade Gottes als durch umsichtige Politik zuteil wurde, als selbstverständlich. Lediglich mit der "inneren Einheit" haben wir Probleme. Unser Denken und Handeln in der Politik dreht sich ums Materielle. Kaum einer wagt, an die biblische Botschaft zu erinnern, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern von einem jeglichen Wort Gottes.
Solche Sprache mag in unserer säkularisierten Welt kaum noch verstanden werden. Deshalb sei versucht, dieses christliche Gebot hier ins Weltliche zu übersetzen: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von der Integration in die Gemeinschaft! Aber die Deutschen wollen kein "Volk" mehr sein, keine Gemeinschaft, sondern lieber "Gesellschaft". Obwohl sie in Festtagsreden ihr Grundgesetz preisen, das sich auf das "deutsche Volk" bezieht, von der Gesellschaft ist da nicht die Rede!
Die "innere Einheit" werden wir nur erreichen, wenn wir uns wieder auf Ziele "jenseits von Angebot und Nachfrage" orientieren, auf das Gemeinwesen. Das erfordert Besinnung auf die preußischen Tugenden. Dem steht entgegen, daß allein schon das Wort Preußen in dieser, unserer "Gesellschaft" zumindest Skepsis bewirkt, wenn nicht gar auf Ablehnung stößt. Warum nur?
War doch nach Überwindung der größten Not, die 1945 über uns hereinbrach, eine Sehnsucht nach der "guten, alten Zeit" unverkennbar. Am deutlichsten kam die in einer weit verbreiteten Berlin-Nostalgie zum Ausdruck. Aber was Preußen betrifft, so blieben auch zaghafte Versuche - wie die Preußen-Ausstellung von 1981, die Rückkehr der Särge mit den preußischen Königen nach Potsdam 1991, die Würdigungen zum 300. Jahrestag der Königs-Krönung 2001 - ohne tiefe Resonanz. Nichts änderte sich an der weit verbreitenden Ächtung Preußens.
Geradezu als tragisch muß man bewerten, daß 1989/1990, in diesen Sternstunden der deutschen Geschichte nach der totalen Niederlage von 1945, kaum ein Gedanke aufkam, den Namen Preußens bei der Benennung der neuen Länder in das Erbe der Bundesrepublik hinüberzuretten.
Diese ausgeprägte Abkehr der breiten deutschen Öffentlichkeit von allem, was mit Preußen zu tun hat, läßt sich - grob vereinfacht - auf zwei Ursachen zurückführen. Zum einen ist da die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit herrührende offizielle Verteufelung Preußens durch die vier Hauptsiegermächte, die schließlich in dem Kontrollratsgesetz Nr. 27 vom 25. Februar

1947 gipfelte, mit dem die Auflösung des preußischen Staates verfügt wurde. Und die schließlich fast zur heute vorherrschenden Political Correctness gehört.
Zum anderen jedoch - und das wird wenig bedacht - sind es ausgerechnet die preußischen Tugenden, die zwar gelegentlich noch in Sonntagsreden erwähnt werden, aber eigentlich genau für das stehen, was diese westdeutsche Gesellschaft nicht sein wollte - und nach der Wiedervereinigung auch die neu gesamtdeutsche Gesellschaft nicht sein will.
Schon sind sich die meisten gar nicht mehr bewußt, was es mit preußischen Tugenden auf sich hat, es interessiert auch kaum. Da geht es um: Bescheidenheit, Demut, Dienstbereitschaft, Disziplin, Gemeinsinn, Genauigkeit, Kameradschaft, Opferbereitschaft, Ordnung, Pflichtbewußtsein, Rechtsstaatlichkeit, Sparsamkeit, Toleranz, vor allem aber Gottesfurcht. Mit diesen Tugenden ist Preußen groß geworden. Sie sind Inbegriff einer Staatsidee, gegen alle Widrigkeiten aus eigener Kraft, durch gemeinsame Anstrengung und Opferbereitschaft dieses neu gegründete Königreich zum Erfolg zu bringen.
Aber gerade einen solchen Saat wollte man ja nach 1945 nicht mehr - weder die Siegermächte noch die sich neu formierende westdeutsche Gesellschaft. Dennoch, man benötigte fleißige, die Trümmer beseitigende, die Wirtschaft aufbauende Deutsche, gar ein Wirtschaftswunder. Aber man wollte partout keine deutsche Nation, keine Gemeinschaft, schon gar nicht eine solche, die etwa nur Gott fürchtete. Nein, sie sollte sich eher vor sich selbst fürchten. Dazu wurde den Deutschen permanent vorgehalten, was alles - so wörtlich - "im deutschen Namen" geschah.
Die neu formierte deutsche Gesellschaft sollte fett und impotent sein, eine wahre Wohlstands- und Freizeitgesellschaft. Das wurde sie dann auch. Und diese Gesellschaft hatte völlig verdrängt, daß auch ihr der einzigartige Wiederaufbau und damit auch der Weg zu jenem neuen Wohlstand im wesentlichen mit Hilfe der verpönten preußischen Tugenden gelang. Aber die Segnungen des Wirtschaftswunders wurden den Deutschen schließlich zum Verhängnis. Sind sie doch dem Tanz um das goldene Kalb erlegen.
Was für ein Kontrast zu einer preußischen Staatsgesinnung, die Walter Flex - sicher überpointiert - mit den Worten beschrieb: Wer auf die preußische Fahne schwört, der hat nichts mehr, was ihm selber gehört!
Man könnte sagen, lediglich die Bundeswehr hat an Preußen angeknüpft. Bewußt hatte die damals verantwortliche politische Führung den 12. November 1955, den 200. Geburtstag des Generals von Scharnhorst, jenes berühmten preußischen Heeresreformers, zum Gründungstag der neuen deutschen Streitmacht gewählt. Daß Scharnhorst von seiner Herkunft gar kein Preuße war, sondern Hannoveraner - wie Gneisenau Sachse - steht überdies für die Toleranz dieses preußischen Staatswesens, aber auch für die Anziehungskraft, die es auf solche fortschrittlich orientierten Persönlichkeiten ausübte.
Geblieben ist in der heutigen Bundeswehr eigentlich nur das Bekenntnis zur Erhebung am 20. Juli 1944, die im wesentlichen von Offizieren getragen wurde, die sich den preußischen Tugenden verpflichtet fühlten. Nicht allein deshalb richtet sich zunehmend Kritik auch an deren Würdigung.
Schließlich beinhalten die preußischen Tugenden das Gegenteil von dem Verständnis einer Wohlstands- und Freizeitgesellschaft, zu der sich die Bundesrepublik nach dem Wirtschaftswunder entwickelt hat. Die Abkehr von jeglicher Bindung an die Gemeinschaft hin zu einer hedonistischen Lebensweise fand ihren wohl krassesten Ausdruck in jenem Karnevalsschlager, der in dem Bekenntnis gipfelte: "Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien."
Man will Spaß und Freude haben, das Leben genießen, von der Vergangenheit nichts wissen - und von der Zukunft allenfalls, soweit man selbst davon betroffen ist, so durch die Sorge für die eigenen Kinder - so man denn überhaupt Kinder in die Welt setzt. Am stärksten ausgeprägt ist die Abkehr von allem, was mit Militär zu tun hat. Wenn man sich schon den Heraus-

forderungen der äußeren Sicherheit gar nicht entziehen kann, dann am liebsten durch einen finanziellen "Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung", deren Organisation sogenannten "Schutzmächten" überantwortet werden soll.
In unserer "Zivilgesellschaft" ist kein Platz für das Vaterland, schon gar nicht für Vaterlandsliebe. Sollten Staatsräson oder das Protokoll mitunter derartige Bekenntnisse unerläßlich machen, dann klingt es gefälliger von "Patriotismus" zu sprechen, der aber sogleich auf "Verfassungspatriotismus" beschränkt. Allenfalls in der Euphorie sportlicher Veranstaltungen ist man mitunter sogar ein wenig stolz, Deutscher zu sein, wenn auch die Akteure beim Singen des Deutschlandliedes zumeist ihre Lippen nicht auseinander bekommen.
Wenn dann gar der neue Bundespräsident bekundet, er liebe dieses Land, so bewirkt das mehr Erschrecken als Bewunderung. Hat man sich doch inzwischen daran orientiert, was einer seiner Vorgänger beim Amtsantritt im Deutschen Bundestag von sich gab: Er liebe nicht diesen Staat, sondern seine Frau.
Mag dies genügen, um unsere bundesdeutsche "Gesellschaft" zu skizzieren, die kein Volk mehr sein will. Und von einer derartigen Gesellschaft wird nun plötzlich "Gemeinsinn" eingefordert, materielle Einschränkungen zu akzeptieren, um die drohende Gefahr eines weiteren wirtschaftlichen Niedergangs abzuwehren. Da erinnert man sich mitunter gar der preußischen Tugenden. Die seit den 60er Jahren immer deutlicher werdende Abkehr von ihnen wurde am deutlichsten, als man sie als "Sekundärtugenden" verhöhnte und kritisierte.
Wenn wir auch immer noch dazu neigen, unsere derzeit verheerende Lage zu beschönigen, wir müssen zur Einsicht kommen, daß wir eine "Notgemeinschaft" geworden sind. Das könnte hilfreich sein. Denn in der Not, da stehen die Deutschen noch am ehesten zusammen. Da könnten sie zur Besinnung kommen. Kaum jemand bestreitet die Notwendigkeit von Reformen. Diese zu definieren und umzusetzen, das setzt zunächst einmal Besinnung voraus. Wir müssen erkennen, daß wir unser Dilemma nicht mit irgendwelchen Reförmchen meistern können, sondern nur mit einer grundlegenden Erneuerung von Staat und Gesellschaft.
Dabei geht es um mehr als nur um Rettung des materiellen Wohlstands, es geht um geistige Führung. Aber wohin soll sie uns führen? Da gilt es zu erinnern, daß die Begründer dieses zunächst so erfolgreichen Weges zur sozialen Marktwirtschaft sehr wohl weiter gedacht haben als nur an die Steigerung des Bruttosozialprodukts. Dafür steht der Titel, den Wilhelm Röpke, einer der Gründungsväter, seinem Alterswerk gab: "Jenseits von Angebot und Nachfrage". Röpke selbst hat bekannt, für ihn sei dies der christliche Glaube. Das erinnert an Bismarcks berühmten Ausspruch vor dem Reichstag: Wir Deutsche fürchten Gott - und sonst nichts auf der Welt.
Ist somit hoffentlich deutlich geworden, daß es sich hier um ein Problem geistiger Führung handelt, so gilt es sich bewußt zu machen, wie sehr wir Opfer einer unseligen Semantik geworden sind, die nach 1945 viele Begriffe negativ belegt, wenn nicht gar verteufelt hat.
Dazu gehören: Volk und Nation, Führung von Eliten, Erziehung und Gemeinschaft. Auf diese Weise hat sich ein irriges Verhältnis von Demokratie durchgesetzt, das allein von dem Prinzip der Gleichheit dominiert wird. Aber es geht gleichermaßen um Freiheit. Beide miteinander in Einklang zu bringen, erfordert Führung. Daraus folgt: Führung ist auch in der Demokratie unverzichtbar. Diejenigen, die zur Führung berufen sind, bedürfen der Auswahl und der Ausbildung.
Dabei gilt es, sich wieder auf die preußischen Tugenden zu besinnen. An ihnen läßt sich eine nationale Elite ausmachen. Auch dieser Begriff wurde mit unserem Umsturz nach 1945 verdammt - und damit auch das Problem der Elitebildung. Geistige Führung ist nicht möglich ohne Eliten.
Das Problem der Elitebildung setzt Besinnung darauf voraus, daß Eliten sich nicht im Können erschöpfen, sondern in ihrem Bezug auf das Ganze. Dieses Ganze ist immer noch die Nation.

Deshalb sei abschließend folgende Definition gewagt:
(Nationale) Eliten sind eine herausgehobene Minderheit stets bezogen auf ein übergeordnetes Ganzes, zielbewußt ausgewählt und ausgebildet, um sodann durch persönliche Inpflichtnahme kraft Amtes und/oder persönlicher Autorität auf die geistige Grundhaltung des Ganzen Einfluß zu nehmen. Das sollen sie bewirken durch Vorbild in Können und Haltung, in Pflichterfüllung und Lebensführung.
Der Vier-Sterne-General a.D. Günter Kießling (Jahrgang 1925) war vor seiner spektakulären Entlassung 1984 Befehlshaber der Nato-Landstreitkräfte und Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. Mai 2007 (x887/...): >>**Christlichen Glauben schützen**
Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagraphen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer des Vereins "Die Wende" gefordert. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müßten den christlichen Glauben mit demselben Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten. Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der "Wende" werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.
Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte. Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, "das Heilige heilig zu halten", um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren. Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten. In einem Grundsatzreferat wies der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte auf den zunehmenden Einfluß von Islamisten auf die veröffentlichte Meinung hin.
Dies sei möglich, weil sich der Rechtsstaat vor unverblümt angedrohter Gewalt beuge und kritische Berichte über den Islam nicht erwünscht seien. Die 1993 gegründete "Wende" hat nach eigenen Angaben gut 1.000 Unterstützer. Sie setzt sich für eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens ein. Ihr Ideengeber ist der evangelische Sozialphilosoph Günter Rohrmoser.<<
Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Das Ende der politischen Korrektheit?**
Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness (PC).
Aus dem Arsenal einer der finstersten und geistfeindlichsten Epochen der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff im Lauf der Jahre in die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet, Schutz vor verbalen Kränkungen - etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Schwachsinnigen, Behinderten und: der Frauen, denn auch sie empfanden sich im Berufs- und Privatleben als diskriminiert.
Zur Abwehr dieser Diffamierung ersann man eine Reihe von harmlosen Beschwichtigungsbegriffen, teils achtbar bemüht, bald zu geflügelten Witzen werdend. Doch bald etablierten die Wächter der Political Correctness einen Tugendterror, der sich mit dem der Jakobiner der Französischen Revolution durchaus messen konnte.
Der Tugendterror begann mit der Kontrolle der Sprache. Gewalttätige Änderung durch Umbenennung. Das ist nicht von der Französischen Revolution erfunden worden. Schon die Kirche im Mittelalter nannte ihre Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod eine Wohltat für die armen Seelen der Sünder. Der "Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt" der Französischen Revolution fällte Todesurteile am laufenden Band, die sofort mit der neuen Köpfungsmaschi-

ne, der Guillotine, vollstreckt wurden. Vorausgegangen war die Erfindung der "Göttin der Vernunft" anstelle des christlichen Gottes - eine Neuerung, die dem Wirren der Revolution nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen umzubenennen.
Alle Versuche, den Terror der Französischen Revolution zu vervollkommnen, erfanden neue "Wohltaten" für die Menschheit, die mit überraschenden Namen bedacht wurden. Wer vermutet schon etwas Schlimmes hinter der Bezeichnung "Außerordentliche Kommission" der Sowjetunion (Tscheka)? Das Goebbelssche "Ministerium für Volksaufklärung" (und "Propaganda") diente in Wahrheit der Volksverdummung.
Die Erben der Jakobiner brachten es bei der Veränderung der Wirklichkeit durch Worte zu einer bisher nicht erreichten Meisterschaft. Neu war die offen zynische Bezeichnung einer menschenfeindlichen und oft sogar tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil: "Umerziehungslager" nannten die Nationalsozialisten die ersten KZ.
"Erzieher" hießen bis 1989 die Vollzugsbeamten im DDR-Knast. "Psychiatrische Anstalten" nannte man in der Sowjetunion Häuser, in denen politische Gegner mit Drogen und Elektroschocks physisch und psychisch zerstört wurden. "Umsiedlung" hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischer Bauern, "Umsiedlung" die Ermordung von Millionen Juden durch Arbeitslager, Unterernährung, Seuchen und schließlich Erschießungskommandos und Gas.
Alle Massenmorde und Greuel der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden durch Korrekturen in der Sprache vorbereitet. Tiervergleiche dienten zur Herabsetzung der Tötungshemmung gegenüber dem Gegner. Lenin und Sinowjew bezeichneten die "Weißen" grundsätzlich als "Geschmeiß". Tiervergleiche kennzeichneten auch die Nachkriegszeit und die Zeit des Kalten Krieges. "Pinscher" nannte Bundeskanzler Erhard die Schriftsteller der Gruppe 47 um Heinrich Böll.
Die gedankenlos beiläufig verwendeten Wörter der 68er für Polizisten - "Schweine" und "Bullen" - bereiteten den Satz "Auf Bullen kann geschossen werden!" vor.
Endziel aller revolutionären Terroristen ist im Grunde der gleichgeschaltete, gelenkte, "korrekte" Mensch, von dem schon Platon geträumt hatte. Oder, wie Mao im "Kleinen Roten Buch" gefordert hatte, Menschen mit "korrekten Ideen". Pol Pot brachte einfach ein Drittel seiner Bevölkerung um, um endlich Ordnung in den Köpfen zu schaffen. Doch die atemberaubenden Albträume von Stalin, Mao und Pol Pot sind Vergangenheit. Die Gedankenpolizei überlebte im Westen. Dort entstand jenes engmaschige Blockwartsystem, das lange Jahre in unseren Zeitungen, Verlagen, Funk- und Fernsehanstalten herumspukte.
PC wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün. Doch das Mißtrauen gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.
Nach dem vergeblichen Kampf gegen die Volkszählung, die Tropenhölzer, den "machtvollen Demonstrationen gegen die Nachrüstung", mit denen man nur die letzten Lebensstunden des maroden Breschnew-Regimes verlängert hatte, nach Tschernobyl und dem Sozialabbau fand man etwas, was man selbst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die neuen Rechten und ihre "Stichwortgeber", die Intellektuellen, die schon von Goebbels "geistige Brandstifter" genannt worden waren. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.
Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und

Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.
Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherrschaft bedroht.
Und dann kam die Krise. Eine Chance für die Linken? Zuerst versuchte man es auch da noch mit sprachlicher Verkleinerung und Verkleisterung: "Engpässe", "Zahlungsschwierigkeiten", "Liquiditätsprobleme". Doch inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Leute ganz einfach pleite waren. Aus der "Finanzklemme von Lehman Brothers" wurde eine globale Wirtschaftskrise.
Hatte Karl Marx, der alte Hütchenspieler, vielleicht doch recht gehabt mit seiner Voraussage, daß der Kapitalismus eine große Krise produzieren und schließlich selber die Produktionsmittel (die Fabriken und die Banken) verstaatlichen müßte? Was nun? Setzt Merkel Marx in die Tat um? Die Krise - Chance der Totalitären? Da haben wir alle noch ein Wörtchen mitzureden.
Fest steht jetzt schon die "Politische Korrektheit" ist out. Die Nebelschwaden lichten sich. "Freisetzungen" von Arbeitern heißen wieder Entlassungen. "Liquiditätsengpässe" wieder Schulden oder gar Pleite. Auch der Landesverband NRW der Linken hat schon begonnen, Klartext zu reden. Soziale Unruhen ruft die Linke, Beseitigung des Kapitalismus, Gefahr von sozialen Unruhen echot die Linke in der SPD, warnt der DGB am 1. Mai. Auch der Generalkonsul der Türkei in Düsseldorf legt die falsche Scham ab und beschimpft die Deutschen in deren Land er zu Gast ist, pauschal als Nazis, die alle Türken am liebsten eine Tätowierung mit der Aufschrift "T" aufdrücken wollten.
Doch die Krise ist auch unsere Chance. Legen auch wir die falsche Scham ab und nennen Unruhestiftung und Volksverhetzung nicht länger Meinungsäußerungen und Ausrutscher, sondern Anschläge auf den sozialen Frieden und die Demokratie.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Februar 2010 (x887/...): >>**Vom Erwerbszwang befreit**
Bedingungsloses Grundeinkommen startet im Sommer als Test
Der Titel klingt verheißungsvoll: "100-mal neues Leben" heißt das rund zwei bis sieben Millionen Euro teure Projekt der Breuninger-Stiftung, das im Sommer 2010 in Stuttgart und − je nach Finanzlage − auch in einem kleinen Ort in Brandenburg starten soll. 100 Personen sollen für ein oder zwei Jahre ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. 800 Euro monatlich bekommen die Projektteilnehmer, die so vom "Zwang zur Arbeit", wie es der Gründer der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, beschreibt, befreit werden sollen. Werner leitet das Interfakultative Institut für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe, das an dem Projekt "100-mal neues Leben" beteiligt ist. ...
Dieses sehr philantrophisch anmutende Projekt verfolgt jedoch keine absolute Außenseiterposition. Auch Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vom Säugling bis zum Greis bei Wegfall jeglicher anderer sozialer Leistungen aus.
Er geht davon aus, daß die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Disziplinen - von der Glücksforschung bis zur Verhaltensforschung - stimmen, daß der Mensch kein notorischer Drückeberger ist, sondern sich immer in irgendeiner Form nützlich machen und das Gefühl der Selbstwirksamkeit und der Verpflichtung erfahren will. Zwar gebe es Ausnahmen, doch die seien Einzelfälle.
Wie es dann jedoch kommt, daß die meisten Menschen so früh wie möglich in den Ruhestand

wollen, ohne dann ehrenamtlich tätig zu sein oder Hartz-IV-Empfänger lieber fernsehen, als Alte und Kranke zu betreuen, bleibt rätselhaft, schließlich hält sie niemand vom ehrenamtlichen Engagement ab. Auch können die Ergebnisse des Projektes kaum repräsentativ sein, da jene, die sich bewerben, mit der Bewerbung ihren Eigenantrieb belegen.
Zudem ist anzunehmen, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen den Einwanderungsdruck Unqualifizierter erhöhen dürfte. Womöglich funktioniert es eben nur in einem geschlossenen Sozialsystem.<<
Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.
Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.
Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über die Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland (x866/...): >>**Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?**
Die Lösung der Energiefrage in Deutschland ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale Ansprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelungen.
Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben, aber auch von anderen klugen Beobachtern.
Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl destilliert wird.
Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl (Bagdadbahn) an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhrgebiet -, nachdem die oberschlesischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte (Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland).
Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistigtechnische und moralische Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung (Anlagerung von Wasserstoff an Kohlenstoff) Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranlagen. Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert.
Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte (2. Weltkrieg). Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die Terroristen in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau der deutschen Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen. So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen (die in der östlichen Zone erst nach 1989) sowie der Bergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.

Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben. Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fortgeschrittenen Kernenergietechnik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können.
Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte (Rathenau) und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt.
Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb. Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-how der Kerntechnik und Kohletechnik ist in Deutschland immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen unserer guten Freunde aus dem Westen.
Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid (das kein Schadstoff und Klimakiller ist wie die Leute von der Wall Street behaupten) usf. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne eines Großteils der Menschheit.
Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc.
Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht. Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganz Deutschland mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen diskontinuierlich angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energielieferung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien.
Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang in Frage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann, gut transportabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei und können die bestehenden Energiesysteme nicht ersetzen.
Als Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat man zunächst die Speicherung in Drucktanks erwogen. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personenautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur (z.B. Tankstellennetz) ohne große Änderungen benutzt werden kann.
Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw.

Globalstrategen nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher gesagten. So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt. Die Hilfstrupps in Bonn und Berlin haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie nicht laut gesagt.
Ein weiteres Argument gegen die Wasserstofftechnik kam von den Grünen: diese Technik helfe nur der Großindustrie und sei damit nicht förderungswürdig. Basta! Ab Mitte der 1990er Jahre - als der Einfluß der 68er in allen Parteien bestimmend geworden war - wurde die staatliche Förderung der BRD-Wasserstoff-Projekte zurückgefahren bzw. eingestellt. Dafür wurde der Absatz von Windenergieanlagen und Fotovoltaiksystemen in steigendem Maße subventioniert. Diese Windräder liefern allerdings bei Windstille oder Schwachwind keinen Strom, ebensowenig wie die Solarzellen nachts oder bei wolkenverhangenem Himmel.
Die grünen Energiepolitiker waren sich schnell einig, daß dieses Problem leicht mit Batterien zu lösen sei. Allerdings gibt es auf der Welt nicht so viel Blei (für die Elektroden der Batterien), um die Energieversorgung Deutschlands für einige Wochen durch Batterien sicherzustellen.
Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten.
Noch kurioser wird es bei Starkwind. Wegen des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) müssen bei starkem Wind (also bei hoher Stromproduktion) die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom. Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke.
Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.
Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungsgesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden.
Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten (s. www.de.wikipedia.de/Kontrollratgesetze) und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist. Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht (muß verboten werden), Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO2-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO2-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.
Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der

Überschrift beantwortet:
Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.
Näheres zu diesem Thema findet man im Internet unter www.adew.eu.
Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hollywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<
Dr. Ing. Günter Keil berichtete später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>**Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse**
Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.
Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stillegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.
Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.
Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.
Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.
Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.
Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen.
Die unten präsentierte Liste der Fehler ist vermutlich bereits unvollständig, wenn Sie diesen Artikel lesen.
Die Grundfehler der Energiewende
Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Es weist vier grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen:

Die unverständliche Fokussierung des EEG auf die Stromerzeugung ignorierte den Sektor Wärmeversorgung sowohl bezüglich der dort umgesetzten Energiemengen als auch bezüglich der Importabhängigkeit der dort eingesetzten, überwiegend fossilen Energieträger.
Dessen verspätete Einbeziehung (Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich) war von abrupten Änderungen der Förderung bis hin zu vorübergehenden Stops gekennzeichnet, die die Heizungsbranche einem unberechenbaren Wechselbad aussetzten und die dringend notwendige Modernisierung bremsten. Stagnation auf niedrigem Niveau ist das Ergebnis. Die Milliardensubventionen wurden an diesem für Deutschland wichtigsten Energiesektor vorbei gelenkt - und dies dazu noch mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kollateralschäden im Sektor der Stromwirtschaft, dem das EEG eigentlich dienen sollte.
Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderungspolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen.
Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.
Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht.
Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Biodiversität (Energiepflanzen), Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen (Photovoltaik) oder Lärmbelastungen (Windkraft); von der Landschaftsverschandelung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.
Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung ("Energiearmut"), Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.
Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten EE-Kapazitäten (= Erneuerbare Energien) nur an 5 bis 10 Prozent der Jahresstunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.
Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr.

Die Liste der Versäumnisse und Fehleinschätzungen wird immer länger

Die Regierung hat erst vor kurzem begriffen, daß von Anfang an - das heißt bereits seit Einführung des EEG - riesige Stromspeicher zum Ausgleich der systembedingten starken Schwankungen des eingespeisten Wind- und Solarstroms erforderlich gewesen wären, die es aber nicht gab und die es auch innerhalb der kommenden 15-20 Jahre nicht geben kann.
Damit war ein Ausgleich dieser Schwankungen von vornherein ausgeschlossen. Kraftwerke mußten das übernehmen. Und die dafür geeignetsten sind Kernkraftwerke. Sie arbeiten nicht nur CO2-frei, sie waren und sind konstruktionsbedingt die mit Abstand schnellsten Regler im Netz, die mit ihrer großen Leistungsregelungs-Kapazität ("Lastfolgefähigkeit") schnelle Schwankungen am besten ausgleichen konnten.
Die Regierung schaltet sie jetzt entschlossen ab - und stellt nun verblüfft fest, daß sie für die damit früher erfolgte Stabilisierung des Netzes heute keinen Ersatz bekommen kann. Neue Kohle- und Gaskraftwerke sollen das nun - unter Opferung der Klimaschutz-Ziele - übernehmen. Sie sollten auch die gefährliche Versorgungslücke schließen, die durch die abgeschalteten und noch stillzulegenden Kernkraftwerke entstand.
Aber wiederum hat man zu spät begriffen, daß auch das nicht funktioniert. Denn der im EEG festgelegte Vorrang für die Einspeisung des "grünen" Stroms zwingt die Kohle- und Gaskraftwerke zu einem ständigen Hoch- und Herunterfahren ihrer Leistung, was nach Abschätzung des BDEW zu einer Nichtauslastung von 40 % führen wird. Unter diesen Bedingungen werden alle Investitionen in solche Kraftwerke unrentabel - sie unterbleiben deshalb.
Auf diese Weise führt das EEG nicht nur zu einem immer größer werdenden Bestand an Wind- und Solarstromerzeugern, deren Stromerzeugung man immer seltener voll nutzen kann, das EEG verhindert zugleich die Errichtung konventioneller Kraftwerke als der einzig verbliebenen Möglichkeit zur Stabilisierung des Netzes. So wurde aus einem ursprünglich gut gemeinten Förderprogramm ein Monstrum, das absehbar die zuverlässige Versorgung des Landes mit elektrischer Energie beenden und große Schäden anrichten wird.
Die Reaktion der Regierung: Nicht etwa das Abstellen der Ursache - das ist der im EEG gesetzlich festgeschriebene Vorrang für "erneuerbaren" Strom -, sondern Überlegungen zu einer weiteren Subvention: Investitionszuschüsse für unwillige Kraftwerks-Investoren - und selbstverständlich die Überwälzung der Kosten auf die Verbraucher. Abermals Planwirtschaft statt Marktwirtschaft.
Dazu paßt auch der neue Plan der Regierung, die fällige Stillegung unrentabler Kohle- und Gaskraftwerke per Verordnung zu verzögern und zu verbieten. Dies sind sowohl Altanlagen, die sich am Ende ihrer typischerweise 40-jährigen Lebensdauer befinden, mit schlechten Wirkungsgraden und entsprechend hohen Emissionen, als auch jüngere Kraftwerke, die durch den EEG-bedingten Abschaltungszwang unrentabel geworden sind. Wie bei allen anderen planwirtschaftlichen Eingriffen der Regierung wird man auch hierbei die Zusatzkosten, die man den Kraftwerksbetreibern für den unrentablen Weiterbetrieb bezahlen muß, den Verbrauchern aufbürden. ...

Die Risiken werden bedrohlich

Die Regierung hat eine unheilvolle und die Sicherheit der Stromversorgung unterminierende Kombination zweier Fehlentscheidungen zu verantworten:
Sie hat das Erneuerbare Energie-Gesetz (EEG) unverändert beibehalten, womit der damit gesetzlich gesicherte Vorrang für die Einspeisung von Wind- und Solarstrom bei dessen unvermindert starkem weiterem Ausbau immer mehr zu massiven Störungen im Stromnetz führt. Und sie hat diese prekäre Situation durch die Abschaltung von 8 Kernkraftwerken nochmals extrem verschärft. Damit fehlt jetzt ein erheblicher Anteil an Wetter- und Tageslicht unabhängiger Grundlast-Stromerzeugung und gleichzeitig auch noch eine wichtige Regelungskapazität gegen Einspeisungsschwankungen, die gerade die Kernkraftwerke boten.
Im Winter 2011/2012 gab es deswegen bereits zwei sehr ernste Situationen, bei denen ein

Blackout gerade noch mit drastischen Notmaßnahmen verhindert werden konnte. Für den kommenden Winter rechnet man mit einer noch ernsteren Situation. Über die Folgen eines flächenweiten Stromausfalls, der dann mehrere Tage andauern würde, macht sich anscheinend noch niemand Gedanken.
Deutschland ist durch eine Kette fast unglaublicher Fehler und Unterlassungen in diese fatale Situation gebracht worden: Erst die Verabschiedung des EEG ohne jegliche Absicherung gegen die extremen Schwankungen der Stromeinspeisung durch Speicher - die man nicht hatte und deshalb "vergaß" - und dazu auch noch ohne die Möglichkeit, den in Norddeutschland erzeugten Windstrom durch das vorhandene Übertragungsnetz nach Süddeutschland zu transportieren.
Diese Unterlassung führte zu einer Zweckentfremdung von Gas- und sogar von Kohlekraftwerken als "Lückenbüßer"-Kraftwerke, die wegen der gesetzlich erzwungenen Grünstromeinspeisung ständig herauf- und heruntergeregelt werden mußten - und damit unrentabel wurden.
Nicht genug damit erfolgte noch die hektische Stillegung der Kernkraftwerke, womit bei dem aus den o.e. Gründen unterbleibendem Neubau von konventionellen Kraftwerken, der im Übrigen noch Jahre dauern würde, die Sicherheit der Stromversorgung bei steigenden Stromkosten weiter abnimmt.
Die steigenden Risiken für die Bevölkerung und für die Wirtschaft werden unten beschrieben.
Weil die sehr viel ernsteren Auswirkungen dieser Politik erst noch kommen werden und der politische Widerstand noch gering ist, muß mit einem Festhalten an der Energiewende bis zum Zeitpunkt des Eintretens größter und unbeherrschbarer Probleme gerechnet werden, die dann nicht mehr durch das Umverteilen der angerichteten Schäden provisorisch repariert werden können.

Planwirtschaft statt Marktwirtschaft

Von vielen Autoren der Wirtschaftspresse ist bereits harte Kritik daran geübt worden, daß im Energiesektor immer mehr marktwirtschaftliche Grundprinzipien, die bisher den Erfolg der Industrienation Deutschland herbeiführten, von der Regierung mißachtet und durch politisch motivierte Verletzungen dieser Prinzipien ersetzt werden.
Diese planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen, kennzeichnen heute die Energiepolitik.
Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung; starke Energiekostensteigerung (mit der Folge der neuen "Energiearmut" - s.u.); großer verspäteter Aufwand für das Beheben von Defiziten, die durch das jahrelange Ignorieren von zentralen Voraussetzungen für eine derartige Umgestaltung des Elektrizitätssystems entstanden sind (fehlende Speicher, unzureichendes Netz, fehlende konventionelle Kraftwerke als Sicherheit); Verwandlung des erhofften Nutzens in eine Bedrohung (Vertreibung der energieintensiven Industrie, Blackouts); Ärger mit den Nachbarländern wegen des Mißbrauchs ihrer Stromnetze als Abladeplatz für wetterbedingte Stromüberschüsse; technologischer Rückstand und der Verlust von Kompetenzen auf den nicht vom EEG begünstigten Feldern.
Diese EEG-verursachten Probleme wurden durch das plötzliche Abschalten von 7 Kernkraftwerken nochmals erheblich vergrößert. Zudem gab Deutschland damit seine bisherige Rolle als Exporteur von Grundlaststrom, mit dem das europäische Verbundnetz versorgt und stabilisiert wurde ohne Abstimmung mit den Nachbarländern auf.
Die durch die Fehler der Regierung verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. ...

Die Kostenlawine rollt

Neben der in jedem kommenden Winter drohenden Blackout-Gefahr stellen die stetig und unabwendbar ansteigenden Kosten der Energiewende - insbesondere der Haushalts-Strompreis - die größte politische Gefährdung dar. Die Regierung versucht verzweifelt, die energieintensive Industrie von den existenzgefährdenden Zusatzkosten (z.B. den steigenden Netzkosten) zu entlasten - und wälzt sie zusätzlich auf die Bürger.

Eine deutliche Warnung gab es mehrfach im Jahre 2011 von EU-Energiekommissar Günther Oettinger: Hohe Energiekosten gefährdeten nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern auch den sozialen Frieden, wenn ein Teil der Menschen die Stromrechnung nicht mehr bezahlen könne. "Ich bin überrascht, wie gedankenlos die Entwicklung der Strompreise hingenommen wird", sagte Oettinger. Deutschland zähle weltweit zu der Spitzengruppe bei den Strompreisen. Steuern, Abgaben und Umlagen summieren sich hier beim Strompreis auf 45,1 Prozent.

Die Medien haben das Thema bereits aufgegriffen: Das Handelsblatt titelte am 23.5.2011 "Merkels Strompreislüge": Die Bundeskanzlerin hatte im Juni 2011 erklärt: "Unternehmen wie Bürger müssen auch in Zukunft mit bezahlbarem Strom versorgt werden." Und sie versprach, daß die Ökostrom-Umlage bei 3,5 Cent / kWh stabil gehalten werde. Aktuell liegt sie bei 3,59 Cent. Michael Fuchs, in der Unionsfraktion für Wirtschaftspolitik zuständig, rechnet mit 4,5 Cent und mehr.

Prof. Helmut Alt von der FH Aachen wies allerdings darauf hin, daß diese Zahlen "verniedlicht" wurden, da es Nettobeträge ohne die Mehrwertsteuer sind. Aus der Zahl 3,5 Cent/kWh werden dann bereits 4,13 Cent/kWh.

Das wird wohl nicht reichen: Der riesige Stromnetz-Ausbau und der ebenfalls gewaltige Ausbau der Offshore-Windkraft haben noch gar nicht richtig begonnen und der weitergehende Zubau der Photovoltaik kommt noch hinzu. Ferner werden alle oben beschriebenen planwirtschaftlichen Maßnahmen nur weitere Kosten verursachen. Der Hauptteil der Wende-Kostenwelle steht also erst noch bevor.

Falls der beabsichtigte Zubau an konventionellen Kraftwerken überwiegend mit Gaskraftwerken erfolgen sollte, die von manchen Politikern im Gegensatz zu Kohlekraftwerken als bedingt umweltfreundlich angesehen werden, würde der Stromerzeugungspreis auf Grund der hohen Gaspreise zwischen 15 und 20 Cent / kWh liegen und damit 3 bis 6-mal höher als der Gestehungspreis des heute erzeugten Grundlaststroms, berechnete Prof. Alt. Darin seien die Kosten für den Ausbau des Netzes noch nicht enthalten.

Die durch das EEG veranlaßten Subventionen würden nach Schätzungen im Jahre 2012 vermutlich 14,1 Milliarden Euro erreichen - nach 11,76 Mrd. im Jahre 2011. McKinsey schätzt, daß allein 2020 die Stromverbraucher Kosten von 21,5 Mrd. Euro tragen müssen, die nur durch den Umstieg auf erneuerbare Energien verursacht werden. Insgesamt verursache die Energiewende von 2011 bis 2020 Kosten von 175 Mrd. Euro. Das Karlsruher Institut für Technologie schätzt, daß der Strompreis durch die Kosten der Energiewende bis 2025 gegenüber heute um 70 Prozent steigen wird.

Der Koordinator Energiepolitik der Unionsfraktionen Thomas Bareiß meinte besorgt und hilflos: "Die Strompreise werden zur Achillesferse der Energiewende. Wir müssen sie so gestalten, daß sie bezahlbar bleiben. Die Belastung darf nicht einseitig bei den Privatverbrauchern landen." Wie man Strompreise "so gestalten" kann, daß sie niemand mehr wehtun, verriet er nicht.

Das Gegenteil ist der Fall, denn: "Die Hauptlast tragen die privaten Haushalte", sagte dazu McKinsey-Experte Thomas Vahlenkamp.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat ergeben, daß arme Haushalte mit 1 % ihrer verfügbaren Einkommen relativ zehnmal mehr für die Subvention von Sonnen- und

Windstrom zahlen als reiche mit 0,1 %. "Die derzeitige Finanzierung der Energiewende ist unsozial", stellte die auftraggebende Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) fest. Wegen unbezahlter Rechnungen wurde bereits 2010 600.000 Haushalten der Strom abgeschaltet, sagte Mieterbund-Chef Lukas Siebenkotten. ...

Das Urteil des Auslands ist vernichtend

Es war dem World Energy Council (das größte internationale Netzwerk der Energiewirtschaft) vorbehalten, am 10.10.2011 das Ergebnis einer internationalen Expertenbefragung zur deutschen Energiewende zu präsentieren; eine Befragung, die die deutsche Regierung besser selbst durchgeführt hätte, und zwar rechtzeitig vor der Verkündung ihrer dramatischen Politikänderung. Grundlage der Ergebnisse sind Antworten aus den Rückläufen aus 21 Länderkomitees des World Energy Council, darunter 14 aus Europa.

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Nur 38 % der Experten trauen Deutschland zu, einzelne Ziele - und zwar verspätet - zu erreichen.
- Bis 2020 erwarten 76 % der Experten eine Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands.
- Auch nach 2020 erwarten 48 % eine solche Schwächung.
- 71 % der Befragten erwarten Preissteigerungen für Strom im eigenen Land!
- Knapp zwei Drittel - 62 % - der Befragten sehen erhöhte Gefahren für die Versorgungssicherheit Europas.
- 81 % der befragten Länder lehnen den deutschen Weg als Vorbild für die Welt ab.
- Keiner der Experten hält es für vorstellbar, daß sein Land den deutschen Politikansatz vollständig übernehmen könnte.
- 62 % können sich vorstellen, einzelne Elemente der Energiewende zu übernehmen. 33 % kein einziges Element.

Dieses Gutachten der internationalen Energieexperten ist vernichtend.

Die Naturschützer geraten in die Zwickmühle

Im Anfangskapitel "Die Grundfehler..." wurden schon unter Ziff. 3 die erheblichen Beeinträchtigungen der Umwelt durch die Auswirkungen des massiven Ausbaus der sog. erneuerbaren Energien aufgezählt. Die ursprüngliche Idee, damit der Umwelt etwas Gutes zu tun, wurde durch den flächenfressenden Gigantismus der grünen Techniken und die zwangsläufig dadurch entstehenden Umweltprobleme ad absurdum geführt.

Gerade die Naturschützer müssen jetzt mit Schrecken diese Folgen zur Kenntnis nehmen: Neben dem sehr erheblichen Flächenverbrauch, den alle grünen Energietechniken wegen ihrer sehr geringen Leistungsdichte (erzeugte Kilowatt pro Quadratmeter) aufweisen, werden Biotope zerschnitten, Monokulturen nebst Dünger- und Pestizideinsatz lassen die Tierwelt verarmen, Windmühlen gefährden Vögel und Fledermäuse, Hochspannungstrassen - auch solche mit Erdkabeln - erfordern breite Schneisen, große Windparks werden neuerdings bevorzugt in Wäldern errichtet und die Verschandelung der Landschaft ist in vielen Regionen brutal geworden.

Bürgerinitiativen kämpfen energisch gegen den Bau aller neuen Pumpspeicherkraftwerke, wie zum Beispiel die in Atorf/Südschwarzwald von den Schluchseewerken geplante Großanlage. Der Schwarzwaldverein als Interessenvertreter der Bevölkerung hatte in den Anhörungen kritisiert, "die Region dürfe nicht bloß das Objekt für energiewirtschaftliche Ausbeutung werden." Die Vertreter des EVU räumten ein, daß sich die Landschaft deutlich verändern werde, "da werde man sich sicher erst dran gewöhnen müssen." Naturschützern müßten bei derartigen Äußerungen die Ohren klingen.

Wer zudem auch noch ein Menschenfreund ist, wird die Lärmemissionen der Windanlagen, den Elektrosmog durch Hochspannungsleitungen, die Brandgefahren der Photovoltaik und die Unfälle bei der Errichtung der diversen Anlagen mit ins Kalkül ziehen müssen. ...

Wann kommt das Ende?
Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie irrealen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.
Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<
Der deutsche Physiker Horst-Joachim Lüdecke (Professor für Informatik und Physik) berichtete später über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>**Klimaschutz und Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?**
Als einzige große Industrienation verzichtet Deutschland auf die Kernkraft und erklärt dafür die erneuerbaren Energien zu den "Silberkugeln" seiner zukünftigen elektrischen Stromerzeugung. Keine Stimme des Auslands schickt Glückwünsche.
So schreibt der englische Daily Telegraph am 31.3.2011 "Frau Merkels Beschwichtigung der nuklearen Hysterie ist weit über die deutschen Grenzen hinaus verstörend, weil sie die Kapitulation einer ehemals in Wissenschaft und Technik führenden Nation gegenüber einem ideologischen Irrationalismus aufzeigt".
Die Entscheidung gegen die Kernenergie ist indes nur vorläufiger Endpunkt einer konsequenten Entwicklung. Diese begann mit "Klimaschutz", schädigte daraufhin Landschaften, Vogel- und Fledermauspopulationen, küstennahes Meer, Schiffahrt und Meeressäuger mit Tausenden von Windrad-Ungetümen und wird schließlich unsere elektrische Stromversorgung und Volkswirtschaft nachhaltig beeinträchtigen.
Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO2-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos.
Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad C während ihrer Lebenszeit erleiden mußten - ohne anthropogenes CO2.
Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!
Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO2-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO2 als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO2 verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO2-Zunahme begrüßen

und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan.
Weltweit finden Wetterdienste keine Trends zu mehr Stürmen, Tornados, Dürren oder Überschwemmungen. Sogar das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schreibt in seinem Dritten Sachstandsbericht von 2001 in Kapitel 2.7 "eine Zunahme von Extremwetterereignissen ist nicht auffindbar".
Das Eis der Arktis unterliegt natürlichen langfristigen Schwankungen. So wurde die Nordost-Passage bereits 1878 durch Erik Nordenskjöld befahren. Ähnlich wenig Eis wie heute gab es schon einmal in den sehr warmen 1930ern. In jeder kühleren Phase kehrt es wieder zurück. Der Meeresspiegel steigt seit 10.000 Jahren, aber ein durch anthropogenes CO2 bedingter oder gar beschleunigter Meeresspiegelanstieg ist bis heute weder mit Pegeldaten noch mit Satellitenmessungen belegbar.
Nur mit Computer-Modellen, die nicht einmal die großen dekadalen Oszillationen oder den El Nino vorhersagen können, lassen sich Klimakatastrophen konstruieren. Insbesondere der "Hot Spot", eine von den Modellen unabdingbar geforderte Erwärmung der hohen Atmosphäre, ist nicht auffindbar. Daher sind die IPCC-Modelle falsch. Unstrittig wirkt das vom industrialisierten Menschen in die Atmosphäre gebrachte CO2 erwärmend. Global sind es ca. 1 C mehr, wenn sich (hypothetisch) der CO2-Gehalt der Luft verdoppelt.
Aber selbst zu dieser unbedenklichen und vorteilhaften Erwärmung kann es nicht kommen, denn dazu müßten alle förderbaren fossilen Brennstoffe verfeuert werden. Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.
Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten sowie in schon über 800 gegen die IPCC-Aussagen gerichteten Peer-Review Fachveröffentlichungen werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. So lud am 20.4.2011 das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung Klimaexperten von EIKE zu einem wissenschaftlichen Workshop ein. Das für die Öffentlichkeit zweifellos interessante Protokoll des Treffens ist bis heute nur in www.eike-klima-energie.eu einsehbar. ...
Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.
Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren. Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.
Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande (auch Off-Shore) nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. ...

Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit (einem) extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des unstetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen.
Die Kernenergie sei ethisch nicht mehr vertretbar. Eine wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Entscheidung wird damit sachfremd getroffen. In der von der Bundesregierung berufenen 14-köpfigen Kommission zur Energiewende befanden sich drei Kirchenvertreter, aber kein einziger Energie-Experte - ein Rückfall in Zeiten vor der Aufklärung.
Jede Form der Energieerzeugung ist mit Kollateralschäden verbunden, etwa den vielen Opfern des Untertage-Kohleabbaus. Bei ideologiefreier Risikobewertung sind deutsche KKW sicher. Daran ändern auch die Havarien von Tschernobyl, Harrisburg und Fukushima nichts, bei denen hierzulande undenkbare Verletzungen von Sicherheitsregeln Ursache waren. Der europaferne Siegeszug der Kernenergie ist ohnehin unaufhaltsam. Anders ist der Energiehunger der wachsenden Weltbevölkerung nicht zu stillen.
Ein nuklearfreies Deutschland wird maßgebende Nachteile im globalen Wettbewerb erleiden und Arbeitsplätze einbüßen. Vollends unverständlich ist das Ignorieren der Entwicklung von inhärent sicheren Typen der nächsten KKW-Generationen. Auch das Transmutationsverfahren zur radioaktiven Abfallreduzierung auf wenige Prozent ist Medien und Politik keiner Erwähnung wert.
Die EU finanziert diese Entwicklung von bereits Pilotreife mit mehr als einer Milliarde Euro. Trotz KKW-Abstinenz darf sich Deutschland nicht der Kernenergie-Forschung und KKW-Weiterentwicklung verschließen! Da der deutsche Aderlaß an KKW-Leistung nur mit Gas und Kohle ausgleichbar ist, ist Rückkehr zur Kernkraft spätestens dann geboten, wenn inhärent sichere KKW's zur Verfügung stehen.
Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.
Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. So schreibt naiv-unverblümt die Barclays Bank "CO2 Vermeidungstechnologie ist eine einzigartige Chance für Banken, um vom signifikanten Wachstum dieses Sektors zu profitieren und gleichzeitig zu demonstrieren, daß man einen positiven Beitrag gegen den Klimawandel leistet". Ein Schelm, wer dabei an eine neue, später platzende Blase denkt.
Auch die Politik ist höchst interessiert, spült doch der CO2-Zertifikatehandel Geld in die Staatskasse. Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umweltparteien und verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert

und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."
Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.
Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. Deutschland hat indes immer noch ein großes Wählerpotential an technischer Intelligenz. Hierauf muß eine ehrliche und mutige CDU/CSU-Politik wieder aufbauen.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Mai 2012 (x887/...): >>**Jugend ohne Gott**
Nirgends auf der Welt wird so wenig an Gott geglaubt wie in Mitteldeutschland - Gründe in der Geschichte
In der Tschechischen Republik und in den östlichen Bundesländern ist der Atheismus weit verbreitet. Genauer gesagt, glauben nirgends auf der Welt so wenige Menschen an Gott wie in Mitteldeutschland. Das hat eine neue US-Langzeitstudie herausgefunden hat. Berlin ist demnach ein Epizentrum der Gottlosigkeit, was für das allgemeine Wertegefüge hierzulande nicht ohne Konsequenzen bleibt.
Erstaunlicherweise ist in den fünf neuen Ländern und dem Ostteil Berlins der Atheismus auch in der Altersgruppe von jungen Menschen unter 28 Jahren, die nach der "Wende" 1989/90 bereits in der vereinten Bundesrepublik groß geworden sind, weit verbreitet. 71,6 Prozent von ihnen geben an, daß sie noch nie an die Existenz Gottes geglaubt haben. Damit ist der Unglaube fast genauso hoch wie in der Altersgruppe der 38- bis 47-Jährigen (72,6 Prozent).
In punkto Gottesferne bewegen sich also Jugendliche und Eltern, die noch die atheistische DDR-Erziehung genossen haben, etwa auf gleichem Niveau wie die jungen Leute. Offenbar waren also die Bemühungen der evangelischen und katholischen Kirche in den letzten 20 Jahren relativ erfolglos. Nur in der Altersgruppe zwischen 28 und 37 Jahren ist tatsächlich etwas weniger Atheismus festzustellen.
Hier haben 63,8 Prozent noch nie an Gott geglaubt. Als Erfolg können die christlichen Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften diese etwas günstigere Zahl aber wohl auch nicht verbuchen. Denn wahrscheinlich ist der Rückgang durch diejenigen bedingt, die aus beruflichen Gründen vom Westen in den Osten gewechselt sind, ihren Glauben sozusagen mitgebracht haben.
Die vorgenannten Zahlen stammen aus dem internationalen Forschungsprojekt "Beliefs about God across Time and Countries" (Glaube an Gott über Zeiträume und Länder) von der Universität Chicago. Die an der Langzeitstudie beteiligten Soziologen wollten herausfinden, wie sich der Gottesglaube in verschiedenen Ländern im Laufe größerer Zeiträume verändert. Daher erfragten sie in den Jahren 1991, 1998 und 2008 das Ausmaß an Religiosität in christlich geprägten Ländern auf der ganzen Welt.
Für Deutschland wurden die Ergebnisse nach Ost und West aufgeschlüsselt. "Ich glaube nicht an Gott", sagten in Mitteldeutschland 52,1 Prozent aller Befragten, während in Westdeutschland dies nur 10,3 Prozent, in Rußland 6,8, in den USA drei und auf den Philippinen 0,7 Prozent erklärten. Der niedrige Wert in Rußland erstaunt vor allem deswegen, weil hier über mehr als 70 Jahre eine kommunistische Diktatur herrschte. Ähnlich wie die nationalsozialistische und sozialistische Herrschaft auf dem Gebiet Mitteldeutschlands versuchte sie den Menschen den Glauben an Gott auszutreiben.
Doch nach der Wende 1990/91 ließen sich in Rußland die Menschen wieder in Massen taufen.

Während der Atheismus im Gebiet der ehemaligen DDR seitdem um 3,4 Prozent stieg, sank er in Rußland in den letzten 20 Jahren um 11,7 Punkte. Wie selbstverständlich besuchen auch der Präsident und Ministerpräsident Rußlands regelmäßig die Gottesdienste in den orthodoxen Kirchen des Landes, was man von Politikern in den neuen Bundesländern nur in Ausnahmefällen hört.
Was sind die Ursachen und Konsequenzen dieser relativ eindeutigen Ergebnisse? Lebt es sich ohne Gott tatsächlich leichter? Bleibt Gottlosigkeit ohne Konsequenzen für ein Land? Gerne wird die große Distanz zu Gott auf die allgemeine Modernisierung geschoben, so auch die Autoren der Studie. Das scheint nur auf den ersten Blick einleuchtend, weil jüngere Leute in der Regel etwas weniger als ältere an Gott glauben.
Ein Gegenbeispiel bildet Israel, wo deutlich mehr jüngere als ältere Menschen an Gott glauben. Israel ist eines der modernsten Länder der Welt mit der höchsten Zahl von patentierten Erfindungen pro Kopf. Nach Meinung der Studienautoren liegt das auch daran, daß Juden und Moslems in starker Konkurrenz zueinander leben, was bekanntlich "das Geschäft" belebe. Eine solche Konkurrenz gibt es in mitteldeutschen Gebieten nicht. Dort leben kaum Moslems und auch die evangelische und katholische Konfession haben sich schiedlich, friedlich "ökumenisch" arrangiert.
Ein wesentlicher Grund für den größeren Atheismus scheint jedoch in der Geschichte begründet zu sein. Slawische Gebiete östlich der Elbe galten bereits im Hochmittelalter als eher kirchenfern. Seit der Einführung der Reformation und dem Aufblühen der Aufklärung verstärkte sich dieser Trend, so auch in den vom Königreich Preußen beherrschten Gebieten. Im Gegensatz zu den katholisch oder orthodox geprägten Ländern konnten sich Säkularisierung und Kommunismus hier besonders ausbreiten.
Dramatisch zeigen sich die Auswirkungen besonders in den Kerngebieten der Reformation in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der evangelischen "Landeskirche Mitteldeutschland" mit der Lutherstadt Wittenberg gehören nur noch 19,5 Prozent der Bevölkerung an. Warum immer weniger Menschen mit dem von den christlichen Kirchen verkündeten persönlichen Gott etwas anfangen können, begründet der Erfurter Theologieprofessor Eberhard Tiefensee mit der "Areligiosität". Gemeint ist damit die Einstellung, daß es den Menschen völlig egal zu sein scheint, ob es Gott nun gibt oder nicht. Sie lassen den Höchsten links liegen und hoffen sozusagen ungestraft davonzukommen.
Ob das tatsächlich der Fall zu sein scheint, ist schon im irdischen Leben zweifelhaft. Galten früher bekennende Katholiken oder Protestanten zuweilen als eher rückständig, so scheint das heute anders zu sein. Die Religion gilt unter Kulturwissenschaftlern als der zentralste Motor für die Wertebildung, für Tugenden wie Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Fairneß und ehrenamtliches Engagement. Allerdings komme es dabei wesentlich darauf an, zu welcher Religion man gehört, an welchen Gott der Mensch glaubt.
Daß man mit Gott erfolgreicher auch im Alltag sein kann als ohne Gott, das zeigen Initiativen, die es auch auf dem Gebiet der Ex-DDR gibt. So entstanden in den letzten 15 Jahren bei der evangelischen "Berliner Stadtmission" neue Gemeinden für junge Menschen. Bei der "Jungen Kirche Berlin" treffen sich vor allen Dingen Gymnasiasten, Studenten und junge Akademiker, die Freude am Glauben haben. Auch die in Erfurt angesiedelten katholischen Angebote der "Feier zur Lebenswende für Ungetaufte", das "Nächtliche Weihnachtslob" auf dem Domplatz oder der "Gottesdienst für Verliebte" erfreuen sich immer größeren Zulaufs.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Juni 2012 (x887/...):
>>**Wer ausschert, wird erledigt**
Eva Herman über Meinungsmache in den Medien und Desinformation
Es sind vor allem die letzten rund 40 Seiten, die bewegen, Erschütterung hervorrufen und vor allem Wut: Für ihr Buch "Das Medienkartell. Wie wir täglich getäuscht werden" hat die einst

in der Öffentlichkeit gefeierte "Tagesschau"-Sprecherin Eva Herman und dann in einer medialen Hetzjagd wegen ihrer vom Zeitgeist abweichenden Meinungen um Job und Reputation gebrachte Journalistin zwei interessante Interviews geführt.
Ihre Gesprächspartner sind der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, dem unterstellt worden war, er hätte in einer Rede antisemitische Äußerungen getätigt, und der ehemalige Kommandeur der Bundeswehr-Elitetruppe KSK, Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel, der, weil er Hohmann in einem Brief Mut zusprach, vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) unehrenhaft entlassen wurde.
Alles, was Eva Herman zuvor über öffentliche Meinungsmache, politisch motivierten oder schlechten Journalismus und gezielte Desinformation geschrieben und anhand mehr oder weniger gute Beispiele belegt hat, wird von den beiden Männer bestätigt. Hohmann wie Günzel bestätigen zudem, wie sich die meisten Freunde und Kollegen von ihnen abgewandt haben, nachdem die Medien über die beiden Männer hergefallen waren.
Hohmann lobt ausdrücklich seine Kollegen Norbert Geist und Vera Lengsfeld, die sich als einige der wenigen nicht von dem Strom der Hetze mitreißen haben lassen und sich selbst ein Bild von der Lage gemacht haben. Auch die "Junge Freiheit" und die Preußische Allgemeine Zeitung erwähnt Hohmann, da im Grunde nur sie sich die Mühe gemacht haben, seine umstrittene Rede vollständig zu lesen.
Die meisten Medien hätten, wie zuvor bereits von Herman als grundsätzliches Phänomen kritisiert, ohne eigene Recherche einfach die Behauptungen aus der "Tagesschau" übernommen. Er habe gesagt, daß weder die Deutschen noch die Juden ein Tätervolk seien, doch die "Tagesschau" habe das Gegenteil daraus gemacht und alle anderen Medien unterstellten ihm fortan, er hätte behauptet, die Juden seien ein Tätervolk.
Kurz darauf wurde Hohmann aus seiner Partei verstoßen und wurde mit Klagen überhäuft. In dem vorliegenden Buch berichtet er von den Ergebnissen der Klagen und seiner Kritik an der Justiz. Ein interessantes Detail ist, daß der jetzt wegen seiner Kritik bei der Euro-Rettung an den Rand der CDU gedrängte Wolfgang Bosbach es war, der Hohmann-Unterstützter in den eigenen Parteireihen androhte, ihnen würde "klare Kante" gezeigt, sollten sie sich nicht von Hohmann distanzieren.
Günzel wiederum beschreibt, wie er als Gipfel der Demütigung seine Entlassungsurkunde auch noch ohne die Dankesformel "Für die dem deutschen Volk geleisteten treuen Dienste spreche ich Ihnen Dank und Anerkennung aus" erhielt. Doch Günzel meint, daß wenn man schon auf dem Scheiterhaufen stünde, es egal sei, mit welcher Art Holz man verbrannt werde. Trotzdem erschüttert es den Leser zu erfahren, wie Günzel aus politischen Motiven heraus von seinem Vorgesetzen behandelt wurde.
Wie ein Krimineller aus der Bundeswehr entlassen, mieden ihn plötzlich seine Kollegen. Jener, der ihm Anerkennung zollte, wurde bis heute nicht befördert. "Die große Leistung der Linken besteht ja eben gerade darin, ein aufgeklärtes Volk in dieser Beziehung quasi gleichgeschaltet zu haben und damit selbst bei intelligenten Menschen Verhaltensweisen auszulösen, die sich unserem Verstand weitestgehend entziehen", so Günzels Fazit der Affäre.
Mit diesen Worten schlägt er wohl eher unbewußt den Kreis zu dem zu Beginn des Buches von Hermann zitierten Immanuel Kant, der dazu aufrief, sie seines eigenen Verstandes zu bedienen. Doch: "Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen … dennoch gerne zeitlebens unmündig bleibt." ...
Eva Herman: "Das Medienkartell. Wie wir täglich getäuscht werden" ... Rottenburg 2012 ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Juli 2012 (x887/...):
>>**Energiewende schöngeredet**
DIW-Studie für Greenpeace verharmlost Kosten des grünen Experiments - Preisexplosion wird geleugnet

Erneuerbare Energie ist nach einer aktuellen Greenpeace-Studie günstig zu haben: Der Atomausstieg beeinflusse die Kosten kaum. Schuld an der stockenden Energiewende und dem bisherigen Preisanstieg sei vielmehr die Bundesregierung, so das Gutachten.
Unternehmen geben sich mitunter ökologisch und ethisch korrekter, als es ihre Produkte bei kritischer Prüfung erlauben. Diesen Trend, sich grünzuwaschen (engl.: "Greenwashing"), attackieren Umweltschützer wie Greenpeace seit Jahren. Nun hat Greenpeace Deutschland, längst selbst ein Unternehmen, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie in Auftrag gegeben.
Das Papier zeichnet die Chancen für kostengünstigen, sauberen und grünen Strom in rosigen Farben. Konkret geht es in dem Gutachten um die Kosten der Energiewende in Deutschland. Anfang des Jahres warnte nämlich die Industrie vor deren hohen Kosten, trotz abfedernder Ausnahmeregeln: "Deshalb ist es fahrlässig zu behaupten, daß die Energiewende allenfalls ein paar alten Industrien die Existenz kosten werde", so der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel.
Arbeitsplatzverlust und De-Industrialisierung, Letzteres von EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Mai kritisiert, droht laut Wirtschaftsexperten daher vor allem wegen der hierzulande vergleichsweise hohen Stromkosten, angefeuert durch den Atomausstieg.
Nun stellte Claudia Kemfert, Mitverfasserin des neuen Greenpeace-Papiers und Leiterin des Bereichs Energie, Verkehr, Umwelt am DIW, abweichend fest, es sei "keine Strompreisexplosion zu erwarten". Außerdem gelte: "Ein möglicher Strompreisanstieg kann durch Energieeffizienzverbesserungen deutlich abgemildert werden."
Sparen soll demnach weiteren Preisanstieg und drohende Versorgungsengpässe infolge der Abschaltung von (Kern-)Kraftwerken verhindern. Wie das Grundproblem der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei steigenden Preisen für grüne Energien gelöst werden kann, erklärt die neue Studie nicht. Die Großindustrie habe enorme Möglichkeiten zum Stromsparen, hieß es nun bei Vorstellung der Studie pauschal. Demnach sei bis zum Jahr 2020 mit einem Aufschlag von gerade einmal 0,2 bis 0,6 Cent pro Kilowattstunde auf den Großhandelspreis für Strom zu rechnen. Das entspreche einem Preisanstieg zwischen vier und zwölf Prozent, rechnet das DIW vor.
Die Deutsche Energieagentur Dena schätzte im Dezember hingegen den Anstieg auf rund 20 Prozent bis 2020. Auch die Bundesnetzagentur rechnet mit höheren Preisen als die Umweltschützer. Tatsächlich zahlen deutsche Verbraucher für eine Megawattstunde Strom bereits 80 Euro. In Italien sind es beispielsweise nur 60 und in den USA umgerechnet nur gut 40 Euro.
Die Umweltaktivisten haben indes laut ihrer Studie vor allem das nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent weniger Kohlendioxydausstoß bis 2020 im Blick. Um das zu erreichen, sollen Stromproduzenten gut die Hälfte weniger Treibhausgase produzieren, fordert die Studie nun. Bei Abschaltung der Atomkraftwerke sei dies nur im Rahmen eines funktionierenden europäischen Emissionshandels möglich, behauptet das Papier.
Statt einen kritischen Blick auf die realen Möglichkeiten sauberer Kraftquellen zu werfen, spricht Greenpeace sich so für noch mehr Bürokratie aus. Erst damit "würden die Investitionen in Kohlekraftwerke unattraktiv und emissionsärmere Gaskraftwerke begünstigt", so die Empfehlung. Diese ist maßgeschneidert auf die Greenpeace-Forderung, Gaskraftwerke als Brückentechnik einzusetzen bei gleichzeitiger Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2015. Erst vor wenigen Wochen hatte sich Greenpeace für die Abschaltung sämtlicher Kohlekraftwerke ausgesprochen und Gaskraftwerke als vorübergehenden Ersatz gefordert, und zwar ungeachtet der Tatsache, daß deren Bilanz beim Kohlendioxyd kaum geringer ausfällt.
Die Entscheidung fiel mit dem Bekanntwerden neuster Daten zu Deutschlands jüngst steigendem Kohleverbrauch zusammen. Das Beratungsunternehmen Ecofys berechnete daraufhin im Auftrag von Greenpeace für alle 140 deutschen Kohlekraftwerke, wie viel Strom diese noch

liefern dürfen und wann sie vom Netz zu nehmen sind.
Die aktuelle Studie geht noch weiter. Wenn ein funktionierender Emissionshandel mit einer erfolgreichen Effizienzpolitik vereint werde, würde der Schadstoffausstoß im Stromsektor im Jahr 2020 um 48 Prozent geringer ausfallen als jetzt, im Jahr 2030 sogar um 64 Prozent. Falls es anders kommen sollte, benannte Greenpeace-Energieexperte Niklas Schinerl auch schon einen Schuldigen: "Wenn die Strompreise steigen, ist nicht der Atomausstieg der Sündenbock, sondern Wirtschaftsminister Rösler."
Die schiere Hoffnung auf beständig weitere Stromsparmöglichkeiten bestimmt so den Blick auf die Energiewende.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 2012 (x887/...): >>**Mit der Energiewende in den Atom-Gau**
Über die instabilen, veralteten Stromnetze droht Deutschland eine Gefahr, die kaum wahrgenommen wird
Die im März 2011 eingeläutete "Energiewende" sollte in Deutschland ein Horror-Szenario wie in Fukushima ausschließen. Tatsächlich hat sich aber seit dem überstürzten Atomausstieg die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sogar erhöht.
Bahn-Chef Rüdiger Grube war es, der vor wenigen Wochen noch mal in Erinnerung brachte, auf welch dünnem Eis sich Deutschland mit seiner Energiewende bewegt: 30 Prozent der Züge könnten in Nordrhein-Westfalen an kalten Tagen im kommenden Winter ausfallen, so Grube vor wenigen Wochen. Der Hintergrund der Warnung: Zum Jahreswechsel läuft die Betriebsgenehmigung des Kohlekraftwerks Datteln aus.
Allen Erfolgsmeldungen vom Ausbau der erneuerbaren Energien zum Trotz, der Ausfall eines einzigen Kraftwerks könnte Folgen haben, die über stehengebliebene Züge weit hinausgehen. Das gesamte deutsche Stromsystem hat sich zu einem hochfragilen System entwickelt, das bereits mehrfach vor dem völligen Absturz gestanden hat.
Die Grundkonzeption der heutigen Netze stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren, das Stromnetz war nie auf die dezentrale Einspeisung großer Energiemengen abgestellt. Tatsächlich werden die Mengen an unregelmäßig anfallendem Wind- und Solarstrom, die das Netz bewältigen muß, aber immer größer.
Die Folge: Das Energienetz kommt immer öfter an seine Belastungsgrenzen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten Blackouts, des Totalzusammenbruchs des Stromnetzes.
Auf die Frage, wie lange es dauern würde, das deutsche Stromnetz wieder in Gang zu bringen, gibt es keine deutschen Prognosen.
Der schweizerische Netzbetreiber Swissgrid rechnet mit drei Tagen, die er benötigen würde, um sein Netz wieder aufzubauen, der österreichische Betreiber Austrian Power Grid geht von sieben Tagen aus. Beide Länder hätten allerdings gegenüber Deutschland einen entscheidenden Vorteil: ihre Wasserkraftwerke. Diese lassen sich ohne Rückgriff auf das Stromnetz aus eigener Kraft wieder anfahren.
Hinter den deutschen Möglichkeiten, sich aus einem landesweiten Stromausfall wieder herauszuarbeiten, steht ein großes Fragezeichen. Die Voraussetzungen scheinen nicht sonderlich günstig. Neben Gaskraftwerken würde vor allem Deutschlands größtes Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal zum Ankerpunkt eines Neustartes werden. Gebietsinseln mit wiederhergestellter Stromversorgung würden Schritt für Schritt miteinander verbunden werden. Ein Balanceakt: Stromangebot und -nachfrage müßten ständig aufeinander abgestimmt werden, jederzeit würde ein neuer Netzzusammenbruch drohen.
Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.
Das Fazit des Berichts: "… ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern."

Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Supermarktkassen und die meisten Telefonnetze. Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.
Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das "heißeste Eisen" im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müßten runtergefahren werden.
Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, daß eine Kernschmelze verhindert wird - und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, daß sie überhaupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, daß sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieselverbrauch ist entsprechend.
Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müßte Nachschub herangeschafft werden - unter den Bedingungen eines "Kollaps der gesamten Gesellschaft", der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.
Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch mißlingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, läßt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsten Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Voraussetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 (x887/...): >>**Ein Sozialexperiment**
Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen
Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 80er Jahre wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei.
Wie in Deutschland erst kürzlich bekannt wurde, hat in Norwegen der Komiker und Soziologe Harald Eia bereits 2010 einen Film über die Gender-Lehren gedreht. Eia konfrontiert "Gender-Experten" mit psychiatrischen und biologischen Forschungsergebnissen. Auf die Frage, was denn an den Behauptungen dran sei, daß beispielsweise die Gehirne von Männern und Frauen unterschiedlich seien, antwortete eine "Expertin" etwas schlicht: "Ich weiß nicht, ob daran etwas stimmt!" Einer ihrer Kollegen: "Ich denke, das ist altmodische Forschung!" So einfach wie es sich diese "Experten" gemacht haben, ist die Materie freilich nicht.
In dem Buch "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", das den Gegenstand dieser Besprechung bildet, stammt der Hauptbeitrag von dem

renommierten Neurophysiologen Manfred Spreng, der detailliert Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Gehirn deutlich macht und auch deren jeweiligen besonderen Nutzen für Mann und Frau und vor allem in der Ergänzung zueinander veranschaulicht. Dabei geht Spreng auf humorvolle und auch für den Laien verständliche Weise vor.
Die Stärke des Beitrages liegt nicht nur im Beleg der geschlechtsspezifischen Verschiedenartigkeit des menschlichen Gehirns und der Entlarvung einer als Wissenschaft getarnten Ideologie, die den Menschen gegen den naturgegebenen Strich zu bürsten versucht, sondern auch im Wecken eines vertieften Verständnisses der Geschlechter füreinander. Gleichheit, so Spreng, kann sich höchstens addieren, Verschiedenheit kann sich ergänzen und damit wesentlich mehr und Neues erreichen.
Daß es sich beim Gender-Mainstreaming keineswegs um eine harmlose Spielwiese einiger unterbeschäftigter Sozialpolitiker handelt, sondern um ein gefährliches Sozialexperiment, wird in der Einleitung des Herausgebers überdeutlich. Andreas Späth zeigt neben der geschichtlichen Entwicklung der Gender-Ideologie auch konkrete Beispiele und Anwendungen auf, anhand derer der ganze Unsinn dieser sogenannten "Genderung" der Gesellschaft schlagartig bewußt wird.
Abgeschlossen wird das Buch mit einem Aufsatz des Religionsphilosophen Harald Seubert, der verschiedene Ansätze der Gender-Vordenker analysiert und zutreffend moniert, daß diese Leute zwar selbst alles von ihrer Warte aus kritisieren, aber sich und ihre Disziplin und deren Ansätze quasi gegen den wissenschaftlichen Diskurs immunisieren.
Manfred Spreng, Harald Seubert, herausgegeben von Andreas Späth: "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", ... 2012 ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Februar 2013 (x887/...): >>**Keine Herzensangelegenheit**
Atomausstieg: Für Schwarz-Gelb Pflicht statt Kür - Nur so lassen sich umstrittene Hermesbürgschaften erklären
Trotz Energiewende hält die Bundesregierung an Bürgschaften für den Neubau von Kernkraftwerken im Ausland fest. Die Begründung: Der "Atomausstieg" sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit und habe keine Auswirkung auf andere Staaten.
Kurz nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima I änderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unerwartet ihre Haltung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Das Unglück in Japan zeige, "daß selbst in einem Hochtechnologieland wie Japan die Risiken der Kernenergie nicht beherrscht werden können".
In Deutschland soll deshalb 2022 Schluß sein, erklärte die Regierungschefin im Juni 2011. Daß Erdbeben und Tsunamis, die in Japan erst das Desaster ausgelöst hatten, hierzulande eher selten vorkommen, spielte keine Rolle. Das Bundesumweltministerium will zudem "mit der Gestaltung der Energiewende in Deutschland Alternativen zur Nutzung der Kernenergie und der fossilen Energieträger aufzeigen und so zur Nachahmung anregen".
Doch der innenpolitische Schwenk bedeutet nicht, daß Berlin auch auf die Förderung neuer Reaktoren im Ausland verzichten will, obwohl die Bürger darauf eingeschworen werden, daß ihr Land "Vorbild für eine wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltige Energiewende weltweit werden" könnte. Im Gegenteil, bei Voranfragen mehrerer umstrittener Projekte winken Garantien der Bundesregierung, die sogenannten Hermesbürgschaften, die als Sicherheiten beim Export deutscher Zulieferungen oder Dienstleistungen und somit dem Erhalt inländischer Arbeitsplätze dienen.
Wie aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums im August 2012 auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Ute Koczy hervorging, hat die Bundesregierung für mehrere internationale Atomprojekte eine grundsätzliche Bereitschaft zu deutschen Bürgschaften signalisiert. Die Bundesregierung hatte Interessensbekundungen, Letters of Interest,

zur Prüfung von Bürgschaftsanträgen für die Projekte in Jaitapur (Indien), Temelin (Tschechien), Wylfa (Großbritannien) sowie Olkiluoto (Finnland) "bereits ausgestellt". Zudem lagen dem Interministeriellen Ausschuß für Exportgarantien Anfragen für Projekte in Cernavoda (Rumänien) sowie Hainan (China) vor. Die sieben Reaktoren im indischen Jaitapur will beispielsweise Frankreichs Konzern Areva, der auch einen Standort in Erlangen unterhält, mitten in einem Erdbeben- und Tsunami-Gebiet bauen.
Innenpolitisch drohten die Exportgarantien zum Konflikt zwischen Bund und Bayern zu führen. Eine Zusage für das tschechische Kernkraftwerk Temelin, 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, schloß das von der FDP geführte Bundeswirtschaftsministerium nicht aus, während sich die Landesregierung Bayerns um Horst Seehofer, (CSU) im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung gegen den Ausbau von Temelin und gegen die Erteilung der Bürgschaften aussprach.
Für acht Milliarden Euro soll das Werk bis 2025 um zwei Reaktoren erweitert werden. Tschechiens Stromkonzern CEZ hat die deutsche Tochter des französischen Kraftwerksbauers Areva inzwischen aus dem Bieterwettbewerb geworfen, so daß die Diskussion um die Erteilung von Hermes-Exportkreditbürgschaften in diesem Fall endete.
Bereits Anfang 2010 erklärte sich Berlin grundsätzlich bereit, die Beteiligung von Areva/Siemens am Bau des Reaktors Angra 3 in Brasilien mit 1,3 Milliarden Euro abzusichern. Während aber im Fall Deutschlands Fukushima als "persönlicher Einschnitt" der Bundeskanzlerin reichte, bedarf es etlicher Debatten und Gutachten im Bundestag, um die Frage zu beantworten, ob der Bau des Kernkraftwerks Angra 3 in einem erdrutschgefährdeten Gebiet sinnvoll sei.
Gerne zeigen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Debatten über die Kernenergie als die moralisch überlegenen Parteien und zitieren ihre 2001 beschlossenen Richtlinien zur Exportförderung für Nukleartechnologie. Nach den verschärften "Hermes-Umweltleitlinien" sollten damals keine Hilfen für Nukleartechnologien zum Neubau oder zur Umrüstung von Atomanlagen mehr gegeben werden. Maßnahmen zur Stilllegung oder im Einzelfall zur Verbesserung der Sicherheitsstandards bestehender Anlagen sollten hingegen unterstützt werden.
Dabei verschweigt die Opposition bewußt, daß die Schröder-Regierung ähnlich wie die heutige Regierung agierte und beispielsweise 1999 eine Hermesbürgschaft für die Nachrüstung des slowenischen Kernkraftwerks Krsko und ein Jahr später für Atucha I in Argentinien und Ignalina in Litauen übernommen hatte.
Noch im Januar 2013 bestätigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) gegenüber dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, daß auch zukünftig der Bau von Kernkraftwerken mit Kreditbürgschaften unterstützt wird. Der Beirat hatte Ende 2012 einstimmig dafür plädiert, daß keine weiteren Bürgschaften für diese Zwecke im Ausland mehr zu vergeben seien. "Risiken, die wir selbst nicht wollen, dürfen wir auch nicht bei anderen fördern", sagte Beiratschef Andreas Jung (CDU).
Widersprüchlich ist, daß die deutsche Energiewende einerseits Vorbild für andere Länder sein soll, andererseits die Bundesregierung die internationale Zusammenarbeit im nuklearen Bereich fortsetzt, auch wenn dabei höchstmögliche Sicherheitsstandards angestrebt sind. Die Erklärung für dieses Vorgehen ist, daß die Entscheidung für oder gegen die Nutzung der Kernenergie das souveräne Recht eines jeden Staates sei.
Die Industrie stellt sich langsam auf ein Ende der deutschen Förderpolitik ein. Der brasilianische Energieversorger Eletrobras Eletronuclear erhielt kürzlich von einem der größten staatlichen Finanzdienstleister Südamerikas ein Darlehen, um die Fertigstellung der Kernkraftwerkseinheit Angra 3 zu finanzieren. Die deutschen Energieversorger RWE und E.ON ändern ihre Strategien und ziehen sich aus Kernkraftprojekten im Ausland, wie im rumänischen Cernavoda und im finnländischen Pyhäjoki, zurück.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Oktober 2013: >>**Fragwürdige Geschäfte**

Sexualaufklärung für Kinder: Ihre Unterstützung für höchst umstrittene Projekte rückt die Beratungsgesellschaft Pro Familia in kein gutes Licht

Ist die Pädophilie-Debatte bei den Grünen nur die Spitze eines gewaltigen Eisbergs? Während die Republik über die Untaten prominenter Öko-Politiker wie Daniel Cohn-Bendit, Volker Beck oder Jürgen Trittin diskutiert, gelangen immer neue Details über die bis in die Gegenwart andauernde menschenverachtende Sexualideologie der 68er-Bewegung an das Licht der Öffentlichkeit.

Seit langem sorgt ein sogenanntes Aufklärungsbuch für Kinder ab fünf Jahren unter teilweise geschockten Eltern für Diskussionsstoff. Denn ob die in dem Buch "Wo kommst du her?" enthaltenen Illustrationen noch kindgerecht sind oder bereits die Grenze zur Pornographie überschritten haben, gilt als umstritten. Ein erigierter Penis, über den "Lisa" ihrem Partner "Lars" ein Kondom streift. Detailgenaue Beschreibung und Bebilderung des Geschlechtsakts inklusive Orgasmus. Nicht wenigen Eltern geht das entschieden zu weit, kommt für ihre Kleinen als Aufklärungsmaßnahme entschieden zu früh.

"Ab fünf Jahren?" ist die ungläubige Frage, die Eltern sich auch bei Diskussionen im Internet darüber stellen. "Meine Tochter ist sechs Jahre alt, ich würde ihr aber das Buch weder zeigen noch vorlesen. Und das, obwohl ich mich nicht zu den konservativen Menschen" zähle, schreibt ein Vater über das Werk auf der Online-Plattform Amazon.

An einer Grundschule in Berlin-Kreuzberg, an der das Buch bereits angeschafft, aber noch nicht zum Einsatz gekommen war, hatte es zu Schulbeginn Proteste gegen diese Form der "Aufklärung" gegeben.

Dabei ist das Buch nicht neu. Bereits 2002 herausgegeben, ist es offenbar auch für die Kleinen in Kindergärten zugänglich. "Unsere Tochter (5) hat das Buch über die Kita aus der Bibliothek ausgeliehen. Es hat ihr etliche Fragen beantwortet, die sie sich bis dahin noch nicht gestellt hatte. Monatelang danach meinte sie, sie möchte später keine Kinder, das tue ja weh", schrieb sich eine Amazon-"Kundin" bereits im Dezember 2010 ihren Unmut darüber von der Seele. "Muß eine Fünfjährige so detailliert Bescheid wissen, wie es in diesem Buch beschrieben wird? Wir sind wahrlich nicht prüde und für frühzeitige Aufklärung, aber dieses Buch hat unsere Tochter komplett überfordert", empört sie sich.

Empfohlen wird "Wo kommst du her?" von Pro Familia. "Dieses Buch kannte ich bisher noch nicht", erklärt Klaus Günter Annen. Annen, ein Lebensrecht-Aktivist, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit einer ganzen Reihe äußerst fragwürdiger Buchempfehlungen durch die von Bund, Ländern und Kommunen mit reichlich Zuschüssen versehene Gesellschaft. Seine über Jahre zusammengetragenen Dokumente über Pro Familia hat er mit akribischer Ordnung in Klarsichthüllen gepackt und in Aktenordnern geheftet.

"Das Zeigen eines erigierten Penis an Fünfjährige könnte rechtlich auch als Verbreitung von Pornographie bewertet werden", meint er beim Durchblättern des Buches. Aber die Staatsanwälte ließen so etwas regelmäßig mit der Begründung durchgehen, daß dies der Aufklärung diene. "Die Staatsanwaltschaften lassen sich von den Jugendämtern beraten", erklärt Annen. Die wiederum würden sich an die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wenden. "Die Prüfstelle kann eine Schrift indizieren. Tut sie das nicht, gibt es auch kein Strafverfahren", schildert Annen seine Erfahrungen.

"Wer arbeitet in den Jugendämtern, was sind das für Leute? Wer sitzt in der Prüfstelle?" fragt er sich und fordert mehr Wachsamkeit der Politik bezüglich der personellen Besetzung dieser Institutionen. Rechtsgrundlage für jugendgefährdende Medien ist Paragraph 18, Absatz 1, Satz 1 des Jugendschutzgesetzes, wonach jugendgefährdendes Material auf einer Liste, den sogenannten indizierten Medien, zu führen ist. Doch die Auslegung des Paragraphen erfolge nach

der ständigen Spruchpraxis der Prüfstelle.
"Aufklärungsbücher" wie "Wo kommst du her?", die in Schulen und Kindergärten Einzug halten, kennt Klaus Günter Annen reichlich. Viele davon seien von Pro Familia empfohlen worden. Unter anderem "Lieben, kuscheln, schmusen - Hilfen für den Umgang mit kindlicher Sexualität", das von Pro Familia beworben und zum Verkauf angeboten wurde. In ihm werden Erzieher sogar dazu aufgefordert, alle Kinder des Kindergartens nackt auszuziehen und mit ihnen sogenannte Po-Spiele durchzuführen.
Dabei sollen Oberkörper und Köpfe mit Bettlaken abgedeckt werden, während ein Kind erraten muß, welcher Po zu welchem Kind gehört. Zudem sind Anleitungen zum gegenseitigen Beriechen der Genitalien enthalten sowie die Aufforderung an die Kinder, Nacktbilder von zu Hause mitzubringen, um daraus Memory-Spiele anzufertigen.
In "Lieben, kuscheln, schmusen" ist auch eine Empfehlung des 1974 erstmals erschienenen Buches "Zeig mal!" enthalten. "Die Erstausgabe von 'Zeig mal!' ist heute in pädophilen Kreisen sehr begehrt", sagt Annen. Preise zwischen 300 und 400 Euro würden in der Pädo-Szene dafür aufgerufen. Nachdem Vorwürfe des sexuellen Mißbrauchs und der Kinderpornographie laut geworden waren, sei das Buch später umgeschrieben und entschärft worden.
Mehrere Indizierungsanträge gegen "Zeig mal!", das ebenfalls von Pro Familia als Aufklärungsbuch empfohlen worden war, wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften abgelehnt. Erst als die Junge Union Wuppertal sowie das Jugendamt Frankfurt 1996 erneut Indizierungsanträge stellten und auch Medien das Buch zu thematisieren begannen, wurde es vom Markt genommen.
Das Vorwort dazu stammt von dem 2008 verstorbenen Psychologen Helmut Kentler, der 20 Jahre lang als Professor für Sozialpädagogik an der Universität Hannover wirkte. In den siebziger Jahren galt der bekennende Homosexuelle als "Guru der sexuellen Revolution" (Die Zeit) und als "Papst der Sexualpädagogik" (taz).
Erst vor drei Wochen hatte die taz berichtet, daß die West-Berliner Senatsverwaltung für Jugend Ende der sechziger Jahre minderjährige Heimausreißer an pädophile Männer vermittelt hatte. Sex zwischen Schutzbefohlenen und Betreuern habe zum pädagogischen Konzept gehört und die Jugendlichen stabilisieren sollen. Dieser "Feldversuch" sei von Kentler angeleitet und der SPD-geführten Behörde "stillschweigend genehmigt" worden.
Der derzeit die Pädophilie-Verstrickungen der Grünen aufarbeitende Politikwissenschaftler Franz Walter bezeichne Kentler als "Schlüsselfigur" der damaligen Debatte über die "sexuelle Gleichberechtigung von Homosexuellen und Pädophilen", schreibt das Blatt, das noch fünf Jahre zuvor Kentler in einem Nachruf als "verdienstvollen Streiter für eine erlaubende Sexualmoral" feierte.
Der Wissenschaftler war von 1979 bis 1982 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Sexualforschung, gehörte darüber hinaus dem Beirat der Humanistischen Union an, die ihn nach seinem Tod als "Vorbild für öffentliche Wissenschaft" und "Leuchtturm unseres Beirats" pries.
Klaus Günter Annen hatte Ende der neunziger Jahre das Bundesfamilienministerium auf das Buch "Lieben, kuscheln, schmusen" aufmerksam gemacht. Im Februar 1998 erhielt er ein Antwortschreiben.
"Mit Ihnen bin ich der Auffassung, daß die zitierten Textbeispiele und aufgeführten Spielvorschläge geschmacklos sind und absolut ungeeignet für die Sexualaufklärung im Kindergarten", hatte ihm das Ministerium mitgeteilt. Da aber nicht der vom Bund bezuschußte Bundesverband von Pro Familia der Herausgeber sei, sondern ein untergliederter Landesverband, sei man dafür nicht zuständig, hatte es in dem Schreiben geheißen. Mitautorin des Buches ist Beate Martin von Pro Familia in Münster, die darüber hinaus als Mitarbeiterin und Ausbilderin am Institut für Sexualpädagogik Dortmund (ISP) wirkt.

Übrigens - das Buch "Wo kommst du her?" enthält ein Vorwort des ehemaligen Pro-Familia-Mitarbeiters Martin Kessel. Der Sexualpädagoge war Geschäftsführer der Pro Familia Vertriebs GmbH & Co KG, die vom Bundesverband, den Landesverbänden sowie dem hessischen Förderverein von Pro Familia ins Leben gerufen worden war.
Pro-Familia-Mitglieder und Sympathisanten stiegen als Kommanditisten ins Unternehmen ein, das Kessel später übernehmen und in Kessel Marketing & Vertriebs GmbH umbenennen sollte. Die Firma verkauft Sexartikel, Kondome, Spiralen, Gleitmittel. Auch sogenannte Aufklärungsmedien wie Plakate, Videos, Bücher und Verhütungsmittelkoffer bietet die Gesellschaft zum Verkauf an.
Ein lohnendes Geschäft. Die Produkte finden in Beratungsstellen, Drogerien, Apotheken, bei Ärzten, Schulen und Hochschulen, Jugendeinrichtungen, Automatenaufstellern sowie Privatpersonen ihre Abnehmer.
Zudem gründete Kessel die inzwischen wieder aufgelöste Firma Contragest GmbH, über die er die Vertriebsrechte an der Abtreibungspille Mifegyne erworben hatte. Kurze Zeit später sollte sich der Vergütungssatz für die Pille erhöhen. Daß Ärzte dadurch eher gewillt seien, sie einzusetzen, davon ist Annen ebenso überzeugt wie davon, daß Kessels langjährige Kontakte zu Pro Familia sich bei der Vergütungssatz-Erhöhung als äußerst nützlich erwiesen haben dürften.
Sonja Härdin: Wo kommst du her? Loewe-Verlag, 2. Auflage, Bindlach 2007, gebunden, 36 Seiten ...

Pro Familia

Pro Familia ist ein gemeinnütziger Verein, der mit Mitteln des Bundes, der Länder und Kommunen öffentlich gefördert wird. Der Verein wurde im Jahr 1952 gegründet. Dessen Gründungsvorsitzender, Hans Harmsen, war nicht nur ein Schüler des sozialdemokratischen Eugenikers Alfred Grotjahn, sondern auch in Eugenik-Projekte des Nationalsozialismus involviert. Ebenfalls zu den Mitbegründern zählte Anne-Marie Durand-Wever, die als Vizepräsidentin fungierte.
Unter anderem war Durand-Wever Ende der vierziger Jahre Bundesvorsitzende des aus antifaschistischen Frauenausschüssen hervorgegangenen Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD), der sich später zur Massenorganisation der SED entwickeln sollte.
Pro Familia ist zudem eng mit dem linken Spektrum der SPD verbunden. Politisch linksaußen beheimatet ist zum Beispiel Gisela Notz, die von 2004 bis 2010 dem Verein vorstand. Fast 30 Jahre lang war Notz als wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung angestellt. Als Redakteurin war sie in den Jahren von 1985 bis 1997 für die Zeitschrift Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis tätig, seit 2008 als Redakteurin für die linksradikale Zeitschrift Lunapark21.
Überhaupt sieht sich Pro Familia als Vorkämpfer einer sexuellen Kultur, in der die "Irrationalität von Sexualität anerkannt und auch als kulturelle Bereicherung" gesehen wird und in der "sexuelle Selbstbestimmung und damit auch Bestimmung über die eigene Fruchtbarkeit als wesentliches Merkmal sozialer Kompetenz" gelten. Vor diesem Hintergrund bietet die Gesellschaft Beratungen zur Familienplanung und Schwangerschaft an. In einigen ihrer 160 Zentren werden zudem ambulante Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen.

Pädo-Vorwürfe gegen Pro Familia

Die Pädophilie-Debatte hat Pro Familia erreicht. Nach einem Bericht des Tagesspiegels finden sich im Pro-Familia-Magazin der achtziger und neunziger Jahre pädophilenfreundliche Texte. So habe der Soziologe Rüdiger Lautmann geschrieben, daß der "echte Pädophile" mit den Kindern "außerordentlich vorsichtig" umgehe, weshalb eine Schädigung des Kindes "sehr fraglich" sei. Zudem forderte der Jurist Norbert Lammertz 1985 die Neuordnung des Sexualstrafrechts. Kontakte, die "mit dem Willen" des Kindes zustande kämen und "gewaltfrei" sei-

en, sollten demnach nicht unter Strafe gestellt werden. In einer Stellungnahme teilte der Verein mit, daß eine "eindeutige Verurteilung des sexuellen Mißbrauchs" an keiner Stelle in Frage gestellt worden sei.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2013 (x887/...): >>**Schrille Tante in hohem Amt**

Als Bundestagsvizepräsidentin repräsentiert Claudia Roth, was sie eigentlich haßt.

Um diesen attraktiven Versorgungsposten dürften viele Politiker Claudia Roth beneiden. Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages bekommt sie knapp 12.500 Euro im Monat. Das ist kein schlechtes Einkommen für jemanden, der weder eine abgeschlossene Ausbildung noch eine ernstzunehmende Berufserfahrung vorweisen kann.

Laut Lebenslauf auf der Internetseite des Bundestages ist die Abgeordnete Roth von Beruf Dramaturgin und hat als solche an den Städtischen Bühnen Dortmund und bei "Hoffmans Comic Theater" gearbeitet, bevor sie Managerin der Rock-Band "Ton Steine Scherben" wurde. Ihrer persönlichen Internetseite kann man zudem entnehmen, daß sie ein Studium der Theaterwissenschaften begonnen, ein Freies Theater gegründet hat und 1985 Pressesprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen wurde. Ihr weiterer politischer Lebensweg ist bekannt.

Diese Angaben bleiben auffällig vage. Beispielsweise ist nirgends angegeben, in welche Zeiträume die einzelnen Berufsstationen fielen. Auch erfährt man nicht, was aus dem von Roth gegründeten Theater geworden ist. Die Tatsache, daß sich die Kultband der links-alternativen Szene unter ihrem "Management" wegen Überschuldung auflösen mußte, bleibt ebenfalls unerwähnt.

Und die Frage, was eine Abiturientin mit einem nach wenigen Semestern abgebrochenen Studium qualifiziert, als Dramaturgin, Managerin oder Pressesprecherin zu arbeiten, wird nicht beantwortet. Es ist offensichtlich, daß durch bewußt vage Angaben im Lebenslauf verschleiert werden soll, daß es sich bei der Bundestagsvizepräsidentin Roth um das handelt, was der Volksmund gemeinhin als "gescheiterte Existenz" bezeichnet.

Der Bundestagspräsident und somit auch seine Stellvertreter haben das höchste Staatsamt nach dem Bundespräsidenten inne. Mit Claudia Roth hat der Staat nun eine Spitzenrepräsentantin, die ihn zutiefst ablehnt. "Nie wieder Deutschland", forderte sie 1990. Und ihre Vision für den 3. Oktober beschrieb sie 2005 wie folgt: "Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen." Die Türkei ist ohnehin ihre "zweite Heimat" und Deutsche hält sie für "Nichtmigranten, mehr nicht".<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. September 2014: >>**Gutmenschen mögen Genderdeutsch**

Gutmenschen mögen Genderdeutsch. Den Unterschied zwischen grammatischem und biologischem Geschlecht verleugnen sie. Sie meinen, daß es für die Frauen am schönsten ist, wenn die Sprache ständig an die biologischen Geschlechter erinnert. Eigentlich sind die Gutmenschen jedoch Gegner der Biologie, denn die Unterschiede, die jene schafft, wollen sie am liebsten abschaffen. Daher mögen sie besonders solche Menschen, die sich einem bestimmten Geschlecht nicht eindeutig zuordnen lassen und ehren diese sogar mit einem Unterstrich.

Weil die Sprachgemeinschaft jedoch über die "Bürgerinnensteige" stolpert, erfinden die Vordenker der Gutmenschen neuerdings lustige geschlechtsneutrale Wörter wie das gallisch klingende "Professx". Der "Bürgxmeistx" dürfte nicht auf sich warten lassen. Obelix würde sagen: "Die SPINNEN, die Gutmenschen!"

"Politischer Moralismus"

Der Berliner Medienwissenschaftler Norbert Bolz hat die gutmenschliche Sprachpolizei kürzlich im Deutschlandradio recht treffend beschrieben: "Gutmenschen sind Leute, die eine Rhetorik pflegen, die auch einen eigenen Namen in den letzten Jahrzehnten bekommen hat, näm-

lich political correctness. … Sie setzt sich zusammen aus politischem Moralismus, aus einer Art Sprachhygiene, in einer Menge von Sprachtabus und darüber hinaus auch durchaus eine Art puritanischer lustfeindlicher Haltung."
Derzeit ist das Genderdeutsch dasjenige Gebiet der politisch korrekten Sprache, das die Vordenker der Gutmenschen am heftigsten bearbeiten. Dabei erfahren sie freilich immer mehr Widerspruch. Das können sie jedoch völlig locker sehen, weil sie längst entscheidende Schlüsselstellen in der Politik und an den Universitäten besetzt halten. Sie sehen sich bereits als "breite wissenschaftliche, soziale und kulturelle Bewegung" (FG Gender). Aufgrund dessen müssen sie sich nicht dazu herablassen, ihre Positionen auf argumentativem Wege zu verteidigen.

Doktorarbeit über "Serialität in der Pornographie"

Statt dessen beschränken sie sich in der Regel auf das Herabwürdigen und Verächtlichmachen ihrer Gegner. Beispielhaft war das neulich in einem Artikel des Berliner *Tagesspiegels* zu lesen ("Brutale Drohungen im Internet - Hetze gegen Genderforscherinnen"). Darin durften sich mit den Soziologinnen Sabine Hark und Susanne Völker zwei Vertreter der "Fachgesellschaft Gender Studies" (FG Gender) äußern, sowie der Sprachhistoriker Horst Simon.
Kritiker kamen indes nicht zu Wort. So fiel es der Verfasserin Sarah Schaschek leichter, den Feind niederzumachen und den Kritikern "Haßkommentare, Mordphantasien, Sexismus" zu unterstellen. Schascheks Agitation mag darauf zurückzuführen sein, daß die Journalistin selbst parteiisch ist. Sie lebt von der Genderei und erreichte ihren Doktorgrad mit einer Arbeit über "Serialität in der Pornographie", gefördert von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung.

Kritiker sind doof, krank und kriminell

So beschimpft Schaschek denn Kritiker auch als "Maskulisten" und "Herrenrechtler". Auch Simon gibt den Vorwurf, die Genderei sei unwissenschaftlich, einfach zurück und unterstellt ihnen "Anti-Intellektualismus". Hark wiederum ist sich sicher, daß sich Kritiker nicht aus "seriösen Medien" und über den "akademischen Diskurs" informierten. Außerdem müsse es sich um verunsicherte und verängstigte Menschen handeln, Völker spricht von der "nervösen Mitte".
Das reicht Schaschek aber noch nicht. Sie warnt vor "rechtskonservativen Gruppen", die Genderisten mit Mord und Vergewaltigung drohten. Hark ist der Ansicht, daß "Haßredner" mit Hetzjagden vom sexuellen Mißbrauch ablenken wollen. Der Gegner ist also alles in allem offenbar geistig beschränkt und eher ein Fall für den Psychiater oder für das Gefängnis als für eine Diskussion. Mit Eliten, die einer solchen Unfreiheit das Wort reden, rutscht Deutschland geradewegs in den Totalitarismus ab.

Über Thomas Paulwitz

Historiker und Sprachpfleger, wurde 1973 in Eichstätt geboren und studierte Biologie, Politik und Geschichte in Erlangen. Er ist Gründer der Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" und seither ihr Chefredakteur. 2006 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalismus. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 12. November 2014: >>**"Cohn-Bendits eitles Gegrinse"**

Wie pädophil waren die Grünen?

Im Bundestagswahlkampf 2013 geraten die Grünen unter Zugzwang. Der Auslöser sind Pädophilie-Vorwürfe, die auf die Anfangszeit der Partei zurückgehen. Auch ein Untersuchungsbericht kann die Grünen nicht entlasten.
Die Bombe geht im März 2013 hoch: Andreas Voßkuhle, Deutschland höchster Verfassungsrichter, weigert sich, eine Laudatio auf Daniel Cohn-Bendit zu halten. Grund dafür ist ein Buch von 1975, indem der Grüne über sexuelle Flirts mit Kindern geschrieben hatte. Was folgt, ist eine monatelange Debatte zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Im Bundestagswahl-

kampf müssen sich viele Helfer an den Ständen derbe Sprüche gefallen lassen, das Wahlergebnis am 22. September fällt enttäuschend aus. Nicht wenige sehen die Pädophilie-Debatte als Ursache.

Die Grünen wollen die Vorwürfe aufklären. Im Juni 2013 beauftragen sie den Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter, die Vergangenheit der Partei zu untersuchen. Walter und sein Team besuchen Archive und sprechen mit Zeitzeugen. Nun haben die Wissenschaftler ihren mit Spannung erwarteten Abschlußbericht vorgelegt. Wie pädophil waren sie nun also, die Grünen?

Walter beginnt seinen Auftritt mit Humor. Er wolle niemanden enttäuschen, aber in einer Hinsicht sei die Untersuchung nicht ergiebig, sagt er zu den Journalisten. "Es wird kein Promikopf rollen", sagt er. Walters Fazit: Die Grünen waren keineswegs der Urheber der Pädophilie-Debatte. Die historischen Wurzeln lagen im deutschen Linksliberalismus der 1960er und 70er Jahre. Werte wie Emanzipation, Freiheit sowie die Befreiung der sexuellen Bedürfnisse seien heute zwar häufig positiv assoziiert, gleichzeitig jedoch auch Nährboden gewesen für Forderungen nach einer Liberalisierung des Strafrechts.

"Minderheiten wurden veredelt"

Große Verlage hätten Schriften von Pädophilie-Apologeten verlegt. Eine große Rolle habe auch die Wissenschaft gespielt. Daß Sex mit Kindern für diese keine nachhaltigen Schäden habe, sei damals von einer Vielzahl von Forschern vertreten worden. Ein gängiges Argument lautete: Ein Kind würde vor allem dadurch traumatisiert, daß es im Anschluß an den Mißbrauch von verschiedenen Seiten befragt werde. Warum also keine Straffreiheit? "Niemand hat dem richtig widersprochen, auch nicht die konservative Presse", sagt Walter.

Doch völlig entlasten können er und seine Mitarbeiter die Grünen nicht. Die Forderungen von Befürwortern linksliberaler Freizügigkeit und Pädophilie seien Ende der 70er in die neu entstehende Partei eingeflossen. Walter zieht an dieser Stelle sogar den Vergleich mit der AfD und den Piraten. Neue Parteien zögen viele Leute an, vor allem Minderheiten. Aus machtpolitischen Gründen sei es üblich gewesen, daß viele Minderheiten, darunter auch die Verfechter der Straffreiheit für Pädophilie, ihre oft widersprüchlichen Positionen addiert und ohne Absprache zwischen 1979 und 1985 in eine Vielzahl von Programmen gebracht hätten. "Bei den Grünen wurden Minderheiten nicht nur toleriert, sie wurden als wertvoll erachtet und veredelt."

Grünen-Chefin Simone Peter lauscht Walters Ausführungen mit ernster Miene, gelegentlich nickt sie zustimmend. Täter hätten "aus unseren Beschlüssen damals Legitimität empfinden" können, räumt sie ein. Man habe inzwischen eine Telefonhotline eingerichtet, vier Betroffene hätten sich bereits gemeldet, drei davon von Fällen ohne direkte Verbindung zur Partei. Die Grünen distanzierten sich heute "mit Entschiedenheit" und bedauerten ihre damalige Haltung "zutiefst". Man hätte die Konsequenzen "viel früher" tragen müssen und werde sich "der Verantwortung stellen". Nach einigen Minuten gibt es kein Synonym mehr für Reue und Entschuldigung, das Peter noch nicht genannt hat.

Wie groß ist die Schuld?

Immerhin: Walter lobt die Grünen auch, nicht nur für ihren Aufklärungswillen. Weder bei der Kirche noch bei Pfadfindern habe es jemals eine so offene Debatte gegeben. Er habe außerdem nie unter so günstigen Bedingungen und derart geringer Einflußnahme des Projektförderers geforscht.

Walter, der in den späten 70ern sozialisiert wurde und sich selbst als "biederen sozialdemokratischen Reformisten" beschreibt, gibt vor, viele Verrücktheiten der 70er erlebt zu haben. "Aber so etwas gab es in meinem Milieu nicht." Als typischen Zeitgeist will Walter das Thema Pädophilie ohnehin nicht einordnen. Die Grünen seien Avantgardisten gewesen und nicht an den Zeitgeist angepaßt. "Den wollten sie ja eben aufbrechen."

Wie groß die historische Schuld der Grünen sei? Walter und sein Team argumentieren auf diese Frage vor allem parteienrechtlich. Politische Parteien besäßen eine privilegierte Stellung. Sie trügen zur Willensbildung der Nation bei, mit Programmen, die letztlich in Gesetze einfließen. Die Grünen hätten in ihrer Entstehungsphase massiv von der Parteienfinanzierung profitiert. "Eine Partei ist kein Diskutierklub. Für diese zwei bis drei Jahre, in denen man solche Positionen akzeptiert hat, tragen sie daher eine erhebliche Verantwortung", sagt der Wissenschaftler und wird deutlich: "Als Cohn-Bendit 1982 im Fernsehen mit seinem eitlen Gegrinse solche Dinge gesagt hat, war er kein kleiner Junge mehr."<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2016: >>**Letzter Ausweg Kulturmarxismus**

Mimikry, Camouflage und das Interesse der Ideologie: Die Frankfurter Schule im Dienste des amerikanischen Geheimdienstes

Die Erklärungsversuche der Erschütterungen, Verwerfungen und Brüche, die mit dem 20. Jahrhundert verbunden waren, sind allgegenwärtig. Hinter der Oberflächenformel vom "Zeitalter der Extreme" verbirgt sich indes ein Jahrhundert der Ideologien, deren Konfliktmuster die Konturen eines europäischen Bürgerkrieges aufwies.

Demzufolge spielten in dieser Epoche sehr abstrakte, die Ideologien als elementare Glaubenskomplexe konstituierende Vorstellungen und Begriffe eine wesentliche Rolle. Um ein angemessenes Verständnis dieser Semantiken wird wohl noch lange erbittert gerungen werden. Während der Nationalsozialismus als "Radikalfaschismus" (Ernst Nolte) ein ausgezeichnetes Studienobjekt bildet, wird die Rolle der zweiten Großideologie des Jahrhunderts, des Marxismus und seiner Derivate, nicht selten marginalisiert.

Doch der klassische Parteimarxismus ist in Deutschland längst ad acta gelegt; die Sozialdemokraten entledigten sich seiner 1959 in Bad Godesberg; den Kommunisten und ihren Nachfolgern gelang es im Zuge der mitteldeutschen Wende von 1989/90 den einst alles beherrschenden Marxismus-Leninismus abzuschütteln. Anders verhält es sich mit dem erfolgreichsten Ableger der Ideenreihe des Marxismus, dem schillernden Neomarxismus der sogenannten Frankfurter Schule. Sie ist bis heute überaus wirkmächtig und gilt als das eigentliche ideologische Rückgrat der Bundesrepublik, wie das Standardwerk über "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" (3. Auflage 2007) nachweist.

Wie konnte eine neumarxistisch orientierte Denkströmung derart staatstragend werden? Und vor allem: Was ist die Frankfurter Schule? Dazu gibt es zwei Auskünfte, eine weithin bekannte und eine eher unbekannte. Die intellektuellen Köpfe erkannten - so hebt die offizielle Sichtweise an - frühzeitig, daß der sowjetische Versuch der Verwirklichung eines Kommunismus mit dem humanistischen Gehalt des Marxismus nicht übereinzubringen war.

Marxisten im Dienste einer kapitalistischen Weltmacht

Statt dessen inaugurierten sie eine modernisierte Neubegründung der sozialistischen Tradition, bevor sie im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 aus rassischen Gründen in die Emigration gezwungen wurden. Nach 1945 kehrten sie in die Bundesrepublik zurück und inspirierten, was nicht ohne fortschrittsfördernde Konflikte vonstatten ging, die Kulturrevolution von 1968, in deren Gefolge die Bundesrepublik erst recht eigentlich zu ihrer gegenwärtigen Form fand und seitdem als stabile Demokratie und offene Gesellschaft ein positives Beispiel deutscher Staatlichkeit darstellt, wie die heutigen Adepten dieser Schule selbstzufrieden resümieren würden.

Natürlich rufen derartige Erfolge auch Zweifler oder politische Gegner auf den Plan - und doch hat eine wirklich kritische Sicht auf die Frankfurter Denker sich auf vor allem ein Schlüsseldokument zu konzentrieren. Dabei handelt es sich um "33 Thesen", die im amerikanischen Exil entstanden und Anfang Februar 1947 von Herbert Marcuse in deutscher Sprache abgefaßt wurden (Feindanalysen, 2. Auflage 2007). Das vertrauliche Papier ist indes nicht das

alleinige Produkt Marcuses, sondern wurde Ende des Jahres 1946 bei Diskussionen im innersten Zirkel der Frankfurter Schule konzipiert, den Max Horkheimer anleitete. Es wurde mehrfach diskutiert, ergänzt und erweitert und war über fast zwei Jahre hinweg virulent. Prinzipiell gilt: Wer diese in Paragraphenform abgefaßten Thesen nicht kennt, weiß nicht, was die Frankfurter Schule ihrer ersten Natur nach war.
Ihr Ausgangspunkt war, daß der Westen insgesamt sich nach dem Sieg über den Nationalsozialismus selbst faschisieren würde, wodurch sich weltweit neo-faschistisches Kapital und revolutionsunfähiger Sowjetblock gegenüberstünden. Aber nicht die verfehlte Zeitdiagnose ist letztlich bemerkenswert, sondern ihr extrem orthodoxer Marxismus und dessen utopistische Ziele: Abschaffung von Herrschaft, Ausbeutung, Arbeitsteilung und (Lohn-)Arbeit. Die politische Haltung der Frankfurter Schule entpuppt sich als ... Option von Anarchie und "Terror" (Horkheimer, Gesammelte Schriften Band 19) einschließender Leninismus - allerdings ohne Partei und ohne Arbeiterklasse.
Diese Praxislücke ließ sich in Amerika nicht überbrücken, sondern verwies nach Westeuropa und Westdeutschland. Von der Sache her aber handelt es sich hier um eine Art Blaupause für einen Zivilisationsbruch nach bolschewistischem Vorbild, auch wenn der katastrophische Bruch als "Sprung in den Sozialismus" verklärt wurde.
Mit dieser denkwürdigen Programmatik, die im ersten Heft der erneuerten Zeitschrift für Sozialforschung erscheinen sollte, wollte man der "allgemeinen Orientierungslosigkeit" nach dem Epochenschnitt von 1945/46 entgegenwirken. Die originäre Frankfurter Schule war, so muß die Wesensdefinition lauten, die geschäftigste Gruppe der am meisten progressiven, pseudomessianischen und revolutionstrunkenen Elemente der Ewigen Linken.
Der gewonnene Gesichtspunkt der verborgenen innersten Verfaßtheit der Frankfurter Schule leitet über zur anzuzeigenden Edition. Im Frühjahr 1943 traten drei ihrer Mitarbeiter in den Dienst des amerikanischen Geheimdienstes OSS ein: Herbert Marcuse (1898-1979), Otto Kirchheimer (1905-1965) und der Sozialdemokrat Franz Neumann (1900-1954), der als Doppelagent auch für die Sowjetunion agierte.
Womit sich sofort die Frage stellt, wie man sich die Tätigkeit überzeugter Marxisten im Dienste der führenden kapitalistischen Weltmacht vorzustellen habe? Die umfangreiche Edition und das Vorwort des italienischen Herausgebers, Raffaele Laudani, ermöglichen hierzu nunmehr ebenfalls zwei Auskünfte. Eine weithin bekannte und eine eher unbekannte.
Die Amerikaner waren an Informationen über den nationalsozialistischen Gegner interessiert, die Emigranten waren Deutschland-Experten mit hohen wissenschaftlichen Qualifikationen. Über diesen Deal hinaus hatten sie als rassisch Verfolgte gute Gründe, sich in die Front gegen "Nazideutschland" einzureihen; darüber hinaus konnten sie so ihren Lebensunterhalt bestreiten, denn um die Finanzlage der Frankfurter Schule war es seinerzeit schlecht bestellt.
Die kollektiv oder einzeln verfaßten einunddreißig Berichte und Analysen, die hier erstmals vollständig auf deutsch verfügbar werden, sind demzufolge als antifaschistischer Beitrag zu werten. Sie decken eine große Bandbreite von strategischen Fragestellungen ab (unter anderem die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands, Bestrafung von Kriegsverbrechern) und stellen eine außerordentlich interessante Lektüre dar.

Nach 1945 hatten die USA plötzlich andere Interessen

Allerdings blieb die Zusammenarbeit zweier derartig unterschiedlicher Interessenlagen nicht ohne Konflikte, was - wie der Herausgeber herausstellt - "innerhalb der amerikanischen Verwaltung zu regelrechten ‘Schlachten’ führte - die die Frankfurter Gruppe fast immer verlor". Hiermit wird die ambivalente Seite des marxistischen Kriegseinsatzes sichtbar. Denn immer wieder schossen die engagierten Geheimdienstler über das Ziel hinaus, was an zahlreichen Vorschlägen deutlich wird, die letztlich im Interesse ihrer antikapitalistischen Agenda standen und auf die bürgerliche Substanz Deutschlands zielten, wie die Vorschläge zur Verstaatli-

chung von Schlüsselindustrien, ausufernde Namenslisten von Wirtschaftsführern, Demokratie als Arbeiterdemokratie.
Der Nürnberger Hauptankläger Robert Jackson beispielsweise stand der ökonomischen Ursachenforschung Neumanns äußerst ablehnend gegenüber, woraufhin dieser aus Protest zurücktrat. Marcuse und Kirchheimer wurden, da der "linke" OSS geschlossen wurde, ins Außenministerium versetzt, was einer Degradierung gleichkam. Die konservativen Amerikaner verfolgten eigene Ziele in Deutschland, indem sie das christdemokratische Zentrum aufbauten.
Insofern war der Kriegseinsatz der Frankfurter Schule eine Episode, ebenso wie die "33 Thesen" - und doch sind es solche typischen Episoden, die ein stets verklärtes Phänomen der deutschen Ideologiegeschichte besser verstehen helfen.
Die begabten Intellektuellen aber hatten ihre Lektion gelernt und schalteten, als die Amerikaner die kapitalistische Wiedererrichtung Westdeutschlands forcierten (Sommer/Herbst 1948), ihr Theoriedesign endgültig um. Nicht mehr die altmarxistische Politisierung der Ökonomie steht seitdem im Zentrum, sondern die schon länger vorbereitete kritisch-intellektualistische Thematisierung der Kultur; der zuvor verachtete Überbau avanciert zum erfolgversprechenderen Kampffeld (Kulturmarxismus). Marcuse wird sich später diesem Paradigmenwechsel anschließen, verweist doch mancher Gedanke der "33 Thesen" auf den kommenden messianischen Aufbruch des Jahres 1968.
Raffaele Laudani (Hrsg.): Franz Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer. Im Kampf gegen Nazideutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Geheimdienst 1943-1949, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2016, gebunden, 813 Seiten ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Mai 2016 (x887/...):
>>**Historische Kampfansage**
Parteitag: Die AfD fordert ihre Gegner unerwartet selbstbewußt heraus
Die junge Partei will in ein anderes Deutschland, "weg vom 68er-Deutschland". Bei den "68ern" wächst das Unbehagen.
Die etablierten Parteien haben allen Grund, die Entwicklung der AfD nach deren Stuttgarter Parteitag mit noch größerer Nervosität zu beobachten als ohnehin. Denn die Hoffnungen der Etablierten haben sich nicht erfüllt.
Diese bestanden zum einen darin, daß sich die junge Partei auf dem Treffen selbst zerfleischen würde. Die "Chancen" hierfür standen gut: Es war ein Mitgliederparteitag, jeder AfDler durfte kommen, mitreden und mit abstimmen - ein Ritt über den Bodensee. Doch das Gemetzel blieb aus, die Debatte geriet oft leidenschaftlich, (blieb) aber stets zivil.
Die weitere Hoffnung der AfD-Konkurrenz ruhte darauf, daß im Getümmel Beschlüsse "passieren" könnten, die den Stoff hergeben, die Partei ins braune Eck zu stellen. Fast das einzige, was schließlich skandalisiert wurde, war die Forderung nach dem Verbot von Minarett-Bau und Muezzin-Ruf. Das mag verfassungsmäßige Grenzen (Religionsfreiheit) überschreiten, folgt aber immerhin einem Schweizer Volksvotum.
Die AfD geht gestärkt aus diesem Auftritt hervor und schockierte ihre Gegner mit vor Selbstbewußtsein strotzender Fundamentalkritik. In seiner Begrüßungsrede gab Frauke Petrys Co-Bundesvorsitzender Jörg Meuthen den Ton vor: Das Programm der AfD sei "ein Fahrplan in ein anderes Deutschland, und zwar in ein Deutschland weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir die Nase voll haben".
Das ist eine Kampfansage von historischer Dimension. "Spiegel"-Kolumnist Jacob Augstein registriert entsetzt: "Die Bilder vom Parteitag ... zeigen dieses Gefühl einer großen Befreiung. Die Bande fallen ab. Die Fesseln." Er meint das als Horrorszenario für die linke Dominanz, die seit Ende der 60er Jahre Schritt für Schritt von der Bundesrepublik Besitz ergriffen hat.
Die AfD hat sich ein Gepräge gegeben, das sowohl liberal (freier Wettbewerb, Eigentumsschutz, Eigenverantwortung, Eindämmung des EU-Zentralismus, Nein zum Euro) als auch

patriotisch (mehr Erinnerung an positive Aspekte der deutschen Geschichte statt alles dominierender NS-Fixierung, Schutz vor unkontrollierter Einwanderung, statt dessen Einwanderung nach deutschen Interessen) und konservativ (deutsche Leitkultur statt Multikulti) orientiert ist. Sozial ist die AfD vor allem dort, wo sie die Arbeitnehmer vor der erdrückenden Konkurrenz von Massen neuer Niedriglöhner aus aller Welt schützen will, statt sie mit leicht zu umgehenden Mindestlöhnen zu blenden.
Die junge Partei wird an ihrem Profil weiter feilen und politische Kompetenz erwerben müssen. Das wird noch ein steiniger Weg, der eben erst begonnen hat. Wollen die Etablierten die AfD aber stoppen, sollten sie bald ein zündendes Gegenkonzept entwickeln. Der Weg dorthin dürfte jetzt noch steiniger werden.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. September 2016: >>**Nationalfeiertag: CDU-Politiker gegen Cohn-Bendit als Festredner**
Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer hat gegen den geplanten Auftritt des Grünen-Politikers Daniel Cohn-Bendit als Festredner am 3. Oktober in der Frankfurter Paulskirche protestiert. "Herr Cohn-Bendit ist der denkbar ungeeignetste Redner für die Veranstaltung am Tag der Deutschen Einheit", sagte Irmer der JUNGEN FREIHEIT.
Cohn-Bendit habe, freundlich formuliert, eine "sehr durchwachsene Vergangenheit", kritisierte der CDU-Politiker. "Er ist nicht dafür bekannt, ein besonderes Verhältnis zur deutschen Nation zu haben und alles andere als ein Patriot. Gerade die Grünen, aber auch die SPD, haben seinerzeit die deutsche Wiedervereinigung abgelehnt. Als Redner für solch eine feierliche Veranstaltung ist Herr Cohn-Bendit eine völlige Fehlbesetzung."
Cohn-Bendit war von Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) eingeladen worden, am 3. Oktober in der Paulskirche die Festrede zum Tag der Deutschen Einheit zu halten.
"Die Sexualität eines Kindes ist etwas Phantastisches"
Der Grünen-Politiker steht immer wieder wegen pädophiler Äußerungen aus den siebziger und achtziger Jahren in der Kritik. Cohn-Bendit hatte 1975 in dem Buch "Der große Basar" geschrieben: "Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen."
An anderer Stelle heißt es: "Es ist mir mehrmals passiert, daß einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln. Ich habe je nach den Umständen unterschiedlich reagiert, aber ihr Wunsch stellte mich vor Probleme. Ich habe sie gefragt: 'Warum spielt ihr nicht untereinander, warum habt ihr mich ausgewählt und nicht andere Kinder?' Wenn sie darauf bestanden, habe ich sie dennoch gestreichelt." Später distanzierte er sich von dem Text. Dieser sei ein großer Fehler gewesen. Zudem betonte er, er habe nie ein Kind mißbraucht.
In einer französischen Fernsehsendung sagte Cohn-Bendit 1982 - unter dem Einfluß von Marihuana - über seine Arbeit in einem sogenannten Kinderladen: "Die Sexualität eines Kindes ist etwas Phantastisches. Man muß aufrichtig sein, seriös, bei den ganz Kleinen ist es etwas anderes, aber bei den Vier- bis Sechsjährigen, wenn ein kleines fünfjähriges Mädchen beginnt, Sie auszuziehen. Es ist großartig, weil es ein Spiel ist, ein wahnsinnig erotisches Spiel."
Steinbach nennt Entscheidung "instinktlos"
Kritik an der Einladung Cohn-Bendits kam auch von der hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach. Auf Twitter bezeichnete sie die Entscheidung als "instinktlos" und erinnerte an die Pädophilie-Äußerungen des Grünen-Politikers.
Der *Frankfurter Rundschau* sagte sie: "Bis heute sitzen auch im Bundestag noch immer Grüne, die sich offensiv dafür eingesetzt haben, daß Kindesmißbrauch straffrei gestellt wird: Jürgen Trittin, Volker Beck, Renate Künast."
Cohn-Bendit sei "als Schüler der Odenwaldschule durch pädophile, kriminelle Lehrer soziali-

siert worden" und habe sich "mehr als eindeutig in Richtung Straffreiheit für Kindesmißbrauch geäußert".<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 8. September 2016: >>**Grüne Pädo-Debatte: Cohn-Bendit fordert Schlußstrich**

Der Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit hat die Debatte um die pädophile Vergangenheit seiner Partei für beendet erklärt. Die Grünen hätten dieses Kapitel ihrer Geschichte von einem unabhängigen Gutachter in einem Buch aufarbeiten lassen. "Ich finde: Jetzt reicht es", sagte er der *Frankfurter Rundschau*.

Hintergrund ist die Diskussion um Cohn-Bendits geplante Festrede am Tag der Deutschen Einheit in der Frankfurter Paulskirche. Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) hatte den früheren Europaabgeordneten als Redner eingeladen. Hiergegen regt sich in der CDU Protest.

Mehrere CDU-Politiker, darunter die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, stören sich an pädophilen Äußerungen Cohn-Bendits aus den siebziger und achtziger Jahren. So schwärmte er unter anderem davon, wie erotisch es sei, von einem fünfjährigen Mädchen ausgezogen zu werden. Etliche Jahre später bedauerte Cohn-Bendit diese Äußerungen.

"Ich habe diese Scheiße so satt!"

Von der *Frankfurter Rundschau* (*FR*) darauf angesprochen, sagte Cohn-Bendit, er sei damals in einer Phase gewesen, in der er permanent provozieren mußte. "Ich wollte provozieren. Ja. Deshalb habe ich angeberisches Zeug geschrieben, das den Spießbürger provozieren sollte." Auch habe er angeben wollen. Das sei aber unverantwortlich gewesen. Es habe nie irgendwelche unzüchtigen Handlungen von ihm mit Kindern gegeben.

Auf eine Nachfrage des Redakteurs zu dem Thema antwortete der Grünen-Politiker: "Aber ehrlich gesagt finde ich, daß unser Gespräch redundant wird. Auch Sie, die *FR*, reduzieren mich mit Ihren Fragen wieder auf diese zwei Seiten beziehungsweise auf diese Provokationen. Ich habe mich des öfteren dafür öffentlich entschuldigt, mehr kann ich nicht tun. Ich habe diese Scheiße so satt!"<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2016 (x887/...): >>**Nicht per se gefährlich**

Bundesregierung stuft "Reichsbürger" eher als Querulanten und Störer denn als Gewalttäter ein

Nach den tödlichen Schüssen eines sogenannten Reichsbürgers auf einen Polizisten hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann angekündigt, die Reichsbürgerbewegung intensiv überwachen zu wollen. Dazu soll überprüft werden, welche ihrer Mitglieder Waffen besitzen. Ziel sei es, "allen Reichsbürgern, die legal eine Waffe besitzen, ihre Waffenerlaubnisse zu entziehen", erklärte Herrmann.

Wer die deutsche Rechtsordnung ablehne, der biete keine Gewähr, ordnungsgemäß mit Waffen umzugehen. Die Reichsbürgerbewegung geht von einer völkerrechtlichen Weiterexistenz des Deutschen Reiches aus und erkennt die Rechtsordnung sowie die Institutionen der Bundesrepublik Deutschland nicht an (siehe PAZ 26/2016).

Die von Herrmann angekündigten Überprüfungen dürften allerdings wegen der Zersplitterung und Heterogenität der nicht in sich geschlossenen Reichsbürgerszene nicht einfach werden. Wie die Bundesregierung im Juli in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei ausgeführt hat, agieren in ihr überwiegend Einzelpersonen oder Kleingruppen ohne bundesweite Relevanz. Bestehende Strukturen der Szene seien "in Folge von Exekutiv- und Strafmaßnahmen" aufgelöst worden.

Somit ist nur schwer festzustellen, wer dieser Szene zuzuordnen ist. Auffallen tun die Reichsbürger zumeist erst dann, wenn sie unter Hinweis auf ihre "Reichsbürgerschaft" ohne bundesdeutsche Rechtsgrundlage Widerstand gegen behördliche Akte leisten, Ämter bei ihrer Arbeit

behindern oder Drohungen gegenüber deren Mitarbeitern aussprechen.
Ein besonderes szenespezifisches Gefährdungspotential sieht die Bundesregierung bisher nicht, auch wenn sie nicht ausschließen will, daß "sich der Aktionismus und die Aggression im 'Reichsbürger'-Milieu verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt". Im Übrigen dürfe auch das Gefährdungspotential von Einzelpersonen nicht unterschätzt werden. Die von als Reichsbürgern bekannten Personen verübten Straftaten beträfen überwiegend Beleidigungen, Nötigungen, Volksverhetzungen, Propagandadelikte und Urkundenfälschungen. Dazu kämen Bedrohungen, Erpressungen und Sachbeschädigungen sowie im geringeren Umfang weitere Delikte.
Durch "qualitativ höherwertige Straftaten" sind die Reichsbürger der Drucksache zufolge bisher kaum in Erscheinung getreten. In Einzelfällen seien auch Verstöße gegen das Waffengesetz festgestellt worden. In allen Fällen habe es sich bei den Beschuldigten jedoch um Einzelpersonen beziehungsweise Angehörige von Kleinstgruppen gehandelt.
Dennoch stehen die Reichsbürger seit längerer Zeit unter Beobachtung, würden doch die "oftmals schon im Ansatz abstrusen Reichsbürgerthesen" auch "im neonazistischen Spektrum und im Spektrum der Holocaustleugner für gut befunden und um antisemitische Konstrukte ergänzt", so die Bundesregierung. Deshalb würden "zu Hinweisen auf mögliche Gefährdungen im Umfeld der 'Reichsbürgerszene‘ ein regelmäßiger Erkenntnisaustausch mit den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden" erfolgen. Nach dem Polizistenmord dürften diese Maßnahmen erheblich verstärkt werden.<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. November 2016: >>... Volksabstimmung Schweizer wollen Atomkraftwerke nicht schnell abschalten
Die fünf Atomkraftwerke in der Schweiz werden nicht vorzeitig vom Netz genommen: In einer Volksabstimmung hat eine überraschend große Mehrheit der Eidgenossen eine entsprechende Initiative abgelehnt.
Schon am frühen Nachmittag war in der Schweiz klar, was sich seit dem Vormittag immer mehr abgezeichnet hatte: Die fünf Atomkraftwerke des Alpenlandes werden nicht vorzeitig stillgelegt. In einer Volksabstimmung lehnte eine überraschend große Mehrheit von 54,2 Prozent eine Initiative der Grünen Partei (GPS) ab, die einen sofortigen "geordneten Ausstieg aus der Atomenergie" vorgesehen hatte. Für die Atomausstiegsinitiative votierten 45,8 Prozent der Eidgenossen.
Danach hätte die Laufzeit aller fünf Atomkraftwerke des Landes auf 45 Jahre beschränkt werden sollen. Bis spätestens 2029 hätten alle AKWs damit vom Netz müssen. Für drei der ältesten Atomkraftwerke der Welt - darunter zwei in unmittelbarer Nähe zu Baden-Württemberg - wäre schon im nächsten Jahr das Aus gekommen. Doch schon in ersten Hochrechnungen bekam die Initiative nur 45 Prozent der Stimmen, 55 Prozent stimmten dagegen. Auch war schon früh klar, daß die Mehrheit der Kantone die Pläne abgelehnt hatte. Damit scheitert die Ausstiegsinitiative schon allein am "Ständemehr".
Die 1969 sowie 1971 fertiggestellten AKW Beznau 1 und Beznau 2 liegen weniger als zehn Kilometer Luftlinie von der Südgrenze Deutschlands entfernt. Auch das Atomkraftwerk Mühleberg in der Nähe von Bern hatte 2017 vom Netz genommen werden müssen, die zwei weiteren Schweizer AKW bis spätestens 2029. Beznau 1 war der erste Atommeiler der Schweiz und ist das älteste noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerk der Welt.
Ausstieg generell beschlossen, aber nicht, wie
Daß sich nach Deutschland auch die Schweiz über kurz oder lang vom Atomstrom verabschieden wird, ist seit der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 grundsätzlich klar. Auch die Schweizer Regierung beschloß damals den Ausstieg - nur wann und wie, wurde nicht geklärt. Nach dem gescheiterten Referendum vom Sonntag wird diese Frage die Schweizer Politik nun weiter beschäftigen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 15. Dezember 2016: >>**Blutiger Protest vor dem Landtag**

Tierhalter demonstrieren gegen den Wolf - mit Kadavern gerissener Tiere

Mit echten Tierkadavern - Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb - protestierten Weidetierhalter auf dem Weihnachtsmarkt an der Marktkirche gegen den Wolf. Sie forderten eine härtere Gangart gegenüber Wölfen, bis hin zum Abschuß. Gleichzeitig tagte der Landtag und versprach den Tierhaltern unbürokratische Hilfe. ...

Mit der Protestaktion zwischen Landtag und Marktkirche forderten Halter von Weidetieren eine härtere Gangart gegenüber dem Wolf.

Zu den Tierhaltern, die vor dem Landtag ihrem Unmut Luft machen, gehört auch Marc Jacholke. Der 27-Jährige aus Uelzen hat 100 Mutterkühe, dazu 25 Pferde, zusätzlich vermietet er Boxen für Gastpferde. Und von denen seien die ersten bereits abgezogen worden - aus Angst, sie könnten Opfer des großen Beutegreifers werden.

"Der Wolf steht jede zweite Woche nachts an meinen Zäunen und guckt", sagt Jacholke. Einen Riß habe er noch nicht zu beklagen gehabt, aber es seien schon Pferde in Panik geflohen und fast auf die nächste Bundesstraße gerannt. Er wolle nicht für einen Unfall verantwortlich sein, sagt Jacholke. Und er wisse nicht, wie lange er mit dem Wolf in der Nachbarschaft weitermachen könne: "Das ist meine Zukunft, die da baden geht."

Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) zeigte sich verständnisvoll. Die eigenen Tiere getötet und zerfetzt vorzufinden sei "eine sehr belastende Situation", sagte der Minister im Landtag, wo gestern zeitgleich zum Protest draußen über das Thema diskutiert wurde. Und Wenzel kündigte an, den Weidehaltern schneller helfen zu wollen:

So soll das Meldesystem verändert werden, damit das Wolfsbüro schneller von Rissen erfährt. Außerdem sollen betroffene Halter rascher als bisher Hilfe bekommen. "Das kann die Bereitstellung von Zaunmaterial sein, das kann tatkräftige Unterstützung sein, das kann gegebenenfalls auch die temporäre Unterstützung mit Herdenschutzhunden und erfahrenen Hirten sein", sagt Wenzel. Über 100 Jahre habe es keinen Wolf in Niedersachsen gegeben - das Zusammenleben müsse neu erlernt werden, so der Minister. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...): >>**Schäden durch Wölfe**

Umweltministerin Hendricks hält an Willkommenskultur fest

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat sich für ein Festhalten am strengen Schutz für Wölfe ausgesprochen. Im Gespräch mit dem Sender NDR1 äußerte die Politikerin die Ansicht, der Bestand an Wölfen sei noch nicht so groß, daß man die Raubtiere jagen müsse. "Es kann sein, daß der Wolf irgendwann nicht mehr zu den geschützten Arten in Deutschland gehören müsste, aber davon sind wir weit entfernt", so Hendricks. Die Ministerin verwies darauf, daß verhaltensauffällige Wölfe auch jetzt schon erlegt werden können.

Im Kontrast zu dieser Haltung wachsen in mehreren Bundesländern die Forderungen für eine Kehrtwende bei der Ansiedelungspolitik für Wölfe. Die Zahl der Tiere wird bundesweit mittlerweile auf rund 500 Tiere geschätzt. So genannte "Problemwölfe", die bis in Wohnsiedlungen oder gar bis in die Nähe von Kindergärten vordringen, sorgen in der Bevölkerung für Verunsicherung. Mit der steigenden Zahl der Raubtiere wachsen bundesweit bei Landwirten die Schäden bei Nutztieren. Vor diesem Hintergrund sind jüngst in den Reihen der niedersächsischen CDU und FDP Forderungen nach Obergrenzen für Wölfe laut geworden.

Der Präsident der Landesjägerschaft und CDU-Landtagsabgeordnete, Helmut Dammann-Tamke, hatte bereits im Januar die Wolfsmanagementpolitik des Umweltministeriums als verfehlt bezeichnet. In Niedersachsen wurde im Jahr 2012 in der Lüneburger Heide erstmals wieder ein Wolf gesichtet. Mittlerweile wird die Zahl von Wölfen in Niedersachsen auf rund 80 Tiere geschätzt. Mit einer Zahl von 180 bis zu 200 Wölfen hat sich das Land Brandenburg in den

vergangenen Jahren sogar zu einer Hochburg der Wolfsansiedlung in Deutschland entwickelt. Es wird vermutet, daß von den bundesweit 46 bekannten Rudeln allein 21 auf dem Gebiet Brandenburgs leben.
Zum Vergleich: Im flächenmäßig viel größeren Schweden wird der Wolfsbestand auf etwa 380 Tiere geschätzt. Zudem existieren in dem skandinavischen Land Ausnahmeregeln, nach denen eine kontrollierte Jagd auf den Wolf möglich ist. Auch eine dichte Bärenpopulation verlangsamt die Ausbreitung des Wolfes in Schweden.
Derartige Faktoren stehen einem Wachsen der Wolfpopulation hierzulande nicht im Wege. Die Folgen werden in Brandenburg mit seinen ausgedehnten Weideflächen besonders deutlich: Dort rissen im vergangen Jahr Wölfe mindestens 143 Schafe und 19 Kälber. Reinhard Jung, der Geschäftsführer des Bauernbundes, forderte vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eine Überarbeitung des Brandenburgischen Wolfsschutzprogramms und eine Lockerung des Schutzstatus.
Trotz Entschädigungen und staatlicher Hilfen stellt die wachsende Zahl von Wölfen die Landwirte vor eine Reihe von Problemen: Gerade die Weidehaltung gilt eigentlich als eine kostensparende Möglichkeit der Viehhaltung. Trotz Zuschüssen machen Zäune oder Herdenschutzhunde aber zusätzliche Investitionen notwendig. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings, daß es keinen 100-prozentigen Schutz von Weidetieren gegen Wölfe gibt. In Sachsen und Brandenburg haben Wölfe inzwischen regelmäßig auch elektrische Weidezäune überwunden. Vor einem besonderen Dilemma stehen mit dieser Entwicklung Agrarbetriebe, die im Sinne einer ökologischen Landwirtschaft auf eine Ganzjahresweidehaltung gesetzt haben.<<

Zusammenfassung der 68er Bewegung, "Die Grünen", Werteverfall, geistiger Verfall, Gleichmacherei, systematische Zerstörung der kulturellen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands
Am 1. Januar 1958 traten die EWG- und Euratom-Verträge in Kraft. Zu den Aufgaben der EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft) zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).
In Kahl/Main lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Mai 1966: >>**Atomstrom in der DDR**
... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg (bei Rheinsberg) in Betrieb. ...<<
Am 11. April 1968 wurde der Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979, seit 1964 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes) durch einen rechtsradikalen Attentäter schwer verletzt. Nach dem Anschlag ereigneten sich in zahlreichen westdeutschen Städten gewalttätige Demonstrationen.
Der deutsche Historiker Sebastian Haffner (1907-1999) berichtete später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127):
>>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.
Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas sub-

alterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...
Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr strafbar** ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.
Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<
>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<
Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule (ging auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).
Andreas Baader wurde am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll, Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit ("Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion – RAF"). Während der "Baader-Befreiung" wurde eine Person durch einen Schuß schwer verletzt.
Ulrike Meinhof (1934-1976, Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion") bekannte sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<
Ulrike Meinhof (1934-1976, RAF-Anführerin) erhängte sich am 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart.
Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe nach 192 Verhandlungstagen am 28. April 1977 wegen vierfachen Mordes und 34fachen versuchten Mordes zu jeweils lebenslangen Freiheitsstrafen.
Am 18. Oktober 1977 stürmte die deutsche Spezialeinheit GSG 9 in Mogadischu (Somalia) das von Terroristen entführte Flugzeug der Lufthansa. Bei der Stürmung der "Landshut" wurden innerhalb von neunzig Sekunden sämtliche Passagiere aus der Maschine befreit und drei Entführer getötet.
Die zu lebenslanger Haft verurteilten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begingen am gleichen Tag in Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen Selbstmord.
Die konservative Pariser Tageszeitung "L'Aurore" berichtete am 2. April 1979 über die Nutzung der Kernenergie (x149/226): >>... Wenn morgen die Atomkraftwerke durch das, was sich heute ereignet, in Frage gestellt werden sollten, wenn den Menschen die Sinne schwinden, dann könnte sich die Frage stellen:
Waren jene aus einem anderen Holz geschnitzt, die trotz zahlreicher Opfer und der Abstürze der Ballons und des Verschwindens der Flugzeuge die Eroberung des Luftraums fortsetzten, jene, die das Schienennetz trotz der Explosionen von Dampfmaschinen oder Zusammenstößen ausbauten, jene, die trotz Schiffsuntergängen weiterhin zur See fuhren?

Die Entwicklung unserer Zivilisation hat diesen Preis. Es stimmt, daß wir verpflichtet sind, die Risiken zu begrenzen und alle Garantien zu beschaffen. Aber es stimmt auch, daß man aufgeben und zum Pferd, zur Kerze und zum Holzfeuer zurückkehren kann. ...<<

Meinungsumfragen zur "Nutzung der Kernenergie" im Jahre 1979 ergaben folgende Ergebnisse (x149/225): >>... 30 % "Wir müssen weitere Kernkraftwerke bauen."

37 % "Wir sollten keine neuen Kernkraftwerke mehr bauen, aber die bestehenden weiterbetreiben."

24 % "Wir sollten mit der Erzeugung von Kernenergie ganz aufhören und die bestehenden Kernkernkraftwerke stillegen."

9 % (sind) unentschieden.<<

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Am 28. Februar 1981 protestierten etwa 100.000 Atomkraftgegner trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Bei der "Schlacht um Brokdorf" wurden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 4. August 1989 über das neue Buch des deutschen Journalisten und Publizisten Johannes Gross (1932-1999) "Phönix in Asche": >>**Mutig nur in der Freizeit**

... "Ein junger Deutscher wird daran gewöhnt, ja er wird dazu erzogen, daß Wagemut, Abenteuerlust, Unternehmungsgeist nur als Schlagwörter für die Freizeitgestaltung ihr Recht haben, aber keinen Platz in der Wirtschaft oder im beruflichen Leben. Wenn irgendwo eine zündende Idee aufträte, kämen die Kleinkrämer von allen Ecken herbeigeeilt, sie zu löschen; sie stört ja nur."

Wer so schreibt und denkt, hat naturgemäß Gegner zuhauf. Alle jene, die sich mit dem Zeitgeist verbunden haben, werden sich an der Behauptung stören, die Bundesrepublik Deutschland gleiche einem Phönix, der es nicht schafft, sich aus der Asche zu erheben, und es – wie Johannes Gross es seinen Lesern unter die Nase reibt – auch gar nicht schaffen will.

"In vierzig Jahren wachsenden Wohlstandes hat der Staat Bundesrepublik nicht ein einziges Gebäude von architektonischem Rang errichtet, kein großes Denkmal in Auftrag gegeben, keine Musik, kein Bildwerk inspiriert – verschwände sie heute wie von Zauberhand, keine mit Sinnen wahrnehmbare Spur würde an sie erinnern.

Durch konkludentes (stillschweigendes) Handeln drückt das politische Phänomen Bundesrepublik einen Inferioritätskomplex (Minderwertigkeitskomplex) aus, mögen seine Politiker auch gelegentlich auftrumpfende Reden halten. Was ihr Selbstbewußtsein wert ist, sagen die Steine, die nichts zu reden haben." ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtete im Oktober

1994 ferner über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des evangelischen Theologen und Publizisten Dr. Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**
... Rechte Gewalt wird (zu Recht) als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen (zu Unrecht) vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.
Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung (und damit der Tötung von Kindern), nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 (Homosexualität) tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Reps?
... Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<
Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtete im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...
1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<
Der "Rheinische Merkur berichtete am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.
... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<
Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.
Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...):
>>... 1. Die 68er
Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet. Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randale zu machen oder

Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.
Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat.
Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.
Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.
Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO2-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.
Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann.
Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom. Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks.
Was sind das für Leute, deren Aufgabe es war, die Energieautarkie in Deutschland zu zerstören und das Land fast ganz von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus dem Ausland abhängig zu machen?
Wie oben erwähnt, waren es die 68er, also meist politisierende Studenten, sehr oft Soziologen und Politologen, die von der Frankfurter Schule beeinflußt waren, die Revolution machen oder alles kurz und klein schlagen wollten. Sie sollten die Bevölkerung gegen die sehr leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie aufhetzen mit schlagkräftigen Parolen. Diese Studenten hatten nie erkannt, wie die großen Leistungen in Deutschland zustande gekommen waren, nämlich durch beharrliche zielgerichtete gemeinsame Arbeit des ganzen Volkes, geleitet durch verantwortungsbewußte Eliten, durch die konstruktive Zusammenarbeit von Industrie, Hochschulen, Finanzinstituten und Staat. Vor allen Dingen nicht durch endloses Palavern und Abschieben der Verantwortung auf anonyme Gremien.
Die Leistungen, welche die 68er vollbracht haben, sind eher bizarr, sie liegen z.B. auf rhetorischem Gebiet. So ist ihnen die Einführung des großen Binnen-I gelungen (StudentInnen, WählerInnen usf.). Eine weitere kulturelle Großtat war, daß der fortschrittliche 68er Redner mit offenem Hemdkragen, 5-Tage-Bart, Jeans und Krokodillederschuhen zum ersten Mal in

der Weltgeschichte eine Wahlrede halten kann, ohne die weibliche Hälfte der Menschheit zu diskriminieren, indem er seine Zuhörer dauernd mit der Floskel "Meine lieben Wählerinnen und Wähler" anredet, während der Parteigegner nur die Wähler anspricht, was ihn als Macho disqualifiziert. ...

Es ist erstaunlich, zu welch absonderlichen und krausen Ideen das menschliche Gehirn fähig ist, wenn es sich nicht an der Realität orientiert, sondern an Ideologien und suggerierten Meinungen, wie es für die 68er charakteristisch ist. Da wegen der verschiedenen Bildungsreformen seit 1945 ihr Intellekt wenig entwickelt und suggestiv stark verformt ist, können sie mit klaren Begriffen wenig anfangen. Sie führen deswegen dauernd neue schwammige Schlagworte in die Sprache ein – z.B. Nachhaltigkeit, Trauerarbeit, Betroffenheit, Hinterfragung ...- über die in Talkshows und in Feuilletons palavert wird.

Was nun sind die herausragenden Leistungen der 68er und ihrer Nachfolger?

Vor allen Dingen haben sie den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken verhindert oder behindert, den Bau der Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsanlage unterbunden, den Bau von Autobahnen, Flughäfen, Eisenbahnen (Transrapid), Kanälen boykottiert, die technische Entwicklung gebremst. Sie haben Umbenennungen von Straßen und Kasernen durchgesetzt, die verleumderische Wehrmachtsaustellung organisiert, Denkmäler zerstört ebenso wie das ganze Kulturleben der Nation, für Schwule und Lesben demonstriert, geschützte Wege für Kröten und Frösche anlegen lassen, neue Behörden geschaffen (Ausländer-, Frauen-, Gleichstellungsbeauftragte).

Sie haben Frauenhäuser organisiert, für Naturschutzparks und Biotope plädiert, (sowie verhindert), wo es etwas zu verhindern gab. Sie haben die Quotenfrau erfunden und den Trauerarbeiter. Sie kämpfen gegen den Leistungsdruck in den Hochschulen und sind die Erfinder der Sekundärtugenden und anderer Unsäglichkeiten aus dem Narrenhaus, über die seit Jahren in Feuilletons, Workshops und Talkshows auf hirnrissige Art in 68er Lyrik palavert wird. Weitere revolutionäre Ideen waren: das Fahrrad als Verkehrsmittel der Zukunft propagieren, den Mützenschirm der Kopfbedeckung nach hinten drehen, anscheinend zum Schutz des Nackens usw. ...

Sie haben die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie behindert.

Vor allen Dingen haben sie es durchgesetzt, daß die erneuerbaren Energien mit erheblichen Staatsmitteln gefördert werden, ohne gleichzeitig die Speicherung dieser Energien durch Wasserstoff zu entwickeln. Ohne Speichermöglichkeit sind die erneuerbaren Energien in dem Industriestaat Deutschland völliger Unfug.

Nach den Wünschen unserer anglo-amerikanischen Freunde sollten die 68er nicht nur Randale machen, Häuser besetzen, Straßenkämpfe mit der Polizei und Sitzblockaden veranstalten, Häuserwände und Eisenbahnwagen beschmieren, Kernkraftwerke belagern usf., sondern wirklichen Schaden in Deutschland anrichten. Dazu brauchten sie als Operationsbasis eine demokratisch legitimierte Partei, welche Regierung und Verwaltung beeinflussen konnte. Außerdem brauchten sie eine Klientel von gleichgesinnten Protestierern und Sympathisanten, die man vor allen Dingen in der studentischen umerzogenen Jugend fand.

In den Parteien der Umweltschützer und Grünen sah man die geeigneten Bundesgenossen, die nun flugs auf bolschewistische Art unterwandert und umfunktioniert wurden, unterstützt vom Wohlwollen der Frankfurter Schule, von Geheimdiensten, von den Medien und einigen Ministerien. Bei den Grünen hatte man die Macht schnell in den Händen, bei anderen Parteien dauerte der Marsch durch die Institutionen länger. So sind die Grünen (die ehemaligen 68er) jetzt die besten Helfershelfer der angloamerikanischen Globalisierer, die die Weltherrschaft anstreben. Nur dürfen das ihre Anhänger nicht wissen, die ja inzwischen auch von der Globalisierung betroffen werden. Genausowenig dürfen sie wissen, daß sie mit ihren Antikernkraft- und CO2-Kampagnen Millionen Deutsche dem Hungertod preisgeben, da Deutschlands Exi-

stenz von seiner Industrie und damit von ausreichender Energieversorgung abhängt.
Diese Leute ohne Realitätssinn und in Unkenntnis technischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge haben die Energieversorgung Deutschlands auf eine Basis gestellt, die das Land unweigerlich in den Abgrund führt.
Statt der Versorgungssicherheit des Landes unbedingte Priorität zu geben, haben sie, als sie in der Regierung waren, den Einflüsterungen aus New York und London Folge geleistet und die blühende deutsche Nuklearindustrie vernichtet, mit verderblichen Folgen nicht nur für Deutschland, denn ohne Nutzung der Kernenergie – vor allen Dingen des in Deutschland entwickelten Hochtemperaturreaktors - wird die Welt in Kriegen und Chaos versinken. Denn der Energiebedarf der Welt wird in den nächsten Jahren gewaltig steigen, weil die Entwicklungsländer nach mehr Wohlstand für ihre Völker streben.

Welches waren die Argumente der 68er, mit denen sie die Vernichtung der deutschen Nuklearindustrie begründeten?

Sie behaupteten, der Ausstieg aus der Kernenergie und der Abbruch der laufenden Entwicklungsarbeiten und Umfunktionierung der entsprechenden Institute sei nötig, weil diese Technik
- Radioaktivität produziere und damit lebensfeindlich sei,
- weil die Wiederaufarbeitung der Abfallprodukte der Kernreaktoren gefährlich und die Endlagerung nicht gesichert sei,
- weil die Brennstoffversorgung nicht gesichert sei,
- weil Tschernobyl die Gefährlichkeit der Kerntechnik gezeigt habe,
- weil Terroranschläge auf nukleare Einrichtungen zu befürchten seien,
- weil die Kerntechnik unwirtschaftlich sei.

In einem jahrelangen Streit wurden diese Punkte von ausgewiesenen Fachleuten widerlegt.

Da die 68er diese Sachargumente nicht widerlegen konnten, wurden die Experten als Lobbyisten der Atomindustrie und als Fachidioten verleumdet. Es war für sie halt offenkundig, daß die Kerntechnik Teufelswerk ist und nur dem Vorteil der Großindustrie dient. Dieses Dogma verteidigen sie bis heute mit Zähnen und Klauen. Die 68er sind auf Grund ihrer mangelhaften Vorbildung gar nicht in der Lage, komplizierte naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge zu durchschauen oder beurteilen zu können - ich meine hier nicht die 68er von der Randale-Fraktion, sondern ihre Intelligenzia (Intelligenz in sozialistischen Staaten) aus den Ministerien, Feuilletons, Instituten und Kanzeln.
Die Stichworte und Argumente für ihre Aktionen kamen aus London und New York, unterstützt wurden sie in ihrem Tun durch diverse nichtstaatliche Organisationen, Logen, Medien, selbst Ministerien und Banken. Auch wenn es nicht allgemein bekannt ist: Banken und andere Finanzinstitutionen gehören zu den wirkungskräftigsten Verhinderern der Kernenergie und anderer Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland. Sie haben in dieser Hinsicht die gleichen Interessen wie die 68er. Nur darf es keiner wissen. Denn durch den Bau von Kernkraftwerken und durch Infrastrukturmaßnahmen werden große Kapitalmengen niedrig verzinst gebunden, die somit nicht mehr für Spekulationszwecke zur Verfügung stehen.
Neue Energietechniken (HTR, Kohleverflüssigung, Biomassevergasung, Wasserstofftechnik ...) sind forschungsintensiv, Forschung erfordert Ingenieurleistung und kostet Geld, das dann nicht mehr in die Banken fließt. Wenn in Deutschland Kernkraftwerke gebaut würden, kämen viele große Banken in erhebliche Schwierigkeiten. Die Banken nehmen also gerne die kostenlosen Dienste der 68er in Anspruch. ...

9. Folgerungen

Den Anglo-Amerikanern ist es mit Hilfe der Grünen und der Medien gelungen, innerhalb von zehn Jahren die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten, die für unsere Energieversorgung

und unser Überleben notwendig war. Die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors und des schnellen Brüters wurde eingestellt, wichtige Auslandsaufträge zum Aufbau der Infrastruktur in Brasilien und im Iran wurden durch Druck aus New York annulliert, um die deutsche Nuklearindustrie zu schwächen und die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu halten.
Die Antikernkraftkampagnen wurden von New York aus ferngesteuert. Sie dienten dazu, die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten. Ihr Ziel war nicht die Sorge um das Wohlergehen des deutschen Bürgers, wie man uns weismachen will. Die von den 68ern und Grünen benutzten Argumente sind ohne Substanz und dienten nur dazu, Angst zu verbreiten.
Die grünen Thesen zur Kernenergie sind den 68ern mit suggestiven Methoden so in ihre Gehirne eingehämmert, daß Begriffe wie Kernkraftwerk, Plutonium, Castorbehälter usw. bei ihnen zu reflexartigen Reaktionen führen wie bei den Pawlowschen Hunden unter Umgehung des Verstandes und der Großhirnrinde. Dies ist sehr schwierig reparierbar, wie moderne Erkenntnisse der Biologie beweisen.
Die Medien wenden seit Jahrzehnten diese Methoden der Gehirnwäsche an
Erstaunlich ist, daß dies nicht mehr nur auf historischem Gebiet geschieht, sondern neuerdings auch auf naturwissenschaftlich-technischem. Nur eine unverzügliche Wiederaufnahme der Kernenergietechniken, die man Ende der 80er Jahre aufgeben mußte, kann Deutschland noch retten. Die Drohungen aus New York dürften uns dabei nicht hindern.
Wissenschaftler und Ingenieure haben den Weg zum Aufbau einer friedlichen Welt ohne Armut gezeigt. Die jetzige Erdölwirtschaft der Globalisierer führt mit Sicherheit in den Abgrund, in Krieg und Chaos, Mord und Verderben.
Nicht mit einer mächtigen Armee überleben wir die kommende Krisenzeit, sondern mit der richtigen Energietechnik für die ganze Welt. Joachim Fernau sagt 1977 in seinem Buch "Halleluja": Gewinnt der Amerikanismus, so wird er in 150 Jahren die Menschheit zugrunde richten, und die Erde wird als erstorbener Mars im Weltall weiterkreisen.
Joachim Fernau irrt. Die Menschheit wird viel schneller zugrunde gerichtet.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**
Armee soll drastisch schrumpfen
Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...
Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<
Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. Februar 2001 (x887/...): >>**Der "Wandel" ist Schwindel**
Korruption, Gewaltwelle, hemmungsloser Egoismus: Das Schwinden der ethischen Fundamente bedroht unser Gemeinwesen längst im innersten Kern
... Zum Werteverfall in der Gegenwart trägt seit langem bei, daß die moralische Kraft des Christentums immer weiter sinkt. Im christlichen Glauben spielt der Gedanke an Strafe und Belohnung eine bedeutende Rolle. Nun will zwar niemand die Religion als "Zuchtmittel" wiederbeleben. Doch das moralische Gewissen ist wertvolle Richtschnur für menschliches Verhalten und unverzichtbares Korrektiv für Entscheidungen.
Auch Handlungen, die der Mensch vor der Allgemeinheit verbergen kann und für die er keine Strafe zu befürchten hat, werden von dem "inneren Richter" auf ihre Zuverlässigkeit hin über-

prüft. Doch in einer Welt, die Gott für tot erklärt hat, ist dieser sittliche Wegweiser unwirksam geworden. Es ist alles erlaubt, weil keine Strafe zu befürchten ist.
Auch überpersönliche Verpflichtungen, wie sie zum Beispiel durch die Bindung an das eigene Vaterland entstehen können, werden kaum noch anerkannt. Sie bilden keine Hemmschwelle gegen das Ausleben persönlicher Wünsche und Triebe. Je weniger es ein gemeinschaftliches Willensbild gibt, sein Vaterland zu stützen und zu fördern, um so mehr ist der einzelne sich selbst genug und sieht ausschließlich sein eigenes Befinden, seine persönlichen Interessen im Mittelpunkt des Lebens.
Weil ebensowenig Schulen, Medien und Eltern die Erziehungsaufgabe ausreichend erfüllen, bleibt die Frage unbeantwortet, in welche Richtung denn überhaupt das Gewissen des Nachwuchses entwickelt werden soll. Strafen sind jedenfalls keine Möglichkeit, gemeinschaftsfeindliche, egoistische Triebkräfte im Zaum zu halten. ...
Die Werterziehung in Deutschland ist an einem Tiefpunkt angelangt, der kaum noch unterboten werden kann. Von allen Krisenerscheinungen der Gegenwart ist der Werteverfall bei weitem das schlimmste Syndrom, weil er sämtliche Lebensbereiche umfaßt: die Wirtschaft, das Staatsgefüge, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Ein Volk, in dem die unverzichtbaren Wertvorstellungen verkümmern, verurteilt sich selbst zum Untergang. ...<<
Die Dipl. Psychologin Sonja van Biezen und Dr. phil. Elisabeth Nussbaumer berichteten am 9. Dezember 2002 in der schweizerischen Wochenzeitung "Zeit-Fragen" über die negativen Folgen der sozialistischen, kollektiven Erziehung (x882/...): >>**Die Folgen jahrzehntelanger Wertezersetzung für Familie und Bonum commune (Gemeinwohl)**
In allen Kulturen der Welt sind Ehe und Familie - oft auch Großfamilie - der Ort, an dem die nachwachsende Generation geschützt heranwachsen kann und in die Kultur eingeführt wird. In der Familie aufzuwachsen bedeutet aber viel mehr: Zusammen zu erleben, daß Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern sind und dadurch tiefgreifende Erlebnisse im menschlichen Zusammenleben zu machen. ...
Abwertung von Männlichkeit und väterlicher Autorität
Noch vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Deutschen geschehen sollte. In einem anthropologisch und psychologisch unhaltbaren Kurzschluß wurden die Kriegsverbrechen Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten allen deutschen Menschen angelastet. Die Deutschen seien eine Fehlentwicklung der Evolution, wurde behauptet.
In gleicher rassistischer Verblendung, wie sie die Nazis gegenüber den Juden auslebten, wurde nun vertreten, alle Deutschen seien Herrenmenschen, Mörder aus Grausamkeit. Es gab in den USA den von einem Amateurhistoriker 1940 verfaßten **Kaufmann-Plan**, der die Umerziehung, später dann die Sterilisierung des deutschen Volkes verlangte, und den **Morgenthau-Plan,** der die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten und den Abbau der gesamten Großindustrie plante.
Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde der Morgenthau-Plan fallengelassen. Da der Ost-West-Konflikt bereits seine Schatten vorauswarf, überlegten sich die Alliierten rechtzeitig, daß die deutsche Industrie noch gebraucht werden würde. Also wurde auf die Taktik der Umerziehung zurückgegriffen. Noch während des Krieges begannen amerikanische Offiziere der "Abteilung für psychologische Kriegsführung" mit den Vorbereitungen zur "Umerziehung der Köpfe".
Amerikanische Sozialwissenschafter und Psychologen übernahmen die Arbeit. "Die ganze Operation (Umerziehung der Deutschen) sollte in der Anfangsphase von Kennern der deutschen Verhältnisse kontrolliert und überwacht werden. Darunter waren schon wegen ihrer guten Kenntnis der deutschen Sprache und der Verhältnisse des Landes viele ehemalige deutsche Emigranten. Ein prominentes Beispiel ist **Herbert Marcuse**, der einstige Mitbegründer des

Frankfurter Instituts für Sozialforschung besser bekannt als Frankfurter Schule."
So bot sich für Marcuse und seine Genossen Gelegenheit, die Umerziehung der Deutschen in den Dienst der marxistischen Ideologie zu stellen: Wie die Geschichte seit Marx und Engels zeigt, wurden stets alle Gelegenheiten für den marxistischen Angriff auf Gesellschaft und Kultur genutzt. Mit der Rückkehr der Vertreter der Frankfurter Schule nach Deutschland konnte dann die "Charakterwäsche" unter der Fahne des Antifaschismus ungehindert und noch intensiver vollzogen werden. **Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno** und ihre Schüler leisteten wirkungsvolle und nachhaltige Arbeit:
An Stelle jeglichen Zusammengehörigkeitsgefühls, jeder Selbstachtung der deutschen Menschen sollte kollektive Scham treten und Generationen überdauern. Reale Geschichte sollte nicht einfach im Sinne von Völkerrecht und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden, sondern die kollektive Erinnerung wurde derart manipuliert, daß das deutsche Volk für sich selbst, seine Sprache, seine Kultur und Sitten nur noch Abscheu und Verachtung empfinden mußte.
Dabei gingen die "Umerzieher" von der These aus, die typisch deutsche Charakterstruktur sei autoritär und damit dem Faschismus gefährlich nahe. Der deutsche Vater herrsche autoritär. Neben seiner Frau müsse sich ihm auch das Kind bedingungslos unterwerfen. Daraus resultiere insgesamt die Aggressivität und Grausamkeit des deutschen Erwachsenen. Jedes Kind müsse die Grundwerte der deutschen Familie, nämlich Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit, verinnerlichen. Diese Sichtweise entspricht weder der Natur des Menschen noch dem deutschen Menschen. Sie ist Resultat der Gesinnung und Taktik ihrer Schöpfer Marcuse, Adorno und Horkheimer, die das Autoritäre überall suchten und auch fanden - nur nicht in ihrer eigenen totalitären freudo-marxistischen Theorie.
Die Zahl der von der Frankfurter Schule und ihren Schülern ausgebildeten oder beeinflußten Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten aller Medien, die Anzahl ihrer Veröffentlichungen und Vorträge war groß und ihr Einfluß so weitreichend, daß man, mit Gramscis Worten, von einer kulturellen Hegemonie sprechen muß. Ihre Auswirkung dauert bis heute an, denn nach dem Ende des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik begann mit der 1967 einsetzenden Studentenbewegung die weitere Verbreitung der Ideologie der Frankfurter Schule.
Diese beinhaltet eine zweite, noch nachhaltiger wirksame Welle der Umerziehung, getragen von dem "ethischen Rigorismus der 68er". Es wurde ein Gesinnungskartell geschaffen, jeder Widerstand als faschistisch oder antikommunistisch abgeurteilt. Gegen den Mann als Familienvater wurden Attacken geritten, die kulturell tradierten und bewährten Werte der Familie als Keimzelle eines demokratischen Staates der Lächerlichkeit preisgegeben und als faschistoid verunglimpft.
Auf diese Weise wurde die gesunde, normale Familie verleumdet, abgewertet, zersetzt. Indem dem Kind ein Heranwachsen in der Geborgenheit einer intakten und ihrer Bedeutung bewußten Familie genommen wurde, hat man es von seinen lebenswichtigen Bindungen und von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten.
So wurde das Ziel der Umwertung aller Werte in weiten Bevölkerungskreisen erreicht. Die Familie, bestehend aus Mutter, Vater, Großeltern und Kindern war der Auflösung preisgegeben. Eine neue Form von Familie wurde geschaffen: Eine Art Kommune mit Kindern, in welcher jeder seiner Selbstverwirklichung nachgeht. Die Familie mit berufstätiger Mutter wurde zur weit verbreiteten Lebensform. Der auf der marxistischen Theorie begründete Radikalfeminismus hatte den Frauen aller Gesellschaftsschichten und aus allen Teilen der Welt den Irrtum eingeflößt, als Ehefrau und Mutter dem Manne gegenüber benachteiligt zu sein. Dieser vermeintlichen Ausbeutung meinte die in solcher Weise irregeführte Frau durch Selbstverwirklichung in einer beruflichen Karriere begegnen zu müssen. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Februar 2004

(x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:
"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Oktober 2005 (x887/...): >>**Ohne Rückbesinnung ist Deutschland verloren**
... Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von der Integration in die Gemeinschaft! Aber die Deutschen wollen kein "Volk" mehr sein, keine Gemeinschaft, sondern lieber "Gesellschaft". Obwohl sie in Festtagsreden ihr Grundgesetz preisen, das sich auf das "deutsche Volk" bezieht, von der Gesellschaft ist da nicht die Rede! ...
Schon sind sich die meisten gar nicht mehr bewußt, was es mit preußischen Tugenden auf sich hat, es interessiert auch kaum. Da geht es um: Bescheidenheit, Demut, Dienstbereitschaft, Disziplin, Gemeinsinn, Genauigkeit, Kameradschaft, Opferbereitschaft, Ordnung, Pflichtbewußtsein, Rechtsstaatlichkeit, Sparsamkeit, Toleranz, vor allem aber Gottesfurcht. Mit diesen Tugenden ist Preußen groß geworden. Sie sind Inbegriff einer Staatsidee, gegen alle Widrigkeiten aus eigener Kraft, durch gemeinsame Anstrengung und Opferbereitschaft dieses neu gegründete Königreich zum Erfolg zu bringen.
Aber gerade einen solchen Saat wollte man ja nach 1945 nicht mehr - weder die Siegermächte noch die sich neu formierende westdeutsche Gesellschaft. Dennoch, man benötigte fleißige, die Trümmer beseitigende, die Wirtschaft aufbauende Deutsche, gar ein Wirtschaftswunder. Aber man wollte partout keine deutsche Nation, keine Gemeinschaft, schon gar nicht eine solche, die etwa nur Gott fürchtete. Nein, sie sollte sich eher vor sich selbst fürchten. Dazu wurde den Deutschen permanent vorgehalten, was alles - so wörtlich - "im deutschen Namen" geschah.
Die neu formierte deutsche Gesellschaft sollte fett und impotent sein, eine wahre Wohlstands- und Freizeitgesellschaft. Das wurde sie dann auch. Und diese Gesellschaft hatte völlig verdrängt, daß auch ihr der einzigartige Wiederaufbau und damit auch der Weg zu jenem neuen Wohlstand im wesentlichen mit Hilfe der verpönten preußischen Tugenden gelang. Aber die Segnungen des Wirtschaftswunders wurden den Deutschen schließlich zum Verhängnis. Sind sie doch dem Tanz um das goldene Kalb erlegen. ...
Man will Spaß und Freude haben, das Leben genießen, von der Vergangenheit nichts wissen - und von der Zukunft allenfalls, soweit man selbst davon betroffen ist, so durch die Sorge für die eigenen Kinder - so man denn überhaupt Kinder in die Welt setzt. Am stärksten ausgeprägt ist die Abkehr von allem, was mit Militär zu tun hat. Wenn man sich schon den Herausforderungen der äußeren Sicherheit gar nicht entziehen kann, dann am liebsten durch einen finanziellen "Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung", deren Organisation sogenannten "Schutzmächten" überantwortet werden soll.
In unserer "Zivilgesellschaft" ist kein Platz für das Vaterland, schon gar nicht für Vaterlandsliebe. ...
Mag dies genügen, um unsere bundesdeutsche "Gesellschaft" zu skizzieren, die kein Volk mehr sein will. Und von einer derartigen Gesellschaft wird nun plötzlich "Gemeinsinn" eingefordert, materielle Einschränkungen zu akzeptieren, um die drohende Gefahr eines weiteren wirtschaftlichen Niedergangs abzuwehren. Da erinnert man sich mitunter gar der preußischen Tugenden. Die seit den 60er Jahren immer deutlicher werdende Abkehr von ihnen wurde am deutlichsten, als man sie als "Sekundärtugenden" verhöhnte und kritisierte.

Wenn wir auch immer noch dazu neigen, unsere derzeit verheerende Lage zu beschönigen, wir müssen zur Einsicht kommen, daß wir eine "Notgemeinschaft" geworden sind. Das könnte hilfreich sein. Denn in der Not, da stehen die Deutschen noch am ehesten zusammen. Da könnten sie zur Besinnung kommen. ...
... Führung ist auch in der Demokratie unverzichtbar. Diejenigen, die zur Führung berufen sind, bedürfen der Auswahl und der Ausbildung.
Dabei gilt es, sich wieder auf die preußischen Tugenden zu besinnen. An ihnen läßt sich eine nationale Elite ausmachen. Auch dieser Begriff wurde mit unserem Umsturz nach 1945 verdammt - und damit auch das Problem der Elitebildung. Geistige Führung ist nicht möglich ohne Eliten. ... <<
Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 10. Januar 2006: >>**Gastprofessur an Elite-Uni**
Fischers neues Leben
Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.
In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik. ...<<
Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Das Ende der politischen Korrektheit?**
Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness (PC). ...
PC wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün. Doch das Mißtrauen gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.
... Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.
Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.
Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherrschaft bedroht. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. September 2009 (x887/...): >>**Familie in akuter Gefahr**
Wenig bemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren, vor allem seit der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998, still und leise eine schlei-

chende Entwertung der Familie stattgefunden. Heute gilt in Deutschland praktisch die Fristenregelung. Selbst nur minimal behinderte Kinder können bis kurz vor der Geburt abgetrieben werden. Schwule und Lesben dürfen standesamtlich heiraten und werden in manchen evangelischen Landeskirchen schon in einer Hochzeitszeremonie kirchlich "getraut". Jetzt sollen homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Wir erleben eine relativistische Umkehrung aller Werte.
... Die wertkonservativen Anhänger der CSU sind entsetzt. Die Liberalen triumphieren und brüsten sich noch damit, sie hätten die CSU binnen weniger Monate aus dem Mittelalter ins 21. Jahrhundert geführt. Es ist zu befürchten, daß sich nach dem nationalkonservativen nun auch noch der christlich-wertkonservative Flügel der Union in Luft auflöst. ...
Diese ganze Entwicklung kommt freilich nicht von ungefähr. Linke SPD-Politiker und grüne 68er-Ideologen haben auf ihrem Weg in die hedonistischen Spaßgesellschaft ihren Marsch durch die Institutionen in Politik, Medien und Justiz auf diesem Politikfeld so gut wie zu Ende gebracht und eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreicht.
Und es herrscht Korpsgeist unter den Genossen zwischen den Institutionen, wenn es darum geht, die Gesellschaft im Sinne progressiver Ideologien und Spontikultur zu verändern. Da sind die linken Reihen immer fest geschlossen, wenn es gegen Kirche und Papst, Familie und Werte, Bundeswehr und Vergangenheitsbewältigung linker Diktaturen geht.
Ein Ausgangspunkt der familien- und gesellschaftspolitischen Umerziehung der Menschen in Deutschland durch die Medien war der politisch stets korrekte ARD-Serienlangweiler "Lindenstraße" in den 80er Jahren. Nicht nur, daß dort Konservative stets als böse Spießer wie Hausmeisterin Else Kling und die Spontis als lebensfrohe Persönlichkeiten dargestellt wurden, sondern diese Serie hat erstmals breitenwirksam an einem schwulen Paar die Normalität homosexuellen Zusammenlebens gezeigt. Die (teilweise unfreiwilligen) Homo-Outings von Alfred Biolek bis Hape Kerkeling und von Wowereit bis Westerwelle sind da nur eine logische Konsequenz. ...
Die linken feministischen Ideologien nehmen familienpolitisch viele Formen an, so etwa die Forderung nach möglichst unmittelbar ab der Entbindung einsetzender staatlicher Krippenbetreuung für die Kinder. Trotz Komasaufen und Amokläufen von Schülern, Abnahme der Sozialkompetenz und zunehmender geistiger und sittlicher Verwahrlosung der Jugend, die nur durch verstärkte Erziehung im Elternhaus und in der Familie nachhaltig bekämpft werden kann, werden Mütter, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr bewußt selbst zu Hause erziehen wollen, mittlerweile von der linken Emanzen-, Polit-, Karriere- und Kulturschickeria belächelt und nicht erwerbstätige Hausfrauen, die sich Haushalt und Kindererziehung widmen, fast schon als geistig zurückgebliebene Sozialschmarotzerinnen diffamiert.
Die Liebe besonders der Karrieregenossinnen zum Kind spiegelt sich im Wahlkampfteam von Kanzlerkandidat Steinmeier: Zehn ambitionierte Frauen im Durchschnittsalter von 52 Jahren bringen es zusammen auf fünf Kinder. Zufall? ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**
Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.
Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampfthema wird damit im breiten Konsens befriedet. ...<<
Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. Juni 2011: >>... **Ende der Wehrpflicht**

"Wir dienen Deutschland" ab jetzt freiwillig

Die Wehrpflicht ist 55 Jahre alt geworden. Mehr sollen es nicht werden. Wehr- und Zivildienst werden ersetzt. Von Freitag an sollen es Freiwillige richten.

Nach 55 Jahren ist die Wehrpflicht in Deutschland Geschichte. Von Freitag an werden Wehr- und Zivildienst durch neue Freiwilligendienste ersetzt, die Männern und Frauen offen stehen. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) will künftig mit dem Slogan "Wir. Dienen. Deutschland" die Nachwuchswerbung verstärken. Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus (FDP) will die Bundeswehr durch verschiedene Maßnahmen attraktiver machen, um die angestrebte Personalstärke von 175.000 Soldaten zu sichern.

Die Wehrpflicht war in der Bundesrepublik im Juli 1956 per Gesetz eingeführt worden. Die ersten 10.000 Wehrpflichtigen wurden zum 1. April 1957 eingezogen. Seitdem haben insgesamt 8,3 Millionen junge Männer ihren Pflichtdienst geleistet. Die letzten 12.000 Wehrpflichtigen wurden zum 3. Januar dieses Jahres einberufen. Ihre sechsmonatige Dienstzeit endete am Donnerstag. Die Wehrpflicht bleibt allerdings im Grundgesetz verankert und kann bei Bedarf mit einfacher Mehrheit in Bundestag und Bundesrat wieder eingeführt werden.

Die Bufdis sollen es nun richten

Verteidigungsminister de Maizière will am Montag die ersten freiwillig Wehrdienstleistenden in Berlin begrüßen. Ihr Dienst wird bis zu 23 Monate dauern und mit 777 bis 1.146 Euro monatlich vergütet. Der Minister setzt darauf, daß künftig mindestens 5.000 Freiwillige der Bundeswehr angehören werden. Das Familienministerium kalkuliert deutlich optimistischer für den Zivildienst-Ersatz und geht von 35.000 so genannten Bufdis (Bundesfreiwilligendienstleistende) bereits im kommenden Jahr aus. Zum 1. Juli werden allerdings erst 2.000 bis 3.000 Frauen und Männer eingestellt.

Wehrbeauftragter Königshaus sagte, die Aussetzung der Wehrpflicht bedeute eine "völlige Veränderung des Charakters der Bundeswehr". Niemand müsse sich mehr zwangsläufig mit der Truppe befassen. Mit den bisherigen Bewerberzahlen zeigte sich Königshaus dennoch zufrieden. "Wir sehen, daß in dieser gravierenden Form offenbar nicht Realität geworden sind", sagte er.

Die aktuellsten Zahlen stammen von Anfang Juni. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits 5.500 junge Leute für den freiwilligen Wehrdienst gemeldet. Hinzu kamen 4.500 Grundwehrdienstleistende, die sich freiwillig zu einer längeren Dienstzeit verpflichteten.

Offen auch für in Deutschland lebende Ausländer?

Königshaus betonte, daß man sich trotzdem nicht zurücklehnen könne. "Man muß schon sehen, daß man mehr Attraktivität schafft", sagte der FDP-Politiker. Er sprach sich unter anderem dafür aus, den Soldaten durch ein neues Stationierungskonzept häufige Standortwechsel zu ersparen. Auch Unterbringung und Versorgung in den Kasernen müßten verbessert und finanzielle Anreize gesetzt werden. Königshaus befürwortete Verpflichtungsprämien wie in den USA.

Er zeigte sich auch offen für die Aufnahme von in Deutschland lebenden Ausländern in die Bundeswehr. Für Bewerber ohne deutschen Paß müßte es dann allerdings auch "eine vereinfachte Möglichkeit der Einbürgerung" geben. Die Gefahr einer Entwicklung der Bundeswehr zu einer "Unterschichtenarmee" nach dem Aussetzen der Wehrpflicht sieht der Wehrbeauftragte nicht. "Wir haben zurzeit die am besten gebildete und ausgebildete Armee der Welt." Die Bundeswehr biete Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten, die es woanders nicht gebe, deswegen sehe er "die Gefahr einer Verrohung nicht".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**

Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote spre-

chen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.
Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung ("gender mainstreaming") zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.
Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. Die biologisch-psychischen Konsequenzen bleiben nicht aus. Entmannte Männer suchen in Übertreibungen, im Alkohol und in der Zerstörungswut ihr seelisches Ventil.
Gleichzeitig damit wird auch die Frau entweiblicht, sie sucht in Männertätigkeiten ihre Zuflucht (Karrierefrauen) und kann auch für ihre Kinder nicht länger die Mutter sein. Biologisch zwar, aber psychisch und im eigentlichen Sinne ist sie damit völlig überfordert, denn sie lebt ja nach einem anderen "Programm".
Liebe gibt sie ja nur oder überwiegend in ihren Beruf, dem Mann eventuell noch Sex, aber der ist dann wenig mehr als ein Spaß, der keine partnerschaftlichen Funktionen mehr hat. Mann, Kinder und damit Familie bleiben auf der Strecke.
Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau, Lohndumping bei dieser wiederum zur Verschuldung und der Abhängigkeit von Geldverleihern (Papiergeldversprechern), weil das Geld beider nun doch nicht für die Familie reicht. ...
Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich.
Diesen Prinzipien folgend, bräuchten wir weder Kapitalismus noch Sozialismus oder Feminismus, auch ein neuer Maskulinismus, wie er sich beim Extrem-Bodybuilding und bei militärischer Gewalt zeigt, ist überflüssig.
Weiteres Fazit: Die gesamte Zivilisation (Verbürgerlichung der Lebensweise) hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. ...
Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.

Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebigkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.
Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2013 über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>**Pädophilie: Distanzierungstango in der Pädofrage**
Von Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha
Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivisten setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.
Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.
Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lümmel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.
Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.
Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.
Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pflegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulpieren: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.
Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Nieder-

landen. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".
"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.
Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".
Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".
Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.
Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.
Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.
Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.
Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.
Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB

gestrichen werden sollte.
Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich, ... daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.
Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:
"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:
Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."
Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.
In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgter Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.
Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.
Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinnahmung oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.
Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.
Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastrau, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation " Deutsche Jungdemokraten" und in seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rührigsten Organisatoren des Treffens.
Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der

Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".
Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zugunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zugunsten von Pädophilen zu ändern.
Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahlkampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.
Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.
Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der Paragraphen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.
Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitagen sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".
Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.
Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlaufruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.
Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretations-

spielraum zu.
Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.
Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagraphen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.
Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".
Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.
Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welch fatale Wirkung die Offenheit zugunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.
Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivisten die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.
Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."
In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivisten, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.
Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.

Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.
Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.
Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.
Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.
Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.
Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerläßlich sei.
Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.
Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.
Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.
Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß

keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.
1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.
Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.
Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. September 2013 (x887/...): >>**Negativpreis für den Duden**
... Seit 1880 gilt der Duden als "maßgebend in allen Zweifelsfällen". Der Verein Deutsche Sprache (VDS) hat dem Standardwerk zur deutschen Sprache und Rechtschreibung nun seine jährlich vergebene Negativauszeichnung "Sprachpanscher des Jahres 2013" verliehen.
Grund sind die nach Ansicht des VDS zu vielen "lächerlichen Angeber-Anglizismen", die mittlerweile Eingang in das Wörterbuch gefunden hätten. ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. September 2013: >>**Die Mentalität der Grünen**
Mathias von Gersdorff
Eigentlich müßte man der Theodor-Heuss-Stiftung danken für ihre Wahl von Daniel Cohn-Bendit zum diesjährigen Träger ihres Preises. Damit hat die Stiftung unbeabsichtigt eine Grenze überschritten und eine Debatte zum Leben gebracht, die inzwischen nicht nur die pädophilen Strömungen bei den Grünen in der 1980er Jahren zum Thema hat, sondern generell die Ansichten über Sexualität dieser Partei und wie sie diese zum Politikum macht.
"Die verstörenden Sex-Phantasien der Grünen Jugend" - so betitelte Alexander Kissler seine Kolumne am 10. September 2013 in *Focus-Online* und schrieb: "Hinter den Phantasien vom besseren Leben für alle verbirgt sich jedoch die Herrschaft von Gesetz und Sex, Quote und Umerziehung. Und Pädophilie ist sogar Anlaß für einen müden Witz."
Am 15. September 2013 druckte die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* den Artikel von Christian Füller, der einige Wochen davor von der *taz* in letzter Minute abgelehnt wurde. Füller schreibt: "Wieso nahmen Grüne die offen pädophile Propaganda widerspruchslos an? … Weil die Grünen Gläubige sind. Sie glauben fest an die Moral der grünen Kirche von der Bewahrung der Schöpfung, der ehrlichen Politik und einer besseren, grünen Welt." Dieser Glaube, so Füller, ist bestimmend für die Mentalität der Grünen: "Die grüne Ideologie steht nicht in Parteiprogrammen: Sie steckt bis heute in den Köpfen der Parteigänger."
"Selbstbestimmte Sexualität und Kritik an der patriarchalen Gesellschaft waren unsere Themen damals", sagen jene, die den Aufbruch gegen die verkapselte Post-NS-Gesellschaft wagten.
Radikales Umbauprojekt der Gesellschaft

Wie drückt sich diese Ideologie konkret aus? Die Debatte um die Pädophilie in den achtziger Jahren brachte manche dazu, nachzuforschen, was die Grünen sonst noch so parat haben und entdeckten manches. Einige Beispiele:
Bundestagsabgeordneter Hans-Christian Ströbele und Grüne Jugend wollen Inzestverbot aufheben. Grüne Jugend will Ehe abschaffen, Mehr-Eltern-Adoption (im Grunde eine Form der Polygamie) einführen, Drogen liberalisieren, die Zweigeschlechtlichkeit überwinden (kein Scherz). Grüne wollen Ehegesetz für homosexuelle Paare öffnen, Nahrungsvorschriften einführen, Abtreibung völlig liberalisieren und entkriminalisieren, Entsprechend der "Gender Mainstreaming"-Ideologie Kinder indoktrinieren und Ehegattensplitting abschaffen. Das alles zusammen ergibt ein radikales Umbauprojekt der Gesellschaft.
Die Grünen hatten etwa 30 Jahre lang so etwas wie Narrenfreiheit und meinten, daß sich niemand um die irrsinnigen politischen Visionen mancher Untergliederungen, vor allem der Grünen Jugend, kümmern würde. Nun ist der deutschen Öffentlichkeit klar geworden, welche Kloaken menschlicher Dekadenz sich in dieser Partei unbeschwert entfalten konnten, und sie ist entsetzt. Bündnis 90/Die Grünen sind in den Umfragewerten inzwischen auf ihre Stammwählerschaft geschrumpft.

"Die Pädagogik der Neuen Linken"

Nun fragt man sich: Was ist in den Genen dieser Partei angelegt, das solche abstruse politische Visionen zum Leben bringt?
Eine Erklärung gibt das Buch "Die Pädagogik der Neuen Linken" von Wolfgang Brezinka. Das Buch erschien 1972, ist aber immer noch aktuell und gerade im Hinblick auf die Debatte der letzten Monate äußerst interessant zu lesen. Sein Interesse galt vor allem den pädagogischen Theorien, die im Zuge der 1968er-Revolution entstanden und in den siebziger Jahren in die Praxis umgesetzt worden sind. Doch die ersten Kapitel behandeln die Ideologie, die Mentalität und die Entstehung der Neuen Linken, also der Vorgänger der Grünen. Leider können hier nur sehr wenige Zitate wiedergegeben werden.
Brezinka schreibt: "Als Quelle aller Übel wurde die Autorität verketzert. Weltanschauliche Bindungen galten als überholt. Das Ethos des Dienstes an der Gemeinschaft erschien als Bedrohung der Freiheit. Das Kritisieren wurde als wichtigstes Mittel zur Vermeidung neuer Knechtschaft ausgegeben. (…) In dieser Situation hat die Neue Linke den Kampf um die Macht aufgenommen."

Gefühl der Unfehlbarkeit

Die systematische Kritik an den "Strukturen" begünstigte nicht nur die Selbstgerechtigkeit, sondern auch eine Myopie für die eingehenden schwachen Seiten: Man hielt sich für unfehlbar in jeglicher Hinsicht. Kritik an Strömungen innerhalb der Partei konnte sich kaum entwickeln. Das galt Anfang der achtziger Jahre für die Pädophilen, heute gilt das für Leute wie Ströbele oder die Grüne Jugend.
Eine Bewegung mit solchen Einstellungen konnte nach Ansicht von Wolfgang Brezinka gedeihen, weil die bürgerliche Gesellschaft ihre Abwehrmechanismen verloren hatte: "Eine Gesellschaft, deren Mitglieder in erster Linie mit der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen beschäftigt sind, besitzt wenig moralische Reserven, um sich in Krisenzeiten politisch behaupten zu können. Sie gewöhnt sich damit daran, selbstzufrieden dahinzuleben, die Gefahr zu verharmlosen und darauf zu bauen, daß politisch auch in Zukunft das bloße Hindurchwurschteln genügen wird." Das ist heute genauso der Fall wie 1972.
Den Grünen ist heute insbesondere diese Eigenschaft zum Verhängnis geworden: "Die Neue Linke ist eine Protestbewegung gegen die Industriegesellschaft, die aus dem romantischen Glauben an die Utopie 'neuer Menschen' in einer vollkommen 'herrschaftsfreien Gesellschaft' lebt."

Mitgefühl für Tiere, Mitleidlosigkeit gegenüber dem menschlichen Embryo

Dieser Utopismus war die Grundlage für die Akzeptanz und sogar Förderung der Pädophilie in den eigenen Reihen - heute ist das beispielsweise für den Inzest der Fall. Man hielt es nicht für möglich, daß Gruppierungen, die die Geburt des "neuen Menschen" anstrebten, böse Absichten haben könnten. Brezinka beschreibt diese Haltung folgendermaßen: "Sie ist eine weltliche Erweckungsbewegung, vergleichbar religiösen Sekten, die ihre vermeintlich gute Gesinnung auch den Menschen aufzudrängen versuchen." Stichwörter: Abschaffung der Ehe, Überwindung der Zweigeschlechtlichkeit, Veggie-Day.
Brezinka hat 1972 auf die Widersprüche der Neuen Linken hingewiesen, die heute die Grünen kennzeichnen: "Es finden sich neben naiv-fortschrittsgläubigen auch sehr pessimistische Aussagen über die Natur und die Zukunftsfähigkeit des Menschen." Die Grünen sind voll des Mitleids für die Tiere, die nicht "artgerecht" leben und wollen ihnen alle möglichen "Rechte" geben. Gleichzeitig sind sie für eine radikale Liberalisierung der Abtreibung, und ihre gesamte Umweltpolitik geht von der Vorstellung des Menschen als Raubtier aus.
Brezinka: "Die Deutung unserer gesellschaftlichen Situation reicht von einseitig übertriebenen Schilderungen tatsächlich vorhandener Schattenseiten, aus denen echte Sorge um wirkliche Menschen spricht, bis zur totalen Verneinung alles Vorhandenen, zur Verachtung des Menschen, wie sie sind, zum Haß auf jegliche Ordnung, zur Lust an der Zerstörung, an der Anarchie."
Wie will die Neue Linke das alles verändern: "Erziehung und Umerziehung sollen also vorwiegend dazu dienen, die Menschen ihrer Kultur zu entfremden, sie von den Bindungen an die Normen ihrer Gesellschaft zu befreien". Zu diesem Zweck sollten Schulen, Universitäten, Medien und der Kulturbetrieb erobert werden.

Den Menschen zu seinem "Glück" zwingen

Weil man die Schöpfung des "Neuen Menschen" anstrebt, haben die Grünen überhaupt kein Problem, die Liberalisierung von Inzest und die Abschaffung der Ehe, das Sonntagsfahren und Süßigkeiten verbieten oder den Veggie-Day - nur in der Oberfläche widersprüchliche Forderungen - gleichzeitig zu fordern. Der Mensch muß eben zu seinem Glück gezwungen werden - so die grüne Anthropologie.
Die Grünen haben schon viel Macht für das Erreichen ihrer Ziele ansammeln können. Unsere Aufgabe ist es, sie anzuhalten, bevor es nicht mehr möglich ist.

Über Mathias von Gersdorff

Diplom-Volkswirt (Bonn) und katholischer Publizist, geboren 1964 in Santiago de Chile. Seit 1990 in der Lebensrechtsbewegung aktiv. Er leitet die Aktion "Kinder in Gefahr" der "Deutschen Vereinigung für eine christliche Kultur" (DVCK) und schrieb mehrere Bücher zu Themen wie Sexualisierung der Kindheit, Lebensrecht und Christenverfolgung.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. Juni 2015: >>**Genderwahn**

Grüne werden an ihren Sex-Ideologen zugrunde gehen

Die Grünen waren im Südwesten auf dem Weg zur Volkspartei. Dank einiger Ideologen verspielen sie das. Emanzipationslinke können eben einfach nicht anders, als Privates zu reglementieren.
Die Emanzipationsverfechter haben ihren Humor verloren, und das wird ihnen noch leidtun. Der Humor war oft sarkastisch, ironisch, manchmal bewußt boshaft, aber jetzt ist er verschwunden. Eine fröhliche Loveparade, ein putzig-überschwenglicher CS-Day? Das kommt alles an sein Ende. An ihre Stelle tritt der verordnete Zwang zu einer bestimmten Sichtweise, schon lange, aber hinzu kommen jetzt auch offener Haß gegen angeblich Rückwärtsdenkende, eine manchmal kaum verhüllte Verfolgungsfreude, ein gedankenpolizeilicher Schub schon beim Aufwachen.
Die Linke möchte von früh bis spät eine Toleranz verordnen, deren Grenzen nicht mehr das Gesetz, sondern ihr eigenes subjektives Empfinden ist. An die Stelle humorvoller Loveparade-

Tänzer treten Femen-Kämpferinnen, oder Internetinquisitoren mit Decknamen, oder Bildungsideologen, die Grundschüler im Unterricht fächerübergreifend mit Wörtern wie "intersexuell" verwirren wollen.
Die Vertreter einer solchen Weltsicht sind in vielen Parteien zu finden, und sie erheben einen Herrschaftsanspruch. Die Anhänger politischer "Korrektheit" versuchen nicht, die Gleichbehandlung von Minderheiten durchzusetzen, sondern deren gesellschaftlich und politisch tief verankerte Vorbildrolle. Diese Rolle soll so alternativlos und so verhaltensbestimmend sein wie früher das von der Linken bekämpfte Patriarchat.
Das ist oft so bei derartigen Bewegungen - man möchte die Macht des Gegners gerne selber haben. Und zwar in genau demselben Umfang. Wenn diese Macht erreicht ist, dann soll der Mehrheit, gegen die man bisher kämpfte, das Lachen vergehen. So, wie die Emanzipationskommissarinnen und -kommissare das Lachen schon längst verloren haben.

Der Kompaß steht auf N - wie Nulltoleranz

Ihr Kurs mit der Kompaßnadel auf N wie Nulltoleranz wird sie bald in Probleme stürzen, die sie in ihrer Verstiegenheit nicht sehen. Da hat die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer ganz recht. Die formalrechtliche Gleichheit von Minderheiten ist nicht ohne Weiteres verfassungsrechtlich darstellbar, geschweige denn ihre Vorrangstellung. Wer Ja zur vollen gleichgeschlechtlichen Ehe sagt, könnte auch Ja zur Vielehe sagen müssen.
Aber da ist noch mehr. Wer Ja zur Vorbildrolle geschlechtlicher Minderheiten sagt, könnte auch Ja zur Vorbildrolle politischer Minderheiten sagen müssen - und zwar aller solcher Minderheiten. Die gesellschaftliche Linke ist aber schnell mit Verwaltungsmaßnahmen zur Hand, wenn es um die Ausgrenzung rechtspopulistischer und rechtsradikaler Minoritäten geht.
Das Bundesverfassungsgericht schreitet immer öfter sogar für offen nazistische Rechtsextremisten ein, nicht weil die Richter mit ihnen sympathisierten, sondern weil die Verwaltungsmaßnahmen verfassungsrechtlich bedenklich sind. Es geht den Minderheits-Heroisierern wie allen Ideologen nicht um Minderheitenschutz im Sinne einer möglichst weiten rechtlichen Schutzsphäre. Es geht ihnen um die eigene Macht, und dann: Pfui, weg mit den Andersdenkenden.
Das sieht man an einem anderen Reflex. Bei niemandem sind sie so schnell auf Stigmatisierung aus wie bei Gegnern, die bei Geschlechterthemen sagen, sie sprächen für die Mehrheit. Die Korrektheitskämpfer begründen das unter anderem damit, daß geschlechtliche Minderheiten biologisch vorbestimmt seien, während religiöse oder politische Minderheiten eine freie oder jedenfalls nicht genetisch vorbestimmte Haltung verträten.

Genderwissenschaft hat ihre Berechtigung

Das kann man so sehen, aber rechtfertigt keine Kopf-ab-Politik gegen die gesellschaftliche Mehrheit. Eine derartige Politik schadet dem Fortschritt. Denn natürlich haben Anliegen wie Gender oder gleichgeschlechtliche Ehe ihre Berechtigung. Es gibt detaillierte Genderforschungen dazu, wie unterschiedlich Frauen und Männer manche Alltagsprobleme angehen und welche Folgen das für Technikkonzerne oder Wirtschaftsstrukturen haben könnte - ohne jedweden diskriminierenden Ansatz.
Warum Männer in Passau nicht mehr "Fensterln" dürfen
Fensterklettern verärgert Gleichstellungsbeauftragte: Weil es immer nur die Männer sind, die zu den Damen ins Fenster steigen, soll die spaßige Disziplin "Fensterln" zum Campus-Fest in Passau so nicht stattfinden.
Es gibt die breite Schicht der Menschen, die eine gleichgeschlechtliche Verbindung oder eine Geschlechtsumwandlung als etwas Alltägliches empfinden, solange das eine individuelle Glücksentscheidung statt eine politische Vorbildhaltung ist. Das alles wird von den Vulgär-Vorkämpfern einer "Genderpflicht" und einer "Ehe für alle" verschüttet, weil sie den Eindruck erwecken, eine Ideologie der Minderheitenmacht durchpauken zu wollen. Wenn man das hu-

morvoll sehen wollte, könnte man sagen, bald werden reine Männerrunden vorsichtshalber behaupten, einige der Männer seien früher einmal Frauen gewesen.
Will man es realistisch sehen, dann muß leider gesagt werden: Die Stuttgarter Sexualkundepläne sind eine Jungpionierindoktrination zum Sozialismus in Neuauflage, nur diesmal gegen heterosexuelle Eltern statt gegen Kapitalisten. "Allzeit bereit!" Wofür? Für die Achtung anderer Lebens- und Bewußtseinsformen? Nein. Die Stubenneurotiker der oktroyierten Sexualvielfalt erziehen Grundschüler zur Verachtung der Mehrheit. Darauf läuft es hinaus. So hat sich die Mehrheit die Ausweitung frühkindlicher Bildung nicht vorgestellt.

Geht es bloß um die Macht?

Diese Mehrheit hat nicht immer Recht. Aber sie hat in der stabilen Demokratie ein gutes Gefühl dafür, wo bloß Macht erobert werden soll, statt die Gesellschaft voranzubringen. Wer Kindern in die Kindheit pfuschen möchte, sobald sie in der staatlichen Pflichtschule solchen Pfuschern ausgeliefert sind, wird merken, daß Fürsorge- und Vertrauensbruch Konsequenzen hat.
Die Grünen waren im Südwesten auf dem Weg zur Volkspartei. Sie sind dank einiger Ideologen dabei, den Bonus zu verspielen. Nun herrscht wieder der Eindruck: Emanzipationslinke können eben einfach nicht anders, als Privates zu politisieren, an die Öffentlichkeit zu zerren und zu reglementieren. Tübingens grüner Bürgermeister Boris Palmer spürt das, und einige andere spüren es auch. Vor allem aber spürt es die Landes-CDU, die nun ein Gegenkonzept vertreten kann, das ihr womöglich den Weg in die Staatskanzlei öffnet.
Das Ende des Versuchs, Grundschüler zu Sexualpionieren zu erziehen, wird das Ende von Machtstrebern sein, die nicht wahrhaben wollen, was sonst jeder weiß: Die Mehrheit entscheidet. Und diese Mehrheit, gerade weil sie in Lebensfragen inzwischen sehr tolerant ist, möchte keine Bevormundung durch die schulische Hintertür, sondern Ausgewogenheit.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. November 2015: >>**Energiewende: So teuer wird der Atomausstieg für die Deutschen**

Bis Ende 2016 wird ein deutscher Durchschnittshaushalt die Energiewende mit 540 Euro subventioniert haben – Tendenz steigend. Besonders schlimm daran: Das Projekt ist noch nicht einmal erfolgreich. ...
Versprochen hatte Angela Merkel anderes. In ihrer Regierungserklärung zur Energiepolitik drei Monate nach dem Reaktorunglück in Fukushima erklärte die Kanzlerin im Juni 2011, Strom müsse bezahlbar bleiben. Die EEG-Umlage von damals 3,5 Cent solle nicht weit über dieses Niveau steigen. Vier Jahre später läßt sich konstatieren: Diese Versprechen wurden gebrochen. Von den insgesamt 540 Euro Mehrkosten für einen Durchschnittshaushalt seit 2011 entfallen laut dem IW Köln allein 350 Euro auf die Förderung von Öko-Strom.
Zweifel am Erfolg der Energiewende
... Auch die Wirtschaft macht sich Sorgen. "Mehrbelastungen für Unternehmen und Privathaushalte in Höhe von 100 Milliarden Euro in zehn Jahren sind nicht unrealistisch", sagt DIHK-Chef Eric Schweitzer. Die Politik solle die Notbremse ziehen und etwa auf die höhere KWK-Förderung verzichten.
Befürworter der Energiewende argumentieren: Der Atomausstieg verursacht nun einmal Kosten. Aber ist die Energiewende nicht dennoch ein Erfolg? Seit Inkrafttreten des EEG vor 15 Jahren ist der Anteil des Ökostroms auf 28 Prozent gestiegen. Zeigt das nicht, daß Atom- und Kohlestrom ersetzbar sind? Wissenschaftler des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg haben ihre Zweifel. Sie stellten jüngst fest: Trotz dreistelliger Milliarden-Beihilfen deckt die Windkraft erst 1,2 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs, die Solarenergie sogar nur ein Prozent.
Wie kann das sein? Beliefert nicht eine Windkraftanlage mehr als tausend Haushalte mit Strom? Sollten bei den mehr als 20.000 Windrädern nicht 20 Millionen Haushalte mit Öko-

strom versorgt sein? Ist damit die Energiewende nicht fast schon geschafft? "Nein", stellten die Physiker fest. So hat der gesamte deutsche Stromverbrauch nur einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtenergie-Verbrauch Deutschlands. Und die privaten Haushalte stehen wiederum nur für 26 Prozent des gesamten Stromverbrauchs.
Der Beitrag von Ökostrom zum Klimaschutz ist damit fast verschwindend gering. "Selbst wenn alle Haushalte in Deutschland ihren Strom aus erneuerbaren Quellen bezögen, so wären erst 3,6 Prozent der Energiewende geschafft", sagt Studienautor Dirk Dubbers. Tatsächlich müßte der Klimaschutz eher bei der Heizenergie oder dem Verkehr ansetzen. "Wird im Verkehrssektor acht Prozent weniger Kraftstoff verbraucht, so spart dies mehr Energie ein, als alle bestehenden Windkraftanlagen produzieren", so Dubbers. ...<<
Der deutsche Unternehmer und Verleger Bernd Förtsch berichtete am 19. Februar 2016 im Börsenmagazin "DER AKTIONÄR": >>**Merkels (Null-)Planwirtschaft**
Wer erfolgreich sein will, muß Opfer bringen. Keiner weiß das besser als Kanzlerin Angela Merkel. Wer sich von einer schüchternen Uckermark-Perle zur mächtigsten Frau Europas entwickelt, hat sicher viele Opfer gebracht. Leider wird immer deutlicher, daß sie für ihre Karriere etwas opfert, was mir sehr am Herzen liegt: Deutschland.
Symptomatisch dafür ist die Situation der Versorger, allen voran bei RWE. Die nach Fukushima eingeleitete Energiewende war und ist nichts anderes als Improvisationspolitik aus wahltaktischen Gründen. Das Opfer bringen deutsche Unternehmen und Verbraucher, die im internationalen Vergleich mit die höchsten Energiekosten verkraften müssen. Ein Standortnachteil, der Deutschland Investitionen und am Ende viele Arbeitsplätze kostet.
Denn bei RWE – und im Umkehrschluß dann auch bei E.ON – stehen nicht etwa die Dividenden für die Aktionäre und für Ruhrpott-Kommunen im Feuer. Das ist zu verkraften. Am politisch verursachten Niedergang von RWE und E.ON hängen 120.000 Arbeitsplätze, welche die Kanzlerin potentiell auf dem Gewissen hat. Angesichts des Teufelskreises, in dem sich die Versorger befinden, würde es mich nicht wundern, wenn eines Tages die Verstaatlichung des Energiesektors als "alternativlos" diskutiert wird.
Daß der planwirtschaftliche Irrsinn hierzulande nicht längst zum großen Knall geführt hat, ist der Tatsache geschuldet, daß für Exportweltmeister Deutschland mit Nullzinsen und dem schwachen Euro die denkbar besten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorherrschen. Nur deshalb und dank des damit verbundenen größten Steueraufkommens aller Zeiten kann sich Merkels Finanzchef Wolfgang Schäuble für seine schwarze Null auf die Schultern klopfen. Daß es bei diesen Rekorden nicht möglich ist, Schulden zu reduzieren, ist ebenso ein Armutszeugnis wie Schäubles Tragfähigkeitsbericht: Deutschlands Staatsfinanzen sind alles andere als zukunftsfest.
Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang die konzertierte Attacke auf das Bargeld. Doch dafür gibt es eine einfache Erklärung: Es müssen künftig eben noch mehr Opfer gebracht werden. In einem rein digitalen Finanzsystem können die Opferlämmer – die Steuerzahler – schneller zur Schlachtbank geführt werden.
Was uns Merkel als soziale Marktwirtschaft verkaufen will, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiederauferstehung einer gescheiterten DDR-Planwirtschaft, die vor 26 Jahren begraben wurde. Ein Rückfall in Merkels sozialistische Jugendzeit entspricht nicht meiner Vorstellung von Deutschlands Zukunft.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 4. November 2016: >>**Rot-rot-grüne Erziehungsdiktatur**
"Schlimmer geht’s nimmer?" - Solche Stoßseufzer sollte man in der Politik tunlichst vermeiden, sie werden zu schnell von der Wirklichkeit widerlegt. Wer geglaubt hat, mit dem rot-schwarzen Stillstandssenat der letzten fünf Jahre wäre schon der Tiefpunkt des Regierungsversagens in der deutschen Hauptstadt erreicht gewesen, wird durch die ersten durchgesicker-

ten Details aus dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag eines besseren belehrt.
Denn was unternimmt ein Bundesland, das vom pausenlosen Ansturm der Masseneinwanderung sowieso schon überfordert ist und nicht mehr weiß, wohin mit all den illegalen Einwanderern? Genau: Einen faktischen Abschiebestopp. Nichts anderes bedeutet die Einigung der Scharf-Links-Koalition, Abschiebungen künftig nur noch als "ultima ratio" vorzunehmen.

Wer soll's bezahlen?

Dem Erfindungsreichtum sind keine Grenzen gesetzt: Keine Abschiebungen aus Krankenhäusern und Schulen, keine Trennung von Familien, mehr Wohnungen für illegale "Asyl"-Immigranten (wer soll's bezahlen? Berlin ist faktisch pleite!), und eine "Expertenkommission", die "alle juristischen Möglichkeiten ausloten" soll, "damit Flüchtlinge bleiben können". Selten hat eine Landesregierung die Entschlossenheit zum offenen Rechtsbruch frecher schwarz auf weiß festgehalten.
Daß ausgerechnet CDU-Innenstaatssekretär Bernd Krömer sich darüber echauffiert, ist allerdings eine lustige Ironie. Schließlich hätte ja der CDU-Innensenat auch schon dafür sorgen können, die rund zehntausend abgelehnten Asylbewerber, deren Abschiebung überfällig ist, in ihre Heimatländer zurückzuschaffen.
Rot-Rot-Grün aber sind sogar die gerade mal 1.748 Abschiebungen im laufenden Jahr schon zuviel. Krömer indes verweist fröhlich darauf, daß ja auch der rot-rote Vorgängersenat bis 2011 geltendes Recht schon nicht angewandt hätte. Das Schwarze-Peter-Spiel der organisierten Verantwortungslosigkeit hat Methode, nicht nur in Berlin.

Autofahrer: Lieblingsfeind aller Öko-Ideologen

Mindestens so begeistert wie an der Verhätschelung von "Flüchtlingen" und der von ihnen abhängigen Asylindustrie-Klientel basteln linke Regierungen allerdings an der Erziehungsdiktatur zur Bevormundung entnervter Bürger. Und wer eignet sich dazu besser als die Autofahrer, Lieblingsfeind aller linken und grünen Öko-Ideologen?
Noch weniger Parkplätze, noch mehr Tempo-30-Zonen, noch schmalere Straßen, Ausweitung bereits grandios gefloppter Experimente wie der "Begegnungszonen" mit Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer und noch mehr Park-Abzocke sind nur einige Punkte aus dem genüßlich durchgestochenen Horrorkatalog.
Damit nicht genug: Der Boulevard Unter den Linden soll zur Fußgängerzone werden - nicht nur vor dem wiedererrichteten Schloß, wo eine Verbindung zum Lustgarten sinnvoll wäre, sondern gleich auf der ganzen Länge, damit das Verkehrschaos auf den Parallelstraßen ins Unermeßliche steigt.

Nicht Konjunkturmotor, sondern Subventionsempfänger

Sollen die Berliner doch Fahrrad fahren, die notorisch unpünktliche S-Bahn nehmen oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln unerfreuliche Begegnungen mit Taschendieben und gewaltbereiten orientalischen Landnehmern riskieren. Das rot-rot-grüne Spitzenpersonal, das sich so gern mit seiner Liebe zu Fahrrad und U-Bahn spreizt, wohnt ja gediegen und hat im Senatorenrang nebenher auch Anspruch auf Dienstwagen und Chauffeur.
Ja, aber in London oder Oslo gibt es doch sogar die noch viel strengere City-Maut, rigorose Fahrverbote, oder die Innenstadt ist sogar komplett gesperrt, hört man die politisch korrekten Sekundanten zu Hilfe eilen. Das sind allerdings auch Hauptstädte, deren durchschnittliche Wirtschaftsleistung über dem Rest des Landes liegt.
Berlin aber ist in Deutschland nicht Konjunkturmotor, sondern Subventionsempfänger, dessen künftige linke Regierung nichts dabei findet, aus ideologischen Gründen den wenigen wirtschaftlich Produktiven mit lustvoll ausgedachten Verkehrsschikanen das Leben noch saurer zu machen. Dümmer geht immer.<<

Schlußbemerkungen: Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der

japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.
Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.
Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtete am 30. Juni 2011: >>Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022
Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 – als erste führende Industrienation.
Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.
Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.
Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.
SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückgekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.
Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.
Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<

Versorgungssicherheit geht verloren

Wenn man im Jahre 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) ersatzlos abschalten muß, wird es in Deutschland große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben.
Da der Ersatz alter und störanfälliger Betriebselemente aufgrund von finanziellen Problemen der Energieversorgungsunternehmen unterbleibt, wird durch Überalterung der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen sowie wegen fehlender Vorhaltung von ausreichenden Reserven die bisherige vorbildliche deutsche Energieversorgungssicherheit zunächst schleichend sinken und schließlich verloren gehen. Vor allem fehlende Reservekraftwerke werden vielerorts zu dramatischen Versorgungsengpässen führen.

Störungsfälle (regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche), die Stromschwankungen, Naturkatastrophen oder andere Ereignisse auslösen können, sind infolge der katastrophalen Folgen der staatlich angeordneten Planwirtschaft ("Energiewende") nicht mehr kurzfristig zu beheben, denn die systematisch ruinierten Energieversorgungsunternehmen verfügen nicht mehr über genügend eigene Energiespezialisten. Die Anbieter des Billigstroms besitzen im allgemeinen kein teures Fachpersonal, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen kommen wird.

Fehlende Versorgungssicherheit zerstört den Industriestandort Deutschland und die gesamte volkswirtschaftliche Infrastruktur des Landes

Die Kernenergie bietet zur Zeit die einzige realisierbare Alternative, um den künftigen Energiebedarf unseres hochindustriellen Landes mittel- und langfristig zu befriedigen. Der durch die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) willkürlich angeordnete Ausstieg aus der Kernenergie (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt derzeit sichersten aller 473 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022) wird Deutschland zu einem Stromimportland degradieren und alle stromintensiven Industriebetriebe werden sehr schnell wegen fehlender Versorgungssicherheit ins Ausland abwandern.

Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (Handy, Internet etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

Die Deutschen sollten sich deshalb rechtzeitig von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen staatlichen "Energiewende" (entschädigungslose Enteignung der privaten Energieerzeuger und staatliche Planwirtschaft) darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und geringerer Lebensqualität auszukommen.

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine weiteren fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank der ideologischen Energiewende der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln (verspätete Verwirklichung des Morgenthau-Plans).

Die staatlich angeordnete "Energiewende" (nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft) wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. In Deutschland werden voraussichtlich spätestens ab 2022 nicht nur unentwegt die Lichter ausgehen, sondern auch die Zahl der sogenannten "Freunde" wird schon bald sehr übersichtlich sein, wenn der bisherige "Zahlmeister der EU" selbst wirtschaftliche und finanzielle Hilfe benötigt!

Die einseitige Erinnerungskultur der umerzogenen Deutschen

> Ich wartete auf das Gute, und es kam das Böse; ich hoffte auf Licht, und es kam Finsternis.
> *Hiob 30, 26*

Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den

Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.
Im amtlichen statistischen Jahrbuch von 1956 gab Polen die Bevölkerungsverluste des Zweiten Weltkrieges mit mehr als 6,0 Millionen an (x025/176). Die polnischen Verluste wurden damals wahrscheinlich nicht ausreichend wissenschaftlich aufgearbeitet. Bei den bisherigen historischen Untersuchungen prüften die polnischen Statistiker allem Anschein nach nicht, wie viele polnische Staatsbürger z.B. der sowjetischen "Befreiungsmission" und den eigenen internen "politischen Säuberungen" und Racheaktionen (sog. "Volksverräter") zum Opfer fielen.
Die polnischen Bevölkerungsverluste von mehr als 6,0 Millionen enthalten vermutlich auch:
Ca. 2.800.000 ermordete polnische Juden (x061/482, 033/621).
Ca. 1.222.000 "verschollene Reichs- und Volksdeutsche", die in den deutschen Ostgebieten (ohne Ostpreußen und Memelland) und in den polnischen Siedlungsgebieten umkamen (x016/79).
Ca. 750.000 bis 760.000 Volkspolen, die während der sowjetischen Besatzung starben (x025/177, x264/20).
Ca. 320.000 gefallene polnische Soldaten und Partisanen (x041/152).
Ca. 166.000 zivile Todesopfer des Warschauer Aufstandes (x051/620).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die polnischen Bevölkerungsverluste (x025/174-177): >>... Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die furchtbaren Verluste der Juden im ehemaligen Großpolen dazu benutzt, um den "Blutzoll des polnischen Volkes" möglichst hoch erscheinen zu lassen – z.T. von den gleichen Nationalisten, die sich 1938 für eine Entfernung der "deutschen Juden" aus Polen eingesetzt hatten. Wie schrieb schon 1929 Felix Deutsch: "Gegenüber den Juden zieht man gewöhnlich einen scharfen Trennungsstrich. Wenn aber einer berühmt geworden ist, beispielsweise der Mediziner Remak oder Madame Curie, erkennt man sie flugs als Polen an." ...
Kein Wunder, daß sich – außer polnischen KP-Propagandisten – nur wenige Statistikexperten genauer mit der Frage befassen, wieviele Polen denn nun wirklich durch die Nazis umgebracht wurden; meist begnügt man sich mit einem pauschalen Hinweis, daß während des Krieges zwischen 4 und 5 Millionen polnischer Staatsangehöriger in Ost und West umgekommen sind.
Die polnische Regierung gibt sogar 6 Millionen an und erweckt dabei gern den Eindruck, es handle sich ausschließlich um NS-Opfer.
Die Gründe dieser Taktik liegen auf der Hand; einerseits möchte man die "brüderliche Sowjetunion" nicht mit der Millionenzahl der Opfer des Stalinismus in Ostpolen belasten, andererseits aber auch die eigene Position bei polnisch-deutschen Verhandlungen stärken. – Eine Statistik auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit und nicht der Nationalität ist wenig aussagekräftig, weil man dabei polnische und deutsche, ukrainische und jüdische, weißrussische und litauische Opfer ebensowenig unterscheiden kann wie die deutschen, russischen, polnischen und ukrainischen Täter.
Der Vollständigkeit halber sei jedoch erwähnt, daß nach neueren wissenschaftlichen Untersuchungen die gesamten Kriegsverluste an polnischen Staatsbürgern (also Polen und nichtpolnische Minderheiten) in Ost und West vermutlich bei maximal 4 Millionen, im kongreßpolnischen Gebiet (von der UdSSR 1939 annektierte Gebiete) unter 2,35 Millionen liegen dürften. Da diese Forschungen noch nicht abgeschlossen sind, kann man durchaus weitere Präzisierungen erwarten. ...
Es geht bei der Untersuchung der deutsch-polnischen Beziehungen also zunächst darum, einerseits die Verluste der nichtpolnischen Nationalitäten und Minoritäten im polnischen Staats-

und Verwaltungsbereich zu eliminieren und andererseits die Verluste durch Gewalttaten der Sowjets, Ukrainer und der Polen selbst. Tut man dies nicht, so geraten alle Statistiken heillos durcheinander; aus einem von Polen 1939 oder 1944/45 erschlagenen Volksdeutschen würde ein polnisches NS-Opfer, und ein ermordeter Jude jiddisch-deutscher Muttersprache aus dem ukrainischen Lemberg (vormals Ostpolen) z.B. erschiene in den polnischen, jüdischen und russischen Verlustrechnungen zugleich und würde sich gleichsam verdreifachen.
Wohl die gründlichsten wissenschaftlichen Analysen des Problems stammen von Albin Eissner (Alfred Bohmann) und Alfred Schickel. Sie errechnen unter Berücksichtigung amerikanischer Forschungsergebnisse rund 570.000 Menschen polnischer Abstammung, die entweder 1939 im Krieg und später bei Partisanenkämpfen gegen deutsche Truppen gefallen sind oder durch die Nazis ermordet wurden.
(Von der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Polens starben mindestens 750.000 Volkspolen, die meisten davon bei Deportationen.)
Per Saldo bleibt festzuhalten, daß die Propaganda der polnischen Kommunisten – ähnlich wie die der deutschen Nationalsozialisten nach dem Bromberger Blutsonntag – die durch das Nachbarland erlittenen Verluste ihrer Landsleute mit dem Zehnfachen der wirklichen Größenordnung angibt.
"Historiker in einem totalitären Staat sind mächtiger als der liebe Gott: sie können sogar die Vergangenheit ändern" (Salvador de Madariaga). ...<<
Prof. Dr. Hermann Pfister berichtete später über die deutschen Verluste während der polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>.. Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen ...
Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenslose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden.
Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Bevölkerungsverluste nach dem sowjetischen Einmarsch in Ostpolen (x046/158): >>... Von 250.000 polnischen Kriegsgefangenen sind 148.000, von 1,6 bis 1,8 Millionen deportierten polnischen Zivilpersonen 600.000 in der Sowjetunion zugrundegegangen, und von 600.000 in die Sowjetunion deportierten polnischen Juden verschwanden 450.000 spurlos.<<
Im Jahre 1963 berichtete die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau, Bd. V.), über die Verluste des Zweiten Weltkrieges (x047/318): >>... Der Zweite Weltkrieg war der verheerendste und blutigste aller Kriege. Er forderte über 50 Millionen Tote. In allen kriegsführenden Ländern wurden materielle Werte von mehr als 316 Mrd. Dollar vernichtet.
Die Sowjetunion hatte die Hauptlast des Krieges zu tragen. Sie verlor 20 Millionen Menschen, 1.710 Städte, 70.000 Dörfer und 32.000 Industriebetriebe wurden zerstört. Damit erbrachte sie die schwersten Opfer. Sie spielte bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus und japanischen Militarismus die Hauptrolle. ... Von den sowjetischen Streitkräften wurden 607 Divisionen und von den Alliierten 176 Divisionen der Länder des faschistischen Blockes zerschlagen oder gefangengenommen. Deutschland verlor an der sowjetisch-deutschen Front 10 Millionen Mann (Gesamtverluste – 13,6 Millionen Mann) und 75 % der Kampftechnik und Waf-

fen. ...<<
In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45") wurden sowjetische Verluste in Höhe von 20 Millionen Menschen angegeben (x047/318). Bei den bisherigen historischen Auswertungen (Bevölkerungsstatistiken, wissenschaftliche Berechnungen etc.) prüften die sowjetischen Statistiker bisher anscheinend noch nicht, wie viele dieser sowjetischen Todesopfer eigentlich Stalins internen "politischen Säuberungen" und Racheaktionen (sog. "Volksverräter") zugeordnet werden müssen.
Die sog. "offiziellen Verluste" der UdSSR des Zweiten Weltkrieges enthielten mit großer Wahrscheinlichkeit viele Todesopfer, die während oder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch Stalinisten getötet wurden. In diesen "Kriegsverlusten" waren vermutlich auch die Deportationsverluste der Rußlanddeutschen, Ukrainer, Esten, Letten, Litauer, Kaukasier, Kalmücken und Krim-Tataren enthalten (x025/259).
Nach dem Kriegsende verschleppten die Sowjets insgesamt rd. 5,5 Millionen ehemalige Staatsbürger der UdSSR (Kriegsgefangene, Fremdarbeiter, volksdeutsche Flüchtlinge, Antikommunisten, Emigranten, Kosaken, Soldaten der Wlassow-Armee) nach Sibirien. Allein in den westdeutschen Besatzungszonen lieferten die nordamerikanischen und britischen Besatzungstruppen nach dem Kriegsende ca. 2,27 Millionen ehemalige Sowjetbürger gegen ihren Willen an die UdSSR aus. Da die Ausgelieferten wußten, welches Schicksal sie erwartete, mußte man sie meistens mit brutaler Gewalt an die Sowjets übergeben (x026/21).
Der britische Historiker Nikolai Tolstoy schrieb später in seinem Buch "Stalin's Secret War", daß Stalins Terror gegen die eigene Bevölkerung (Systemgegner, sowjetische Nationalitäten und andere Minderheiten) ungezählte Opfer forderte. Mehr als 50 % aller Zivilisten, die in den Jahren 1941-45 in der UdSSR umkamen, sollen Opfer der stalinistischen Verfolgungs- und Umsiedlungsaktionen geworden sein (x025/113).
Nach systematischer Analyse der 20 Millionen "Kriegsopfer" der Sowjetunion kam Nikolai Tolstoy später zu folgendem Ergebnis (x026/22): >>Es ist offenkundig, daß die Todesfälle, die den Deutschen unmittelbar zuzuschreiben sind, nur ein Drittel, höchstens die Hälfte der sowjetischen Gesamtverluste an Menschenleben in den Jahren 1939-1945 ausmachen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die sowjetischen Bevölkerungsverluste (x025/113): >>... Die große Leidensfähigkeit des russischen Volkes war schon durch Lenins Terrorregime auf eine harte Probe gestellt worden. Diese Zeit liegt zwar heute weit zurück, aber gerade darum sollte man mit Solschenizyn immer wieder daran erinnern, daß noch zu Lebzeiten Lenins so viele Unschuldige umgebracht wurden wie später in Hitlers Machtbereich (daß diese Tatsache nicht den Nationalsozialismus entlastet, sondern den Kommunismus belastet, bedarf keiner Betonung).
Weitere Millionen starben unter Stalin in Lagern, bei Deportationen, bei Säuberungen in Partei und Armee und im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Churchill gegenüber gestand Stalin am 16.8.1942, daß allein die Kollektivierung 10 Millionen Menschenleben gekostet habe.
Zum 50. Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution von 1917 veröffentlichten französische und belgische Wissenschaftler Erhebungen, die mit den Ergebnissen des Internationalen Roten Kreuzes übereinstimmten. Danach forderte die Sowjetherrschaft bis dahin rund 49 Millionen Menschenleben. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die Opfer der frühen Kriege gegen Finnen, Balten, Polen usw. und die Opfer des Zweiten Weltkriegs. Mindestens 12 Millionen dürften 1945 in Lagern gelebt haben.
Ungeahnte Höhepunkte erreichte der sowjetische Terror gegen die eigene Bevölkerung, den Nikolai Tolstoi als Stalins geheimen Krieg bezeichnet hat, während des 2. Weltkriegs. Man nimmt an, daß über die Hälfte derer, die in der Sowjetunion zwischen 1941 und 1945 ums

Leben kamen, Opfer des kommunistischen Terrors gegen Systemgegner, Verdächtige, nichtrussische Nationalitäten usw. wurde.
Der Anglorusse N. Tolstoy hat in seinem Buch "Stalin's Secret War" den unbeschreiblichen Leiden der Menschen in der Sowjetunion unter den Massenmördern Hitler und Stalin ein würdiges Denkmal gesetzt.<<
Das BdV-Präsidium kritisierte am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<
Der deutsche Historiker Mathias Beer berichtete später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die Veränderung der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland (x879/17-33): >>**I. 'Flucht und Vertreibung' - eine Chiffre**
'Flucht und Vertreibung' sind in der deutschen Sprache zu einer Chiffre geworden. Sie steht für die gewaltsame, Hunderttausende von Todesopfern fordernde Verschiebung von mehr als zwölf Millionen Deutschen und damit für den zahlenmäßig größten Teil der europäischen Zwangsmigrationen am Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie steht für einen Vorgang mit einer weit über den Zweiten Weltkrieg hinausreichenden zeitlichen Dimension. ...
II. Die "Dokumentation der Vertreibung"
Die Quellengrundlage für die "Dokumentation der Vertreibung" bildet ein Teil der "Ost-Dokumentation". Dabei handelt es sich um eine Gruppe von etwa zwei Dutzend Sammlungen des Bundesarchivs. Sie enthalten Selbstzeugnisse aller Art - Erlebnisberichte, Befragungsprotokolle, Tätigkeitsberichte von Amtsträgern - über die Zustände und Ereignisse vorwiegend der Jahre 1930 bis 1947 in den reichsdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße, in den vom Deutschen Reich während des Zweiten Weltkriegs annektierten oder besetzten Gebieten, in den Siedlungsgebieten deutscher Minderheiten in Ost-Mitteleuropa, sowie historisch aufgearbeitete Unterlagen zu diesen Gebieten.
Einen Teil der Sammlungen hat das Bundesarchiv Mitte der 1950er Jahre von anderen Archiven, von Institutionen und Einzelpersonen übernommen. Ein anderer Teil geht auf die in amtlichem Auftrag oder vom Bundesarchiv selbst eingeleitete und durchgeführte Sammeltätigkeit zurück. Die damit betraute Organisationseinheit des Bundesarchivs trug ebenfalls die Bezeichnung "Ost-Dokumentation" und bestand von 1956 bis 1976. ...
Der von Anfang an geplante sechste und letzte Band der 'Dokumentation der Vertreibung', in dem die skizzierte Kontextualisierung von 'Flucht und Vertreibung' einschließlich der nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Umsiedlungspolitik vorgenommen wurde, ist, obwohl er weitestgehend fertiggestellt war, nicht mehr erschienen. ...
Der Band ist auch deshalb nicht erschienen, weil seine Fertigstellung von dem sich gewandelten Verhältnis der bundesdeutschen Gesellschaft und auch der deutschen Geschichtswissenschaft zur NS-Zeit in den Schwellenjahren um 1960 eingeholt wurde. Der bis dahin in der offiziellen Erinnerungskultur der Bundesrepublik gepflegte Opferdiskurs - Deutsche als Opfer Hitlers und des "alliierten Unrechts von Potsdam" - verwandelte sich spätestens seit dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß von 1958 und der Errichtung der "Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen" in Ludwigsburg in einen Täterdiskurs.
Deutsche wurden in zunehmendem Maß als "Täter" gesehen. Die während des Nationalsozialismus von Deutschen begangenen Verbrechen stellten von nun an jene an Deutschen während der Vertreibung begangenen in den Schatten. Der Holocaust wurde zum Flucht- und Bezugspunkt auch für die Einschätzung und Auseinandersetzung mit 'Flucht und Vertreibung'.
Ein rigoroser Dualismus von Nationalsozialismus und Holocaust einerseits und 'Flucht und

Vertreibung' andererseits, der in der "Dokumentation der Vertreibung" im Ansatz wissenschaftlich überwunden worden war, bestimmte fortan die politische, öffentliche und, soweit sie sich mit 'Flucht und Vertreibung' überhaupt noch beschäftigte, auch die zeitgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik. ...

IV. Folgen

'Flucht und Vertreibung' blieb in der Bundesrepublik, daran läßt die Geschichte der "Dokumentation der Vertreibung" keinen Zweifel, trotz aller Anstrengungen und Bemühungen von seiten der Interessenverbände, der Politik und zeitweilig auch der zeitgeschichtlichen Forschung gruppen- und trägerspezifisch verankert. ...

Erstens war die Diskussion über 'Flucht und Vertreibung' eine im wesentlichen von politischen Argumenten getragene, stark polarisierte Auseinandersetzung. Dabei hatten außen- und deutschlandpolitische Gesichtspunkte zur Folge, daß die Debatte fast ein halbes Jahrhundert auf dem Stand verharrte, der ihren Ausgangspunkt gebildet hatte: eine von einem rechtlichen Standpunkt bestimmte Position, welche durch die Blocksituation in Europa nach 1945 bedingt war und von ihr ihre andauernde Rechtfertigung erhielt.

Damit eng verbunden ist zweitens eine nicht zu unterschätzende spezifisch deutsche, innenpolitische Entwicklung. Die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik beschränkte sich seit den Schwellenjahren um 1960 auf die Erforschung und den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Sie war seither auch der Bezugspunkt für den Umgang mit dem Vertreibungsgeschehen. Dieser Bezug wurde aber in der politischen Diskussion auf eine Kausalbeziehung zwischen NS-Verbrechen und den Vertreibungs-Verbrechen reduziert.

Die Folge: Der parteipolitisch instrumentalisierte Vertreibungskomplex wurde nicht oder nur einseitig in der bundesdeutschen Erinnerungskultur verankert. 'Flucht und Vertreibung' blieben das Thema einer partiellen, von rechtlichen Gesichtspunkten bestimmten Erinnerungskultur der Betroffenen.

Aber nicht allein diese Faktoren haben, wie Dan Diner es formulierte, das Gedächtnis neutralisiert. Auch die deutsche zeitgeschichtliche Forschung hat Anteil daran, weil sie ihrer Aufgabe, kritische Aufklärungsarbeit zu leisten, in diesem Bereich äußerst unzulänglich nachgekommen ist.

Seit Anfang der 1960er Jahre hat sich die deutsche Zeitgeschichte von der Erforschung des Komplexes 'Flucht und Vertreibung' verabschiedet. Nur einige Indizien dafür sollen anhand des hier vorgestellten Beispiels erwähnt werden. Die "Dokumentation der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa" blieb unvollendet. Der umfangreiche Quellenfundus der Ost-Dokumentation war seither kein Thema der Forschung mehr.

Untersuchungen zu Einzelaspekten des Themenkomplexes wurden gelegentlich und erst seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder durchgeführt. Im Unterschied zur Erforschung des Eingliederungsprozesses der Flüchtlinge und Vertriebenen insbesondere auf regionaler Ebene ist die Zahl der Studien zu 'Flucht und Vertreibung' äußerst gering. ...

Eine Gesamtdarstellung von 'Flucht und Vertreibung' gibt es nach wie vor nicht. Neuauflagen der "Dokumentation der Vertreibung" können darüber nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, sie offenbaren gerade in der gegenwärtigen Diskussion um 'Flucht und Vertreibung' diese große Lücke um so schmerzhafter.

Im wesentlichen steht die Forschung heute noch vor der Aufgabe, vor der die "Dokumentation der Vertreibung" Anfang der 1960er Jahre stand: 'Flucht und Vertreibung' aus der monokausalen Beziehung zur nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik zu lösen, 'Flucht und Vertreibung' in den Kontext der europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts zu stellen, in den beide Komplexe gehören, und damit eine ihrer gemeinsamen Wurzeln, die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats, offen zu legen.

Erst wenn diese Zusammenhänge zum politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen

Gemeingut geworden sind, werden die Voraussetzungen gegeben sein, daß sich das deutsche historische Gedächtnis nicht mehr so "merkwürdig unsicher" zu 'Flucht und Vertreibung' verhält. ...<<

Der deutsche Historiker Manfred Kittel berichtete später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "neue Ostpolitik in den 1960er und 1970er Jahren" (x879/37-50): >>Die Schlesier und die Ostpreußen würden "zunehmend aus der deutschen Geschichte exkommuniziert"; zu den Gebieten jenseits von Oder und Neiße bestehe "im deutschen Geschichtsbewußtsein gar kein Verhältnis mehr".

Mit diesen Worten zog der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Herbert Hupka, 1982 gleichsam eine erinnerungspolitische Bilanz der zu Ende gehenden sozialliberalen Regierungszeit. Ähnliche Verdrängungsbefunde haben aber keineswegs nur konservative Politiker erstellt, sondern auch Wissenschaftler unterschiedlichster Prägung.

Der angesehene Historiker Alfred Heuß etwa äußerte sich noch drastischer über die Bewußtseinslücke der Bundesdeutschen in bezug auf den historischen deutschen Osten. Kaum jemand sei sich doch der Folgen der Vertreibung bewußt, eines Phänomens, "das man in Analogie zu Genozid mit der Bezeichnung Phylozyd" belegen müßte: Stammesmord. Denn es gebe seitdem "keine Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Sudetendeutsche mehr" und ihre Sprachen "haben aufgehört zu existieren".

Auch SPD-nahe Historiker haben zumindest davon gesprochen, daß die Vertreibung seit den 1960er Jahren "immer mehr aus dem kollektiven Bewußtsein verdrängt und lediglich als Sache der Betroffenen angesehen worden" sei. Aber kann man das wirklich so sagen? ...

Was mindestens bis 1965 zu der von allen Parteien gemeinsam getragenen politischen Kultur gehört hatte: den Verzicht auf die Ostgebiete und das Heimatrecht als Verrat zu brandmarken, eben diese Position galt schon fünf Jahre später, 1970, plötzlich als moralisch vollständig verwerflich, politisch inkorrekt, ja rechtsradikal.

Kann man den Opfern der Vertreibung und ihren demokratisch legitimierten Sprechern tatsächlich einen Strick daraus drehen, so frage ich mich, daß sie nicht in der Lage waren, in demselben Tempo entspannungspolitisch umzudenken wie der übrige, größere Teil der bundesdeutschen Gesellschaft, dem das Schicksal des Heimatverlustes erspart geblieben war?

Daß die sozialliberale Regierung den renitenten Landsmannschaften den Geldhahn zudrehte, das mochte machtpolitisch nachvollziehbar sein - erinnerungskulturell produktiv aber war das alles nicht. Ganz im Gegenteil: Viele, viele Zeitgenossen, nicht nur im sozialliberalen Milieu, meinten nun, etwas für Frieden und Entspannung zu tun, indem sie - mit Hartmut Bookmann zu reden - "die Geschichte Ostdeutschlands leugneten", Breslau nur noch Wroclaw nannten, Patenschaften für Landsmannschaften aufkündigten bzw. einschlafen ließen oder bei den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen politische Konzessionen zu Lasten historischer Fakten machten.

Wie stark dieser Zeitgeist war, erhellt vielleicht am besten daraus, daß selbst die Jugendorganisation der Vertriebenen, die Deutsche Jugend des Ostens (DJO), sich 1974 veranlaßt sah, einen neuen Namen zu erfinden. Künftig firmierte sie als "DJO - Deutsche Jugend in Europa", um die "neuen Perspektiven" der Wiederbegegnung mit den Völkern Osteuropas ganz in den Mittelpunkt zu rücken.

Für den Fortgang der Erinnerungskultur war es entscheidend, daß Vertriebenenpolitiker nicht nur an den deutschen Rechtspositionen prinzipiell festhielten, an den Grenzen von 1937; dazu war man als verfassungstreuer Bürger bis 1990 - infolge der Karlsruher Urteile zu den Ostverträgen - ohnehin verpflichtet. ...

Vor allem aber eine Entscheidung der Bundesregierung hatte negative erinnerungskulturelle Signalwirkung: Ich meine den Beschluß von 1974, die vom Bundesarchiv fertiggestellte Dokumentation der Vertreibungsverbrechen nicht zu veröffentlichen - letztlich auch dieses mit

Rücksicht auf den aktuellen Entspannungskurs Richtung Sowjetblock.
Indem damit sozusagen regierungsamtlich der Versuch unternommen wurde, eine neue Vertreibungsdebatte zu unterdrücken, waren die Zeichen der Zeit - von der großen Politik her - eindeutig auf Verdrängung gestellt, und die Folgen davon konnte man landauf, landab bis in die Dörfer der bayerischen Provinz hinein besichtigen, wenn etwa SPD-Kommunalpolitiker in einer mittelfränkischen Gemeinde den Antrag der CSU auf Errichtung symbolischer Wegweiser nach Königsberg und Stettin heftigst bekämpften und einen JU-Ortsvorsitzenden dessentwegen mit einem Brett vor dem Kopf karikierten.
Auch Meinungsumfragen förderten immer wieder zutage, wie groß die Bereitschaft in der bundesdeutschen Bevölkerung zwischenzeitlich war, den alten Osten, wie man sagte, abzuschreiben, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen oder auch das Münchner Abkommen von seiner langen Vorgeschichte seit 1919 abzukoppeln. ...
Ende 1958 erfolgte die Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen; dann wurde infolge der Hakenkreuzschmierereien zu Weihnachten 1959 die historisch-politische Pädagogik massiv verstärkt; und bald darauf kam es zu den großen NS-Prozessen gegen Eichmann in Jerusalem und gegen die Auschwitz-Mörder (ab 1963) in Frankfurt. Je stärker damit das Dritte Reich und seine Verbrechen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerieten, desto mehr nahm man den ostdeutschen Exodus von 1945 nur noch ganz ausschließlich als zwingendes Ergebnis dieser deutschen Katastrophe wahr - und insofern als eine Art quantité négligeable (Belanglosigkeit).
Ein deutschlandpolitisches Ereignis hat dieser Deutung noch zusätzlich Auftrieb gegeben: Der Bau der Berliner Mauer im August 1961, die wohl größte mentale Zäsur in der Geschichte der alten Bundesrepublik.
Schien es jetzt nicht nötig, den alten deutschen Osten definitiv zu vergessen, um mittels dieses Opfers wenigstens die Option auf eine Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands mit Unterstützung der westlichen Schutzmächte langfristig zu wahren?
Und waren nicht die Ostdeutschen ohnehin die größten Nazis gewesen und besonderen Mitgefühls nicht würdig? Eine Überinterpretation? Wohl kaum. Man sehe sich nur einmal alte Spielfilme an: "Am grünen Strand der Spree" etwa, die Verfilmung des Erfolgsromans von Hans Scholz, in der 1960 wieder einmal ein Ostdeutscher, der Ex-Unteroffizier Jaletzki, als übelste Figur des Stückes herhalten mußte. Und dieses übrigens, obwohl die Ostdeutschen in der NS-Führung tatsächlich eher unterrepräsentiert gewesen waren.
Ein weiteres kam hinzu: Der große gesellschaftliche Mahlstrom in Richtung problematischer Entspannung mit den kommunistischen Regimen, der aber - auf eine vertrackte Art - eben auch zur wünschenswerten Versöhnung mit den Völkern im Osten beitrug. Deren erschütternde Opfergeschichten während des Dritten Reiches rückten nunmehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit; so sehr, daß dies den Blick auf die spätere Täterrolle von Russen, Polen oder Tschechen mehr und mehr zu versperren begann, ja unter dem Tatbestand "Aufrechnung" unter politische Höchststrafe stellte.
Erst viel, viel später, 2002, erkannte das literarische alter ego von Günter Grass in seiner Novelle über den Untergang der Wilhelm Gustloff: "Niemals hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen."
Daß Vertreibungsverbrechen und NS-Verbrechen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander standen, hatte manchmal aber auch erinnerungskulturell durchaus produktive Folgen; etwa als die Reaktion auf den Holocaust-Film 1979 endlich einen nachhaltigeren Impuls der Beschäftigung mit dem Untergang des deutschen Ostens auch im Massenmedium Fernsehen auslöste.
Während bis dahin zum schrecklichen Geschehen des Judenmordes bereits an die 100 TV-

Sendungen ausgestrahlt worden waren, hatte die Vertreibungsverbrechen noch kaum ein Fernsehfilm eigens thematisiert.
Man fragt sich unwillkürlich, so hieß es dazu in einem Gutachten für die Bavaria Fernseh GmbH, "weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete innerhalb von drei Nachkriegsjahrzehnten" im deutschen Film kein "irgendwie bemerkenswertes und dem Faktum angemessenes Echo gefunden hat". Ein vergleichbarer Vorgang wäre undenkbar, so weiter, wenn "ein ähnliches Schicksal ... Frankreich, Italien oder England getroffen" hätte.
Aufschlußreich ist es auch, einmal den Stellenwert zu vergleichen, den die Fragen der strafrechtlichen Verfolgung von NS- bzw. Vertreibungsverbrechen in der gerichtlichen Realität wie im öffentlichen Diskurs der 60er und 70er Jahre eingenommen haben. Nationalsozialistische Verbrechen waren seit 1949, und seit 1958 entschlossener denn je, in zehntausenden Ermittlungsverfahren verfolgt worden.
Wir wissen, daß es dabei zu einer Reihe höchst problematischer Unterlassungen kam - im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten: In den von der Öffentlichkeit meist vielbeachteten Prozessen haben Staatsanwälte und Richter einen herausragenden Beitrag zur zeitgeschichtlichen Aufklärung über das Dritte Reich geleistet.
Die Vertreibungsverbrechen dagegen sind in aller Regel nicht nur nicht gerichtlich verfolgt worden; verstörender noch wirkt ein anderer Befund: Daß die praktische Schwierigkeit, der meist in kommunistischen Staaten lebenden Täter habhaft zu werden, in der Bundesrepublik nicht einmal größere gesellschaftliche Debatten ausgelöst hat.
Mitte der 60er Jahre, es war einmal mehr eine heftige Diskussion um die Verjährung von NS-Verbrechen im Gang, unternahmen einige Landsmannschaften entsprechende Vorstöße: Sie regten an, zumindest eine zentrale Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen zu schaffen, so wie sie 1961 in Salzgitter für die ebenfalls schwer zu verfolgenden Schandtaten des DDR-Regimes eingerichtet worden war.
Allein, dieser Vorstoß blieb ohne Widerhall. Wie Rufer in der Wüste wirkten Vertriebenensprecher, wenn sie immer wieder einmal die Bundesregierung ermahnten, "den an Millionen Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Verbrechen genauso" rechtsstaatlich nachzugehen, wie sie "jene Verbrechen verfolgen hilft, die von Deutschen begangen wurden".
Auf die monierte Schieflage warf das Verschwinden von Akten über polnische Vertreibungstäter 1975 ein bezeichnendes Schlaglicht. Einräumen mußte diesen Skandal der Oberstaatsanwalt am Landgericht Hagen auf Anfrage der Landsmannschaft Oberschlesien.
Der Vertriebenenverband hatte bereits zehn Jahre früher, 1965, Klage gegen sieben Wächter des berüchtigten Lagers Lamsdorf bei Oppeln erhoben, wo nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende Menschen unter schrecklichen Umständen ums Leben gekommen waren.
Unter den Tätern befand sich etwa auch Czeslaw Geborski, der nun als Polizeimajor in Kattowitz tätig war. 1975 hieß es im Schreiben des bundesdeutschen Oberstaatsanwalts, die Akten seien "bedauerlicherweise außer Kontrolle geraten"; sie hätten in der Zwischenzeit trotz eifriger Nachsuche nicht aufgefunden werden können. Im September 1979 schließlich wurde die Einstellung des Verfahrens mit der Begründung verfügt, die Bundesregierung habe davon abgesehen, wegen der Täter "an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten".
Auch wenn man die ungleich größere Dimension der NS-Verbrechen berücksichtigt, wird man sagen müssen: So harmlos war die Vertreibung der Deutschen, "das größte Vertreibungsgeschehen der Weltgeschichte" (neben dem, freilich anders gelagerten, indisch-pakistanischen Fall), nun auch wieder nicht, als daß dies den enormen Hiatus (Spalt) ganz erklären könnte, der in der öffentlichen Thematisierung beider Komplexe spätestens während der 1970er Jahre entstand. Und zwar nicht etwa, weil über die NS-Verbrechen zu viel, sondern weil über die

Vertreibung zu wenig geredet wurde.
Natürlich konnte der Prozeß der Verdrängung in einer offenen Gesellschaft letztlich kein totaler sein, Gegenkräfte vor allem in den Landsmannschaften und im konservativen Spektrum der Unionsparteien pflegten, sei es noch aus revisionistischen, sei es aus rein erinnerungskulturellen Motiven das ostdeutsche Kulturerbe. Und doch ist nicht zu übersehen, daß der Verdrängungsimpuls in der Hochzeit sozialliberaler Entspannungspolitik gesellschaftlich zweifelsohne dominiert hat und daß er vieles an Kenntnissen, auch an Interessen über den Osten unter sich begrub, was besser bewahrt worden wäre. ...
Weder für unsere Nation noch für unsere östlichen Nachbarn wäre es gut, wenn die Deutschen ihre lange Geschichte im Osten Europas weiterhin ungefähr ebenso behandeln würden wie die Episode ihrer Kolonialherrschaft in Ostafrika. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung beendete nach 18jähriger Arbeit die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (22 Dokumentenbände) und übergab im Jahre 1974 das Gesamtwerk an die deutsche Bundesregierung.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (x026/40): >>... Nach amtlichen französischen Angaben gab es zwar nur 24.178 Tote (in den französischen Kriegsgefangenenlagern). Wie auch bei den französischen Opfern der großen Säuberung 1944/45 stimmen die amtlichen Zahlen aber vermutlich nicht mit den tatsächlichen überein.
Bei der Lektüre der 22bändigen Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" fällt auf, daß der Frankreich-Band im Gegensatz zu den meisten anderen Länderberichten und trotz zugegebener Zweifel an der Richtigkeit der Angabe des Gewahrsamsstaates – offenbar aus übergeordneten Gesichtspunkten – (die amtlichen französischen Angaben) einfach übernimmt. Demgegenüber dürfte die von nicht offizieller Seite genannte Zahl von 115.000 Toten in französischem Gewahrsam eher den Tatsachen entsprechen. ...<<
Der ehemalige Widerstandkämpfer Eugen Gerstenmaier (1906-1986, deutscher Theologe und CDU-Politiker) schrieb am 31. März 1975 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x268/68): >>... Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß dieser Krieg eben nicht nur gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die antideutsche Einstellung der westlichen Alliierten (x268/68-69): >>Geheime amerikanische Dokumente, die erst 1987 freigegeben wurden, bestätigen diese Analyse. In einer Studie des "Office of Strategic Services" mit der Überschrift "Das beste Ergebnis des Hitlerwunders" vom 30. Juli 1944 heißt es wörtlich, das "glückliche Entkommen Hitlers" sei ein Glücksfall auch für die Alliierten gewesen; Deutschland ließe sich jetzt wesentlich leichter bekämpfen.
In der Tat wäre es nach dem Sturz der Diktatur der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln gewesen, mit einem demokratischen und friedensuchenden Land so rücksichtslos umzuspringen wie später geschehen. ...<<
Im Jahre 1975 veröffentlichte der deutsche Journalist Wilfried Ahrens eigenmächtig die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".
Da das "Schlesierland", "Märkische Heide" und andere ostdeutsche Lieder angeblich "politisch und gesellschaftlich nicht mehr tragbar sind", ließ das Verteidigungsministerium diese Lieder im Jahre 1975 aus dem Bundeswehr-Liederbuch entfernen. Anstatt dieser nicht mehr "gesellschaftsfähigen ostdeutschen Heimatlieder" wurden z.B. die Lieder "In einem Polenstädtchen" und "Kalinka" in das Liederbuch der Bundeswehr aufgenommen.
Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) kritisierte am 19. Februar 1976 im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungs-

verbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halbem Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten. ...<<
Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".
In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (5/1979) berichtete am 29. Januar 1979: >>**Holocaust: Die Vergangenheit kommt zurück**
Mehr als 20 Millionen Deutsche sahen in der vergangenen Woche "Holocaust". Die US-Fernsehserie über die Verfolgung und Ermordung der Juden wurde zum Thema der Nation. Bei den Sendern meldeten sich 30.000 Anrufer, die Mehrheit bekannte Erschütterung. Ein Medienereignis mit moralischer Wirkung oder nur "ein Strohfeuer"?
War das, endlich doch noch, die Katharsis? War es 34 Jahre nach Kriegs- und Nazi-Ende, das Ende der Unfähigkeit zu trauern? War es, im dreißigsten Jahr der Bundesrepublik Deutschland, die erste wahrhaftige Woche der Brüderlichkeit?
Es war, dies kann auf jeden Fall gesagt werden, eine auf unvorhergesehene Weise historische Woche:
Eine amerikanische Fernsehserie von trivialer Machart schaffte, was Hunderten von Büchern, Theaterstücken, Filmen und TV-Sendungen, Tausenden von Dokumenten und allen KZ-Prozessen in drei Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte nicht gelungen war: die Deutschen über die in ihrem Namen begangenen Verbrechen an den Juden so ins Bild zu setzen, daß Millionen erschüttert wurden. Im Haus des Henkers wurde vom Strick gesprochen wie nie zuvor, "Holocaust" wurde zum Thema der Nation.
Auch, wie anders, für deren Nationalisten. Schon vor Wochen hatten Anonyme mit Vergeltung gedroht, vorletzten Donnerstag flogen die Fetzen: Um 20.40 Uhr zerriß ein Zehn-Kilo-Sprengsatz die Leitungen zum Südwestfunk-Sender Waldesch bei Koblenz. 21 Minuten später detonierte eine Bombe in der Richtfunkstelle Nottuln bei Münster und zerstörte ein Antennenkabel.
Auf Hunderttausenden von Bildschirmen erlosch das Erste Programm, in dem gerade das schlimmste Kapitel deutscher Geschichte noch einmal dokumentarisch durchleuchtet wurde: "Endlösung".
In den Funkhäusern wurden eilends die Eintrittskontrollen verschärft. Polizei bezog Posten vor freistehenden Sendeanlagen. Das Bundeskriminalamt ließ am Koblenzer Tatort tonnenweise Schnee abtragen und dessen Tauwasser an geheimer Stelle nach Beweisstücken durchsieben.
Eine Gruppe namens "Internationale revolutionäre Nationalisten" bekannte sich inzwischen telephonisch zu den Attentaten und bestätigte damit den Verdacht von Bundesanwalt Rebmann, "daß der Anschlag aus Anlaß des Fernsehfilms "Endlösung" mit rechtsradikaler Zielsetzung geplant und ausgeführt worden ist".
Der Knall in Hunsrück und Münsterland indes machte das bundesdeutsche TV-Publikum erst richtig hellhörig für das Medienereignis "Holocaust", dem der Bericht "Endlösung" nur als Vorspiel diente und dessen Nachhall noch nicht annähernd abschätzbar ist.
Vor kurzem noch mußte den Deutschen das amerikanische Fremdwort, das sich aus den grie-

chischen Wörtern "holos" (vollständig) und "kaustos" (verbrannt) zusammensetzt, als exotische Vokabel vorkommen, letzte Woche war es in aller Munde, bis hinauf zu Helmut Schmidt und Helmut Kohl, die "Holocaust" sogar in die Parlamentsdebatte warfen.
Wie zu Durbridge-Zeiten, als der "Halstuch"-Mörder über den Bildschirm geisterte, wie jetzt nur noch bei Fußballmeisterschaften, so gebannt verfolgten die Bundesrepublikaner vom Montagabend, 21 Uhr, bis Freitag weit nach Mitternacht die Karriere des (erdachten) SS-Obersturmbannführers Erik Dorf, der als Adjutant Heydrichs die Massenvernichtung der Juden organisiert, und das Schicksal der (gleichfalls fiktiven) jüdischen Arztfamilie Weiss, die fast ganz der perfekten Mord-Maschinerie zum Opfer fällt.
In Niedersachsen wurden gewerkschaftliche Veranstaltungen vorzeitig beendet oder abgesagt, "damit die Leute das sehen können, denn sonst würden die sowieso um neun Uhr verschwinden" (DGB-Sprecher Horst Runge). An den Universitäten Bielefeld und Hamburg wurden die gesellschaftswissenschaftlichen Seminare ohne weitere Diskussion in "Holocaust"-Debatten umfunktioniert.
Vielerorts, so in der Marler Volkshochschule "Die Insel", sammelten sich Singles zu Gruppen, "weil sie es allein zu Hause nicht ausgehalten hätten" (Pfarrer Jürgen Schmelig). ARD und ZDF registrierten eine Massenabwanderung in den dritten Kanal.
Dort wurde, in 428 Minuten und 26 Sekunden einer erfundenen, wenngleich historisch untermauerten Spielhandlung mit manchen geschichtlichen Ungenauigkeiten und vielen Platitüden (nichtssagenden Redewendungen) amerikanischer Serienproduktion, den Deutschen erstmals anschaulich vorgeführt, was sie aus der Erinnerung bislang vorwiegend verdrängten: das individuelle Drama hinter dem Massenmord. Das Unfaßbare wurde faßbar.
Überwunden schien, nach dem farbigen Einblick in die Schlachthöfe der Nazis, der Widerwille, an die Vergangenheit erinnert zu werden, gebrochen die Scheu, die Wahrheit zu erfahren.
Schon am Montag waren 32 Prozent aller bundesdeutschen Fernsehgeräte auf "Holocaust" geschaltet, am Dienstag bereits 36, am Donnerstag schließlich 39 Prozent - was im Dritten sonst niemand schafft. Zuletzt sahen rund 20 Millionen die Schrecken der Endlösung.
Den stärksten Zuspruch fand die Serie im Sendebereich des WDR, den geringsten bei Saar- und Hessenfunk. Am Dienstag schaute, trotz ungünstig später Sendezeit, jedes neunte Berliner Kind unter 13 Jahren dem Drama zu, in Nordrhein-Westfalen immerhin noch jedes 17. Überall registrierten Pädagogen ein "äußerst großes Bedürfnis der Schüler, darüber zu sprechen". Und so, beispielsweise, sprachen sie:
Jürgen Knipprath, 13, hatte "früher mal geglaubt, daß die Juden vorher irgendwelche Verbrechen begangen haben. Aber die hatten ja überhaupt nichts getan".
Ralf Kürten, 16: "Das war wie im Western."
Der Frankfurter Pädagogik-Wissenschaftler Hans Joachim Lissmann notierte Spontan-Äußerungen wie: "Den Heydrich würde ich in der Luft zerreißen." (Der) "Holocaust" wurde Hauptfach.
Selbst während der den Serien-Teilen angehängten Mitternachts-Diskussionen blieb noch knapp die Hälfte des "Holocaust"-Publikums auf Empfang, obwohl der ursprünglich verpflichtete Gesprächsleiter Robert Leicht, Redakteur der "Süddeutschen Zeitung", die erste Gesprächsrunde so blasiert zerredet hatte, daß der WDR ihn schleunigst verabschiedete.
Die weiteren, wesentlich besser geführten und besetzten Diskussionen brachten einen im deutschen Fernsehen bislang einmaligen, didaktisch fast optimalen Einklang von Spiel und Information. Und erstmals funktionierte das seit langem angestrebte Feedback mit dem Publikum: Anrufer griffen in die Experten-Debatte fragend, fordernd und verändernd ein; via Fernsehen kam eine Nation ins Gespräch.
Dabei wurde am Kölner Studio-Tisch nur ein Bruchteil dessen erläutert, was die Deutschen in Wohnstuben und Klassenzimmern, Straßenbahnen und Fabrikhallen bewegte - immer noch

genug, um Telephonnetze stundenlang zu blockieren.
Über 30.000 Anrufer, fast viermal mehr als während der US-Premiere von "Holocaust" beim Sender NBC, wählten sich in die deutschen Funkhäuser durch. Der WDR mußte die Zahl der Telefonistinnen verdoppeln. Für Berliner, die schwer bis Köln vordrangen, wurden eigens acht Leitungen in den SFB freigemacht, der die Botschaften dem WDR über eine Standleitung des Hörfunks zuspielte.
Es meldeten sich, wie erwartet, die Unbelehrbaren und die Schmierfinken mit antisemitischen Flüchen und Verwünschungen gegen den "linkslastigen Rotfunk". Das Ganze sei "Brunnenvergiftung" und "Nestbeschmutzerei": "Was ist denn mit den vergewaltigten deutschen Frauen von 1945?"
Die CSU-nahe "Schüler Union Bayern" forderte vom Bayerischen Rundfunk eine Nachfolgeserie über die Vertreibung Millionen Deutscher aus ihrer Heimat: Einseitige Schuldbekenntnisse wie in "Holocaust" seien der Jugend nicht zuzumuten.
Ein anonymer Anrufer drohte, Heinz Galinski, der Leiter der Jüdischen Gemeinde Berlin, werde umgebracht, wenn man die Serie nicht schleunigst absetzt.
Doch weit mehr noch, wie nicht erwartet, meldeten sich Irritierte, Betroffene, Überlebende. Manche schämten sich, klagten sich selbst an, einige weinten. Häufig wurden neue Dokumente, Prozeßakten, Tagebücher und Gedichte angeboten.
Der "bislang aufwendigste, konsequenteste Medienverbund unserer Fernsehgeschichte" (Fachblatt "Medium"), vom kritischen Ausland wohlwollend beobachtet, hatte das Publikum allerdings auch frühzeitig und intensiv auf das peinvolle Thema und seine heikle Darbietung vorbereitet.
Allein die Düsseldorfer Landeszentrale für politische Bildung verschickte 139.530 Mappen mit einer 56seitigen Aufklärungsbroschüre an sämtliche Lehrer in NRW. Bis Donnerstag waren in dem Institut 22.000 private Anforderungen eingegangen. Zentralen-Leiter Willi Kreiterling erwartet eine Gesamtauflage von 220.000.
22 nordrhein-westfälische Volkshochschulen setzten spezielle "Holocaust"-Seminare an. Das ZDF tauschte einen für Donnerstag geplanten Film - pikantes Thema: die Nazi-Begeisterung eines Berliner Schülers von heute - gegen ein unverfängliches Emanzipationsspiel aus.
"Holocaust" prägte Schlagzeilen und Leitartikel der Tagespresse, Zeitschriften wie "Monat" und "Medium" widmeten ihm ganze Nummern.
Mit voller Wucht schwappte das Thema auch auf die Radio-Wellen über, auf Hamburgs "Kurier am Morgen", das Kölner "Mittagsmagazin" und die Münchner "Redezeit bis Mitternacht". Kein Sender, der nicht über die ganze Woche verstreut vorab informierte und nachher kritisierte. Vor allem Teenager-Programme wie die WDR-"Radiothek", "s-f-beat" und der bayrische Jugendfunk machten "Holocaust" zum Leitmotiv der Woche.
Unter solch ungewöhnlicher multimedialer Schützenhilfe verbreitete sich allerdings nicht nur "Holocaust" im Land der Täter und Opfer, sondern auch das Zwielicht, das die inzwischen in 33 Länder verkaufte Produktion seit ihrer amerikanischen Erstausstrahlung umgibt: die Fragen nach Authentizität und Glaubwürdigkeit, das Problem der massenattraktiven Aufmachung und der thematischen Verflachung. Mit der Geschichte der Familien Dorf und Weiss waren auch die konträren Reaktionen von Enthusiasmus bis zu Abscheu und Protest in die Bundesrepublik importiert.
"Holocaust" - ein "anmaßendes Unterfangen" ("New York Times") oder der "kraftvollste Film, der je fürs Fernsehen gemacht worden ist" ("New York Post")? "Lore-Roman" ("Weltwoche"), "Shylock-Ranch" ("Hitler"-Filmer Syberberg), "perverse Operette" (eine deutsche Lehrerin), "Ami-Scheiß" (ein deutscher Arbeiter)?
Oder war am Ende doch "die Summe des Wahren an "Holocaust" größer als alle Verfälschungen" ("Die Zeit"), groß genug gar, um "tiefsitzende Traumata freizuschaufeln" ("Frankfurter

Rundschau")?
Daß "Holocaust" je eine solch weltweite Grundsatzdebatte aufwerfen würde, hatten sich seine Hersteller wohl nicht träumen lassen. Ihnen ging es eigentlich nur um einen lukrativen Verkaufsartikel.
Anfang 1977, als der Kommerz-Sender ABC mit seinem pseudohistorischen Sklaven-Epos "Roots" gerade alle Zuschauerrekorde gebrochen hatte, fahndete die in der Publikumsgunst abgeschlaffte NBC nach einem Stoff von ähnlicher Sprengkraft. Die Wahl fiel auf "Holocaust".
Der Romanautor Gerald Green verknappte die maßlose Tragödie zu einem überschaubaren Familiendrama. Marvin Chomsky, als Regisseur von "Roots" und dem Kino-Reißer "Unternehmen Entebbe" einschlägig ausgewiesen, übernahm die Regie.
In 18 Wochen zwischen Juli und November 1977 ließ die TV-Gesellschaft den Vielstünder von 150 Schauspielern und 1.000 Komparsen auf 150 Kilometer Film bannen. Da in der DDR und Polen gar nicht erst gefilmt werden sollte und Ungarn wie Tschechoslowaken die Drehgenehmigung wegen "zionistischer Elemente" des Buches verweigerten, entstand der größte Teil der Serie unter Deutschlands und Österreichs freiem Himmel.
Straßenzüge in Berlin-Wedding wurden als Warschauer Getto hergerichtet, die KZ-Szenen von Auschwitz und Buchenwald im österreichischen Lager Mauthausen gestellt.
Kaum waren die Dreharbeiten beendet, ließ man Fatales durchsickern: Ein Berliner habe die Crew mit Bierflaschen beworfen, ein schreiender Greis die Mimen verstört: "ich habe euch Juden schon einmal getötet, ich werde euch noch einmal töten." Aufnahmegeräte seien mit Hakenkreuzen bepinselt worden, belichtete Filmrollen spurlos verschwunden.
Michael Moriarty, als Erik Dorf der Negativ-Held der Serie, klappte zusammen, als er mit seiner Filmfamilie "Stille Nacht, heilige Nacht" singen mußte: "Wie konnten die so was tun!" Den Engländer Cyril Shaps (Häftling Weinberg) verließen die Kräfte, als er in KZ-Kluft durch Mauthausen torkelte: "Ich glaube, ich kann nicht weitermachen." Der katholisch erzogene Fritz Weaver, als jüdischer Arzt Weiss die Zentralfigur, fühlte sich nach dem Film "wie ausgewechselt": "Ich wurde ein Jude. Ich denke nur wie ein Jude."
Der Einstimmung folgte die Aufklärung. Religiöse und weltliche Organisationen verteilten 50 verschiedene Expertisen in über einer Million Exemplaren. Eine jüdische Liga ließ eine Sonderschrift in zehn Millionen Zeitungen beilegen. NBC schleuste einen speziellen "Viewers Guide" in zwei Millionen Schulen und Haushalte.
In der Zuschauergunst allerdings konnte "Holocaust" das Konkurrenz-Produkt "Roots" nicht entthronen: Trotz 120 Millionen Zuschauern - Jahresrekord - mußte sich das Großunternehmen unter den erfolgreichsten TV-Produkten aller Zeiten mit Platz 49 begnügen - nach Spitzenreiter "Roots" und weit hinter Bob Hopes "Christmas Show" von 1970.
Im publizistischen Echo indes übertönte "Holocaust" alles Dagewesene. Zufällig Zeuge dieses Spektakels wurden damals, im April 1978, die SPD-Politiker Georg Leber, Dietrich Stobbe und Horst Ehmke. Heimgekehrt, lobte vor allem Leber das Streitobjekt als "bemerkenswert objektiv", von "beklemmender Wirkung" und ohne Deutschen-Haß. Der SPD-Parteivorstand beauftragte alle sozialdemokratischen Funkaufseher, sich bei den Sendern für den Ankauf stark zu machen. Als der WDR sich kurz darauf die Senderechte für 1,2 Millionen Mark sicherte, witterte "Die Welt" ein rotes Zusammenspiel und zieh die Genossen, "auf unzulässige Weise in die Programmgestaltung eingegriffen" zu haben. Doch die Kölner hatten, allem Verdacht zum Trotz, schneller geschaltet, als die Politiker dachten.
Kaum war der Film im Land, kam der WDR unter Beschuß. Münchens konservativer TV-Direktor Oeller drohte, der BR werde sich bei einer Übernahme des "Verkaufsartikels" ins Gemeinschaftsprogramm aus der Senderkette ausklinken. Deutsche Diplomaten fühlten diskret vor, ob das schlimme Lichtspiel denn unbedingt an die Öffentlichkeit müsse.

Um so schriller stritt die ARD. Ihre Serien-Kommission mokierte sich über die "indiskutable Qualität", die Programmdirektoren schoben das unangenehme Thema unwillig vor sich her.
Aufgeschreckt von dem politischen Wirbel, verlangten nun die Intendanten das letzte Wort. Aber sie kamen gleichfalls nicht klar und gaben die Entscheidungsnot an die Programmdirektoren zurück. Die stimmten nun ab, nur eine schwache Mehrheit votierte für die Sendung im Ersten Programm. Weil man fürchtete, die "Holocaust"-Gegner würden sich ausschalten, wollten die Verantwortlichen den Bruch in der ARD nicht riskieren.
Dem verschnupften WDR den ungeliebten Import für sein Regionalnetz allein zu überlassen, schien den TV-Gewaltigen angesichts der publizistischen Eskalation des Themas auch nicht opportun. Nach monatelangem Hickhack kamen sie schließlich überein für "Holocaust" erstmals alle Dritten Programme gleichzuschalten.
Der schärfste Protest gegen diese Verlegenheitslösung ging erst jetzt ein: Interessenten aus der DDR, in der die Dritten Programme nur in Grenznähe zu empfangen sind, beschwerten sich bei der ARD über die kurzsichtige Entscheidung, sie total von "Holocaust" auszuschließen.
Was hier nun, vier Abende bis tief in die Nacht, bundesweit zum Vorschein kam und überwältigend wirkte, mußte den Eindruck erwecken, als habe es in Deutschland bisher keine nachhaltigen Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit gegeben. Dabei ist es nicht so, daß sich der deutsche Film und später das deutsche Fernsehen, daß sich die deutsche Nachkriegsliteratur und das Theater nach 1945 an der Auseinandersetzung mit den Nazi-Verbrechen vorbeigemogelt hätten.
Der erste durchschlagende Bühnenerfolg des Nachkriegstheaters war Zuckmayers Udet-Stück "Des Teufels General", in dem Hitlers Rassenwahn zumindest ein Nebenthema bildete. Allerdings war das im Exil entstandene Stück von der furchtbaren Nazi-Realität weit entfernt und verfiel dem Glanz der Uniformen und dem rauhen Barras-Charme des Offizierskasinos.
Filme der Ost-Berliner Defa, wie "Ehe im Schatten", der vom Selbstmord des mit einer Jüdin verheirateten Schauspielers Joachim Gottschalk handelte, oder wie "Affaire Blum", der den latenten Antisemitismus in der Weimarer Republik zum Thema hatte, waren in der Analyse und im Treffen der Gemütslagen da schon genauer.
Die deutsche Nachkriegsliteratur, die sich in der Gruppe 47 vereinte, machte den Antifaschismus, die Aufarbeitung der Vergangenheit zu ihrem (nie verkündeten) Programm.
Das, was schließlich zum Schlagwort der "Vergangenheitsbewältigung" verkam und damit auf ungute Weise mit den offiziell und sicher gutwillig veranstalteten Wochen der Brüderlichkeit korrespondierte, stellte die literarische und theatralische Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Juden vor ein Dilemma.
Einerseits gab es das Diktum von Adorno, der gesagt hatte, es sei barbarisch, nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben. Andererseits gab es die "Todesfuge" des dem Holocaust entkommenen Paul Celan ("Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"), ein Gedicht, das damals zumindest viele Studenten bewegte und auf die Vergangenheit verwies.
Vor allem zwei Ereignisse waren es, die beide Pole der Auseinandersetzung mit der Judenausrottung markierten: einmal, 1950, das "Tagebuch der Anne Frank", als Buch, als Bühnenstück und später im Kino und Fernsehen, von der gerührten Betroffenheit eines breiten Publikums begleitet. Und der Alain-Resnais-Film "Nacht und Nebel", der 1956 die Zuschauer erstmals mit dokumentarischen Aufnahmen des KZ-Grauens konfrontierte.
Die Reaktionen waren nicht untypisch. Konnte man das Tagebuch des jüdischen Mädchens, das zwei Jahre in einem Versteck und von dauernder Angst umlauert während der Nazi-Okkupation in Holland lebte und in Bergen-Belsen umkam, mit Rührung verarbeiten (ähnlich geht ja auch "Holocaust" vor), so reagierte man auf den Dokumentarfilm von Resnais mit Ablehnung.
Die beiden großen, die Öffentlichkeit lange beschäftigenden Theaterstücke über die Judenver-

nichtung waren einmal Hochhuths "Stellvertreter" und zum andern "Die Ermittlung" von Peter Weiss. Hochhuth hatte in einer Mischung aus Schiller-Drama und Dokumentarstück, aus Trivialdrama und flammendem Appell den Weg des Widerstandskämpfers Kurt Gerstein geschildert und dabei eine Mitschuld der katholischen Kirche an der Judenvernichtung postuliert - der Papst habe geschwiegen, selbst dann, als Juden in Rom, also gewissermaßen unter seinen Augen, verschleppt wurden.
Damit war ein deutsches Tabuthema berührt: daß es nämlich auch keinen christlichen Widerstand (wie etwa gegen die Euthanasie) gegen die Entrechtung und Deportation der Juden gegeben habe - im Restaurationsklima der Adenauer-Ära, die das Adjektiv christlich zur Staatsklammer erheben wollte, eine ungeheure Provokation.
Andererseits: Hochhuths "Stellvertreter", auf den eine ganze Flut von Dokumentarstücken folgte, ließ sich auch als Entschuldigungs- und Rechtfertigungs-Drama für viele Deutsche mißverstehen. Wenn schon der Papst nichts hatte tun können, so lautete die Argumentation, wieviel weniger dann der ohnmächtige einzelne Deutsche. "Die Ermittlung" von 1965 stellte die erste gründliche Auseinandersetzung eines Schriftstellers mit den großen NS-Prozessen dar.
Das Stück von Peter Weiss, nach dem Muster von Dantes "Inferno" in Gesänge gegliedert, ist die Verarbeitung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses gegen Boger, Kaduk, Klehr und andere. Weiss folgte bei seinem dokumentarischen Verfahren der Berichterstattung Bernd Naumanns in der "FAZ". Bereits damals wurde ein Phänomen deutlich, das sich jetzt bei "Holocaust" verstärkt wiederholt: daß nämlich die Bühnenfassung weit mehr Betroffenheit, Ablehnung, Erregung provozierte als der dokumentarische Bericht.
Wenn "Holocaust" trotzdem Emotionen wie zum erstenmal freisetzte und die üblichen Sperren und Blockaden durchbrach, die Deutsche vor dem schrecklichsten Kapitel ihrer Vergangenheit aufgerichtet haben, so liegt das daran, daß hier erstmals (relative) Geschichtstreue sich mit den trivialen Mitteln der amerikanischen Fernsehserie verbinden konnte, daß es den amerikanischen TV-Machern gelungen ist, die Judenausrottung in dem Schicksal zweier Familien zu personalisieren, ohne dadurch das kollektive Thema zu zerstören.
Hatte man vor der deutschen Ausstrahlung noch meinen können, die US-Serie verhökere das Thema des Judenmordes zugunsten einer hemmungslos ans Gefühl appellierenden Seifenoper, so zeigte die Anteilnahme und Betroffenheit der Zuschauer, daß gerade diese, den von einer Nazi-Vergangenheit unbelasteten Amerikanern mögliche, Form eine reinigende (kathartische) Wirkung habe wie einst die griechische Tragödie - so jedenfalls der Psychoanalytiker Hendrik de Boor in der "Holocaust"-Diskussion.
Aufgewühlt durch die hautnahe Präsentation des Millionen-Massakers, wagen die Deutschen nun plötzlich den Blick zurück - über den Sendeschluß hinaus.
Berlins Schulsenator Walter Rasch forderte alle Lehrer auf, "Holocaust" im Unterricht zu diskutieren. Diese Serie, rühmte der Vorsitzende des Bayerischen Lehrer-Verbandes, Ebert, habe eine "stärkere didaktische Wirkung" als "abstrakte Statistiken und nackte Fakten" und empfahl das auf Videoband mitgeschnittene Anschauungsmaterial als Lehrstoff.
Der Superintendent des Kirchenkreises Bodenwerder an der Weser wird in seinem Jung-Ehepaar-Kreis über "Holocaust" diskutieren. Die Düsseldorfer Bezirksvertretung 3 hat alle älteren Mitbürger des Stadtteils Bilk gebeten, mit privaten Erlebnissen aus dem Dritten Reich, aufgeschrieben oder auf Tonband gesprochen, an die Öffentlichkeit zu kommen und einschlägige Dokumente, Lebensmittelkarten wie Blockwart-Briefe, für eine Broschüre zur Verfügung zu stellen.
Wissenschaftler wollen erkunden, ob die emotionale Bewegung während der Sendezeit eine längere gedankliche Auseinandersetzung mit dem Thema ausgelöst hat. Im Auftrag des WDR und der Bonner Bildungszentrale startete das Offenbacher Marplan-Institut für 180.000 Mark

eine Repräsentativ-Umfrage in drei Stufen: Vor "Holocaust" wurde der allgemeine Wissensstand zu Nazi-Zeit und Judenvernichtung abgefragt; während der Sendung registrierten die Forscher die spontanen Reflexe; in acht Wochen wollen sie die Langzeitwirkung ausloten.
Der Erziehungswissenschaftler Lißmann begann eine Umfrage unter Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren, mit denen er sich das Programm gemeinsam ansah. Das "Ausmaß der Betroffenheit" hat ihn dabei überrascht. Doch er fürchtet: Es könnte sein, daß "Holocaust" keine rational-kritische Auseinandersetzung aufkommen läßt. Lißmann: "Das wird ein Strohfeuer."<<
Die "Augsburger Allgemeine" berichtete am 23. Mai 1980 über den Lehrstoff nordamerikanischer Hochschulen (x025/210-211): >>... Schon der Preußen-König Friedrich Wilhelm I. erscheint als "Potsdam-Führer"; die preußische Armee war eine gigantische Strafanstalt. Die demokratische Nationalversammlung von 1848 zeigte rassistische Neigungen. Die ganze deutsche Bevölkerung hat die Ausrottung der Juden gekannt und gebilligt.
Überhaupt führt ein gerader Weg von Luther über das 18. und 19. Jahrhundert bis zur Nazi-Barbarei. Die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 waren Nazis, und der ehemalige Kanzler Kiesinger ist ein Ex-Nazi. Die deutsche Geschichte wirkt wie ein überdimensionales Verbrecheralbum; die Vertreibungsverbrechen werden nicht erwähnt.<<
Der deutsche Publizist Rudolf Augstein (1923-2002, Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel") berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über die sogenannte "Befreiung der Deutschen": >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**
... Die Befreiung vom Naziterror zu feiern, das kann nur einem Tölpel eingefallen sein. Wir haben uns nicht selbst befreit, und ein beträchtlicher Teil Europas ist überhaupt nicht befreit worden. Ob man nun ein Konzentrationslager künstlich im Kölner Dom wiederaufbaut, oder ob man den Kölner Dom in ein Konzentrationslager verpflanzt: Uns bleibt immer noch der muntere Scherz unseres gewählten Kanzlers Helmut Kohl auf den Lippen, der freimütig bekennt: "Ich stehe zu unserer deutschen Vergangenheit."
Das wird die deutsche Vergangenheit recht beruhigen. Die Frage bleibt nur, ob die deutsche Zukunft zu einem solchen Vergangenheitsbewältiger noch stehen kann. ...<<
Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) hielt zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: **Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...**
Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.
Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung.
Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben.
Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen.
Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.
Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.
Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Au-

gen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.
Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen als Menschen Versöhnung.
Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann. Die Erfahrung millionenfachen Todes ist ein Teil des Innern jedes Juden in der Welt, nicht nur deshalb, weil Menschen ein solches Grauen nicht vergessen können. Sondern die Erinnerung gehört zum jüdischen Glauben.
"Das Vergessenwollen verlängert das Exil,
und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." ...
Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickelten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen.
Wir leben seit vierzig Jahren in Frieden und Freiheit, und wir haben durch unsere Politik unter den freien Völkern des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft dazu selbst einen großen Beitrag geleistet. ...
Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit. ...
Ehren wir die Freiheit.
Arbeiten wir für den Frieden.
Halten wir uns an das Recht.
Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.
Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**
Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.
Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."
Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."
... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**
Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945
Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg in Europa. Die deutsche Wehrmacht hatte bedin-

gungslos kapituliert. Deutschland war ein Trümmerfeld, das die Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt und über das sie die Regierungsgewalt übernommen hatten. Der Verlust Ostdeutschlands wurde mit der Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen bereits 1945 zur Realität. Jahrzehntelang galt 1945 für die überwältigende Mehrheit der Deutschen unbestritten als absoluter Tiefpunkt der deutschen Geschichte, als die Katastrophe schlechthin.
40 Jahre später deutete Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1984-1994) in einer Rede am 8. Mai 1985 das Katastrophendatum in einen "Tag der Befreiung" um. Der entscheidende Satz Weizsäckers lautete - nach einem "Blick zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit": "Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft". ...
Die völlige Umkehrung der Bewertung eines historischen Ereignisses ist in diesem Fall mehr als ein bemerkenswerter Vorgang. Von der "Katastrophe", dem tiefsten Fall Deutschlands, zur "Befreiung" ist es ein sehr weiter Weg. ...
Erfahrung der deutschen Bevölkerung
Gewiß war die Bevölkerung - insbesondere im Westen - erleichtert, als der Krieg mit dem Vormarsch der Alliierten vorüber war. Man war noch einmal mit dem Leben davon gekommen. Natürlich bedeutete insbesondere für KZ-Insassen, überlebende Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Verfolgte und Gegner des NS-Regimes der Einmarsch der Alliierten eine Befreiung. Für die ganz überwiegende Zahl der Deutschen aber nicht. Sie sollten die Folgen der Niederlage spüren.
Es folgten bis zur Währungsreform 1948 bittere Hungerjahre, Deportationen (vor allem im Osten, aber nicht nur), Demontagen, weitere Vertreibungen u.a. aus dem Sudetenland und dem Balkan, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, Amtsenthebungen, Einquartierungen von Angehörigen der alliierten Streitkräfte in nicht zerbombte Zivilwohnungen und Häuser etc.
Millionen deutsche Männer befanden sich nach Kriegsende noch Jahre in Kriegsgefangenschaft im In- und Ausland und kehrten zerlumpt und/oder gebrochen in die Heimat zu den Familien zurück - soweit es sie noch gab. Die letzten Kriegsgefangenen kehrten erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Kreml ein Jahrzehnt nach Kriegsende zurück.
Die Frauen mußten sich und ihre Familien irgendwie durchbringen und haben sich nicht selten für ein wenig Essen prostituieren müssen. Die Lebensrealität war für die meisten Deutschen in den ersten Jahren nach 1945 düster. Erst allmählich besserte sich die Lage. Es hätte ihnen damals wie Hohn geklungen, wenn man ihnen die Nachkriegsjahre als Befreiung hätte verkaufen wollen.
Während sich im Westen die Last des Besatzungsregimes langsam lockerte, waren die Maßnahmen Stalins und seiner Helfershelfer im Osten nach dem Krieg besonders hart. Stalin hatte im Zusammenwirken mit Churchill schon während des Krieges die künftige deutsche Ostgrenze auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt und im Nachhinein nochmals um Stettin zuungunsten Deutschlands verändert. 12-15 Millionen Deutsche wurden vertrieben, 1-1,5 Millionen verloren dabei ihr Leben. Es klingt nach Polemik, aber tatsächlich bezeichnet (und beschönigt) Weizsäcker diesen Vorgang in seiner Rede als "Wanderung".
Die mitteldeutsche/ostdeutsche Bevölkerung traf die ganze Wucht und Brutalität des Besatzungsregimes. Stalin nutzte die gleichen Konzentrationslager, die von den Nazis errichtet worden waren, um Oppositionelle, potentielle oder vermeintliche Widersacher, Dissidenten o.ä. einzusperren (Buchenwald, Sachsenhausen). Enteignungen, Deportationen, Demontagen und Willkürakte bestimmten den Alltag in der sowjetisch besetzten Zone über Jahre hinaus. Nicht einmal den deutschen Kommunisten, die den Nazi-Terror und die Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten, traute Stalin.

Jede noch so kleine Abweichung von seinem Führungsanspruch wurde ausgemerzt und jede Regung einer Selbständigkeit, die den verordneten Sozialismus Moskauer Prägung deutschen Gegebenheiten anpassen wollte, brutal unterdrückt.
In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurden nicht nur unter Mißachtung grundlegender juristischer Grundsätze (z.B. Rückwirkungsverbot, nulla poene sine lege) und dem Beigeschmack von Siegerjustiz die höchsten Repräsentanten des NS-Regimes als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, verurteilt und meist gehängt, in den zwölf sog. Nachfolgeprozessen wurde durchgängig die deutsche Führungsschicht aus Militär, Wirtschaft, Diplomatie, Verwaltung etc. vor Gericht gestellt.
Besonders spektakulär war der sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen führende Diplomaten des Auswärtigen Amtes (AA), in dem Ernst von Weizsäcker, der frühere Staatssekretär des AA (1938-1943) und Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Ziel der Kriegsverbrecherprozesse war die dauerhafte Diskreditierung der deutschen Funktionseliten, soweit sie das Dritte Reich und die Kriegsanstrengungen mitgetragen hatten.
Das Kriegsende und die ersten Nachkriegsjahre können - zugegeben: zugespitzt und verallgemeinert - knapp zusammengefaßt wie folgt charakterisiert werden:
Die Deutschen haben sich in hoffnungsloser Lage bis zum bitteren Ende - über den Tod Hitlers hinaus - gegen die Eroberung und Besetzung ihres Landes durch die Sieger gewehrt. Die von Stalin gezogene Oder-Neiße-Linie wurde durch die Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen, die die Hauptlast der Niederlage zu tragen hatten, de facto festgezurrt. Kennzeichnend für die ersten Jahre des Besatzungsregimes waren Ächtung, Bestrafung und Rache an den Deutschen.

II. Umdeutung

40 Jahre nach Kriegsende wird das Jahr 1945 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker radikal umgedeutet. Die negativen Erinnerungen verschwinden aus seiner Rede zwar nicht ganz, werden aber von einer positiven Sicht auf 1945, nämlich als "Befreiung vom NS-Regime" überlagert und verdrängt. ...

III. Gründe für die Akzeptanz

Es gibt mehrere Erklärungen für die Akzeptanz der Umdeutung der Niederlage in eine Befreiung. ...

<u>Das Winseln der Besiegten</u>

Die Katastrophe von 1945 konnte nicht völlig in einem Befreiungsgedanken aufgehen. Tief drinnen war das Bewußtsein der vernichtenden Niederlage und des Ausgeliefertseins an die Sieger noch immer ins Gedächtnis eingeschrieben. Wir wissen, daß Besiegte im Zustand der absoluten Ohnmacht und Zerknirschung ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen, das als "Winseln der Besiegten" bekannt ist. Sie neigen zu Demutsgesten und haben ein starkes Imitationsbedürfnis. Sie wollen die Sieger nachahmen, sich mit ihnen identifizieren. Die Sieger waren ja die Besseren, sonst hätten sie nicht gesiegt. Das gilt weltweit und ist keine deutsche Besonderheit.
Das deutsche Imitationsbedürfnis war allerdings nach der totalen Niederlage besonders stark ausgeprägt. Man denke nur an die Grablegung Adenauers, die eine Kopie der Bestattung Churchills war. Ein anderes Beispiel ist die hemmungslose Übernahme von Anglizismen in die deutsche Sprache als sog. Neuhochdeutsch. Keine andere europäische Nation macht sich auf gleiche Weise lächerlich. Die ultimative Demutsgeste der Besiegten kulminiert schließlich in dem Bekenntnis: Ja, ihr Sieger hattet Recht und mir ist Recht geschehen. Der Besiegte entlastet sich indem er den Trotz ablegt. Der Besiegte unterwirft sich endgültig. Auch dieses Moment steckt in dem Befreiungsargument.

IV. Legendenbildung

... Es ist problematisch, wie Richard von Weizsäcker als Bundespräsident die Deutschen kollektiv in die schuldhafte Verantwortung der wichtigsten Vertreter der deutschen Funktionseliten mit einbezieht. Er tut dies explizit als er vom Holocaust spricht:
"Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah".
Es ist umstritten, inwieweit die deutsche Bevölkerung das Wissen um den Holocaust teilte. Sicher ist, daß etwa 300.000 Personen, die in die Vernichtungsaktionen eingebunden waren, genau Bescheid wußten. Die große Masse der Bevölkerung wußte eben nicht genau, was geschah (Peter Longerich, Davon haben wir nichts gewußt, München 2006, S. 324; Alfred de Zayas, Völkermord als Staatsgeheimnis. Vom Wissen über die "Endlösung der Judenfrage" im Dritten Reich, München 2011; Guntram von Schenck, Holocaust - Folge von Hitlers Ruhmsucht?). Es gab Gerüchte, aber lange keine Gewißheit. Selbst die Deportierten wußten oft nicht, was ihnen bevorstand.
Der Holocaust, die systematische Vernichtung der Juden ab 1942 war ein streng gehütetes Geheimnis, dessen Preisgabe mit der Todesstrafe bedroht war. Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler (1974-1982) hat z.B. als Soldat laut eigener Aussage nichts vom Holocaust gewußt. Es war riskant, Fragen zu stellen und nachzuforschen. Die meisten Deutschen waren - was keine Entschuldigung sein soll - im Kriegsalltag mit eigenen Problemen belastet. Es gab kaum eine Familie, die sich nicht Sorgen um das Schicksal eines oder mehrerer ihrer Mitglieder machen mußte. Bei den hohen Verlusten der Wehrmacht konnte täglich eine Todesnachricht eintreffen - was auch oft genug geschah. Die Fliegerangriffe der Alliierten taten ein Übriges.
Im "totalen Krieg" befand sich Deutschland zudem in einem alle Fasern der Gesellschaft durchdringenden Ausnahmezustand, in dem Informationen und deren Verbreitung streng kontrolliert wurden. Das Abhören von Feindsendern z.B. konnte ins KZ führen. Hitler hatte mehrfach öffentlich die Vernichtung der Juden angedroht, über die konkrete Umsetzung aber Schweigen bewahrt.
Sehr viel häufiger als die Drohungen gegen die Juden waren freilich die im Laufe der Jahre immer unglaubwürdiger werdenden Drohungen der Vernichtung der feindlichen Armeen und alliierten Luftflotten, ganz zu schweigen von der Ankündigung des sicheren "Endsiegs". Wie glaubwürdig wirkten solche Drohungen und Ankündigungen auf die Deutschen?
Es ist heute schwer, um nicht zu sagen fast unmöglich, sich ein zutreffendes Bild der Kenntnislage der Deutschen über den Holocaust während des Krieges zu machen. Eine pauschale Schuldzuweisung an die Deutschen, wie sie von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident vorgenommen wurde ("Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte …"), entbehrt aber der Grundlage.
Sicher dagegen ist: Weizsäckers Vater Ernst von Weizsäcker, der AA-Staatssekretär wußte über die Judenvernichtung Bescheid; er hat entsprechende Berichte der Einsatzkommandos abgezeichnet (Das Amt, S. 186 f., S. 396). Der Zeithistoriker Daniel Koerfer vermutet sogar, daß der AA-Staatssekretär in Nürnberg hingerichtet worden wäre, wenn diese Dokumente schon bekannt gewesen wären (Interview, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.11.2010).

V. "Vae Victis" oder der Preis der "Befreiung"

Wer von Befreiung spricht bedankt sich bei den Siegern; denn die Deutschen haben sich 1945 nicht selbst befreit. Sie haben keinen nennenswerten Beitrag zu ihrer Befreiung geleistet, sie haben sich im Gegenteil bis zum Schluß gewehrt. Die Folgen für die Niederlage/Befreiung

waren für die Deutschen schwerwiegend: die Amputation und Zerschlagung Deutschlands als eigenständige, souveräne, staatliche Einheit. Die Sieger haben sich die Früchte ihres Sieges selbst geholt, ohne die Deutschen zu fragen.
1985 stimmten die Deutschen der Befreiungsrede Weizsäckers überwiegend zu. Die Befreiung war aber nicht ohne die Niederlage und ihre Folgen zu haben. Das ist kein semantisches Problem. Mit der Dankbarkeit erhält das, was 1945 dem mit der bedingungslosen Kapitulation willenlos gemachten Deutschland widerfuhr, eine nachträgliche Legitimation durch die besiegten Deutschen selbst. Die logische Konsequenz der Weizsäcker-Rede und der darin zum Ausdruck kommenden Dankbarkeit ist die Bereitschaft, auch den Preis für die Befreiung zu zahlen. ...
Ostgrenze
Nach dem Versailler Friedensvertrag 1919 hatte keine - keine - der maßgeblichen deutschen Parteien die von den Siegermächten gezogene Ostgrenze des Deutschen Reiches akzeptiert. Das Versailler Diktat passierte den Reichstag nur mit knapper Not, letztlich nur mit Hilfe eines Geschäftsordnungstricks, um Schlimmeres (Verlust der Reichseinheit) zu verhüten.
Die Forderung nach einer Revision der Ostgrenze, die Ostpreußen und Danzig vom Deutschen Reich abtrennte, war ein Grundkonsens der Weimarer Parteien. Hitler konnte später von diesem Grundkonsens profitieren, als er 1939 eine Revision der Ostgrenze forderte und den Zweiten Weltkrieg begann. Die Deutschen standen in dieser Frage hinter ihm, auch wenn sie den großen Krieg, einen Zweiten Weltkrieg nicht wollten.
Noch während des Zweiten Weltkriegs einigten sich Stalin und Churchill darauf, die deutsche Ostgrenze erneut massiv nach Westen und damit Polen noch weiter nach Mitteleuropa zu verschieben. Schlesien, Pommern, Danzig, ein Teil Ostpreußens wurden Polen zugeschlagen, der andere Teil Ostpreußens der Sowjetunion, alles Gebiete, die seit Jahrhunderten unbestritten deutsch besiedelt waren. Stalin drückte als Draufgabe noch Stettin zugunsten Polens durch und verordnete der von ihm gegründeten DDR die Anerkennung der Oder-Neiße als "Friedensgrenze".
Die Umdeutung der von Stalin gezogenen Grenze in eine deutsch-polnische Friedensgrenze entlang der Oder-Neiße blieb im Westen Deutschlands bis 1990 umstritten. Ohne das Zugeständnis der endgültigen Anerkennung wäre die Wiedervereinigung 1990 nicht zu haben gewesen. Nicht nur der französische Staatspräsident Mitterrand war in dieser Frage absolut unnachgiebig. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Anerkennung bis zur Gefahr einer Blockierung des Wiedervereinigungsprozesses hinausgezögert. Richard von Weizsäcker hingegen war bereit, auch diesen Preis für die "Befreiung" zu bezahlen: Er gehört mit zu den frühesten Befürwortern eines endgültigen Verzichts und gilt den Polen noch heute als beliebtester deutscher Politiker von Rang. ...

VI. Risiken und Nebenwirkungen

... Befreiungslegenden
... Wer mit Gewalt unterworfen wird und dann mit dem Begriff der Befreiung operiert, hat in Wahrheit überhaupt nicht begriffen, was mit Freiheit und Befreiung gemeint ist. Er hat zum Freiheitsbegriff keine echte, innere Beziehung. Wenn der Bundespräsident für die Deutschen die Niederlage, Besetzung und Teilung ihres Landes - Deutschland war 1985 geteilt - als Befreiung bezeichnet, dann stimmt irgend etwas nicht. Da ist ein Volk nicht ehrlich vor sich und seiner Geschichte. Eine Ausnahme bildet die gewaltlose Revolution in der DDR 1989/1990, die aber im Bewußtsein der wiedervereinigten Nation leider nicht die Rolle spielt, die ihr zukommt.
Das bleibt nicht ohne Folgen. Die fehlende innere, echte Beziehung zum Freiheitsbegriff und zur Befreiung ist übrigens ein Vorwurf, den die Bürgerrechtsbewegungen im Ostblock vor 1989/1990 gegenüber den politischen Akteuren in Westdeutschland erhoben haben. Heute,

ganz aktuell 2011, kommen ähnliche Stimmen aus dem arabisch-islamischen Raum, u.a. Libyen, wo man sich beklagt, daß die Deutschen zwar überschwenglich die Freiheitsrhetorik im Munde führen, aber nichts tun, wenn es darauf ankäme, den Worten Taten folgen zu lassen. (Siehe deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat am 17. März 2011 zur Libyenresolution Nr. 1973 - ein Datum, das man sich merken muß!)
Hinter der Rhetorik steht nichts, keine eigene Erfahrung; nur die Verwechslung von gewaltsamer Bekehrung mit Befreiung. Das ist eben nicht das Gleiche. Es ist eine Form von Selbstentmündigung, die die Befreiung von Dritten erwartet, es ist die Preisgabe des eigenen freien Willens zur Freiheit, die erkämpft werden muß. Es ist die Absage an die Eigenverantwortlichkeit. Weizsäcker hat das mit der "Befreiung vom Faschismus" natürlich nicht gemeint. Aber es ist die Folge eines Befreiungsbegriffs, wie er von den Deutschen verstanden und inhaltlich umgepolt worden ist.

Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. (Übrigens auch nicht in der Innenpolitik.) Die Bundesrepublik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.
Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulterschluß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.
Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie enthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.
Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.
Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.
Zum Zeitpunkt der Rede Weizsäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fortdauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurecht gefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).

Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung/Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit.
Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergoß die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...

VII. Traditionen! Traditionen?

... Zögerlich und widerwillig nähern sich die Deutschen der Tabuzone der sog. Stunde Null. Jede mißverständliche Äußerung, jeder falsche Schritt außerhalb der festgetretenen Pfade der politischen Korrektheit kann das Ende der wissenschaftlichen und/oder publizistischen Karriere derer bedeuten, die sich auf dieses schwierige Terrain vorwagen. Historische Forschung und Publizistik befassen sich in Deutschland exzessiv mit bestimmten Ausschnitten des Zweiten Weltkrieges und lösen damit immer wieder Wellen der Betroffenheit aus. Selektiv wahrgenommen, vernachlässigt und ausgeblendet werden die letzten Kriegsmonate und die unmittelbare Nachkriegszeit, obwohl sie für die spätere Entwicklung in Deutschland von größter Bedeutung sind. ...
Es ist bemerkenswert, wie sich die Deutschen ihre Geschichte von Ausländern erzählen lassen müssen: Ein britischer Historiker, Alan B. Taylor, nannte es ein "großes Geheimnis", daß viele Deutsche über die zwölfte Stunde hinaus auf den Trümmern des dahingegangenen Reiches weiter kämpften. Mit Sarkasmus hatte Taylor hinzu gefügt, daß die Antwort darauf nie zu haben sein werde, da die Deutschen selbst sich nicht erinnerten (zitiert nach Joachim Fest, Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches, Alexander-Fest-Verlag, Berlin 2002, S. 78). ...

Fazit

Die eingangs gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden: Die Tragweite der von Richard von Weizsäcker 1985 vorgenommenen Umdeutung der Niederlage von 1945 in eine Befreiung ist enorm, die Tragfähigkeit nahezu null und die Folgen teilweise katastrophal.
Die Rede ist zeitbedingt und traf die Stimmung der "Westdeutschen" Mitte der 1980er Jahre. Ein Vierteljahrhundert oder eine Generation später hält sie einer kritischen Überprüfung nicht stand.<<
Herbert Czaja (1914-1997) schrieb im Juni 1985 über die Verletzung von Menschenrechten (x077/11-12): >>... Gravierende Menschenrechtsverletzungen kann man auf die Dauer nicht verschweigen. Menschenrechte sind ein hohes Gut, das man nicht durch entstellende oder verflachende, dem politischen Kampf dienende Bilanzen gefährden soll.
... Menschenrechtsverletzungen in Europa kann man nicht mit dem Hinweis auf frühere schwere Verbrechen Deutscher an Angehörigen fremder Völker zurückweisen. Schwere Verletzungen der Menschenrechte kann man nicht gegeneinander aufrechnen; frühere Verletzungen der Menschenrechte erfordern eine gerechte Sühne, können aber nicht zur Rechtfertigung neuen aktuellen Unrechts dienen. ...
... Man muß um der Betroffenen willen reden. Beim Sacharow-Hearing in Kopenhagen erklärte die Ehefrau von A. Sinjavskij: "Am schlimmsten ist der dran, von dem niemand spricht – für den niemand protestiert."<<
Die schlesische Vertriebene Bärbel Koppetz berichtete im Jahre 1985 im ZDF-Film "Das deutsche Nachkriegswunder – Leid und Leistung der Vertriebenen" (x024/7): >>...Aber man kann nicht immer nur die Deutschen als Verbrecher hinstellen und von der Schuld der anderen nicht sprechen, denn es gibt in jedem Volk Gute und Böse, so war es schon, seit der Mensch

besteht.
Und darum finde ich es ganz wichtig, daß man auch über die Wahrheit der Vertreibung an Deutschen spricht – auch wenn es vielen nicht paßt. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.
Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<
Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Dezember 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 (x853/...): >>**Politische und ideologische Interessen an der Alleinschuldthese**
Folgende Behauptungen des Politologen Theodor Eschenburg wurden in der Nachkriegszeit und verstärkt bis heute zu einem tabuierten Credo erhoben:
"Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich eindeutig beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik."
Also jenseits der historischen Wahrheit hochpolitisch. Wahrheitsenthobene Alleinschuldanerkenntnis, Buß- und Demutsgebärden nebst endloser Schuld-Milliarden-Zahlungen als Staatsräson der Bundesrepublik, keineswegs der DDR, die vielmehr durch Menschenhandel und Dauer-Milliarden-Tribute zu - kündbaren - "menschlichen Erleichterungen" bewegt (subventioniert) werden soll. Eine Art "Hilfe", die auch nach der Öffnung der Mauer- und Todesschußgrenzen weiter empfohlen wird.
Was nun Eschenburg anlangt, so schreibt das Lexikon "Prominente ohne Maske" (Hrsg. von Dr. Gerhard Frey, FZ-Verlag München 1984) S. 121 ff. "Führender Umerzieher in Deutschland. Geboren 1904 in Kiel. In der Weimarer Zeit gehörte er der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei an, die beide gegen die Versailler Kriegsschuldlüge Sturm liefen. Nach dem Dritten Reich, in dem er als Geschäftsführer in Industrieverbänden zum "Endsieg" beitrug, sah er das Thema Kriegsschuld anders ... Er war SS-Mitglied.
Seine originelle Begründung: Er sei von der SA verfolgt worden und habe sich dieser Verfolgung durch Eintritt in die SS entziehen wollen."
Inzwischen hat die von Eschenburg beiseitegeschobene fachhistorische Forschung die These von der deutschen Alleinschuld obsolet gemacht und Stück um Stück in Frage gestellt. … Im "Historikerstreit" kam die Angst der Ideologie-Interessenten an der Gefährdung der Tabus ihres sie so außerordentlich - nämlich "moralisch" - begünstigenden Geschichtsbildes zum heftigen Ausbruch. So wurde dieser Streit mit den Fachhistorikern hochpolitisch und ideologisch zugleich. Denn die Linke nebst den entsprechenden Liberalen hatten mit ihrem primitiven "Antifaschismus" automatisch sich das moralische Gütesiegel angeheftet.
Der letzte lebende "Kirchenvater" der "Frankfurter Schule" und Chefideologe der 68-er Kulturrevolution Jürgen Habermas nennt nun die bösen Folgen der geschichtswissenschaftlichen Infragestellung dieses pseudomoralischen Geschichtskonstruktes beim Namen, "als er in der "Zeit" seinen Kontrahenten vorwarf, sie wollten den Deutschen "die Schamröte" austreiben, was dazu führen könne, daß "die nationalen Symbole ihre Prägekraft" wiedergewinnen könnten. Dadurch aber würde die "Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien" gefährdet und die Möglichkeit einer Rückbesinnung auf die nationale Identität befördert, wodurch "der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet", nämlich der "Verfassungspatriotismus " in Gefahr gebracht würde." (Aus Hugo Wellems: Das Jahrhundert der Lüge. Von der

Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, ARNDT-Verlag Kiel, 1989, S. 15).
Im Dienste des abstrakten Kunstprodukts "Verfassungspatriotismus " soll also nationale Identität niedergehalten, durch "multikulturelle Gesellschaft" (= Hereinströmenlassen von Millionen von Scheinasylanten aus aller Welt) ersetzt und der jedem gesunden Volk eigene Zusammenhalt sowie gottgegebene spezifische Auftrag durch leicht vom Schreibtisch aus handhabbare "universalistische Prinzipien" denunziert und detruiert werden.
In diesen Tagen und Wochen wurde solch Geschichtskonstrukt übrigens von den elementar aufgebrochenen Zeugnissen der Zusammengehörigkeit der Deutschen durch die Ausreiseströme und die bewegende Wiederbegegnungsfreude mit Millionen deutscher Landsleute aus der DDR ad absurdum geführt.
"Das Dogma von der Singularität deutscher Verbrechen und von der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg hat also eine rein politische Funktion als Waffe gegen eine Rekonstruktion der nationalen Identität der Deutschen. Da aber ein Volk ohne Identität nicht lebensfähig ist, wird die Bedeutung jener Historiker, die sich dem Eschenburg-Dogma entziehen, offenkundig" (H. Wellems). Die Perversion von historischen Schuldfragen zu Werkzeugen der Aufrechterhaltung ideologisch-politischer Machtinteressen, ihre Besetzung mit pseudomoralischen Tabus, ist in eine wohlverdiente tiefe Krise geraten.<<
Dr. Friedrich Zimmermann (1925-2012, damaliger Bundesminister des Innern) schrieb im Geleitwort der Bundesarchiv-Dokumentation "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-48", die 1989 veröffentlicht wird (x010/9-10): >>... Eine verantwortungsbewußte Verarbeitung des Themas Vertreibung braucht den Vorwurf nicht zu scheuen, sie könne das Verhältnis zu anderen Staaten belasten und Entspannung verhindern. Wie könnte Entspannung dauerhaft sein, wenn sie das Verschweigen oder die Verfälschung geschichtlicher Ereignisse in Kauf nimmt? Nach meiner Überzeugung ist die Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens mit seinen schrecklichen Begleiterscheinungen im Interesse der geschichtlichen und politischen Bewußtseinsbildung notwendig.
Vorgänge solchen Ausmaßes dürfen nicht aus dem Bewußtsein eines Volkes verdrängt werden. Findet eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht statt, die sich von unbestechlicher Wahrheitsliebe leiten läßt, so entstehen verzerrte Bilder der Vergangenheit und entstellende Legenden. Damit ist niemandem gedient. ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x024/333-334): >>... Die Vertriebenen hatten vor allem in der Zeit, als um die Ostverträge gerungen wurde, stark unter ... (dem Sensationsjournalismus) zu leiden.
Die ablehnende Haltung vieler Vertriebener den Verträgen gegenüber wurde als "Kalte-Krieger"-Mentalität verteufelt. Der Gedanke, daß etwa ein Schwabe hier leichtern Herzens würde zustimmen können als ein Ostpreuße, wurde gar nicht erst bedacht. Durch solchen Journalismus wurde der Begriff "Vertriebener" geradezu anrüchig, obwohl dem Schicksal eines Vertriebenen – egal wo in der Welt – immer Mitgefühl entgegengebracht werden sollte. Die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffen 1985 zeigte, daß der Umgang mit den Vertriebenen noch immer nicht differenziert ist, da selten unterschieden, vernünftig gewichtet und geurteilt, sondern pauschaliert und heillos übertrieben wird.
Solange noch Politiker und Journalisten Gräben zwischen Vertriebenen und Nichtvertriebenen aufreißen, so lange ist noch nicht von einer vollkommenen Eingliederung zu sprechen. Dabei waren es doch gerade die noch immer verteufelten Vertriebenenfunktionäre, die die großartige Haltung der Vertriebenen wesentlich beeinflußt haben. Hätte nur einer von ihnen zu Haß und Gewalt aufgerufen, wäre vielleicht alles anders gekommen. Aber kein einziger deutscher Vertriebener hat zu Gewalt gegriffen, es gab keine einzige terroristische Aktion. Kein Flugzeug wurde entführt, keine Geisel genommen.

Die Bekundung des Willens der Vertriebenen geschah ausschließlich mit Worten. Unter ihnen gibt es keinen "Revanchismus". Wer es ihnen laufend vorwirft, gibt damit eigentlich nur zu, daß es eigentlich Anlaß für eine solche Haltung gäbe. Wenn vertriebene oder nichtvertriebene Deutsche gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen sind (25 %), so sind dies damit noch lange keine Revanchisten.
Aus polnischer und sowjetischer Sicht könnte man sie allenfalls als Revisionisten bezeichnen, wie sie auf eine Revision dieser Grenze im Rahmen eines Friedensvertrages hoffen. Es sind Leute, die auf völkerrechtlich nie widerrufene Verträge pochen und sich nicht durch die "normative Kraft der Geschichte" das Recht beugen lassen wollen.
Aus dieser Haltung kann man aber keinen "Revanchismus" ableiten, wie es die Sowjetunion und Polen tun. "Revanchisten" muß es aber in der Bundesrepublik Deutschland geben, weil der Ostblock diesen Popanz braucht. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1992: >>**Neue Berechnung bestätigt Zahl der ermordeten Juden**
Die Nationalsozialisten haben mindestens 5,29 Millionen und höchstens knapp mehr als 6 Millionen europäische Juden ermordet. Zu diesem Schluß kommt eine neue Studie des angesehenen "Instituts für Zeitgeschichte" in München.
Bei dieser Berechnung sei bereits mit berücksichtigt, daß im Vernichtungslager Auschwitz nicht - wie lange Zeit angenommen wurde - 4, sondern etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden.
Eine entsprechende Inschrift im Vernichtungslager war, wie berichtet, jüngst geändert worden. Die korrigierten Zahlen für Auschwitz seien dem Institut schon seit vielen Jahren bekannt und seitdem schon immer in die Berechnungen der Gesamtopferzahlen eingeflossen, sagte ein Wissenschaftler.<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (49/1994) berichtete am 5. Dezember 1994: >>**Herzogs Harris**
Unser Bundespräsident Roman Herzog ist stramm im Ankündigen. Nach knapp vier Monaten Amtszeit wußte er bereits, daß er nicht noch einmal kandidieren werde. Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes wird er eine sicherlich ausgewogene Rede halten.
Aber das reicht ihm nicht. Er will auch Europas "Geschichten" (Plural von Geschichte) vereinigen. National geschriebene Geschichte soll es länger nicht geben - ein Vorhaben, das uns in Frankreich, England, in den USA et cetera höchst verdächtig machen wird.
Noch vor seiner Rede zum Kriegsende will er auch zum 50. Jahrestag des verheerenden alliierten Luftangriffs auf Dresden (13./14./15. Februar 1945) eine Rede halten. Davor kann man nur strikt warnen. Das ist ein Parkett, auf dem man eigentlich nur ausrutschen kann. Herzog meint, es dürfe doch nicht sein, daß jeder sich aus seinem Geschichtskuchen heraussuche, was er Gutes getan habe. Er spricht von der "europäischen Verstrickung" - ein fatales Wort.
Dresden war objektiv ein Kriegsverbrechen; man kann es so sehen, wie man es im Fall des Abwurfs der beiden - ich betone, der beiden - Atombomben auf Hiroschima und Nagasaki tun muß. Aber warum kann Dresden als "Kriegsverbrechen" eingestuft werden? Nicht wegen der Zahl der Opfer, die war in Hamburg Mitte 1943 nennenswert höher, geschätzt 50.000, Dresden 35.000 bis 40.000.
Der Unterschied? Bei der Verfeuerung Dresdens war der Krieg für die Angelsachsen gewonnen, es bedurfte dieser Grausamkeit - ich selbst stolperte durch den Leichengeruch der menschenleeren Trümmer - nicht mehr. Nur war nicht "Bomber-Harris", Luftmarschall Arthur Harris, der Schurke vom Dienst. In persona verantwortlich war Winston Churchill: ein Kriegsverbrecher, weil er Hitler in den Arm gefallen war?
Nein, versichert Herzog, verletzen und aufrechnen wolle er natürlich nicht. Wäre ja auch noch schöner. Nur werden die Briten ihren heroischen Kampf, der sie das Empire kostete, nicht an

Hitler messen wollen. Um auf die "Verrohung des Menschen im Krieg" hinzuweisen, was der Redner beabsichtigt, dafür brauchen wir keinen Herzog und keinen Bundespräsidenten.
Wie war es denn im Februar 1945? Immer noch fielen V-2-Geschosse auf London, die insgesamt an die 3.000 Menschen töteten. Großbritannien und das Empire beklagten an die zwei Millionen Tote. Wie sollte man da nicht verrohen? Bomber-Harris war ein ungehobelter Mensch, aber auch Churchill dachte damals über die "Hunnen" nicht viel anders als er. Harris wurde nur "Sir", nicht "Lord". Er mußte als Sündenbock herhalten.
Nach allgemeiner Ansicht sollte mit jenem Deutschland, das schon den Ersten Weltkrieg ohne triftigen Grund angezettelt und triftig verloren hatte, Schluß sein. Das alles will Herzog akkordieren? Und wie, ohne eine in der Tat "völlig absurde" (Herzog) Aufrechnung? Hier kann er nicht, wie er das innenpolitisch vorhat, alle an einen Tisch bringen, was ohnehin niemand kann.
Ja, die Franzosen haben das Reich nach 1918 vernichten wollen, und die Hungerblockade nach dem Waffenstillstand war ein Kriegsverbrechen, das Wort kam ja damals auf ("Hang the Kaiser!").
Verdun, Höhepunkt der grausamen Perversion, wäre nicht schlimmer gewesen als Arras und Ypern, hätte Falkenhayn, Nachfolger des jüngeren Moltke im Generalstab, damit Erfolg gehabt. England war schon damals der Hauptgegner, die Franzosen unterschätzte man.
So glitt auch der Zweite Weltkrieg den Angelsachsen aus den Händen, wie schon dem Abraham Lincoln dessen Bürgerkrieg 1865. Dresden ist nur ein Überfließen der "Schalen des Zorns" (Churchill), die sich seit dem Jahrhundertanfang durch Wilhelm, Tirpitz und Schlieffen angefüllt hatten.
Dem wirtschaftlich und nach seinem Potential stärksten Land Europas stände es nicht gut an, auf Dresden eigens zu sprechen zu kommen, schon gar nicht durch seinen höchsten Repräsentanten.
Da irre man sich nicht, die "Geschichten" Europas werden sich so schnell gar nicht, wenn überhaupt je, "vereinigen" lassen. Noch regiert der Nationalstaat.<<
Prof. Dr. Michael Wolffsohn (deutscher Historiker und Publizist, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland) schrieb am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergekettet** ...
Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.
Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.
Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...
Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht. ...
Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.
Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Januar 1995: >>... **Polen und Juden in Auschwitz – eine schwierige Beziehung zwischen Opfern**
... Jüngste Umfragen in Polen haben ergeben, daß nur eine kleine Minderheit Auschwitz in erster Linie mit dem Massenmord an den europäischen Juden in Zusammenhang bringt, fast

die Hälfte der Befragten bezeichnet es dagegen als Symbol des Völkermords an den Polen.
Schewach Weiss, Vorsitzender des israelischen Parlaments, der Knesset, erklärte in einem Interview mit der "Gazeta Wiborcza", viele Juden sähen in den Polen vor allem die Helfer der SS und Antisemiten. Daß 40 Prozent der von Israel mit dem Ehrentitel "Gerechte unter den Völkern" ausgezeichneten Menschen aus Polen stammten, spiele dabei keine wesentliche Rolle.
Die Tatsache, daß nur eine Minderheit der Polen (wie neueste Umfragen belegen) das Lager Auschwitz in erster Linie mit dem Holocaust an den Juden verbinden, ist allerdings kein "Erfolg" katholischer Vereinnahmung. Denn schließlich haben Polens Kommunisten 40 Jahre lang den Völkermord für Polen vereinnahmt. Wie in der Sowjetunion nicht von jüdischen Opfern, sondern von den ermordeten "Sowjetmenschen" ohne Angabe der Nationalität die Rede war, so war in Polen neutral von "Völkermordopfern" die Rede. ...<<
Erzbischof Johannes Diba beklagte im Bistumsblatt vom 5. Februar 1995 die unangemessene Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x268/119): >>... Es ist uns gesagt worden, "nach Auschwitz" könne man nicht mehr an Gott glauben, ja nicht mehr beten. Ich würde eher umgekehrt reagieren: Auschwitz hat uns gezeigt, wohin die Menschen gelangen, wenn sie Gott und seine Gebote verachten und ihren eigenen Willen zum absoluten Gesetz erheben. ... Der Gottesverachtung folgt die Menschenverachtung. Das ist die ewige Lektion, die Auschwitz uns lehrt.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1995 veröffentlichte im Februar 1995 eine Publikation des sächsischen Justizministers Steffen Heitmann (x853/...): >>**Jetzt Schlußstrich und "Versöhnung?"**
Immer von neuem und verwirrend wird die Diskussion um die Beendigung dessen geführt, was nach Meinung mancher noch gar nicht recht begonnen hat: die Auseinandersetzung mit der Hinterlassenschaft des SED-Regimes. ...
Doch wie geschieht Versöhnung im christlichen Sinne? Das Verhältnis zwischen Mensch und Gott ist durch die Sünde des Menschen gestört. Der Weg zur Versöhnung beginnt mit der Einsicht der Schuld. Es folgt das Schuldbekenntnis und das Bereuen der Schuld. Erst darauf folgt die Vergebung, die die Versöhnung bewirkt.
Zwischen Menschen kann das nicht anders sein. Aber wo bekennen sich die für das Unrecht in der DDR Verantwortlichen bisher zu ihrer Verantwortung? Erleben wir nicht - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur Selbstrechtfertigungen? Versöhnung verordnen, das kann nicht zum Ziele führen, weil das Ringen um Wahrhaftigkeit umgangen wird.
Die Gründe für die mit Vernebelung geführte Amnestie-Debatte liegen auf der Hand:
1. Von seiten starker Kräfte innerhalb der SPD wird die Absicht verfolgt, die PDS koalitionsfähig zu machen, weil sie zum Regieren gebraucht wird. Daß die PDS die SED war, stört dabei nur. ...
Wenn Richard von Weizsäcker jetzt sagt: "Das Strafen muß ein Ende finden", so frage ich: Hat es denn je richtig begonnen? Sind unsere Gefängnisse gefüllt mit SED-Tätern? Wer nach Amnestie ruft, verrät den Kern der Revolution von 1989/90, das Bemühen um Wahrhaftigkeit! ...<<
Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges (x853/...): >>**Selektives Gedenken**
... Das Kriegsende 1945 bedeutete für Deutsche vor allem entsetzliche Tragödien. Und wer menschlich denkt und sich erinnert, fragt: wo bleibt das Gedenken, ein Tag der Trauer, ein würdiges Denkmal, für die ca. 2,5 Millionen bei der Vertreibung aus Ostdeutschland, Böhmen/Mähren und Sudetendeutschland, auf dem Balkan umgekommenen Deutschen, die erfroren, erschlagen, erschossen, ertrunken, auf der Flucht bombardiert, niedergewalzt, verhungert

oder in sowjetische Sklaverei deportiert und verschwunden sind? Wer errichtet jenen wohl hunderttausenden deutschen Mädchen und Frauen ein Denkmal, die Opfer systematischer und massenweiser Schändungen durch eine hemmungslose Soldateska, schließlich abgeknallt wurden oder sich selbst das Leben nahmen.
Wäre das nicht ein Gedenken wert von seiten auch einiger Feministinnen, wenn sie ernstgenommen werden wollen? Stünde es nicht der Kirche gut an, statt ungerechter Selbstbezichtigung der damaligen Kirche jener in würdiger Form zu gedenken, die damals ihr Leben gaben, um Frauen zu schützen (darunter nicht wenige Priester)?
Ist es zumutbar, "Befreiung" feiern zu sollen angesichts der zahllosen Opfer, Soldaten und Zivilisten, im Gefolge jener sadistischen Mordhetze, die der Salonkommunist und perverse Agitator Ilja Ehrenburg jahrelang in Frontzeitungen der Roten Armee einimpfte? Verdienen nicht jene ein Denkmal, die - wie die deutsche Marine - in einer beispiellosen Rettungsaktion 2,4 Millionen Menschen aus jener Hölle retteten? ...
Wo bleibt ein Denkmal oder wenigstens ein würdig-öffentliches Gedenken an die zigtausenden deutscher Kriegsgefangener, die man wissentlich in den amerikanischen Todeslagern am Rhein hat umkommen lassen, oder an der Ost-West-Begegnungsgrenze (teilweise unter Bruch ausdrücklicher örtlicher Übergabevereinbarungen) an die Rote Armee und damit meist in den Tod zu Hunderttausenden kalt-brutal ausgeliefert hat?
Sie werden darauf wohl ebenso wie die Hunderttausende Zivilopfer (als solche waren sie bewußt gewählt in einer längst vor dem Krieg geplanten verbrecherischen Bombenterror-Strategie seitens der Briten) warten müssen, ebenso wie die deutschen Opfer (es waren die ersten, noch vor den Massen der europäischen Juden) der Konzentrationslager (die Deutschen waren auch die letzten in den von den Sowjets nach 1945 in trauter Kontinuität weitergeführten Nazi-KZs).
Genug. Man wird die festgefahrenen selektiven Bewältigungs-Profis, die Gedächtnis und Denkmale für ihre Zwecke instrumentalisieren, nicht umstimmen. Mir bleibt unvergessen, was uns 1946 Prof. Andres in der Vorlesung in Bonn mit erschütternder Verzweiflung sagte: "Ja, wir sind befreit. Befreit von den letzten Illusionen."
Amerikanische Soldaten (bei denen es übrigens 1945 in Deutschland makabrerweise noch die traditionelle strenge Rassentrennung gab) hatten sein Lebenswerk, ein religionswissenschaftliches Archiv mutwillig auf die Straße geworfen, zertrampelt, verdreckt, angezündet, vernichtet. Damals galt das Verbot der Verbrüderung. Man wollte gar nicht befreien. Morgenthau plante das Gegenteil.
Ja, wir hatten dann Glück im Unglück, als wir bald wieder (von Ost und West) gebraucht wurden. Das größte Glück aber war die fast wunderbarerweise gesundgebliebene Substanz des Volkes, religiös sowohl wie im Ethos, das keine Panik und nihilistische Verzweiflung aufkommen ließ. Insbesondere die damals noch intakten Familien wurden Orte des Sichfindens. Neuanfang und Aufbau sind ebenso wie Durchhalte- und Ertragenskraft, Klugheit, Vorsorge und besonnenes Handeln in jener Zeit ein wahres Ruhmeskapitel unseres so fürchterlich geprüften Volkes. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Streit über den 8. Mai geht nicht allein die Deutschen an**
... Kürzlich haben nun Konservative und Rechtsorientierte unter der provozierenden Überschrift eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, in der es heißt: "Einseitig wird der 8. Mai als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes. Ein Geschichtsbild, daß diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder

relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilien werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen."
Diese Anzeige kann als Gegenposition zur Weizsäcker-Rede gelten. Sie wurde eingeleitet mit einer Aussage des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."
Die Anzeige löste allerhand Wirbel aus. ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1995 berichtete im Juni 1995 über das Buch "Die gegängelte Nation. Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Historikers Richard Grill (x853/...): >>... **Eine Folge der bedingungslosen Kapitulation**
Die Deutschen und die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" nach dem Krieg
... Einer der geistigen Väter des westalliierten "Umerziehungsprogramms" war Roosevelts langjähriger Finanzminister Henry Morgenthau. Ihm und seinem Gesinnungsfreund Dexter-White ging es dabei um die schlußendliche Beseitigung der "deutschen Gefahr" für die Menschen und den Frieden in der Welt.
Während die Entindustrialisierung Deutschlands die wirtschafts- und militärpolitische Macht des Reiches ein für alle Mal brechen sollte, hatte die "Umerziehung" die geistig-psychologische "Abrüstung" der Deutschen zu besorgen. Richard Grill faßt den Vorgang unter die Überschrift "Entmachtung und Entmündigung der Deutschen" und belegt seine Feststellungen mit einer Fülle von Beispielen.
Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegerverdikte über das deutsche Volk und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Weltkrieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Vergangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflußt worden ist. ...
Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegerverdikte über das deutsche Volk und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Weltkrieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Vergangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflußt worden ist. ...
Angesichts der neuerlich aus Prag zu hörenden Forderung nach Schuldbekenntnissen der Sudetendeutschen nimmt sich auch höchst aktuell aus, was Grill über "Die Vertreibung - eine gerechte Sache?" ausführt.
Danach hat sich die von den Siegern und den Vertreiberstaaten in Umlauf gesetzte Version, daß die Volks- und Sudetendeutschen in Polen und in der Tschechoslowakei als "Fünfte Kolonne Hitlers" ihr bisheriges Heimatrecht selbst verwirkt hätten, immer mehr ausbreiten und die Vertriebenen schließlich zu Alleinschuldigen am erlittenen Schicksal erklären lassen können. Eine Verkehrung von Tätern und Opfern, welche die Landsmannschaften bei der öffentlichen Kommentierung ihrer Forderungen nach Heimat- und Eigentumsrecht hierzulande zunehmend schmerzlicher zu spüren bekommen. Auf die noch rund drei Millionen überlebenden Ost- und Sudetendeutschen in der Bundesrepublik scheint weitgehend das zuzutreffen, was der Verfasser "Selbsthaß und Fremdenliebe" als "Made in Germany" bezeichnet.
Wie anders sind die oft feindseligen Zurechtweisungen an die Adresse der "Vertriebenen-Funktionäre" seitens bestimmter Politiker und Publizisten zu verstehen? Richard Grill scheint den Finger in die Wunde zu legen, wenn er diese verbreitet praktizierte Selbstentäußerung der Deutschen als eine verinnerlichte Gängelung mit Zeitzündereffekt begreift und vor weiteren beflissenen Selbstbezichtigungen warnt, da diese sonst in nationale Selbstaufgabe oder irra-

tionale "Selbstbefreiung" enden und ein neues Kapitel "deutscher Erhebung" einleiten könnten.
Was den Verfasser letztlich umtreibt, beschreibt er am Schluß seines Buches so: "Die mentale Schwäche des deutschen Volkes durch den aufgedrückten und am Leben erhaltenen Scham- und Schuldkomplex sichert einen überbordenden Einfluß und sorgt dafür, daß die Einigkeit durch Verwirrung und Zerrüttung, das Recht durch Unsicherheit und Hintansetzung und die Freiheit durch Gängelung und Selbstkasteiung beeinträchtigt werden", um in Anlehnung an das "Deutschlandlied" zu fordern:
"Das Lied der Deutschen mahnt die Jüngeren, die in die Entscheidung hineinwachsen, die Einigkeit in Recht und Freiheit zu wahren, ihr Recht in Freiheit und Einigkeit in Anspruch zu nehmen und die Freiheit für die Einigkeit im Recht einzufordern" und abschließend festzustellen:
"Sie können dies nur, wenn sie das Netz ungerechtfertigter Kollektivbindung abstreifen, das vor 50 Jahren über ihre Vorfahren geworfen wurde, und aus dem Nebel und Dunst heraustreten, in die man ihren Gang durch die Geschichte als den eines Sonderwegs gebannt hatte." ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. März 1996: >>**Jüdische Rächer wollten Millionen Deutsche ermorden**
Israelischer Dokumentarfilm berichtet über Sonderkommandos / Angeblich Vergiftung des Trinkwassers geplant
Es war das Thema Vergeltung, dem der israelische Regisseur Jarin Kimor seinen Dokumentarfilm gewidmet hatte. Im israelischen Fernsehen zeigte er am Sonntagabend Mitglieder sogenannter jüdischer Rachegruppen, die sich direkt nach dem Zweiten Weltkrieg an den Deutschen für die Ermordung mehrerer Millionen Juden rächen wollten.
"Die gesamte Bevölkerung von Hamburg, München und Nürnberg sollte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von jüdischen Rachekommandos vergiftet werden", erzählte General Israel Carmi, der nach Kimors Angaben Chef einer der jüdischen Gruppen war. "Unsere Leute waren die einzigen Überlebenden ihrer Familien. Sie waren in Auschwitz erniedrigt worden. Sie hatten nichts mehr zu verlieren."
Nach Angabe von Mitgliedern der Gruppe waren Soldaten der jüdischen Brigaden damals in der britischen Armee abgestellt worden, um in den Wasserwerken von Hamburg und Nürnberg bei den großen Filteranlagen zu arbeiten. Carmi behauptet, er sei nach Palästina gefahren, um sich mit Chaim Weizman, dem späteren ersten Präsidenten des Staates Israel zu beraten. Dieser habe dann den Wissenschaftler Ernst David Bergmann beim "Ziv-Institut" beauftragt, sofort ein "geruchs- und farbloses Gift" zu entwickeln.
Das Gift sollte in das Trinkwasser der deutschen Städte geschüttet werden. 50 Kilo des Gifts, in Konservenbüchsen versteckt, wurden einem einfachen Soldaten diese Kommandos, Itzik Ron, in einem Sack mitgegeben. Während der Überfahrt per Schiff von Palästina nach Frankreich flog die Gruppe jedoch aus unbekannten Gründen auf. Ron gibt in dem Film an, er habe das Gift deshalb ins Mittelmeer geschüttet.
"Das jüdische Volk versuchte, nach dem Holocaust seine Ehre zu retten, aber die große Rache scheiterte", resümierte Carmi.
Der Film berichtet außerdem davon, daß nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1.000 und 2.000 Nazis von jüdischen Rachekommandos umgebracht worden seien. So sollen am 13. April 1946 bei Nürnberg 300 SS-Leute in einem amerikanischen Gefangenenlager umgekommen sein, weil jüdische Kämpfer rund 3.000 Brote mit Gift beschmiert hatten, erzählt ein weiteres Mitglied einer Rachegruppe.
Bei Hinrichtungen sei oft nach demselben Muster vorgegangen worden. Einige Nazis wurden mit den Händen erwürgt oder nach einem kurzen Feldgericht standrechtlich erschossen. "Im

Namen des jüdischen Volkes verurteile ich Sie", sollen die Kämpfer der jüdischen Brigaden der britischen Armee gerufen haben, ehe sie die gefaßten Nazis erschossen und in Seen oder Flüssen versenkten.
In dem Film werden auch Einzelfälle genannt. So sollen jüdische Häscher in Judenburg in Österreich einen Nazi namens Alwin Gawanda entdeckt haben. Er war für besondere Grausamkeit bei der Verschickung von Kindern nach Auschwitz berüchtigt. Nach dem Krieg war er bei einem Jahrmarkt untergetaucht, dort leitete er einen Tontaubenschießstand. Er wurde aus nächster Nähe erschossen.
Im Wiener Rothschild-Hospital soll es nach dem Krieg einen Keller gegeben haben, wo sich Mitglieder dieser jüdischen Kommandos einen Folterraum eingerichtet hatten. "Nazis wurden dorthin gebracht und nie mehr wiedergesehen", heißt es in dem Dokumentarfilm.
Mitglieder dieses Kommandos lockten auch Joseph Balaki in einen Wald bei Wien und erschossen ihn dort. Balaki hatte bei Kolow in Polen erstmals Lastwagen ausprobiert, deren Abgase in den Ladekasten geleitet wurden. Tausende Juden wurden auf diese Weise vor der Erfindung der stationären Gaskammern ermordet.
In seinem Buch "Die siebte Million" warnt der israelische Historiker Tom Segev aber davor, solche Aktionen überzubewerten. Der Gedanke, sich an den Deutschen zu rächen, sei angesichts der historischen Einmaligkeit und des gigantischen Ausmaßes dieses Verbrechens von den Verantwortlichen in Israel bald verworfen worden.<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose (nicht organisch bedingtes Nervenleiden) der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...
Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.
Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feinseligen Mehrheit beruht.
Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**
Die Deutschen und der Holocaust: Daniel Goldhagen streitet mit seinen Kritikern
... Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.

Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert.
... Am Beispiel des Polizeibataillons 101, dessen Mordaktionen an der Ostfront Goldhagen neben anderen untersuchte, versucht er die Taten und ihre Motive, ihren besonderen Eifer, die Freiwilligkeit ihrer Teilnahme herauszuarbeiten.
Goldhagens These ist, daß die Angehörigen dieses Bataillons nicht nach besonderen Kriterien ausgesucht wurden und deshalb einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung gebieten.
Der Berliner Historiker Reinhard Rürup bezweifelte diese Annahme. Außerdem warf er Goldhagen vor, Quellenmaterial, daß seine These nicht stützte, einfach unterschlagen zu haben (was der amerikanische Wissenschaftler scharf zurückwies). Viele derjenigen, die an den Mordaktionen beteiligt waren, hätten keineswegs mit Überzeugung oder besonderer Lust mitgemacht. Viele hätten es nicht gewagt, Befehle zu verweigern. Goldhagen unterschlage auch, daß es in Deutschland unterschiedliche Formen des Antisemitismus und eine besonders reiche deutsch-jüdische Kultur gegeben habe.
Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...
Einhellig bestritten die (deutschen) Historiker, daß der Massenmord von Anfang an vom Hitler-Regime geplant gewesen sei. Auch der Zweite Weltkrieg sei nicht geführt worden, um den Holocaust zu ermöglichen ...
Goldhagen ... hielt ... an seiner These von einem besonders radikalen deutschen Antisemitismus fest. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x169/70-75): >>... Die jüngste große Holocaust-Show ist Daniel Jonah Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker".
Innerhalb weniger Wochen nach seinem Erscheinen druckte jedes wichtige Meinungsblatt eine oder mehrere Besprechungen. Die "New York Times" brachte mehrere Artikel, in denen Goldhagens Buch als "eines jener seltenen neuen Werke" gelobt wird, "die die Bezeichnung Meilenstein verdient haben" (Richard Bernstein).
Mit einer halben Million verkaufter Exemplare und vorgesehenen Übersetzungen in 13 Sprachen wurde "Hitlers willige Vollstrecker" im Magazin von "Time" als das "am meisten diskutierte" und zweitbeste Sachbuch des Jahres gefeiert. ...
Die zentrale These von Goldhagens Buch ist eines der üblichen Holocaust-Dogmen: Getrieben von pathologischem Haß, stürzte sich das deutsche Volk auf die von Hitler gebotene Gelegenheit, die Juden zu ermorden. ...
"Hitlers willige Vollstrecker", voll mit groben Fehldeutungen von Quellenmaterial und inneren Widersprüchen, ist ohne wissenschaftlichen Wert. In "Eine Nation auf dem Prüfstand" haben Ruth Bettina Birn und der Autor dokumentiert, wie schludrig Goldhagens Unternehmung angelegt ist. Die darauf folgende Kontroverse beleuchtete das Funktionieren der Holocaust-Industrie auf lehrreiche Weise.
Birn, weltweit die führende Autorität für die Archive, die Goldhagen zu Rate zog, veröffentlichte ihre kritischen Befunde zuerst im "Historical Journal" von Cambridge. Goldhagen wies die Einladung der Zeitschrift zu einer umfassenden Erwiderung zurück und beauftragte statt

dessen eine führende Londoner Anwaltskanzlei, Birn und die Cambridge University Press wegen "vieler schwerwiegender Verleumdungen" zu verklagen. ...
Kurz nachdem die ebenfalls kritischen Befunde des Autors in der "New Left Review" veröffentlicht wurden, erklärte sich der "Metropolitan-Verlag", ein Label von Henry Holt, bereit, beide Aufsätze zusammen als Buch herauszugeben. ...
Leon Wieseltier, Literaturredakteur der pro-israelischen "New Republic", intervenierte persönlich bei Michael Naumann, dem Verleger von Holt. "Sie wissen nicht, wer Finkelstein ist. Er ist Gift, ein abstoßender Jude voller Selbsthaß, so etwas wie ihn finden Sie unter einem Stein."
Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress, bezeichnete Holts Entscheidung als "Schande" und meinte: "Wenn sie Müllmänner sein wollen, sollten sie sich die Uniform der Stadtreinigung anziehen."
"Nie zuvor habe ich", erinnerte sich Naumann später, "einen vergleichbaren Versuch interessierter Kreise erlebt, eine bevorstehende Veröffentlichung vor aller Augen schlecht zu machen." Der bekannte israelische Historiker und Journalist Tom Segev merkte in der Zeitschrift "Haaretz" an, daß die Kampagne an "Kulturterrorismus" grenze.
Als leitende Historikerin der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen Abteilung des kanadischen Justizministeriums wurde Birn als nächstes von jüdischen Organisationen in Kanada angegriffen.
Mit der Behauptung, ich sei "der überwiegenden Mehrheit der Juden auf diesem Kontinent ein Greuel", prangerte der Canadian Jewish Congress (CJC) an, daß Frau Birn an diesem Buch mitgearbeitet hatte. Über ihren Arbeitgeber machte der CJC Druck und reichte eine Beschwerde beim Justizministerium ein. Zusammen mit einem vom CJC unterstützten Bericht, der Birn als "Mitglied der Rasse der Täter" (sie ist in Deutschland geboren) bezeichnete, löste diese Beschwerde eine offizielle Ermittlung gegen sie aus. ...
Von den führenden Historikern des Nazi-Holocaust einschließlich Raul Hilberg, Christopher Browning und Ian Kershaw erhielt "Eine Nation auf dem Prüfstand" Rückendeckung. Eben diese Wissenschaftler verwarfen Goldhagens Buch; Hilberg nannte es "wertlos". ...<<
Der deutsche Journalist Dieter Bartetzko schrieb am 13. November 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über das geplante gigantische Berliner "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" (x268/228-229): >>... Die unbeirrbaren Befürworter eines erschlagend monumentalen Mahnmals ... übersahen, daß ihr Riesenbau verzweifelt an die Architekturhybris der Nazis erinnert, die Speers Nord-Süd-Achse mit dem höchsten Triumphbogen der Welt abschließen wollten, auf dessen Fronten die Namen aller gefallenen deutschen Soldaten eingemeißelt werden sollten.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 31. Oktober 1997: >>Vergangenheitsbewältigung als Staatsräson: Günter Maschke über die Auflösung der deutschen Nation und die intellektuelle Lage der politischen Rechte

"Die Genußsucht wird mit Zerknirschung bezahlt"

Herr Maschke, Sie haben vor fast sechs Jahren in einem Interview mit dieser Zeitung gesagt, in Deutschland wäre der Raum geistiger Freiheit nahezu verdampft. Die Lage wird sich wohl kaum gebessert haben?

MASCHKE: Nein, die Lage hat sich keineswegs verbessert, weil die Vergangenheitsbewältigung sich sogar noch verschärft hat. Ihre eigentliche Krux ist nicht die ständige hysterische Abgrenzung von Hitler und angeblichen faschistischen oder neofaschistischen Gefahren, sondern daß sie ausgeweitet wird auf die fernsten Zonen und Zeiten. Wenn ich heute über - sagen wir mal - den Minnegesang etwas schreibe, so muß ich dabei die Degradierung der Frau durch ein autoritäres Patriarchat beklagen und darauf hinweisen, daß schon hier die Schrecken der dunkelsten Jahre zu ahnen sind oder ähnliches und wenn ich die Bürgerkriege zwischen den

antiken griechischen Staaten behandle, so komme ich um ein spruchkammerhaftes Moralisieren nicht herum.
Das ist etwas karikierend, aber die Tendenz geht in diese Richtung. Ich darf praktisch keine Epoche mehr aus sich selbst heraus sehen, aus dem Imperativ Rankes, daß alle Epochen gleich stehen zu Gott, - ich muß über alles die Sauce dieser diffusen, suggestiven, erpresserischen Moral gießen. *Das* Problem der Vergangenheitsbewältigung ist weniger, daß ich bei gewissen Namen, Daten, Tatsachen oder Tatsachenbehauptungen den Kopf einziehen muß und die gewünschte Meinung zu äußern habe, - sondern daß ich tendenziell alle geschichtlichen Ereignisse unter dem Aspekt vermeintlicher Emanzipation, von Schuld und Vorläuferei betrachten muß.
Die Vergangenheitsbewältigung durchdringt und verpestet die Geistes- und Geschichtswissenschaften und zerstört die Fähigkeit zu geschichtlichem, psychologischem Denken und so weiter. Dieses Nichtwahrnehmenkönnen der jeweils eigenen gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen, diese damit in Gang gesetzte Verdummung ist vielleicht schwerwiegender als eine punktuelle Political correctness gegenüber dem Nationalsozialismus.
Wie erklären Sie sich, daß sich die Vergangenheitsbewältigung derart verselbständigt hat, daß die Kampagnen wie Fieberanfälle uns in immer kürzeren Intervallen schütteln?
MASCHKE: Ich glaube, es gibt wenig Dinge, die ein derart gutes Karriere- und Machtmittel sind wie die Vergangenheitsbewältigung, weil ich durch sie natürlich überall irgendwelche Spuren des Unheils oder Vorahnungen oder Anfänge sehen und unbegrenzt alle und alles verdächtigen kann. Wenn Sie an der Frauenemanzipation die leisesten Zweifel äußern, wird Ihnen in jedem Parteivorstand die Rübe abgemacht. Die bis in die fernsten Regionen gehende Vergangenheitsbewältigung kann überall eingesetzt werden, um den Gegner als reaktionär, gefährliche Tendenzen hegend und so weiter, zu diffamieren.
Die normale Pluralität eines Gemeinwesens wird sofort aggressiv in Frage gestellt, und das ist natürlich ein großartiges Mittel im Machtkampf. Die Vergangenheitsbewältigung spielt zwar insgesamt eine bedeutende Rolle bei der Selbstverohnmachtung Deutschlands, doch im innerpolitischen und -parteilichen Machtkampf bietet sie unzählige Instrumente, um dem Gegner eins überzuziehen. Der große Machiavellismus wird getötet, der kleine so richtig in Schwung gebracht.
Ist das der Grund, warum diese Art der Machtausübung jetzt auch exportiert wird, etwa auch nach Frankreich oder in die Schweiz?
MASCHKE: Ich glaube, daß es ein allgemeines Dekadenzphänomen einer Gesellschaft ist, die sich nicht mehr selbst will, dieweil sie unfähig ist, zu kämpfen, ihre Genußsucht mit Zerknirschung bezahlen muß, - das ist endlos… Das Hauptproblem scheint zu sein, daß diese Phänomene, immer Zeichen für Dekadenz sind, - und da sind wir natürlich auch wieder führend. In Frankreich gab es einmal eine gesunde Schizophrenie, man sprach von Menschenrechten, orientierte sich aber an der Staatsräson und so weiter.
Jetzt hat Frankreich nicht mehr die Kraft, an dieser "Schizophrenie" festzuhalten, man hat jetzt diese neue Machtquelle entdeckt und da jeder ältere Politiker irgendwann einmal gelebt hat und damals irgend etwas passiert ist, wird man immer etwas finden… Im Falle der Schweiz ist es gelenkt, weil es darum geht, den Finanzplatz Schweiz zu schwächen. Das ist ein ganz klares Motiv.
Wie erklären Sie sich, daß es nach der Wiedervereinigung nicht zu einem Erlahmen der Vergangenheitsbewältigung gekommen ist?
MASCHKE: Je größer Deutschland ist, desto mehr wird die Vergangenheitsbewältigung zunehmen. Die Gefahr bestand, daß man sich zu einer anderen Politik entschließt, einer Politik der Wir-Findung, einer Machtpolitik… diese Gefahr bestand ja, wenn auch eher in den Augen des Auslands, dessen Ängste bei uns kniefälligst zur politischen Leitlinie erklärt wurden. Man

gestattete sich dann die Wiedervereinigung als Einpassung in Europa, sie wurde zum hinzunehmenden Nebenprodukt der Vereinigung Europas erklärt.
Letztlich beruht die Vergangenheitsbewältigung darauf, daß Deutschland nie wieder eine starke, eigenständige Macht sein darf, das ist ja der Konsens. Das ist das, was ich einmal die Verschwörung der Flakhelfer genannt habe. In dem Moment, wo auch nur entferntest die Gefahr droht, daß sich hier etwas tut, muß die Vergangenheitsbewältigung intensiviert werden. Das gelang vor sieben Jahren aber auch nur deshalb, weil die Ideologie der DDR, beseitigt man nur etwas den SED-Aufputz, so verschieden von der der BRD nicht war…
Wer ist Träger dieses antinationalen Konsenses?
MASCHKE: Der Träger ist die politische Klasse selbst, die ihre Macht daraus zieht, daß Deutschland keine Macht hat oder nur eine sehr begrenzte; dabei wird unter dem Beifall dieser Klasse sogar die letzte deutsche Machtressource aufgelöst, die D-Mark! Wenn dies geschehen ist, werden aber die anderen größeren Länder ihre nationalen Prärogative wahren, wir aber buchstäblich nichts mehr in Händen halten. Wenn wir dann kein Geld mehr haben, wenn sich unsere Krise verschärfen wird, wenn wir Europa nicht mehr finanzieren können, dann werden wir die größten Schweine in Europa sein und dann wird es wieder riesige Kampagnen wegen der Vergangenheit geben. Darauf sollten wir vorbereitet sein.
Klingt unlogisch: Die politische Klasse strebt doch normalerweise nach immer mehr Macht!
MASCHKE: Sie gewinnt, sie verstärkt und verbessert ihre Macht im Inneren durch den Verzicht nach außen. Der Verzicht nach außen verstärkt die totalitäre Formen annehmende Herrschaft im Inneren. Der Verzicht auf eine Verfolgung deutscher Interessen innerhalb Europas beinhaltet einen Machtgewinn, der sicher und kalkulierbar ist, zumal die intellektuellen Mittelschichten ähnlich denken und sich nach Entnationalisierung sehnen: sie wollen sich nicht einbringen in Europa, sie wollen sich dort auflösen.
Wenn der Deutsche stolz sagen wird, daß er Europäer sei, wird ihm der Brite oder Franzose sagen, nein, du bist ein Deutscher, du Ferkel! Und da wird dieser Europäer Augen machen! Hinzu kommt ja noch, daß die offizielle Politik Kohls die eines neuen *cauchemar des coalitions* ist, also der Alptraum der Koalitionen, die der neuen Einkreisung. Bismarck hatte diesen Alptraum auch - und deswegen wird ja Herr Kohl seltsamerweise als Fortsetzer Bismarcks betrachtet …
…mit gegenteiligem Ergebnis…
MASCHKE: Ja, weil Kohl daraus nicht die Frage ableitet: Wie halten wir ... durch auf diesem gefährlichen Terrain, wie gewinnen *wir* die notwendige Stärke, sondern Kohl propagiert die deutsche Selbstfesselung, verspricht die deutsche Selbstfesselung. Im Grunde betreibt er Selbstmord aus Angst vorm Tode. Mir fällt dazu nur Clausewitz ein: "Zum Sterben ist immer noch Zeit". Das ist keine Politik, die von anderen geglaubt werden kann und das ist auch keine, die uns zu einem respektierten Mitglied in Europa macht. Im Gegenteil, wegen dieser Politik und dieser Mentalität, wegen dieser Reue- und Machtverzichtspolitik werden wir im Ausland verachtet und - sogar verschärft - beargwöhnt.
Wie erklären Sie sich, daß beim Thema Globalisierung in Deutschland die Linke zu den Hauptbefürwortern gehört, obwohl es klar sein dürfte, daß im Zuge dessen die Arbeitnehmer die Zeche zahlen werden - wie etwa beim Euro?
MASCHKE: Die Linke hofft auf die Auflösung des deutschen Volkes, sie ist darin noch radikaler als das Volk selbst - wenn dies auch nur ein gradueller Unterschied ist. Aber man muß sehen, daß die Globalisierung von Teilen der Linken auch scharf kritisiert wird, zum Beispiel in dem Buch von Elmar Altvater und einer Frau Birgit Mahnkopf "Grenzen der Globalisierung", erschienen im Verlag *Westfälisches Dampfboot*. Sieht man von den etwas biederen Lösungsvorschlägen ab, so sind wohl nirgends so eindringlich die katastrophalen ökonomischen, ökologischen und auch seelischen Folgen der Globalisierung, die entsetzliche Entwurzelung

der Menschen, geschildert worden. Von der rechten Seite aus, von uns aus, gibt es leider keine auch nur annähernd so gute Analyse!

Woran liegt die desolate Lage der intellektuellen Rechten in Deutschland?

MASCHKE: Die Rechte ist ein rein mikroskopisches Phänomen, man muß sich sogar fragen, ob es überhaupt noch eine Rechte gibt. Ich glaube, Ernst Jünger hat einmal gesagt, daß es seit der Affäre Dreyfus keine Rechte mehr gibt. Auch die Rechte glaubt heute an die Volkssouveränität und sie ist sogar vulgär-rousseauistisch: das Volk ist gut. Bei ihr ist aber nicht der Kapitalismus schuld, sondern die Vergangenheitsbewältigungsindustrie oder die Alliierten oder das korrupte Fernsehen.

Doch muß man wohl zugeben, daß das deutsche Volk seelisch und intellektuell völlig verkrüppelt und heruntergekommen ist; es ist um keinen Deut in einem besseren Zustand als die politische Klasse. Das wagt die Rechte auch nicht zu sagen. Viele Dinge, die als rechts gelten, sind es keineswegs - man denke nur an die seltsame Liebe vieler Rechter zu unserem Grundgesetz, an die Fata Morgana eines rechten Verfassungspatriotismus!

Die Rechte bei uns spricht gerne über Metapolitik, landet aber nur in einer sehr kurzatmigen Bildungshuberei (Angeberei mit Bildung). Man begnügt sich mit einer Collage des rechten und konservativen Bildungsgutes der Vergangenheit - aber zu Discountpreisen. Drei Seiten hierüber, zwei Seiten darüber, da ist eine wirkliche rechte Häppchenkultur entstanden. Man sieht nicht den Sinn ambitiöser, strenger theoretischer Arbeit, man will rasch zu Potte kommen und wird es nicht, weil keine Ausmessung der Krise, der wahrhaft furchtbaren seelischen und spirituellen Situation des modernen Menschen geleistet wird, die alles Politische übersteigt.

In letzter Zeit ist es in Mode gekommen, zu behaupten, daß immer mehr Linke angeblich nach rechts gewandert wären, zum Beispiel - um mal Namen zu nennen - Klaus Rainer Röhl. Kann man davon überhaupt reden?

MASCHKE: Bei Röhl sehe ich, daß er antikommunistisch wurde, antitotalitär, aber als Rechten würde ich ihn nicht bezeichnen. Im Gegenteil, bei ihm gibt es eine Identifikation mit dem bestehenden System.

Diese Art von Rechtsliberalen, von Nationalliberalen glaubt ja, daß diese Republik im Grunde gut wäre, daß man selbst diese Republik verteidigen müsse gegen links. In Wirklichkeit würden sie eher von diesen Linken depossediert (entthront) als umgekehrt. Ein führender rechter Intellektueller, dessen Namen ich jetzt mal nicht nennen will, der regte sich einmal über Joschka Fischer auf, und ich sagte ihm, daß dies eher der Staat Joschka Fischers sei als der seine. Es gibt genügend Etablierte, die noch nicht begriffen haben, daß sie nur noch geduldet werden. Sie appellieren an eine bundesdeutsche Substanz, die sich längst in anderen Händen befindet.

Sie haben sich eine Weile stärker publizistisch auf der Rechten geäußert. Jetzt haben wir den Eindruck, Sie hätten sich mehr auf die wissenschaftliche Arbeit zurückgezogen. Hängt das auch mit Frusterlebnissen zusammen, daß sie nicht sehen, daß sich rechts etwas bewegt?

MASCHKE: Man soll das machen, von dem man glaubt, daß man es am besten kann, das ist abendfüllend genug. Und wie schon gesagt: Ich glaube, daß die Rechte es lernen muß, dickere Bretter zu bohren. Ich halte das nicht für Resignation. Ich kann nicht auf zwei oder drei Hochzeiten tanzen.

Sehen Sie in Deutschland oder seinen Nachbarländern jemanden, der dazu in der Lage wäre, diese theoretische Arbeit von rechts zu leisten?

MASCHKE: Ja, ich kenne einige Leute, auch Dreißigjährige, denen ich viel zutraue; bei uns, auch in Belgien, Frankreich, Spanien Italien. Das Problem wird von manchen gesehen, sicher… doch wenn man hier und anderswo gewisse Bücherschränke betrachtet, gewisse rechte Bücherschränke, so findet sich darin nur Publizistik, Zeitgeschichte und dergleichen. Natür-

lich, auch das muß man lesen. Aber ich kenne relativ bekannte Autoren der Rechten, die noch nie ein klassisches Werk der Politikwissenschaft im weitesten Sinne, sei es nun Tacitus, Tocqueville oder Carl Schmitt, gelesen haben, die aus zweiter oder gar dritter Hand leben.
Das ist einfach die wahrhaft erschütternde Situation. Man muß sehen, daß mehr getan wird und auch, daß ein jahrzehntelang umkonditioniertes Volk mit einem völlig verschütteten Bewußtsein nicht durch ein paar witzige Formulierungen oder ein paar flotte Phrasen kuriert werden kann. Die Rechte muß intellektuell und wissenschaftlich ernsthafter werden, wozu es auch Ansätze gibt.
Sie muß also ihr Handwerk neu lernen?
MASCHKE: Ja, weil wir fast keine Ressourcen mehr haben. Wir sind intellektuell in einer viel schlechteren Lage als in den fünfziger Jahren, wo gewisse große Autoren noch meinungsbildend sein konnten, zum Beispiel Arnold Gehlen. Man muß sozusagen erst einmal wieder auf diesen Erkenntnis- und Bewußtseinsstand kommen, weil wir uns heute unter diesem Niveau befinden. Denken Sie einmal an den Parlamentarismus!
Obgleich der Parlamentarismus der heutigen Republik viel katastrophaler, viel niveauloser ist als der von 1955, liegen fast alle Rechten heute, was die Einsicht in den Wert und Unwert des Parlamentarismus angeht, unter dem Niveau eines Winfried Martini von 1955 mit seinem Buch "Das Ende der Sicherheit". Wir sind in einer unendlich schwachen Position, und wenn der Feind zu wer weiß was dämonisiert, dann nur deshalb, weil *er* wirklich totalitär ist, weil er eine ganz und gar minoritäre Sache im Keim ersticken will.
Die Political Correctness ist eben totalitär und vor allem ist sie analog zum faschistischen Autoritätssyndrom. Gemäß diesem ist der Feind winzig, lächerlich, dumm, historisch widerlegt, schmutzig, erbärmlich - und zugleich ungeheuer gefährlich! So werden wir behandelt. Daraus dürfen wir aber nicht schließen, daß wir wirklich gefährlich sind, sondern nur, daß der Feind die bescheidensten Ansätze mit gutem Instinkt sofort ersticken will. Zweitens aber dürfen wir daraus schließen, daß dieser Feind die höchsten Werte auf der F-Skala der Frankfurter Schule erreichen würde, nicht wir!
Die politische Entwicklung läuft momentan rasant in Richtung Auflösung der Nationalstaaten. Ist es überhaupt sinnvoll und realistisch, dagegen Widerstand zu leisten? Oder ist es konsequent, daß es zu größeren staatlichen Gebilden und Großräumen kommt?
MASCHKE: Der Trend dahin ist sicher zwangsläufig, nur ist das, was hier entstehen soll oder entstehen wird, kein Großraum: dieses Gebilde hat weder einen Hegemon, noch besteht Einigkeit über den Feind, noch besteht eine Homogenität der Mitglieder des Bundes, noch eine von allen bejahte politische Idee und deshalb auch keine gemeinsame Metaphysik, noch gibt es ein Interventionsverbot für raumfremde Mächte.
Was vermutlich herauskommt, ist eine Lateinamerikanisierung Europas, eine erleichterte Penetration Europas durch die Vereinigten Staaten. Im Grunde geht es heute ja nicht mehr um ein Interventionsverbot für raumfremde Mächte, sondern um ein Penetrationsverbot - ein zwar wünschenswerter, aber nur schwer vorstellbarer Prozeß, da man die Vereinigten Staaten der Europäischen Union aus den Ganglien reißen müßte. Im übrigen wird die Europäische Union vermutlich scheitern, weil nach der monetären Einheit die politischen Differenzen zwischen den einzelnen Staaten anwachsen werden, weil jeder im anderen den Schuldigen suchen und finden wird.
Die Krisen werden sofort kontinentalisiert, ohne daß man einen klaren Adressaten fände, ohne daß man sich einig werden könnte über "den Schuldigen" und die ganze Relation von Schutz und Gehorsam, die ohne klare Autoritäten und Verantwortlichkeiten nicht funktionieren kann, wird in diesem Pseudo-Großraum zusammenbrechen. Die Völker werden sich entzweien und die hohe Zeit der - sogar nationalistisch verschärften - Demagogie wird das sich veruneinigende Europa heimsuchen. Der Prozeß wird sozial - im weitesten Sinne sozial - zerstörerisch

sein, ohne daß ein politisches Konzept und ein wirklich eiserner Rahmen da ist. Man könnte der ganzen Sache zustimmen, wenn die Ausschließung der Vereinigten Staaten angestrebt würde und wenn eine gemeinsame politische Idee vorhanden wäre - ja, wenn…

Könnte es nicht sein, daß Europa auch für Deutschland von Interesse ist?

MASCHKE: Nur wenn man ein Interesse daran hat, sich in irgendeiner Form durchzusetzen. Dann muß man sagen: Wir wollen, zu einem gewissen Grade, ein deutsches Europa. Jetzt aber will man, auch bei uns, Deutschland einbinden, sprich fesseln; das deutsche Verhalten in Sachen Maastricht zeigt das ja. Übrigens: den Hegemon im neuen Europa zu spielen fiele auch dann schwer, wenn wir die Vergangenheitsbewältigung abschütteln könnten.

Aber ist nicht gerade die Vergangenheitsbewältigung auf eine eigenartige Weise zu einem ganz neuen nationalen Rückgrat der Deutschen geworden? Wurzelt die Aufforderung grüner Politiker für deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen nicht darin? Dahinter steht doch die hybride Vorstellung, daß die Deutschen regelrecht historisch auserwählt sind, nicht wie vor 50 Jahren in nationalistischem Sinne, sondern im umgekehrten Sinne, allen zu sagen, was moralisch gut ist ...

MASCHKE: Das mag mitspielen, aber es ist mehr ein völliges Sich-Überlassen der US-amerikanischen Missionsideologie. Theodore Roosevelt sagte 1909, daß die Deutschen an ihrer Geographie ersticken würden und danach den US-Amerikanern ein nützliches Hilfsvolk sein könnten. Ist ein Engagement für die "Hilfsvolk"-Rolle nationalistisch? Jetzt lassen wir uns von der inzwischen wieder US-amerikanisch kontrollierten UNO instrumentalisieren ohne dieser irgendwelche Bedingungen zu stellen, sieht man einmal von den albernen Forderungen nach einem Sitz im Sicherheitsrat ab.

Wir nehmen die offiziellen humanitaristischen Schwungradvorstellungen ernst, unsere Politiker glauben ihren eigenen Lügen und so geraten wir in die Gefahr, die dummen Jungs eines Bündnisses zu werden, das gegen uns errichtet wurde. Ein Deutscher saniert die Finanzen der UNO, die Deutschen wollen oder sollen militärische Aktionen der UNO durchführen - und fordern nicht einmal die Beseitigung der Feindstaatenklauseln!

Haben Sie nicht den Eindruck, daß man den Deutschen von 1997 am stärksten irritieren kann, wenn man ihm seine historische Täterrolle nimmt?

MASCHKE: Ja, natürlich, weil man ihm ja auch nur die gelassen hat. Das geht so weit, daß man fordert, daß Menschen anderer Nationen, die bei uns eingebürgert werden, an dieser Schuld teilhaben sollen. Also zum Beispiel Türken, die Deutsche werden. Die werden aber dann sagen: "Großvater damals nix dabei gewesen". Aber immerhin wird es von ihnen erwartet, immerhin mutet man ihnen diese Ersatzidentität zu.

Hier ist die deutsche Politik extrem widersprüchlich: Wenn wir ewig bereuen sollen, wenn wir uns ewig unserer furchtbaren, unvergleichlichen Schuld bewußt bleiben sollen, muß man dann das deutsche Volk nicht intakt halten, muß man dann nicht verhindern, daß das deutsche Volk durch den Massenimport von Fremden biologisch und gesellschaftlich aufgelöst wird? Damit das deutsche Volk dem Schuldmessianismus weiterhin frönen kann, muß es in seiner ethnischen Substanz erhalten werden und darf nicht durch Multikulti und Masseneinwanderung geschädigt werden. Diese Behauptung ist nur für den absurd, der nicht bemerkt, in welchem Absurdistan er lebt.

Kommt die Forderung nach Normalisierung Deutschlands nicht schon stärker vom Ausland?

MASCHKE: Ja, aber das Ausland versteht unter Normalisierung, daß wir an seinen Schweinereien, daß wir an dieser imperialistischen westlichen Konstellation gleichberechtigt teilnehmen, vor allem finanziell. Das kann nicht unser Interesse sein. Zum Beispiel lag es nicht in unserem Interesse, das Techno-Massaker der Vereinigten Staaten am Irak mitzubezahlen, einem Land, das uns nie bedrohte; in einem noch viel geringeren Interesse läge es, in Zukunft an solchen Interventionen, die zunehmen werden, sich aktiv zu beteiligen. Eine Verschärfung

unserer Dienstfertigkeit gegenüber den Siegermächten darf man nicht Normalisierung taufen oder gar zur nationalen Pflicht proklamieren.<<
Waclaw Dlugoborski (Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kurator für Forschungsfragen in der polnischen Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau) kritisierte am 4. September 1998 die mangelhafte Ermittlung der in Auschwitz ermordeten Menschen (x046/181): >>Die Blamage bei der Ermittlung der Zahl der Ermordeten von Auschwitz hätte Warnung genug sein sollen. Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma.
Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über das Ermittlungsergebnis der sowjetischen "Außerordentlichen Staatlichen Kommission" aus dem Jahre 1945 (x046/181): >>... Kaum besser waren die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Denn auch hier galt die sowjetische Propagandazahl von vier Millionen bis 1990 als "offenkundig", obwohl niemand wußte, wie sich eigentlich berechnete.
Zweifelnde wurden von einer unwissenden politischen Justiz verfolgt, nur weil sie den Propagandazahlen des Stalinismus keinen Glauben geschenkt und sie damit "geleugnet" hatten.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (49/1998) berichtete am 30. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Total normal?**
Der Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis wühlt die Nation auf. Ist die Debatte über die "Dauerpräsentation" der Nazi-Verbrechen Auftakt für eine neue deutsche "Normalität" der Berliner Republik?
Das ist sie also, die neue deutsche Normalität: Über 53 Jahre nach der Befreiung der letzten Überlebenden von Auschwitz debattieren hochgeachtete liberale Persönlichkeiten plötzlich über die "Instrumentalisierung unserer Schande", über Erinnerung, Gewissen, den Zwang zum Wegschauen und eine "Moralkeule" namens Holocaust, ganz so, als sei Hitlers Terror-Herrschaft eben erst zu Ende gegangen. ...
Als 1979 die amerikanische Serie "Holocaust" lief, schwappte eine neue, diesmal stark medienbeeinflußte Woge von Erregung und Debatte durchs Land, die seitdem immer wieder neue Nahrung erhielt: ob durch Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" oder den Historikerstreit über die Vergleichbarkeit von Hitlers Holocaust und Stalins Gulag, durch beeindruckende Fernsehdokumentationen wie "Soldaten für Hitler" (ARD) und "Hitlers Helfer" (ZDF), den Streit über die provozierenden Thesen des Historikers Daniel Jonah Goldhagen ("Hitlers willige Vollstrecker") oder die heftig befehdete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht - ganz zu schweigen von den unzähligen, mehr oder weniger populärwissenschaftlichen Publikationen über fast sämtliche Aspekte des Geschehens zwischen 1933 und 1945.
In all diesen Jahren schien es, als rückten die Nazi-Verbrechen mit dem zeitlichen Abstand der Jahre immer näher, bedrängend nahe - Vergangenheit, die nicht vergeht. Längst und unvermeidlich war Auschwitz zur Chiffre geworden für den historisch einzigartigen, nahezu industriell vollzogenen Genozid, für das Jahrhundertverbrechen, den Zivilisationsbruch schlechthin. Und für eine nie wieder gutzumachende deutsche Schuld, die unentrinnbare Erbschaft einer Nation und ihrer Elite.
Immer neue Jahres- und Gedenktage erinnern daran. Die Worte der Gedenkredner ähneln und wiederholen sich, ja, sie nutzen sich ab. Da erscheint vieles floskelhaft, wie der Vollzug eines puren Rituals. All die Ermahnungen, ja nicht zu vergessen, was geschehen ist, mögen die Jüngeren abstumpfen, bei den Älteren metaphysische Phantomschmerzen und im übrigen jene "Betroffenheit" auslösen, die wenig kostet, aber viel gute Gesinnung demonstriert.

Auschwitz und der Holocaust, so sagte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, wurden für viele Wohlmeinende und politische Gutmenschen eine Art "negativer Sinnstiftung", eine profane Erlösungsreligion als letzte Utopie ex negativo - andererseits eine billige Münze noch billigerer Vorwürfe gegenüber politischen Gegnern oder sonstwie Andersdenkenden.
An diesem Punkt muß man Walser recht geben: Ja, Auschwitz und der Holocaust sind vielerorts zu wohlfeilen Metaphern plattgeredet worden, zu argumentativem Kleingeld gepreßt. Es stimmt: Manche Intellektuelle versuchen, sich auf die Seite der Opfer der deutschen Geschichte zu schleichen, um als die besseren Deutschen dazustehen. Und es ist richtig, daß der Massenmord an den Juden immer wieder auch "instrumentalisiert" wird, um allerlei Unfug moralisch zu rechtfertigen, zum Beispiel die deutsche Teilung als Strafe für Auschwitz oder jenen deutschen Rassismus von links, der den unreflektierten Selbsthaß in der blinden Liebe alles Fremden und irgendwie Nichtdeutschen aufgehen läßt. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**
... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...
Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbares Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...
Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) warb vor der Abstimmung für Eisenman (US-Architekt) und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...
Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Diepgen (Regierender Bürgermeister Berlins) soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<
Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisierte im August 1999 in der Zeitschrift "Merkur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.
Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.
Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. September 1999: >>**Vom Land kein Geld für Ostkreuz**
Die Landesregierung wird das sog. "Kreuz des Deutschen Ostens" bei Bad Harzburg im Landkreis Goslar nicht in Eigenregie wieder aufbauen. ... Es werde auch keinerlei Geld gestellt.
Gegen eine private Initiative zum Wiederaufbau habe das Land aber nichts einzuwenden. Voraussetzung sei eine Zustimmung der Naturschutzbehörden.
Das rund 20 Meter hohe alte Kreuz, das von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden aufgestellt worden war, war Anfang vergangenen Jahres von einem Sturm zerstört worden. Der Goslarer Kreistag hat den Wiederaufbau mehrheitlich beschlossen. Gegen die Pläne zum

Wiederaufbau gibt es Widerstand von Umweltinitiativen.
Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf rund 100.000 DM geschätzt. 50.000 DM hat eine Bürgerin aus Bad Harzburg bereits gespendet.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 16. Oktober 1999 (x887/...):
>>**Schicksal Ostfront: Das Leiden betraf alle**
Ein Mitglied der Widerstandsgruppe um General von Tresckow nimmt Stellung zu Reemtsmas Anti-Wehrmachtsausstellung
von Philipp Freiherr von Boeselager
Es gibt keine Zweifel, es sind grauenhafte Verbrechen an Polen, Russen, Zigeunern, Juden und auch an Deutschen selbst begangen worden.
Aber schon die Überschrift der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" ist eine Täuschung, da gar nicht Verbrechen der Wehrmacht gezeigt werden - zur Wehrmacht gehörten auch die Luftwaffe und die Marine - sondern Verbrechen von SS, SD, Polizeieinheiten und von Angehörigen des Heeres. Die SS- und Polizeieinheiten, die die Judenmorde im großen Stil durchführten, gehörten nicht zur Wehrmacht. Die SS hat es immer entschieden abgelehnt, zur Wehrmacht gerechnet zu werden. Sie dünkte sich ja als etwas Besseres.
Es wird in der Ausstellung auch nicht erläutert, wie sich die Angehörigen von SS und Polizei und Osteinheiten in ihren Uniformen vom Heer unterschieden, und so glaubten viele der jüngeren Besucher, wie ich es in Frankfurt erlebt habe, bei den abgebildeten SS- oder Polizeiangehörigen, handle es sich um Heeresangehörige.
In der Ausstellung werden unendlich viele Fotos von einzelnen Soldaten gezeigt, von grauenhaften Erschießungen und Erhängungen. Aber wenn die Ausstellung historischen, wissenschaftlichen Ansprüchen genügen wollte, müßten die gezeigten Bilder wenigstens Angaben über Ort und Zeit, den Täter und den Grund der Tat anführen; bei zwei Dritteln der Bilder fehlen diese Angaben.
So zeigte die Ausstellung eine Sammlung von Fotos, deren Herkunft und deren Zusammenhang mit den Ereignissen und Morden nicht immer klar ist.
Hatten die erhängten Partisanen beispielsweise Minen gelegt, oder was war der Anlaß, daß sie erhängt wurden?
Sicherlich, ich sagte es bereits, sicherlich sind auch von Heeresangehörigen Verbrechen begangen worden.
Hätte die Ausstellung die Überschrift "Der Krieg als Gefährdung der 'humanitas', so wäre sie eher zu begrüßen. Der Erzbischof von Canterbury sagte anläßlich des Gedenkgottesdienstes für die Opfer der englischen Luftangriffe auf Dresden: "Wir waren nach sechs Kriegsjahren alle enthemmt."
Aber das ist nicht das Ziel der Ausstellung. Ansonsten hätte man nicht nur den sogenannten Kommissarbefehl erwähnt, sondern auch den ganz ähnlichen Befehl Stalins vom 3. Juli 1941, der lautete: "Alle deutschen Offiziere, die Parteimitglieder waren, sind sofort zu erschießen." Stalin scheint nicht gewußt zu haben, daß dieser Befehl nur Reserve-Offiziere treffen konnte, da aktiven Offizieren die Mitgliedschaft in der Partei von Anfang an verboten war.
Es wird auch nicht der sogenannte "Fackelmännerbefehl" Stalins vom 3. August 1941 erwähnt, der zur völkerrechtswidrigen Partisanentätigkeit aufrief und die Russen in den von den Deutschen besetzten Gebieten dazu aufforderte, möglichst in deutschen Uniformen Dörfer anzustecken und Zivilisten, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, aufzuhängen. Diese russischen Partisanen in deutschen Uniformen hießen wegen der Brände, die sie legten, "Fackelmänner".
Da die Russen ihre Erfolge dokumentierten, wie der ehemalige Chef der Partisanen dem Verfasser dieser Zeilen vor zwei Jahren bei einem Besuch in Smolensk berichtete, ist zu fragen, ob nicht auch Bilder in der Ausstellung - über ein Drittel von 314 Bildern stammen aus dem

russischen Staatsarchiv - solche Fackelmänner-Tätigkeiten dokumentieren.
Wir wissen heute, wie russische Quellen einzuschätzen sind. So haben bei dem berüchtigten Leningrader Prozeß alle deutschen Offiziere gestanden, sie hätten die polnischen Offiziere in Katyn erschossen. Die Wahrheit ist heute bekannt. Aber die deutschen Offiziere wurden damals aufgrund ihrer erpreßten Aussagen alle hingerichtet. Ähnlich war es bei dem Minsker Prozeß.
Waren die Partisanen eine wirkliche Gefährdung der deutschen Soldaten?
Nach Aussage des Smolensker Partisanenchefs gab es 1943 zwischen Smolensk und der Front nach Osten etwa 40.000 Partisanen und von Smolensk aus nach Westen bis zum Reichsgebiet insgesamt etwa 300.000.
Dabei wollte der Chef unter Partisanen nur solche Zivilisten verstehen, die durch Funkgeräte von Moskau aus geführt werden konnten und bewaffnet waren. Diese Partisanen töteten im Bereich der Heeresgruppe Mitte etwa 30.000 Soldaten und 250.000 Landesbewohner, die sich mit den Deutschen verbündet hatten.
Die monatlichen Anschläge auf Eisenbahnen und sonstige Verkehrseinrichtungen beliefen sich auf etwa 500.
Die Deutschen hatten in diesem Raume fünf Sicherungsdivisionen, die aus 65.000 älteren, schlecht bewaffneten Soldaten bestanden.
Die Divisionen erlitten erhebliche Verluste, da sie bei ihren Streifzügen von den Partisanen meuchlings ermordet wurden.
Wenn man das Buch des russischen Historikers A. E. Epifano liest, wird man in der von mir geäußerten Vermutung bestärkt, da er schildert, wie eine den Deutschen in der Gefangenschaft angelastete Verbrennung eines Dorfes in Wirklichkeit vom russischen NKWD, dem Staatssicherheitsdienst, vorgenommen wurde.
Die Reemtsma-Ausstellung arbeitet mit Unterstellungen, sie verschweigt, daß die Masse der Soldaten an der Front fast gar nicht mit Partisanen oder Juden in Berührung kam.
Neben dem Vorwurf, das Heer habe den Partisanenkrieg benutzt, um die Zivilbevölkerung auszurotten, lautet der zweite Anwurf gegen die Wehrmacht, das Heer habe die russischen Gefangenen absichtlich schlecht behandelt und verhungern lassen.
Das Schicksal der russischen Gefangenen war schrecklich. Aber wenn wir jetzt die schauerlichen Bilder vom Kosovo oder aus Mazedonien und Albanien mit den jeweils 50.000 bis 60.000 Flüchtlingen, die in ein friedliches, hinreichend von der Nato versorgtes Land fliehen und das mit den 400.000 russischen Gefangenen vergleichen, die beispielsweise im Herbst 1941 schon halb verhungert in ein Gebiet kamen, das - wie ganz Rußland - eine schlechte Infrastruktur hatte und ein ausgesprochen armes Land war, wenn man das vergleicht, dann erst bekommt man einen Blick für die damalige Situation der Gefangenen und der deutschen Soldaten.
Ich sehe sie noch in riesigen Mengen während unseres Vormarsches uns entgegenkommen. So brachte der Spähtrupp Nagel einmal über 2.000 Gefangene zurück. Wir hatten auf unseren Pferden nur unsere Tagesration für 160 Soldaten bei uns und schickten die Gefangenen einfach weiter nach hinten. Verpflegen konnten wir sie nicht, und ähnlich wird auch die Lage bei der Division hinter uns gewesen sein.
Ihre Unterbringung litt an mangelndem Wachpersonal und an mangelnder Unterkunft, da auf Geheiß Stalins vom 3. Juli 1941 - Zitat - "alles zu vernichten (war), was dem Feind als Unterkunft oder zur Versorgung mit Nahrungsmitteln dienen könnte".
So zogen die Gefangenen meist, fast ohne Bewachung, nach hinten und wurden dort in irgendeinem primitiven Lager untergebracht. Ihr Schicksal war schrecklich. Von den 5,245 Millionen russischen Kriegsgefangenen starben allein im ersten Winter fast zwei Millionen an Hunger und Seuchen.

Ihre Versorgung war sicherlich schlecht, da die Versorgung der deutschen Truppe im besonders kalten Winter 1941/42 im Bereich der Heeresgruppe Mitte, die in der Ausstellung miserabel behandelt wird, fast zusammengebrochen ist.
Anstatt der für den Nachschub benötigten über 70 täglichen Versorgungszüge fuhren nur 23, da die Lokomotiven größtenteils einfroren und die Loks für die Strecken, die noch die breitere, russische Spur hatten, fehlten. Wegen der großen Kälte hatten die Schienenwege nicht rechtzeitig auf die normale, europäische Spur umgenagelt werden können. So fehlte der Truppe der dringend benötigte Brennstoff, die Munition und Verpflegung.
Ich habe das selbst am eigenen Leibe erfahren. Ich wurde vor Moskau durch einen Bauchschuß schwer verwundet und wurde erst nach fast 14 Tagen ärztlich versorgt. Die ersten drei Tage war ich bei minus 30° Celsius auf einem Panjeschlitten - wegen der Kälte waren die Sanitätsautos nicht mehr angesprungen und hatten auch keinen Sprit mehr - mit einem russischen Gefangenen als Kutscher mutterseelenallein zu einem Verwundetensammelpunkt nach Westen gefahren.
Als wir nach drei Tagen an diesem Verwundetensammelpunkt ankamen, sagte mir ein Arzt: "Fahren Sie um Gottes Willen weiter, hier in den drei Buden liegen über hundert Verwundete und die übrigen 800 liegen alle auf dem Schnee und werden erfrieren. Wir haben nichts, um sie zu schützen, und der Abtransport klappt überhaupt nicht."
So fuhr ich weiter bis zur nächsten Bahnstation. Dort wurden wir zu 42 Schwerverwundeten in einen normalen Güterwagen verladen und zuerst nach Orel gefahren. Dort auf dem Bahnhof blieben wir drei Tage stehen, da keine Lokomotive kam. Während dieser Tage bestand unsere Versorgung darin, daß ein russischer Hilfswilliger, also ehemaliger Soldat, uns gefrorenes Brot und Konservenbüchsen in den Waggon warf, mit denen wir als Schwerverwundete nichts anfangen konnten.
Dann, nach diesen drei Tagen, ging es nach Westen. Beim Ausladen lebten von den 42 Schwerverwundeten noch zwei, die anderen waren erfroren. Das war die Lage im Winter 1941/42, und, wenn die deutschen Soldaten so schlecht versorgt wurden, dann wird man verstehen, daß die russischen Kriegsgefangenen ebenso unversorgt blieben. Das war keine Absicht, wie dies die Reemtsma-Heer-Schau unterstellt.
Aber wie war vergleichsweise die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland? Von den 3.155.000 Kriegsgefangenen starben etwa 1.200.000, also etwa 40 Prozent, und von den 96.000 in Stalingrad Gefangenen kehrten sogar nur 6.000 in die Heimat zurück. Diese Zahlen führe ich an, nicht um aufzurechnen, sondern nur, um zu zeigen, wie schwierig die Versorgung plötzlich in Gefangenschaft geratener Soldaten ist.
Aber es geht bei der Reemtsma-Ausstellung über das Heer nicht um die historische Wahrheit, sondern um die Diffamierung von 18 bis 20 Millionen Soldaten der Wehrmacht als Verbrecher.
Ist erst einmal die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation gewesen, wie dies die Ausstellung suggeriert, dann auch die Bundeswehr, da sie von Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht aufgebaut worden ist. Und, da die Bundeswehr eine Stütze unseres freiheitlichen Staates ist, so wäre auch die Bundesrepublik Deutschland als solche in Frage gestellt.
In diese Richtung zielte auch das Verfassungsgerichtsurteil "Soldaten sind Mörder".
Die Urheber der Ausstellung haben diese klugerweise erst fast 50 Jahre nach dem Krieg eröffnet. Ansonsten hätten die Spitzen der damaligen SPD, Schumacher und Erler, aber auch der damalige Leiter der Bundeszentrale für die Verfolgung von Naziverbrechen, Generalbundesanwalt Nellmann, dafür gesorgt, daß die Ausstellung in den "Blauen Tonnen" für Altpapier verschwindet, und sie tingelte dann nicht mehr durch die Lande.
Letztlich gilt immer noch ein altes Wort, das de Gaulle neu geprägt hat: "Den Charakter eines Volkes erkennt man daran, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten um-

geht."<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>**Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung**
Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen
Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...
Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Mord an den Vätern - Die (angebliche?) Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.**
Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...
Die Frage nach der Traditionswürdigkeit der Wehrmacht kann leicht dazu verführen, zu Einzelheiten der heutigen öffentlichen Diskussionen Stellung zu nehmen, etwa zu der vielbesprochenen "Wehrmachtsausstellung". An drei Beispielen läßt sich darlegen, warum es angeraten erscheint, weit, sehr weit über die aktuelle Diskussion hinauszublicken.
Erstes Beispiel: 1997 verfaßte ein Musikhistoriker einen Aufsatz über Bachs Johannes- und Matthäuspassionen. Dann stellte er bei beiden Passionen tiefen Antisemitismus und mithin die Tatsache fest, daß Bach in der Tradition steht, die von Luther über Bach zu Auschwitz führt. Natürlich ist nicht der Aufsatz bemerkenswert. In einem Volk von 80 Millionen wird es immer Wissenschaftler geben, die singuläre Auffassungen vertreten. Bemerkenswert ist, daß die "FAZ" diesen fast ganzseitigen Aufsatz des Abdrucks wert fand und ihn zudem mit besonderem Taktgefühl den Lesern ausgerechnet zum Karfreitag präsentierte.
Zweites Beispiel: Es wird wohl immer mehr üblich, nicht von Friedrich "dem Großen", zu sprechen; wer vom Großen spricht, zeigt, daß er etwas altmodisch, wenn nicht schlimmer ist. Nun haben schon Kant, Goethe und Schiller Friedrich "den Großen" genannt: Jene Intellektuellen meinen also, historische Größe zutreffender beurteilen zu können als die deutschen Klassiker. Scharenweise berichtigen Bundesrepublikaner Kant, Goethe und Schiller.
Für das dritte Beispiel muß man schon etwas weiter ausholen. Jene Schlacht, die 1815 Napoleon vom Thron fegte, haben die Engländer stets nach einem Ort fern vom Schlachtfeld, in dem der englische Heerführer Wellington vor und nach der Schlacht übernachtete, Waterloo genannt.
Die Deutschen haben - neben Waterloo - lange von Belle Alliance gesprochen. Der Gasthof Belle Alliance, schönes Bündnis, lag und liegt noch heute auf dem Schlachtfeld; hier trafen sich nach dem gemeinsam errungenen Sieg Wellington sowie der preußische Feldmarschall Fürst Blücher, und mit seinem zufälligen Namen erinnert der Gasthof an die "Schöne Allianz".
Nach 1945 haben die Deutschen sich dem englischen Gebrauch angepaßt: gelegentlich wird der Name des flämischen Dörfchens bereits so ausgesprochen, als läge es in England: Woaterluh.
Diese und viele weitere Beispiele sind zu werten wie die Bewegungen der Zeiger eines Instruments. Sie sind unwichtig. Aber sie zeigen eine bedeutsame Entwicklung an: die Deutschen haben das Deutschlandbild übernommen, das schon die alliierte Propaganda des Ersten Weltkrieges gezeichnet hat: Die Geschichte der Deutschen ist die Geschichte eines Sonderweges. Vorbild hätten andere, die Staaten der "Westlichen Wertegemeinschaft" sein müssen.

Der deutsche Sonderweg führte in Abgrund und Verderbtheit.
Die Diffamierung einer bestimmten Klasse, Rasse, Religionsgemeinschaft oder Nation ist nicht neu. Der vorletzte derartige Versuch war der Antisemitismus Hitlers und seiner Gefolgsleute. Aber so weit zu sehen ist, hat noch niemals die diffamierte Menschengruppe die Vorwürfe anerkannt. Deshalb ist die Haltung vieler deutscher Intellektueller und Politiker bemerkenswert. Erstmals in der Menschengeschichte akzeptiert eine angeklagte Gruppe die These der eigenen Verderbtheit (allerdings nur der Verderbtheit ihrer Väter) sowie, damit verbunden, die Notwendigkeit einer Umerziehung.
Auch hierzu wiederum ein Beispiel: Bald nachdem Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten gewählt worden war, bat er (15. September 1951) Otto Geßler, den langjährigen (1920-1928) Reichswehrminister der Weimarer Republik, den Vorsitz einer Kommission "unabhängiger Sachverständiger" zu übernehmen. Diese Kommission sollte Wege finden, das Tragen der von den Alliierten verbotenen Tapferkeitsauszeichnungen wieder zu ermöglichen. Heuss schrieb Geßler, es läge ihm "sehr am Herzen", damit "einen Teil" der "Diffamierung" der deutschen Soldaten zu beseitigen.
So geschah es. Am Sarge Adenauers hatten 1967 beim Staatsbegräbnis sechs Ritterkreuzträger der Bundeswehr die Totenwache zu halten - mit ihren Kriegsauszeichnungen in Originalgröße.
Das wäre heute unmöglich. Bei den letzten Treffen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger erregten sich Medien und Politiker über die "Provokation" durch "Leute, die es am Halse juckt" (das Ritterkreuz ist ein Halsorden), und die Totenehrung wurde durch das gestört, was man heute Demo nennt.
Natürlich ist, ähnlich wie beim Vorwurf des Antisemitismus gegen Bach, bei Woaterluh oder Friedrich dem II., nicht bemerkenswert, daß es die heutige Bewertung der Tapferkeitsauszeichnungen gibt, sondern bezeichnend war die Haltung des Verteidigungsministers (Rühe). Er verbot die Teilnahme von Soldaten am Treffen der Ordensgemeinschaft, weil er, ähnlich wie Pilatus mit seinem sprichwörtlichen Händewaschen, die Bundeswehr aus dem Streit heraushalten wolle. Und der Staatsminister Werner Naumann bezeichnet die Wehrmacht heute als ein "marschierendes Schlachthaus." Die Weiterentwicklung seit Theodor Heuss ist offensichtlich.
Insgesamt: Die erwähnten und viele, viele andere Beispiele zeigen, daß wir uns in einer rapide fortschreitenden Neubewertung der gesamten deutschen Geschichte befinden. Dieser Prozeß wird von der schweigenden Mehrheit, wenn es sie denn gibt, schweigend hingenommen. Die Neubewertung betrifft alle Bereiche: den Preußenkönig, die Bachpassionen, die Schlacht gegen Napoleon, die Kriegsauszeichnungen und vieles andere sowie auch die Wehrmacht.
Parallel hierzu wird das zweite Kennzeichen der neubundesrepublikanischen Geisteshaltung deutlich: Was nun als "westlich" bewertet wird, darf - man beachte: darf! - nicht mehr "kritisch hinterfragt" werden. Es wird tabuisiert.
Wiederum als Beispiel: 1997 faßte der Bundestag eine feierliche Entschließung, der zufolge Massenvertreibungen völkerrechtswidrig sowie ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, und die Bundestagspräsidentin hielt eine dazu passende Ansprache. Anschließend dürfte sie durch die "Winston-Churchill-Straße" zurückgefahren sein, die den Bundestag mit ihrem Amtssitz verbindet.
Niemand weiß, ob es ihr dabei wenigstens in den Sinn gekommen ist, daß die Deutschen mit dieser Straßenbezeichnung einen Mann ehren, der eine der größten und schauerlichsten Massenvertreibungen der Geschichte mit ins Werk gesetzt hat. Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.

Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig:
Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die besten bewertet. Als persönliche Reminiszenz: Im Fest- und Vortragssaal des Verteidigungsministeriums eines südostasiatischen Staates stehen als Mahnung für die jungen Offiziere drei Sentenzen. Eine von einem Chinesen. Sun Tsu, eine von Clausewitz und eine von Rommel.
Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwissenschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt, "the envy of the world", gewesen.
Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.
Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. Deshalb greift eine Diskussion der Ausstellung zu kurz, wenn sie sich nur mit diesem oder jenem Foto, dieser oder jener Sachaussage beschäftigt. Das zu tun, ist wichtig, und vor allem Rüdiger Proske, also ein (ehemaliger?) "Linker", hat es brillant geleistet. Er hat, natürlich ohne viel zu erreichen, die Fälschungen, Verkürzungen, Unterschlagungen und Schieflagen nachgewiesen. Aber noch wichtiger ist es zu erkennen, daß die Ausstellung nur ein Teil der Umschreibung der deutschen Geschichte ins Negative ist.
Um zu einem angemessenen Urteil über diese Umschreibung zu kommen, können wir sie in einen größeren Rahmen stellen. Hierzu kann man als erstes an ein Ereignis erinnern, das so weit zurückliegt, daß es scheinbar nichts mit den heutigen Bemühungen zu tun haben kann: Als die Kreuzfahrer 1099 Jerusalem erobert hatten, dankten sie dem Herrn mit einem feierlichen Gottesdienst.
Nach dem Gottesdienst befahlen die Anführer, sämtliche Einwohner Jerusalems, Männer, Frauen und Kinder, umzubringen. So etwas ist oft geschehen, und Massenmorde hat es auch in unserem Jahrhundert übergenug gegeben. Bemerkenswert ist deshalb nur das Urteil zweiter Mittäter. Albert von Aachen und Wilhelm von Tyrus vermelden, die Tat sei "nach dem gerechten Urteil Gottes" geschehen - Massenmord im göttlichen Auftrag.
Die Parallele: Nach 1945 gab es - und es gibt sie noch heute - gewichtige Stimmen, die mahnen, die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen 1945 als Gottesgericht demütig anzunehmen. Wir dürfen wohl beides - die Rechtfertigung für die Ermordung der Einwohner Jerusalems und die Rechtfertigung für die Massenvertreibungen 1945 - als Zeugnisse einer fanatisierten Moral werten.
Ein bedeutsames Zeugnis, wohin eine solche Moral führt, ist ein gemeinsames Gebet (!) des amerikanischen Parlaments vom 10. Januar 1918:
"Allmächtiger Gott, unser Himmlischer Vater! … Du weißt, daß wir in einem Kampf auf Tod und Leben stehen gegen eine der schandbarsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutgierigsten, sinnlichsten und sündhaftesten Nationen, die je die Geschichtsbücher geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschen genug Tränen gepreßt hat, einen neuen Ozean zu füllen, und daß es genügend Blut vergossen hat, jede Woche diesen Ozean zu

röten, und daß es aus den Herzen von Männern, Frauen und Kindern genügend Schreie und Stöhnen gepreßt hat, daraus ein neues Gebirge aufzutürmen."
Dieser Beschreibung der geschichtlichen Rolle Deutschlands folgen die Bitten: "Wir bitten dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage das große Pack hungriger wölfischer Hunnen zurück, von deren Fängen Blut und Schleim tropfen. Wir bitten Dich, laß die Sterne auf ihren Bahnen und die Winde und Wogen gegen sie kämpfen." Wie üblich, schließt auch dieses Gebet mit dem Versprechen frommen Dankes: "Und wenn alles vorüber ist, werden wir unsere Häupter entblößen und unser Antlitz zum Himmel erheben. … Und Preis sei Dir immerdar durch Jesus Christus. Amen"
Etwas vom Thema abschweifend: Schon aus dem Ersten Weltkrieg gibt es "säckeweise" derartige Zeugnisse aus England und aus den USA. Vergleichbare deutsche Zeugnisse etwa aus dem Reichstag oder aus anderen Spitzen des Kaiserreiches gibt es nicht. Aber wäre dieses Gebet im Reichstag gesprochen worden, so würden unsere Historiker es uns sicherlich oft vorhalten.
Doch kein Historiker erwähnt jenes Gebet oder ähnliche Zeugnisse in Studien etwa über den ersten Weltkrieg. Solche Zeugnisse widersprechen dem politisch gewünschten Bild, und deshalb existieren sie für die politisch korrekte Geschichtswissenschaft nicht. George Orwell läßt grüßen.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. April 2000 (x887/...): >>**Wehrmacht: Jenseits der Polemik**
Was der Historiker Walter Post über den "Vernichtungskrieg" herausfand, läßt aufhorchen
Wenn die Anti-Wehrmacht-Ausstellung vom Reemtsma-Heer etwas Gutes bewirkt hat, dann war es neben der von Monat zu Monat breiter gewordenen Ablehnungsfront die Entstehung einer Reihe wertvoller Einzelstudien und einiger Gesamtdarstellungen, mit denen überwiegend nichtbeamtete Historiker Vorwürfe der Ausstellung aufgegriffen und widerlegten. So wurde ein erheblicher Teil der Öffentlichkeit auf einen Abschnitt unserer Geschichte hingewiesen, der drohte, dem allgemeinen Bewußtsein zu entschwinden.
Das fundierteste, griffigste, einleuchtendste, in sich geschlossenste Widerlegungs-Werk erschien soeben, also nach der Schließung der Ausstellung - jedenfalls in Deutschland.
Autor dieses höchst bemerkenswerten Buches ist der promovierte Historiker Walter Post (Jahrgang 1954). Er nannte sein Buch "Die verleumdete Armee - Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda" ... Post hatte sich bereits mit seinem vor wenigen Jahren erschienen Werk "Unternehmen Barbarossa - Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41" als profunder Kenner der Geschichte des Zweiten Weltkrieges ausgewiesen.
Er beschränkt sich in seinem neuen Buch nicht darauf, einzelne Fehler der Ausstellung aufzudecken und zu kritisieren. Er wollte sich auch nicht damit begnügen, nur die zentralen Thesen der Ausstellung zu widerlegen. Das erledigt er sozusagen im Vorbeigehen. Walter Post hat vielmehr mit Erfolg den Versuch unternommen, dem Bild der Wehrmacht, wie Hannes Heer und seine willigen Helfer es zeichneten, ein anderes, und zwar ein vollständiges und richtiges Bild entgegenzusetzen.
Dabei vermeidet es Post, nur Meinungen oder gar Gefühle zu äußern, er läßt Dokumente sprechen, und zwar sowohl solche, die die Wehrmacht belasten, als auch solche, die sie entlasten. Jede von ihm geschilderte Tatsache wird mit Hilfe eines umfangreichen Anmerkungsapparates belegt. So ist ein außerordentlich sachliches Buch entstanden, das um so überzeugender wirkt.
Da Reemtsma und Heer behaupten, die deutsche Wehrmacht habe Verbrechen begangen, muß zunächst das Recht dargestellt werden, das angeblich durch die Wehrmacht verletzt worden sei. Das unterließen die beiden Verantwortlichen für die Ausstellung konsequent, und sie

wußten, warum.
Maßgebend für die Frage, was eine schwere Rechtsverletzung war und was andererseits vom Völkerrecht gedeckt wurde, ist das damals geltende Völkerrecht. Nach den Haager Landkriegsordnungen und den Genfer Abkommen war es der Zivilbevölkerung grundsätzlich untersagt, an Kampfhandlungen in einem Krieg teilzunehmen.
Unterstützten Zivilisten trotzdem den Kampf, dann konnten sie nach den völkerrechtlichen Regelungen als Freischärler bestraft werden. Partisanenkrieg war daher von vorneherein völkerrechtswidrig. Auf frischer Tat ertappte Partisanen konnten hingerichtet werden. Dieser Grundsatz wurde auch nach dem Kriege von den Militärgerichtshöfen der alliierten Sieger anerkannt.
Heer und Reemtsma allerdings taten in ihrer Ausstellung so, als hätten die Partisanen das Völkerrecht auf ihrer Seite und als sei es völkerrechtswidrig = verbrecherisch, Zivilisten, die sich am Kampf beteiligten, hinzurichten. Auf diese dreiste Lüge fiel die Masse der deutschen Publizisten bereitwillig herein. Post rückt die Dinge zurecht.
Aber auch Geiselnahme und Erschießung von Geiseln wurden innerhalb festgelegter Regeln (die von der deutschen Wehrmacht fast immer eingehalten wurden) durch das internationale Völkerrecht gedeckt. So wurde denn auch in den Nürnberger Prozessen die deutsche Wehrmacht weder angeklagt noch verurteilt. Der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß freigesprochen. Die amerikanischen und britischen Gerichte verurteilten nur einzelne Feldmarschälle und Generäle, die aber ausnahmslos nach einigen Jahren rehabilitiert und freigelassen wurden.
Post untersucht die Befehle der deutschen Führung für den Feldzug gegen die Sowjetunion ebenso wie die sowjetische Kriegführung. Er vergleicht die Kriegführung der Amerikaner und der übrigen Uno-Truppen im Korea-Krieg mit der Kriegführung im deutsch-sowjetischen Krieg und befaßt sich ausführlich mit den Thesen der Ausstellung "Vernichtungskrieg", indem er Punkt für Punkt die Beschuldigungen auflistet, ihre Problematik darlegt und den Behauptungen der Ausstellung die historischen Fakten gegenüberstellt.
Hier seien zwei dieser Thesen herausgegriffen, deren Materie gemeinhin in der Öffentlichkeit wenig oder gar nicht bekannt ist, nämlich die Vorwürfe, die Wehrmacht habe systematisch und planmäßig insgesamt 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene umkommen lassen durch Hunger, Seuchen und Mord. Post untersucht die Realität und zieht dazu die Akten von Militärgerichtshöfen der Sieger heran, als sie mit eben diesen Vorwürfen gegen deutsche Generäle vorzugehen sich bemühten.
Tatsächlich kam Ende 1941 eine große Anzahl gefangener Rotarmisten ums Leben. Die Frage bleibt, ob das planmäßig herbeigeführt worden war oder ob andere Ursachen dem Massensterben zugrunde lagen.
In einem Befehl des damaligen Oberbefehlshabers des Heeres über das Kriegsgefangenenwesen hieß es: "Die Kriegsgefangenen sind wertvolle Arbeitskräfte. Ihre beschleunigte Nutzbarmachung im Operationsgebiet für Zwecke der Truppe ist von besonderer Wichtigkeit." Dann wird angeordnet, wie Arbeitskompanien zu bilden seien, denen man Beutefahrzeuge und Beutefeldküchen belassen solle, damit im Operationsgebiet die Gefangenen die notwendigen Arbeiten erledigen. Dazu Post: "Eine Absicht, die russischen Kriegsgefangenen vorsätzlich verhungern zu lassen, ist hier auch mit viel Phantasie nicht herauszulesen."
Im Sommer 1941 scheint die Versorgung der sowjetischen Gefangenen im wesentlichen funktioniert zu haben. Aber im Herbst 1941 begann sich die Versorgungslage der russischen Kriegsgefangenen in katastrophaler Weise zu verschlechtern. Die Ursachen: Bis Ende 1941 gerieten drei Millionen Rotarmisten in deutsche Gefangenschaft, "was etwa dem Umfang des ganzen deutschen Ost-Heeres bei Beginn des Rußlandfeldzuges entsprach."
Gleichzeitig machten sich die Auswirkungen der Strategie der "verbrannten Erde" bemerkbar,

die die Sowjets bei ihrem Rückzug in großem Stil angewendet hatten. In den von der Wehrmacht eroberten Gebieten war der größte Teil der Nahrungsmittel vernichtet oder nach Osten abtransportiert. Das Eisenbahnsystem war weitgehend zerstört und mußte von den Deutschen erst mühsam repariert werden. In dieser Situation brach durch das Einsetzen der herbstlichen Schlammperiode das überlastete deutsche Transportsystem zusammen, wodurch die Wehrmacht selbst in erhebliche Versorgungsschwierigkeiten geriet.
Weiter ist zu berücksichtigen, daß die sowjetischen Soldaten häufig in außerordentlich schlechter körperlicher Verfassung, unterernährt und nicht selten verwundet in deutsche Gefangenschaft gerieten. So sind viele gefangene Rotarmisten aus Hunger, vor Erschöpfung und unter den Einwirkungen der extremen Kälte des Winters ums Leben gekommen. Flecktyphus, Cholera und Ruhr wüteten unter den unüberschaubaren Massen von Gefangenen, Seuchen, gegen die auch die deutschen Ärzte und die in Gefangenschaft geratenen sowjetischen Ärzte sich nicht behaupten konnten.
Historiker Post zitiert eine Weisung des Oberkommandos des Heeres über die Verpflegung sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Dezember 1941. Hier wurde angeordnet, welche Mengen Brot, Fleisch, Fett usw. den Gefangenen zu verabreichen seien, welche Zulagen Schwerarbeiter bekommen sollten usw. Danach hätten die Verpflegungssätze mehr als 2.200 Kalorien pro Tag betragen müssen, wenn denn nicht die Sowjets bei ihrem Rückzug alle Vorräte vernichtet hätten und wenn nicht das Transportsystem angesichts der unermeßlichen Gefangenenzahlen und der Witterungslage zusammengebrochen wäre.
Post stellt genaue Rechnungen an und kommt zu dem Schluß, daß die von Reemtsma und Heer genannte Zahl von angeblich 3,3 Millionen in deutscher Gefangenschaft ums Leben gekommener Rotarmisten ebenso falsch ist wie vieles andere, was in der Ausstellung behauptet wurde.
Nach seiner Rechnung sind 1.784.000 Mann aus deutscher Kriegsgefangenschaft nicht zurückgekehrt. Von diesen sind noch jene abzurechnen, die sich den auf deutscher Seite kämpfenden russischen Freiwilligenverbänden anschlossen, dabei auf deutscher Seite fielen oder sich nach Kriegsende der zwangsweisen Repatriierung in die UdSSR entziehen konnten.
Ein zweiter in der Öffentlichkeit ebenfalls kaum bekannter Tatbestand ist die deutsche Wirtschaftspolitik in besetzten sowjetischen Gebieten. Als Antwort auf die in der Ausstellung behauptete "Ausplünderung" der Ukraine durch die deutsche Wehrmacht, wodurch große Teile der Zivilbevölkerung dem Hungertod preisgegeben wurden, schildert Post die tatsächliche Lage.
Die zurückgehenden Sowjettruppen zerstörten planmäßig und ohne Rücksicht auf die zurückbleibende Zivilbevölkerung alles, um den deutschen Vormarsch zu behindern. Das reichte von einfachem landwirtschaftlichem Gerät bis zu den Kraftwerken. So wurden in der Ukraine 95 Prozent der Kraftwerkkapazitäten durch die Rote Armee zerstört. Die Industrieproduktion lag völlig danieder. Die Förderung von Kohle, Eisenerz, Rohstahl, Elektrizität war aufgrund der sowjetischen Zerstörungen in nicht wenigen Fällen auf dem Nullpunkt. In der Landwirtschaft war die Erzeugung auf die Hälfte der Vorkriegswerte gefallen, weil auch hier die sowjetischen Zerstörungstruppen ganze Arbeit geleistet hatten.
Die deutsche Besatzungsmacht mußte zunächst durch riesige Investitionen die Wirtschaft wieder in Gang bringen. So lieferte das Deutsche Reich bis 1943 in die besetzten Teile der UdSSR 15.000 Eisenbahnwaggons mit Landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, darunter mehr als 70.000 Traktoren.
Die deutsche Landwirtschaftshilfe belief sich bis Ende 1943 auf 507 Millionen Reichsmark. In den industriellen Wiederaufbau investierte das Deutsche Reich weit mehr, als es dort herausholte. Zwischen Juli 1941 und Dezember 1943 steckte Deutschland rund eine Milliarde RM allein in die Bereiche Bergbau, Energieerzeugung, gewerbliche Wirtschaft. Deutschland

lieferte fast 20 Millionen Tonnen Kohle. Insgesamt betrug die deutsche Wiederaufbauhilfe für die industrielle Infrastruktur etwa 2,5 Milliarden Reichsmark, zusammen mit der Landwirtschaftshilfe sogar rund drei Milliarden RM.
Wenn behauptet wurde, dafür hätten die Deutschen dann die besetzten Gebiete ausgeplündert, dann steht dagegen die Tatsache, daß die deutsche Entnahme für den Eigenbedarf der Landwirtschaft beispielsweise nur 15,4 Prozent bzw. in den Jahren 1942/43 23 Prozent der Gesamternte betrug. Die Ernährungsprobleme in den besetzten Ostgebieten gingen also zum überwiegenden Teil auf die sowjetische Strategie der "verbrannten Erde" zurück. Mit der Industrieproduktion ging es nicht anders.
Diese beiden Teilgebiete, die von Post mit einer großen Zahl von nachprüfbaren Fakten unter Hinweis auf amtliche Dokumente unterbaut werden, mögen als Beispiele hinreichen, um zu zeigen, wie spannend die Lektüre dieses Buches ist, wie einleuchtend die Schlußfolgerung des Autors, die er in einem Zitat des englischen Verteidigers von Feldmarschall Manstein, Reginald Paget, aus dem Jahre 1951 zusammenfaßt:
"Ich persönlich bin der Ansicht, daß die deutsche Armee sich durchschnittlich so gut benahm, wie es von einer Armee unter russischen Verhältnissen erwartet werden konnte, und zumindest so gut, wie jede andere Armee es getan haben würde."<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 9. September 2000 (x887/...): >>**"Ende der Diskussion"**
Die Affäre Norman Finkelstein und die deutschen Medien
Seit Wochen macht in den deutschen Feuilletons ein Buch Schlagzeilen, das es in deutscher Sprache noch gar nicht gibt. Das ist ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel. Bereits vor Jahren begann in den deutschen Medien die Schlacht um ein Buch eines gewissen Daniel Jonah Goldhagen, der hierzulande damals selbst Eingeweihten kein Begriff war. In jener Zeit war es das übliche, seit langem funktionierende Medienkartell von "Zeit", "Süddeutscher Zeitung", "Spiegel", "Stern" und "Frankfurter Rundschau", das dafür sorgte, daß die etwas kruden Ideen des jungen Unbekannten über "Hitlers willige Vollstrecker" bereits Wochen vor dem Erscheinen den Bekanntheitsgrad eines Bestsellers hatten.
Bei dem neuen Buch des New Yorker Politologen Norman Finkelstein "The Holocaust Industry" ist dagegen vieles anders verlaufen, was aufhorchen läßt. So ist der Autor in Deutschland zunächst bekannt geworden als Kritiker von Goldhagens Buch. Wieder einmal - wie schon bei Bogdan Musial, der die Anti-Wehrmachts-Ausstellung Reemtsmas scharf kritisierte - konnte Finkelstein nicht in die rechte Ecke gestellt werden. Beide sind überzeugte Linke.
So veröffentlichte Finkelstein seine Goldhagen-Kritik zunächst im linken Londoner Theorie-Organ "New Left Review". Auch sein neuestes Buch erschien in dem kleinen, aber nicht unbedeutenden Londoner Verlag "Verso", dessen Veröffentlichungen traditionell linksaußen angesiedelt sind.
Die Kritik an Goldhagens unwissenschaftlichem Ansatz war damals jedoch so allgemein - nicht nur in Deutschland -, daß Finkelsteins Stimme im Chor der Kritiker nahezu unterging. Das ist bei seinem neuen Buch ganz anders, das sich dem Tabu-Thema der Ungerechtigkeiten bei den jüdischen Opfer-Entschädigungen widmet und dabei Organisationen wie die "Jewish Claims Conference" (JCC) massiv kritisiert. ...
Als das Buch nicht mehr totzuschweigen war, reagierte die Presse in der üblichen Weise: die einen sagten, es sei unwissenschaftlich, die anderen meinten: alles sei längst bekannt. Doch an einer Tatsache kann das genannte Pressekartell inzwischen nicht mehr vorbei: Nach den Diskussionen um Goldhagen, Walser und Sloterdijk, wo es immerhin gelungen war, bei einer Kampagne gegen Andersdenkende öffentlich gegenzuhalten und den linken Medien die alleinige intellektuelle Definitionshoheit zu entziehen, ist es nunmehr in der Finkelstein-Debatte erstmals seit langer Zeit geschehen, daß eine Übereinkunft des Schweigens fast aller traditio-

neller linker Medien gebrochen werden konnte.
Dies ist durchaus ein Erfolg. Es zeigt, daß sich auf Dauer die Absprachen zwischen den Medien im Zeitalter des Internet nicht mehr länger durchhalten lassen. Zu befürchten ist allerdings, daß der linksbürgerliche Konformismus sich schon bald etwas anderes einfallen läßt, um seinen Willen zur geistigen Vorherrschaft hierzulande unter Beweis zu stellen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2000: >>**Holocaust-Denkmal kostet 50 Millionen Mark**
Das in Berlin geplante Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden wird nach jüngsten Berechnungen rund 50 Millionen Mark kosten. ...
Das Mahnmal, das an die 6 Millionen ermordeten Juden in Europa erinnert, wird zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz errichtet. Die Sprecherin des Denkmal-Fördervereins, Lea Rosh, berichtete, die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wolle sich an der Gestaltung des Dokumentationszentrums beteiligen. Sämtliche Namen, Daten und Schicksale der während des Nazi-Regimes ermordeten Juden sollen in Berlin in einem "Raum der Namen" einsehbar sein.<<
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete am 28. Oktober 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Repressalien gegen die Zivilbevölkerung und das Völkerrecht im Zweiten Weltkrieg**
... Der estnische Staatspräsident Lennart Meri sagte am Tag der Heimat am 3. Oktober 1995: "Warum zeigen die Deutschen so wenig Respekt vor sich selbst. Deutschland ist eine Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue … Man kann einem Volk nicht trauen, das rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung ausführt …"
Bekanntlich pflegen unsere Politiker bei Auslandsbesuchen die Gedenkstätten des jeweiligen Landes aufzusuchen und dort einen Kranz niederzulegen. Für gewöhnlich werden hierbei die deutschen Opfer übergangen. Eine solche Haltung ist verächtlich und nicht nur eine Schmähung der Soldaten, die in Pflichterfüllung für ihr Vaterland gefallen sind, und der Zivilbevölkerung, die vor allem nach dem Krieg aufgestautem Haß zum Opfer fiel, sondern auch eine Beleidigung ihrer Angehörigen. Wenn man wirklich Versöhnung über den Gräbern will, sollte man auf ehemaligen Kriegsschauplätzen und in Konzentrationslagern für die Opfer aller Beteiligten eine gemeinsame Gedenkstätte errichten.
Wir haben hierfür ein hervorragendes Beispiel in unserem Nachbarland Österreich. In der Schlacht bei Dürnstein-Loiben in der Wachau am 11. November 1805 fielen etwa 4.000 Franzosen und etwa ebenso viele Soldaten der verbündeten Österreicher und Russen. In Loiben wie in Dürnstein wüteten in gleicher Weise "Freund" und Feind. Mehrere Einwohner dieser Orte wurden neben zahlreichen Soldaten grauenhaft ermordet. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, das weitgehend nationalistischem Denken verhaftet war, wurde ein entscheidender Versuch zur Völkerverständigung unternommen.
Am 27. Juni 1905 wurde zwischen Loiben und Dürnstein ein weitragendes Ehrenmal für die gefallenen Österreicher, Franzosen und Russen durch die Regierungen dieser drei Länder errichtet. In einem mächtigen Steinsarkophag wurden die Gebeine der gefallenen Soldaten in friedlicher Todesgemeinschaft vereint.
Dieses Ehrenmal sollte deutlich machen, daß alle Toten dieses furchtbaren Gemetzels Kinder des einen Vaters im Himmel sind. Es sollte eine Mahnung zum Frieden und zur Völkerverständigung sein und zur Versöhnung über den Gräbern führen. Ähnliche Gedenkstätten für Deutsche und andere Völker sollten die Gräben zwischen den Völkern zuschütten und daran erinnern, daß einseitige Schuldzuweisungen an die jeweils andere Seite auf Dauer nicht zur Verständigung, sondern zur Zwietracht und zum Haß führen.<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>**"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch**

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.
Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.
Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.
Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend (vor allem auf die historische Forschung) und moralisch diskreditierend (weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine), werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. Überdies mußte er sich bald den Vorwurf gefallen lassen, daß er mit seinem Kampfbegriff der "Holocaust-Industrie" und seiner Attacke auf ein wie auch immer geartetes "jüdisch-amerikanisches Establishment" nicht nur einen weit verbreiteten Antiamerikanismus bediene, sondern mit dem Klischee einer internationalen jüdischen Verschwörung zugleich antisemitische Ressentiments schüre.
Nur wenige deutsche Kenner der NS-Geschichte sahen sich dazu in der Lage, das Buch zumindest als eine nützliche Provokation zu bezeichnen, doch auch das gelang ihnen angesichts methodischer Schwächen nur mit Mühe. Wiederholt fand sich indes der Hinweis, daß Finkelsteins Kritik an der amerikanischen Situation nicht einfach auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden sollte: Im Land der Täter sei schließlich die Erinnerung an die NS-Diktatur und ihre Verbrechen eine Überlebensfrage für die heutige Demokratie.
Massive Kritik erntete in den vergangenen Monaten der Münchener Piper Verlag, nachdem er erklärt hatte, er werde das Buch in deutscher Übersetzung veröffentlichen. Das Werk sei doch "Wasser auf die Mühlen der Antisemiten", erklärte Salomon Korn, Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Verlag - so erklärten andere Kritiker - scheue bei seinem Vorhaben nicht den Beifall von der falschen Seite. Um diese Gefahr wisse man sehr wohl, so verlautete es aus dem Münchener Verlagshaus, doch könne es nicht sinnvoll sein, diesen Text "ausgerechnet in Deutschland nicht verfügbar" zu machen.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 9. Juni 2001 (x887/...): >>**"Nicht aufrechnen, aber erinnern!"**
Hans-Peter Uhl (CSU-Politiker, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages) zur Zwangsarbeiter-Problematik

Der Weg für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter ist nun frei. Nachdem die Sammelklagen in den USA abgewiesen wurden und die Frage der Rechtssicherheit im Bundestag - mit der Feststellung ausreichender Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen am 30. Mai 2001 - geklärt wurde, kommt das Stiftungsgesetz in Gestalt von Auszahlungen zur Anwendung.
Zu Recht trägt die Stiftung den Titel "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft", denn ohne Erinnerung und Übernahme der Verantwortung für das Geschehene kann es keine gedeihliche Zukunft geben, kein friedliches Miteinander unter Nachbarn. Wir beweisen durch sie erneut unsere Verantwortung vor der historischen Wahrheit. Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft wollen mit dieser Stiftung die bereits geleisteten Wiedergutmachungszahlungen noch einmal ergänzen, um dadurch ein Zeichen der Versöhnung zu setzen.
Das Wachhalten der Erinnerung an das vergangene Leid darf aber auch nicht dazu führen, daß das Erinnern zur alleinigen Verpflichtung der Deutschen wird. Die richtige Erinnerung darf nicht bei unserer schonungslosen Aufdeckung von Verbrechen durch die Nazi-Herrschaft stehenbleiben:
- Der Verbrechen der Deutschen wird gedacht.
- Aber die Verbrechen an Deutschen werden ausgeblendet.
Ohne jede Aufrechnungsabsicht muß festgestellt werden: Das Unrecht des Naziregimes hat letztlich auch das Unrecht an vielen Deutschen ausgelöst. Aber ein Unrecht kann das andere Unrecht niemals rechtfertigen. Es kann kein Aufrechnen geben. Weder für uns noch für andere. Erinnern kann nicht teilbar sein!
Es darf zu keiner ewigen Stigmatisierung der Deutschen kommen. Sonst bedeutete das: Deutsche dürfen ihre Verbrechen nicht aufrechnen. Wohl aber dürfen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, mit dem NS-Unrecht aufgewogen werden. ...
Weit über zwei Millionen Deutsche sind nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch Vertreibung, Internierung und Zwangsarbeit zu Tode gekommen.
Alles dies geschah übrigens in demselben Zeitraum, als in den Nürnberger Prozessen gegen Nazi-Größen Todesurteile wegen Deportation, Zwangsarbeit und Vernichtung ausgesprochen wurden.
Verantwortung beginnt mit der Wahrhaftigkeit, und sie endet mit ihr. Ob Christ, ob Jude oder Atheist, ob Pole, Russe oder Deutscher: Was man ihnen in den Arbeitslagern des Zweiten Weltkriegs und danach antat, waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. ...
Der englische Berichterstatter Bashford schrieb bereits im Sommer 1945 an das englische Außenamt: "Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. ... In Swientochlowice (Oberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals im kalten Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."
In einem Bericht an den amerikanischen Senat vom 28. August 1945 heißt es: "Man hätte erwarten dürfen, daß nach der Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, niemals wieder derartiges geschehen würde; das aber scheint leider nicht so zu sein."
Der Philosoph Bertrand Russell schrieb am 19. Oktober 1945 an die Londoner "Times": "In Osteuropa ... hat (man) ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert."
So wie das Erinnern unteilbar und Leid nicht teilbar ist, so ist auch die Verantwortung für Verbrechen nicht teilbar. Willy Brandt kniete in Auschwitz. Roman Herzog bat im Warschauer Ghetto um Vergebung. Deutsche haben sich zu Recht für deutsche Untaten immer wieder

entschuldigt und um Vergebung gebeten. Wir vermissen aber, daß auch die Gegner von einst sich ihrer Verantwortung stellen. Eine wahre Aussöhnung kann es aber nicht geben, wenn das Leid des einen anerkannt und das des anderen geleugnet wird.
Wer sich nicht erinnert und damit die eigene Verantwortung leugnet, der sät die Blumen des Bösen: Auf dieser Saat der Selbstgerechtigkeit blüht keine Zukunft und gedeiht keine gute Nachbarschaft in Europa.
In unserer Fraktionserklärung zur Abstimmung im Juli des vergangenen Jahres forderten wir diejenigen Staaten auf, "die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Deutsche verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen haben, den noch lebenden deutschen Opfern eine der deutschen Regelung zur Zwangsarbeiterfrage entsprechende Entschädigung in Form einer humanitären Geste zu gewähren".
Wer dies verweigert, mit der Begründung, daß das deutsche Leid auf das Konto der Nazis gehe, vergißt zweierlei: Zum einen war der Zweite Weltkrieg zu Ende. Zum anderen wurden diese Verbrechen an zumeist unschuldigen Zivilisten begangen. Wir wollen nur, daß die Prinzipien der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit für alle Menschen, d.h. auch für Deutsche, gelten.
Die Geschichte kennt keinen Schlußstrich: Verantwortung für die Zukunft bedeutet deshalb, daß wir die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus fortführen werden. Wohl aber muß es für die Menschen in diesem Lande die Gewißheit geben, daß die materiellen Wiedergutmachungsleistungen irgendwann ein Ende nehmen. Denn über 70 Prozent aller heute lebenden Deutschen sind nach 1945 geboren.
Erinnerung, Verantwortung, Zukunft - dieser Titel der Stiftung ist Ausdruck des deutschen Bemühens um Versöhnung und materiellen Ausgleich für das von deutscher Seite verursachte Leid. Über ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs muß es aber auch für Deutsche eine historische Gerechtigkeit geben. Wir fordern nicht mehr und nicht weniger als diese Gerechtigkeit. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. September 2003 (x887/...): >>**Gut gehütetes Kainsmal**
Hans-Joachim von Leesen über den Zwang vieler Politiker, die Kollektivschuldthese immer wieder neu zu beleben:
Vor drei Jahren unterbreiteten Erika Steinbach und Peter Glotz, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen die eine, prominenter SPD-Politiker und -Vordenker der andere, der Öffentlichkeit den Plan, in Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu schaffen. In dieser von einer Stiftung getragenen Institution sollen die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts dokumentarisch-museal dargestellt werden.
Darüber hinaus will man in diesem zentralen Vertreibungsmuseum, in dessen Mittelpunkt natürlich die größte ethnische Säuberung der Weltgeschichte stehen muß, auch wissenschaftlich Gründe und Folgen von Vertreibungen aufarbeiten. Die Initiatoren unterließen es nicht, den Botschaften der Nationen, die - aktiv oder passiv - von dem Thema betroffen waren, von dem Plan Kenntnis zu geben und sie zur Mitarbeit einzuladen.
Fast drei Jahre lang nahm die Öffentlichkeit von dem Projekt kaum Notiz. Als dann aber das Thema "Vertreibung der Deutschen" in den Medien zur Überraschung mancher - vielleicht auch angeregt durch Günter Grass' Novelle über den Untergang der "Wilhelm Gustloff" - einen immer prominenteren Platz einnahm, da brach ein immer schriller werdender Chor vor allem polnischer und tschechischer Politiker und Intellektueller in Protestgeschrei aus.
Bald schloß sich ihnen die bekannte Polen- und Tschechen-Lobby von Joschka Fischer bis Rita Süssmuth an: Ein Zentrum in Berlin würde die "Geschichte umdeuten"; man müsse verhindern, daß durch ein solches Mahnmal die Deutschen nicht mehr als die ständigen Täter, sondern auch als Opfer in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Dadurch könnte die Kollektiv-

schuld der Deutschen angezweifelt werden, die für manche offenbar zum Fundament geworden ist, auf dem die Deutschen zu stehen haben, und zwar nicht aufrecht, sondern stets reuevoll gebückt.
Soeben ist ein Buch erschienen, dessen Autor ohne jede Verschnörkelung und ohne sich "bedeckt" zu halten den Kult mit der Schuld frontal angeht, ihn entlarvt als Herrschaftsinstrument, kritisch nach seinen Ursprüngen fragt und seine Unsinnigkeit aufdeckt.
Der sudetendeutsche Jurist und Autor zahlreicher juristischer wie historischer Bücher, Heinz Nawratil, faßte auf 238 Seiten unter dem Titel "Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewußtsein" (... München 2002 ...) zusammen, wer verantwortlich ist für die These von der angeblichen deutschen Kollektivschuld, wer die Propaganda verbreitet, welchen Sinn sie hat und wie man ihr begegnen muß. ...
Die alliierte psychologische Kriegführung propagierte während des Krieges, allein die Deutschen seien schuld an Krieg und Verbrechen, und zwar alle Deutschen. Alliierte Politiker von Churchill und Roosevelt bis zu Stalin verbreiteten diese These, teils sicherlich aus Überzeugung, teil aber auch, um dadurch die eigenen Völker zum Kampf gegen die Deutschen aufzustacheln.
Mit der deutschen Kollektivschuld wurde dann nach der Kapitulation der Wehrmacht die weitgehend völkerrechtswidrigen Maßnahmen gegen Deutschland und die Deutschen gerechtfertigt - von der Zwangsarbeit, zu der deutsche Zivilisten und Kriegsgefangene in Siegerländer geschickt wurden, über die Annektierung deutschen Bodens, die Vertreibungen, den Raub deutscher Patente, die Demontagen, den Raub von Kulturgütern, bis zu den gewollten Hungersnöten in Deutschland und den Lagern deutscher Kriegsgefangener. So wurde die angebliche deutsche Kollektivschuld die Basis für die alliierte Besatzungspolitik in den ersten Jahren nach der deutschen Niederlage.
Von deutscher Seite war zunächst das Echo darauf verhalten. Zwar wies der sozialdemokratische Politiker Kurt Schumacher ebenso wie der Kardinal Graf Galen die Behauptung der deutschen Kollektivschuld scharf zurück, doch schlich sich die alliierte Propagandabehauptung dennoch in die öffentliche Debatte ein, so etwa wenn der erste Bundespräsident Heuss zwar den Begriff der Kollektivschuld zurückwies, ihn aber ersetzte durch die Kollektivscham, die in der Praxis ebenso instrumentalisiert wurde wie die Kollektivschuld.
Unvergessen bleiben sollte auch das sogenannte "Stuttgarter Schuldbekenntnis", in dem - nicht ohne Mitwirkung des britischen Geheimdienstes - elf führende Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche ohne Legitimation die Alleinschuld des deutschen Volkes am Zweiten Weltkrieg aussprachen. (Der damalige Papst Pius X. hingegen stellte eine deutsche Kollektivschuld entschieden in Abrede.)
Das deutsche Volk hingegen war in jenen ersten Nachkriegsjahren voll und ganz damit beschäftigt, das Land wieder aufzubauen. Außerdem gab es noch genügend viele Frauen und Männer, die die Legenden, mit denen die Kollektivschuldthese begründet wurde, widerlegen konnten.
Ende der 60er Jahre allerdings bemächtigte sich die "68er-Generation", Jugendliche ohne eigene Erfahrungen der Kriegs- und Notzeit, ohne ausreichendes Verständnis für ihre Elterngeneration, wohl aber vielfach mit Anzeichen von Wohlstandsverwahrlosung, der Kollektivschuldthese. Aber auch Leute, die es hätten besser wissen müssen, wie die Bundespräsidenten v. Weizsäcker und Herzog, übernahmen die Vokabel, damit aus dem Kreis der von ihnen Beschuldigten austretend und sich auf die Seite der Sieger schlagend. Und auch die Evangelische Kirche setzte ihre Kollektivschuld-Propaganda fort mit ihrer "Ostdenkschrift", in der sie die Vertreibung der Ostdeutschen rechtfertigte, unter anderem mit der bemerkenswerten Begründung, die Polen brauchten "Lebensraum".
Die 68er entdeckten als weltanschauliche Grundlage den Marxismus-Leninismus als Waffe

gegen das eigene Volk, und so gingen, wie Nawratil überzeugend nachweist, Linksextremismus und Antigermanismus eine "quasi natürliche Symbiose" ein.
Deutschland war und ist das einzige Land, das mit der Übernahme von Schuld seine Vergangenheit zu "bewältigen" versucht, wofür Nawratil eindrucksvolle Beispiele aufführt.
Inzwischen haben die Vertreter jener Schuld- und Sühne-Generation erfolgreich den Weg durch die Institutionen angetreten. Nun werden sie vom Ausland handfest aufgefordert, die deutsche "Schuld" permanent wieder gutzumachen, wozu beispielsweise auch gehört, daß ausländische "Freunde" mit Erfolg fordern können, deutsche Soldaten hätten in allen Winkeln der Welt alle möglichen Interessen zu vertreten, die keineswegs die deutschen sind.
Inzwischen ist die deutsche Kollektivschuld zur Staatsreligion geworden. Ihr Hauptprediger ist Joschka Fischer, dessen Wort aus dem Jahr 1999 unvergessen ist. Vom französischen Außenminister gefragt, welches der Urkonsens sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte (so wie Frankreich durch die Revolution 1789), antwortete der deutsche Außenminister, für die Bundesrepublik sei das Auschwitz. Der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial kam zu dem Schluß, daß Deutschland wohl das einzige Land der Welt sei, in dem ein "negativer Nationalismus" herrsche. Nawratil zitiert, daß Deutschland unter diesen Umständen nur eine Aufgabe hätte, nämlich sich selbst abzuschaffen.
In Nawratils Buch "Der Kult mit der Schuld" liest man absurde bis skurrile Beispiele für Schuldbekenntnisse deutscher Politiker, so etwa Joschka Fischers Ansicht, Deutschland trage Schuld an der Sklaverei, woraus sich (natürlich) finanzielle Forderungen aus Afrika ergaben. So werden Schuldkomplex, Selbsthaß und moralische Desorientierung miteinander verzahnt.
Bemerkenswert, und auch das stellt Nawratil überzeugend dar, ist die Tatsache, daß niemand daran denkt, die Verbrechen des Kommunismus "aufzuarbeiten", obwohl sie, gemessen an der Zahl der Opfer, die deutschen oder nationalsozialistischen Verbrechen bei weitem übertreffen. Aber weder die Russen als Trägervolk des Kommunismus noch die Länder, die unter dem Kommunismus gelitten haben, sehen eine Notwendigkeit, den Kommunismus daraufhin zu untersuchen, ob und wie weit sie schuldig sind für die Greuel des 20. Jahrhunderts.
Mit einer sachlichen Aufarbeitung der Vergangenheit hat die These von der deutschen Kollektivschuld nichts zu tun. Selektiv nur werden Verbrechen der Vergangenheit wahrgenommen und zu Propagandathesen verarbeitet. "Massenverbrechen werden in der Öffentlichkeit entweder hochgespielt oder vertuscht, je nach politischem Nutzen", so lesen wir. Und: "Wo das Totschweigen (von Sieger-Verbrechen) nicht weiterhilft, versucht man, die Verbrechen durch deutsche Kollektivschuld oder ähnliche Argumentationsketten zu rechtfertigen.
Auf diese Weise aber entstehen Erfolgsmodelle für künftige Massenverbrechen." Ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung waren die "ethnischen Säuberungen" in Jugoslawien, die die dortigen Machthaber glaubten vornehmen zu können, da die "ethnischen Säuberungen" Ostdeutschlands auch nicht geahndet worden waren. Können aber die Verbrechen an Deutschen nicht mehr unterdrückt werden, dann rechtfertigt man sie, indem man versucht, sie aufzurechnen.
Welche absurden Folgen der so herangezüchtete deutsche Schuldkomplex hat, hat Günter Maschke, aufgelistet, den Nawratil in seinem Buche zitiert: "Die BRD kann die Ausländerfrage nicht lösen - wegen Hitler! ... Sie fürchtet den Vorwurf des Antiamerikanismus - wegen Hitler! Und den des Antikommunismus - wegen Hitler! Sie versagt sich die Rechte, die jeder Nation zustehen - wegen Hitler!" Und Maschke fragt: "Wie lange noch die Regierung Hitler?" Nawratil antwortet sarkastisch: "Bis zum Jahre 2933. Dann vielleicht erweist sich das Dritte Reich dennoch als tausendjährig - 12 Jahre Diktatur, 988 Jahre Bewältigung."
Als Historiker nach gründlichen Forschungen zu dem Schluß kamen, der Reichstag sei 1933 keineswegs von den Nazis, sondern tatsächlich von dem Anarchokommunisten van der Lubbe allein angezündet worden, warnte Thomas Manns Sohn Golo davor, davon die Öffentlichkeit

zu unterrichten, weil sonst das Bewußtsein der Alleinschuld gemindert werden könnte.
Als ein russischer Fernsehregisseur auf seiner Deutschlandreise Ex-Bundespräsident v. Weizsäcker, Zeit-Chefredakteurin Gräfin Dönhoff sowie Egon Bahr besuchte und sie unter anderem darauf hinwies, daß es zunehmend Anzeichen dafür gebe, daß Stalin den deutsch-sowjetischen Krieg lange vorbereitet hatte und die deutsche Wehrmacht ihm nur zuvorgekommen sei, antworteten diese, er solle das nur nicht in seinen Fernsehfilmen erwähnen, "weil damit Hitler ja entlastet würde". Sie hatten nichts dagegen, daß ihr Festhalten an Legenden Stalin entlastet. Nawratil sagt zu Recht, derartiges erinnere verzweifelt an "selige DDR-Zeiten".
Zu diesem Kapitel gehört auch die Aussage des ehemaligen Fraktionschefs der SPD in Nordrhein-Westfalen, Farthmann, der meinte, es dürfe im Hinblick auf das Dritte Reich in Deutschland keine Rechtspartei geben, weil das "unserem internationalen Ansehen nur schaden" könne.
Ein Kapitel ist der Wiedergutmachung gewidmet, die eine direkte Folge der Behauptung ist, alle Deutschen seien kollektiv schuldig. Nach Information des Bundesfinanzministeriums hatte die deutsche öffentliche Hand bis 1999 insgesamt über 103 Milliarden DM Wiedergutmachung gezahlt, weitere 26 Milliarden würden aufgrund von Abmachungen in den nächsten Jahren hinzukommen.
Wenn man dann die gewaltigen Dimensionen alliierter Demontagen und Reparationsentnahmen zählt, die Beschlagnahme von Urheberrechten und Forschungsergebnissen, die Raubzüge an deutschem Kulturgut, die Arbeitsleistungen deutscher Zwangsarbeiter, das, was bei der Annexion deutscher Gebiete den Siegern in die Hände fiel, dann hat Deutschland mit Abstand mehr wieder gutgemacht, als durch den Krieg zerstört worden ist. Und trotzdem gehen die Forderungen nach deutschen Tributzahlungen weiter.
Nawratil fordert die Deutschen auf, endlich den aufrechten Gang zu lernen und Mut zu haben. Eine zweite Aufklärung sei notwendig, um die Deutschen aus ihrer "selbstverschuldeten Unmündigkeit" zu befreien.
Der Psychologe Prof. Speidel beurteilt in einem Abschlußkapitel die Sucht, Kollektivschuld auf sich zu nehmen. Er kommt zu dem Schluß: "Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm Generativität, Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und eine Satellitenmentalität. Das Kollektivschuldintrojekt ist ein gefährliches Risiko, ob es wie bisher autodestruktiv wirkt oder per Aggressionsumkehr nach außen. ...<<
Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker (1925-2016) schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart**
Vae victis - wehe den Besiegten
Nach ihrer schweren Niederlage gegen die Gallier vor 2.390 Jahren erkauften sich die Römer den Abzug der Fremden aus ihrer Stadt mit einem hohen Lösegeld in purem Gold. Als die Gallier beim Abwiegen des Goldes manipulierte Gewichte benutzten und die Römer dagegen protestierten, rief Brennus, der gallische Heerführer, "Vae victis!", was nichts anderes bedeutete als: ihr habt nichts zu sagen, seid froh, daß wir euch nicht umbringen.
Dieses "Vae victis!" wurde in den folgenden Jahrhunderten zum Sinnbild einer gnadenlosen und rechtlosen Behandlung besiegter Gegner. In der Antike bestand eine weitverbreitete Gewohnheit, die Soldaten eines besiegten Heeres zu töten oder in die Sklaverei zu führen.
Die Grausamkeit unter streitenden Parteien und Staaten nahm zu. Die Kirche war nicht imstande, dieser Entwicklung moralische oder rechtliche Barrieren entgegenzusetzen. Erst mit

der Reformation durch Martin Luther und Johannes Calvin, mit der Veränderung des Weltbildes durch Kopernikus und Galilei veränderten sich auch Lebensgefühl und Lebensformen der Menschen. Hinsichtlich der antiken Rechtsansichten wurden neue Überlegungen angestellt. Einer der herausragenden Vertreter der neuen Rechtslehre war der 1583 geborene Hugo Grotius. Man nennt ihn den Vater des Völkerrechts. Er forderte die Einhaltung von Rechtsregeln nicht nur im friedlichen Verkehr der Völker untereinander, sondern auch während und nach Austragung von kriegerischen Konflikten.
Das bisher geltende "ius ad bellum", das Recht eines Staates zur Kriegführung, wurde durch die Lehre vom "gerechten Krieg" - das "bellum iustum" - ersetzt. Ein gerechter Krieg sollte nach Hugo Grotius im Interesse des Rechtsfriedens mit einem "guten Frieden" beendet werden. Zu einem guten Frieden gehörte nicht nur ein totales Vergessen der gegenseitig zugefügten Gewalttaten, sondern auch die Gewährung gegenseitiger Amnestie. ...
Der Westfälische Friedensvertrag, der den Dreißigjährigen Krieg 1648 beendete, wurde daher mit der Klausel eingeleitet: alle Gewalttaten sollen gegeneinander aufgehoben sein und dem immerwährenden Vergessen anheimgegeben werden. Diese Klausel enthielt auch der Friedensvertrag zwischen Schweden und Preußen vom 21. Januar 1720 und endlich auch der Hubertusburger Frieden, der den Siebenjährigen Krieg 1763 beendete.
Aber auch die Lehre des "gerechten Krieges" gab man im 18. Jahrhundert auf und versachlichte die Kriegsgründe. ...
Die Versachlichung des Völkerrechts, die der Menschlichkeit diente, das Abrücken vom moralisch gerechtfertigten Krieg haben Großbritannien und die USA im Ersten Weltkrieg zum Schaden Europas aufgegeben und den Grundsatz vom "gerechten Krieg" nach 200 Jahren wiederbelebt. Außenpolitische und völkerrechtliche Fragen wurden wieder moralistisch und ideologisch behandelt. Diese moralisierende Verherrlichung des eigenen Standpunktes führte zum Fanatismus und zur Inhumanität.
Europa erlebte fanatisierende ideologische Auseinandersetzungen von einer Stärke, wie sie auf dem Kontinent in den beiden zurückliegenden Jahrhunderten unbekannt geworden waren. Die Selbstvergötzung der Alliierten, die künstliche Politisierung mit Hilfe der modernen Propagandaapparate wurde zur Quelle des Unheils in Europa. Es wurde die Ursache für jene maßlose Überschätzung des Politischen, jene Aufwühlung politischer Leidenschaften, die mit der totalen Politisierung allen Lebens, dem Aufsaugen aller echten Gemeinschaftsbildung durch den Staat geendet haben. Ein Ignorant, wer diese Ursachen nicht erkennt.
Der Friedensschluß in Versailles nach dem Ersten Weltkrieg machte die Aufgeblasenheit und den Unfehlbarkeitsdünkel der Alliierten zum Vertragsinhalt. Seine Wirkungen beschrieb Altbundespräsident Richard von Weizsäcker wie folgt: "Frankreich, England und die USA verloren jedes Maß. Man setzte Deutschland das Kainsmal der alleinigen Kriegsschuld auf die Stirn, verurteilte es in Grund und Boden und demütigte es, wo und wie man nur konnte. Das mußte Folgen haben, sie kamen, und sie waren schwer".
Auch der Zweite Weltkrieg wurde durch den Einfluß der Vereinigten Staaten mit der Selbstvergottung der Sieger beendet. Der gegenüber allen Deutschen erhobene Vorwurf der Kollektivschuld und des Gewußthabens von rechtlichen Verfehlungen diente nicht der Förderung des Verständnisses geschichtlicher Zusammenhänge, sondern man verfolgte das politische Ziel der persönlichen Demütigung und Erniedrigung der Deutschen, das Untergraben ihres nationalen Selbstbewußtseins. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist dieses Ziel erreicht worden.
Es ist folgerichtig, wenn wir hier die umgekehrte Frage stellen, nämlich nach der Verantwortung der Bürger der alliierten Länder an den völkerrechtswidrigen, rechtswidrigen oder nur moralisch unsittlichen Verhaltensweisen ihrer Regierungen und ihrer Armeen während und nach Beendigung der Kampfhandlungen. Für die bestialischen Untaten an den europäischen

Juden trägt Deutschland, unabhängig vom Wissen des einzelnen, die Verantwortung. ...
Angesichts der deutsch-preußischen Geschichte werden diese Untaten ewig unerklärlich bleiben, ein schwarzer Fleck, der sich niemals tilgen läßt, weder durch Zeitablauf noch durch Vergessen. Dieser unbegreifliche Frevel läßt sich auch nicht durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen ähnlicher Art in seiner moralischen Bewertung abschwächen oder tilgen.
Diese Regel gilt jedoch für beide Seiten. Das heißt, in umgekehrter Weise auch für die von Amerikanern, Engländern oder Russen begangenen Verbrechen, deren Unrechtsgehalt ebenfalls weder durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen, schon gar nicht durch Berufung auf Hitler gerechtfertigt oder moralisch gemindert werden kann. Rechtstaatlichkeit und Gerechtigkeit fordern gleiche Behandlung gleicher Tatbestände, und zwar ohne Ansehen der Person und ohne Ansehen der Nationalität. Von deutschen Verfehlungen wird in den inländischen und ausländischen Medien im Übermaß berichtet. Daher wollen wir uns hier den Verfehlungen der anderen Seite zuwenden.
Schon bei Beginn des Krieges wurde in England unter Verstoß gegen das Völkerrecht die Bombardierung der deutschen Städte mit dem Ziel der Terrorisierung der zivilen Bevölkerung erörtert und zur Strategie der Kriegführung bestimmt.
Es widerspricht allen Forschungsergebnissen, die englischen Bombenangriffe als vom Völkerrecht sanktionierte Vergeltung für gleichartige deutsche Angriffe entschuldigen zu wollen. Uneingeschränkt gilt das auch für den deutschen Bombenangriff auf Coventry, der nur auf militärische Objekte zielte, nicht auf die Bevölkerung. Das ist heute in der Wissenschaft unstreitig. Trotzdem wird von Journalisten, Politologen und der Evangelischen Kirche in Potsdam immer wieder und wieder das Gegenteil behauptet. Ist es Nachlässigkeit oder ideologische Absicht?
Am 8. Juli 1945 bat der japanische Kaiser über den schwedischen König die USA um die Einleitung von Friedensverhandlungen. Trotzdem erfolgten am 6. August und am 9. August die Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben. Ungeheure Verluste und die schrecklichsten Verletzungen unter der Zivilbevölkerung waren die Folge. Es ist eine unentschuldbare Unwahrheit zu behaupten, die Atombomben haben der Kriegsverkürzung und damit der Schonung von Menschenleben gedient.
Es waren Bombentests, Versuche am Menschen. Hat von der US-amerikanischen oder britischen Bevölkerung keiner von diesen Verbrechen etwas gewußt? Wer hat sie verhindert, zumindest versucht, sie zu verhindern? Diese Frage ist natürlich nur rhetorisch gemeint, sie sollte nur die Absurdität des Schuldvorwurfs deutlich machen, der gegenüber den einzelnen Deutschen wegen der Untaten an den Juden erhoben wird.
Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte.
Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in Preußen. Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert.
Nach dem schrecklichsten, verlustreichsten und über sechs Jahre dauernden Krieg kapitulierte das Deutsche Reich im Mai 1945. Die Niederlage war total. Das Land lag in Trümmern. Die Sieger zerteilten das Deutsche Reich in vier Zonen und damit zertrennten sie auch das einheitlich deutsche Wirtschaftsgebiet. Sie beschlossen die Abtretung der ostdeutschen Gebiete, es waren die preußischen Kernprovinzen, und ordneten gleichzeitig die Austreibung der dortigen

Bevölkerung an. Die Deutschen wurden zusätzlich einer mehrjährigen Nahrungsmittelbeschränkung unterworfen, die Forschungsergebnisse und Patente deutscher privater Firmen und Personen geraubt sowie Wissenschaftler zur Ausbeutung ihrer Kenntnisse in die Länder der Siegermächte gebracht.
Diese geistige Beute ersparte der US-amerikanischen und russischen Forschung milliardenschwere Investitionen und jahrzehntelange Forschungsarbeit. Neben der Demontage aller Fabriken und der Wegnahme privater und staatlicher Vermögenswerte hatten sich die westlichen Siegermächte noch auf eine besondere Demütigung geeinigt, indem sie den Deutschen eine Art Gehirnwäsche verordneten, die als "re-education" (Umerziehung) in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist.
Diese Umerziehung richtete sich in erster Linie nicht, wie es nahe gelegen hätte, gegen die Ideen des Nationalsozialismus, sondern sie hatte eine klare antipreußische Tendenz. Demokratische Gesinnung wurde und wird mit antipreußischer Haltung gleichgesetzt. Auch die Umerziehung dürfte als ein besonders schwerwiegender Rückfall in die Zeit der Glaubenskriege angesehen werden.
Ein weiterer Verstoß gegen das Völkerrecht, besonders seiner humanen Bedingungen, war die von England schon 1940, also vor dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Rußland, den anderen Alliierten vorgeschlagene Austreibung von 13 Millionen Deutschen aus ihren angestammten preußischen Siedlungsgebieten. Diese Austreibung stellte ein schweres Menschheitsverbrechen dar, das nicht nur gegen die Regeln des damaligen, sondern auch des heute noch gültigen Völkerrechts verstößt. Rund 2,5 Millionen Menschen kamen dabei ums Leben. Die Anwendung von Terror bei der Austreibung der bäuerlich geprägten ostdeutschen Bevölkerung wurde im englischen Außenministerium als notwendig angesehen.
Der britische Unterstaatssekretär Sargent schlug sogar vor, die Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien nach Sibirien zu deportieren. Nicht der Nationalsozialismus, sondern Preußen als Kern Deutschlands sollte mit dieser Vertreibung niedergeworfen werden.
Wer die Hauptschuld unter den Alliierten an der Vertreibung und seiner Durchführung trägt, ist ohne Belang, denn alle haben diese Unmenschlichkeit akzeptiert und zugesehen, wie Millionen von Frauen, Kindern und alten Leuten erfroren, verhungerten oder zum Teil bestialisch umgebracht wurden. Mit dem Hinweis auf Hitler läßt sich die Vertreibung weder rechtfertigen noch entschuldigen, sie bleibt ein internationales Menschheitsverbrechen.
Preußen sollte auch mit dem britischen Luftangriff auf Potsdam am 15. April 1945, nur wenige Tage vor Ende des Krieges, getroffen werden. Die Zerstörung Potsdams war ohne die geringste militärische Bedeutung. Sie sollte den kulturellen Kern Preußens zerstören. Potsdam war die preußischste Stadt der preußischen Könige, die Stadt entsprach im Tiefsten ihres Wesens dem preußischen Staat. Holland, Italien, Frankreich und England, die Antike, Renaissance, aber auch Rußland und selbst der Islam waren in der Stadtarchitektur mit Bauten und Nachbauten vertreten. Aus dieser kulturellen und geistigen Fülle ist in Preußen eine Einheit geworden.
Das Fremde zu integrieren und es der Entwicklung Preußens dienlich zu machen, hat keine Stadt so repräsentiert wie Potsdam. Das wußte die britische Führungsschicht, deshalb mußte Potsdam nur wenige Tage vor Ende des Krieges als Kulturdenkmal zerstört werden. Der Angriff auf Potsdam, es war ein Akt kultureller Barbarei, bewies die gleiche militärische Unsinnigkeit wie der Angriff auf Dresden im Februar 1945. Wie glücklich kann sich die Welt heute schätzen, daß sich deutsche Offiziere eingedenk ihrer preußischen Tradition trotz gegenteiliger Befehle bemüht haben, Rom und Paris vor der Zerstörung zu bewahren.
Aus der Tatsache, daß die deutsche Zivilbevölkerung, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, im Angesicht ihrer brennenden und ausgebombten Häuser, vielleicht sogar im Angesicht ihrer durch Bomben getöteten Kinder oder Familienangehörigen sich nicht an abge-

sprungenen feindlichen Bomberpiloten vergriffen und keine Lynchjustiz verübt hat, läßt mehr über die Deutschen erkennen, als aus den von einer aufgehetzten SS-Minderheit auf Befehl verübten Grausamkeiten an jüdischen Menschen.
Der höchstdekorierte amerikanische Jagdflieger, der spätere General Chuck Yeager berichtete in seinen Kriegserinnerungen, daß den US-amerikanischen Jagdfliegern im Herbst 1944 der Befehl erteilt wurde, auf alle sich bewegenden Zivilisten zu schießen und zwar mit der Begründung, mit der Terrorisierung der Zivilbevölkerung sollte ihr Widerstandswille gebrochen werden. Der General schreibt, dieser Befehl war grausam, und doch gehorchten wir alle und schossen auf wehrlose Menschen.
Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Vae Victis" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.
Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde. Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung.
Mit Verfassungsschutzeinrichtungen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. "Vae Victis".
Preußen setzte sich für die Humanisierung der Kriegführung ein Im Ersten Weltkrieg wurde der "gerechte Krieg" revitalisiert
"Wehe den Besiegten": Als die belagerten Römer sich darüber beschwerten, daß die gallischen Belagerer beim Abwiegen des römischen Lösegeldes in purem Gold mit manipulierten Gewichten arbeiteten, legte der gallische Heerführer Brennus sein Schwert zusätzlich auf die Waagschale mit den Gewichten und sagte: "Vae victis!" - Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 2004 (x887/...):
>>**Von Kollektivschuld kann keine Rede sein**
Bei einer Nachbetrachtung der Wehrmachtausstellung verneinen Historiker deren wissenschaftlichen Wert
Die Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat eine gesellschaftliche Debatte entfacht, die fast zehn Jahre lang geführt wurde. ...
Der Ertrag, den die wissenschaftliche Forschung aus der Arbeit des Instituts ziehen kann, ist denkbar gering. Doch darum dürfte es den Ausstellungsmachern auch gar nicht gegangen sein. Sie wollten offensichtlich den gesellschaftlichen Legitimationskonsens der Kriegsgeneration zerstören. Das Bild von der als Institution in ihrer Gesamtheit sauberen Wehrmacht sollte ersetzt werden durch das Bild von der allgemein verbrecherischen Wehrmacht.
Die Kriegsgeneration, die noch bis vor wenigen Jahren die Führungseliten in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen gestellt hat, sollte jetzt auf diese Weise sozusagen "post mortem" demontiert werden. Ein später Erfolg der 68er also.
Und die Deutschen? Wie reagierten sie auf diese kollektive Schuldzuweisung, die keineswegs

das Ergebnis seriöser Forschung und Aufarbeitung war? Folgsam und politisch korrekt ausgerichtet, nahmen sie das düstere Bild, das hier von ihren Vätern und Großvätern gezeichnet wurde, kritiklos an. Die Medien, Politiker und Kulturschaffende überschlugen sich in ihrem einhelligen Entsetzen über "die verbrecherische Wehrmacht". Diejenigen, die sich gegen Reemtsma wandten, blieben wenige und bei ihren Veranstaltungen zumeist unter sich.
Die etablierte Fachwissenschaft schwieg lange in dieser Debatte. Kein Wunder, denn eine fundierte Quellenkritik hätte schnell zu einem vernichtenden Urteil über die Ausstellung geführt. Welcher Historiker im staatlichen Wissenschaftsbetrieb aber kann es sich schon leisten, "in die rechte Ecke gestellt" zu werden, weil er gegen den Strom schwimmt? So blieb es schließlich dem polnischen Historiker Bogdan Musial und seinem ungarischen Kollegen Krisztian Ungvary überlassen, mit den Ausstellungsmachern hart ins Gericht zu gehen. Schließlich wurde die Ausstellung vom Markt genommen und eine Historikerkommission mit ihrer Überarbeitung beauftragt. ...
Für de Zayas hat die Ausstellung keinerlei wissenschaftliche Bedeutung, da sie nur Einzelfälle darstelle, die schon allein quantitativ nicht aussagekräftig seien. Er hält die Ausstellung schlichtweg für "pietätlos" und kritisiert ihre Duldung durch die Öffentlichkeit als "Versagen der Gesellschaft".
Die kollektive Beschuldigung der Wehrmacht ist nach seiner Auffassung eine Unverschämtheit, da die Quellen nicht nur Schuld, sondern auch Unschuld bewiesen. Die deutschen Vorschriften und die vielen Befehle zur Einhaltung des Kriegsvölkerrechts paßten nicht zu Reemtsmas These von der NS-Verschwörung an der Spitze der Wehrmacht. Entlastendes Quellenmaterial sei von den Ausstellungsmachern jedoch bewußt nicht herangezogen worden. Zudem sei der Zusammenhang von Partisanenkrieg und Vernichtungskrieg quantitativ und qualitativ vollkommen ignoriert worden.
In einem völkerrechtlichen Exkurs wies der US-Amerikaner de Zayas nach, daß viele Maßnahmen der Wehrmacht, so furchtbar sie auch gewesen sein mögen, vom Kriegsvölkerrecht gedeckt waren und somit keine Verbrechen darstellten. Auch alliierte Streitkräfte hätten in vielen Fällen ähnlich gehandelt, ohne daß ihr Verhalten heute Gegenstand wissenschaftlicher oder gar gesellschaftlicher Debatten sei. Abschließend bezeichnete de Zayas die Ausstellung als unseriös und überflüssig.
Der Mannheimer Historiker Stefan Scheil, Autor des Reemtsma-kritischen Buches "Legenden, Gerüchte, Fehlurteile", bewertete die Bilderschau als "polemisch und einseitig". Ihr Konzept sei falsch, und sie enthalte zahlreiche sachliche Fehler. Der Titel allerdings sei brillant gewählt, ermögliche er doch eine "Suggestion über die eigentliche Aussage der Ausstellung hinaus". Die Wehrmacht als Ganzes werde angegriffen, auch wenn nur Einzelbeispiele genannt würden.
Auch Scheil trat der These entgegen, die militärische Führung habe Hitlers Kriegskonzept ausnahmslos zugestimmt. Ein schlüssiger Nachweis dafür sei nicht möglich. Vielmehr sei die Historikerkommission zu dem Schluß gekommen, daß streng nationalsozialistische Offiziere die Ausnahme gewesen seien. Von einer Kollektivschuld ihrer Soldaten könne keine Rede sein. Hitler selbst habe dem Militär deshalb bis zum Schluß äußerst mißtrauisch gegenübergestanden. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte am 22. August 2004 während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Zeitgeist ... bringt gute und schlechte Blüten hervor. Der Zeitgeist in Deutschland hieß jahrzehntelang: "Bekenne Dich zu allen möglichen Verbrechen, tue Buße, trauere um fremde Opfer, trauere nicht um die eigenen Opfer."
Nun fängt man allmählich an, um die Opfer des Bombenkrieges in Deutschland und um die Opfer der Vertreibung zu trauern. Doch zögernd. Und manchmal protestieren die sogenannten

Intellektuellen, weil dies die konstruierte Täter/Opfer-Schablone in Frage stellt. Dürfen die Deutschen überhaupt Opfer sein? Sollen Sie nicht weiterhin – und zwar nur und allein – als böse Täter verstanden werden?
Eine verblüffend unmenschliche Frage, die auf eine verblüffende intellektuelle Unredlichkeit zurückgeht. Aber das ist halt die surrealistische Welt, in der wir leben, wo Kriege angeblich für die Demokratie führt werden, und in Guantánamo gefoltert wird, weil die Talibane "böse Leute" sind, wie uns Präsident Bush unlängst sagte.
Als Amerikaner beobachte ich die politischen und intellektuellen Trends in Deutschland, sowie auch in Amerika. Ich begrüße die Veröffentlichung der Bücher von Jörg Friedrich über den Bombenkrieg, die einsichtigen Kommentare von Professor Arnulf Baring in der FAZ, die jüngste Beschäftigung des Fernsehens mit der Tragödie der Vertreibung. ...
Ich begrüße die Initiative eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sowie den intelligenten Einsatz von Erika Steinbach und von Professor Dr. Peter Glotz. Selber als Mitglied des Beirats des Zentrums lege ich besonderen Wert darauf klarzustellen, daß es dem Zentrum darum geht, die Tragödie aller Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu dokumentieren, um sie besser zu verstehen. Es geht darum, künftige Vertreibungen überall in der Welt vermeiden zu helfen, sowie darum, den Opfern von Vertreibungen eine gewisse moralische Anerkennung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.
Es geht um die Würde der Opfer, denn es darf keine politisch korrekten und inkorrekten Opfer geben, sondern wir müssen darauf bestehen, daß alle Opfer vom Krieg und Gewaltherrschaft als unsere Brüder anerkannt werden, als Menschen, die gelitten haben und noch leiden.
Als amerikanischer Beobachter der deutsch-polnischen Debatte finde ich, daß - während die Deutschen sich ihrer Geschichte gestellt und als Konsequenz moralische und erhebliche materielle Wiedergutmachung geleistet haben - die große Mehrheit der polnischen Historiker, Politiker und Bürger dies nicht getan hat oder gerade erst damit anfängt. Das Niveau vieler polnischer Diskussionsbeiträge bewegt sich leider heute noch auf dem Niveau kommunistischer Beschimpfungen der sechziger Jahre.
Das Zentrum gegen Vertreibungen bietet ein Forum für Begegnung, aufrichtige Diskussion und Verständigung. Ich bin überzeugt, daß früher oder später dieses Angebot angenommen werden wird. ...<<
Der deutsche Politikwissenschaftler Klaus Hornung schrieb am 25. Dezember 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Von den Wurzeln der deutschen Multikulti-Neurose**
Erstaunt und beunruhigt über die deutsche nationale Selbstverachtung sei er, sagte kürzlich der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg, kein konservativer, wohl eher ein linksliberaler Intellektueller. Daß bei den Deutschen einiges nicht in Ordnung ist, daß ihnen etwas fehlt, zeigt auch die erneute Debatte um deutsche Identität und Interessen sowie Patriotismus. Wenn daraus mehr werden soll als nur jene sattsam bekannten unverbindlich-seichten Talkshows, ist freilich ein Nachdenken über den tiefgreifenden kulturrevolutionären Umbruch in Deutschland seit den 60er Jahren notwendig, der zu einer unübersehbaren Erosion unserer historisch-kulturellen Fundamente geführt hat.
Die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wurzeln der totalitären Diktatur Hitlers hatte, entgegen den Behauptungen der 68er, schon unmittelbar nach ihrem katastrophischen Untergang begonnen. Schon 1946 erschien zum Beispiel das Buch Eugen Kogons "Der SS-Staat". Die in den 50er Jahren prägenden Historiker, Hans Rothfels in Tübingen, Gerhard Ritter und dann Arnold Bergstraesser in Freiburg, Franz Schnabel in München und später Heinz-Dietrich Ortlieb in Hamburg, betrieben in Forschung und Lehre nichts anderes.
Im Gegensatz zu den Nachkommenden wehrten sie freilich die Leidenschaften des Parteienstreits, der politischen Ressentiments und Propaganda ab und ging es ihnen um die Vollstän-

digkeit der geschichtlichen Tatsachen "in ihrer wechselseitigen Beziehung und Durchdringung". ...
Der Geschichtspolitik und "Vergangenheitsbewältigung" seit den 60er Jahren ging es dagegen um ganz anderes. Die NS-Vergangenheit sollte unbedingt "Gegenwart" bleiben als dunkle Folie für den unaufhaltsamen Fortschritt zu Freiheit und Gleichheit.
Zugleich sollte sie auch in die Vergangenheit hinein verlängert werden: zu Bismarck, zum preußischen angeblichen Obrigkeitsstaat, zu Friedrich dem Großen und bis zur "Gehorsamspredigt" Martin Luthers, um nicht nur die nationalsozialistischen Wurzeln auszureißen, sondern deutsche Geschichte und Tradition insgesamt umzupflügen für die tabula rasa einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft.
Zielpunkt war die endgültige Überwindung der angeblich deutschen "autoritären Persönlichkeit" durch den "neuen Menschen" der neomarxistischen Zukunft, wie sie Theodor W. Adorno der begierig lauschenden Studentenbewegung verkündete. Und so durfte sich niemand wundern, wenn ein bestimmtes Publikum, etwa in deutschen Universitätsstädten, Daniel Goldhagens Thesen von der antisemitisch verdorbenen deutschen Genetik und den "willigen Vollstreckern" Hitlers frenetisch und kritiklos feierte. Es drängte sich förmlich die Erinnerung an Leo Trotzki auf, der 1917 seine politischen Gegner mitsamt allem historisch Gewachsenen bekanntermaßen "auf den Müllhaufen der Geschichte" hatte werfen wollen.
In der Tat erinnerte auch vieles in dieser 68er Kulturrevolution an Hitlers "zynische Mißachtung geronnener historischer Strukturen" und an den "ahistorischen Grundzug seines chiliastischen Geschichtsverständnisses" (Hans Mommsen).
Das Ergebnis dieser Umerziehung durch die Geschichtspolitik der 68er Kulturrevolution war, daß sich die Deutschen nun ihre 1.000jährige Geschichte verstellen ließen durch den braunen Koloß der NS-Zeit, daß man die deutsche Geschichte gleichsam eindampfte auf jene berüchtigten zwölf Jahre, wenn nicht gleich gar nur auf den Holocaust. Das war nicht mehr reale Geschichte, sondern eine extreme Geschichtsmythologie als Herrschaftsinstrument.
Und die weitere Folge war, daß Deutschland und die Deutschen zu jener "Canossarepublik" wurden, wie sie der Präsident Estlands, Lennart Meri, bei seiner Rede zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 in Berlin nannte, eine Republik, in der "rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung praktiziert" wird, wie der den Deutschen wohlwollende Präsident hinzufügte, in einem Klima, in dem "die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst".
Die vorausgegangene Geschichtsberaubung und einseitig "antifaschistische" Geschichtsmythologie reduzierte die Deutschen und ihre sogenannten Eliten auf eine allen Einflüssen gegenüber willfährige "Bevölkerung", der man heute selbst die gegen ihren Willen und ihre Interessen stattfindende Masseneinwanderung als "Bereicherung" und die multikulturelle Gesellschaft als die eigentliche Demokratie für "alle Menschen" zu preisen wagen kann.
Wir sind damit in eine neue Phase der Kulturrevolution eingetreten, die die totalitäre Idee des "neuen Menschen" und einer "neuen Gesellschaft" in die Gewänder der Globalisierung hüllt. Im Bündnis der turbokapitalistischen Chicago Boys mit den "antifaschistischen" Jakobinern von 1968 wird die multikulturelle Weltgesellschaft zur neuen großen Utopie, der die Zivilreligion des "Antirassismus" als verbindliches Dogma und als massives Sanktionsinstrument zur Seite tritt, insgesamt ein neuer politischer Messianismus mit den bekannten totalitären Trends, wie sie Hans Freyer einst als die Machbarkeit der Sachen, die Organisierbarkeit der Arbeit, die Zivilisierbarkeit des Menschen und die Vollendbarkeit der Geschichte gültig beschrieb.
Dieser universalistische Anspruch wird zum Todfeind der wahren Freiheit, die nur plural sein kann, zum Feind aller wirklichen Vielfalt und der gewachsenen Eigengestalt der Kulturen,

Religionen, Ethnien und er dient den herrschenden Kommandohöhen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Medien zur, freilich durchsichtigen, Legitimation für weltweite Migrationen und Einwanderungen nach den Maßstäben ihrer strategischen Interessen. ...
Wird Gesinnungsethik in der Politik vorwiegend getragen von Wünschen, Wünschbarkeiten und Idealen, von der Utopie, so wird Verantwortungsethik geprägt von Wirklichkeitssinn, von den realen Interessen der Betroffenen und der Akteure, im internationalen Bereich von der "Korrelation der Kräfte", die zu kalkulieren die zentrale Aufgabe ist, um dann auch, soweit menschenmöglich, die voraussehbaren Folgen der Entscheidungen kalkulieren zu können.
Politische Verantwortungsethik denkt und handelt daher auch stets geschichtlich, in der Verantwortung von denen, die vor uns waren, und vor denen, die nach uns kommen. Da die politischen Klassen unserer Tage von einer atemberaubenden Geschichtsunkenntnis gekennzeichnet sind, hat ihr Geschichtsverlust jenen politischen Realitätsverlust zur Folge, den wir als beängstigendes Faktum am Beginn des neuen Jahrhunderts konstatieren müssen.
Gerade die heutige Einwanderungspolitik - besonders in Deutschland - wird zum klassischen Beleg des Geschichts- und Verantwortungsverlusts in den Führungsklassen, des gravierenden Unvermögens, langfristige Perspektiven überhaupt zu erkennen und durchzuhalten. Sie werden verdeckt durch Kurzatmigkeit und Augenblicksentscheidungen, Medienabhängigkeit und das Schielen nach den rasch wechselnden Stimmungslagen der Massen bis hin zu ihrem "Nach uns die Sintflut". ...
Um aus den Fehlwegen und Sackgassen, in die die Kulturrevolution seit 1968 die deutsche Gesellschaft und Politik geführt hat, herauszukommen, bedarf es einer gründlichen Kenntnis und Erkenntnis der Ursachen dieser Entwicklung. Es erscheint dringend notwendig, der kulturell-politischen Hegemonie der 68er Bewegung entschiedener als bisher entgegenzutreten, um anstelle der gesinnungsethischen Utopie mit ihrer verbreiteten Nicht-Kalkulation der Folgen einer verantwortungsethischen, an der Wirklichkeit orientierten Politik im Inneren wie nach außen wieder Raum zu schaffen. Die Einwanderungs- und Ausländerpolitik wird hier, ob man will oder nicht, zum wohl wichtigsten Prüfstein.
Und das eine ist sicher: Ohne Mut wird es dabei nicht gehen. Die neudeutsche Neigung zum Frieden um jeden Preis, zum Wegsehen, zur Konfliktvermeidung, zum Gutmenschentum, koste es was es wolle, bietet hier keinen verläßlichen Kompaß und erzeugt gerade die Konflikte, die das Denken und Handeln nur für heute und für den Augenblick vermeiden will, die es aber um so sicherer und verhängnisvoller auf längere Sicht gerade herbeiruft.
Verantwortungsethische Politik ist vor allem deshalb realistischer und humaner als gesinnungsethische Kurzsichtigkeit, weil sie herannahende Konflikte rechtzeitig sieht und zu entschärfen sucht, ehe sie sich zu unlösbaren Katastrophen zusammenballen. Eben diese Wetterwand zieht aber, allen Vernünftigen sichtbar, heute mit der gegenwärtigen Politik der ungebremsten Zuwanderung nach Europa und Deutschland herauf. Sie zu ignorieren ist das schlimmste Signal der Verantwortungslosigkeit der Volks- und Realitätsferne heutiger Politik.<<
Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete im Jahre 2004 über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/254-256): >>... >>... Untersucht man das verbreitetste psychoanalytische Fachblatt, so findet sich dort zwar ein respektabler Anteil von über zehn Prozent historisch-politisch-soziologischen Themen, aber sie beschränken sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit, auf Holocaust und Rechtsradikalismus. Die gesellschaftliche Realität kommt (darüber hinaus) nicht vor.
Natürlich ist auch die wissenschaftliche Betrachtung der Kollektivschuld wegen mangelnder kritischer Distanz kein Gegenstand. Dabei ist deren Ursache, Einbettung und Verflechtung in einem komplexen historischen Kontext gerade im Zusammenhang unbewußter kollektiver Prozesse ein unentbehrlicher Bestandteil des Verständnisses deutscher Nachkriegsmentalität

und ihrer konkreten geschichtlichen Folgen.
Betrachtet man nämlich die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges, so waren die physische Bedrohung (mehrere Millionen starben an Hungerfolgen, nicht zuletzt, weil die Alliierten anfangs die vorhandenen Nahrungsmittel der Bevölkerung vorenthielten) und der drohende Identitätsverlust mit Niederlage, Entwertung und Demütigung eine bedrohliche Situation, die massive Abwehr provozieren mußte.
Die kollektiven psychosozialen Sofortmaßnahmen waren, psychoanalytisch gesprochen, manische Abwehr und aus deren materiellen Folge der legendäre Wiederaufbau sowie Verleugnung der traumatischen Vergangenheit und Gegenwart, beides die Alternativen zu einer kollektiven Depression, wie sie erst später schleichend, verschleiert, als Generativitätsverweigerung zutage trat.
Das Kollektivschuldintrojekt bot in der prekären Nachkriegssituation die Chance einer pathologischen Identität auf sadomasochistischem Niveau. Wie auch jede individuelle Psychopathologie stiftete sie einen "Leidensgewinn", genauer eine Reihe wichtiger Vorteile: sie schützte vor kollektiver Depression und Verzweiflung, sie bot den Schutz der Identifikation mit dem Aggressor, das heißt mit den Siegermächten, welche diese Form der Unterwürfigkeit mit Wohlwollen und, soweit es sich um die USA handelte, auch mit materiellen Zuwendungen belohnten.
Die kollektive Selbstbeschuldigung war ein wichtiges, vielleicht das einzige Mittel, von den Alliierten, denen gegenüber völlige Abhängigkeit bestand und besteht, akzeptiert zu werden.
Die Kollektivschuld und ihr kollektives intrapsychisches Täterorgan, die masochistische Moral, boten mittels der Anwehrmechanismen der Verkehrung ins Gegenteil und der Reaktionsbildung die Chance, eine Haltung der absoluten Friedlichkeit zu entwickeln.
Die masochistische Moral lieferte auch mit dem in der Niederlage verlorengegangenen Überlegenheitsgefühl eine Immunität gegenüber Anklagen, Entwertungen und Beschuldigungen: hierin ist die masochistische Moral allemal schneller, unüberholbar und deshalb unverletzbar.
Kollektivschuld und masochistische Moral wurden so auch zum Eintrittsbillett in die Völkergemeinschaft.
Weil es sich aber um einen komplexen Abwehrmechanismus handelt, erfordert diese Haltung einen immerwährenden, nie nachlassenden Aufwand an Wiedergutmachung und Bußeritualen, an Verleugnung, Ausbeutungsangeboten und Aggressionsunterdrückung. Sie kann leicht stimuliert werden, zum Beispiel durch den Antisemitismusvorwurf, der die repräsentative Öffentlichkeit reflexhaft in eine masochistische Unterwerfungshaltung zwingt. Insbesondere die aus schlimmer Erfahrung hellwachen Juden spüren den Abwehrcharakter der kollektiven masochistischen Moral und bleiben mißtrauisch.
Kann man die Verankerung der Kollektivschuld als eine unausweichliche pathologische kollektive Abwehrform in einer traumatischen historischen Situation verstehen, analog zu individuellen Neurosen, so müssen, ebenfalls in Analogie zu individuellen neurotischen Syndromen und damit verbundenen Ich-Einschränkungen als Tribut an die neurotische Konfliktlösung, die Kosten der Sozialpathologie Nachkriegsdeutschlands gesehen werden.
Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm ... Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und Satellitenmentalität. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 30. April 2005 über die US-Umerziehungsexperten: >>**Wir waren nicht mehr wehrlos**
Von *Ulrich Baron*
Die Ritchie Boys: Wie deutsche Emigranten dem amerikanischen Geheimdienst halfen

So hatte sich der 1911 in Budapest geborene János Békessy die militärische Lage in den USA nicht vorgestellt. Nachdem ihn ein Militärlaster an der Bahnstation von Baltimore abgeholt und stundenlang durch das verschneite Land gefahren hatte, sah er dort das, vor dem er 1940 aus Europa geflohen war: "Eine Kompanie uniformierter SS marschierte an mir vorbei. Ein deutscher Militärwagen, wie ich ihn aus Dieuze kannte, ratterte an mit vorüber: Zwei deutsche Offiziere saßen steif im Fond des Wagens." Auch deren fernöstliche Verbündete waren nah: "Auf dem Feld zu unserer Rechten exerzierte eine japanische Kompanie, während sich im Hintergrund die Umrisse eines deutschen Panzers abhoben."
Verkehrte Welt! Doch auch ein siegesgewisser Nazi, den es zu dieser Zeit in die Berge Marylands verschlagen hätte, wäre verblüfft und wohl ein wenig enttäuscht gewesen, weil die meisten dieser SS-Männer Jiddisch sprachen.
Das in der idyllischen Landschaft der Blue Ridge Mountains gelegene Camp Ritchie war kein Brückenkopf der Achsenmächte in den USA und auch kein gewöhnliches amerikanisches Militärlagerlager, sondern ein "Military Intelligence Training Center", ein Ausbildungszentrum für psychologische Kriegsführung. Vor allem deutschsprachige Emigranten aus Europa wurden hier für Einsätze als Verhör- und Propagandaspezialisten jenseits des Atlantik vorbereitet. Dabei waren viele von ihnen damals noch gar nicht richtig in den USA angekommen.
Jahrzehnte später hat der Dokumentarfilmer Christian Bauer einige Veteranen unter den "Ritchie-Boys", aufgespürt und sie ihre Geschichten erzählen lassen. Jenen János Békessy aber, der seine Ankunft im Camp so plastisch geschildert hatte, konnte er nicht mehr interviewen. Der war bereits 1977 im Tessin verstorben - nachdem er es unter seinem Pseudonym Hans Habe zu einem der bekanntesten deutschsprachigen Publizisten der Nachkriegszeit gebracht hatte.
Solche Namenswechsel waren nicht selten in der Geschichte der Ritchie-Boys, und das nicht nur weil sie in geheimer Mission kämpften. Wenn der 1922 in Hildesheim geborene Günther Stern zu Guy Stern, wenn der gleichaltrige Fritz Ehrlicher zu Fred Howard wurde, so war das auch ein Bekenntnis zu ihrer neuen Heimat, die für die meisten von ihnen USA hieß. Leicht hatte man ihnen es dort nicht gemacht. Guy Stern war mit nur 15 Jahren ins Land gekommen, als einziger seiner fünfköpfigen Familie, der ein Einreisevisum erhalten hatte, und - wie er später erfuhr - als einziger, der dem Holocaust entkam.
Für viele der deutschen Emigranten, die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung zuerst aus politischen und bald auch aus rassistischen Gründen verfolgt worden waren, wurden die USA spätesten dann zum Gelobten Land, als Exilländer der ersten Stunde wie die Tschechoslowakei und Frankreich der Übermacht Deutschland erlagen. Doch wer die ersehnte Einreiserlaubnis bekommen hatte, sah sich oft bald ernüchtert.
Der Antisemitismus hatte am Atlantik nicht halt gemacht, und nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 galten die deutschstämmigen Auswanderer in Amerika als "enemy aliens", als feindliche Ausländer und potentielle Agenten ihrer einstigen Verfolger. Für den 1918 im polnischen Lublin geborenen Maler Si Lewen war das Ende seines amerikanischen Traums schon bald nach seiner Ankunft in New York im Jahre 1935 gekommen, als ein Polizist, der ihn als Juden erkannt hatte, den Jungen im Central Park ausraubte und zusammenschlug.
Die freiwillige Meldung zum Militär war auch ein Mittel sich Respekt zu verschaffen und zu zeigen, daß man auf Seiten Amerikas stand. Für junge jüdische Emigranten, die verzweifelt und oft vergeblich versucht hatten, ihre Eltern und Geschwister vor dem Untergang zu bewahren, bedeutete dieser Schritt aber noch viel mehr. "Ich habe geweint, als ich mein Gewehr bekam", zitiert Bauer den ehemaligen Ritchie-Boy Stefan Heym: "Ich war nicht mehr wehrlos. Zum ersten Mal konnte ich mich verteidigen."
Doch die Männer von Camp Ritchie sollten nicht auf die Deutschen schießen, Sie sollten mit

ihnen und zu ihnen sprechen. Denn wer hätte die Mentalität eines feindlichen Soldaten besser gekannt als sein ehemaliger Schul- oder Turnkamerad? Guy Stern, inzwischen ein emeritierter Professor für deutsche Literatur in Detroit, erinnert sich an eine solche Begegnung.
Während der Kämpfe in der Normandie stieß er in den Unterlagen kriegsgefangener Deutscher auf den Namen eines Mannes, den er aus dem Turnverein kannte. Zum nächtlichen Verhör bestellt, habe sich der gefangene Offizier verblüfft über die Detailkenntnis des Amerikaners gezeigt. Erkannt hat er ihn nicht. Kleider und mehr noch Uniformen machen Leute. Aber die Frage, die Guy Stern am liebsten gestellt hätte, mußte er sich versagen, um seine Identität nicht zu verraten. Erst Monate nach Kriegsende sollte er die Antwort darauf erhalten: Seine Eltern, seine Schwester und sein Bruder waren im Warschauer Ghetto umgekommen.
Aus Sicht mancher ihrer amerikanischen Kameraden - und mehr noch aus Sicht ihrer einstigen Landsleute - erschienen die Ritchie-Boys sicherlich als privilegiert, weil sie mit Worten, Flugblättern, Lautsprechern kämpften. Die Küche im Camp galt als die Beste der US-Army. Und welcher GI hätte Fred Howard und Guy Stern nicht um ihre Jeep-Partie mit Marlene Dietrich beneidet? Und es gab auch komische Szenen, wie die mit den Männern der Counter Intelligence Group, die versuchten "eine Gruppe von ziemlich verwirrten Deutschen zu verhören - in höchst elegantem Französisch".
Auf den Vorschlag, es doch einmal auf Deutsch zu versuchen, soll der Captain geantwortet haben: "Nach unserer Landkarte sind wir in Aix-La-Chapelle. Wir sind doch in Frankreich?" Daß es sich bei Aix-La-Chapelle um den französischen Namen Aachens handelt, war ihm entgangen. Dramatischer war schon das Erlebnis, das Guy Stern mit dem für seine Geschäftstüchtigkeit und seine Abkürzungen berüchtigten Sergeant "Short Cut" Rabinek hatte. Nachdem Rabinek wieder einmal die falsche Abkürzung gewählt hatte, fanden sich beide plötzlich mit leerem Tank in unmittelbarer Nähe einer deutschen Stellung wieder. Zudem hatte der Sergeant das Benzin im Reservekanister gegen Calvados eingetauscht, doch glücklicherweise soll der Motor auch damit angesprungen sein.
Solche Anekdoten sind der Stoff, mit dem man Kriegserlebnisse erträglich macht, doch bevor etwa Werner Angress mit Beuteaquavit auf den Tod Hitlers anstoßen konnte, hatten er und viele seiner Kameraden ihr Leben riskiert. Es gehörte Mut, ja Tollkühnheit dazu, sich mit einem Lautsprecherwagen, dessen Schall zunächst kaum mehr als 50 Meter reichte, der feindlichen Front zu nähern. "Eine typische Army-Dummheit" nannte Si Lewen diese Praxis, die auf Seiten der Roten Armee auch von kommunistischen Exilanten geübt wurde: "Die Deutschen mußten nur dahin schießen, wo der Ton herkam - schon erwischten sie das ganze Team."
Schlimmer noch war die Gefahr, gefangen genommen und als ehemaliger deutscher Jude erkannt zu werden. Angress, der bei Beginn der Invasion seinen ersten Fallschirmabsprung absolviert hatte, landete hinter den deutschen Linien, wurde eingesperrt und zwei Wochen danach von US-Truppen befreit. Später wäre er in Frankreich fast von Amerikanern erschossen worden, die ihn wegen seines Akzents für einen verkleideten Deutschen hielten.
Eines der erschütterndsten Erlebnisse beschreibt Morris Parloff, einer der wenigen gebürtigen Amerikaner unter den Ritchie Boys, der die Befreiung des Lagers Nordhausen miterlebt hat. Ein ehemaliger Insasse sei auf einen mehr als zwei Meter hohen Aschehügel gestiegen und habe gerufen, er stehe auf einem Haufen jüdischer Asche: "Ich schrie ihn an, er solle herunterkommen", erinnert sich der Psychologe: "Aber er kam nicht runter, er sah mich nur an, als wolle er sagen: 'Was willst du? Das ist unser Leben'."
Schließlich habe er den Mann vom Aschenhaufen heruntergezogen, doch mit ihm selbst sei dabei etwas Seltsames passiert: "Ich konnte mich nicht mit diesen Menschen identifizieren. Sie behaupteten, sie seien Juden, und ich war Jude, aber das waren keine Juden, wie ich sie kannte."
Als er versucht habe, zu den Befreiten zu sprechen - nicht auf Deutsch, sondern auf Jiddisch -

habe er feststellen müssen, daß er seine Sprache verloren hatte - "ich wußte kein einziges Wort mehr - ich hatte alles vergessen - verdrängt. Ich war kein Jude mehr, nicht so!"
Mit solchen Erfahrungen bleibt jeder allein, und die Geschichte der Ritchie Boys ist im Leben der meist noch sehr jungen Beteiligten Episode geblieben. Stefan Heym hat ihr Wirken in seinem Roman "Der bittere Lorbeer" ("The Crusaders", 1948) beschrieben und darin scharfe Attacken gegen das amerikanische Militär und dessen Geschäfte mit Nazis geführt. Hanus Burger hat die USA bei Beginn der McCarthy-Ära verlassen, als die Formel "Antifaschist gleich Kommunist" wiederbelebt wurde. Hans Habe hat in "Ich stelle mich" 1948 nicht nur seine Ankunft im Camp, sondern auch seine persönlichen Verdienste ausführlich gewürdigt.
Die meisten der Ritchie-Boys allerdings sind in den USA geblieben, wo vom Camp, das viele von ihnen in sehr rascher Folge durchlaufen haben, nur noch eine Reihe leerer Gebäude und baufälliger Baracken übrig geblieben ist.
Deren einstige Bewohner, mit denen Christian Bauer gesprochen hat, haben inzwischen erfolgreiche Berufsleben hinter sich und waren ziemlich erstaunt darüber, daß gerade ein Deutscher sich für diesen Teil ihrer Geschichte interessierte.
Si Lewen, der nach dem Krieg einen totalen Zusammenbruch erlebte, ist schließlich in den Staat New York gezogen, zeichnete dort Bilder, die er seit 1985 nicht mehr verkaufen will, arbeitet mit Holzkohle, die ihn an die Asche der Toten erinnert. Später zerschneidet er die Leinwand. ",In meiner Arbeit', sagt er, ‚hat nichts Bestand - alles ist Teil einer großen Transformation.'"
Als Christian Bauer mit Guy Stern und Fred Howard im Oktober 2003 das zum Fort beförderte Camp Ritchie besucht, steht auch dessen Transformation bevor. Seine Holzbaracken, weiß und zweistöckig, warten auf den Abriß. Betten und Installationen sind verschwunden, der Bodenbelag löst sich. Deutsche und japanische Uniformen sind längst aus den Blue Ridge Mountains verschwunden, und nur Wildgänse kreischen am nahe gelegen See.
Christian Bauer, Rebekka Göpfert: Die Ritchie Boys. Hoffmann & Campe, Hamburg. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Mai 2005 (x887/...):
>>**"Nie wieder Deutschland"**
Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil I von Klaus Wippermann
Wir Deutschen sind auf mancherlei Gebieten Weltmeister, auch wenn solche Vorrangstellung immer wieder verlorengehen kann. In zwei Bereichen aber sind wir Weltmeister, wo wir von anderen Staaten gar nicht eingeholt oder überholt werden möchten: auf dem Gebiet des Erinnerns und dem des Vergessens.
Das klingt zunächst außerordentliche disparat, beides - ein Übermaß des Erinnerns wie ein Übermaß des Vergessens - hängt aber durchaus miteinander zusammen, wie im folgenden zu zeigen sein wird. Und noch auf eine andere scheinbare Disparität ist hier schon hinzuweisen: Erinnern ist nicht nur positiv zu deuten und umgekehrt das Vergessen nicht nur negativ. Auch das wird konkret zu begründen sein. Wie es sich hier überhaupt im Ganzen nicht um ein akademisches Thema handelt, nicht um eine abermals gut gemeinte Bemühung der politischen Bildung.
Es geht bei unserem Thema vielmehr um nichts weniger als um zwei wahrhaft existentielle Bereiche: erstens um die Identität unserer Nation - und die betrifft sowohl ihre Geschichte wie ihre Gegenwart - und zweitens geht es um die Bewahrung oder derzeit vielmehr um die Wiederherstellung der materiellen und sozialen Grundlagen unserer Gesellschaft.
Auch hier hängt beides - die ideelle wie die konkrete Existenzsicherung auf der Grundlage gesicherter Identität - eng miteinander zusammen, und zwar so eng und so konfliktreich, daß ein Dramatiker sich eigentlich kein größeres Thema wünschen könnte. Daß dieser Konflikt, der mittlerweile das Ausmaß einer klassischen Tragödie erreicht hat, für unsere Schriftsteller

kein Thema ist, das versteht sich leider von selbst. Und für unsere Politiker ist dieser fundamentale Konflikt, in dem sich unsere Nation derzeit befindet, offenbar ebenfalls nicht vorhanden.
Die "Kunst des Erinnerns" - das ist angesichts der hier vorhandenen Selbstblockaden und aufgrund der mit dem Aussterben der Kriegsgeneration zu befürchtenden weiteren, geradezu hysterischen Fehlentwicklungen zeitgeschichtlicher Erinnerung also alles andere als ein Istzustand, sondern leider im Gegenteil immer noch eine Mahnung, eine Herausforderung, diese schwierige Kunst zu erlernen.
Nur dann kommen auch die beiden Begriffe wieder zusammen, die der verstorbene Papst Johannes Paul II. seinem letzten, kürzlich erschienenen Buch als Titel gegeben hat: "Erinnerung und Identität".
Diese beiden Worte könnten in ihrer so wichtigen wechselseitigen Bedingung auch hier als eine Art Leitmotiv gelten. Denn Identität ist ohne Erinnerung nicht möglich; eine einseitige Erinnerung aber führt zu einer gestörten Identität.
Die Arbeit an einer vollständigen, komplexen Erinnerung - eben die "Kunst der Erinnerns" -, wie sie uns die deutsche Zeitgeschichte auferlegt hat, ist nur mit einer nicht in Frage gestellten Identität möglich. Gelingt dies nicht, werden Ungeheuer geboren. Es darf nicht dazu kommen, daß eine unaufhörliche "Bewältigung der Vergangenheit" letztlich eine Überwältigung der Gegenwart und sodann eine Nichtmehrbewältigung der Zukunft zur Folge hat. Dieses große Spannungsverhältnis soll also der Rahmen für die folgenden Ausführungen sein.
Der jüdische Talmud enthält einen Spruch, der auch bei uns sehr geschätzt wird: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." In der Bundesrepublik gibt es seit über einem halben Jahrhundert ein ehrliches, außerordentlich intensives Gedenken an die Holocaust-Opfer; die Zahl der Erinnerungstafeln, der Mahnmale und Gedenkstätten ist kaum noch überschaubar. Allein die beiden von der Bundeszentrale für politische Bildung erstellten gewichtigen Dokumentationsbände beschreiben über 8.000 solcher Erinnerungsmale. Haben wir damit "Erlösung" erreicht?
Offenbar aber trifft dieser Spruch auch in seinem Gegenteil zu: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Vergessen" - nämlich dann, wenn es um "deutsche" Opfer geht. Ganz offensichtlich gilt für sie nicht die Maxime, nach der sich bei uns sogar eine eigene Initiative benannt hat: "Gegen das Vergessen".
Für deutsche Opfer lautet die politisch korrekte Forderung vielmehr: "Für das Vergessen!" Gegenteilige Versuche des Erinnerns werden sogleich als "ewiggestrig" verurteilt. "Ewiggestrig" soll also offenbar nur die Erinnerung an die "eigenen" Opfer sein, die Erinnerung an die "anderen" dagegen zukunftsweisend. Das ist eine sehr seltsame, ja gegensätzliche Zweiteilung des Opfergedenkens und für die politische Kultur unseres Landes äußerst problematisch.
Ist das in dieser Kürze zu hart, zu polemisch formuliert? Ich meine nicht, denn wenn es um die "eigenen" Opfer geht - von den Millionen gefallener und vermißter Soldaten, den Millionen Verwundeter, den Hunderttausenden Frauen, Kindern und alter Menschen, die absichtlich von den Alliierten durch den Bombenkrieg getötet wurden, bis hin zu den 15 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, von denen zweieinhalb Millionen ihr Leben lassen mußten - wenn es um dieses riesige Millionenheer von Opfern geht, zudem um den Verlust von fast einem Drittel des deutschen Reichsgebietes sowie um die bis in die letzten Kriegstage hinein versuchte Auslöschung der alten deutschen Städtekultur - dann ist hierzulande Vergessen und Schweigen geboten. Aber wäre es doch "wenigstens" nur Schweigen!
Nein, diese Abermillionen von Toten und Vertriebenen werden bei uns - von uns! - verhöhnt, verspottet, diffamiert und die wenigen Erinnerungsmale geschändet, ohne daß sich öffentlicher Protest bemerkbar machen würde! Man stelle sich hingegen die politischen Reaktionen vor, bis hin zu sofortigen strafrechtlichen Maßnahmen, wenn eine andere Opfergruppe auch

nur sehr entfernt so behandelt werden würde.
Für dieses zutiefst amoralische zweierlei Maß ist unter anderem die Parole verantwortlich: "Deutsche Täter sind keine Opfer!" Diese zuerst von linksextremen "Antifa"-Gruppen benutzte Unterstellung und Ausgrenzung scheint mir nichts weniger zu sein als Volksverhetzung, die neue Form eines "linken Rassismus" - wenn nämlich große Menschengruppen nicht aufgrund von ethnischen Eigenarten, sondern wenn sie als Angehörige des eigenen Volkes infolge traumatischer Katastrophen und Schicksalsschläge verachtet und ausgegrenzt werden. Mir ist kein anderes Land der Welt bekannt, in dem etwas Vergleichbares möglich wäre.
Wenn es um das Gedenken an unsere in zwei Weltkriegen gefallenen Soldaten geht, so hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten auch hier einen weltweit einmaligen Sonderweg in einen moralischen Abgrund beschritten. In keinem anderen Kulturstaat wäre es auch nur denkbar, daß ein solches Gedenken verweigert, mißachtet, ja geschändet würde. Auch eine Diffamierungskampagne wie die sogenannte "Wehrmachtsausstellung" - hierzulande öffentlich gefördert und gepriesen - wäre in keinem anderen Staat, der sich noch einen Rest von Selbstachtung bewahrt hat, möglich gewesen.
Während für die Bundeswehrführung die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs (und selbst die des Ersten Weltkriegs), das heißt die eigenen Väter und Großväter, offenbar keine Kameraden sind, setzen sich ihre früheren Gegner bei unseren Politikern - bis hin zum Bundespräsidenten - für "ihre Kameraden" ein!
"Um für die Ehre des deutschen Soldaten einzutreten", die in Deutschland mißachtet werde, obwohl "sie ihr Leben für Deutschland gaben", wandte sich beispielsweise der Sprecher des Veteranenverbandes der 8. britischen Armee - die in Afrika harte Kämpfe gegen Rommel führen mußte - an deutsche Politiker: "Wie ich, haben diese Männer nur noch wenig Zeit vor sich, aber es ist genug Zeit für Deutschland, ihnen ihren Stolz zurückzugeben. In der Zeit des Krieges haben sie ihre Pflicht vorangestellt; es ist jetzt Zeit für Deutschland, seinerseits seine Pflicht für sie zu tun."
Dieser Pflicht zur objektiven Würdigung kommt öffentlich bisher nur das Ausland nach. Eine internationale Studie des israelischen Generalstabs stellte zum Beispiel fest, daß sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg von allen beteiligten Armeen die deutschen Soldaten die tapfersten waren. Auch der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld konstatierte, daß die Wehrmacht "besser als jede andere moderne Streitkraft die Verbindung von Initiative und Disziplin" verkörperte, sie ferner insgeheim das Vorbild der israelischen Armee sei, ohne daß diese ihre Qualitäten je erreicht habe.
Und der französische Staatspräsident Mitterand erklärte am 8. Mai 1995 anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes: "Die deutschen Soldaten - sie waren tapfer. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin, sie liebten ihr Vaterland. Ich verneige mich vor ihnen allen und ihnen gehört meine Hochachtung und Verehrung."
Wie demgegenüber von der Bundeswehrführung sowie vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt über die Wehrmacht - die "Nazi-Wehrmacht" oder "Hitler-Wehrmacht", wie man sie neuerdings diffamiert -, wie also über die seinerzeit mehr als 18 Millionen deutschen Soldaten und damit zugleich über ihre Familien und das heißt letztlich über das ganze Volk geurteilt wird, das ist eigentlich nur noch mit Hilfe pathologischer Kategorien darzustellen.
Der eigene Traditionserlaß von 1982, der immer noch gilt, wird seit langem in sein Gegenteil verkehrt. Dort heißt es nämlich: "Tradition verbindet die Generationen, sichert die Identität und schlägt eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft. Tradition ist eine wesentliche Grundlage für menschliche Kultur." Mit dieser Formulierung wäre es immerhin möglich gewesen, wenigstens für das auf Tradition so angewiesene Militär die "Kunst des Erinnerns" zu verwirklichen. Aber, wie gesagt, das absolute Gegenteil ist leider der Fall.
Beispiel für die Zerstörung von Tradition und Identität ist die Umbenennungen von Kasernen.

Jüngste Maßnahme ist die Abschaffung des Traditions- und Ehrennamens "Mölders" für das Jagdgeschwader und eine Kaserne.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Mai 2005 (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil II von Klaus Wippermann

In einer solchen Zeit ist auch die vielgerühmte Innere Führung nichts als Aktenstaub, wenn sie nicht gegen Anpassertum und Opportunismus vorgelebt wird. Ein Beispiel dafür ist der "unehrenhaft" entlassene Brigadegeneral Reinhard Günzel.

In seiner wegweisenden Rede vom Frühjahr 2004 in Berlin über "Das Ethos des Offiziers" hat er die heute mehr als je notwendigen Wertorientierungen benannt. Nachdem er die Kategorien Opportunismus und Feigheit als für das deutsche Militär offenbar neue, verbindliche "Qualitäten" aus eigener Erfahrung charakterisiert hatte, schloß er mit einem Ausblick auf dieselbe "Qualitäten" unserer veröffentlichten Meinung mit einem Zitat des Dichters Gottfried Benn: "Das Abendland geht nicht zugrunde an den totalitären Systemen, auch nicht an seiner geistigen Armut, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten."

Das war jetzt ein etwas rascher Durchgang zum Verhältnis Erinnern - Vergessen - Nichtachtung beziehungsweise Verachtung mit einem Akzent auf der Militärgeschichte und des heutigen Militärs aus Anlaß des 8. Mai.

Ein gewisser Schwerpunkt soll im folgenden sein, wie es zu diesem deutschen Sonderweg des Verlustes von nationaler wie staatlicher Selbstachtung gekommen ist, - wer diese Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten beeinflußte und wer sie heute fördert - und nicht zuletzt: welche Interessen und Ziele dahinter stehen. Diese sind durchaus konkret zu benennen, denn auch hier gibt es "Täter" und "Opfer". Und es sei nochmals betont: Hier handelt es sich nicht um ein akademisches Thema, sondern um ein für unseren Staat existentielles.

Im Gegensatz dazu steht nicht, daß auch von Geschichtspolitik die Rede sein wird, von instrumentalisierter Erinnerungspolitik, denn diese bestimmt nicht nur das Handeln beziehungsweise die Barrieren für ein rationales Handeln der "hohen" Politik, sondern sie beeinflußt auch unser Alltagsleben, unser alltägliches Selbstverständnis - wenn wir etwa unablässig eingehämmert bekommen, daß wir ein "Tätervolk" seien, daß wir uns in Fortsetzung des unseligen Kollektivschuldvorwurfs als "Volk der Täter" zu verstehen hätten.

Eigenartigerweise wird das "Völkische" in diesen "Tätervolk"-Anklagen von den Beschuldigern offenbar gar nicht bemerkt. Denn andererseits soll es ja, wenn es nach ihnen geht, kein "deutsches Volk" mehr geben, sondern nur noch eine identitätslose und somit manipulierbare "Bevölkerung".

Wie diese Strategie der Manipulation funktioniert, hat der Historiker Michael Stürmer in äußerster Knappheit folgendermaßen formuliert: daß nämlich "in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet". Stürmer tat diesen Ausspruch ein Jahr nach der berühmten Rede Richard von Weizsäckers: "Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft", seiner Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages.

Diese vielbeachtete und in hoher Auflage verbreitete Rede wurde damals - man muß heute sagen: seltsamerweise - als eine Art Durchbruch und Aufbruch verstanden. Warum? Weizsäcker widersprach zum einen der wiederauferstandenen Kollektivschuldthese: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Landes gibt es nicht. Schuld ist ... nicht kollektiv, sondern persönlich." Und er fuhr fort: "Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene

Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben."
Diese Rede wurde vor 20 Jahren gehalten. Nach der heutigen indoktrinierten veröffentlichten Meinung wird nun sogar von den Enkel- und Urenkelkindern ein Schuldbekenntnis erwartet und eingefordert. Und wenn es nach dem Wunsch von Funktionären wie Michel Friedman gehen sollte, hat dies für alle Ewigkeiten zu gelten.
Der andere, damals ebenfalls wie die Ablehnung der Kollektivschuldthese zu Recht als positiv gewertete Aspekt der Weizsäcker-Rede war, daß er auch an die deutschen Opfer erinnerte. Heute würde von Weizsäcker dafür wohl aus der CDU ausgeschlossen, wenn man unter anderem die Berliner Vorgänge um einen dortigen Bezirksbürgermeister und die Auseinandersetzungen um seine Wertung des 8. Mai oder auch seine Ansprache zum Volkstrauertag 2004 als Maßstab nimmt.
Dabei hatte schon Theodor Heuss von einer "tragischen Paradoxie des 8. Mai" gesprochen, daß nämlich mit der bedingungslosen Kapitulation die Deutschen "in einem zugleich befreit und vernichtet worden sind".
Den Tag der Kapitulation nur als "Tag der Befreiung" zu deuten, ohne zugleich des mit diesem Tag beginnenden millionenfachen Todes in Deutschland sowie abermals beginnender Unfreiheit hierzulande zu gedenken, das wäre ihm nicht in den Sinn gekommen. Und auch nicht Kurt Schumacher, der zu selben Zeit ebenfalls auch scharf kritisierte:
"Mit dem Wort von der Gesamtschuld beginnt eine große geschichtliche Lüge, mit der man den Neubau Deutschland nicht vornehmen kann." Diese Worte des früheren KZ-Häftlings und Vorsitzenden der SPD von der Kollektivschuld als "große geschichtliche Lüge" wären heute nicht mehr publizierbar, da sie den Nachteil haben, der Wahrheit zu entsprechen.
Die Kritik von Konservativen und Geschichtsbewußten an der Rede von Weizsäckers entzündete sich später an anderen seiner Formulierungen, hatte dieser doch selber zunächst betont - und damit eine Definition für die "Kunst des Erinnerns" gegeben - "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit." Wie aber vertrug sich mit diesem Anspruch auf Wahrhaftigkeit sein lapidarer Satz: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung", wo doch die bekannte Militärdirektive JCS 1067 der Alliierten bestimmte: "Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat."
Zu von Weizsäckers Gunsten muß hinzugefügt werden, daß er auch das nun beginnende Leid benannte: "Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai begannen und danach folgten." Aber bei der Benennung dieser Leiden blieb er doch sehr zurückhaltend bis hin zu der von vielen als skandalös empfundenen Formulierung von der "erzwungenen Wanderschaft Millionen Deutscher".
Daß es sich bei dieser "Wanderschaft" um brutale Vertreibung, um den Tod von Millionen von Menschen, also um einen Völkermord handelte, davon kein Wort. Auch kein Wort, daß hier ein in der neueren Geschichte Europas unvergleichlicher Raub von fast einem Drittel des früheren deutschen Reichsgebietes - gegen jedes Völkerrecht - erfolgte.
Statt dessen fand von Weizsäcker erwähnenswert: "Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber." Daß, als er diese offenbar versöhnlich gemeinten Worte sprach, die deutschen Gräber von den Polen schon längst zerstört und abgeräumt sowie überall die Erinnerungen an die Jahrhunderte deutsche Kulturleistungen ausgelöscht worden waren - auch darüber in seiner Rede kein Wort!
Eine ähnlich verharmlosende Geschichtssicht - immer dann, wenn es um die Schuld anderer Staaten geht - ist es auch, wenn von Weizsäcker sagte: "Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen." Erfolgte etwa kein sowjetischer Überfall auf Polen und dann auf Finnland? Gab es keine noch sehr viel weiterreichenden globalen Eroberungsstrategien der Sowjetunion? Hat es nicht die insgesamt 80 Millionen Opfer roter

Diktaturen gegeben - eine welthistorisch wahrhaft unvergleichliche Zahl?
Diese sehr viel größeren Verbrechen des "linken Faschismus" (um eine Formulierung von Jürgen Habermas aufzugreifen) werden bis heute aufgrund bestimmter Interessen bewußt verschwiegen. Dagegen ist die anhaltende Tendenz unübersehbar, immer noch uns Deutschen angeblichen Militarismus und imperiales Streben zuzusprechen, andere Staaten aber trotz ihrer eindeutigen Vergangenheit davon freizusprechen. Und so wird auch der eigentliche deutsche Sonderweg sichtbar:
Während alle Staaten dieser Welt ihre Geschichte zu ihren Gunsten schreiben - und das heißt allermeist zu ihren Gunsten fälschen, zumal wenn es gilt, Ansprüche gegenüber ihren Nachbarn zu erheben oder deren Ansprüche abzuwehren -, fälschen wir Deutschen als einziger Staat unsere Geschichte dann, wenn die Fakten zu unseren Gunsten sprechen, ferner auch, um etwaige eigene Ansprüche zu leugnen oder zu vermeiden.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Juni 2005 (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**
Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil III von Klaus Wippermann
Weizsäcker bewegte sich in seiner viel beachteten Rede in den Bahnen eben dieser Geschichtspolitik, als er grundsätzlich feststellte: "Wir dürfen den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen." Diese mittlerweile zum Glaubenssatz erhobene Feststellung wird seither in allen Variationen wiederholt, aber sie wird deshalb nicht wahrer - auch wenn das immer weniger Menschen wissen.
Wahr ist hingegen, daß der 30. Januar 1933 nicht von 1914 und 1919 - dem Beginn des Ersten Weltkrieges und dem Versailler Vertrag - zu trennen ist. Bei der Nennung dieser Jahresdaten - oder vielmehr der Schicksalsdaten - geht es nicht etwa um historische Besserwisserei, sondern um eine fundamentale Einordnung der deutschen Geschichte in den europäischen Kontext im 20. Jahrhundert. Mehr noch: Es geht um die Korrektur eines ganzen Geschichtsbildes, das uns von außen - und mittlerweile auch von innen - zu bestimmten Zwecken auferlegt wurde und noch wird.
Die Korrektur solcher Geschichtsbilder - selbst wenn diese aufgrund neuer, zweifelsfreier Fakten erfolgt - wird immer dann als "Revisionismus" verurteilt, wenn damit politische Weltbilder und ideologische Herrschaftsansprüche in Gefahr geraten. Der Verzicht auf solche neuen historischen Forschungserkenntnisse bedeutet jedoch das Ende dieser Wissenschaft und den Beginn ihrer Transformation in die Theologie oder vulgär in die Ideologie. Dieses Stadium haben nicht wenige Autoren und ihre Publikationen bei uns erreicht.
Daß insbesondere nach verlorenen Kriegen Tatsachen manipuliert und verfälscht werden, das mögen zwei Zitate zweier sehr unterschiedlicher Autoren veranschaulichen.
Erstens Bertolt Brecht: "Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge."
Zweitens der amerikanische Publizist und Politiker Patrick A. Buchanan: "Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben. Die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde." Buchanan war übrigens zu vornehm, um zugleich zu erwähnen, daß es auch die Deutschen selbst seien, die nichts von dem an ihnen verübten Unrecht wissen wollen beziehungsweise diesen Zustand des Nichtwissens, also letztlich den der eigenen Desinformation, selber aufrechterhalten.
Wie die Herbeiführung von zunächst Lüge und dann Vergessen funktioniert, das hat gleichfalls ein Amerikaner beschrieben. Mit Blick auf Deutschland in der Nachkriegszeit sagte der bekannte Publizist Walter Lippmann zu den Zielen der "re-education", der "Umerziehung": Der Sieg über ein Land sei erst dann vollständig, wenn die Kriegspropaganda der Sieger Ein-

gang in die Schulbücher des besiegten Landes gefunden hat und sie von den nachfolgenden Generationen als unbestreitbare Wahrheit geglaubt wird.
Diesen Zustand volkspädagogischer Geschichtspolitik oder geschichtspolitischer Volkspädagogik haben wir seit langem erreicht.
Dagegen befanden britische Politiker und Wissenschaftler schon seit längerem, daß die Westmächte einen "30jährigen Krieg gegen Deutschland" geführt hätten - das heißt, daß 1914 zu 1945 führte, ohne das Jahr 1933 als entscheidende Zäsur dazwischen. Die Erinnerungsfähigkeit - und man muß in diesem Fall sagen: die Fairneß - der Briten reicht also etwas weiter zurück, vor die Zeitmauer der sogenannten Machtergreifung.
Der Historiker Fritz Fischer hatte zwar Anfang der 60er Jahre versucht, eine dominierende Rolle Deutschlands beim Kriegsausbruch 1914 zu konstruieren ("Griff nach der Weltmacht"), aber die Briten sind hier weitaus zurückhaltender. Und sie haben auch jeden Grund dazu, selbst wenn man nur die europäische Geschichte betrachtet. Dabei geht es nicht nur um die gezielte britische Einkreisungspolitik gegen Deutschland von 1914 - sowohl politisch wie militärisch - mit Hilfe Frankreichs, das seit 40 Jahren ununterbrochen Revanche, das heißt den Krieg mit Deutschland forderte, sondern auch mit Hilfe des antidemokratischen, imperialen Rußland. Diese Politik wiederholte sich vor und während des Zweiten Weltkrieges.
Was die verfälschte, manipulierte Erinnerung an jene Epoche betrifft, die Ernst Nolte als die des "Europäischen Bürgerkrieges" bezeichnete, so sei dies kurz anhand von drei zeitgeschichtlichen Begriffen illustriert, die bis heute unser historisches Bewußtsein ganz entscheidend prägen. Hier geht es nicht um die "Kunst des Erinnerns", sondern im Gegenteil um die des Fälschens. Es sind dies die Begriffe "Friedensvertrag von Versailles", die "Anti-Hitler-Koalition" und das "Potsdamer Abkommen". Sie betreffen die Zwischenkriegszeit, den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit, also jenen mehr als zweiten "30jährigen Krieg gegen Deutschland".
Wie sehr die Erforschung dieses zeitlichen Terrains nach wie vor tabuisiert, ja geradezu vermint ist - und dies ausgerechnet von uns Deutschen selbst zu unserem eigenen Schaden -, das zeigen unter anderem die strikt ablehnenden Reaktionen auf die Bücher von Gerd Schultze-Rhonhof "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte", und von Stefan Scheil: "Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges".
Hier nur sehr kurz eine Demaskierung jener drei Begriffe. Erstens: Der Versailler Vertrag - in unseren Geschichtsbüchern nach wie vor irreführend als "Friedensvertrag" bezeichnet - war, in Umkehrung der Formel von Clausewitz, eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. In der Weimarer Republik hatte man dies durchaus noch so gesehen, und selbst der französische Ministerpräsident Clemenceau hatte diesen "Vertrag" so charakterisiert. Der "polnische Korridor" wie auch die Annektion des Sudetenlandes durch die Tschechoslowakei waren faktisch Kriegserklärungen von Kleinstaaten an die europäische Zentralmacht. Jeder andere größere europäische Staat hätte jedenfalls solche völkerrechtswidrigen, militanten Maßnahmen gegen sich so verstanden.
Polen galt im übrigen damals - ganz im Gegensatz zu seiner bis heute anhaltenden Geschichtspropaganda - in den 20er Jahren als der aggressivste Staat Europas, der sogleich nach seiner Wiedergründung - unter anderem durch das Deutsche Reich selbst - mit jedem seiner Nachbarn den politischen oder militärischen Konflikt zwecks weiteren Landraubs suchte.
Man denke nur an seinen unprovozierten Angriffskrieg gegen die noch junge Sowjetunion und das riesige, von Polen im Osten eroberte Gebiet, dessen Wiederherausgabe 1945 die Begründung für Polens sogenannte "Westverschiebung" und die Vertreibung von über neun Millionen Deutschen wurde.
Eine Argumentation, die bis heute bei uns geglaubt wird. Ähnlich ist es mit der Tschechischen

Republik und den Benesch-Dekreten. Eine gute Nachbarschaft, die wir alle wollen, wird durch eine solche zutiefst unwahrhaftige Geschichtspolitik sehr erschwert.
Zweitens: Die sogenannte "Anti-Hitler-Koalition". Sie war das Bündnis von zwei Demokratien mit einer Diktatur, welche nichts weniger als die Vernichtung eben dieser Demokratien zum Programm hatte, und mit einem Diktator, dessen Verbrechen diejenigen Hitlers bei weitem überstiegen. Und eine dieser Demokratien hatte den Krieg erklärt, weil die Deutschen dasjenige Unrecht beheben wollten, welches diese Demokratie zuvor selbst herbeigeführt hatte. Von den geradezu ungeheuren Kriegs- und Nachkriegsverbrechen beider Demokratien gemeinsam mit jener Diktatur ganz zu schweigen. Das alles verbirgt sich also in Wahrheit hinter diesem scheinbar so positiven, "antifaschistischen" Begriff für die "Wiederherstellung von Freiheit".
Drittens: Das "Potsdamer Abkommen". Mit diesem geradezu skandalös verharmlosenden, bürokratischen Terminus werden Nachkriegsverbrechen verdeckt, die in ihrer Art einzigartig sind - es geht hier um die Dimension eines Völkermords sowie um den größten Landraub der neueren Geschichte. Dabei galt dieses sogenannte "Abkommen" selbst den Deutschen in der Emigration als ein Verbrechen.
So verurteilte Hubertus Prinz zu Löwenstein, der Generalsekretär der American Guild for German Cultural Freedom, es mit äußerst scharfen Worten und zog eine Parallele zum Morgenthauplan: "Niemals waren Arroganz, Schamlosigkeit, Verrat von Grundsätzen, Dummheit und Schuld so eng mit einander verflochten ... Und dann reden sie von einem ‚gerechten Frieden'! Das ist bewußter Betrug am amerikanischen Volk, welches all dies, wäre die ganze Wahrheit offenbar, nicht hinnehmen würde."<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Juni 2005 (x887/...):
>>**Das klaffend Verschlingende**
Autor Jürgen Lodemann hat die Siegfried-Sage auf faszinierende Art und Weise neu belebt und gedeutet
Am Anfang war das Ginnungagap (leerer Raum zu Beginn des Weltgeschehens), das Chaos, das klaffend Schlingende, das Unerschaffene. So fängt Jürgen Lodemanns geniale und monströse Nacherzählung der Siegfried-Sage an. Und zieht auch uns sogleich in ihren Bann, und wir verschlingen die 888 Seiten dieses wunderlichen Buches.
Der Autor Jürgen Lodemann suchte wie Heinrich Schliemann, der die Wirklichkeit des Trojanischen Krieges hinter den Versen der Ilias suchte, nach einem versunkenen Schatz. Da mußte noch mehr gewesen sein. Das mittelhochdeutsche Nibelungenlied fängt bekanntlich mit den Versen an: Uns ist in alten maeren, wunders vil geseit, von helden lobebaeren, von grozer arebeit. Der anonyme Autor der Stauferzeit spricht also selbst von einer sehr alten Vorlage; offenbar einem Ur-Nibelungen-Lied aus der Völkerwanderungszeit, das die Vernichtung der Burgunder durch die Hunnen (436) widerspiegelt und mit älteren Sagen vom Drachentöter vermischt.
700 Jahre muß der Stoff von Sängern und Spielleuten überliefert worden sein, bevor es, um 1200, als ritterlich-höfisches Epos aufgeschrieben wurde, ebenso wie um 800 die Lieder der Edda zu diesem Themenkreis. Richard Wagner verarbeitete beide Dichtungen und gab ihnen im "Ring des Nibelungen" eine bis heute überzeugende Form.
Doch Jürgen Lodemann interessierte nur die "alte Märe". Er hat eine Idee, wie sie ausgesehen haben müßte, und schreibt sie auf. Seine Vision: der jüngste Bruder von Kriemhild, Giselher, der die Ermordung Siegfrieds miterlebte, schreibt einen Augenzeugenbericht über die Ereignisse. Ein irischer Mönch namens Kilian bringt die Chronik in seine Heimat und übersetzt sie ins irische Keltisch. Lodemann erfindet auch einen englischen Gelehrten mit dem vielversprechenden Namen Schazman, der um 1900 diese "Kilianschronik" entdeckt und auf englisch publiziert. Und er erfindet sich, der diese Schatzman-Übersetzung entdeckt und uns auf-

schreibt, auf deutsch, im 3. Jahrtausend.
Wie Schliemann in der Erde Trojas gräbt Jürgen Lodemann im Urgrund der Sprache. Er sucht in der Tiefe der lebendigen Sprache, der Namen und Ortsnamen, Flußnamen und Bergketten und fördert Beweise um Beweise für seine Vision ans Licht. Da ist der Odenwald, an dem wir hundertmal auf der Autobahn vorbeifahren: das war einst der Odin-Wald. Das waldige, erzreiche Buochenheim, wo die ersten Stahl-Schmieden entstanden, entschlüsselt sich leicht zu Bochum, die Loreley war der Fels, wo die Nymphen "lurten", bei Frankfurt, wo man heute noch den guten Äppelwoi trinkt, lag Sachsenhausen - dort waren unter den Karolingern einst Sachsen angesiedelt worden.
Vor allem prüft Lodemann mit großer Sorgfalt die lateinischen Texte des 5. Jahrhunderts. Da zerbrach das Römische Reich. Die germanischen Stämme, die es zerschlagen hatten, wurden christianisiert - und teilweise romanisiert, besonders die Burgunder. Nach der furchtbaren Niederlage gegen die Hunnen siedelten sich die Reste in der heutigen Bourgogne (Weinbaugebiet in Burgund) an.
20 Jahre wühlte und grub der Schriftsteller und Funk-Redakteur Jürgen Lodemann, besessen von seiner Vision, in der Fachliteratur. Und dann war es soweit: Zum Vorschein kam, funkelnd und neu, wie die Fresken von Frau Angelico unter der Tünche von 1830, das deutsche National-Epos, spannend wie Umberto Eco, nahtlos dicht geschrieben wie von Grünbein, von überbordender Sprachphantasie wie Grass in seinen frühen Jahren.
Atemlos geht es in nie ermattendem Sprachfluß von einer großen Szene zur anderen, von der mörderischen Nordlandfahrt, dem ausgedehnten Hochzeitsmahl, dem Kampf mit den Sachsen bis zu der Versenkung des Nibelungenhorts. Alle, auch die märchenhaften Ereignisse, der Drachenkampf, die Waberlohe auf dem Isenstein, bleiben für die Phantasie zumutbar: der Drache erweitert sich glaubhaft zu einem Symbol der Besitzgier, die Schilderung der Brautprobe und des Wettkampfs der Superathleten wird einen Sportfreund eher an Doping denken lassen, die Waberlohe läßt sich als Polarlicht deuten.
Selbst die Tarnkappe könnte eine optische oder - halluzinatorische Täuschung sein, der Autor läßt es offen. So bleibt vor allem der zweifache Betrug der Braut durch die Tarnkappe buchstäblich im Dunkel, diese tragische, alle Not verursachende UnTat. (Sic! Zusammensetzung vom Autor Lodemann) Um so greller und überdeutlich der Streit der Frauen vor dem Münster von Worms. Jede Person steht da überzeugend im Recht, wie in der großen Tragödie.
Doch - groß ist nicht alles, was ein großer Mann tut - Jürgen Lodemann hat eine Botschaft. Eine politisch-moralische Botschaft. Auch ist Lodemanns Siegfried sprachlich zu deuten als einer, der den Frieden siegen lassen will, und war tatsächlich ein Nachfahr von Arminius, der um 9 nach Christus die Römer schlug und in der älteren Edda, bei den nordgermanischen Umschreibern eines wahrscheinlich verlorenen "Ur-Siegfriedlieds", Sigurd heißt.
In Büchern der ultrarechten Szene über die Schlacht im Teutoburger Wald wird einfach behauptet, Arminius, der Befreier der Germanenvölker jenseits des Rheins von römischer Zwangsherrschaft, sei Siegfried. Bei Lodemann ist er der Einiger der germanischen Stämme, aber auch der soziale Befreier.
Vor der Vereinnahmung durch die "Rechten" hat Lodemann eine Heidenangst. Er vermeidet deshalb sogar die Benutzung des Sammelbegriffs Germanen wie der Teufel das Weihwasser, es findet sich kaum eine Seite, auf der nicht die kleinen Leute in Burgund "Kelten" genannt werden: Diese Art politisch-historischer Korrektheit wirkt gelegentlich komisch, doch wird auch das durch die dichterische Phantasie des Autors aufgefangen: Da haben eben die burgundischen Adligen das Wort Kelten als Schimpfwort benutzt, die als Hinterwäldler ähnlich verachtet wurden wie die "Kahlgeschorenen", die Leibeigenen.
Bei Seite 341 habe ich geheult. Du, lieber Leser, wirst es auch. Doch nicht nur heulen darf der Leser, Siegfried/Arminius soll uns zu denken geben, die Umweltschutz- und antiamerikani-

schen Tendenzen sind unverkennbar, aber eben auch einleuchtend. Das Imperium (hier das römische, vom katholischen Klerus gestützte) ist das US-Imperium! Doch die ruchlose Tat begingen nicht die Römer und die katholischen Sittenlehrer, die "Betäuber und LeidZuteiler". Sie selber, der strahlende Siegfried und die arglos liebende Kriemhild, führen, ganz wie in der Sage schuldlos schuldig werdend, den Untergang herbei. Das ist das Große an diesem kühnen Buch: Die Ehrfurcht vor den alten Texten.
Jürgen Lodemann: "Siegfried und Kriemhild", Klett-Cotta, Stuttgart, 888 Seiten ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2005 (x887/...):
>>**"Nie wieder Deutschland"**
Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Letzter Teil von Klaus Wippermann
Wer aber ist sich heute bei uns all dessen, was hinter diesen Geschichtsbegriffen bis in unsere Schulbücher und Medien hinein verborgen wird, noch bewußt? Was die offenbar völlige Erinnerungslosigkeit aufgrund solcher Geschichtsmanipulationen betrifft, so paßt hier die Karikatur, die der liberale Publizist Ulrich Sonnemann einmal von Deutschland zeichnete: Es sei nämlich "das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten". ...
Besonders anschaulich und aktuell wird solche "selektive, politisch paßfähig gemachte Erinnerung" bei der Diskussion um das sogenannte "Zentrum gegen Vertreibungen". Ganz abgesehen von der verunglückten, im Wege vorauseilender politischer Korrektheit völlig verharmlosenden Namensgebung - denn ein "Zentrum" ist keine Gedenkstätte - käme, was seinen Standort betrifft, doch nur der Cecilienhof in Potsdam in Frage, dem Ort dieses Menschheitsverbrechens.
Aber dann müßte man eben sämtliche Beteiligten, die "Täter", beim Namen nennen und wenigstens moralische Anklage erheben - und das will man nicht. Das ist schon sehr seltsam in einem Land, das sich doch sonst unablässig an Täter und Opfer erinnern soll.
Wie eingangs gesagt: Wir Deutschen sind Weltmeister im Erinnern wie im Vergessen - Voraussetzung ist allerdings, daß sowohl das eine wie das andere stets nur einseitig zu Lasten unseres Landes geht. Eine Mäßigung, eine realitätsnahe Verbindung von beidem - eine "Kunst des Erinnerns" also - erscheint uns offenbar nicht möglich. Zu Recht meinte einst George Bernard Shaw, daß die Deutschen die tragische Eigenschaft besäßen, eine gute Sache immer so weit zu treiben, daß eine schlechte daraus wird. Und schon Martin Luther wunderte sich darüber, daß wir Deutschen sinnbildlich beim Reiten entweder rechts oder links vom Pferd fielen, geradeaus aber könnten oder wollten wir unseren Weg nicht finden.
Diese Neigung zu den Extremen hat leider sehr konkrete Auswirkungen bis in die Gegenwart. Hier gibt es unübersehbare Tendenzen der Selbstzerstörung, deren Ausmaße ebenfalls einmalig in der deutschen Geschichte sind und über die sich eine spätere Generation genauso verurteilend empören wird wie die "68er" und die heutige Generation über die Väter- und Großvätergeneration von 1933. In keinem Staat der Welt wäre - ohne den ständigen Hinweis auf 1933 - ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmißbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme.
Auch würde nirgendwo eine so hohe Ausländerkriminalität derart servil hingenommen. Diese bewußt akzeptierte kriminelle Ausplünderung Deutschlands, die ebenso absichtliche Herbeiführung der Überfremdung unseres Landes, die extreme Beschädigung seiner sämtlichen Fundamente - der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen -, all das ist nicht etwa eine Art Naturgesetz der Globalisierung, sondern die Strategie des "Nie wieder Deutschland!"
Da aufgrund von Feigheit und Opportunismus weder von der Politik noch von den Medien ein Gegensteuern zu erwarten ist - sie verschlimmern beide im Gegenteil weiter die Situation -, hätte diese systematische Zerstörung der Fundamente unseres Landes doch längst ein Fall für

den Verfassungsschutz sein müssen. Aber auch hier ist leider das Gegenteil festzustellen: Verfolgt werden diejenigen, die noch die Zivilcourage besitzen, trotz aller Verdächtigungen und Diffamierungen die Wahrheit zu sagen und auf die Gefahren hinzuweisen.
Da Propheten im eigenen Lande bekanntlich nichts gelten und der Verfassungsschutz aus ideologischen Gründen versagt, können unsere wenigen mutigen Warner und Mahner zumindest auf Unterstützung aus dem Ausland zählen. So hat der amerikanische Politikwissenschaftler (und Sohn österreichisch-jüdischer Emigranten) Paul Edward Gottfried diesem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Es trägt den bezeichnenden Titel: "Multikulturalismus und die Politik der Schuld".
Seine These: Der angestammten Mehrheitsbevölkerung werden Scham- und Schuldgefühle für tatsächliche oder vermeintliche historische Untaten solange indoktriniert, bis ihre Widerstände gegen die multikulturelle Überfremdung ihrer Heimat erstickt worden sind.
Manche dieser Thesen hat im übrigen schon Heinz Nawratil in seinem Buch "Der Kult mit der Schuld" aufgegriffen. Hinsichtlich der demographischen Probleme Deutschlands verweist der israelische Historiker Martin van Creveld auf den folgenden, von Politik und Medien strikt tabuisierten Zusammenhang: "Ich vermute, daß der Vergangenheitsbewältigungskomplex mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen ... De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden ... Volk und Staat der Deutschen zu erhalten, dafür stehen, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht."
Und der französische Autor Yves-Marie Laulan, Mitarbeiter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, warnt in seinem gerade erschienenen Buch: "Allemagne - Chronique d'un Mort annoncé" (Deutschland - Chronik eines angekündigten Todes) vor einer "demographischen Implosion selbstmörderischer Art". Weil es an Kindern fehle, sei Deutschland "unausweichlich verdammt zu einer langsamen Agonie auf allen drei Ebenen: wirtschaftlich, politisch, kulturell".
Er sieht in der demographischen Katastrophe Deutschlands eine "seelische Krankheit, die Krankheit zum Tode". Ursache dafür sei nicht zuletzt, daß der Zweite Weltkrieg eine Nation hinterlassen habe "bis zum äußersten traumatisiert, in vitalen Funktionen durch die Trümmer des Krieges schwer verletzt". Dieses Trauma werde durch die Dauerpräsentation der Vergangenheit, durch die ausschließliche Fixierung auf die NS-Zeit immer wieder aufs Neue aktiviert. Die Folge: "Niemand setzt Kinder in die Welt, wenn er nicht an die Zukunft der Nation und des Landes glaubt." ...
Wir Deutschen können allerdings kein Plädoyer für das Vergessen halten. Aber wir sollten mit Blick auf die kaum noch zu bewältigenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme den andauernden Blick in die Abgründe der Vergangenheit mäßigen. Thorsten Hinz warnt ebenfalls vor einem Übermaß von Selbstanklagen und ihren Folgen.
Auschwitz und der Holocaust seien mittlerweile zu den dominanten Erinnerungsbildern deutscher Geschichte geworden und damit zu einem kollektiven Selbstbild: "Begleitet wird das von einer Sakralisierung, die keinen Widerspruch duldet ... dieser Prozeß ist für Deutschland hochproblematisch, denn das schlimmste Verbrechen, das von den Deutschen begangen wurde, in den Mittelpunkt des nationalen Selbstbildes zu stellen, bedeutet, den eigenen Unwert zur zentralen Kategorie der kollektiven Identität zu erheben. Wer das tut, signalisiert, daß er seine Existenz innerlich als beendet ansieht. Er wird zum Zombie."
Wir müssen endlich zu einem Erinnern und Gedenken finden, das keine neue "Klassengesellschaft" der Toten und Opfer kennt - dabei sollten Ursachen, Schuld und Täter benannt werden.
Und wir müssen schließlich einen Weg finden aus dem Dilemma des bisher ebenfalls tabuisierten und viele Menschen tief verletzenden Widerspruchs zwischen einerseits den öffentlichen volkspädagogischen Gedenkritualen hierzulande und andererseits den allzu oft abgewie-

senen, verleugneten, ja diffamierten privaten Erinnerungen an das erlittene persönliche oder familiäre Leid. Ein solcher Weg bedürfte gar nicht einer "Kunst des Erinnerns", sondern nur des humanen Anstands.
Michael Wolffsohn, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München - der sich selber als einen deutsch-jüdischen Patrioten bezeichnet - hat in seiner Ansprache zum Volkstrauertag 1996 in der Frankfurter Paulskirche dazu Folgendes gesagt: Es sei moralisch nicht mehr hinnehmbar, daß "das millionenfache individuelle Leid von Deutschen, zum Beispiel Flucht, Vertreibung oder der Bombenhagel auf Zivilisten, tabuisiert, minimiert oder nicht ernst genommen wird ... Mit 'Aufrechnung' oder gar Verharmlosung der vorangegangenen deutschen Verbrechen hat dies nichts zu tun, alles aber mit Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit, Vollständigkeit, Seele und Mitgefühl."
Michael Wolffsohns Schlußfolgerung daraus könnte als eine vor allem für das immer noch schwierige deutsch-jüdische Verhältnis des Erinnerns sinnerfüllte und versöhnende Orientierung gelten - nämlich: "Wer nicht die Toten des eigenen Volkes betrauert, wird erst recht nicht die Toten anderer Völker betrauern. Wer hingegen eigenes Leid kennt und öffentlich benennt, der wird auch das Leid anderer eher nachfühlen können und wollen."<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Juli 2005 (x887/...):
>>**Das Böse austreiben**
Wie die Amerikaner nach 1945 die Deutschen umerzogen
Dieses Buch soll schon vor 40 Jahren entstanden sein, fragt man sich erstaunt, wenn man die erweiterte Neuauflage von Caspar von Schrenck-Notzings Buch "Charakterwäsche" in der Hand hält. Man liest hier und dort, besonders aufmerksam die neu hinzugefügten, das Buch an die aktuelle Situation anschließenden Kapitel und stellt fest, daß es von der ersten bis zur letzten Zeile taufrisch wirkt und daß es auch heute noch - oder gerade heute - Antworten geben kann auf die Frage: "Wie konnte es um alles in der Welt geschehen, daß sich der Charakter der Deutschen derartig verändert hat?"
Die Frage stellte der Autor sich, als er Anfang der 60er Jahre nach mehrjährigem Indienaufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehrte und ein völlig gewandeltes Gemeinwesen vorfand. Ein Land, das dabei war, einen Kulturwandel zu vollziehen. Dabei könnte, so meinte er, die Zeit der amerikanischen Besatzung nach 1945 eine Rolle spielen, eine Annahme, die er bestätigt fand, als er als erster Deutscher in Washington im US-Nationalarchiv die Unterlagen über die Besatzungspolitik und ihre Ziele durcharbeitete.
Hier stieß er auf Unterlagen, die belegten, wie planmäßig ab der Mitte des Zweiten Weltkrieges in den USA von verschiedenen Kräftegruppen grundlegende Veränderungen des deutschen Charakters geplant und später durchgesetzt wurden. ...
Es genügte in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht mehr, den deutschen Feind militärisch zu besiegen und eventuell sein Land zu besetzen; vor allem in den USA war man entschlossen, den Charakter der Deutschen, der, wie man überzeugt war, von Grund auf böse war, grundlegend zu verwandeln, um damit den ewigen Frieden auf Erden herzustellen. Dazu mußten die Sieger die Institutionen, die die Meinung der Deutschen formten, in die richtigen Hände geben, und das waren die Zeitungen, Zeitschriften, die Rundfunksender, die Buchverlage, die Filmindustrie, die Theater und später das Fernsehen.
Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man liest, nach welchen Gesichtspunkten die ersten deutschen Zeitungsverleger durch amerikanische Prüfungskommissionen ausgesucht wurden. Zusammenfassend kann man sagen, hier wurden gebrochene Charaktere, Menschen mit beschädigtem Wesen, stammend aus zerstörten Familien, bevorzugt, weil sie die Gewähr dafür zu bieten schienen, dem typisch Deutschen entgegenzuwirken.
Die "Frankfurter Schule" mit ihren von der Psychoanalyse stammenden Rezepten wurde auf die Besiegten losgelassen mit der Aufgabe, die traditionellen deutschen Werte auf den Kopf

zu stellen. Schrenck-Notzing schildert materialreich die damaligen Umerziehungsbemühungen, die, wie die Gegenwart zeigt, zu einem Erfolg wurden, einem Erfolg, der heute das Ausland zum Kopfschütteln über das deutsche Verhalten veranlaßt. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 2005 (x887/...): >>**Einführung der Sklaverei**

Über die Unterlassung der kommentierenden Nachkriegsbetrachtungen

Der 8. Mai ist vorüber, seine Bewertung als "Tag der Befreiung" scheint sich durchgesetzt zu haben. Oder hat der 60. Jahrestag des Kriegsendes insgeheim einen geschichtspolitischen Gezeitenwechsel markiert, und sei es nur deshalb, weil die beängstigende Einmütigkeit in Artikeln, Publikationen, Reden und Verlautbarungen die Neugierde auf Verschwiegenes und Verdrängtes anschwellen läßt? Auf wieviel Nichtwissen der aktuelle Meinungskonsens beruht, davon vermittelt das von Karlheinz Weißmann herausgegebene Buch "Die Besiegten" eine Ahnung.

Weißmann stellt in der Einleitung den Bedeutungswandel des 8. Mai in der öffentlichen Wahrnehmung von 1945 bis heute dar. Die breite Akzeptanz des Befreiungspostulats resultiert aus dem Wunsch, sich politisch der Position der Sieger anzuschließen, was zugleich eine psychologische Entlastung bedeutet.

Das Buch behandelt die Zeitspanne von den letzten Kriegswochen 1945 bis zu den ersten Monaten der Besatzung. In den Kapiteln "Endkampf", "Besetzung", "Kriegsgefangene", "Internierung", "Vertreibung", "Verschleppung", "Interregnum" und "Siegermacht" wird das ganze Spektrum der Unterwerfung erfaßt. Jedem dieser Abschnitte ist eine Einleitung vorangestellt, die auch einen Überblick über die historische Forschung gibt.

Danach folgen die Zeitzeugenberichte: Tagebücher, Briefe, eidesstattliche Erklärungen und nachträgliche Aufzeichnungen. Themenbeispiele sind die Zerstörung Demmins durch die Rote Armee nach der Einnahme der Stadt, die schweren Folterungen deutscher Kriegsgefangener durch die Amerikaner im Zuge des Malmedy-Prozesses sowie die Greuel in den deutschen Ostgebieten. Bei der Auswahl ging es nicht um die Kumulation des Grauens, sondern um die exemplarische Bedeutung.

Für die offiziöse deutsche Geschichtsschreibung existieren diese Ereignisse kaum. Wie weit sie sich damit vom wissenschaftlichen Ethos und objektiven Kategorien entfernt hat, deutet der amerikanische Historiker Alfred M. de Zayas in seinem Vorwort an. Die im Februar 1945 in Jalta von Roosevelt, Churchill und Stalin getroffene Entscheidung zur "Verwendung deutscher Arbeitskräfte", auf deren Grundlage hunderttausende deutsche Zivilisten und Millionen Soldaten als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, nennt er die Wiedereinführung der "Sklaverei".

Den deutschen Historikern wirft er vor, bisher keine seriösen Statistiken erstellt, Zeitzeugen nicht befragt und keine kommentierte Ausgabe der Nürnberger Akten vorgelegt zu haben. Neben dem dokumentarischen Wert dieses Buches liegt ein weiteres Verdienst darin, auf solchen Lücke hinzuweisen und für ihre Schließung - soweit sie noch möglich ist - einen Anfang gesetzt zu haben.

Karlheinz Weißmann: "Die Besiegten - Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs 1945", Schnellroda 2005 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. November 2005 (x887/...): >>**Nicht Anklage, sondern Belege**

Junger Historiker über Hintergründe der Grausamkeiten des Ostfeldzuges

Wenn man Beiträge in Publikumszeitschriften oder angebliche Dokumentarfilme im Fernsehen über den deutsch-sowjetischen Krieg sieht, dann scheint alles klar zu sein: Die deutsche Wehrmacht hat die UdSSR ohne Grund "überfallen", um einen "verbrecherischen Vernichtungskrieg" zu führen.

Einig sind sich alle von Reemtsma bis zu dem einst in der DDR hoch angesehenen Historiker Groehler, daß die ohne Zweifel grausame Kriegführung allein von den Deutschen verursacht worden sei.
Und tatsächlich war die Kriegführung im Osten zunehmend grausam oder wie ein deutscher General es nach Hause schrieb: "Hier herrschen Verhältnisse wie im Dreißigjährigen Krieg." Waren daran wirklich allein die Deutschen schuld?
Nun kommt ein junger Historiker namens Klaus Jochen Arnold (37) daher und schreibt eine umfangreiche wissenschaftliche Abhandlung unter dem Titel "Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion", die von der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster, als Dissertation angenommen und als Band 23 in die Reihe "Zeitgeschichtliche Forschungen" aufgenommen wurde. Gleich zu Anfang schreibt der Autor, die Diskussion um die Erforschung des Kriegsverlaufes in der UdSSR werde "kontrovers" geführt, daß also noch keineswegs einhellig die Frage geklärt sei, was in der UdSSR von 1941 bis 1945 geschehen ist und warum.
Arnold befaßt sich mit Planung und Vorbereitung des "Unternehmens Barbarossa", mit der Radikalisierung der Kriegführung auf beiden Seiten, mit der deutschen Besatzungspolitik, mit dem Verhalten der Wehrmacht in den gesetzten Gebieten, mit dem Massensterben der kriegsgefangenen Sowjetsoldaten, mit der Partisanenbekämpfung und mit dem Mord an Juden. Er berichtet nicht allein, sondern fragt stets nach den Gründen, den Ursachen. Und da kommt - was bislang fast immer verschwiegen wurde - der sowjetische Geheimdienst, der NKWD, ebenso ins Spiel wie Stalins menschenverachtende Politik.
So erhält die angeblich von der deutschen Führung planmäßig durchgeführte "Hungerpolitik" gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen und den Großstädten eine ganz andere Bedeutung. Man erfährt, wie die Wehrmachtführung geradezu verzweifelt versucht hat, die Millionen von Kriegsgefangenen zu ernähren - weitgehend ohne Erfolg. Die Behauptung, das alles sei planmäßig herbeigeführt, um die "slawischen Untermenschen" auszurotten, entpuppt sich als Propagandageschwätz.
Ursachen waren vielmehr der Zusammenbruch des Transportsystems und die Verwüstungen durch die sowjetische Politik der "verbrannten Erde".
Arnold belegt jede seiner Feststellungen mit dem Verweis auf die zugrunde liegenden Quellen. Er beschuldigt nicht - er weist nach. So muß Geschichte geschrieben werden. Schade nur, daß das wissenschaftliche Werk kaum eine weite Verbreitung finden dürfte. Es wäre erfreulich, wenn sich der Autor etwa nach dem Muster britischer oder amerikanischer Wissenschaftler dazu durchringen könnte, aus seinen Forschungsergebnissen ein populärwissenschaftliches Buch zu machen.
Klaus Jochen Arnold: "Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion - Kriegführung und Radikalisierung im Unternehmen Barbarossa", Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2005, geb., acht Kartenskizzen, 580 Seiten …<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Juni 2006: >>"**Im Auftrag des Gewissens"**
Begin war Drahtzieher des Adenauer-Attentats
Menachem Begin, der spätere israelische Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1978, war Auftraggeber, Organisator und Geldbeschaffer eines Anschlags auf Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahr 1952. Das ergibt sich aus einem Bericht mit dem Titel "Im Auftrag des Gewissens", den Elieser Sudit, einer der beiden Haupttäter, mehr als vierzig Jahre nach dem Anschlag niedergeschrieben hat.
Die Umstände der damaligen Bombenattentate und den Gang der Ermittlungen beschrieb der Journalist Henning Sietz zunächst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Juli 2003 und später in dem Buch "Attentat auf Adenauer. Die geheime Geschichte eines politischen

Anschlags". Der Kreis der mutmaßlichen Täter konnte damals zwar eingegrenzt, aber nicht vollständig geklärt werden. Jetzt stehen die Namen der Attentäter fest - es handelt sich um ehemalige Aktivisten der 1948 aufgelösten jüdischen Terrororganisation "Irgun Zwai Leumi", auch "Etzel" genannt, die gegen die britische Mandatsmacht gekämpft hatte.

Begin legte Protest ein

Die Attentäter handelten im Auftrag prominenter Mitglieder von Begins Partei "Cheruth", die aus dem "Irgun" hervorgegangen war. Diese Erkenntnisse stammen aus dem Bericht des Attentäters Elieser Sudit. In stiller Verehrung nennt Sudit darin den Drahtzieher des Attentats: Menachem Begin.

Anfang April 1952 waren in Paris fünf Israelis festgenommen wurden, von denen vier Mitglieder seiner "Cheruth"-Partei waren. Die französische Polizei warf ihnen vor, an dem Paketbomben-Attentat beteiligt zu sein, das kurz zuvor Adenauer gegolten hatte. Begin - so berichtete die Pariser Zeitung "France Soir" am 5. April 1952 - verlangte von dem französischen Geschäftsträger in Israel nähere Informationen über die Vorkommnisse in Frankreich. Anschließend legte er Protest ein.

Tod eines Sprengmeisters

Am 27. März 1952 hatte ein unbekannter Mann am Münchner Hauptbahnhof zwei Buben ein Paket gegeben. Sie sollten es in Schwabing auf die Post bringen. Die Adresse der Sendung lautete: "An dem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bundeshaus, Bonn". Am Abend explodierte das Paket im Keller des Polizeipräsidiums und tötete einen Sprengmeister.

Kurz darauf trafen zwei kleinere Briefbomben in Wassenaar bei Den Haag ein, wo Deutschland und Israel über einen Vertrag verhandelten, der als "Wiedergutmachungsabkommen" oder "Shilumim" in die Geschichte eingehen sollte. Kurz darauf bezichtigte sich eine bis dahin unbekannte "Organisation Jüdischer Partisanen" der Attentatsversuche. Das Ziel der Anschläge war nun klar: Sie sollten eine erste Verständigung zwischen Deutschland und Israel verhindern.

Menachem Begin war 1978 zusammen mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar Al Sadat mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden, weil beide den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag zu Wege gebracht hatten.<<

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 25. September 2006: >>**Ernest Hemingway: "Ich töte gerne"**

Nobelpreisträger Ernest Hemingway brüstete sich, 122 deutsche Kriegsgefangene erschossen zu haben - eine Spurensuche.

Günter Grass hatte Glück. Als der Angehörige der Waffen-SS im April 1945 in amerikanische Gefangenschaft geriet, war ein anderer späterer Literaturnobelpreisträger eben in die USA zurückgeflogen: Ernest Hemingway. Wäre Grass ihm in die Hände geraten, hätte ihm dies passieren können:

"Einmal habe ich einen besonders frechen SS-Kraut umgelegt. Als ich ihm sagte, daß ich ihn töten würde, wenn er nicht seine Fluchtwegsignale rausrückte, sagte der Kerl doch: Du wirst mich nicht töten. Weil du Angst davor hast und weil du einer degenerierten Bastardrasse angehörst. Außerdem verstößt es gegen die Genfer Konvention. Du irrst dich, Bruder, sagte ich zu ihm und schoß ihm dreimal schnell in den Bauch, und dann, als er in die Knie ging, schoß ich ihm in den Schädel, so daß ihm das Gehirn aus dem Mund kam, oder aus der Nase, glaube ich." Das schrieb Hemingway am 27. August 1949 seinem Verleger Charles Scribner.

Eine He-Man-Pose? Ernest Hemingway war ein begeisterter Jäger zu Wasser und zu Lande. Man kennt die Trophäenbilder des Großwildjägers, seine Lust am Stierkampf und seine Reportagen. "Ich töte gerne", hatte er sogar verlautbart.

1944 folgte Hemingway als Kriegsberichterstatter den alliierten US-Truppen in die Normandie. Acht Monate, bis zum 6. März 1945, begleitete er das 22. Regiment der Vierten Infante-

rie-Division im Rang eines Offiziers, bemerkenswerterweise teils auch im Auftrag des OSS, der Vorgängerorganisation der CIA. "Wir habens hier sehr nett und lustig, viele Tote, deutsche Beute, viel Schießerei und jede Menge Kämpfe", schrieb er an Mary Welsh.
In Rambouillet ließ er sich mit Zustimmung des OSS-Obersten David Bruce zum inoffiziellen Gouverneur ernennen. Da er fließend Französisch sprach, beruhigte er die Bevölkerung, hielt die Stadt, ließ die feindlichen Stellungen auskundschaften - und verhörte deutsche Gefangene. In dem 50 Kilometer vor Paris gelegenen Ort trug er ein ganzes Waffenarsenal zusammen und entfernte überdies von seiner Uniform die Zeichen des Kriegsberichterstatters, weiß sein Biograph A. E. Hotchner.
Am 2. Juni 1950 berichtete Hemingway Arthur Mizener, daß er 122 Deutsche getötet habe. Eines seiner letzten Opfer sei ein junger, auf einem Fahrrad flüchtender Soldat gewesen - "ungefähr im Alter meines Sohnes Patrick". Er habe ihm mit einer M1 von hinten durch das Rückgrat geschossen. Die Kugel zerfetzte die Leber.
Daß der Nobelpreisträger gegen die Genfer Konvention verstoßen hat, verschweigen selbst seine Bewunderer nicht. Mit der Zahl und Details konfrontiert, wiegeln sie aber meist ab: Man müsse verstehen, es sei Krieg gewesen. Hemingway hat zwar immer dick aufgetragen, den Macho demonstriert - aber was trieb ihn ohne Not zu diesem Eingeständnis? Die Briefe blieben bis heute in allen Ausgaben unkommentiert. Obwohl es keinen Zeugen für die 122 Morde gibt, mit denen er prahlt, sind jedoch nicht wenige Verehrer entsetzt über den "Massenmörder an deutschen Kriegsgefangenen" (Alfred Mechtersheimer): Die Stadt Triberg im Schwarzwald setzte daraufhin 2002 ihr Festival "Hemingway Days" ab.
Grass gehörte einer Verbrecherorganisation an, Hemingway bekennt sich zu Kriegsverbrechen - wie nobel ist der Nobelpreis eigentlich noch?<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...):
>>**Lehrreiche Lektüre für Träumer**
Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen
... Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Rest der deutschen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.
Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschätze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.
Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangener den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.
Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu "Disarmed Enemy Forces" (entwaffnete feindliche Streitkräfte) erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.
So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern,

in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war.
Auf der politischen Ebene gerieten sich sehr schnell die Westalliierten und die Sowjetunion in die Haare, so daß die zunächst angekündigte Erhaltung der Einheit Deutschlands schon zwei Jahre nach Kriegsende mit der Londoner Außenministerkonferenz scheiterte. Alles trieb auf die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten zu, damit sich die Westalliierten und die Sowjetunion das Potential in dem jeweils von ihnen besetzen Teil Deutschlands für die sich anbahnenden Konflikte sichern konnten. Immer noch aber wußten die Alliierten nicht, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen sollten.
Da wurden Pläne gesponnen über die Neutralisierung Deutschlands, über die Dezentralisierung der westlichen Zonen, über die internationale Kontrolle, die man über weite deutsche Gebiete verhängen wollte. Und die Deutschen hungerten, froren und schlugen sich mühsam durchs Leben. Die von den Alliierten zugebilligten Lebensmittelrationen sanken zeitweise auf 850 Kalorien pro Tag. Wer sich allein von den Lebensmittelmarken ernähren mußte, war dem Hungertod ausgesetzt.
Aber die Deutschen schlugen sich durch: Sie hamsterten auf dem Lande, tauschten, betrieben Schwarzhandel, legten auf jedem brauchbaren Stückchen Erde Gärten an, klauten Kohle von den Zügen, die deutsche Kohle ins Ausland bringen sollten. Der beste Schutz war der Zusammenhalt der Familien, während Alleinstehende und kleine Kinder die größte Not litten und häufig genug nicht überlebten.
Inzwischen entnazifizierten und entmilitarisierten die US-Amerikaner die Deutschen. Jeder, der irgendwie in der vorangegangenen Zeit politisch engagiert war, verlor seine Stellung. Etwa 80.000 Deutsche wurden im Rahmen des "Automatic Arrest" automatisch festgenommen und in Internierungslager gesteckt, wo manche bis zu drei Jahre lang ausharren mußten, bis sie vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt wurden. Mancherorts brach die Verwaltung zusammen. An Universitäten mußten ganze Fakultäten geschlossen werden, weil die Professoren in Lagern saßen. ...
Erst als der Kalte Krieg zwischen Ost und West ausbrach, änderten die US-Besatzer ihre Politik. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Dezember 2007 (x887/...): >>**Einseitige Sichtweise**
Deutsch-polnische Geschichte: Darstellungen für den Schulunterricht ...
Deutschen Schülern die polnische Geschichte und zugleich den Verlauf der deutsch-polnischen Beziehungen nahezubringen, ist ein verdienstvolles, wenn auch nicht einfaches Unternehmen.
Die von Matthias Kneip und Manfred Mack herausgegebenen Darstellungen und Materialien für den Geschichtsunterricht an deutschen Schulen bieten einen vielseitigen Überblick, von der Ostkolonisation und der polnischen Adelsrepublik bis zur Gegenwart, ergänzt durch Stellungnahmen von Historikern, Politikern und Zeitzeugen. Abbildungen, literarische Texte, Karikaturen und Landkarten oder auch Statistiken lockern die Zusammenstellung auf und tragen zur Lesbarkeit bei. Zusätzlich werden Arbeitsanregungen, Vorschläge für Referate und Facharbeiten sowie Literaturhinweise angeboten.
Ein solches Werk ist gerade in der gegenwärtigen Phase der Wiederbelebung einer Annäherungspolitik nicht hoch genug einzuschätzen. Zu Recht beklagen die Autoren die vielen noch vorhandenen Defizite in der gegenseitigen Aufarbeitung einer schwierigen Vergangenheit. Aber sie begrüßen zugleich, daß in den Schulbüchern dank der Arbeit der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission heute objektiver über das jeweilige Nachbarland informiert wird als noch bis vor wenigen Jahren.

Zu registrieren ist allerdings - wie bei vielen gutwilligen deutschen Publizisten und Wissenschaftlern - ein Geschichtsbild, das trotz aller Bemühungen um Objektivität hin und wieder schwerpunktmäßig einseitige polnische Sichtweisen wiedergibt, die nicht oder in ihrer Gewichtung nicht den Fakten entsprechen. Zum Beispiel wird die aggressive Großmachtpolitik des Marschalls Pilsudski (1867-1935), der Angriffskriege gegen mehrere Nachbarländer geführt hat, beiläufig und eher unkritisch abgehandelt.
Immerhin wurden nach dem Ersten Weltkrieg weite Teile der Ukraine, Weißrußlands und Litauens, wie auch später noch das tschechische Olsa-Gebiet annektiert und "polonisiert". Aus diesen Gebieten stammten größtenteils die Menschen, die von Polen 1945 als polnische Vertriebene in den deutschen Ostgebieten, heute etwa ein Drittel des polnischen Territoriums, angesiedelt wurden.
Die nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführten Volksabstimmungen werden nur am Rande erwähnt. Es ist von "strittigen Gebieten um Allenstein, Marienwerder und in Oberschlesien" die Rede, und daß es "im südlichen Ostpreußen und in westpreußischen Plebiszitgebieten 1920 nur wenige Stimmen für Polen gab, weshalb die Gebiete größtenteils bei Deutschland verblieben".
Die Teilung Oberschlesiens, des seinerzeit zweitgrößten deutschen Industriegebiets, auf Betreiben Polens durch den Völkerbund entgegen dem Votum der Volksabstimmung von 1921 (60:40 zugunsten Deutschlands) findet keine analytische Beachtung. Das, wie auch die Tatsache, daß Pilsudski, der 1926 nach einem Staatsstreich ein diktatorisches Regime errichtete und 1933 in Paris vergeblich wegen eines Angriffskrieges gegen Deutschland vorfühlen ließ (Brockhaus-Enzyklopädie 1972), ist jedoch von wesentlicher Bedeutung für die spätere politische Entwicklung.
Auch unter Berücksichtigung der polnischen Teilungen und der von Deutschen zu verantwortenden Leiden des polnischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs erscheint es sehr gewagt und undifferenziert, Schülern die Polen sozusagen als ein überwiegend friedliebendes und tapferes, wenn auch bemitleidenswertes Volk vorzustellen, die Deutschen dagegen als eher übergriffig, dominant und aggressiv.
Diese Tendenz aber durchzieht die vorliegende Geschichtsaufarbeitung. Das mag zwar der polnischen Staatsdoktrin (vom "Opfervolk" und vom "Tätervolk") entsprechen, ist jedoch ein Mangel dieses Werks, unnötig, zumal die Autoren Mitarbeiter des durchaus seriösen und auf Verständigung ausgerichteten deutschen Polen-Instituts in Darmstadt sind.
Natürlich muß der Überfall NS-Deutschlands auf Polen bei allem, was heute von deutscher Seite über Polen und über das deutsch-polnische Verhältnis geschrieben wird, immer mitgedacht werden, und das wird noch einige Jahrzehnte so bleiben - so bleiben müssen. Insofern gibt es im vorliegenden Werk zu den Verbrechen der Deutschen ausführliche Darstellungen und Materialien.
Aber wem hilft es, wenn 62 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs historische Fakten, die ein kritisches Licht auf die polnische Vergangenheit werfen, vernachlässigt, heruntergespielt oder verschwiegen werden, um vielleicht in national und nationalistisch ausgerichteten Kreisen Polens wenn schon nicht Anerkennung zu finden - dazu ist das Buch wiederum zu nah an der geschichtlichen Wahrheit -, so doch wenigstens keine Empörung auszulösen? Wem könnte das nützen?
Es ist kontraproduktiv und gefährlich, wenn aus Scham über die NS-Vergangenheit und aus falsch verstandenem Entgegenkommen Geschichtsklitterung betrieben wird. Versöhnung oder wenigstens ein gutes nachbarliches Verhältnis kann nicht mit Selbstverleugnung bezahlt werden.
Ein Beispiel aus dem Kapitel "Deutschland und Polen nach dem Versailler Vertrag". Da heißt es: "Die folgende Teilung Oberschlesiens durch den Völkerbund konnte auch von drei zwi-

schen 1919 und 1921 in Oberschlesien von polnischen Nationalisten unter der Führung von Wojciech Korfanty initiierten Aufständen gegen die Deutschen nicht mehr verhindert werden. Dabei wurde sie von Deutschen und Polen gleichermaßen als ungerecht verurteilt."
Die Fakten sehen demgegenüber so aus, daß Polen, nachdem Deutschland zu den Verlierern des Ersten Weltkriegs gehörte, ganz Oberschlesien für sich beanspruchte, Deutschland jedoch dieses wichtige Industriegebiet, das jahrhundertelang zum Deutschen Reich gehörte und mit großer unternehmerischer Initiative industrialisiert worden war, nicht hergeben wollte. Wojciech Korfanty betrieb auf polnischer Seite militant und völkerrechtswidrig ebenfalls die Abtrennung ganz Oberschlesiens von Deutschland.
Die genannten Aufstände waren genau genommen gezielt vorbereitete Unruhen und Überfälle auf deutsches Gebiet, bei denen sogar polnische Panzerzüge und Artillerie eingesetzt wurden. Worin besteht demnach die Ungerechtigkeit, die angeblich "gleichermaßen" von Deutschen und Polen verurteilt wurde? Ist es "revisionistisch", so etwas richtigzustellen?
An anderer Stelle heißt es: "Angesichts der militärischen Schwäche Sowjetrußlands an der Westgrenze versuchte Józef Pilsudski, vollendete Tatsachen zu schaffen, und löste mit einer Offensive im April 1920 den Polnisch-Sowjetischen Krieg aus. Er lehnte die sogenannte Curzon-Linie" - Empfehlung des britischen Außenministers George Curzon -, "die ungefähre Grenze der geschlossenen polnischen Siedlungsgebiete am Bug, als polnische Ostgrenze ab …"
Das klingt harmlos. In Wirklichkeit führte Pilsudski einen Angriffskrieg gegen die im Entstehen begriffene Sowjetunion mit anschließender Annexion und "Polonisierung" der besetzten Gebiete. Warum läßt sich das nicht wahrheitsgemäß formulieren? Man würde ja den Autoren gern folgen wollen. Wenn nicht ständig diese tendenziösen Unterlassungen oder Fehlinformationen wären, die bei Kenntnis der historischen Fakten Unwillen und Verärgerung hervorrufen.
Hinsichtlich der Geschichte Ostpreußens beschränken sich die Autoren weitgehend darauf, die Rolle des Deutschen Ordens ("Geschichte und Mythos") zu referieren, um später fortzufahren: "Zu den strittigen Ergebnissen des Versailler Vertrags gehörte die Einrichtung eines 30-90 km breiten ‚polnischen Korridors' durch Westpreußen, um Polen einen ungehinderten Zugang zur Ostsee zu ermöglichen, sowie die Erklärung Danzigs zur ‚Freien Stadt' unter der Aufsicht des Völkerbunds, was das deutsch-polnische Verhältnis ebenfalls in den folgenden Jahren belastete."
Zur Staatszugehörigkeit Oberschlesiens ist zu lesen: "Das Gebiet um Oberschlesien, wo seit vielen Jahrhunderten sowohl deutsche als auch polnische Schlesier lebten, wurde in der Zeit von 1920 bis 1921, also bis zur Abstimmung, unter französische Verwaltung gestellt." Außer Betracht bleibt, daß Niederschlesien und Oberschlesien seit den Trentschiner Verträgen von 1335 und 1339 zwischen der polnischen und der böhmischen Krone offiziell und völkerrechtlich zum Deutschen Reich gehörten.
Denn der böhmische König war Kurfürst des Deutschen Reiches. Später wurden diese Gebiete österreichisch, 1742 dann preußisch, also ebenfalls dem Deutschen Reich zugehörig. Die Bevölkerung war zwar "gemischt", jedoch überwiegend deutscher Volkszugehörigkeit, und sie unterstand der jeweiligen böhmischen, österreichischen oder preußischen Oberhoheit und Verwaltung; Amtssprache war Deutsch.
Solche Fakten bleiben unerwähnt, was die Auffassung vieler Polen bestärkt, Schlesien sei über die Jahrhunderte "mal polnisch und mal deutsch" gewesen und 1945 "heim ins polnische Vaterland" (wie an Rathäusern zu lesen ist) gekommen. Die immer wieder zutage tretende Tendenz der Autoren, dem einseitigen oder falschen polnischen Geschichtsbild dienstbar zu sein, setzt sich weiter fort in der Behauptung, viele der Spätaussiedler in der Folge der deutsch-polnischen Abkommen aus den Jahren 1970 und 1975 über die Familienzusammen-

führung hätten sich "weder mit Polen noch mit Deutschland eindeutig identifizieren" können. Was bedeuteten dann "Spätaussiedler" und "Familienzusammenführung"?
Nun ist Geschichtsschreibung fast immer tendenziös und oft sogar falsch. Doch solange wir Tendenzen und Geschichtsklitterung noch erkennen, sollten sie benannt werden. ...
Matthias Kneip, Manfred Mack: "Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen", ... Berlin 2007 ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. Januar 2008: >>**"Über alles berichten, aber nicht alles zeigen"**
Von *Uwe Felgenhauer*
Vor 20 Jahren startete im deutschen Fernsehen die Kindernachrichten-Sendung "logo". In der Sendung wird das Weltgeschehen täglich altersgerecht aufbereitet. Der "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr". Da möchte so mancher Erwachsener noch mal Kind sein.
"Wer, wie, was - wieso, weshalb, warum?" Das Motto der "Sesamstraße" gilt auch für "logo" - die einzige tägliche Nachrichtensendung für Kinder im deutschen Fernsehen. Am 25. Januar 1988 wurde sie erstmals im ZDF ausgestrahlt, zehn Jahre später kam der Kinderkanal (KiKa) als zweite Heimat hinzu. Und obwohl die "logo-Redaktion" um das Zebra-Maskottchen Gunnar die anfängliche Testphase nicht mitzählt und deshalb erst 2009 das 20-jährige Jubiläum feiern will, kann man schon heute gratulieren. Zu einem Format, das dem in Artikel 13 der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Recht auf Information auch für die Kleinsten sowie dem spezifisch kindlichen Blick auf die Welt angemessen Rechnung trägt.
Aus heutiger Sicht läßt sich sogar sagen: Die Einführung von "logo" kam genau zum richtigen Zeitpunkt. Seit dem ersten Golfkrieg Anfang der 90er Jahre registrieren Forscher eine Verrohung in der Berichterstattung der TV-Nachrichten, Gewaltopfer werden zunehmend in Großaufnahme gezeigt. Gleichzeitig spielen immer mehr Heranwachsende im Kinderzimmer und auf der Straße Krieg. Auch ein Hinweis darauf, daß sie den medial aufbereiteten Schrecken in Zeitung, Fernsehen oder Internet ohnehin rezipieren (übernehmen).
Daß Kinder auch diesen Teil der Realität brauchen, glauben mittlerweile die meisten Pädagogen. Denn Kinder müssen und wollen wissen, was auf der Welt geschieht. Nur so erhalten sie das notwendige Rüstzeug, um mitreden und sich eine eigene Meinung bilden zu können. Um so mehr allerdings ist eine kindgerechte Vermittlung und dafür ein Perspektivwechsel vonnöten.
Nachrichten, die über alles berichten, aber nicht alles zeigen
Kinder reagieren auf Schreckensmeldungen mit emotionaler Verunsicherung, noch viel schneller als bei Erwachsenen blockieren zu heftige Bilder bei ihnen die Aufnahme von Informationen. Schnell fragen sie sich: Kann mir und meiner Familie das auch passieren? Um darauf Antworten zu geben, versucht "logo" in einordnenden Erklärstücken Zusammenhänge und einen Bezug zur Lebenswirklichkeit der Kinder herzustellen - in einer einfachen, altersgerechten Sprache, die wie die Bilder weitestgehend auf Emotionalisierung verzichtet. So entstehen Nachrichten, die über alles berichten, aber eben nicht alles zeigen.
Wenn "logo", konzipiert für Acht- bis 13-Jährige, von Konfliktherden dieser Welt erzählt, wird viel mit Landkarten, Zeichentrick und einfachen Grafiken gearbeitet. Beim Streit der Volksgruppen auf Sri Lanka etwa stellen fünf Strichmännchen-artige Wesen die Singhalesen dar, drei die bevölkerungsmäßig unterlegenen Tamilen. Lange hätten die beiden Volksgruppen gemeinsam regiert, heißt es im Erklärstück, dann habe ein neuer Staatschef das alleinige Sagen für die Singhalesen reklamiert, woraufhin die Widerstandsgruppe Tamilische Tiger für einen eigenen Staat zu kämpfen begonnen hätte.
Das ist zwar ebenso verkürzt dargestellt wie der Vergleich der Großen Koalition mit einer Fußball-Nationalmannschaft, in der laut "logo" Spieler zusammen antreten, deren Teams in

der Bundesliga ansonsten gegeneinander spielen. Doch enthalten die derart heruntergebrochenen Fakten das Wesentliche.

Ein "logo-Jahr" für jeden Moderator

Mehrere Untersuchungen haben denn auch ergeben, daß die "logo-Informationsvermittlung" den Rezeptionsfähigkeiten der Halbwüchsigen weitgehend gerecht wird. Ältere Kinder verstehen zwar mehr, aber jüngere profitieren von Details, die sie in späteren Jahren dann besser einordnen können. "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne jedenfalls, "logo-Mitentwickler" und von 1988-1991 dort einer der ersten Nachrichten-Sprecher, betont noch heute, daß die einfache Sprache der Kinder-News seine Arbeit geprägt habe. Er wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr".

Diese Kollegen könnten im KiKa auch viele positive Neuigkeiten verlesen, denn Sport- und Freizeittrends, Knut und seine Freunde sowie News aus der Musikszene sind "logo" immer eine Nachricht wert. Und auch Kinderprojekte in aller Welt stehen oft im Fokus. Den jungen, oft unter schwierigen Bedingungen aufwachsenden Menschen gibt "logo" eine deutliche Stimme.

Aber natürlich auch den vielen Kindern in Deutschland, besonders wenn es Krisenszenarien wie Naturkatastrophen, Kriege oder Terroranschläge seelisch zu verarbeiten gilt oder wenn ihnen einfach nur etwas stinkt wie etwa eine illegale Müllkippe in der Nachbarschaft oder ein Spielplatz mit kaputten Spielgeräten. In der Rubrik "Redezeit" können sie ihr Herz ausschütten.

Seit mittlerweile zehn Jahren gibt es die Nachrichten für den Nachwuchs mit vielfältigem Angebot auch im Internet. Auf der Webseite lassen sich verpaßte "logo-Sendungen" für mobile Abspielgeräte herunterladen. Kinder sollten ihre I-Pods oder MP3-Player mit den Downloads allerdings gut verstecken. Denn sonst kann es sein, daß sie plötzlich verschwunden sind - ausgeliehen von Mama oder Papa, die endlich mal das kapieren wollen, was in der "Tagesschau" immer nur an ihnen vorüber rauscht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 2008 (x887/...): >>**Nun sind die Engländer dran**

Neues Buch von Volker Koop über die britische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem letzten Weltkrieg ...

Auch die britische Besatzungspolitik macht deutlich, daß die Sieger des Zweiten Weltkrieges kein Konzept hatten, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen wollten. Es ging ihnen allein darum, Deutschland zu zerschlagen. Die Briten begründeten das mit der Behauptung, die "Junkerkaste" sei der Hort des "Militarismus" und Preußen der Herd aller Kriege gewesen, und was der unsinnigen Behauptungen mehr waren. ...

Juristisch vertrat Großbritannien die Ansicht, durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht sei keineswegs das Deutsche Reich untergegangen. Es existiere vielmehr fort. Zur Zeit sei die Regierungsgewalt lediglich auf die Besatzungsmächte übergegangen.

Sogleich ging man daran, im Sinne der Umerziehung zunächst aus den Behörden, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, später auch aus der Wirtschaft alle Personen zu entfernen, die nach Ansicht der Besatzungsmacht politisch belastet waren. Sie wurden ersetzt durch Personen, deren Qualifikation darin bestand, daß sie wirklich oder angeblich Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Das führte dazu, daß - wie auch in der US-Zone - bald größte Schwierigkeiten auftraten, woraufhin die strikte Entnazifizierungspolitik gelockert werden mußte.

Die Zeitungen waren zunächst ausschließlich in den Händen der Besatzungsmacht, und auch als 1947 die Militärregierung deutschen Antifaschisten Lizenzen für Zeitungen erteilte, durften zunächst nur Meldungen veröffentlicht werden, die den Besatzern paßten. Volker Koop meint, daß Axel Springer dabei Hauptgewinner war, weil er "Die Welt" als Organ der Militär-

regierung verlegen durfte. In den Kinos wurden lediglich britische Filme, zum Teil mit deutschen Untertiteln, gezeigt sowie speziell für die Besiegten hergestellte Wochenschauen. Kirchen, Parteien, darunter zunächst auch die Kommunisten, und Gewerkschaften erhielten den Auftrag, die Deutschen im Sinne der Besatzungsmacht umzuerziehen.
Die Deutschen mußten Fragebögen mit 133 Fragen ausfüllen, darunter auch jene, was der Betreffende 1932 gewählt habe. Danach wurden sie in fünf Kategorien eingeteilt von "entlastet" bis "hauptschuldig" und gegebenenfalls vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt. Die Briten hatten genauso wie die Amerikaner, Franzosen und Sowjets Internierungslager eingerichtet, in die etwa 60.000 Personen eingeliefert wurden, welche die Besatzungsmächte automatisch arretierten und teils jahrelang festhielten, meist ohne Anklage und ohne Urteil.
Die Städte in der britischen Zone waren meist zerstört. Und in diese Zone waren Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen geströmt, die ebenso wenig eine Unterkunft hatten wie die Ausgebombten. Sie vegetierten in Not- und Massenunterkünften. Nachdem die Besatzungsmacht auch die noch intakten Strukturen lahmgelegt hatte, brachen bald bedrohliche Zustände aus.
1946 fehlten 600.000 Tonnen Brotgetreide. Es gab keine Kartoffeln geschweige denn Fleisch. Die tägliche Fettration belief sich auf sieben Gramm. Nach den ausgegebenen Lebensmittelkarten betrug die Tagesration theoretisch 1.000 bis 1.200 Kalorien. Die Lage verschlimmerte sich gegen Jahresende.
In einigen deutschen Zeitungen wurden die Rationen mit denen in den ehemaligen KZ verglichen, woraufhin die Briten die Zeitungen verboten. Im November appellierte der nordrhein-westfälische Landtag an die Welt, wenn keine Hilfe käme, würde "ein Millionenvolk zugrunde gehen". Dem einzelnen standen nur noch 900 Kalorien täglich zur Verfügung, und das bedeutete den Hungertod. Bergarbeiter, Beamte und Werftarbeiter streikten. Es gab keinen Brennstoff - die im Ruhrgebiet geförderte Kohle wurde größtenteils als Reparation ins Ausland gebracht.
Die deutschen Wälder wurden systematisch abgeholzt, weil das Holz gebraucht wurde für den britischen Bergbau. Tuberkulose begann zu grassieren. Wer sich nicht über Gesetze hinwegsetzte und auf eigene Faust versorgte, etwa auf dem schwarzen Markt, durch das Hamstern bei Bauern, den Tausch von Wertsachen gegen Kartoffeln, Milch oder gar Fett, sowie wohl auch durch Klauen von Brennstoffen und so weiter, dessen Leben war in höchster Gefahr.
Die Sieger hatten nichts Wichtigeres zu tun, als auf englische Initiative im Februar 1947 Preußen als "Träger des Militarismus und der Reaktion" aufzulösen. 700.000 deutsche Patente wurden von britischen Spezialeinheiten gestohlen und an britische Firmen weitergegeben. In Schlössern und Herrenhäusern stahl die Besatzungsmacht Kunstwerke und Schmuck, wobei man auch keine Rücksicht darauf nahm, daß manche Besitzer mit dem britischen Königshaus verwandt waren.
Inzwischen begriffen auch die Sieger, daß die unheilige Allianz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus keinen Bestand haben konnte. Es waren die Amerikaner, die ihren beiden westlichen Verbündeten klarmachten, daß man ohne die Deutschen gegen die Sowjetmacht kaum bestehen könne. Amerikaner und Engländer bildeten aus ihren beiden Zonen die Bi-Zone, um die deutsche Wirtschaftskraft zu fördern. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Mai 2008 (x887/...):
>>**Alte Parolen**
Erneuter Versuch, die Wehrmacht zu diffamieren
Als vor zwölf Jahren eine im Auftrag von Jan Philipp Reemtsma konzipierte Wanderausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht unter dem Titel "Vernichtungskrieg" eröffnet und in zahlreichen Städten mit Unterstützung durch die öffentliche Hand gezeigt wurde, löste sie eine heftige Diskussion aus.

Mit ihr sollte "bewiesen" werden, daß die Wehrmacht neben der NSDAP die zweite Säule des NS-Regimes war. Ihre Führung habe die Kriegspolitik Hitlers massiv vorangetrieben. Außerdem behaupteten die Propagandisten, Deutschland und seine Wehrmacht hätten gegen Polen und die Sowjetunion einen "Vernichtungskrieg" geführt, der von unendlichen Greueln begleitet war. Das sollte mit vielen Bildern belegt werden - bis sie jämmerlich scheiterte, nachdem deutsche wie ausländische Historiker massive Fälschungen nachgewiesen hatten.
Zu den Wissenschaftlern, die Hannes Heer und Reemtsma unterstützten, gehörte die sogenannte "Rote Zelle" im zum Bundesverteidigungsministerium gehörenden Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Als ihren Kopf bezeichnete der sachkundige Publizist Rüdiger Proske Prof. Manfred Messerschmidt.
Der ist inzwischen pensioniert. Man sollte annehmen, daß das Scheitern der Propagandaausstellung ihm und seinen Gesinnungsgenossen den Mund verschlossen hätte - aber weit gefehlt. Jetzt erschien aus der Feder des langjährigen Assistenten dieses Prof. Messerschmidt, Jürgen Förster, ein schmaler Band mit einem Titel, den schon sein Lehrmeister einmal für eine Veröffentlichung genutzt hat: "Die Wehrmacht im NS-Staat". Damit wendet sich der Autor an die zeitgeschichtlich interessierte Öffentlichkeit wie auch an Studenten und Schüler.
Es sei vorweg genommen: Es ist der alte Aufguß der These, die mit der ruhmlos untergegangenen Reemtsma-Heer-Messerschmidt-Ausstellung dargestellt werden sollte. Schon in der Weimarer Republik wirkte die neu gegründete Reichswehr im selben Sinne wie später die nationalsozialistische Führung. Die Deutschen sollten wieder wehrfreudig sein, damit sie auf einen eventuellen Verteidigungsfall vorbereitet sind. Die Reichswehr war nicht überparteilich, weil sie nur dem Staat dienen wollte und sollte, nicht aber den Parteien (wie in der Bundesrepublik).
So wurde die Integration der Streitkräfte im (vom Parteienstreit zerrissenen) Weimarer Staat erschwert, wenn nicht verhindert. Sie folgte sogleich nach dem 30. Januar 1933 der neuen Reichsregierung und unterstützte sie beim Aufbau der Wehrmacht wie auch bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, womit der "Beginn der nationalsozialistischen Volks-Wehrmacht" gegeben war.
Als es dann zum Krieg gegen Polen kam, stand die Wehrmachtführung hinter der Reichsregierung und war mitverantwortlich für eine "aggressive Kriegspolitik" wie für den auch von deutscher Seite hart geführten Krieg. Um ein Beispiel für die Darstellungsart zu nennen: Förster berichtet, daß bei dem Kampf um Kreta der deutsche Kommandant "mit "äußerster Härte" gegen Hunderte von Kretern vorgegangen sei, "als sich die Bevölkerung an der Abwehr der deutschen Invasion aus der Luft beteiligt hatte". Förster verschweigt, daß es sich bei der "Bevölkerung" um von der britischen Armee bewaffnete völkerrechtswidrig kämpfende Partisanen handelte.
Wie in Schriften dieser Art üblich, kommen die Gegner Deutschlands nicht vor. Man erfährt nichts von dem auch militärischen immerwährenden Druck, den die Siegermächte auf die Weimarer Republik ausübten. Allein Deutschland unter Hitler war aktiv und war natürlich auch ganz allein verantwortlich für den Ausbruch des Krieges. Im übrigen stellt Förster fest, daß damals die Angst vor dem Bolschewismus übertrieben war.
Es sind die alten Parolen, auch wenn sie jetzt unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit daherkommen.
Jürgen Förster: "Die Wehrmacht im NS-Staat - Eine strukturgeschichtliche Analyse", ... München 2007 ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. Dezember 2008: >>**Churchill war ein böser Kriegstreiber**
Seit einigen Monaten tobt ein kleiner Sturm durch das deutschsprachige Feuilleton. Ratlos und verärgert stehen viele Blätter dem Buch eines gern gehätschelten Autors gegenüber. Ni-

cholson Baker, anerkanntermaßen einer der großen amerikanischen Erzähler der Gegenwart und viel gelobt für seine ironischen und polemischen Vorstöße gegen die Absurditäten der Zeitläufe, hat sich diesmal unbeliebt gemacht. Statt George Bush ins Visier zu nehmen wie 2004 in "Checkpoint" oder die alltägliche Büchervernichtungen in US-Bibliotheken zu beklagen wie im "Eckenknick" von 2005, führt er diesmal vor, wie Kriege entstehen, wie Kriegsparteien sich gegenseitig hochschaukeln — pikanterweise am Beispiel des Zweiten Weltkriegs.

Schon in den USA traf das Buch auf verärgerte Reaktionen. Bei soviel anerkannter Wechselwirkung wittern bundesdeutsche Redakteure gern einen Verstoß gegen die Dogmen von Überfall und Alleinschuld und gehen quasi instinktiv dagegen vor. Dabei fällt dies in der Sache durchaus schwer. Baker hat bewußt keinen Roman geschrieben, sondern eine literarisch anspruchsvolle, aber durchgehend nicht-fiktionale Darstellung.

Er verteilt keine Schuld, hält sich zurück und verzichtet weitgehend auf Wertungen historischer oder allgemeiner Art. Statt dessen läßt er Fakten sprechen und bringt, in chronologischer Reihenfolge geordnet, jeweils kleine Absätze von meistens etwa einer halben Seite, die immer recht präzise eine wahre Begebenheit schildern.

Baker geht weit zurück, bis zur allzu optimistischen Einschätzung Alfred Nobels, das von ihm neugeschaffene Zerstörungspotential werde Kriege vielleicht ganz unmöglich machen, da doch jeder die existentielle Gefährdung der Menschheit durch weitere Kampfhandlungen einsehen müsse.

Gleich darauf kommt er als Kontrast zu Stefan Zweig und dessen Beobachtungen, als die liebenswürdigen Bürger im französischen Tours, die nichts über die Welt wußten, als was sie in der Zeitung gelesen hatten, eines Tages völlig verrückt vor Aggressivität wurden. Es war im Frühling 1914. Im Kino war für einen Augenblick Kaiser Wilhelm II. auf der Leinwand zu sehen gewesen.

Der Zweite Weltkrieg, dessen Vorgeschichte Baker im weiteren nachspürt, erscheint aus dieser Perspektive als eine Fortsetzung des Ersten. Das Personal blieb auf alliierter Seite an prominenter Stelle identisch, was sowohl für Winston Churchill wie für Franklin Roosevelt gilt. Es sei, als würde man eine lange unterbrochene Routine wieder aufnehmen, zitiert Baker den Kommentar des amerikanischen Präsidenten zum Kriegsausbruch am 1. September 1939. Man dachte sich zuvor auf alliierter Seite etwas und sah den Krieg kommen, ja, man verschärfte sogar den politischen Kurs hin zu einem Kriegskurs. Auf diesen Gedanken läßt Baker den Leser von selbst kommen.

Dessen ungeachtet scheut er sich nicht, mit zahlreichen Äußerungen des antinationalsozialistischen deutschen Lagers, etwa von Ulrich von Hassell oder Helmuth von Moltke, den innerdeutschen Wahnwitz zu belegen. Auch Viktor Klemperer kommt ausführlich zu Wort. Soweit er die Kriegszeit bearbeitet, konzentriert sich Baker im wesentlichen auf zwei Themen. Die Eskalation der militärischen Handlungen nach dem September 1939 und insbesondere des Bombenkriegs wird richtigerweise als von Churchill gewünscht erkennbar. Daß Hitler mehrfach und auch nach dem Fall von Frankreich Friedensbedingungen anbot, die dem britischen Botschafter in Washington, Lord Lothian, als "überaus befriedigend" erschienen und deren Annahme er dringend empfahl, gibt der Autor an dieser Stelle nicht wieder.

Baker zitiert die Begebenheit leider nur verkürzt, als allgemeine Empfehlung Lothians, im Radio nichts gegen den Frieden zu sagen. Bakers zweites großes Thema ist die nationalsozialistische Judenverfolgung, die in der Vorkriegszeit in Hitlers öffentlicher Ankündigung vom Januar 1939 gipfelte, die europäischen Juden hätten im Kriegsfall ihre Ausrottung zu erwarten. Im alliierten Lager interessierte das eigentlich niemanden so recht.

Die immer neuen Verschärfungen der Judenverfolgung blieben von Regierungsseite ohne Echo und praktischen Rettungsversuch. Baker bricht die Darstellung mit dem Jahresende

1941 ab, für das weitere Geschehen fehlten ihm vielleicht die Worte. Möglicherweise wird dies eines Tages anders sein. Es wäre dann ein weiterer Beitrag zur Überwindung der Schuldklischees, von denen sich viele Feuilletonisten nicht abnabeln können.
Nicholson Baker: Human Smoke — The Beginning of World War II, the End of Civilization. Simon and Schuster, New York, London 2008, gebunden, 566 Seiten ...<<
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>… Und heute? … (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "auserwählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.
In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.
Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".
Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.
Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?
Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der

"Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.
Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. …
Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Krieges mir dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Januar 2011 (x887/...): >>**Falsche Moralapostel beherrschen die Szene**
von Konrad Löw
Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, daß es keine kollektive Schuld gibt. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich. Nur Diktaturen - nicht zuletzt der Nationalsozialismus - haben mit kollektiver Schuld ganzer Gruppen und Völker argumentiert. Dennoch wird in Deutschland seit einigen Jahren in einer Weise von "deutscher" Schuld gesprochen, die stark zu einem Kollektivschuldvorwurf tendiert. Als Jurist und Politologe habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen und - da es ersichtlich schlecht begründet ist - ihm auch die Stirn zu bieten. ...
4. Mit großer Dankbarkeit bekunde ich, daß der Olzog Verlag meine umfassende Sammlung der einschlägigen Zeitzeugnisse unter dem Titel "Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" veröffentlicht hat. Dazu gehört Mut. Denn es ist doch kein Zufall, daß diese Zeugen weithin unberücksichtigt geblieben sind, worauf ich in meinem Text ausführlich eingehe. Nicht minder groß ist meine Freude, daß sich sowohl Klaus von Dohnanyi als auch Alfred Grosser bereit fanden, das Manuskript mit einem Beitrag aufzuwerten.
5. In dem genannten Buch weise ich nach, wie vielfältig die Angriffe auf die Deutschen sind und wie sie nicht abnehmen, sondern volle zwei Generationen nach dem Ende der NS-Diktatur an Gewicht zunehmen. Darf man diese Entwicklung gleichgültig hinnehmen? Immer wieder denke ich darüber nach und komme zu einem entschiedenen Nein. Dazu verpflichten mich meine "Verantwortung vor Gott und den Menschen", um das Grundgesetz zu zitieren. Ich denke dabei an die Zehn Gebote, "Du sollst Vater und Mutter (also die Vorfahren) ehren", "Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten" und an das Verfassungsgebot: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" - wir haben sie zu schützen.
Das Buch dient nicht der höheren Ehre des deutschen Volkes. Es beweist nur, wie ich meine, und dieses nur ist sehr viel, daß die große Mehrheit Hitlers Antisemitismus nicht verinnerlicht und nicht akzeptiert hat. Darin stimmen so gut wie alle Zeitzeugen überein. Das ist das Neue, die Sensation gleichsam. Doch auch die Gegenstimmen werden erwähnt.
Natürlich wäre es beglückend, wenn die Zahl der Helden größer gewesen wäre. Das Buch zeigt aber auch anhand der großen Werke der Ethik, daß Heroismus keine moralische Pflicht ist. Wer ihn lebt, verdient unsere Bewunderung. Wir sollten ihm nacheifern. Wer aber mit Blick auf die Menschen in einer brutalen Diktatur das Fehlen des Heroismus tadelt und zugleich Angst hat, in einer freien Gesellschaft einfache Wahrheiten gegen die Vorgaben der Political Correctness zu verteidigen, gleicht einem Moralapostel, der den rechten Weg weist, ohne ihn selbst zu gehen. Solche Figuren beherrschen heute die Szene. ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. März 2011: >>**Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument**
Die Canossa-Republik
Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche

"Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."

Wie war es dazu gekommen? Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dieser ideologische Krieg in seine zweite, politische Runde gegangen. Das Ziel der Sowjetunion war die Durchsetzung des "Antifaschismus" sowjetmarxistischer Prägung im besiegten Deutschland. Die Vereinigten Staaten begannen ihr Programm der Umerziehung der Deutschen – weg von ihren sogenannten autoritären und militaristischen Traditionen hin zu den westlichen Werten der Demokratie und des Individualismus. Dem totalitären Druck in der SBZ und DDR gelang gegen manchen Widerstand die weitgehende Durchsetzung der sowjetischen Staatsideologie. ...

In Westdeutschland entfaltete sich eine gründliche "Aufarbeitung" der nationalsozialistischen Vergangenheit. Der KZ-Häftling Eugen Kogon unterrichtete als erster die Deutschen über den SS-Staat und sein Konzentrationslagersystem schon 1947. Der Historiker Gerhard Ritter, im Dritten Reich im Widerstand aktiv, ließ in seinen Büchern, Vorlesungen und zahlreichen Vorträgen keinen Zweifel an den "scheußlichen Untaten" des "Abenteurers" Adolf Hitler. In einem vierbändigen Werk gab er eine kritische Gesamtdarstellung der Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus.

Wie er arbeitete auch der aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrte Hans Rothfels über "Die deutsche Opposition gegen Hitler" (1949) und vermittelte ganzen studentischen Generationen ein umfassendes Bild der Zeitgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg. Ludwig Dehio entwarf in seinem Werk "Gleichgewicht oder Hegemonie" (1948) das große Panorama der europäischen Staatengeschichte in der Neuzeit. In Westdeutschland wurden die NS-Verbrechen ernsthaft und kritisch aufgearbeitet, ohne daß es dazu bestimmter ideologischer Antriebe und Vormünder bedurfte.

Ein Wendepunkt kündigte sich an, als in den Weihnachtstagen 1959 Unbekannte Hakenkreuze und Naziparolen an Synagogen in Köln, Frankfurt und anderen westdeutschen Orten schmierten. Die Kommunisten in Ost-Berlin und Moskau nahmen die Vorfälle sogleich zum Anlaß einer intensiven Kampagne gegen die Bundesrepublik, wo sich angeblich "nazifaschistische" und "antisemitische" Kräfte wieder zu Wort meldeten. Eilfertig griffen nun auch viele Medien in Westdeutschland die "antifaschistischen" Parolen aus dem Osten auf. Das Hamburger Medienkartell um Spiegel, Stern und Zeit bis hin zum Westdeutschen Rundfunk und zur Süddeutschen Zeitung knüpften daran die Forderung, endlich mit der "Bewältigung" der "braunen" Vergangenheit Ernst zu machen.

Es war die Geburtsstunde jener penetranten Geschichtspolitik, die fortan die innenpolitische Debatte in der Bundesrepublik bestimmen sollte. Rasch ordneten die westdeutschen Kultusminister eine verstärkte Beschäftigung mit der NS-Geschichte im Unterricht der Schulen an. Es begann eine nicht immer sachgerechte öffentliche und pädagogische Debatte über die bisher angeblich unterbliebene Vergangenheitsbewältigung.

Als einige Jahre später durch Überläufer bekannt wurde, daß die Vorfälle zu Weihnachten 1959 vom tschechoslowakischen Geheimdienst im Auftrag des sowjetischen KGB organisiert worden waren, war die inzwischen angelaufene Geschichtspolitik längst zum Selbstläufer geworden, und kaum jemand erinnerte noch an ihre Auslösung durch die sowjetkommunistische Agitation.

Der Vorgang lieferte das Paradigma aller nachfolgenden geschichtspolitischen Kampagnen in der Bundesrepublik, die als Schuldkult oft exzessiv betrieben werden und schon dadurch ihre

Glaubwürdigkeit untergraben. Am Beginn stand Ende der fünfziger Jahre das Interesse der Sowjetunion, die Bundesrepublik als immer noch "faschistisch" zu diskreditieren und dadurch nach innen und außen zu schwächen. Neben diese sowjetmarxistische trat auch eine westliche, vor allem amerikanische Variante der sich in den sechziger Jahren ausbreitenden Geschichtspolitik. Sie knüpfte an die Umerziehung der ersten Nachkriegszeit an und reifte zu ihrem zweiten kritischen Stadium heran.

Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik. Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuldkult.

Historiker wie Fritz Fischer mit seinem Werk "Griff nach der Weltmacht" (1961) über die Kriegsziele der deutschen Eliten im Ersten Weltkrieg öffneten vielen in der nachwachsenden Generation den Weg zu geschichtspolitischem Eifer ohne die für das historische Urteil nötige Allseitigkeit und Differenzierung.

Einige führende Aktivisten der Studentenbewegung wie Gerd Koenen oder Götz Aly haben später eingeräumt, daß hier – kaum 20 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus, nur diesmal unter "antifaschistischen" Vorzeichen – ein neuer totalitärer Staats- und Gesellschaftsmythos entstand mit seinem "Sieg der Gesinnung über die Urteilskraft, neuen Zentren politischer Heilsgewißheit, wirklichkeitsüberlegener Besserwisserei von penetrantem Moralismus und eifernder Intoleranz" (Hermann Lübbe).

Treffend hatte Hans Rothfels das Wesen der Geschichtspolitik schon in seiner Auseinandersetzung mit dem Versailler Vertrag und seinem Artikel 231 über die deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg bloßgelegt. Rothfels erkannte den Vertrag als geschichtspolitisches Dokument par excellence, denn hier versuchten die alliierten Sieger von 1918, so Rothfels, "in pharisäischem Selbstbewußtsein" Geschichte nach den moralischen und juristischen Kategorien von "Unschuld und Verbrechen" zu bewerten.

Doch die zentralen Kategorien geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis seien nun einmal nicht Schuld und Sühne, sondern "Ursache und Wirkung". Moralische Urteile sollten nur als Ergebnis einer eingehenden Analyse des ganzen Netzwerkes der Akteure, ihrer Handlungen und Motive sowie der damit verbundenen Wechselwirkungen getroffen werden.

Ganz ähnlich haben sich 2008 französische Historiker in ihrem "Appell von Blois" für die Freiheit der Geschichtsforschung und gegen "die retrospektive Moralisierung der Geschichte" ausgesprochen und festgestellt, "daß es in einem freiheitlichen Staat keiner politischen Autorität zusteht, die historische Wahrheit zu definieren". Diese Grenzziehung wird auch deutschen Politikern zur Beachtung empfohlen, wenn sie sich öffentlich etwa zur angeblichen deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 oder – ebenso leichtfertig – über 1945 als Datum der "Befreiung" der Deutschen durch die Alliierten äußern.

Auch der sogenannte "Historikerstreit" im Jahr 1986 war alles andere als ein Inhalts- oder Methodenstreit unter Historikern, wie sein Name suggerierte, sondern eine prinzipielle Konfrontation zwischen der modisch gewordenen Geschichtspolitik und angesehenen deutschen Historikern. Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas bezichtigte nicht nur Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer, in ihren Werken mehr oder weniger "Apologie" des Nationalsozialismus zu betreiben. Er vertrat mit vehementem Selbstbewußtsein auch seine ideologische Position des Universalismus, die subjektive Vision der mit historischer Notwendigkeit heranwachsenden universellen ökonomischen, kulturellen und politischen Einheit der Welt, die die bisherigen "partikularen" nationalen, ethnischen und kulturellen Ordnungen hinter sich

lassen werde. ...
Welchen Eindruck diese eigentümliche "deutsche" Geschichtspolitik bei Ausländern mit historisch-politischer Bildung und moralischer Sensibilität hervorruft, zeigte die Rede, die der Präsident Estlands, Lennart Meri, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 auf Einladung der Bundesregierung in Berlin hielt. Ihre zentralen Sätze lauteten:
"Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau stellt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. ... Für mich als Este ist kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden – aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst." ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. November 2013 (x887/...): >>**Wider die Alleinschuldthese**
Historiker belegt, daß Deutschland nicht den Ersten Weltkrieg angezettelt hat und es sogar Friedensgespräche suchte
Der 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges ist der Grund, daß zwei Bücher über den Ersten Weltkrieg erschienen sind, die die größte Aufmerksamkeit besonders in Deutschland verdienen. Da ist zum einen das voluminöse Werk des australischen Historikers Christopher Clark, das den Titel "Die Schlafwandler" trägt … Und da ist zum anderen das schmale, aber inhaltsreiche Buch des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau Hans Fenske "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918".
Beide Autoren widersprechen den Behauptungen politisch angepaßter Historiker und Journalisten, die allein Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuschieben. Davon könne keine Rede sein, meinen unabhängig voneinander die beiden Historiker.
Obwohl Fenskes Hauptthema die Bemühungen der Reichsregierung während des Krieges sind, mit den Gegnern in Verhandlungen über ein Kriegsende einzutreten, schaltet er ein Kapitel vor, in dem er knapp, aber faktenreich über den Beginn des Krieges berichtet und beweist, daß Behauptungen von einer deutschen Alleinschuld nichts anderes sind als beflissene Übernahme alliierter Propagandathesen.
Dann zählt er sachlich die Versuche auf, die es während des Krieges mit dem Ziel gegeben hat, die Kriegführenden zu Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeit zu bewegen. Und solche Versuche gab es fast nur von deutscher Seite. Sie erfuhren eine schroffe Ablehnung vor allem von englischer Seite, die sogar beleidigende Formen annahm.
Die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917 wurde zwar von der deutschen Regierung begrüßt, von den Alliierten aber sofort abgelehnt. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland schlug der kommunistische Volkskommissar für Auswärtiges, Leo Trotzki, den Westmächten vor, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Er blieb ohne Antwort.
Als Ursachen für die strikten Ablehnungen vor allem durch Großbritannien führt Fenske die Kriegsziele der Westalliierten an. Sie wollten den unter der politischen Führung Bismarcks vier Jahrzehnte zuvor gegründeten kleindeutschen Nationalstaat zerschlagen, um in Mitteleuropa wieder einen Flickenteppich von Kleinstaaten - wie vor 1871 - zu schaffen, die sich jederzeit den Einmischungen der sie umgebenden Länder beugen sollten.
London beobachtete Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Ablehnung, entwickelte sich das Deutsche Reich doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der britische Premierminister Lloyd George erklärte, England werde kämpfen, "bis der preußische Militarismus auf ewig zerstört" sei, eine geradezu absurde Behauptung angesichts der Tatsache, daß England seit dem 17. Jahrhundert weitaus mehr Kriege geführt hatte als Preußen/Deutschland und sich damit ein Viertel der Erdoberfläche untertan gemacht

hatte.
Die haßerfüllte Haltung setzte sich durch, als 1918 Deutschland unter der Übermacht zusammenbrach und die Sieger im Versailler Vertrag, den Fenske einen Gewaltfrieden nennt, die Bedingungen diktierten. Jede Verhandlung lehnten die Siegermächte, an der Spitze Frankreich und England, ab und sie drohten, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Deutschland nicht bedingungslos unterzeichnete.
Alle deutschen Parteien von links bis rechts lehnten ab, die Sieger-Behauptung durch Unterschrift zu bestätigen, Deutschland trage am Krieg die Alleinschuld. Aber die Drohungen der Sieger ließen keine Wahl: Berlin mußte unterschreiben.
Die Folgen spüren wir bis heute. Fenske führt auf, welche Gebiete Deutschland an die Sieger abtreten mußte, was Deutschland abzuliefern und zu zahlen hatte - eine wichtige Zusammenstellung, weiß doch heute kaum noch ein Deutscher, was das Land damals zu erleiden hatte. Sein Buch schließt mit der Bemerkung, daß er das Manuskript am 12. Oktober 2010 abgeschlossen habe, "zwölf Tage, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die letzte Zahlung im Zusammenhang mit den dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen geleistet hatte" - 92 Jahre nach Unterzeichnung des Diktats. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/24-26): >>**1815, 1914 und heute**
_ von *Willy Wimmer*
Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger 1914 zerstörte die europäische Friedensordnung des Wiener Kongresses. 80 Jahre später wurde auf dem Balkan erneut die Stabilität auf dem Kontinent von Kugeln durchsiebt. Beide Mal war Großbritannien der heimliche Nutznießer der Destabilisierung.
Hundert Jahre ist es her, daß in Sarajevo die Hoffnungen des Habsburger-Reiches förmlich zerschossen worden sind. Die Eindrücke, die uns in diesem Gedächtnisjahr 2014 vermittelt werden, werden intensiv sein. Man wird förmlich den Flug der Kugeln verfolgen können, die die Leben von Kronprinz Franz-Ferdinand und seiner Frau aus gelöscht haben. Wie sagte es doch einen Krieg später ein Spitzenmilitär der Wehrmacht, dem die Beteiligung am Attentat nahegelegt wurde: Es werde sich doch noch ein Hauptmann mit einer Pistole finden.
In Sarajevo hat man die jungen Leute gefunden, und sie hatten durchaus Gewissensbisse. Ihre Handlangerdienste sind aber der Hinweis darauf, daß es im Jahr des Gedenkens angebracht ist, sich über die Umstände und Hintergründe in angemessener Weise die Gewißheit zu verschaffen, die heute möglich ist. Der englische Historiker John Keegan hat in *Die Schlacht um die Geschichte* eindrucksvoll klargemacht, wie wenig ein Kriegsende die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die Geschehnisse beendet.
Nach Sarajevo 1914 war das nicht anders. Oder wie soll man den Funkspruch werten, den das britische Geschwader nach Verlassen der "Kieler Woche" an seine Gastgeber von der kaiserliche Marine kabelte: "Freunde heute, Freunde morgen, Freunde für immer."
Das war einen Tag nach den tödlichen Schüssen am 28. Juni 1914 in Sarajevo und wenige Wochen vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten. Perfides Täuschen oder die Hoffnung, die Pläne, die sich in der eigenen Schublade befanden, nicht umsetzen zu müssen? Scharen von Historikern werden jeden Stein wenden, der mit diesem Krieg verbunden ist. Sie machen es sich hoffentlich nicht so leicht wie jener geistliche Redner an der Gefallenengedenkstätte der Bundeswehr auf dem Gelände des Bendlerblocks in Berlin, als er anläßlich der Einweihung eines Mahnmals großzügig Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg beimaß.
Friedensarchitekt Metternich
Sarajevo 1914 war gleichsam der Endpunkt einer Entwicklung, die fast einhundert Jahre zuvor begonnen hatte: im Jahr 1815, nach einem Krieg, von dem jeder in Europa hoffte, niemals mehr werde sich dieses Maß an Vernichtung vor allem in Mitteleuropa wiederholen. Diese

Hoffnung, die auf dem Wiener Kongreß 1815 zum Ausdruck kam, war nicht nur die Konsequenz des Wütens der französischen Heere, die Europa in Schutt und Asche gelegt hatten. Denn als das Verhängnis Napoleon um 1800 über Europa hereingebrochen war, hatte sich das "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" gerade erst von den Verlusten des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) erholt, der in vielen Gebieten die Bevölkerung bis zu 75 Prozent vernichtet und im Allgemeinen fast der Hälfte der Deutschen den Tod gebracht hatte.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die angelsächsische Propaganda nicht verändert.

Das sollte nie mehr geschehen, und so erklären sich die Beschlüsse des Wiener Kongresses, die den friedlichen Ausgleich von Interessen und die Verhinderung künftiger Kriege zum Inhalt hatten.

Die 1815 geschmiedete "Heilige Allianz", untrennbar mit dem Namen des österreichischen Außenministers Fürst Clemens von Metternich verbunden, war durch und durch modern. Vom besiegten Frankreich wurde nicht die bedingungslose Kapitulation ("unconditional surrender") gefordert. Nein, der Kongreß nahm Frankreich gleichberechtigt in den Kreis der Siegermächte auf. Auch die Vorschläge des Zaren über die internationale Zusammenarbeit wurden in Wien übernommen.

Metternich, das war das Bekenntnis zur europäischen Rechtsordnung und damit zum Völkerrecht, wie es sich gerade nach dem Westfälischen Friedensschluß von 1648, nach den Verträgen von Münster und Osnabrück entwickelt hatte. Damit war für das Jahrhundert nach dem Wiener Kongreß festgeschrieben: Sollte es nicht möglich sein, durch Zusammenarbeit und Ausgleich den Frieden in Europa zu sichern, waren die Generalstäbe der mitteleuropäischen Staaten immerhin gezwungen, Kampfhandlungen auf deutschem Territorium zu vermeiden, um einen verheerenden Flächenbrand auch auf dem Rest des Kontinents zu verhindern.

Divide et impera

Metternich, der russische Zar und die anderen Staatsmänner auf dem Wiener Kongreß - sie waren Helden, weil sie uns Europäern das Schicksal ersparen wollten, erneut in verheerenden Kriegen hinweggerafft zu werden. Sie hatten allerdings die Rechnung ohne England gemacht, das sich außerstande sah, dem Gedanken des friedlichen Interessenausgleichs und damit der "Heiligen Allianz " beizutreten. Schließlich hatte London über Jahrhunderte auf dem Kontinent ein stehendes englisches Heer unterhalten, mit dem sich so trefflich die eigenen Interessen durchsetzen ließen.

Die Erfahrungen aus dieser Periode besagten: Ein Ausgleich auf dem Kontinent war schlecht für die britische Dominanz, ein Kontinentalblock sogar verheerend.

Bei der Suche nach Möglichkeiten für die Spaltung Europas wurden britische Diplomaten auf dem Balkan fündig, wo sich im 19. Jahrhundert die christlichen Untertanen gegen die Besatzungspolitik des osmanischen Sultans wehrten. Die Kampfbegriffe der damaligen Zeit kommen uns seltsam modern vor.

Überall dort, wo England in Südosteuropa die Initialzündung vornahm, um die Völker für englische Interessen gegeneinander zu treiben, war von "Schutzverantwortung" und auch "humanitärer Intervention" die Rede. Als es 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ging, mußte man in Washington nicht einmal etwas Neues erfinden, um dem eigenen Tun den Mantel der Scheinlegitimation umzuhängen.

Schon vor 150 Jahren waren diese Begriffe geeignet gewesen, Anhänger hinter sich zu scharen, die interessierte Presse auf die eigene Seite zu ziehen und den Gegner in ein schlechtes Licht zu rücken.

Henry Kissinger, Madeleine Albright und ihre Anhänger mußten 1999 nur auf den Fundus des britischen Imperialismus zurückgreifen, um dem US-gesteuerten Faustrecht quasi legale Völkerrechtsstrukturen aufzuschminken. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird das heute

im digitalen Idiom wiederholt: Man schreibt dort von R2P, Responsibility to Protect (Schutzverantwortung), wenn man einer NATO-Intervention das humanitäre Mäntelchen umhängt. Wie die Vereinten Nationen und vor allem die blockübergreifende OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) am Ende des 20. Jahrhunderts konnte auch die "Heilige Allianz" in diesem aggressiven Milieu nicht überleben - und das war gewollt. Die Schüsse von Sarajevo galten irgendwie Metternich und seinem Friedensprojekt.

Euroshima

Noch bis in die 1980er Jahre war die Angst vor einer Vernichtung Mitteleuropas manifest, wie sich in der berühmten "Petition Schneider" zum unbegrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa zeigte. In dieser Petition an den Bundestag hatte der Leiter der Rechtsabteilung des Bonner Verteidigungsministeriums, Reinhard Schneider, 1984 darauf aufmerksam gemacht, daß die einschlägigen Rot-Kreuz-Abkommen das nukleare Austoben in Mitteleuropa erlaubten - nur westlich der deutschen Grenze war der Atomwaffeneinsatz als völkerrechtswidrig geächtet.

Es war der Horror vor diesem Szenario, der den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl im Frühjahr 1989 veranlaßte, die NATO-Übung Wintex/Cimex zu verlassen, weil schon das Planspiel den atomaren Untergang Deutschlands postulierte.

Krieg auf dem Balkan

Eine ferne Zeit? Gewiß nicht, denn es jährt sich 2014 nicht nur zum hundertsten Mal der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sondern zum fünfzehnten Mal auch der NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Dabei war doch die Konferenz von Paris 1990 ein Fanal der Zusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges gewesen. Alle Verantwortlichen hatten alles eingesehen und auch begriffen. Es führte kein Weg mehr an Zusammenarbeit vorbei, und das war auf dem festen Fundament der Ost-West-Abkommen von Helsinki (Schlußakte der KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - von 1975) machbar gewesen. Deutschland war wieder vereint, Abrüstung war angesagt, Friedensdividende möglich. Wohin man blickte, Völkerrecht überall.

Die Konzepte, wie es besser gemacht werden konnte, jagten einander. Heute, wo bei zukunftsweisenden Konzepten Grabesstille herrscht, mutet das verwegen an.

R2P ist das neumodische Kürzel für NATO-Intervention.

Man hätte hellhörig werden müssen, als Henry Kissinger international, aber auch in großen deutschen Zeitungen, die völlige Abkehr von der in Europa bestehenden Völkerrechtsordnung forderte.

Schon in den Jahren nach 1990 hatten die USA, im Verbund mit Großbritannien, die damalige KSZE (die heutige OSZE) lahmgelegt. Nichts sollte sich mehr entwickeln, weil Zusammenarbeit auf dem Kontinent den eigenen Manövrierraum und die globalen Interessen der Amerikanisierung schmälerte. Wohin sollten die KSZE und EU-Europa für die USA führen? Man übernahm statt dessen Verhaltensweisen, wie sie die inzwischen verschwundene UdSSR praktiziert hatte. Bei der Konferenz der Ostsee-Anrainer wollten die USA mit am Tisch sitzen. Kein Wort sollte zwischen Staaten gewechselt werden ohne Kenntnis der USA! Mitgliedschaft bei der Rhein-Main-Donau-Konvention?

Nichts wie her für die USA. Es war faszinierend.

Aber ein Meisterstück mußte noch her, um die Völkerrechtsordnung für Europa zu beseitigen und dem Faustrecht wieder den gebührenden Platz einzuräumen. Als die amerikanische Außenministerin Albright 1999 Freischärler-Führer der kosovo-albanischen Untergrundarmee UCK öffentlich herzte, war der europäische Frieden suspendiert. Da brauchten die Bomben auf Belgrad, Bagdad oder Kabul erst gar nicht zu fallen. Mit Zusammenarbeit hatte man das Ende des Kalten Krieges erreicht, um anschließend dem Faustrecht und dem Krieg wieder Tür und Tor zu öffnen. Da war Metternich von anderem Kaliber.

_ Willy Wimmer, Jahrgang 1943, trat 1958 in die CDU ein und war von 1976 bis 2009 Abgeordneter des Bundestages. Von 1988 bis 1992 war er als Staatssekretär für Verteidigung Mitglied der Bundesregierung. Neuerscheinung im September 2014: "Wiederkehr der Hasardeure: Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure von 1914 bis heute" von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer (Zeitgeist-Verlag …).<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 31. Januar 2015: >>**Michelalarm**

Schon länger hat man ihn vermißt, den guten alten deutschen Michel. Er tritt kaum noch in der Öffentlichkeit auf, und sein Ruf als Personifikation des Deutschen, als echte Nationalfigur, schwindet zusehends dahin.

Nun hat Thomas Petersen vom Allensbach-Institut in der *FAZ* die neuesten Zahlen bekanntgegeben. Demnach können inzwischen nur noch 41 Prozent der Deutschen mit dem deutschen Michel als Symbolfigur überhaupt etwas anfangen. Bei den Unter-Dreißigjährigen sind es sogar nur noch 17 Prozent, die ihn richtig zuordnen können.

Es scheint so, als drohte damit eine Tradition ins Leere zu laufen, die sich immerhin bis in die Frühe Neuzeit zurückverfolgen läßt. Seine besten Zeiten hatte der Michel wohl während der Reformation und im 19. Jahrhundert, beides Zeiten, in denen sich die Deutschen auf sich selbst besonnen und die eigenen Stärken und Schwächen registriert haben. Sie erkannten sich im einfachen Mann mit Mütze wieder, ausgesöhnt mit Deutsch als Volkssprache und ausgestattet mit einer leichten Selbstironie über die eigene Versonnenheit und Trägheit. Auch die Wirtschaftswunderrepublik der Nachkriegszeit konnte sich nach 1945 noch ganz gut in ihm erkennen.

Ein Welteroberer ist der Michel nie gewesen, so wenig wie die Deutschen insgesamt. Wenn er etwas symbolisiert hat, dann das urdeutsche Verlangen, doch bitte in Ruhe gelassen zu werden, von den Zeitumständen, von der Weltpolitik, von den Ansprüchen eigener besserwisserischer Oberschichten, oder von der kulturellen Landnahme durch ausländische Traditionen, ob sie sich früher nun im Zwang zum Gebrauch lateinischer oder französischer Vokabeln ausdrückten.

Soll der deutsche Michel beiseite treten?

Wahrscheinlich ist der Michel heutzutage, als nicht mehr verwendete Symboldarstellung, ein weiteres Opfer von NS-Hysterie. Die Karikaturisten und Zeichner aktueller Prägung dürften derzeit wohl mehrheitlich davon ausgehen, daß in der Mitte der Gesellschaft nicht die Schlafmütze, sondern eher die latente Gefahr lauert. Jedenfalls läßt sich die Mütze nur schwer für den stets angesagten gesellschaftskritischen Alarmismus mobilisieren. So hätte es sich eigentlich angeboten, die vielerorts in Deutschland demonstrierenden "-gida"-Anhänger als Michel zu karikieren. Das war den Redaktionen wohl zu harmlos. Daher mußte auch "-gida" mit Terrorismus- und NS-Verdacht in Verbindung gebracht werden.

Insgesamt gibt es wirklich etwas Grund für eine Alarmmeldung. Der deutsche Michel hat schon viel überstanden. Wenn er jetzt langsam beiseite treten sollte, wird das kaum nur symbolisch geschehen.

Über Stefan Scheil

Historiker, 1963 in Mannheim geboren, Studium der Geschichte und Philosophie in Mannheim und Karlsruhe, Dr. phil. 1997 in Karlsruhe. Er ist Autor zahlreicher Buchveröffentlichungen zur Vorgeschichte und Eskalation des Zweiten Weltkriegs, sowie zum politischen Antisemitismus in Deutschland, träger des Gerhard-Löwenthal-Preises für Journalisten 2005, verheiratet und Vater von zwei Kindern.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 24. April 2015: >>**Der schwärzeste Tag der US-amerikanischen Geschichte**

Vor vierzig Jahren stürmten kommunistische Truppen Saigon: Das Ende des Krieges bedeutete für Millionen Vietnamesen den Beginn einer Schreckenszeit

Am 27. Januar 1973 unterzeichneten die USA sowie Nord- und Südvietnam das Pariser Friedensabkommen, in dem sich die Vereinigten Staaten zu einem vollständigen Truppenabzug aus dem südostasiatischen Land verpflichteten. Allerdings war der Konflikt damit noch nicht beendet, denn es kam zu weiteren militärischen Zusammenstößen zwischen der Armee des kommunistischen Nordens (PAVN) und den Streitkräften der Regierung in Saigon (ARVN), welche bis dahin die Unterstützung Washingtons genossen hatten.
In deren Verlauf geriet die ARVN sofort in die Defensive. So konnte die PAVN im März 1975 die Demarkationslinie überschreiten und im Verein mit den in Südvietnam operierenden Vietcong-Guerillas zügig nach Süden vorrücken. Dabei stießen die Nordvietnamesen nur bei Xuan Loc auf nennenswerten Widerstand. Hier entspann sich zwischen dem 9. und 20. April die letzte große Schlacht des Vietnamkriegs, in der die 18. Infanterie-Division der ARVN versuchte, den dreifach überlegenen Feind aufzuhalten - allerdings vergeblich. Deshalb erreichte das IV. Korps der PAVN dann am 21. April 1975 den Stadtrand von Saigon.
300.000 Südvietnamesen wurden nach 1975 ermordet
Das bewog den südvietnamesischen Präsidenten Nguyen Van Thieu zur Flucht nach Taiwan, woraufhin Vizepräsident Tran Van Huong die Macht übernahm, die er dann aber schon am 28. April an General Duong Van Minh übergab. Einen Nutzen vermochten diese Personalrochaden freilich nicht mehr zu zeitigen: Saigon war verloren. Die finale Offensive der PAVN begann am 29. April, woraufhin die Vereinigten Staaten eine großangelegte Evakuierungsaktion einleiteten, um ihre eigenen Bürger, aber auch südvietnamesische Zivilbeschäftigte der US-Dienststellen, in Sicherheit zu bringen. Immerhin eilte den Truppen Hanois der Ruf voraus, "Kollaborateure" gnadenlos zu exekutieren - so beispielsweise geschehen 1968 anläßlich eines Vorstoßes nach Hue.
Während der "Operation Frequent Wind" brachten US-Helikopter 1.373 Amerikaner und 5.595 Südvietnamesen auf Flugzeugträger vor der Küste - wobei lediglich ein Hubschrauber durch Absturz verloren ging, weil der PAVN-Oberbefehlshaber Van Tien Dung angeordnet hatte, nicht auf die amerikanischen Maschinen zu schießen, welche Rettungsflüge durchführten. Allerdings drangen seine Truppen zeitgleich ins Zentrum der südvietnamesischen Hauptstadt ein. Besonders tat sich dabei eine Panzereinheit unter dem Kommando von Oberst Bui Tin hervor: dessen T-54 rasselten am 30. April mit brachialer Gewalt auf den Hof des Präsidentenpalastes, in dem Staatschef Minh bereits wartete, um die bedingungslose Kapitulation zu erklären, welche dann zum 1. Mai 1975 in Kraft trat.
Damit endete der seit zwanzig Jahren andauernde Krieg, der Vietnam in extremer Weise heimgesucht hatte. So war das Land infolge der massiven Luftangriffe der US Air Force mit 21 Millionen Bombenkratern übersät, dazu kam die Entlaubung von 3,3 Millionen Hektar Wald durch dioxinhaltige Herbizide wie das berüchtigte "Agent Orange". Darüber hinaus steckten noch rund 3,5 Millionen Landminen im Boden Vietnams.
Der Vietnamkrieg forderte den Tod zahlloser Nord- und Südvietnamesen - wie viele genau, ist bis heute nicht zu ermitteln: Möglicherweise waren es an die vier Millionen. Die USA wiederum verloren exakt 58.220 Soldaten, davon wiederum 18 Prozent durch "friendly fire".
Und das Sterben war dann auch mit dem nordvietnamesischen Sieg noch nicht vorbei, denn die Kommunisten begannen nun mit der Liquidierung politischer Gegner; vermutlich wurden dabei um die 200.000 Südvietnamesen ermordet. Des weiteren wanderten etwa 2,5 Millionen "Reaktionäre" in "Umerziehungslager", in denen nochmals 165.000 Menschen zugrunde gingen. Ebenso deportierten die Handlanger der Partei der Werktätigen Vietnams eine Million Einwohner Saigons in sogenannte "Neue Ökonomische Zonen" auf dem Land, wo sie Sklavenarbeit leisten mußten, was zu weiteren 50.000 Todesfällen führte.
Ansonsten setzte durch die Verstaatlichung der südvietnamesischen Industrie und die flächendeckende Bildung landwirtschaftlicher Kooperativen ein rapider wirtschaftlicher Niedergang

ein, der ab 1978 zu dramatischen Massenfluchten führte: Bis Ende der achtziger Jahre verließen etwa 1,6 Millionen Menschen die nunmehrige Sozialistische Republik Vietnam und landeten als "Boat people" in Hongkong, Macao, Singapur und anderswo - sofern sie nicht im Südchinesischen Meer ertranken oder Piraten zum Opfer fielen. An die 10.500 dieser Flüchtlinge wurden vom Hospitalschiff "Cap Anamur" aufgenommen und nach Deutschland gebracht, wo sie politisches Asyl erhielten und nachfolgend ein Beispiel an gelungener Integration boten.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Mai 2015: >>**Zweiter Weltkrieg: So grausam wüteten die Amerikaner**

BERLIN. Unzählige deutsche Zivilisten fielen dem Wüten der Roten Armee gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Die Verbrechen der amerikanischen Truppen dagegen wurden lange Zeit nicht thematisiert. Das ZDF berichtet in einer Dokumentation nun ausführlich über Vergewaltigungen, Gefangenen-Ermordungen und Leichenschändungen der US-Truppen.

Die Ergebnisse sind erschreckend: "Es hat Gewaltexzesse und auch Fälle von Blutrausch gegeben", sagt die für den Film zuständige *ZDF*-Redakteurin Annette Harlfinger. Besonders während der Landung in der Normandie im Sommer 1944 kam es zu zahlreichen Kriegsverbrechen gegen Wehrmachtssoldaten. "Allein am D-Day hat fast jeder zweite deutsche Kriegsgefangene am Landungsabschnitt Omaha den Tag nicht überlebt", betont Co-Autor Michael Renz. Nur ein Bruchteil der Straftaten wurde dabei von US-Gerichten geahndet. Studien des US-Kriegsministeriums, die auf überproportional viele Übergriffe hinwiesen, wurden kurzerhand für geheim erklärt.

190.000 Vergewaltigungen durch US-Soldaten

Renz und Harlfinger stellten jedoch fest, es gehe nicht darum, deutsche Verbrechen zu verharmlosen. "Vergewaltigungen und das Töten von Kriegsgefangenen waren im 'Dritten Reich' Teil des Systems. Es war legitimiert, solche Verbrechen zu begehen", sagt Harflinger. Renz rechtfertigte zudem die Auslöschung Dutzender deutscher Städte durch die alliierten Bomberflotten. "Natürlich war es für die Zivilbevölkerung fürchterlich, aber dadurch wurden viele Leben gerettet."

Erst kürzlich hatte die Historikerin Miriam Gebhardt die sexuellen Übergriffe von amerikanischen Truppen in ihrem Buch *"Als die Soldaten kamen"* thematisiert (eine Besprechung lesen Sie in der kommenden Ausgabe 20/15 der JUNGEN FREIHEIT). Ihrer Schätzung nach verübten die US-Soldaten dabei etwa 190.000 Vergewaltigungen.

"Die Verbrechen der Befreier - Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg", ZDF, 5. Mai, 20.15 Uhr.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. September 2016: >>**"Deutschland muß sterben"**

Linksextreme Musikgruppen verbreiten Haßbotschaften

Nicht jeder Justizminister bringt die Chuzpe auf, einer Formation zu applaudieren, die noch vor kurzem vom Verfassungsschutz beobachtet worden ist. Doch Heiko Maas hat auch diese gesinnungsethische Hürde souverän gemeistert.

Die aus Vorpommern stammende Rockcombo *Feine Sahne Fischfilet* war in Anklam bei einem vor allem gegen die AfD gerichteten Konzert "gegen Rechts" aufgetreten. Auf Facebook wertete Maas dies als "tolles Zeichen gegen Fremdenhaß und Rassismus". Die Band, die in Liedern unter anderem "Deutschland ist scheiße, Deutschland ist Dreck!" oder "Die Bullenhelme - sie sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein" verlautbart, wurde bis 2014 vom Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern beobachtet (die JUNGE FREIHEIT berichtete).

Die schlichten Strickmuster der politischen Botschaft, die von der Band verbreitet werden, finden sich häufig bei ähnlichen linken Szene-Musikgruppen. Sie bestehen in der Regel aus

Deutschland-Bashing, Beschimpfungen von Polizisten und "Nazis" sowie der Verherrlichung linker Gewalt. Deutschland wird als ein durch die NS-Geschichte moralisch widerlegtes Land verstanden, dem man den Untergang wünscht. Es wird als ein rigoros gegen Einwanderer vorgehender Polizeistaat dargestellt, der Nichtdeutsche und Linke mit Brutalität verfolge, aber kriminelle "Rechte" oder "Nazis" gewähren lasse. "Sogenannter Autonomer, abgestochen von stolzen Deutschen", sangen beispielsweise anklagend *Die goldenen Zitronen* in ihrem Lied "Das bißchen Totschlag".

Es wird an die Aggressivität der Szene appelliert

Als "Gegenwehr" wird in vielen Liedern ermunternd an die latente Aggressivität der eigenen Szene appelliert, unter Berufung auf das Faustrecht gegen "Nazis" und "Bullen" vorzugehen. Man könnte so weit gehen, daß die einzige Funktion derartiger Bands ist, das vorhandene Aggressionspotential der Szene mit musikalischen Mitteln aufzustacheln. Die aus der linken Szene stammenden Besucher derartiger Konzerte sind sich dieser Wirkung durchaus bewußt, suchen diese, um sich "in Stimmung" bringen oder um die eigene Gefühlswelt bestätigt zu bekommen.

Angefangen hat auch diese Entwicklung im "Roten Jahrzehnt" der Post-68er-Zeit. Schon während der Zeit der Studentenrevolte wurde beim Genuß von Janis Joplin oder den Rolling Stones die Bedeutung von Musik als verbindendes Element dieser heterogenen Jugendbewegung erkannt.

War die linke Szene der folgenden K-Gruppen-Zeit noch von nostalgischen Arbeiterliedern sowie der DKP-Liedermacher-Szene um Hannes Wader und Franz Josef Degenhardt beherrscht, so kam es Ende der siebziger Jahre zum ersten Modernisierungsschub. Die linke Szene erkannte, daß über Musik suggestiv politischer Einfluß ausgeübt werden kann, der auch breitere Schichten wenig politisierter junger Menschen erreicht. Musik- und Eventhungrigen werden somit politische Botschaften vermittelt, denen sie sich schon durch die Gruppenprozesse solcher Massenevents nicht aktiv entziehen können.

"Rock against Racism" gilt als Vorbild

Das erste "Rock gegen Rechts"-Festival fand 1979 als Reaktion auf eine NPD-Kundgebung in Frankfurt am Main statt. Neben Gewerkschaftern, Jungsozialisten und den "Spontis" um Joschka Fischer spielte die von Ost-Berlin finanzierte DKP-Jugend SDAJ und deren Zeitung *elan* eine wichtige Rolle im Organisationsteam. Als Vorbild galt die britische "Rock Against Racism"-Veranstaltung, die 1978 von der "Anti Nazi League" in London ausgerichtet worden war. "Rock gegen Rechts" wurde in den Folgejahren unregelmäßig immer wieder neu aufgelegt und gilt bis heute als Strickmuster von Veranstaltungen wie nun in Anklam.

Seit den achtziger Jahren entwickelte sich zudem in der linken Szene eine eigene musikalische Subkultur. Anfangs kam die "Punk"-Musik dem Bedürfnis der Szene nach einem aggressiveren Ausdruck entgegen.

Ein Produkt jener Anfangszeit ist die 1979 gegründete und bis heute aktive Hamburger Punkband *Slime*. Deren bekannteste Liedzeile lautete: "Wo Faschisten und Multis das Land regieren / Wo Leben und Umwelt keinen interessieren / Wo alle Menschen wie ich verlieren / Da kann eigentlich nur noch eins passieren .../ Deutschland muß sterben, damit wir leben können! (…) / Deutschland verrecke, damit wir leben können!"

Parolen wie "Polizei SA - SS" gehen auf *Slime* zurück, möglichenfalls auch die Abkürzung A.C.A.B. ("All Cops Are Bastards"). Slime-Lieder dienten zur Anregung für viele deutsche Musiker. So verwendeten zum Beispiel Die Ärzte Elemente aus dem Lied "Bullenschweine".

Punk- und Rock-Musik kommen bis heute der Stimmungslage der Szene entgegen. "Nie wieder Pegida" trällerte beispielsweise dieses Jahr die Hannoveraner Punkgruppe *Abstürzende Brieftauben*. Die 2006 gegründete bayerische Elektropunk-Band *Frittenbude* ist dagegen durch ihre aktivere Unterstützung linksautonomer "Antifa"-Gruppen bekannt. Sie verwendet

in Remixen Lieder anderer Gruppen, fügt diesen aber eigene Texte hinzu. In Abwandlung eines "Egotronic"-Liedes singt die Gruppe: "Wir haben euch was mitgebracht. (Baß, Baß, Baß). Fürs Nazi- und Faschistenpack gibt's Haß, Haß, Haß!"
Frittenbude steht unter Vertrag des Hamburger Plattenlabels Audiolith. Dessen Gründer Lars Lewerenz sorgte 2010 für einen Eklat, als das Label den "HANS" der Interessengemeinschaft Hamburger Musikwirtschaft gewann. Auf der Preisverleihung bezeichnete er Hans Albers, den Namensgeber des Preises, als "Scheißtyp, der die übelste Nazi-Propaganda gebuckelt hat" und zertrümmerte den Preis mit einer Axt.
Ende der achtziger Jahre kam es zum zweiten Modernisierungsschub der linken Musikszene. Mit dem Aufkommen von Hip-Hop einerseits und der Techno-Bewegung andererseits fanden sich rasch Musiker, die auch diese Stilrichtungen für die Botschaften der Szene vereinnahmten und nutzbar machten.
Etablierte Musiker "gegen Rechts"
Im Techno-Sektor spielte der Berliner Alec Empire eine Vorreiterrolle. Mit seiner Formation *Atari Teenage Riot* veröffentlichte er Stellungnahmen gegen Nationalstaaten, so mit den Songs "Deutschland Has Gotta Die" oder "Hetzjagd auf Nazis", der mit dem Spruch "Der 9. Schuß ging sauber durch die Stirn" eingeleitet wird. *Empire* trat sowohl als Anheizer bei der von Krawallen begleiteten 1. Mai-Demo 1999 in Berlin auf wie auf diversen internationalen Festivals, von Kanada über die Niederlande bis nach Polen.
Weniger einflußreich im Techno wurde der Sänger Torsun mit der 3-Mann-Formation Egotronic, der das "Raven gegen Deutschland" propagiert. Als Koordinationszentrale für "DJs gegen Rechts" fungiert seit 2000 die von den Techno-DJs Monika Kruse und Gregor Wildermann ins Leben gerufene Partyreihe "No Historical Backspin". Die Initiative gibt vor, "ein Zeichen gegen rassistische und intolerante Strömungen" setzen zu wollen und betont die politische Ausrichtung "der Techno-, House- und Clubszene" gegen Vorstellungen einer reinen Spaßgeneration.
"No Historical Backspin" ist mit der Amadeu-Antonio-Stiftung verbunden, verlinkt jene auf der eigenen Internetseite und gibt auch deren Stiftungs- als Spendenkonto an. Der international tätige Techno-DJ und Produzent Paul von Dyk und *die Toten Hosen* gehören zu den Unterstützern.
Neben Techno wurde die Sprechmusik des Hip-Hop als geeignetes Medium zum Übermitteln von Botschaften erkannt. Als geistiger Vordenker diente das 1988 gegründete Musikmagazin ZAP, das "autonomem" Gedankengut nahestand und sich Anfang der neunziger Jahre intensiv mit der Nutzung von Rap auseinandersetzte. Das Blatt verbreitete damals die vermutlich radikalste Haß- und Gewaltapologie der Szene. So wurden diejenigen kritisiert, die "in der heutigen Zeit noch eine Minute Zeit für die Gewaltdiskussion" verschwenden würden: "Der Kampf wird schneller und härter, aber auch unauffälliger und anonym."
ZAP beschäftigte sich damals mit den neuen Bands *Advanced Chemistry* und *Anarchist Academy* und führte 1993 ein Interview mit dem vielversprechenden jungen Rap-Musiker Jan Delay, der bald darauf mit seiner Formation *Absolute Beginner* den Sprung in die Charts und Fernsehkanäle schaffen sollte. Seither existiert das Phänomen linksradikalen Polit-Hip-Hops. So erregte das Rap-Lied "Rote Flora bleibt" der Sänger "Johnny Mauser" und "Captain Gips" die Aufmerksamkeit des Hamburger Verfassungsschutzes, da darin zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen wurde: "Von der Flora kriegt ihr nix, höchstens Tritte ins Gesicht!"
So offen linksradikale Musiker sind allerdings unterhaltungsmusikalische Randphänomene. Meist bleibt ihr direktes Wirkungsumfeld auf "autonome" Szenetreffs beschränkt, nur gelegentlich bekommen sie von sympathisierenden Journalisten eine lobende Erwähnung in der Presse. Bedeutender sind etablierte Musiker, die ein Millionenpublikum in Medien und auf Konzerten erreichen, und die die Politisierung nur als Nebentätigkeit betreiben. Seit Jahren verbreiten beispielsweise Udo Lindenberg,

Die Toten Hosen, *Die Ärzte* oder die *Sportfreunde Stiller* regelmäßig Stellungnahmen "gegen Rechts" gegenüber einem weit größeren Publikum, als es *Feine Sahne Fischfilet* je erreichen werden.<<

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 1. November 2016: >>**"Über Grenzen"**

… Kaum jemand kann sich mit dem Niedersachsenlied identifizieren. Wieso eigentlich?

taz: Herr Rösner, ist die Niedersachsen-Hymne ein politisches Lied?

Hans Rösner: Im weitesten Sinne ja, denn es bezieht sich auf die Zeit der Sachsenkriege, als Herzog Widukind 777 bis 785 im Sachsenhain bei Verden den erfolglosen Kampf gegen die Franken anführte. Darüber hat Hermann Löns 1913 die Erzählung "Die rote Beeke" - der rote Bach, gefärbt von Sachsenblut - verfaßt. Dieses Werk wiederum hat wohl der Braunschweiger Lehrer Hermann Grote gekannt, als er 1926 Text und Melodie des Niedersachsenliedes schuf.

taz: Merkwürdig. Die eigene Niederlage als Kern einer Hymne?

Es geht wohl eher um den entschlossenen Kampf gegen die Feinde. Außerdem gibt es ja auch eine Strophe, die von der erfolgreichen Varusschlacht gegen die Römer im Teutoburger Wald handelt.

taz: Im Lied heißt es, Niedersachsen reiche "Von der Weser bis zur Elbe". Wo bleiben Ostfriesen, Oldenburger, Emsländer, Osnabrücker?

Es geht eher um historische Grenzen. Andererseits war der Begriff "Niedersachse" schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Konstrukt mit nicht klar definierten Zugehörigkeiten. Die Oldenburger zum Beispiel singen bei feierlichen Anlässen lieber ihre Oldenburg-Hymne. Mit dem Niedersachsenlied identifizieren sich wohl am ehesten die Menschen im Bereich des alten Hannoverschen Landes um Lüneburg herum.

taz: Wieso hatte das Lied in der Nazi-Zeit Hochkonjunktur?

Die Machthaber des Dritten Reichs empfanden das Lied offensichtlich als geeignet, um ihre Ideologie zu transportieren. Dazu muß man sagen, daß der Lieddichter Hermann Grote - obwohl als Lehrer wahrscheinlich Parteimitglied - über den Mißbrauch seines Liedes nicht erfreut war. Meinen Recherchen zufolge kam es deshalb zu einem ideologischen Streit mit der NSDAP-Führung, woraufhin er zur Unperson erklärt wurde.

taz: Lea Rosh, von 1991 bis 1997 Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hannover, hat verboten, daß der Text gespielt wurde. Sie fand ihn faschistoid.

Ja, seither erklingt auf NDR 1 nur ein Teil der Melodie, an mehreren Stellen im Tagesprogramm.

Die ersten zwei Strophen des Niedersachsenliedes

taz: Während der Fußballverein Hannover 96 das Lied gar nicht mehr spielt, seit Fans beim Refrain "Heil Herzog Widukinds Stamm" den Hitlergruß zeigten.

Das wußte ich nicht. Aber es ist natürlich eine geeignete Reaktion.<<

Zusammenfassung der einseitigen Erinnerungskultur der umerzogenen Deutschen

Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.

Das BdV-Präsidium kritisierte am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

Die Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen Sy-

stem in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.
Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. ...
Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.
Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<
Bundesaußenminister Willy Brandt erklärte am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlicht werden sollten (x131/183): >>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.
Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.
Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.
Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.
Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<
Der deutsche Historiker Mathias Beer berichtete später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die Veränderung der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland (x879/17-33): >> ... **IV. Folgen**
'Flucht und Vertreibung' blieb in der Bundesrepublik, daran läßt die Geschichte der "Dokumentation der Vertreibung" keinen Zweifel, trotz aller Anstrengungen und Bemühungen von seiten der Interessenverbände, der Politik und zeitweilig auch der zeitgeschichtlichen Forschung gruppen- und trägerspezifisch verankert. ...
Erstens war die Diskussion über 'Flucht und Vertreibung' eine im wesentlichen von politischen Argumenten getragene, stark polarisierte Auseinandersetzung. Dabei hatten außen- und deutschlandpolitische Gesichtspunkte zur Folge, daß die Debatte fast ein halbes Jahrhundert auf dem Stand verharrte, der ihren Ausgangspunkt gebildet hatte: eine von einem rechtlichen Standpunkt bestimmte Position, welche durch die Blocksituation in Europa nach 1945 bedingt war und von ihr ihre andauernde Rechtfertigung erhielt.
Damit eng verbunden ist zweitens eine nicht zu unterschätzende spezifisch deutsche, innenpolitische Entwicklung. Die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik beschränkte sich seit den Schwellenjahren um 1960 auf die Erforschung und den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Sie war seither auch der Bezugspunkt für den Umgang mit dem Ver-

treibungsgeschehen. Dieser Bezug wurde aber in der politischen Diskussion auf eine Kausalbeziehung zwischen NS-Verbrechen und den Vertreibungs-Verbrechen reduziert.
Die Folge: Der parteipolitisch instrumentalisierte Vertreibungskomplex wurde nicht oder nur einseitig in der bundesdeutschen Erinnerungskultur verankert. 'Flucht und Vertreibung' blieben das Thema einer partiellen, von rechtlichen Gesichtspunkten bestimmten Erinnerungskultur der Betroffenen.
Aber nicht allein diese Faktoren haben, wie Dan Diner es formulierte, das Gedächtnis neutralisiert. Auch die deutsche zeitgeschichtliche Forschung hat Anteil daran, weil sie ihrer Aufgabe, kritische Aufklärungsarbeit zu leisten, in diesem Bereich äußerst unzulänglich nachgekommen ist.
Seit Anfang der 1960er Jahre hat sich die deutsche Zeitgeschichte von der Erforschung des Komplexes 'Flucht und Vertreibung' verabschiedet. Nur einige Indizien dafür sollen anhand des hier vorgestellten Beispiels erwähnt werden. Die "Dokumentation der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa" blieb unvollendet. Der umfangreiche Quellenfundus der Ost-Dokumentation war seither kein Thema der Forschung mehr.
Untersuchungen zu Einzelaspekten des Themenkomplexes wurden gelegentlich und erst seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder durchgeführt. Im Unterschied zur Erforschung des Eingliederungsprozesses der Flüchtlinge und Vertriebenen insbesondere auf regionaler Ebene ist die Zahl der Studien zu 'Flucht und Vertreibung' äußerst gering. ...
Eine Gesamtdarstellung von 'Flucht und Vertreibung' gibt es nach wie vor nicht. Neuauflagen der "Dokumentation der Vertreibung" können darüber nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, sie offenbaren gerade in der gegenwärtigen Diskussion um 'Flucht und Vertreibung' diese große Lücke um so schmerzhafter.
Im wesentlichen steht die Forschung heute noch vor der Aufgabe, vor der die "Dokumentation der Vertreibung" Anfang der 1960er Jahre stand: 'Flucht und Vertreibung' aus der monokausalen Beziehung zur nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik zu lösen, 'Flucht und Vertreibung' in den Kontext der europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts zu stellen, in den beide Komplexe gehören, und damit eine ihrer gemeinsamen Wurzeln, die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats, offen zu legen.
Erst wenn diese Zusammenhänge zum politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Gemeingut geworden sind, werden die Voraussetzungen gegeben sein, daß sich das deutsche historische Gedächtnis nicht mehr so "merkwürdig unsicher" zu 'Flucht und Vertreibung' verhält. ...<<
Im Jahre 1975 veröffentlichte der deutsche Journalist Wilfried Ahrens eigenmächtig die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die unbefugte Veröffentlichung dieser brisanten Dokumentation (x025/194-195): >>Dieser "Raubdruck" blieb umstritten, bis die Unterlagen dann wenige Wochen nach dem Bonner Regierungswechsel vom Oktober 1982 freigegeben wurden.
Ähnliche Querelen wie bei der Dokumentation der Vertreibungsverbrechen gab es übrigens auch um die Dokumentation "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", die über 10 Jahre in den Kellern eines Bielefelder Verlages unter Verschluß lag, bevor die Bücher verkauft werden durften.<<
Da das "Schlesierland", "Märkische Heide" und andere ostdeutsche Lieder angeblich "politisch und gesellschaftlich nicht mehr tragbar sind", ließ das Verteidigungsministerium diese Lieder im Jahre 1975 aus dem Bundeswehr-Liederbuch entfernen. Anstatt dieser nicht mehr "gesellschaftsfähigen ostdeutschen Heimatlieder" wurden z.B. die Lieder "In einem Polenstädtchen" und "Kalinka" in das Liederbuch der Bundeswehr aufgenommen.

Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".
In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox "The Diary of Anne Frank" ("Das Tagebuch der Anne Frank") auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebzehnmal verfilmt werden. 1961 produzierte United Artists den Spielfilm "Judgement at Nuremberg" (als CBS das Drama übertrug, tilgte der Sender jedoch auf Forderung des Werbesponsors American Gas Company alle Hinweise auf "Giftgas"). Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust, die 1978 auf NBC lief.
Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindler's List" ("Schindlers Liste", Universal), der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt (inklusive Dokumentationen), hat die New Yorker Professorin Annette Insdorf gezählt. Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Treck", "Akte X", "Eine himmlische Familie", "Emergency Room".
Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.
"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte am 29. Januar 1979 den Leserbrief eines Lehrers aus den USA über eine Diskussion zum Thema "Drittes Reich" (x025/215): >>... Die Schüler forderten mich als Deutschen im Unterricht (Mathematik) auf, zu dem Geschehenen Stellung zu nehmen. Ohne etwas zu beschönigen oder abzustreiten, habe ich versucht, ihnen die damalige Situation klarzumachen. ... Aber sie konnten das alles verständlicherweise schwer begreifen. Ein Mädchen erklärte: "Ich schäme mich, daß ich eine deutsche Großmutter habe". Ein anderer sagte: "Ich habe gegenüber den Deutschen Gefühle, wie man sie früher in Amerika gegen die Neger hatte". ...<<
Während einer Vortragsreihe der "Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung" in München wurde im Oktober 1979 folgendes "Deutschlandbild" erstellt (x025/218-219): >>... Die Deutschen von heute, welcher Generation auch immer, leben in einer besonderen, nicht normalen Situation. Diese Situation ist durch die Epoche der Weltkriege und ihre Interpretation bestimmt.
Die Anormalität der Lage scheint schwer erträglich zu sein und Abwehrmechanismen nahezulegen. Einer besteht darin, das Anormale für normal zu halten, ein anderer, bestimmte Ereignisse aus dem Gedächtnis zu verbannen. Mißlingen solche Versuche, so kommt es zu neurotischen Konflikten.

Handlungsfähig ist ein Volk erst, wenn es in der Lage ist, seine Geschichte zu erzählen und sich mit ihr und durch sie zu identifizieren. Die Deutschen können heute diesen notwendigen Prozeß nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten vollziehen. Ihre Identität ist damit gefährdet.<<

Rudolf Mühlfenzl (1919-2000, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens) kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/232-234): >>... Der ... US-Psychologe Sniderman beschreibt den Gegenpol zur Selbstachtung, die stets mit einem diffusen Schuldgefühl verbunden sei und zu leichter Verletzbarkeit und zu feindseligen Reaktionen führe. Ein freudloser Mensch ohne Selbstachtung wird seinen Minderwertigkeitskomplex eher auf aggressive Weise zu kompensieren versuchen ...

Nun könnte man dagegenhalten, das Selbstwertgefühl sei in Deutschland schon immer schwächer ausgeprägt gewesen als bei seinen Nachbarn und dabei auf die Jahrhunderte alte Spottfigur des "deutschen Michel" verweisen, der es jedem recht machen will und keinem recht machen kann. ...

Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.

Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) hielt zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: **Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...<<**

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten (rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets), die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**

Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945 ...

VI. Risiken und Nebenwirkungen

... Befreiungslegenden

... Wer mit Gewalt unterworfen wird und dann mit dem Begriff der Befreiung operiert, hat in Wahrheit überhaupt nicht begriffen, was mit Freiheit und Befreiung gemeint ist. Er hat zum Freiheitsbegriff keine echte, innere Beziehung. Wenn der Bundespräsident für die Deutschen die Niederlage, Besetzung und Teilung ihres Landes - Deutschland war 1985 geteilt - als Befreiung bezeichnet, dann stimmt irgend etwas nicht. Da ist ein Volk nicht ehrlich vor sich und seiner Geschichte. Eine Ausnahme bildet die gewaltlose Revolution in der DDR 1989/1990, die aber im Bewußtsein der wiedervereinigten Nation leider nicht die Rolle spielt, die ihr zukommt.

Das bleibt nicht ohne Folgen. Die fehlende innere, echte Beziehung zum Freiheitsbegriff und zur Befreiung ist übrigens ein Vorwurf, den die Bürgerrechtsbewegungen im Ostblock vor 1989/1990 gegenüber den politischen Akteuren in Westdeutschland erhoben haben. Heute, ganz aktuell 2011, kommen ähnliche Stimmen aus dem arabisch-islamischen Raum, u.a. Libyen, wo man sich beklagt, daß die Deutschen zwar überschwenglich die Freiheitsrhetorik im Munde führen, aber nichts tun, wenn es darauf ankäme, den Worten Taten folgen zu lassen. (Siehe deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat am 17. März 2011 zur Libyenresolution Nr. 1973 - ein Datum, das man sich merken muß!)

Hinter der Rhetorik steht nichts, keine eigene Erfahrung; nur die Verwechslung von gewaltsamer Bekehrung mit Befreiung. Das ist eben nicht das Gleiche. Es ist eine Form von Selbstentmündigung, die die Befreiung von Dritten erwartet, es ist die Preisgabe des eigenen freien Willens zur Freiheit, die erkämpft werden muß. Es ist die Absage an die Eigenverantwortlichkeit. Weizsäcker hat das mit der "Befreiung vom Faschismus" natürlich nicht gemeint. Aber es ist die Folge eines Befreiungsbegriffs, wie er von den Deutschen verstanden und inhaltlich umgepolt worden ist. ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Juni 1986 über eine Rede des deutschen Historikers Ernst Nolte (1923-2016): >>**Die Vergangenheit, die nicht vergehen will**

... Wahrheiten willentlich auszusparen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.

Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist. ...<<

Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn schrieb am 8. Januar 1987 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die unterschiedlichen Formen und Anwendungen des Rassismus (x268/82,88-89): >>... Der Antigermanismus (stellt) letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie (dar). Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu – ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Traditionen der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte. ...<<

>>... Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Objekt verselbständigt hat. Der Antijudaismus hat mit dem realen Juden, wenn überhaupt, nur sehr wenig gemein. Der Antigermanismus zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland, ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt wurde. Seit Jahrtausenden leben die Juden mit dem Antijudaismus, die Deutschen werden sich wohl oder übel, an die Allgegenwart des Antigermanismus gewöhnen müssen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/196-198): >>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" (Anfang 1979) hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.
Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.
Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden.
Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan (Jerewan), der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.
Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum (gegenüber dem Victoria und Albert Museum) ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...
Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...
Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsopfer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...
Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.
Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.
Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsopfer. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.
Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Oktober 1994: >>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.
Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...
Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-80): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das United States Holocaust Memorial Museum in Washington.
Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der (amerikanischen) Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei hierzulande (in den USA) gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Januar 1995: >>**Nur für die NS-Gedenkstätten gibt es in diesem Jahr mehr Geld**
... Aufgestockt wird allein der Etat für die "Gedenkstättenarbeit" (in Niedersachsen) ... Für dieses Jahr sind knapp 300.000 DM zusätzlich vorgesehen, um vor allem die zentrale Gedenkveranstaltung am 27. April zur 50. Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen zu finanzieren, wie die Landtagsfraktionen übereinstimmend meinen.<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb später über das krankhafte Schuldbewußtsein der Deutschen (x268/223): >>... Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Mai 1995: >>**SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung**
Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzigen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen ...

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.
Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich. ...<<
Der deutsche Filmproduzent Arthur Brauner schaltete am 6. Mai 1995 in mehreren deutschen Tageszeitungen Anzeigen, um an sein persönliches Schicksal als jüdischer Verfolgter zu erinnern und um die Vertreibung der Deutschen zu rechtfertigen.
In diesen Anzeigen wurde die Vertreibung der Deutschen als legitime Maßnahme bezeichnet (x268/103): >>... (Die Vertreibung der Deutschen war demnach) eine kausale Folge, die bei jedem humanen und politisch integer denkenden Menschen auf Verständnis stößt.<<
Lennart Meri (1929-2006, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärte am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**
Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.
Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.
"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**
... Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".
Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus frei-

zusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.
Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<
Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schrieb später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.
Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur der Deutsche ist eben schlecht. ...<<
Der US-Journalist Robert B. Goldmann schrieb am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.
Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteilskämpfern unterbrochen, weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Streit um Walser-Rede zieht Kreise**
Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...
Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.
Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Dezember 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter**
In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.
Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<
Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) schrieb am 22. April 1999 in der "Süddeutschen Zeitung" über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/61-62): >>Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, daß Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat. ...<<
Der Schriftsteller Michael Kleeberg schrieb am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenmini-

ster) auf Lévys Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.
Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.
Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 26. Juni 1999 über das Holocaust-Mahnmal: >>**Zur rechten Zeit**
Wird gut, was lange währt? Der Bundestag hat gestern eine mehr als zehnjährige Hängepartie beendet. In Berlin wird im nächsten Jahr mit dem Bau eines zentralen Holocaust-Mahnmals begonnen. ...
Das gestrige Ergebnis hat allerdings einen Haken. Nur der jüdischen Opfer soll zwischen Peter Eisenmans Betonstelen gedacht werden. Die "Hierarchisierung" der Opfer ist beschlossene Sache. ...
Neuer Streit ist also programmiert. Das Mahnmal wird ein Stein des Anstoßes bleiben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linkssozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...
Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.
Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie Friedland (Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen) und Berlin, Theodor-Heuss-Platz (Flamme der Vertreibung, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde), existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder
Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...
Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<
Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schrieb

damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.
Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke ab (außer Landesverteidigung)!
Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Dezember 2000: >>**Als der Gottkaiser den Frauen die Würde nahm**
Ein Tribunal verurteilt Japan wegen Zwangsprostitution
... Am Wochenende hat Wan Aihua ihre Geschichte vier Richtern eines symbolischen Kriegsverbrechertribunals in Tokio erzählt - stellvertretend für rund 200.000 asiatische Frauen, die vor und während des Zweiten Weltkrieges in den japanisch besetzten Ländern zur Prostitution gezwungen wurden. ...
(Richterin Gabrielle Kirk) McDonald (ehemalige Präsidentin des UN-Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag) forderte Japan auf, die Verbrechen umfassend aufzuklären und sich bei den überlebenden Frauen zu entschuldigen. Sie müßten auch Entschädigungen erhalten. Die Vereinten Nationen und andere Staaten sollten darauf dringen, daß Japan diesen Verpflichtungen nachkomme.
Damit widersprach das Tribunal der in Japan gängigen Auffassung der Gerichte, daß die Verbrechen verjährt seien und Einzelpersonen keine Entschädigung einklagen könnten. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht, und Friedensverträge können keine Klagen von Individuen ausschließen", sagte McDonald.
... Jetzt verlangt das Tribunal, daß Tokio die ungesühnten Verbrechen mit aller Offenheit aufklärt, Schuldige beim Namen nennt und sicherstellt, daß sich solche Verbrechen im Namen Nippons nicht wiederholen können. Dazu gehöre auch eine sachlich richtige Darstellung der Geschehnisse in den Schulbüchern und die Errichtung eines Museums, in dem diese Greuel angemessen dokumentiert werden. ...<<
Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 13. Dezember 2000: >>**Japans verdrängte Greuel vor Gericht**
Ein symbolisches Tribunal in Tokio hat über das System der Zwangsprostitution im Zweiten Weltkrieg verhandelt
Japans Kaiser Hirohito ist posthum für die sexuellen Verbrechen seiner Armee an 200.000 Frauen in Asien vor und während des Zweiten Weltkriegs verurteilt worden. Ein inoffizielles Tribunal über die Zwangsprostitution durch die japanische Armee befand den 1989 verstorbenen Tenno gestern der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Hirohito habe von den Vergewaltigungen und Rekrutierungen von Frauen zur Prostitution "spätestens seit dem Massaker von Nanking im Dezember 1937 gewußt", sagte die US-Richterin Gabrielle McDonald, die das Tribunal leitete, bei der Urteilsverkündung.
Die drei Richterinnen und ein Richter stellten zahlreiche Verstöße gegen das Völkerrecht fest und forderten die jetzige Regierung auf, Wiedergutmachung zu leisten. Das Tribunal widersprach der japanischen Auffassung, daß die Verbrechen verjährt seien. Zuletzt waren vergangene Woche ehemalige Zwangsprostituierte aus den Philippinen mit ihren Entschädigungsklagen vor einem Gericht in Tokio gescheitert.
Drei Tage lang hatten die rund eintausend Teilnehmer des Tribunals erschütternde Zeugenaussagen überlebender Frauen gehört. Die 71-jährige Chinesin Wan Aihua beschrieb mit bebender Stimme, wie sie 15-jährig in der Provinz Hubei von japanischen Soldaten vergewaltigt und in ein Truppenbordell gezwungen wurde. Nach ihrem dritten Fluchtversuch sei sie nackt an einen Baum gehängt, geschlagen und wieder vergewaltigt worden, so Wan schluchzend, bevor sie auf der Bühne zusammenbrach.

Die 70-jährige Yang Mingzhen berichtete, wie ihre Eltern 1937 in Nanking von japanischen Soldaten vor ihren Augen ermordet wurden und sie selbst –- als damals Siebenjährige – vergewaltigt wurde. Beim Nanking-Massaker töteten japanische Soldaten in Chinas damaliger Hauptstadt etwa 200.000 Chinesen, etwa 20.000 Frauen wurden vergewaltigt.
Mutig waren auch die Aussagen von zwei 80-jährigen japanischen Veteranen, die das das System der Zwangsprostitution bestätigten. Auch er habe damals vergewaltigt, sagte der frühere Korporal Yoshiro Suzuki.
Während drinnen von Gewalt und lebenslanger Demütigung berichtetet wurde, demonstrierten draußen Rechtsradikale, einige von ihnen in Militäruniformen. "Es gibt keine Trostfrauen", stand auf Plakaten. Trostfrauen werden in Japan euphemistisch die Zwangsprostituierten genannt, viele Japaner leugnen oder verharmlosen die damaligen Greuel noch immer.
Das Tribunal fand direkt neben dem Showakan statt, dem offiziellen Kriegsmuseum. Es erinnert an die Showa genannte Herrschaftszeit Hirohitos. Zurzeit läuft hier eine Ausstellung "Mütter und Kinder im Krieg". Auf die Frage, wie die Zwangsprostitution dargestellt wird, sagt Abteilungsleiter Fumio Yokoshima: "Dazu haben wir nichts." Man erinnere nur an die Leiden des japanischen Volkes während des Krieges.<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>**"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch**
Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.
Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.
Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.
Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend (vor allem auf die historische Forschung) und moralisch diskreditierend (weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine), werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2005 (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**
... Wer aber ist sich heute bei uns all dessen, was hinter diesen Geschichtsbegriffen bis in unsere Schulbücher und Medien hinein verborgen wird, noch bewußt? Was die offenbar völlige Erinnerungslosigkeit aufgrund solcher Geschichtsmanipulationen betrifft, so paßt hier die Karikatur, die der liberale Publizist Ulrich Sonnemann einmal von Deutschland zeichnete: Es sei nämlich "das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten". ...
Diese Neigung zu den Extremen hat leider sehr konkrete Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Hier gibt es unübersehbare Tendenzen der Selbstzerstörung, deren Ausmaße ebenfalls einmalig in der deutschen Geschichte sind und über die sich eine spätere Generation genauso verurteilend empören wird wie die "68er" und die heutige Generation über die Väter- und Großvätergeneration von 1933. In keinem Staat der Welt wäre - ohne den ständigen Hinweis auf 1933 - ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmißbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme.
Auch würde nirgendwo eine so hohe Ausländerkriminalität derart servil hingenommen. Diese bewußt akzeptierte kriminelle Ausplünderung Deutschlands, die ebenso absichtliche Herbeiführung der Überfremdung unseres Landes, die extreme Beschädigung seiner sämtlichen Fundamente - der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen -, all das ist nicht etwa eine Art Naturgesetz der Globalisierung, sondern die Strategie des "Nie wieder Deutschland!" ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. März 2011: >>**Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument**
Die Canossa-Republik
Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."
... Am Beginn stand Ende der fünfziger Jahre das Interesse der Sowjetunion, die Bundesrepublik als immer noch "faschistisch" zu diskreditieren und dadurch nach innen und außen zu schwächen. Neben diese sowjetmarxistische trat auch eine westliche, vor allem amerikanische Variante der sich in den sechziger Jahren ausbreitenden Geschichtspolitik. Sie knüpfte an die Umerziehung der ersten Nachkriegszeit an und reifte zu ihrem zweiten kritischen Stadium heran.
Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik. Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuldkult.
Historiker wie Fritz Fischer mit seinem Werk "Griff nach der Weltmacht" (1961) über die Kriegsziele der deutschen Eliten im Ersten Weltkrieg öffneten vielen in der nachwachsenden Generation den Weg zu geschichtspolitischem Eifer ohne die für das historische Urteil nötige Allseitigkeit und Differenzierung.
Einige führende Aktivisten der Studentenbewegung wie Gerd Koenen oder Götz Aly haben später eingeräumt, daß hier – kaum 20 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus, nur diesmal unter "antifaschistischen" Vorzeichen – ein neuer totalitärer Staats- und Gesellschaftsmythos entstand mit seinem "Sieg der Gesinnung über die Urteilskraft, neuen Zentren politischer Heilsgewißheit, wirklichkeitsüberlegener Besserwisserei von penetrantem Moralismus und eifernder Intoleranz" (Hermann Lübbe). ...
Auch der sogenannte "Historikerstreit" im Jahr 1986 war alles andere als ein Inhalts- oder Methodenstreit unter Historikern, wie sein Name suggerierte, sondern eine prinzipielle Konfrontation zwischen der modisch gewordenen Geschichtspolitik und angesehenen deutschen Hi-

storikern. Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas bezichtigte nicht nur Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer, in ihren Werken mehr oder weniger "Apologie" des Nationalsozialismus zu betreiben. Er vertrat mit vehementem Selbstbewußtsein auch seine ideologische Position des Universalismus, die subjektive Vision der mit historischer Notwendigkeit heranwachsenden universellen ökonomischen, kulturellen und politischen Einheit der Welt, die die bisherigen "partikularen" nationalen, ethnischen und kulturellen Ordnungen hinter sich lassen werde. ...<<

Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule) schrieb am 14. Mai 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Der 8. Mai will nicht vergehen**

Totale Niederlage, millionenfaches Leid und Entrechtung wirken bis heute

Keine der heutigen Beschwörungsformeln zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 66 Jahren als Tag der Befreiung kann verdecken: Für die Masse der Deutschen wurden die Schrecken des Krieges abgelöst durch einen Zustand der Erniedrigung, durch Ehr- und Rechtlosigkeit, durch Verzweiflung, Hungertod, millionenfache Verschleppung, Gefangenschaft und Vertreibung.

Wir wurden durch Siegerwillkür graduell zu einem Sklavenvolk degradiert. Noch heute versuchen die "befreundeten" Nachbarstaaten mit Hinweis auf die NS-Zeit den Status eines gleichberechtigten Partners zu verweigern. Mit Hinweis auf die deutsche Schuld helfen viele Angehörige der politischen Klasse in Deutschland mit, Deutschland im Status der Unmündigkeit zu halten.

Den ostdeutschen Vertriebenen gegenüber ist das Wort von der stattgefundenen Befreiung am 8. Mai 1945 eine Verhöhnung ihres Schicksals und eine Mißachtung ihrer Menschenwürde. Für die Ostdeutschen bestand die sogenannte "Befreiung" aus dem Verlust von Heimat und Besitztum, für die Frauen und Mädchen beinahe ausnahmslos aus Schändung, soweit sie nicht rechtzeitig davonkamen.

Wie war die Situation am 8. Mai 1945 in Deutschland? Am 8. Mai 1945 war Deutschland besiegt und vernichtet. Seine Städte lagen in Schutt und Asche. Es wurde als Feindstaat besetzt. Deutschland mußte sich allen Forderungen der Siegermächte bedingungslos unterwerfen. Die beendete NS-Diktatur wurde für das halbe Europa ersetzt durch eine neue Diktatur, auch für die SBZ-DDR.

Rund elf Millionen Wehrmachtsoldaten gerieten bei Kriegsende in Gefangenschaft. Hunderttausende sahen gleichwohl die Heimat nicht wieder. Man "befreite" sie vom Leben, indem man ihnen schlichtweg die für die menschliche Existenz notwendige Mindesternährung verweigerte. Die vermeintliche Befreiung äußerte sich auch in der Befreiung von unserem Wirtschaftspotential aufgrund der Demontage und im Raub von Kunstschätzen, Patenten und den deutschen Auslandsvermögen.

Auch 66 Jahre nach Kriegsende haben die Befreier noch nicht die Feindstaatenklausel der Uno gestrichen, die sich ausschließlich gegen Deutschland und Japan richtet. Zwei Jahre nach der vermeintlichen Befreiung Deutschlands leisteten sich die Siegermächte noch einen besonders schändlichen Willkürakt. Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begründung löschten sie die Existenz des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.

Besonders schändlich ist auch die Verlängerung des Überleitungsvertrages 1990 im Zuge der Wiedervereinigung mit der DDR. In diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland - es muß offen bleiben, ob gezwungenermaßen oder freiwillig - gegen die Siegerwillkür nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gerichtlich vorzugehen. Nie wurde ein Land unterschiedslos und in seiner Gesamtheit für die Hybris seiner verbrecherischen Machthaber schrecklicher bestraft. Das sind die Fakten über das Kriegsende und die Rolle der Siegermächte.

Es ist an der Zeit, daß wir nunmehr, 66 Jahre nach dem 8. Mai 1945, 66 Jahre nach der schlimmsten Zäsur, die Deutschland in seiner 1.200-jährigen Geschichte hat hinnehmen müssen, unseren Nachbarstaaten, unseren EU-Partnern und Nato-Verbündeten nachdrücklich klarmachen: Jede moralische Belehrung, jeder erhobene Zeigefinger in Richtung Deutschland hinsichtlich der schrecklichen zwölf NS-Jahre ist im 21. Jahrhundert unangebracht. Wir haben unsere Lektion, die sich aus der Zeit 1933 bis 1945 ergab, gelernt.
Das Gleiche schreiben wir den eigenen Landsleuten ins Stammbuch, die den Kult mit der deutschen Schuld jahraus jahrein gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren. Diese Vertreter der politischen Klasse und der evangelischen Kirche haben es fertiggebracht, daß unser Land vor lauter Vergangenheitsbewältigung eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung nicht mehr zustande bringt. Sie sind auch verantwortlich dafür, daß die materiellen und sozialen Grundlagen unseres Staates in beunruhigendem Maße beschädigt sind.<<
Schlußbemerkungen: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges (x853/...): >>**Selektives Gedenken**
... Das Kriegsende 1945 bedeutete für Deutsche vor allem entsetzliche Tragödien. Und wer menschlich denkt und sich erinnert, fragt: wo bleibt das Gedenken, ein Tag der Trauer, ein würdiges Denkmal, für die ca. 2,5 Millionen bei der Vertreibung aus Ostdeutschland, Böhmen/Mähren und Sudetendeutschland, auf dem Balkan umgekommenen Deutschen, die erfroren, erschlagen, erschossen, ertrunken, auf der Flucht bombardiert, niedergewalzt, verhungert oder in sowjetische Sklaverei deportiert und verschwunden sind?
Wer errichtet jenen wohl hunderttausenden deutschen Mädchen und Frauen ein Denkmal, die Opfer systematischer und massenweiser Schändungen durch eine hemmungslose Soldateska, schließlich abgeknallt wurden oder sich selbst das Leben nahmen. ...
Ist es zumutbar, "Befreiung" feiern zu sollen angesichts der zahllosen Opfer, Soldaten und Zivilisten, im Gefolge jener sadistischen Mordhetze, die der Salonkommunist und perverse Agitator Ilja Ehrenburg jahrelang in Frontzeitungen der Roten Armee einimpfte? Verdienen nicht jene ein Denkmal, die - wie die deutsche Marine - in einer beispiellosen Rettungsaktion 2,4 Millionen Menschen aus jener Hölle retteten? ...
Wo bleibt ein Denkmal oder wenigstens ein würdig-öffentliches Gedenken an die zigtausenden deutscher Kriegsgefangener, die man wissentlich in den amerikanischen Todeslagern am Rhein hat umkommen lassen, oder an der Ost-West-Begegnungsgrenze (teilweise unter Bruch ausdrücklicher örtlicher Übergabevereinbarungen) an die Rote Armee und damit meist in den Tod zu Hunderttausenden kalt-brutal ausgeliefert hat?
Sie werden darauf wohl ebenso wie die Hunderttausende Zivilopfer (als solche waren sie bewußt gewählt in einer längst vor dem Krieg geplanten verbrecherischen Bombenterror-Strategie seitens der Briten) warten müssen, ebenso wie die deutschen Opfer (es waren die ersten, noch vor den Massen der europäischen Juden) der Konzentrationslager (die Deutschen waren auch die letzten in den von den Sowjets nach 1945 in trauter Kontinuität weitergeführten Nazi-KZs). ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Mord an den Vätern - Die (angebliche?) Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.**
Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...
Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.
Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig: Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die be-

sten bewertet. Als persönliche Reminiszenz: Im Fest- und Vortragssaal des Verteidigungsministeriums eines südostasiatischen Staates stehen als Mahnung für die jungen Offiziere drei Sentenzen. Eine von einem Chinesen. Sun Tsu, eine von Clausewitz und eine von Rommel.
Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwissenschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt, "the envy of the world", gewesen.
Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.
Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 9. Juni 2001 (x887/...): >>**"Nicht aufrechnen, aber erinnern!"**
... So wie das Erinnern unteilbar und Leid nicht teilbar ist, so ist auch die Verantwortung für Verbrechen nicht teilbar. Willy Brandt kniete in Auschwitz. Roman Herzog bat im Warschauer Ghetto um Vergebung. Deutsche haben sich zu Recht für deutsche Untaten immer wieder entschuldigt und um Vergebung gebeten. Wir vermissen aber, daß auch die Gegner von einst sich ihrer Verantwortung stellen. Eine wahre Aussöhnung kann es aber nicht geben, wenn das Leid des einen anerkannt und das des anderen geleugnet wird.
Wer sich nicht erinnert und damit die eigene Verantwortung leugnet, der sät die Blumen des Bösen: Auf dieser Saat der Selbstgerechtigkeit blüht keine Zukunft und gedeiht keine gute Nachbarschaft in Europa.
In unserer Fraktionserklärung zur Abstimmung im Juli des vergangenen Jahres forderten wir diejenigen Staaten auf, "die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Deutsche verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen haben, den noch lebenden deutschen Opfern eine der deutschen Regelung zur Zwangsarbeiterfrage entsprechende Entschädigung in Form einer humanitären Geste zu gewähren".
Wer dies verweigert, mit der Begründung, daß das deutsche Leid auf das Konto der Nazis gehe, vergißt zweierlei: Zum einen war der Zweite Weltkrieg zu Ende. Zum anderen wurden diese Verbrechen an zumeist unschuldigen Zivilisten begangen. Wir wollen nur, daß die Prinzipien der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit für alle Menschen, d.h. auch für Deutsche, gelten.
Die Geschichte kennt keinen Schlußstrich: Verantwortung für die Zukunft bedeutet deshalb, daß wir die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus fortführen werden. Wohl aber muß es für die Menschen in diesem Lande die Gewißheit geben, daß die materiellen Wiedergutmachungsleistungen irgendwann ein Ende nehmen. Denn über 70 Prozent aller heute lebenden Deutschen sind nach 1945 geboren.
Erinnerung, Verantwortung, Zukunft - dieser Titel der Stiftung ist Ausdruck des deutschen Bemühens um Versöhnung und materiellen Ausgleich für das von deutscher Seite verursachte Leid. Über ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs muß es aber auch für Deutsche eine historische Gerechtigkeit geben. Wir fordern nicht mehr und nicht weniger als diese Gerechtigkeit. ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 15. August 2003: >>**"Das Rückgrat**

brechen"

Heinz Nawratil über sein Buch "Der Kult mit der Schuld" und die gefährliche Renaissance der Kollektivschuldthese

Herr Dr. Nawratil, beinahe alle großen Feuilleton-Debatten in Deutschland drehen sich mehr oder minder um das Thema Schuld: Goldhagen- und Wehrmachtsausstellungsdebatte: So schuldig sind die Deutschen. Erste Walser-Kontroverse: Wie umgehen mit der Schuld? Gustloff-, Vertreibungs- und Bombenkriegsdiskussion: Dürfen Deutsche trotz Schuld Opfer sein? Haben Sie sich deshalb mit Ihrem Buch "Der Kult mit der Schuld" diesem Thema gewidmet?

Nawratil: Insofern nein, als ich nicht noch schnell mit einem schicken Buch zur schicken Debatte vom Leserinteresse profitieren wollte. Insofern ja, als natürlich das Thema Schuld in Deutschland seit 1945 das zentrale Thema ist. So weit, so gut - welcher sittlich gebildete Mensch empfindet es nicht als Bedürfnis, sich ernsthaft mit der Zeit zwischen 1933 und 1945 auseinanderzusetzen?

Doch leider haben wir es inzwischen mit einer politischen Instrumentalisierung der Schuld, zu, wie Martin Walser es formulierte, "gegenwärtigen Zwecken", zu tun. Da geht es nicht mehr um ehrliche Gewissenserkundung oder den Respekt vor den Opfern. Im Gegenteil, der bei uns entstandene "Kult mit der Schuld" stellt eine Beleidigung, weil Mißbrauch, der Opfer dar und erweist sich als überaus gefährliches Instrument der politischen Manipulation, das sowohl unsere freiheitliche Demokratie als auch die Fortexistenz des deutschen Volkes bedroht.

Übertreiben Sie nicht ein wenig?

Nawratil: Ganz und gar nicht, wenn Sie zum Beispiel - was unsere freiheitliche Demokratie angeht - an die quasi-religiösen, fundamentalistischen und rassistischen Dimensionen denken, die durch den Kult mit der Schuld heute Teil der öffentlichen Debatte sind. Amerikanische Experten wie Peter Novick oder Norman G. Finkelstein etwa sehen die Beschäftigung mit der Judenverfolgung als neue "Mysterienreligion" mit Hohepriestern, öffentlichen Ritualen, Gedenk- und Pilgerstätten, authentischen Reliquien und - so fügte Paul Liessmann im Wiener Kurier einmal hinzu - "zum Gaudium der Medien, mit Heuchlern, Ketzern, Häretikern und Leugnern". Wenn dieser neue Irrationalismus keine elementare Gefahr für die vernunftstaatlichen Prinzipien wie Demokratie und Rechtsstaat darstellt, was dann?

Was die Fortexistenz des deutschen Volkes angeht, so möchte ich einfach den israelischen Historiker Martin van Creveld mit einem Satz aus einem Interview, das er der Zeitschrift Sezession gegeben hat, zitieren: "Ich vermute, daß (der Vergangenheitsbewältigungskomplex) mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen … De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden … (Volk und Staat der Deutschen zu erhalten) dafür stehen, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht." Ich denke also, daß ich keineswegs übertreibe, sondern die Lage und die daraus resultierende Gefahr realistisch beschreibe.

Grundlage für den Kult mit der Schuld, so schreiben Sie, sei die Lancierung und Zementierung der Kollektivschuldthese. Dabei verwahrt sich doch beinahe jeder deutsche Politiker gegen eine Kollektivschuld unseres Volkes.

Nawratil: Regel Nummer eins des Kollektivschuld-Apologeten: Man beginne seine Reden stets mit der Leugnung der Kollektivschuld! Der unbestrittene Meister dieses Metiers ist Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker, und der Klassiker dieses Genres ist seine Rede im Bundestag am 8. Mai 1985. Dort beginnt er folgendermaßen: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern individuell." Solcherart beruhigt schlucken die dankbaren Zuhörer um so bereitwilliger, was von Weizsäcker ihnen im weiteren Verlauf präsentierte: "Wir alle sind von der Vergangenheit und ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen … Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

bleibt mit dem deutschen Namen verbunden … Wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte."
Könnte man dies nicht als die konservative Tugend der Erforschung der eigenen Verantwortung verstehen?
Nawratil: Hören Sie einfach, was von Weizsäcker weiter sagte. 1985 in Bonn: "Wer vor der Vergangenheit die Augen schließt, wird blind für die Gegenwart, (und) anfällig für neue Ansteckungsgefahren." Aber 1992 in Wunsiedel, als es im Zusammenhang mit einem deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag um deutsche Vertreibungsopfer ging:
"Der Blick nach vorne heilt die Wunden der Vergangenheit viel besser, als in den Wunden herumzurühren." Wiederum 1985 in Bonn: "Die Ausführung der Judenmorde lag in der Hand weniger … Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger leiden mußten … Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten." Kurz darauf aber, ebenfalls 1985, gegenüber der New York Times mit Bezug auf seinen Vater: "Ich glaube wirklich, daß er nichts von … den systematischen Massenmorden wußte."
Wie jeder Zeitungsleser weiß, war der Vater, Ernst von Weizsäcker, vom Verlauf der berüchtigten Wannseekonferenz von 1942, die die "Endlösung der Judenfrage" beschloß, unterrichtet. Die entsprechenden Protokolle wurden ihm vorgelegt. Er war Staatssekretär im Reichsaußenministerium und hatte auf Anfrage Adolf Eichmanns "keine Bedenken seitens des Auswärtigen Amtes" gegen Deportationen von Juden etwa aus Frankreich.
In Nürnberg verteidigte sich Ernst von Weizsäcker mit dem Hinweis: "Ich habe Auschwitz für ein Arbeitslager gehalten, wo Arbeitsmänner interniert waren." Die intellektuelle Moral des Richard von Weizsäcker besteht also darin, daß der kleine Mann allein durch den Anblick von Deportationszügen schuldig wird, während der große Mann, der das grüne Licht für diese Züge gab, unschuldig ist.
Der Publizist Johannes Gross hat diese Sorte "Moral" einmal wie folgt beschrieben: "Die höchste Schamlosigkeit: Die Scham, die einer als eigene empfinden sollte, auf alle Umstehenden zu verteilen und zu bewirtschaften. … Wir alle sind schuldig, sagt der, der zuerst gefehlt hat, und die braven Unschuldigen nicken und schämen sich." Ach übrigens, die Jerusalem Post quittierte die Rede vom 8. Mai mit dem Satz, Weizsäcker habe die junge Generation in Deutschland mit der Unsühnbarkeit "kollektiver deutscher Schuld" konfrontiert. - Das nenne ich Klartext.
Haben Sie weitere Belege für Ihre Behauptung von der Verbreitung der Kollektivschuld als nur Richard von Weizsäcker?
Nawratil: Michel Friedman: "Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Den Erben des judenmordenden Staates kommt gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer."
Alexander Schuller 1999 in der Welt: "Jetzt sind wir Deutsche ein auserwähltes - ein von Gott verfluchtes - Volk."
Der Schriftsteller Arno Schmidt schließlich: "Die Deutschen sind immer derselbe unveränderbare Misthaufen, ganz gleich, welche Regierungsform. Schließlich ist es ja auch wirklich egal, ob ein Kuhfladen rund oder ins Quadrat getreten ist: Scheiße bleibt's immer."
Oder mal andersherum Ronald Reagan: "Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden."
Wo liegt der Ursprung der Kollektivschuldthese?
Nawratil: Sie hat ihren Vorläufer in Versailles, geht aber konkret zurück auf die Zeit vor Ende des Zweiten Weltkrieges. Mancherorts gab es gewisse Vorurteile, die Vordenker, Planer und Entscheider auf alliierter Seite gegen die Deutschen hatten - wie zum Beispiel: "Der Evo-

lution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt." So stand es allen Ernstes in einem Buch, über das General Eisenhower die Offiziere seines Stabes Aufsätze schreiben ließ und das Roosevelt und Truman begeisterte. Auch brauchten die Alliierten eine Legitimation für ihre Luftkriegsstrategie des "moral bombing", also des massiven Flächenbombardements deutscher Städte, und ihre völkerrechtswidrigen Pläne für die Zeit nach dem Krieg.

Die Vorschläge reichten dann von 20 Jahren Zwangsarbeit für alle wehrfähigen deutschen Männer, während die deutschen Frauen zu Ehen mit alliierten Soldaten ermuntert werden sollten, um das deutsche Aggressions-Gen aus dem Volk zu züchten, über Sterilisation aller Deutschen - Präsident Roosevelt hat nach Berichten seines Rechtsberaters Samuel Rosenman gar amüsiert eine Maschine für diesen Zweck skizziert - bis hin zur gezielten anglo-amerikanischen Hungerpolitik der Jahre 1945/46, die heute ein Tabu ist. Deshalb dazu einfach ein Zitat des britischen Feldmarschalls Montgomery: "Wir werden die Deutschen bei 1.000 Kalorien halten, Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800." Also Rationen fast wie im KZ, in der französischen Zone lagen sie zum Teil sogar noch darunter.

Der Präsident der Universität von Chicago, Robert Hutchings, notierte bei Kriegsende: "Der bedrückendste Aspekt der gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft Deutschlands ist die Freude, mit der die unmenschlichsten Vorschläge vorgetragen, und das sichtbare Vergnügen, mit dem sie von unseren Mitbürgern angehört werden." Schließlich hatte man sich zur Vertreibung von 16,5 Millionen Deutschen und der Annexion des Ostens Deutschlands entschlossen, wobei etwa drei Millionen Menschen umkamen oder ermordet wurden. Nach den Maßstäben der Uno-Resolution über Genozid ein Völkermord, also kollektive Auslöschung. Dafür kann es aber nur eine "Rechtfertigung" geben, kollektive Schuld.

Wie aber kam die These nach Deutschland?

Nawratil: 1945 war die Kollektivschuldthese in aller Munde. Allerdings verteidigten Politiker wie Kurt Schumacher oder Konrad Adenauer die Deutschen durchaus aufrecht gegen diese Vorwürfe, und in den sechziger Jahren hätte man schon beinahe glauben können, sie sei ausgestorben. Doch zu dieser Zeit begann die Suche nach einem sprachlichen Ersatz für die im ersten Versuch gescheiterte Implantierung des Kollektivschuldgedankens. Eine Tarnkappe mußte her, um die fragwürdige These wieder gesellschaftsfähig zu machen. Mit dem Begriff "Kollektivscham", den Bundespräsident Heuss prägte, konnte zunächst jeder leben.

Dann sprach man häufig von NS-Verbrechen als "im deutschen Namen" begangen. Aber seit wann ist eine Diktatur legitimiert, im Namen des Volkes zu handeln? Und wie populär sind Aktionen, die die Regierung zum Staatsgeheimnis erklären und vor dem Volk verstecken mußte?

Bekanntlich war die "Endlösung der Judenfrage" geheime Reichssache. Nach einem Umweg über Ausdrücke wie "Tätervolk" oder "kollektive Haftung" landeten die meisten Propagandisten der Kollektivschuldthese schließlich bei der "kollektiven Verantwortung". Das klingt angenehm moralisch - wie etwa Verantwortung im Straßenverkehr - und ist zugleich vage genug, um verschiedenen ideologischen Zwecken zu dienen.

Auf Richard von Weizsäcker folgte Roman Herzog; in einem Pressegespräch meinte der, wenngleich - Achtung, es folgt der klassische Kniff! - die Nachkriegsgeneration keine persönliche Schuld trüge, "werden wir Redeformen entwickeln müssen, die dieser Generation ihre Verantwortung vor Augen führen". Das war ein entscheidender Schritt in der Entwicklung der Kollektivschuldthese! Denn während die "klassische" Kollektivschuldthese aus der Schuld von Einzelnen die Schuld einer Generation macht, kommt Roman Herzog das Verdienst zu, eine "moderne" Kollektivschuldthese konzipiert zu haben, die aus der Schuld einer Generation die Erbsünde eines ganzes Volkes macht.

Parallel entwickelte sich noch ein weiterer Zweig der Kollektivschuld, die These von der

"zweiten" und der "dritten Schuld". Nawratil: Die These von der "zweiten Schuld" entwickelte der bekannte Publizist und Holocaust-Überlebende Ralph Giordano: "Die zweite Schuld: die Verdrängung und Verleugnung der ersten nach 1945." Dabei werden hier die Tatsachen auf geradezu ungeheure Weise verdreht! Im internationalen Vergleich zeigt sich nämlich sehr klar, daß die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land der Welt ist, das die eigenen Verbrechen gerichtlich und historisch systematisch aufgearbeitet hat.
Die dritte Schuld schließlich wird von den "Schuldbewußten" selbst, in einer Art Psychose, möglichst an allem schuld sein zu wollen, herbeiphantasiert. So bekannte sich Außenminister Fischer auf der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban zur deutschen Mitschuld an der Sklaverei. Ein Kommentar erübrigt sich.
1995 sprach Bundespräsident Herzog in seiner Rede zum 8. Mai davon, "Millionen - vor allem Juden … Tschechen und Slowaken - waren der größten Vernichtungsmaschinerie zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je ersonnen hatten". Jeder Historiker weiß jedoch, daß die Tschechen als Volk weitgehend ungeschoren durch den Zweiten Weltkrieg kamen. "Millionen vernichteter Tschechen" wurden von Herzog einfach erfunden. Der Beweis dafür ist, daß die "vernichteten" Tschechen nach dem Krieg knapp eine Viertelmillion Menschen mehr zählten als zuvor.
Die ebenfalls laut Herzog "vernichteten" Slowaken kamen ebenso ungeschoren davon, sie erhielten sogar ihren eigenen Staat und wurden Hitlers Verbündete! Helmut Kohl sprach 1992 vom "schrecklichen Unrecht, das der Vertreibung der Deutschen vorausging" in Gestalt deutscher "Besetzung und Angriffskriegs". Nun gab es 1939 zwar eine deutsche Besetzung Prags, doch niemand hat je etwas von einem deutsch-tschechischen Krieg gehört!
In einer Rede 2001 in Bonner Haus der Geschichte wollte Bundeskanzler Schröder stellvertretend für Deutschland unbedingt auch noch am Ersten Weltkrieg allein schuld sein. Die FAZ kommentierte das mit den Worten "Versailles läßt grüßen!" und bilanzierte "wissenschaftlich unhaltbar".
Die moderne Kollektivschuldthese erlaubt es, auch kleine Kinder ins Visier zu nehmen.
Nawratil: Zum Beispiel in der Sesamstraße des Kinderkanals von ARD und ZDF ("geeignet für Kinder ab drei Jahren"), wo am 12. April 2000 die Kleinsten plötzlich einen Kurzbeitrag über Hitler und die Konzentrationslager mit Schreckensbildern und Texteinblendungen wie "sechs Millionen" über sich ergehen lassen mußten. Schon 1997 gab es eine Tagung "Holocaust - ein Thema für Kindergarten und Grundschule", und natürlich gibt es auch Holocaust-Bilderbücher.
Ist die Kollektivschuldthese "nur" ein Instrument der gesellschaftlichen und politischen Herrschaft, oder folgt sie einem übergeordneten Ziel?
Nawratil: Die Kollektivschuldthese war im Grunde von Anfang an auch dazu erdacht worden, den Deutschen das Rückgrat zu brechen. Da wir heute mit der Kollektivschuldthese leben, möchten wir das nicht mehr glauben.
Aber ich erinnere nicht nur an die Worte Martin van Crevelds eingangs, sondern auch an die Antwort Joschka Fischers auf die Frage des französischen Schriftstellers Bernard-Henri Lévy, was denn der Anfangsmythos sei, der Deutschland zusammenhalte, so wie die Französische Revolution Frankreich zusammenhalte. Antwort: "Auschwitz".
Der Autor Michael Kleeberg berichtete diese Episode am 22. Mai 1999 in der Welt und fuhr fort: "Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was eine solche Antwort bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden … ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern vergasten ruht, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln."
Dr. Heinz Nawratil Der Publizist und selbständige Notar ist Mitautor zweier Standardstudi-

enwerke für Strafrecht und Bürgerliches Recht, einer Einführung in die Sozialpsychologie sowie Verfasser des "Schwarzbuch der Vertreibung". Geboren wurde er 1937 in Zauchtel in Mähren, heute lebt er in Bayern.
Sein jüngstes Buch "Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein" (Universitas-Verlag, 256 Seiten) beschäftigt sich mit der Entwicklung und Implantierung der Kollektivschuldthese von den "Deutschen als Verbrechernation, die kein Recht mehr auf ein eigenes Volksleben haben" (Margarete Mitscherlich). Auch wenn sich die meisten Politiker offiziell von der Kollektivschuldthese distanzieren, stelle sie eine zunehmende Gefahr für Volk und Staat dar, denn "jede gute Kollektivschuldrede, beginnt mit der Leugnung der Kollektivschuld" (Heinz Nawratil).<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 2004 (x887/...): >>**Liebe zum eigenen Land ausgetrieben**
Klaus Rainer Röhl über anerzogene Tabus der Political Correctness in Deutschland
Es ist was faul im Staate D. Genauer, eine Menge. Viele Bürger spüren das, trauen sich aber nicht, Fragen zu stellen nach dem Weshalb und Wozu. Jedenfalls nicht öffentlich, weil sie fürchten anzuecken. Als "rechts" stigmatisiert zu werden, kann üble Folgen haben. Der Fall Hohmann war ein Lehrstück dafür. Man schweigt daher lieber und hofft, daß man irgendwann einmal aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr machen muß - beinahe so, als lebte man in einer Diktatur. ...
Es gibt heute im Bundestag keine einzige rechte Partei mehr, nur mehr oder weniger linke. Der Historiker führt diese Tatsache auf eine dreistufige Umerziehung zurück, der das deutsche Volk unterworfen wurde. Nach Kriegsende sollte alles, was nur im entferntesten an nationale Wertvorstellungen erinnerte, tabuisiert und sanktioniert werden, um so auf Dauer aus dem öffentlichen Diskurs - und damit letztlich aus den Köpfen der Deutschen - zu verbannen. Zunächst trat die Besatzungsmacht mit der sogenannten Reeducation in Aktion, die anschließend als Selbst-Erziehung von den selbstverständlich linken Lizenzträgern erfolgreich fortgeführt wurde. Ab 1968 folgte die dritte Stufe der Umerziehung als Erziehung der Eltern durch ihre revoltierenden Kinder.
Der Erfolg der jahrzehntelangen Bemühungen ist offensichtlich: Die Deutschen haben sich den Forderungen der Political Correctness angepaßt; sie haben also ihre Lektion gelernt. Widerstand regt sich nur unter der Decke. Man hat ihnen ein schlechtes Gewissen eingeimpft, sie zum "Tätervolk" erklärt, ihnen die Liebe zum eigenen Land ausgetrieben, sämtliche nur denkbaren Tugenden verunglimpft.
Daraus hat sich allem Anschein nach eine permanente Verweigerungshaltung vieler einzelner gegenüber den Interessen der Gemeinschaft entwickelt, die sich im Verzicht auf Nachwuchs, Verfall der eigenen Kultur, die zu verteidigen sich nicht mehr lohnte, in dramatisch sinkender Wahlbeteiligung, Abwanderung der Eliten, Hedonismus und Verwahrlosung der Sitten niedergeschlagen hat, um nur einige Symptome zu nennen.
Und anstatt nun diesen verunsicherten, in ihrer Selbstachtung geschädigten Bürgern endlich eine Perspektive zu bieten, fahren diejenigen, die für diesen Zustand mitverantwortlich sind, fort auf ihrem einmal eingeschlagenen Weg. Mit dem Erfolg, daß Deutschland auf vielen Gebieten ins Hintertreffen gerät, nicht nur in der Bildung. Unser Land ist vom Musterknaben zum Sitzenbleiber degeneriert. Auch die Opposition hat kein Konzept, das überzeugen könnte. Der Karren rollt bereits in den Abgrund - und niemand in Sicht, der ihn anhalten könnte. Oder? ...<<

Der deutsche Politikwissenschaftler Klaus Hornung schrieb am 25. Dezember 2004 in der

Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Von den Wurzeln der deutschen Multikulti-Neurose**

... In der Tat erinnerte auch vieles in dieser 68er Kulturrevolution an Hitlers "zynische Mißachtung geronnener historischer Strukturen" und an den "ahistorischen Grundzug seines chiliastischen Geschichtsverständnisses" (Hans Mommsen). Das Ergebnis dieser Umerziehung durch die Geschichtspolitik der 68er Kulturrevolution war, daß sich die Deutschen nun ihre 1.000jährige Geschichte verstellen ließen durch den braunen Koloß der NS-Zeit, daß man die deutsche Geschichte gleichsam eindampfte auf jene berüchtigten zwölf Jahre, wenn nicht gleich gar nur auf den Holocaust. Das war nicht mehr reale Geschichte, sondern eine extreme Geschichtsmythologie als Herrschaftsinstrument.

Und die weitere Folge war, daß Deutschland und die Deutschen zu jener "Canossarepublik" wurden, wie sie der Präsident Estlands, Lennart Meri, bei seiner Rede zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 in Berlin nannte, eine Republik, in der "rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung praktiziert" wird, wie der den Deutschen wohlwollende Präsident hinzufügte, in einem Klima, in dem "die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst".

Die vorausgegangene Geschichtsberaubung und einseitig "antifaschistische" Geschichtsmythologie reduzierte die Deutschen und ihre sogenannten Eliten auf eine allen Einflüssen gegenüber willfährige "Bevölkerung", der man heute selbst die gegen ihren Willen und ihre Interessen stattfindende Masseneinwanderung als "Bereicherung" und die multikulturelle Gesellschaft als die eigentliche Demokratie für "alle Menschen" zu preisen wagen kann. ...<<

Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete im Jahre 2004 über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/244-249): >>... Die Kollektivschuld (ist) das Negativ des kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Ist sie wie im Nachkriegsdeutschland, zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts geworden, so kann man analog zu den individuellen psychischen Prozessen von einem kollektiven malignen Introjekt sprechen.

Diese autodestruktive Introjekt, also die kollektive Vorstellung der Wertlosigkeit, Gefährlichkeit usw. der Werteprinzipien der solchermaßen beschädigten nationalen Gemeinschaft, erzeugt und fördert eine masochistische Moral. Ihre Modalitäten sind unaufhörliche Schuldbekenntnisse und Bußerituale, die nationale Selbsterniedrigung und die Bereitschaft zu unbegrenzten Wiedergutmachungsangeboten. Eine derartige kollektive Moralpathologie besitzt große Dauerhaftigkeit, weil sie mit vielfachen Belohnungen verknüpft ist: die moralische Haltung verschafft deren Vertretern ein großes moralisches Überlegenheitsgefühl ...

Sie bringt zu ihrer Erhaltung das Opfer materieller Ausbeutbarkeit und genießt deshalb große Anerkennung von seiten der Ausbeuter, und weil sich die Aggression gegen das eigene Kollektiv wendet, viel Lob wegen dessen Harmlosigkeit von seiten potentieller oder ehemaliger Gegner ...

Die Übernahme der Kollektivschuldthese als zentrales Konzept einer Sozialpathologie, deren dominierendes Kennzeichen eine kollektive masochistische Moral ist, stellt einen komplexen Komplex dar, dessen Voraussetzung die Zerstörung der kollektiven Schutzmechanismen (Verleugnung und Idealisierung von Nationalbewußtsein und –stolz) ist.

Die kollektive masochistische Moral (wir sind ein gefährliches, für Diktatur anfälliges barbarisches Volk, daß vor sich selbst geschützt werden muß und hierfür das Nationale abstreift) stellt einen Abwehrmechanismus dar, der den Siegermächten die beruhigende Außenseite der Selbstdestruktion einschließlich unbegrenzter materieller Opfer anbietet und dahinter eine grandiose Moralposition entwickelt, deren Arroganz durch die demutsvolle Seite verborgen wird und die durch Kollektivschuld und masochistische Moral als Negativ des nationalen Zu-

sammengehörigkeitsgefühls dieses verbirgt. ...
Vertreter masochistischer Moral feiern begeistert alle Beleidigungen und Verletzungen der Wertegemeinschaft, in der diese masochistische Moral dominiert, scheinbar ohne Kritik und Gegenwehr; die Beleidiger werden als mutige Helden gefeiert, weil sie die flagellantischen (geißlerischen) Bedürfnisse der masochistischen Moralgemeinschaft am besten bedienen. Diese feiert ihre grenzenlose Friedfertigkeit und entwickelt in deren Schutz ein totalitäres Regime, deren Mechanik schon Freud beschrieben hat.
Das als äußere Realität vernichtete totalitäre System entsteht in neuem Gewande wieder, weil die Bekämpfung des Bösen dieses nicht vernichtet, sondern ihm ein geheimes Überleben in Gestalt negativer identifikatorischer Prozesse anbietet, wie im Kampf der 68er Generation gegen die Naziväter mit der "Militanz" das heißt der terroristischen Aktivität ihrer Wort- und Handlungsführer.
Masochismus, dominierender Bestandteil nationaler Erlebnisstruktur Nachkriegsdeutschlands, und Sadismus sind aber Geschwister, und wo Masochismus verborgen in seinen honorigen Verkleidungen wie Antinationalismus, politische Korrektheit, Antifaschismus usw., blüht, ist sein sadistisches Pedant nicht weit: in Gestalt eines totalitären öffentlichen, in unseren Medien weitverbreiteten Meinungsterrors, exekutiert zum Beispiel an Nolte, Jenninger, Heitmann, Annemarie Schimmel, Walser, mit dem ein großer Teil des Wahrheitsspektrums unterdrückt wird. ...
... Die Geschichtsindoktrination durch die Sieger und das Verstummen der Kriegsgeneration der Enttäuschten, Gefoppten, Geschlagenen, Diffamierten, die mit einer Minderheit von Verbrechern konfundiert wurde (siehe die Reemtsma-Ausstellung, in der eine ganze Generation als Bestandteil einer Verbrecherorganisation dargestellt wird), haben die im Wohlstand aufgewachsenen Söhne der Kriegsgeneration ihren Eltern entfremdet, ihnen ein verzerrtes Geschichtsbild, gleichzeitig aber das Hochgefühl der beschriebenen masochistischen Moral vermittelt, das sie so resistent gegen Wahrnehmungskorrekturen macht.
Diese unter komfortablen Bedingungen lebende Nachkriegsgeneration verstand die Lebensbedingungen ihrer Eltern nicht und wurde an deren Verständnis auch durch das die Vergangenheit entwertende Geschichtsbild (die Reduktion der Geschichte auf Hitler und Auschwitz) verhindert. So blieb der Kriegsgeneration, welcher der Mut zur Gegenwehr abhanden gekommen war, in dem verkürzten Verständnis der Nachkommen nur die Alternative, als Verbrecher oder politische Dummköpfe zu erscheinen.
Diese Nachfolgegeneration entwickelte einen unlimitierten Hochmut gegenüber der Elterngeneration und verlor darüber jegliches differenzierende Geschichtsverständnis zugunsten der die Kollektivschuld stützenden masochistischen Moral. Weil diese differenzierte Betrachtungen ersetzen und die belohnungsträchtige masochistische Moral stützen mußte, wurden und werden bis heute widerstrebende Betrachtungsweisen von der Mehrzahl der publizierenden Öffentlichkeit bekämpft. Die Generation der 68er kann deshalb vorläufig die Lebenslüge eines verzerrten Menschen- und Weltbilds aufrechterhalten und verteidigen, obwohl es so unabweisbar gescheitert ist.
Weite Felder der Wahrheit gelten deshalb als obszön und werden auch in totalen Systemen unterdrückt. Die Mechanismen dieser Unterdrückung sind einfach; die die herrschende Ideologie und ihre masochistische Moral, Wächterin der Kollektivschuld, bedrohenden Inhalte müssen lediglich mit Vokabeln wie rechtsradikal, populistisch (ein Synonym für die Kundgabe kollektiv unterdrückter Wahrheiten) belegt werden. ...
Die inneren Bedingungen der inzwischen staatstragenden 68er Generation sind ihr zu großen Teilen gemeinsam. Sie haben eine wichtige Bedeutung für das Verständnis der beschriebenen Mechanismen. Gemeinsam ist ihr die schwere Störung der Identifizierung mit der Vatergeneration: viele waren vaterlos aufgewachsen, weil ihre Väter im Krieg gefallen oder in der Ge-

fangenschaft verhungert waren; konnten sich aber wegen der totalen materiellen und moralischen Niederlage des Staatsgebildes, für das die Väter ihr Leben geopfert hatten, nicht mit ihnen als Helden identifizieren, wie das sonst in und nach Kriegen üblich ist und auch Waisenkindern noch zu einer für die Persönlichkeitsentwicklung wichtigen positiven Identifikation mit den toten Vätern verhilft.
Diejenigen, welche das Glück hatten, ihren Vätern nach dem Krieg wieder zu begegnen, erlebten Beschädigte, Gedemütigte, Beschämte und deshalb Verstummte, deren einzige Chance, die Selbstachtung wiederzugewinnen, war, das zerstörte Land und die eigene Existenz wiederaufzubauen. Dies aber entfernte sie eher weiter von ihren Kindern, welche zwar die wiederkehrende Wohlhabenheit selbstverständlich genossen, aber den Vätern die Schwierigkeit, sich mit ihnen positiv zu identifizieren, nicht verziehen, vielmehr sie unter dem Einfluß der Geschichtsschreibung der Sieger, die ihre Wahrnehmungsmatrix wurde, zu hassen und zu verachten begannen.
Statt dessen suchten sie sich andere, starke Väter, die, in Antithese zu ihrer Vatergeneration, welche mit einer "rechten" Politik gescheitert waren, "links" sein mußten, und so vielen sie dem Sozialismus, genauer dem Stalinismus und dem Maoismus, also ebenfalls totalitären Strukturen zum Opfer, die sie mit Hilfe von Verleugnung und Verkehrung ins Gegenteil sowie mit der Idealisierung, die sie ihren eigenen Vätern versagen mußten, verklärten. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Juni 2005 (x887/...):
>>**"Nie wieder Deutschland"**
Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil III von Klaus Wippermann
Weizsäcker bewegte sich in seiner viel beachteten Rede in den Bahnen eben dieser Geschichtspolitik, als er grundsätzlich feststellte: "Wir dürfen den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen." Diese mittlerweile zum Glaubenssatz erhobene Feststellung wird seither in allen Variationen wiederholt, aber sie wird deshalb nicht wahrer - auch wenn das immer weniger Menschen wissen.
Wahr ist hingegen, daß der 30. Januar 1933 nicht von 1914 und 1919 - dem Beginn des Ersten Weltkrieges und dem Versailler Vertrag - zu trennen ist. Bei der Nennung dieser Jahresdaten - oder vielmehr der Schicksalsdaten - geht es nicht etwa um historische Besserwisserei, sondern um eine fundamentale Einordnung der deutschen Geschichte in den europäischen Kontext im 20. Jahrhundert. Mehr noch: Es geht um die Korrektur eines ganzen Geschichtsbildes, das uns von außen - und mittlerweile auch von innen - zu bestimmten Zwecken auferlegt wurde und noch wird.
Die Korrektur solcher Geschichtsbilder - selbst wenn diese aufgrund neuer, zweifelsfreier Fakten erfolgt - wird immer dann als "Revisionismus" verurteilt, wenn damit politische Weltbilder und ideologische Herrschaftsansprüche in Gefahr geraten. Der Verzicht auf solche neuen historischen Forschungserkenntnisse bedeutet jedoch das Ende dieser Wissenschaft und den Beginn ihrer Transformation in die Theologie oder vulgär in die Ideologie. Dieses Stadium haben nicht wenige Autoren und ihre Publikationen bei uns erreicht.
Daß insbesondere nach verlorenen Kriegen Tatsachen manipuliert und verfälscht werden, das mögen zwei Zitate zweier sehr unterschiedlicher Autoren veranschaulichen. Erstens Bertolt Brecht: "Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge." Zweitens der amerikanische Publizist und Politiker Patrick A. Buchanan: "Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben. Die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde." Buchanan war übrigens zu vornehm, um zugleich zu erwähnen, daß es auch die Deutschen selbst seien, die nichts von dem an ihnen verübten Unrecht wissen wollen beziehungsweise diesen Zustand des Nichtwissens, also letztlich den der eigenen Desinformation,

selber aufrechterhalten.
Wie die Herbeiführung von zunächst Lüge und dann Vergessen funktioniert, das hat gleichfalls ein Amerikaner beschrieben. Mit Blick auf Deutschland in der Nachkriegszeit sagte der bekannte Publizist Walter Lippmann zu den Zielen der "re-education", der "Umerziehung": Der Sieg über ein Land sei erst dann vollständig, wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Schulbücher des besiegten Landes gefunden hat und sie von den nachfolgenden Generationen als unbestreitbare Wahrheit geglaubt wird. Diesen Zustand volkspädagogischer Geschichtspolitik oder geschichtspolitischer Volkspädagogik haben wir seit langem erreicht. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016 (x887/...): >>**Blind und wehrlos**
Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht
Ist der "Schuldkult" zum Willen nach Selbstauflösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.
Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören, den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.
Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.
Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.
Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistierten soll.
Wenn die Selbstaufgabe zugunsten eines vermeintlich höheren, sittlichen Ziels der Höhepunkt der deutschen Art der "Vergangenheitsbewältigung" darstellt, dann muß auch genau hier angesetzt werden. Denn dann ist erwiesen, welch (selbst-)zerstörerische Früchte der übertriebene Schuld- und Schamkult trägt. Er hat uns nicht "sensibler" gemacht für die Gefahren, denen Menschenrechte, Freiheit und all die anderen Errungenschaften der abendländischen Kultur ständig ausgeliefert sind, auf deren Vernichtung es schon Nationalsozialisten und Kommunisten abgesehen hatten. Der Schuld- und Schamkult hat uns am Ende blind und wehrlos gemacht.
Wenn CSU oder AfD den Begriff der deutschen Leitkultur nun wieder aufgreifen, befinden sie sich auf der richtigen Fährte. Unser Weg in eine gute Zukunft führt unweigerlich über unser Verhältnis zu Deutschland - und damit auch über ein faires Verhältnis zu seiner Vergangenheit.<<
Schlußfolgerungen für den Zeitraum von 1946 bis 1988

Wie wird man aufs einfachste Prophet? Wenn man eine Dummheit ausspricht und andere sie nachahmen.
Robert Musil (1880-1942)

Die deutsche Wehrmacht, die kampfstärkste Militärmacht Europas, die von den verbündeten europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.
Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf. Stalin, der kühle Rechner und verschlagene Verhandlungsexperte, war eindeutig der Sieger des Zweiten Weltkrieges.
Das US-Imperium und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.
Die Kapitulation im Mai 1945 beendete eigentlich den zweiten Dreißigjährigen Krieg (1914-1945) in Deutschland, den man lediglich von 1918 bis 1939 durch einen Waffenstillstand unterbrochen hatte. Die maßgeblichen Siegermächte beschlossen damals, daß das Deutsche Reich zunächst keinen Friedensvertrag erhalten sollte.
Anstatt problematische Friedensverhandlungen zu führen, wurde das Deutsche Reich nach dem Ende Zweiten Weltkrieges vollständig besetzt und kontrolliert. Danach führten die Siegermächte verdeckte völkerrechtswidrige Gewaltmaßnahmen (Masseninternierungen, Deportationen, "Hungerpolitik" etc.) durch und schlossen zahlreiche geheime Verträge, um die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten und die Deutschen zu entmündigen.
Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.
Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.
Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung. Während dieser Verhandlungen trafen die nordamerikanischen und britischen Außenpolitiker weitere verhängnisvolle Fehlentscheidungen.
Während der Potsdamer Dreimächtekonferenz einigten sich die Teilnehmer über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Nachkriegspolitik der Alliierten im besiegten Deutschen Reich ("... Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. ...").

Mit der Errichtung der vereinbarten Besatzungszonen wurde das Deutsche Reich regelrecht zerstückelt. Wie nach dem ersten Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) herrschte ein trostloser Zustand der totalen Hoffnungslosigkeit, Machtlosigkeit und Verzweiflung. Die Besatzer nutzten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihre absolute Machtposition konsequent aus, um die 1919 in Versailles begonnene vollständige Ausschaltung bzw. Ausbeutung des Deutschen Reiches systematisch fortzusetzen und zu vollenden.
Für die alliierten Siegermächte war das besiegte und verwüstete Deutsche Reich damals lediglich eine eroberte, abhängige Kolonie, die man mit den erfolgreichen Methoden der Kolonialherrschaft politisch unterdrücken und wirtschaftlich ausrauben konnte. Ost- und Mitteldeutschland wurden von den sowjetischen Besatzungstruppen fast völlig ausgeplündert und auch die westlichen Alliierten bedienten sich in Westdeutschland.
Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen in Ostdeutschland war geradezu unvorstellbar. Infolge von äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.
Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer erschüttert über sich ergehen lassen.
Um die angestrebten Hauptziele (Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung) ungestört realisieren zu können, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern. Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von mindestens 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.
In San Francisco unterzeichneten am 26. Juni 1945 fünfzig Nationen die Charta der Vereinten Nationen. Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).
Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen.
Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.
Der US-Militärgouverneur unterzeichnete am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" (CARE = "Cooperative for American Remittances to Europe"), so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen konnten (x175/425). Diese Hilfsmaßnahmen konnten die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket brachte den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.
Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtete im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für (den Industriearbeiter) B. zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagsmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.
Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 18. Juli 1946 über die dramatische Ernährungslage (x111/-193): >>... Nur wenn es gelingt, die Millionen hungernder Städter vom Lande fernzuhalten, kann mit einer besseren Erfassung auf den Bauernhöfen gerechnet werden.
Dies setzt jedoch eine allgemeine Erhöhung der Rationen voraus, denn bei Rationen von etwa 1.000 Kalorien am Tage wird es niemals gelingen, das Hamstern von Lebensmitteln und den Schwarzen Markt zu unterbinden.<<
Josef Kardinal Frings (1887-1978, 1942-69 Erzbischof von Köln) ergänzte am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehlen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<
Eine US-Erziehungskommission berichtete im Jahre 1946 über die chaotischen Lebensverhältnisse in Westdeutschland (x243/161): >>... Nirgends in der Welt ist es möglich gewesen, das Gebäude einer erfolgreichen demokratischen Selbstregierung auf der Grundlage des Hungers und der wirtschaftlichen Unordnung zu errichten. ...
Im Juli betrug das Durchschnittsgewicht der 10jährigen Knaben beinahe 10 % unter der Altersnorm. ... Das erschreckende Ansteigen der Tuberkulose beleuchtet die Ernährungskrise sehr eindringlich, während das Auftreten der Krätze die Aufmerksamkeit auf die Folgen des Mangels an Seife und warmem Wasser lenkt. ...<<
Es gab damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhielten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigte, wurde notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge wurden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagierten mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nahm man auf Alte und Kranke keine Rücksicht (keine Leistung ohne Gegenleistung).
Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt wurden, brach im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiteten. Da der Besitz von alliierten Waren für Deutsche verboten war, spielte sich der Handel auf dem sog. "Schwarzen Markt" ab.
Die große Mehrheit der Deutschen war durch den Krieg hoffnungslos verarmt und beteiligte sich notgedrungen an diesem illegalen Handel, weil ständig weniger legale Waren angeboten wurden. Tag für Tag wanderten Hunderttausende von hungrigen Stadtbewohnern aufs Land, um dort Schmuck und andere Vermögensgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen. Ausgehungerte Menschenmassen, die in dichten Reihen an den Bahnsteigen standen, stürmten täglich die Personen- und Güterzüge, obgleich viele "Hamsterzüge" meistens längst überfüllt waren. Der "schwarze Handel" wurde damals sehr hart bestraft. Manche Schieber und Schnapsbrenner mußten für Jahre ins Zuchthaus.
Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt waren, wurden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellten damals eine "natürliche" Leitwährung dar. Für Zigaretten konnte man in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt fast alle Wirtschaftsgüter erwerben. Vor den Kasernen der Besatzungstruppen sah man überall Kippensammler, denn mit dem Tabak von 7 Kippen konnte man sich eine Zigarette drehen.
Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).
Im Januar 1947 wurden nur in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon waren 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).
In Berlin waren seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren und mehr als 40.000 Menschen hatten schwere Erfrierungen erlitten, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche

Wärmehallen errichtet werden mußten (x111/283).
Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964) Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist war, veröffentlichte am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.
Der Hoover-Bericht forderte in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x114/2.166): >>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...
Dieses Volk ist – in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft – auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später in seinem Buch "Der geplante Tod". daß allein in den westlichen Besatzungszonen zwischen 1945 und 1950 rund 5,7 Millionen Menschen (vor allem deutsche Flüchtlinge und Vertriebene) verhungerten. Danach starben in den westlichen Besatzungszonen von 1945-1950 mehr Deutsche als während des NS-Terrors und des gesamten Zweiten Weltkrieges.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9.08.2008) über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**
... Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<
Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).
Der AKR setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):
Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.
US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.
Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.
Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.
Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahmung des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.
Im Verlauf der Potsdamer Konferenz legte man zwar ausdrücklich fest, daß die "Ausweisungen" ("die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**,

Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind") in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen. Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.
Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.
Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.
Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa war die größte gewaltsame Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Während des Zweiten Weltkrieges lebten etwa 19 Millionen Deutsche in Ostdeutschland und in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas.
Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren.
Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. Die jüngsten deutschen Volksstämme mußten mit der Aufgabe ihres Lebensraumes zwangsläufig als ausgestorben angesehen werden und wurden damit als Volksstämme eliminiert.
Allein in Ostpreußen (4.527 deutsche Städte und Gemeinden), Ostpommern (2.269 deutsche Städte und Gemeinden), Ostbrandenburg (890 deutsche Städte und Gemeinden), Niederschlesien (2.864 deutsche Städte und Gemeinden), Oberschlesien (992 deutsche Städte und Gemeinden) und im Sudetenland (3.139 deutsche Städte und Gemeinden) wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden in den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland (Stand: 1939) ausgelöscht.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) erläuterte später einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mitteleuropa verlassen mußten (x025/184, x160/8): >>1945 war dann das Jahr der Ernte, die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr: Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften "höchsten Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in fashionablen westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen.
Und es bestätigte sich wieder einmal die Erfahrung, daß Propaganda weniger von der Kraft ihrer Argumente als von der Unwissenheit ihrer Adressaten lebt. ...<<
>>... Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen.
Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden

Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen."
Im Zuge einer verstärkten Rückbesinnung auf die Menschenrechte hat man in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Neuseeland neuerdings damit begonnen, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den fürchterlich dezimierten Indianern, Aborigines und Maoris moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – obwohl kein Weißer daran denkt, wieder in die alte Welt nach Europa zurückzukehren.
Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben? ...<<
Den Alliierten ging es nie um die Befreiung der Deutschen, sondern den alliierten Siegermächten ging es vor allem um die Verfolgung und Bestrafung der NS-Verbrecher sowie Umerziehung aller Deutschen. Im Rahmen der planmäßigen Umerziehung sollten vor allem das Bildungswesen, Presse und Rundfunk umfassend reformiert ("demokratisiert" bzw. gleichgeschaltet) werden.
In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte. Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur einzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten.
Im sogenannten Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) hieß es z.B. (x101/188-190):
>>**"Potsdamer Abkommen"**
2. August 1945
Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin ...
III.
Deutschland
Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen**, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.
Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und **die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung** in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere **Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**
Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen. ...<<
Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, begann ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"),

um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern. Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) sollte vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.
US-Präsident Truman verkündete am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").
US-Außenminister George Marshall kritisierte am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<
Am 30. April 1947 beauftragte Außenminister George Marshall den US-Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").
US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärte am 28. September 1947, die geplanten Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industriewerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...
Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<
Am 20. März 1948 fand die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestierte gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verließ vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats. Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wurde damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nahm die Arbeit später nicht mehr auf. Danach begann der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art.
Am 3. April 1948 wurde das europäische Wiederaufbauprogramm verabschiedet. Im Rahmen des Marshall-Planes erhielten die westeuropäischen Länder von 1948-1952 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Bis zum 30. Juli 1952 bekamen z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Marshall-Plan (x068/275-276): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.
Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).
Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.
Also päppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich

das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.
"Nach Ostland ..." – nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.
Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden. ...<<
Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endete mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes (x156/55-56).
Am 20. Juni 1948 wurde in den Westzonen die Währungsreform durchgeführt.
Jeder Westdeutsche erhielt ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wurde. Sämtliche Forderungen wurden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauschte man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/-214).
Am 23. Juni 1948 wurde gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entsprach z.T. dem Tausch in den Westzonen).
Am 24. Juni 1948 blockierten sowjetische Truppen sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrachen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern.
US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilte am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrükke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels"). Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" flogen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).
Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen ("Frankfurter Dokumente") und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.
Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreichte am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf.
Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) bezeichnete es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).
Der "Deutsche Volksrat" veröffentlichte am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik".
Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschlossen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).
Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).
Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Das "neue Besatzungsstatut" trat am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber die Souverä-

nität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde nach wie vor bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.
Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).
In dem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls. ...
Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<
Bei der Ruhrbehörde (Ruhrstatut) handelte es sich um eine Tarnorganisation des US-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands gewährleisten.
Nachdem die planmäßige Hungerpolitik in den westdeutschen Besatzungszonen die angestrebte bedingungslose Gehorsamkeit und Unterwürfigkeit der deutschen Bevölkerung durchgesetzt hatte, begannen die westlichen Alliierten nach der Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) unverzüglich damit, die wesentlichsten Teile der deutschen Wirtschaft widerrechtlich zu beschlagnahmen, um die Arbeitskräfte und die wichtigen Grundstoffe (Kohle, Stahl und Roheisen) Westdeutschlands zum Vorteil der europäischen Länder und der USA zu nutzen.
Da die Westdeutschen nicht mehr frei über ihre natürlichen Reichtümer und eigenen Existenzmittel verfügen konnten, wurde ihnen gemäß Völkerrecht zweifelsfrei das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt. Infolge dieser völkerrechtswidrigen Maßnahmen (wirtschaftliche Fremdbestimmung bzw. Vormundschaft) konnten die westlichen Alliierten praktisch die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft kontrollieren und lenken.
Am 25. April 1949 gab US-Militärgouverneur General Clay bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.
Der Parlamentarische Rat stimmte am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmten).
Am 12. Mai 1949 genehmigten die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland.
Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.
Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgte damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.
Am 21. September 1949 trat das Besatzungsstatut der Alliierten in Kraft. Es schränkte die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein.
Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).
Im Verlauf des Petersberger Abkommens vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die Bundesregierung beantragte daraufhin den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).
Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).
Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.
Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.
Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...
Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<
Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (1895-1952) zählte zu den wenigen aufrechten und unbeugsamen Politikern der Nachkriegszeit, die sich bis zu ihrem Lebensende gegen die Vormundschaft der Alliierten wehrten.
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28.10.2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>**"National sein ist Ehrensache!"**
... Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren." Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden". Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.
Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. ...

Schumacher wurde krank. Er litt unter Magengeschwüren und einer Darmkrankheit ... Im März 1943 wurde er aus der Haft entlassen nach Hannover zu seiner Schwester, die ihn aufzupäppeln sich bemühte, bis sie ausgebombt wurde. ...
Schumacher: "National sein ist Ehrensache!"
An seine alten Ideen knüpfte er an und kämpfte wiederum gegen Großbesitz, der kein politischer Machtfaktor sein dürfe. Die reine Demokratie war für ihn die politische Idee der Arbeiterklasse.
Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. Er sah auch deutlich, daß das Versailler-Diktat-System die Lage von 1933 mit verursacht hatte. Alle Deutschen unter 30 Jahren, so forderte er, sollten von der Entnazifizierung ausgenommen werden. Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.
Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften, der American Federation of Labour, teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen. ...
In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"
"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"
Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieen sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...
Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen … verstricken zu lassen."<<
Im Jahre 1950 kehrten Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung (sogenannte "Frankfurter Schule").
Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober 1954) wurde der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert. Die westlichen Siegermächte wandelten in den Pariser Verträgen auch den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt (zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg) in die Westeuropäische Union (WEU) um.
Die Bundesrepublik Deutschland und Italien wurden 1954 Mitglieder der WEU. Die Pariser Verträge regelten ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO (Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO). Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut" (politische Autonomie, aber völkerrechtliche Vertretung durch die Westeuropäische Union und wirtschaftliche Bindung an Frankreich).
Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel, aber einige Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen (Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle u.a.).
In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.
Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftpolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen: >>**"DREIGETEILT - NIEMALS"**
Vertriebene fordern Recht auf Heimat
Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt – niemals").
In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...<<
Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Die Industrieproduktion stieg von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betrugen (x069/215).
Das BdV-Präsidium kritisierte am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rük-

ken machen.<<
Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<
Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlichte am 14. Oktober 1965 eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x155/120): >>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf. ...
Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ...
Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<
Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14.10.1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.
Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.
Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.
... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.
Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...<<
Der polnische Episkopat widerrief am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben hat. ...
Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Leugnung der polnischen Vertreibungsverbrechen in Polen und Ostdeutschland (x309/12-13): >>Deportationen und Vertreibungen, die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg seinerzeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" eingestuft wurden und vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag heute als "Völkermord" abgeurteilt werden, erscheinen im zitierten Hirtenbrief (wie in zahlreichen anderen kirchlichen Dokumenten) als göttliche Gerechtigkeit, die kein Mensch anzuzweifeln habe.
Die österreichische Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 über die

einseitige Berichterstattung in den deutschen Medien (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.
Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. ...
Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.
Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<
Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).
Im Jahre 1967 waren die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhielten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).
Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete später (am 10.06.2016) über Willy Brandt: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**
... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel".
Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.
Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". ...<<
Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphierten am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag.
BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) verurteilte am 22. April 1972 den Abschluß der Ostverträge (x155/258-260): >>Auch einem besiegten Volk stehen das Selbstbestimmungsrecht, die Menschenrechte und ein tragbarer Ausgleich und Frieden zu. Von den Deutschen begangenes Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht. ...
Wer Unrecht sühnen will, kann dies durch eigene Leistung, aber nicht durch Verzicht auf die unabdingbaren Menschen- und Freiheitsrechte Dritter, die ihn nicht dazu beauftragt haben.
... Mit moralischen Scheingründen darf man sich nicht über die zumutbare Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzen. Die Vertriebenen sagen Ja zu Frieden und Freiheit, aber ebenso eindeutig Nein zu jeder Unfreiheit und zum Festschreiben des Unrechts. ...
Aus all diesen Erwägungen lehnen die deutschen Heimatvertriebenen die Ostverträge ab; denn diese Verträge drohen zu bewirken: ...
die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibung und des Faustrechts;
die Gefahr, daß das freie Eintreten für die gemeinsame Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes, für das Offensein der deutschen Frage, einschließlich des Status unserer Heimat und für die Rechte auf die Heimat, als Friedensstörung und Verletzung des Vertrages abge-

stempelt wird ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.
Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.
Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<
Die Bundesverfassungsrichter stellten im "Grundlagenvertragsurteil" vom 31. Juli 1973 klar, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht und mit der Bundesrepublik (teil)identisch ist (x028/169): >>... Das Deutsche Reich existiert fort, ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<
Die Bundesrepublik Deutschland ist demnach völkerrechtlich nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, weil das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterhin existiert!
Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".
In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).
Die Welt berichtete am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.
Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten: "Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<
>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprechenden Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.
Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Ein-

druck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<
Meinungsumfragen zur "Nutzung der Kernenergie" im Jahre 1979 ergaben folgende Ergebnisse (x149/225): >>... 30 % "Wir müssen weitere Kernkraftwerke bauen."
37 % "Wir sollten keine neuen Kernkraftwerke mehr bauen, aber die bestehenden weiterbetreiben."
24 % "Wir sollten mit der Erzeugung von Kernenergie ganz aufhören und die bestehenden Kernkernkraftwerke stillegen."
9 % (sind) unentschieden.<<
Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.
Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus.
Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.
Diese linkradikale Bewegung wurde bereits seit den 1960er Jahren durch die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" geprägt. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte (Tugenden wie Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt und lächerlich gemacht.
An der sozialistischen Um- oder Neugründung der Bundesrepublik Deutschland beteiligten sich besonders die "fortschrittlichen" linksradikalen Historiker, Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration Diese politische Bildungsarbeit wurde später von den Universitäten, Schulen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen übernommen und fortgesetzt.
Während Staaten ihre eigene nationale Geschichte im allgemeinen positiv darstellen, stellen die Deutschen fast ihre gesamte nationale Geschichte verfälscht und negativ dar. Aus der ursprünglichen Scham über die unsäglichen NS-Verbrechen entwickelte sich schon bald ein wahrer Schuldkult. Dieser Schuldkult bzw. die unaufhörliche Erinnerung an die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen entwickelte sich zu einem unschlagbaren Herrschaftsinstrument.
Die linken Meinungskartelle und ihre etablierten Institutionen schützten sich vor allem durch den Schuldkult vor jeglicher Kritik oder fälligen Reformen. Andersdenkende wurden grundsätzlich sofort als Rechtradikale, Rechtspopulisten, Ausländerfeinde oder Nazis diffamiert und stigmatisiert, so daß jede sachliche Kritik und jede Form des demokratischen Widerstands mit der sogenannten Nazi- oder Faschisten-Keule niedergemacht werden konnte. Dringend erforderliche kontroverse politische und außerpolitische Auseinandersetzungen wurden dadurch meistens unterbunden.
Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, heraus-

ragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<
Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.
Die FDP schloß danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wurde neuer Bundeskanzler.
Die "BILD-Zeitung" berichtete damals: >>**Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler**
Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...
Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<
US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/234): >>... Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.
Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<
Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) hielt zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag.
Die "BILD-Zeitung" berichtete damals über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**
Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.
Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."
Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."
... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<
In den Geschichtsbüchern, die im Jahre 1988 für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt wurden, reduzierte man nochmals die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen

Zeitgeist entsprechen würden.
Im Jahre 1988 berichtete man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x067/128,201): >>Vor den vorrückenden Truppen flohen Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten. Die Vergeltung für die grausame Besatzungsherrschaft der Deutschen in Polen und der Sowjetunion bekamen jetzt vor allem die Frauen mit ihren Kindern zu spüren, die in endlosen Flüchtlingstrecks nach Westen ihre Familie und ihr letztes Hab und Gut retten suchten. ...<<
>>... Deutschland wurde in seinem territorialen Umfang um etwa ein Viertel des Standes von 1937 verkleinert. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße kamen unter polnische, der nördliche Teil Ostpreußens unter sowjetische Verwaltung. Diese Gebiete gehörten damit nicht mehr zur sowjetischen Besatzungszone. Die deutsche Bevölkerung sollte aus diesen Gebieten umgesiedelt werden. ...
Wenn man das Potsdamer Abkommen mit dem Versailler Vertrag von 1919 vergleicht, ergeben sich große Unterschiede: Die Reparationsleistung fiel verhältnismäßig maßvoll aus; ungleich härter trafen das Nachkriegsdeutschland die territorialen Verluste. Denn damit war die Vertreibung und Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ostmitteleuropa verbunden. ...<<
Der deutsche Historiker Alois Harasko schrieb im Jahre 1988 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x020/107): >>... Eine systematische historische, soziologische und psychologische oder gar kriminalistische Auswertung der sudetendeutschen Vertreibungsberichte ist bisher nicht erfolgt. Seit den Erhebungen in den 40er und frühen 50er Jahren haben sich – von einigen regionalen Dokumentationen abgesehen – auch landsmannschaftliche Gremien nicht mehr intensiv um eine weiterführende Klärung der Vertreibungsaktionen und um die Erhaltung des Wissens um die konkreten Geschehnisse im Bewußtsein der sudetendeutschen Bevölkerung bemüht.
Diesem wurde vielmehr meist nur pauschal in der Errichtung zahlloser Gedenkkreuze, Kapellen und Mahnmale für die etwa 240.000 im Zuge der Vertreibung zu Tode gebrachten Landsleute Genüge getan.
Die an diesen Stätten gewöhnlich während ungezählter größerer und kleinerer Heimattreffen abgehaltenen Feiern waren im Zeichen der Versöhnungsbereitschaft vornehmlich vom Geist der Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950 bestimmt.
Eine gesellschaftliche Aufarbeitung selbst auch nur in dieser Form wurde aber andererseits im tschechischen Volk bisher von Staats wegen unmöglich gemacht. Nur ein einziges Beispiel für einen solchen Ansatz in der Zeit des Prager Frühlings ist bekannt geworden, als nämlich Teile der tschechischen Bevölkerung der südmährischen Stadt Pohrlitz an zwei der in der Nähe befindlichen Massengräber eine bescheidene Gedenkstätte errichten wollten.
Daß aber anstatt dessen über diesen Gräbern der dort im Zuge der Austreibung der Brünner Deutschen am Fronleichnamstag 1945 zu Tode gekommenen 450 Menschen 2 landwirtschaftliche Gebäude zur Tierhaltung errichtet wurden, läßt vermuten, daß die Bewältigung eines die Nachbarschaft im Herzen Europas belastenden Geschehens, das zugleich ein die nächsten Generationen des tschechischen Volkes prägendes Trauma bedeuten dürfte, auch in der nächsten Zukunft kaum zu erwarten ist. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der deutschen Geschichte, Band 9 (30 PDF-Dateien): **01.09.2018-01.10.2018.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten deutschen Geschichte, Band 9 (30 PDF-Dateien): **01.07.2021.**
Einstellungstermin der 2. erweiterten Chronik, Band 9/1 – Band 9/2 (2 PDF-Dateien): **01.03.2025.**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1 Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Do-

	kumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x016	Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Wiesbaden.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x022	Hupka, Herbert (Hg.): Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage. Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung. Augsburg 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.

x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, Robert H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x078	Folttmann, Josef, und Hanns Möller-Witten: Opfergang der Generale. Die Verluste der Generale und Admirale ... im Zweiten Weltkrieg. Berlin 1952.
x080	Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991.

x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x088	Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x096	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Das Jahrbuch Nr. 1. Aktuell 2000. Das Lexikon der Gegenwart von A-Z. 16. Auflage. Dortmund 1999.
x100	Duffy, Christopher: Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1948-1949. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: Kultur, Pajoks und CARE-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: Die Ruinenkinder. Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.
x124	Jering, Karl: Überleben und Neubeginn. Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und

	französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x152	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 10. Bonn 1994.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1995.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x161	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. 22. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1996.
x163	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1998.
x169	Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden de Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.

x298	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte. 1. aktualisierte Auflage. Braunschweig 1997.
x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x305	Axel Springer Verlag (Hg.): 50 Jahre Deutschland. Das deutsch-deutsche Geschichtsbuch von BILD. Hamburg 1999.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x308	Naimark, Norman N.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x313	Fabian, Frank: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x318	Losurdo, Domenico: Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): Heil Hillary! Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x350	Elsässer, Jürgen (Hg.): Krieg gegen Rußland. Wie die NATO nach Osten marschiert. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2014.
x352	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 1. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 28. September 2019. Oberwil/Schweiz.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.

Internet

x849	Londoner Schuldenabkommen: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Deutschland/schuldenabkommen.html - März 2015.
x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.com/-HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegsord-

	nung.htm - März 2015.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x857	http://rsv.daten-web.de/Germanien/Die_BRD_ist_kein_Staat_Abhandlung_Prof-_Sojka.html - Oktober 2015.
x858	http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/ - Oktober 2015.
x862	http://horst-koch.de/energiewende-gebote-oder-irrwege/ - Januar 2016.
x864	http://horst-koch.de/erneuerbare energie gegen kernenergie/ - Januar 2016.
x865	http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/merkels-energiewende-extrem-teuer-aber-direkt-in-die-sackgasse/ - Januar 2016.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker-/Reden/1985/05/19850508_Rede.html – September 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x879	http://www.kas.de/wf/doc/kas_7309/ - September 2016.
x882	http://horst-koch.de/wertezersetzung-familie/ - Dezember 2016.
x883	http://horst-koch.de/weltkommunismus-k-koch/ - Dezember 2016.
x885	http://horst-koch.de/harry-potter-manie/ - Dezember 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x889	http://horst-koch.de/ Die Zerstörung der Person/ - Dezember 2016
x919	http://artikel20gg.de/Texte/Carlo-Schmid-Grundsatzrede-zum-Grundgesetz.htm#2u - April 2019
x973	https://www.konrad-adenauer.de/quellen/erklaerungen/1949-09-20-regierungs-erklaerung – April 2020

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.